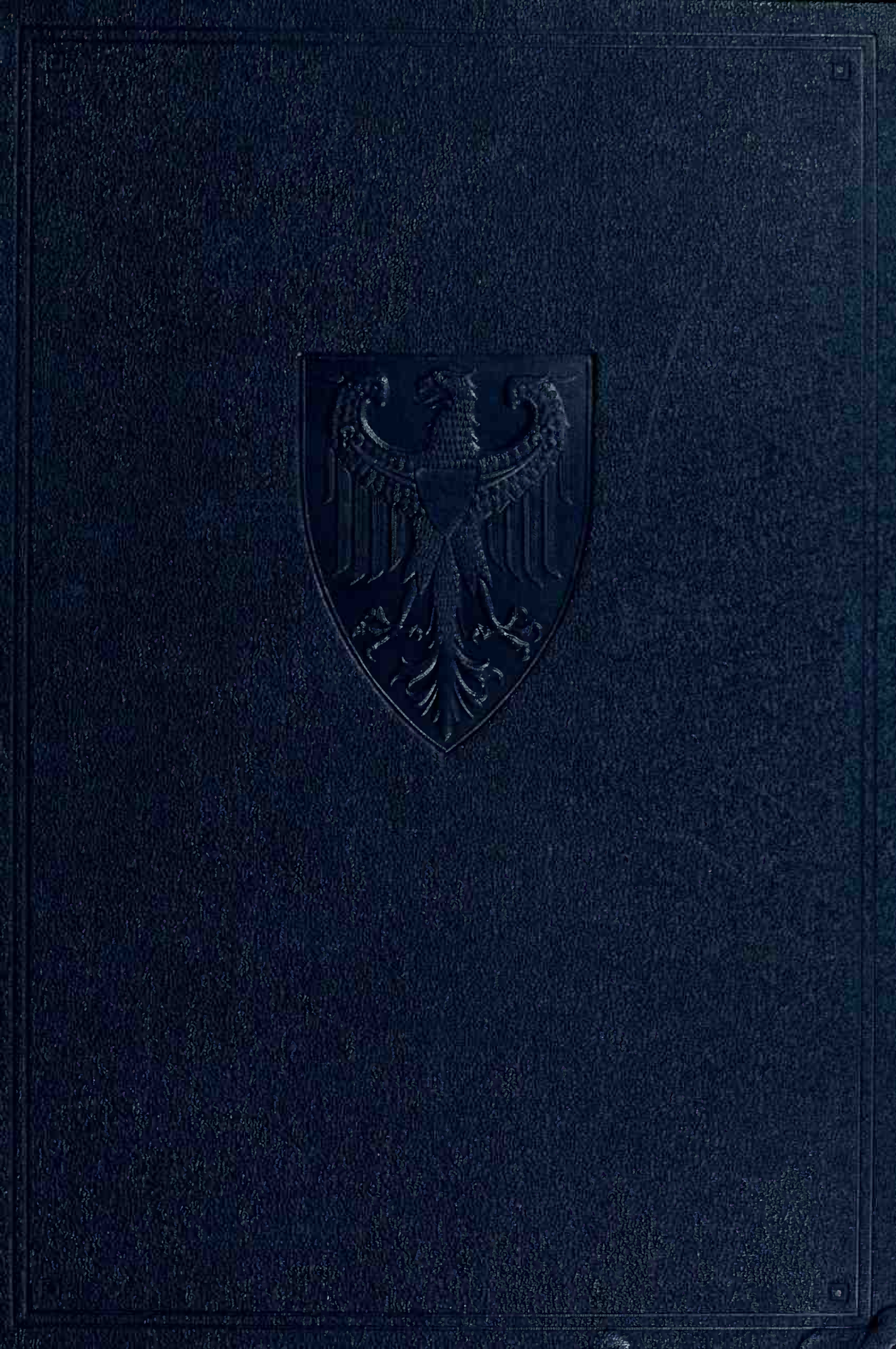
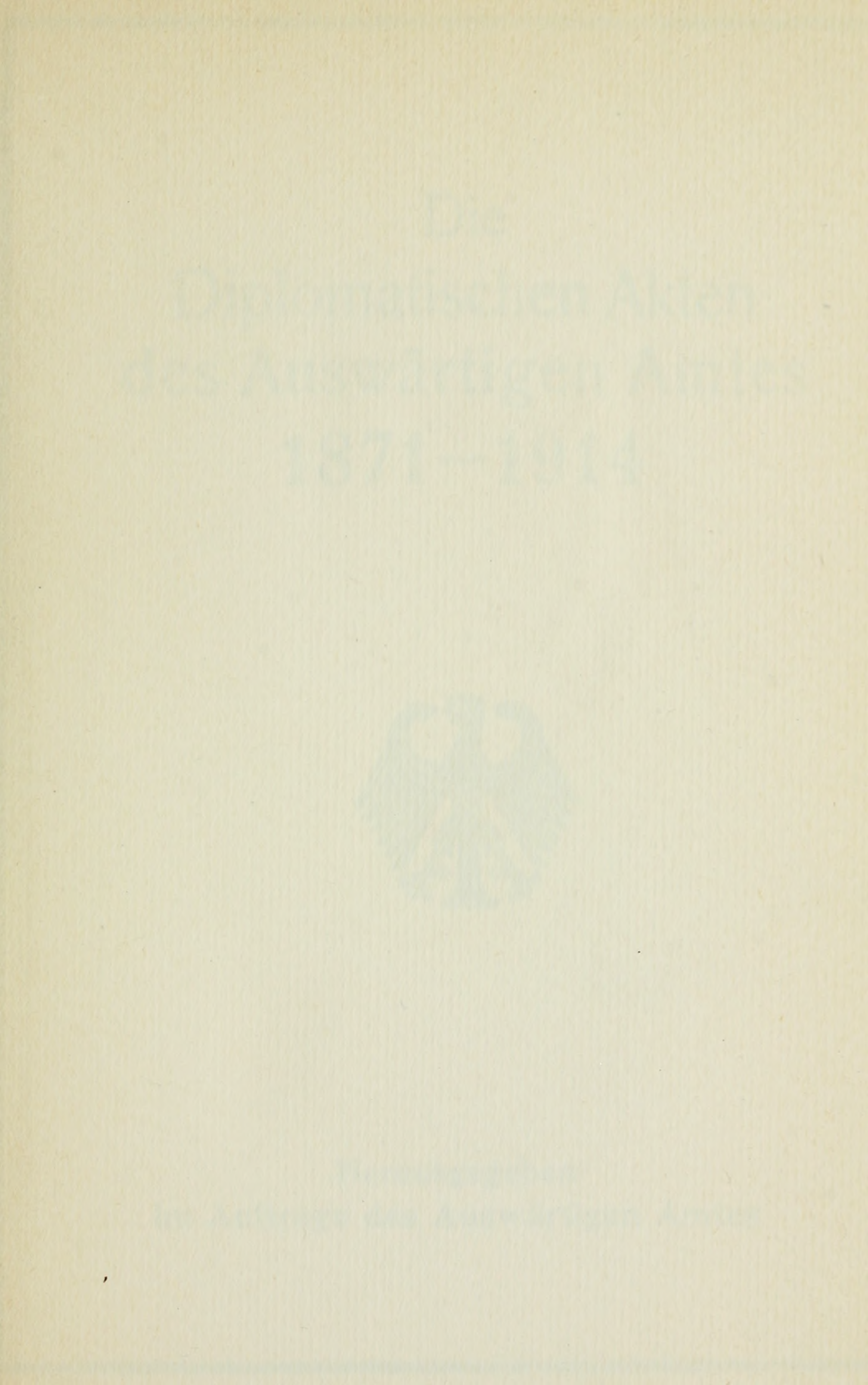
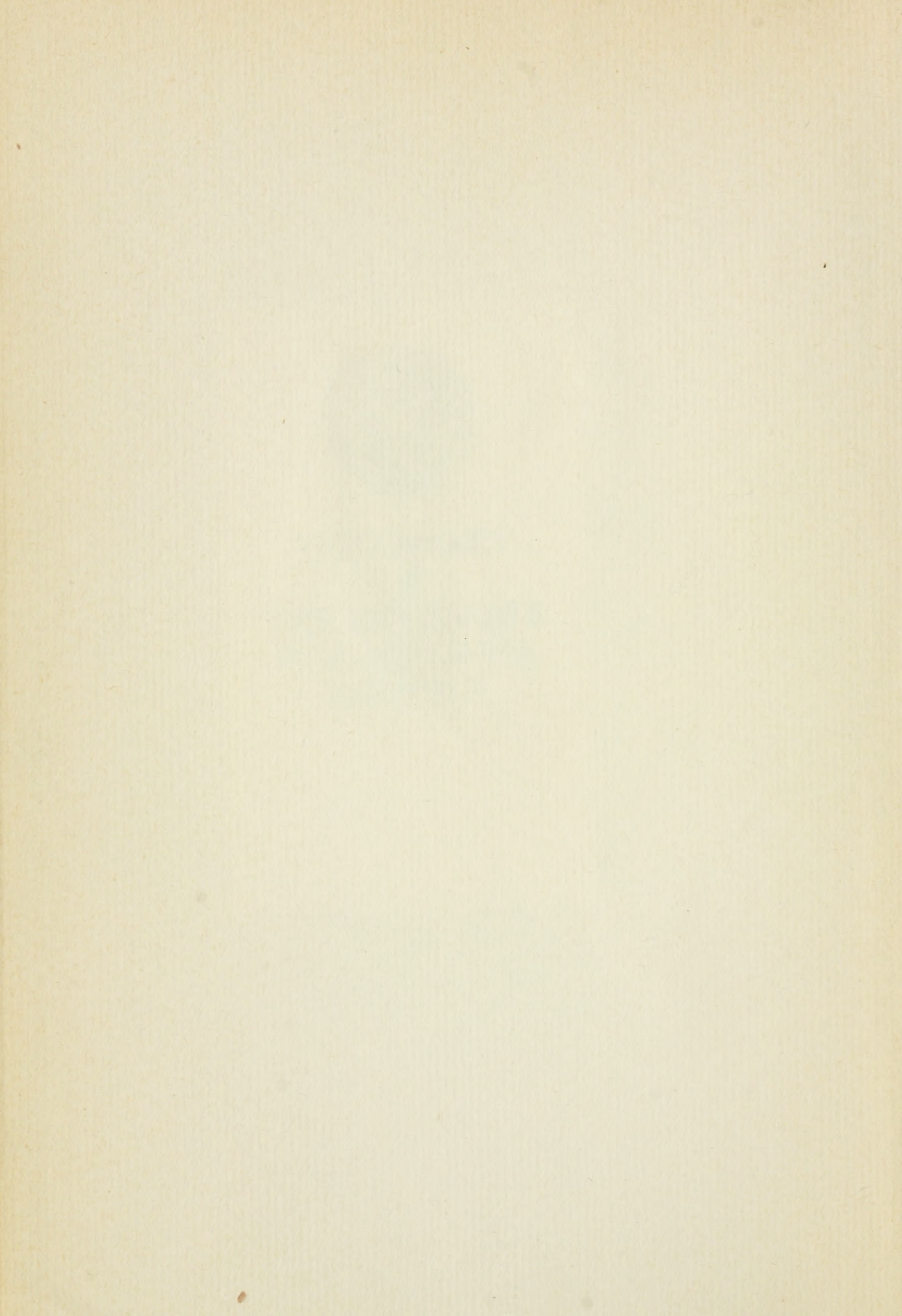



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868

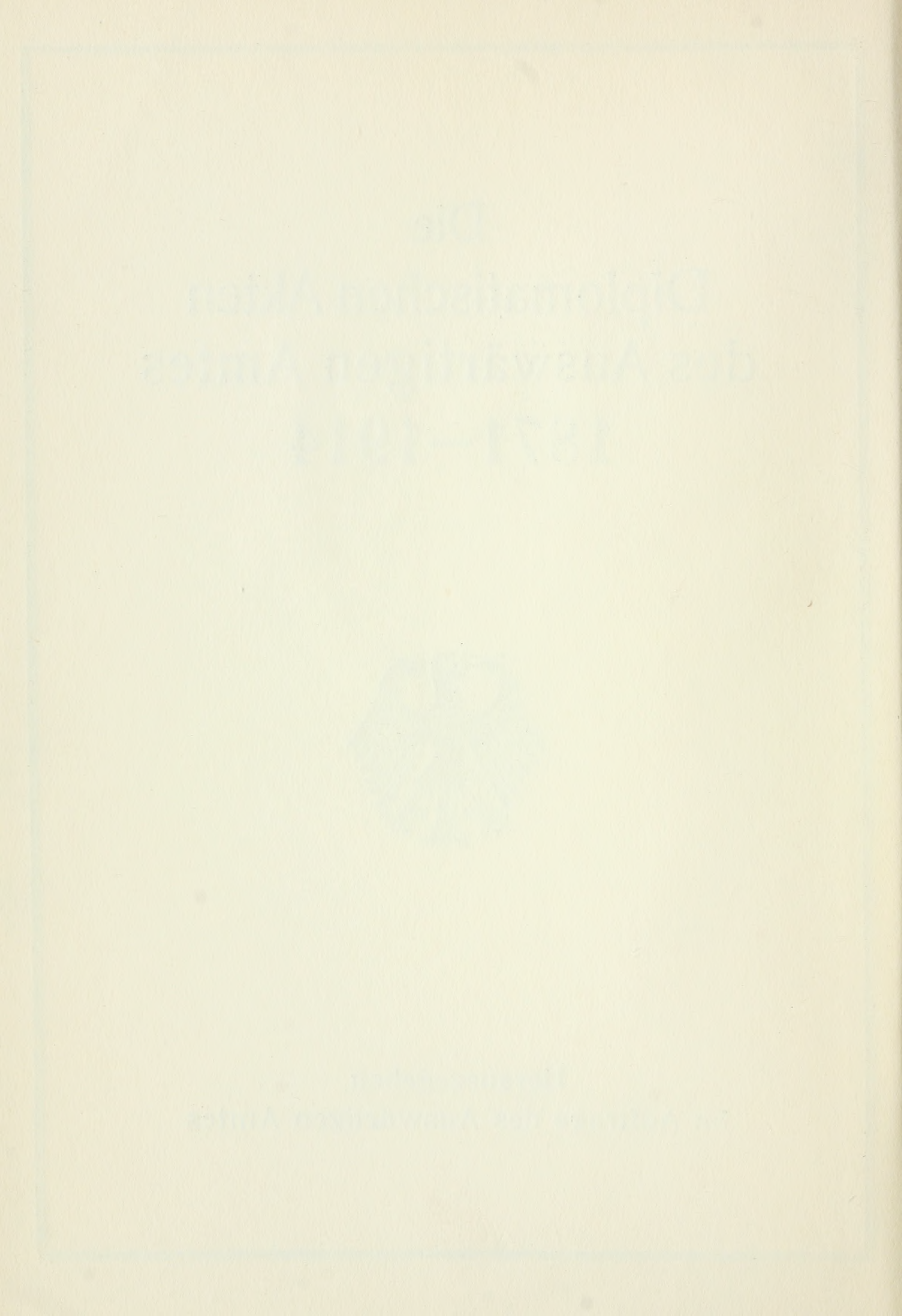




Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1926

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

36. Band

Die Liquidierung der Balkankriege 1913—1914

Erste Hälfte

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des sechsunddreißigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CCLXXVII

Um das Schicksal Adrianopels. Der Bulgarisch-Türkische Friedensschluß. August bis Oktober 1913 1

KAPITEL CCLXXVIII

Die Griechisch-Türkischen Friedensverhandlungen und ihr Abschluß. Juli bis November 1913 65

KAPITEL CCLXXIX

Die Konstituierung des Albanischen Staates 127
A. Die Grenzkommission und ihre Tätigkeit. August bis Dezember 1913 129
B. Die Internationale Kontrollkommission bis zur Übernahme der Provisorischen Regierung des Landes. August 1913 bis Januar 1914 261

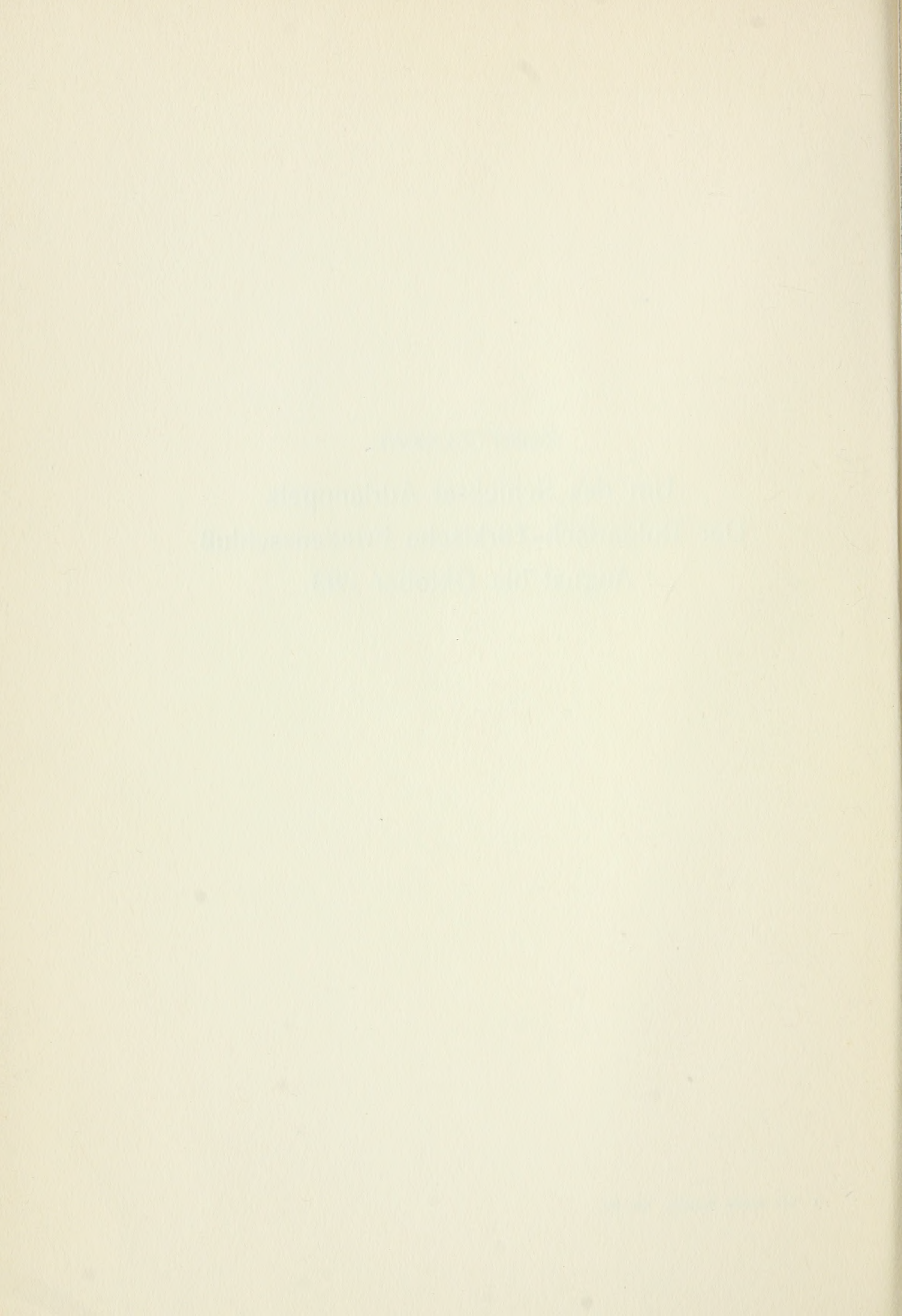
KAPITEL CCLXXX

Die Evakuierung Albaniens durch Serbien. Der Österreichisch-Serbische Konflikt. August bis November 1913 359

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXIX erscheint als Band XL, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

Kapitel CCLXXVII

Um das Schicksal Adrianopels
Der Bulgarisch-Türkische Friedensschluß
August bis Oktober 1913



Nr. 13 754

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 400 Berlin, den 2. August 1913

Graf Pourtalès meldet**:

„Herr Sasonow, dem Nachrichten zugegangen sind, daß man in Konstantinopel anfange, den Gedanken zu erwägen, Adrianopel aufzugeben, falls der Türkei hierfür Kompensationen gewährt würden***, erklärte mir heute, er sei durchaus bereit, die Hand zu bieten, um der Türkei diesen Entschluß zu erleichtern. Gegen Ergenelinie, deren Endpunkt statt Midia San Stefano sein könnte, und gegen Fortfall der Kriegsentschädigung würde er nichts einzuwenden haben, eventuell auch der Zollerhöhung zustimmen."

Schleunige Initiative der Mächte in Angelegenheit wäre erwünscht wegen Stimmung in Konstantinopel.

Jagow

---

* Das gleiche Telegramm ging unter Nr. 212 nach Paris, unter Nr. 301 nach Wien, unter Nr. 226 nach Rom und unter Nr. 261 nach Pera.

** Telegramm Nr. 213 vom 1. August.

*** Während zwischen den Mächten noch die letzten Erörterungen über die Kollektivdemarche schwebten, die die Pforte nachdrücklich an die Innehaltung der Bestimmungen des Londoner Präliminarfriedens, d. h. vor allem der Abtretung Adrianopels, mahnen sollten — die Demarche ging erst am 8. August (vgl. Nr. 13 767) vor sich —, war in einem Gespräche zwischen dem türkischen Bautenminister Osman Nisami Pascha, früherem Botschafter in Berlin, und Botschafter Freiherrn von Wangenheim der Gedanke aufgetaucht, der Türkei die namentlich von dem Heere als untragbar empfundene Aufgabe Adrianopels durch die Einräumung von Kompensationen (Grenzverbesserung, Zollerhöhungen, Aufhebung der Kapitulationen) zu erleichtern. Freiherr von Wangenheim soufflierte den Vorschlag „konkreter Offerten" seinem russischen Kollegen von Giers, der ihn lebhaft aufnahm und sofort seiner Regierung unterbreitete. Auch die deutsche Regierung machte sich den Gedanken zu eigen und brachte ihn in London zur Sprache, wo man sich ihm gleichfalls nicht abgeneigt zeigte. Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 613, 13 614, 13 616, 13 618.

Nr. 13 755

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 401 Berlin, den 3. August 1913

Zur Verwertung.

Der Botschafter in Konstantinopel meldet**:

„Ali Haidar Pascha, Sohn des bekannten Midhat Pascha***, bezeichnete mir als Bedingungen, unter denen die Türkei Adrianopel räumen könnte,

1. eine bestimmte Grenzlinie (Ergene),
2. Zollerhöhung,
3. Mudir für Adrianopel,
4. Verhandlungen über Verbesserung der Kapitulationen.

Ali Haidar fügte hinzu, daß, selbst wenn die Mächte der Türkei diese Offerten machen sollten, es doch im kritischen Moment nötig sein würde, einen starken Druck auf die Regierung auszuüben, auf welchen letztere sich bei ihrer Entschließung dem Volk gegenüber berufen könnte.

Ali Haidar schien für die Unterredung mit mir von Großwesir instruiert zu sein."

Offerte an Pforte auf Grundlage dieser Anregung dürfte ernstlich zu erwägen sein.

Zimmermann

Nr. 13 756

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 439 Konstantinopel, den 4. August 1913

Von der nachgiebigen Stimmung, in welcher ich Großwesir das letzte Mal angetroffen, konnte ich bei heutigem Besuch nichts mehr

---

* Das gleiche Telegramm ging nach Petersburg (Nr. 178), Paris (Nr. 213), Wien (Nr. 303), Rom (Nr. 230).

** Telegramm Nr. 433 vom 2. August.

*** Midhat Pascha, türkischer Großwesir 1876—1877, Schöpfer der Verfassung von 1876, später Führer der Jungtürken.

bemerken. Großwesir empfing mich mit der Mitteilung, daß er im Begriff stehe, sich zu Herrn von Giers zu begeben, um ihm auf seine Vermittelungsvorschläge * eine definitive Absage zu erteilen. Bei der Adrianopeler Frage handle es sich um ein Ideal, das nicht Gegenstand eines Geschäfts werden könne. — Meine eindringlichen Warnungen schienen keinen Eindruck zu machen. Umschwung ist, wie ich aus einzelnen Äußerungen Said Halims entnehme, zweifellos durch die Vorgänge im englischen Parlament ** und durch die in Bukarest sich zeigenden Schwierigkeiten *** hervorgerufen. Auch scheint es mir, als ob einzelne Mächte ihre hiesige Haltung bereits der Möglichkeit anpaßten, daß Adrianopel türkisch bleibt. Osman Nisami Paschas Stellung ist bedroht.

Wangenheim

Nr. 13 757

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 442 — Therapia, den 5. August 1913

Selbst bisher gemäßigte höhere türkische Offiziere erklärten gestern Herrn von Strempel †, daß nunmehr an ein Aufgeben Adrianopels gegen Kompensationen nicht mehr zu denken sei. Auch Osman Nisami Pascha meinte, Adrianopel werde wohl nun türkisch bleiben. Der diplomatische Apparat habe zu langsam funktioniert.

Wangenheim

---

* Näheres über die Vermittlungsvorschläge des russischen Botschafters von Giers ist nicht bekannt geworden; der ungefähre Inhalt läßt sich aber aus der Meldung des Grafen Pourtalès vom 1. August (vgl. Nr. 13 754) und aus der Meldung des Fürsten Lichnowsky vom 5. August (siehe Nr. 13758) ersehen.

** Im englischen Unterhause war eine türkenfreundliche Stimmung zutage getreten. Am 31. Juli hatte Walter Guiness den Staatssekretär des Äußern interpelliert, ob mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Mächte den ehemaligen Verbündeten gestattet hätten, einen bloßen Eroberungskrieg zu führen, irgendein Grund vorhanden sei, sich der Wiederbesetzung Thraziens auf Grund des Nationalitätenprinzips zu widersetzen. Die Antwort Sir E. Greys lautete ausweichend. Vgl. auch Nr. 13758.

*** Über die am 30. Juli in Bukarest begonnenen Friedensverhandlungen, die vor allem durch die Kawalafrage kompliziert wurden, vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI.

† Militärattaché in Konstantinopel.

Nr. 13 758

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 London, den 5. August 1913

Habe Inhalt Telegramm 400 * und 401 ** bei Sir E. Grey verwertet und folgende Punkte als Grundlage etwaiger Verhandlungen mit der Türkei bezeichnet:

1. Grenzberichtigung (Ergene, San Stefano),
2. keine Kriegsentschädigung,
3. Zolltariferhöhung,
4. Mudir für Adrianopel,
5. Verbesserung der Kapitulationen.

Gegebenenfalls als 6. Punkt habe ich noch von mir aus auf die italienischen Inseln *** hingewiesen. Sir E. Grey erklärte sich mit allen Punkten einverstanden, meinte nur, es handele sich um die Frage, wann es am zweckmäßigsten sein würde, Verhandlungen mit der Türkei zu beginnen. Streitigkeiten zwischen Kriegführenden ermutigten türkischen Widerstand, er glaube daher, daß es besser sei zu warten, bis der Frieden geschlossen, er wolle sich aber die Angelegenheit noch überlegen. Habe Eindruck, daß, falls die meisten Mächte beschleunigtes Vorgehen befürworten, er sich nicht ausschließen wird, da er meinen Hinweis auf türkische Befestigungen Adrianopels und fortschreitende Festsetzung dort gelten ließ. Graf Benckendorff hat heute im Auftrage Sasonows ähnliche Vorschläge übermittelt, als deren Grundlage er mir Unterhaltungen zwischen Freiherrn von Wangenheim und von Giers bezeichnete.

Als ich den Minister darauf hinwies, daß angeblich seine neuerdings türkenfreundlichere Haltung und Verhandlungen des Parlaments † türkischen Widerstand bestärkten, bestritt er Richtigkeit dieser Auffassung. Bei den im Parlament üblichen Fragen seien von liberaler Seite Klagen über türkische Ausschreitungen und von Unionisten solche über bulgarische Gewalttaten zur Sprache gekommen. Er habe beide Anklagen zugeben müssen und beide Teile gleichmäßig getadelt.

Bei der heutigen Beratung habe ich Angelegenheit nicht mehr zur Sprache bringen können, würde es aber, falls erwünscht, bei der

---

* Siehe Nr. 13754.

** Siehe Nr. 13755.

*** Das heißt: die von Italien im tripolitanischen Krieg besetzten ägäischen Inseln, über deren Verwendung zu einem Ausgleich in der griechisch-albanischen Grenzfrage schon im Juli verhandelt worden war. Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.

† Vgl. Nr. 13 756, S. 5, Fußnote **.

nächsten am Freitag tun, glaube aber, daß direkte Verständigung mit Kabinetten schneller zum Ziele führen wird*.

Lichnowsky

Nr. 13 759

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1416 — Berlin, den 6. August 1913

Zu Ew. pp. gefälliger Information.

Der türkische Botschafter hat heute das abschriftlich beigefügte Memorandum seiner Regierung in der Adrianopelfrage** überreicht. Danach scheint in Konstantinopel immer mehr der intransigente Standpunkt die Oberhand zu gewinnen. Falls die Mächte sich daher dazu entschließen, der Pforte die Rückgabe von Adrianopel durch entgegenkommende Anerbietungen zu erleichtern, dürfte Eile angezeigt sein.

Zimmermann

Anlage

Memorandum

Les Ambassadeurs ici discuteraient la formule d'une note identique qui serait remise à la Sublime Porte par chacun des Ambassadeurs pour lui conseiller de se désister de la possession d'Andrinople. Il nous revient aussi que pour des raisons qui nous sont vaguement connues, cette note ne serait pas remise. J'ai développé ici à quelques-uns des représentants des Puissances les raisons pour lesquelles le Gouvernement ne peut pas quitter Andrinople. Les Grandes Puissances connaissent déjà les circonstances qui nous ont décidé à réoc-

---

* Das obige Telegramm Fürst Lichnowskys wurde am 6. August telegraphisch nach Paris (Nr. 217), Wien (Nr. 306), Rom (Nr. 232) und Petersburg (Nr. 182) mit folgender Direktive mitgeteilt: „Mit Rücksicht auf jungtürkische Stimmungsmache und fortschreitende türkische Festsetzung in Adrianopel dürfte nur schleunige Demarche aussichtsvoll erscheinen. Bitte dahin wirken, daß dortige Regierung ihren Londoner Vertreter zu entsprechendem Beschluß schon auf Freitag-Reunion ermächtigt." Gleichzeitig wurde Fürst Lichnowsky durch Telegramm Nr. 407 von dieser Weisung verständigt.

** Siehe das türkische Memorandum, mit dem die Pforte dem auf der Londoner Konferenz am 25. Juli beschlossenen identischen Schritt der Mächte in der Adrianopelfrage (vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 586) zuvorzukommen suchte, in der Anlage.

cuper la ligne de Maritza jusqu'à Andrinople. Il nous est absolument impossible d'évacuer ces territoires: D'abord parce que nous en avons besoin pour nous assurer la défense des détroits et de la Capitale par une ligne de frontière englobant une partie du Vilayet d'Andrinople, qui d'ailleurs n'a aucun lien avec la Bulgarie, mais qui, au contraire, est solidement attachée à la partie ottomane par des liens ethniques, historiques et religieux; ensuite parce que la nation toute entière, dont le coeur avait saigné par la perte de la seconde capitale de l'Empire, a ressenti la douleur la plus intense à la vue des destructions et dévastations, des massacres et atrocités commises par les Bulgares jusque dans les plus petits villages et sur toute la population restée sans défense. L'Armée Impériale qui a réoccupé ces malheureuses contrées se considère, à juste titre, la libératrice de ses compatriotes d'une domination néfaste et plus que barbare. Elle traduit d'ailleurs en cela les sentiments de toute la nation. Rendre la ville d'Andrinople et les contrées réoccupées équivaudrait aux yeux de la nation, comme de juste, à les livrer à de nouvelles dévastations et à d'autres massacres.

La reprise de cette ville a eu pour résultat d'unir toute la nation qui se dresserait comme un seul homme contre n'importe quel cabinet qui commettrait la grave faute d'aller à l'encontre de la volonté nationale de garder Andrinople et tout le territoire réoccupé. Il s'en suivrait dans tout le pays une anarchie qui aurait des conséquences autrement plus graves que celles qui font hésiter les Puissances à se rallier à notre juste point de vue.

Nr. 13 760

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 446 Therapia, den 6. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 426*.

Nachdem englischer Geschäftsträger Instruktion erhalten, ist identische Demarche heute verabredet worden und wird morgen stattfinden. Dreibundvertreter sind der Ansicht, daß Demarche, welche vor zehn Tagen vielleicht Eindruck gemacht, jedenfalls aber Grundlage für Kompensationsverhandlungen geboten hätte, nunmehr resultatlos verlaufen wird, da Regierung inzwischen Kontrolle über Armee verloren hat.

Wangenheim

* Siehe Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 620.

Nr. 13 761

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 296 Paris, den 6. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 217*.

Herr Pichon erklärte mir, daß er mit allen Punkten einverstanden sei mit Ausnahme der Zolltariferhöhung, die er als Verhandlungsobjekt für schwebende Fragen** nicht entbehren könne. Er sei überzeugt, daß Rußland sich in analoger Lage befände.

Über den Erfolg der Demarche schien Herr Pichon skeptisch, da er glaube, daß die vorgeschlagenen Zugeständnisse nicht genügen würden, um die Türkei zur Aufgabe von Adrianopel zu bewegen.

Schoen

Nr. 13 762

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 St. Petersburg, den 6. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 178***.

Von den von Ali Haidar Pascha genannten Bedingungen † be-

---

* Vgl. Nr. 13 758, S. 7, Fußnote *.

** Seit Mitte Juni waren zwischen dem zu diesem Zweck in Paris weilenden türkischen Finanzminister Dschawid Bey und der französischen Regierung Verhandlungen über kleinasiatische Eisenbahnbauten im Gange, die sich bald mit russisch-türkischen Verhandlungen kreuzten. Rußland beanspruchte auf Grund seines Abkommens mit der Pforte vom Jahre 1900 (vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCIV) das ausschließliche Recht zum Bahnbau östlich von Ersingjan und Diarbekr, war aber bereit, Frankreich die westlicher gelegenen Bahnen zu konzedieren. Damit nicht zufrieden, verlangte Frankreich von seinem Alliierten auch die Einräumung der Grenzbahn Pekjaridj—Trapezunt, wogegen sich aber die russische Regierung energisch sträubte. Die erforderliche Einwilligung zu der Abänderung des russisch-türkischen Abkommens von 1900 gedachten die beiden alliierten Regierungen durch die Einwilligung in die schon seit Jahren von der Pforte erstrebte Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle um 4% zu erreichen; eben deshalb konnte vor allem die französische Regierung nicht wünschen, daß dieses Verhandlungsobjekt durch die Adrianopelfrage vorweggenommen werde. Näheres über die Frage der kleinasiatischen Bahnen und ihre Verquickung mit der Adrianopelfrage ergibt sich aus dem Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 175, 176, 181, 185 f., 210 f., 216 f., 217 f., 224 f., 227 f., 229 f., 244 ff., 247 f.

*** Vgl. Nr. 13 755, Fußnote *.

† Vgl. Nr. 13 755.

zeichnet Sasonow Ergenelinie und Mudir für Adrianopel als annehmbar. Auch gegen Zollerhöhung erhebt er im Prinzip keine Bedenken, vorausgesetzt, daß alle Mächte damit einverstanden sind und die Türkei Rußland dafür einige wirtschaftliche Vorteile gewährt. Abänderung der Kapitulationen erscheint dem Minister bedenklich *. Dagegen schlägt er als weitere Konzession Schleifung von Adrianopel vor.

Pourtalès

Nr. 13 763

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Swinemünde, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Swinemünde, den 6. August 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 246 **.

Seine Majestät läßt bitten, den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, er solle sich in der Frage wegen Adrianopels vorläufig nicht mehr einmischen, da Seine Majestät glaube, daß man diese Angelegenheit laufen lassen müsse. Seine Majestät sind jetzt fest überzeugt, daß Rußland nur blufft, und daß England wegen seiner indischen Muhamedaner sich von jeder gegen die Türken gerichteten Maßregel fernhalten würde. Parlament und Presse stützen diese Politik augenscheinlich schon jetzt. Sollte Rußland, allen Erwartungen entgegen, wirklich etwas Ernstes unternehmen, so wäre ein Zusammenbruch der Entente die ebenso wahrscheinliche wie willkommene Folge ***.

Treutler

Nr. 13 764

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 410 Berlin, den 7. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 407 †.

Rußland und Frankreich machen Vorbehalte namentlich hinsicht-

---

* Vgl. dazu das Telegramm Delcassés an Pichon vom 7. August, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 289.

** Durch Telegramm Nr. 246 vom 5. August war dem Kaiser das Konstantinopeler Telegramm Nr. 439 (siehe Nr. 13 756) mitgeteilt worden.

*** Durch Telegramm Nr. 270 vom 7. August wurde Freiherr von Wangenheim im Sinne der kaiserlichen Direktive angewiesen.

† Vgl. Nr. 13 758, S. 7, Fußnote *.

lich Zolltariferhöhung*. Mahmud Muchtar versichert andererseits, daß Pforte nur gegen Gewährung völliger Autonomie in Zolltariffrage sich zur Räumung Adrianopels verstehen könnte. Erfolg der Demarche hiernach höchst zweifelhaft. Bitte daher für Angelegenheit kein besonderes Empressement zeigen.

Ganz vertraulich: Seine Majestät möchte Adrianopel lieber bei Türkei als bei Bulgarien sehen. Herr von Treutler meldet**: „Seine Majestät glaubt, daß man Angelegenheit laufen lassen müsse. Seine Majestät sind überzeugt, daß Rußland nur blufft, und daß England wegen seiner indischen Muhamedaner sich von jeder gegen die Türken gerichteten Maßregel fernhalten würde. Parlament und Presse stützen diese Politik augenscheinlich schon jetzt. Sollte Rußland, allen Erwartungen entgegen, wirklich etwas Ernstes unternehmen, so wäre ein Zusammenbruch der Entente die ebenso wahrscheinliche wie willkommene Folge."

Zimmermann

Nr. 13 765

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 St. Petersburg, den 7. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 182***.

Herr Sasonow mit fünf Punkten einverstanden, vorbehaltlich der in meinem gestrigen Telegramm Nr. 219† bezüglich Punkt 3 gemachten Reserve. Gegen Punkt 5 will Minister Bedenken fallen lassen, vorausgesetzt, daß es sich nur um Änderungen in Prozedur bei Kapitulationen, nicht aber um Aufgabe Prinzips handelt. Herr Sasonow will sofort Graf Benckendorff anweisen, sich mit Fürst Lichnowsky in Verbindung zu setzen und mit dahin zu wirken, daß von morgiger Reunion in obigem Sinne Beschluß gefaßt wird.

Pourtalès

---

* Vgl. Nr. 13 761, 13 762.
** Vgl. Nr. 13 763.
*** Vgl. Nr. 13 758, S. 7, Fußnote *.
† Siehe Nr. 13 762.

Nr. 13766

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 St. Petersburg, den 8. August 1913

Ich fand Herrn Sasonow heute sehr erregt über eine ihm eben von meinem türkischen Kollegen vorgelesene Zirkularnote*, nach welcher türkische Regierung sich außerstande erklärt, Adrianopel zu räumen, und bittet, von einer zu diesem Zweck in Konstantinopel von den Mächten zu unternehmenden Demarche Abstand zu nehmen. Besonders entrüstet war Minister über den Passus der Note, daß Türkei als Befreierin in Thrazien eingerückt sei, während tatsächlich nach russischen Konsularberichten [1] Türken bei ihrem Vorrücken auf Adrianopel die schrecklichsten Greueltaten [2] verübt hätten.

Herr Sasonow hat Turkhan Pascha gegenüber sehr scharfe Sprache geführt und unter anderem gesagt, selbst wenn alle anderen Mächte in Adrianopelfrage ihren Standpunkt ändern sollten, werde Rußland daran festhalten, daß diese Stadt der Türkei nicht verbleiben dürfe. Was dies bedeute, möge sich Botschafter selbst sagen. Rußland habe der Türkei in gegenwärtiger Krise große Dienste [3] geleistet und sie vor dem Verlust von Konstantinopel gerettet [4]**. Es wünsche die Türkei in ihrem jetzigen Besitz erhalten zu sehen. Wenn aber Türkei Rußland in Bahnen drängen wolle, die es nicht zu beschreiten wünscht, möge sie sich die Folgen selbst zuschreiben.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nach unseren nicht!
[2] falsch
[3] welche?!
[4] gelogen!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Absoluter Bluff! auf den hoffentlich die Moslims nicht hineinfallen werden! Das giebt Spaß mit London!

---

* Vgl. Nr. 13759, Anlage.
** Nach einem weiteren Berichte Graf Pourtalès' vom 8. August (Nr. 237) wollte Sasonow die Behauptung, daß Rußland die Türkei vor dem Verlust Konstantinopels bewahrt habe, darauf stützen, daß im März 1913 der bulgarische General Radko Dimitriew namens seiner Regierung Rußland den Besitz von Konstantinopel angeboten habe, falls es dafür eine Vergrößerung Bulgariens bis zur Tschataldjalinie zusage.

Nr. 13 767

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 447 Konstantinopel, den 7. August 1913
[pr. 8. August]

Die Botschafter der Großmächte haben heute in der Privatwohnung des Großwesirs einzeln die nachstehende Erklärung abgegeben:

„D'ordre de mon Gouvernement je suis chargé de rappeler dans les termes les plus catégoriques le Gouvernement Impérial au respect du maintien des principes posés par le Traité de Londres et notamment de la disposition relative à la ligne Enos-Midia.

Je suis en même temps autorisé de déclarer à Votre Altesse que dans la délimitation de la frontière les puissances seraient disposées à prendre en considération les conditions que le Gouvernement Impérial peut estimer pour la sécurité de cette frontière*."

Gleichzeitig habe ich die im Telegramm Nr. 252** befohlenen persönlichen Vorstellungen erhoben.

Wangenheim

Nr. 13 768

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 183 Wien, den 7. August 1913
[pr. 8. August]

Nach einem heutigen Gespräch mit Hilmi Pascha*** hat Graf Berchtold Eindruck, daß Türken nicht nur völlig intransigent in bezug auf Räumung Adrianopels sind, sondern daß türkische Armee sogar weiter vorzurücken beabsichtigt. Graf Berchtold hat Hilmi Pascha noch vorsichtig sondiert, ob etwa in Konstantinopel Geneigtheit wäre, auf Grund des Angebots der Sir E. Greyschen fünf Punkte † nachzugeben, ist aber „tauben Ohren begegnet".

Markgraf Pallavicini hält türkische Armee jetzt für besser als vor

---

* Die Erklärung entsprach dem am 25. Juli von der Botschafterreunion gefaßten Beschlusse; vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 586.
** Siehe Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 611.
*** Türkischer Botschafter in Wien.
† Vgl. Nr. 13 758.

Anfang des Krieges gegen Bulgarien. Botschafter meint — wohl auf Grund Äußerungen seines russischen Kollegen —, daß gemeinsame Aktion wiedererstandenen Balkanbundes gegen Türkei nicht ausgeschlossen sei. Markgraf Pallavicini hält für diesen Fall Aktion Rußlands in Armenien für wahrscheinlich.

Tschirschky

Nr. 13 769

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 230 St. Petersburg, den 4. August 1913
[pr. 9. August]

Herr Sasonow machte bei der letzten Unterredung, die ich vor zwei Tagen mit ihm hatte, einen viel ruhigeren Eindruck als unmittelbar nach der Wiedereinnahme von Adrianopel durch die Türken. Die geringe Neigung auch der Tripelententemächte, an einer Flottendemonstration teilzunehmen*, scheint einigermaßen ernüchternd auf ihn gewirkt zu haben. Der Minister berührte den Gedanken einer Flottendemonstration überhaupt nicht mehr, sondern sprach von sonstigen Schritten, die unternommen werden müßten, um die Pforte zu veranlassen, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Vor allem schien er sich von finanziellen Maßregeln Erfolg zu versprechen. Er ist der Ansicht, daß eine energisch durchgeführte finanzielle Boykottierung die Türkei zum Nachgeben veranlassen werde**. Ich fand Herrn Sasonow

---

* Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 575 nebst S. 199, Fußnote*; Nr. 13 585, Fußnote.

** Gerade in diesem Punkte erlebte Sasonow eine empfindliche Enttäuschung. Schon am 1. August hatte er an Iswolsky telegraphieren lassen (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 219): „Man spricht in Berlin davon, die finanziellen Kreise Frankreichs würden sich nicht weigern, in nichtoffizieller Weise die Türkei zu unterstützen. Bis jetzt wissen wir nicht, ob die französische Regierung die zweite Zahlung an die Tabaksregie zurückgehalten hat. — Es wäre erwünscht, die ernsteste Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß eine so grundlegende Unstimmigkeit zwischen uns und der uns verbündeten Macht über eine Angelegenheit, die mit ernsten Verwicklungen droht, unzulässig ist." Tatsächlich war die französische Regierung nicht in der Lage gewesen, die Zahlungen, die die im Besitz der türkischen Tabaksregie befindliche Gesellschaft auf Grund ihrer Kontrakte an die Pforte zu leisten hatte, zu inhibieren, und das um so weniger, als in dem Verwaltungsrat der Regie die Franzosen nur über ein Drittel der Stimmen verfügten, während die beiden anderen Drittel auf deutsche und österreichische Banken entfielen Vgl. die Telegramme Iswolskys an Sasonow vom 8., 9. und 12. August (Stieve, a. a. O., III, 226, 227, 230 f.), ferner das Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 11. August (Stieve, a. a. O., III, S. 230). Auf die üblen Rückwirkungen dieses Zustandes machte der russische Außenminister den

in dieser Beziehung sehr optimistisch. Auf meine Bemerkung, es scheine mir die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß zwar die türkische Regierung selbst einlenke, die Armee aber sich weigere, Adrianopel wieder zu räumen, erwiderte er, nach seiner Ansicht werde die Regierung vollkommen in der Lage sein, die Armee zum Rückzuge zu zwingen. Sie brauche ihr nur die Zufuhr von Lebensmitteln abzuschneiden.

Dem Gedanken, der Türkei auch Konzessionen zu machen, um den Willen der Großmächte durchzusetzen, zeigte sich der Minister sehr zugängig. Die Fragen einer für die Türkei günstigeren Regelung der Grenze in Thrazien, des Erlasses der Kriegsentschädigung und der Zustimmung zur Zollerhöhung erklärte er einer wohlwollenden Prüfung gern unterziehen zu wollen. Bezüglich der Grenze, meinte Herr Sasonow, würde es sich eventuell um die Ergenelinie handeln. Die Grenze würde dann von Enos aus dem Laufe der Mariza bis zu dem Punkte folgen, wo die Ergene in die Mariza einmündet, und dann dem Laufe der Ergene folgen. Was den östlichen Endpunkt anbetrifft, würde er nichts dagegen haben, wenn derselbe etwas nördlich von

---

französischen Botschafter am 9. August eindringlich aufmerksam; siehe dessen Telegramm von diesem Tage, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 4. Nach Sasonow setzten die fortlaufenden Zahlungen der Tabaksregie die Türkei, die dadurch in ihrer Obstruktionspolitik bestärkt wurde, in den Stand, ihre in der Tschataldjalinie stehenden Truppen weiter zu equipieren. Im Verlauf seines Gespräches mit Delcassé verstieg sich Sasonow wiederum zu der Drohung eines einseitigen Vorgehens gegen die Türkei, wovon der Botschafter jedoch abmahnte. Es heißt in dem Telegramm Delcassés darüber: „Ce moyen de pression, sur lequel il comptait, faisant défaut, M. Sazonoff est obligé d'en envisager d'autres auxquels, j'en suis sûr, il lui répugnerait extrêmement de recourir. Autant que je l'ai pu, je lui ai montré combien une extrême circonspection s'impose, qu'à une action de la Russie peut répondre une action de l'Autriche-Hongrie, qu'il faut prévoir le cas où l'Autriche ne resterait pas seule, etc. M. Sazonoff en est convaincu et il n'entend pas engager la Russie à la légère. Mais il juge aussi que la Russie ne peut pas se résigner au maintien des Turcs à Andrinople.“ Von einem einseitigen Vorgehen Rußlands mahnte auch Iswolsky ab; siehe seine Telegramme an Sasonow vom 9. und 12. August (Stieve, a. a. O., III, 228 f., 231). Die warnenden Stimmen verfehlten ihren Eindruck auf den russischen Außenminister nicht. Am 11. August sagte Sasonow zu Delcassé (vgl. das Telegramm Sasonows an Iswolsky Nr. 2278, Stieve, a. a. O., III, 230), daß er sich bemühen wolle, dem Wunsche Frankreichs und der übrigen Mächte entsprechend, die Notwendigkeit eines aktiven Einschreitens zu umgehen. Zu diesem Zweck schlug er in Paris eine solidarische Erklärung der Tripelententemächte vor, wonach sie der Türkei jede finanzielle Unterstützung entziehen würden. Indessen glaubte der französische Außenminister Pichon bei aller prinzipiellen Geneigtheit, auf die Wünsche des Alliierten einzugehen, doch darauf hinweisen zu müssen, daß eine solche Erklärung ohne Effekt bleiben müsse, wenn sich ihr nicht auch die Dreibundmächte anschlössen. Zirkulartelegramm Pichons vom 12. August, Französisches Gelbbuch, a. a. O., III, 7. Unter diesen Umständen blieb Sasonow nichts anderes übrig, als wieder an das europäische Konzert zu appellieren. Vgl. Nr. 13776, 13780.

Midia festgesetzt würde, Herr Sasonow nannte dabei sogar den Namen San Stefano.

Wenn somit der Minister der Türkei gegenüber eine im allgemeinen eher entgegenkommende Haltung einnimmt, so hält er doch andererseits sehr bestimmt an dem Standpunkt fest, daß Rußland unter keinen Umständen das Verbleiben der Türken in Adrianopel dulden könne. Er betonte mir gegenüber, daß die russische Regierung nichts übereilen werde und sich nicht kopfüber in eine abenteuerliche Politik zu stürzen beabsichtige. Sollten aber weder die der Türkei gemachten Konzessionen, noch der finanzielle Boykott zum Ziele führen und die Mächte sich zu Zwangsmaßregeln nicht entschließen, so werde Rußland schließlich allein vorgehen. Auf die Frage, was Rußland in diesem Fall eventuell tun würde, gab der Minister eine ausweichende Antwort. Er wies nur darauf hin, daß Rußland der Türkei gegenüber vielerlei Mittel zu Gebote ständen.

F. Pourtalès

Nachschrift 5. August 1913

Auch heute wurde bei einer Unterredung, die ich mit Herrn Sasonow hatte, die Frage von Adrianopel und die der Türkei eventuell zu machenden Zugeständnisse berührt. Der Minister wiederholte, daß er gegen die Ergenelinie als Grenze nichts einzuwenden habe. Auch die Ernennung eines Mudirs für Adrianopel bezeichnete er als unbedenklich. Ebenso erklärte er sich im Prinzip mit der Zollerhöhung einverstanden. Herr Sasonow fügte jedoch bezüglich dieses Punktes heute hinzu, Rußland werde diese Konzession allerdings nur machen können, wenn sie von allen Mächten angenommen würde, und wenn es dafür von der Türkei einige wirtschaftliche Vorteile wie Herabsetzung der Einfuhrzölle auf gewisse für den russischen Handel wichtige Artikel sowie Regelung einiger mit den anatolischen Bahnen in Verbindung stehender Fragen* erlange.

Eine Änderung der Kapitulationen dagegen schien Herrn Sasonow nicht unbedenklich. Er wies darauf hin, daß dies eine sehr schwierige Frage sei.

Als weitere Konzession schlug der Minister dann noch vor, daß Bulgarien die Verpflichtung auferlegt werde, Adrianopel zu schleifen.

Der Gedanke, daß es auf jeden Fall notwendig sein werde, im kritischen Moment einen starken Druck auf die türkische Regierung auszuüben, entspricht ganz der Auffassung des Herrn Sasonow. Er erwähnte mit sichtlicher Genugtuung, daß Freiherr von Wangenheim diesen Gedanken dem russischen Botschafter in Konstantinopel gegenüber ebenfalls zum Ausdruck gebracht und dabei hervorgehoben habe, daß es für die Mächte ratsam erscheine, möglichst rasch zu handeln.

---

* Vgl. Nr. 13 761, Fußnote **.

Einige Besorgnis flößte dem Minister die Nachricht ein, daß die Türken anscheinend sehr eifrig daran arbeiteten, Adrianopel wieder in Verteidigungszustand zu setzen.

F. Pourtalès

Nr. 13 770

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1190 Berlin, den 11. August 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Markgraf Pallavicini war von seiner Regierung beauftragt worden, die Ansicht seiner Kollegen festzustellen bezüglich der Maßnahmen, die seitens der Mächte für den Fall einer Ablehnung der letzten identischen Demarche der Botschafter durch die Pforte zu ergreifen wären. Englischer, französischer und italienischer Vertreter wußten kein wirksames Mittel der Einwirkung auf die Türkei anzugeben, wobei die laute Sprache Herrn Bompards auffiel. Ich habe Markgrafen Pallavicini gesagt, vielleicht wäre es am praktischsten, die Sache vorläufig beruhen zu lassen. Im übrigen trete bei Ablehnung der Pforte automatisch unsere Erklärung** in Kraft, daß der Türkei die moralische und finanzielle Unterstützung der Mächte entzogen werde.

Herr von Giers mitteilte Markgrafen Pallavicini ein Telegramm des Herrn Sasonow, wonach Graf Pourtalès offiziell das Eintreten Rußlands für den seinerzeit von mir angeregten Kompensationsvorschlag*** nachgesucht habe. Russischerseits sei zustimmend geantwortet worden. Es solle demnächst eine Kollektivdemarche bei der Pforte stattfinden, der durch eine Flottendemonstration Nachdruck verliehen werden würde. Rußland werde keinenfalls Adrianopel den Türken belassen und sei eventuell zum Äußersten entschlossen. Markgraf Pallavicini unterstrich mir gegenüber die Tatsache, daß er durch den russischen Botschafter über die deutsche Politik eine präzise, von mir nur eine unbestimmte Aufklärung erhalten habe.“

Über den „präzisen“ Vorschlag sind Euere Exzellenz seinerzeit unterrichtet worden. Er lief daraus hinaus, daß die Mächte der Pforte tunlichst schnell entgegenkommende Vorschläge machen sollten, die

---

* Telegramm Nr. 449 vom 10. August.

** Gemeint sind die am 7. August in Konstantinopel gleichzeitig mit der Überreichung der Kollektiverklärung der Mächte erhobenen Vorstellungen der Botschafter. Vgl. Nr. 13 767.

*** Vgl. Nr. 13 755.

ihr die Aufgabe von Adrianopel erleichterten *. Zu diesen Vorschlägen gehörte namentlich auch die Bewilligung der vierprozentigen Zollerhöhung. Gerade gegen diesen Punkt erhoben Frankreich und Rußland Einwendungen. Der türkische Botschafter bezeichnete andererseits jeden Vorschlag der Mächte in der Angelegenheit als aussichtslos, der der Türkei nicht allein die vierprozentige Zollerhöhung, sondern vielmehr völlige Autonomie in Tariffragen zubilligte. Hierzu würden sich die Mächte wohl schwerlich verstehen. Diese Erwägung und die inzwischen aus Konstantinopel eingegangenen Nachrichten, denen zufolge die Pforte in der Adrianopelfrage eine gänzlich intransigente Stellung einnimmt, lassen uns eine neue Demarche zwecklos erscheinen. Wir würden es daher vorziehen, wenn man die diesbezügliche Absicht aufgeben und die Adrianopelfrage auf sich beruhen lassen wollte. Für Zwangsmaßnahmen gegen die Pforte würden wir unter keinen Umständen zu haben sein.

Euere Exzellenz darf ich bitten, Ihre Sprache in diesem Sinne regeln zu wollen.

Zimmermann

Nr. 13 771

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 239 St. Petersburg, den 9. August 1913
[pr. 11. August]

Im Kreise meiner Kollegen wird gegenwärtig die Frage viel erörtert, ob Rußland, im Falle die Türkei dem Drängen der Mächte wegen der Räumung von Adrianopel nicht nachgibt, sein Vorhaben, unabhängig von den anderen Mächten zu handeln, tatsächlich ausführen wird [1], und welche Schritte es in diesem Falle vorhat.

Mein italienischer Kollege hat vor kurzem im Laufe einer Unterredung mit Herrn Sasonow die Frage aufgeworfen, ob denn die definitive Annexion Adrianopels durch Bulgarien für Rußland wirklich eine solche Bedeutung habe, daß es sich deswegen zu Opfern an Menschenleben und Geld entschließen müßte. Herr Sasonow hat erwidert, es ständen Rußland der Türkei gegenüber Mittel zu Gebote, bei denen es Menschenleben garnicht zu opfern brauche [2]. Der Minister hat es aber auch meinem italienischen Kollegen gegenüber vermieden, sich über die Schritte näher zu äußern, welche Rußland eintretendenfalls, um die Türken zur Räumung von Adrianopel zu zwingen, zu unternehmen gedenkt [3].

---

* Vgl. Nr. 13 758, S. 7, Fußnote *, sowie Bd. XXXV, Kap. CCLXXIV, Nr. 13 611.

Daß hier solche Schritte ernstlich erwogen werden, ist sicher, und es scheint mir, als ob sich die hiesigen maßgebenden Stellen in dieser Richtung bereits so festgelegt hätten, daß es ihnen nicht leicht werden dürfte, ihren einmal eingenommenen Standpunkt wieder aufzugeben[4].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Schwerlich
[2] Kurden u[nd] Komitatschis
[3] er hat keinen in petto!
[4] ?

Nr. 13 772

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 St. Petersburg, den 11. August 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 182* und im Anschluß an Telegramm Nr. 222**.

Herr Sasonow sagte mir heute, er habe nach unserer Unterredung vom 7. d. Mts. russischen Botschafter in London sofort angewiesen, einem Beschluß der Botschafterreunion im Sinne der fünf Punkte zuzustimmen. Er sei daher sehr erstaunt gewesen, von Graf Benckendorff zu erfahren, daß Fürst Lichnowsky neuerdings angewiesen worden sei, sich der Zustimmung zu dem gedachten Beschluß zu enthalten***. Herr Sasonow frug mich, ob Kaiserliche Regierung bezüglich der fünf Punkte ihre Ansicht geändert habe. Bitte um Weisung behufs Beantwortung dieser Frage.

Pourtalès

---

* Siehe Nr. 13 758.
** Siehe Nr. 13 765.
*** Vgl. Nr. 13 764. Tatsächlich war Fürst Lichnowsky nur angewiesen, „für Angelegenheit kein besonderes Empressement zu zeigen“. Ob es mit diesem mangelnden deutschen Empressement zusammenhängt, daß Sir E. Grey die fünf Punkte nicht in der Sitzung der Botschafterreunion vom 8. und ebensowenig in der letzten Sitzung vom 11. August vorbrachte, oder ob dabei auch Einflüsse von französischer Seite im Spiel waren, ist aus dem bisher bekannten Material nicht zu entnehmen; jedenfalls ist die Frage einer weiteren Pression der Mächte auf die Türkei in der Adrianopelfrage in der Botschafterreunion vor ihrer Vertagung am 11. nicht mehr erörtert worden. Vgl. Nr. 13 778.

Nr. 13 773

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 185 Berlin, den 12. August 1913

Auf Telegramm Nr. 226 *.

Zu den fünf Punkten waren von verschiedenen Mächten erhebliche Vorbehalte gemacht, namentlich auch hinsichtlich Zollerhöhung. Einigung über Inhalt der Demarche erschien danach höchst zweifelhaft. Andererseits versicherte Mahmud Muchtar, der bekanntlich nicht Jungtürke und keineswegs intransigent ist, daß Stimmung in Konstantinopel infolge Verzögerung erster Demarche gänzlich umgeschlagen und Pforte schon mit Rücksicht auf Haltung des Heeres Adrianopel nicht mehr räumen könne. Letzteres könne höchstens dann in Erwägung gezogen werden, wenn Mächte der Türkei volle Autonomie hinsichtlich Zolltarifs gewährten **. Da hierzu wohl nirgends Bereitwilligkeit vorhanden, haben wir Fürst Lichnowsky orientiert, daß wir uns für nunmehr als nutzlos anzusehende neue Demarche nicht einsetzen wollen ***. Für Zwangsmaßnahmen sind wir keinesfalls. Wir würden Forderung direkter Verständigung zwischen Bulgarien und Türkei befürworten.

Freiherr von Wangenheim meldet heute die Antwort des Großwesirs auf identische Demarche † und fügt hinzu: „Großwesir erklärte noch, daß, wenn die Mächte sich nur für vierzehn Tage desinteressieren wollten, er bestimmt zu einer direkten Verständigung mit Bulgarien gelangen werde."

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 13 772.

** Vgl. dazu neben Nr. 13 770 das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Berlin de Manneville an Pichon vom 9. August: „L'Ambassadeur de Turquie a dit au Sous-Secrétaire d'Etat que, même si l'on accordait au Gouvernement ottoman l'augmentation de 4% des droits de douane, il n'évacuerait pas Andrinople. Il faudrait, pour l'y décider, qu'on donnât à la Turquie l'autonomie douanière complète. Le Sous-Secrétaire d'Etat estime que c'est chose impossible. Il est persuadé qu'une démonstration navale ne serait d'aucun effet. Si personne ne veut se lancer dans une expédition militaire, il ne voit pas ce que peut faire l'Europe et il m'a assuré, à titre tout personnel, qu'il inclinait à penser qu'elle n'avait qu'à laisser Turcs et Bulgares s'arranger entre eux." (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 293 s.)

*** Vgl. Nr. 13 764.

† Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 13 774

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1456 Berlin, den 12. August 1913

Zur Orientierung.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet**:

„Großwesir hat heute jedem einzelnen Vertreter auf die identische Demarche vom 7. d. Mts.*** mündlich erklärt:

‚En réponse à la déclaration que Votre Excellence a bien voulu me faire au nom de son Gouvernement, je m'empresse de l'assurer que le Gouvernement Impérial s'est constamment efforcé, indépendant de toute considération, à se conformer aux principes posés par le traité de Londres.

Néanmoins, si la disposition relative à la ligne Enos-Midia n'a pu être respectée par lui à l'instar des autres dispositions du traité en question, c'est que le Gouvernement Impérial s'est trouvé dans l'impérieuse et pressante obligation d'intervenir pour empêcher l'extermination systématique des populations dont le seul tort était de se trouver au delà de la ligne Enos-Midia.

Il se trouva en outre dans l'obligation non moins impérieuse de s'assurer une ligne de frontière pouvant garantir la sécurité de sa capitale et celle des détroits et conséquemment permettant l'établissement de rapports normaux et durables entre les Etats voisins.

C'est avec une vive reconnaissance que je constate que dans sa déclaration Votre Excellence admet cette dernière nécessité, car je me permets d'y voir une justification de la ligne de conduite suivie par le Gouvernement Impérial.

Confiant en leur esprit de haute justice et d'équité j'espère fermement que les Grandes Puissances voudront bien admettre aussi que la ligne de frontière que le Gouvernement Impérial s'est tracé par sa communication du 19 juillet 1913 est la seule qui puisse remplir les conditions voulues de sécurité et de durabilité †.'

---

* Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1359 nach Paris, unter Nr. 1193 nach Wien und unter Nr. 1064 nach Rom.

** Telegramm Nr. 452 vom 11. August.

*** Vgl. Nr. 13 767.

† Der Text der türkischen Antwort auf die Erklärung der Mächte vom 7. August ist bereits veröffentlicht im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 402, im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 5, und a. a. O.

Großwesir fügte hinzu, daß, wenn die Mächte sich nur für vierzehn Tage desinteressieren wollten, er bestimmt zu einer direkten Verständigung mit Bulgarien gelangen werde."

Uns würde es zweckmäßig erscheinen, daß man zunächst eine direkte Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei zu fördern versuchte.

Zimmermann

Nr. 13 775

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 455 Therapia, den 12. August 1913

Großwesir mitteilte mir, daß ein griechischer Offizier namens Icpaldo bei dem Kommandanten der türkischen Truppen in Sofoulu (Sufli) erschienen sei und an letzteren namens Königs der Hellenen die Aufforderung gerichtet, für den Schutz der muselmanischen und griechischen Bevölkerung in den nach dem Bukarester Frieden von Griechenland zu räumenden Gebieten Thraziens militärische Vorkehrungen zu treffen, damit bulgarischen Massakers vorgebeugt werde. Großwesir war sichtlich erregt und schien die Absicht zu haben, die Armee auf das rechte Marizaufer übergehen zu lassen. — Ich habe ihn dringend hiervor gewarnt*. Es sei vorzuziehen, die Angelegenheit vor die Kabinette zu bringen.

Wangenheim

Nr. 13 776

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 228 St. Petersburg, den 13. August 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 185**.

Herr Sasonow, der mich heute zu sich bitten ließ, sprach mir Bedauern aus, daß Gedankenaustausch über die auf Grund der fünf Punkte der Türkei anzubietenden Konzessionen ins Stocken geraten sei. Minister bat mich, bei Euerer Exzellenz anzuregen, daß Gedankenaustausch wieder aufgenommen werde. Auf meine Erwide-

* Durch Telegramm Nr. 275 vom 13. August wurde Freiherr von Wangenheim angewiesen, weiterhin dringend vor dem Übergang auf das rechte Marizaufer zu warnen.

** Siehe Nr. 13 773.

rung, daß infolge der von mehreren Mächten gemachten Reserven Aussichten, in dieser Frage zu einer Einigung zu gelangen, sehr gering seien, erwiderte Minister, er halte es für dringend wünschenswert, die diesbezüglichen Verhandlungen nicht fallen zu lassen. Nach Ansicht des russischen Botschafters in Konstantinopel sei es keineswegs ausgeschlossen, auf Basis der fraglichen Konzessionen und durch finanziellen Boykott Türkei zum Nachgeben in Adrianopeler Frage zu bewegen. Herr von Giers melde, daß Großwesir auf seine Frage, ob türkische Antwort auf Schritt der Mächte* als endgültiges fin de non recevoir anzusehen sei, diese Frage verneint habe. Auch Markgraf Pallavicini teile Ansicht des Herrn von Giers, daß türkische Regierung nicht abgeneigt sei, eventuell auf weitere Verhandlungen einzugehen.

Pourtalès

Nr. 13 777

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. H.

Eigenhändiges Konzept

Nr. 25 Berlin, den 14. August 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei ein Telegramm des Grafen Pourtalès über eine Unterredung mit Herrn Sasonow in der Adrianopelfrage** mit der Bitte zu übersenden, Seiner Majestät in der Angelegenheit Vortrag halten zu wollen. Den mir unterm 6. d. Mts. übermittelten allerhöchsten Intentionen*** dürfte es entsprechen, wenn wir auch der vorliegenden russischen Anregung gegenüber tunlichste Zurückhaltung beobachteten. Die bisherigen Erfahrungen der Mächte ermutigen schwerlich zu einer neuen Demarche in Konstantinopel. Immerhin möchte ich es für empfehlenswert erachten, eine gänzlich ablehnende Haltung gegenüber der Anregung Herrn Sasonows zu vermeiden. Als Antwort könnte meines Erachtens in Frage kommen, daß wir uns mit Rücksicht auf die derzeitige Stimmung in Konstantinopel von einer erneuten einseitigen Vorstellung bei der Pforte keinen Erfolg versprächen. Dagegen gäben wir zur Erwägung, ob man nicht zunächst der Türkei und Bulgarien überlassen sollte, eine direkte Verständigung über Adrianopel zu suchen. Derartige Bestrebungen würden wir gern bereit sein im Verein mit den übrigen Großmächten nach Möglichkeit zu fördern.

Zimmermann

---

* Vgl. Nr. 13 774.
** Identisch mit Nr. 13 776.
*** Vgl. Nr. 13 763.

Nr. 13 778

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 465 London, den 13. August 1913
[pr. 15. August]

Bei meinem heutigen Abschiedsbesuch * bat mich Sir Edward Grey, auf zwei Punkte die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz zu lenken.

Zunächst sei Rußland genötigt, auf die Räumung Adrianopels ein um so größeres Gewicht zu legen, als es auf wesentliche Abänderungen des Bukarester Vertrages zugunsten Bulgariens nicht mehr zu bestehen schiene **. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß die Türkei nicht im Besitz Adrianopels belassen werden könnte, und daß es nicht einmal im Interesse der Türken liege, darauf zu bestehen. Der geeignete Augenblick schiene ihm gekommen, um nun im Sinne unserer früheren Anregungen mit Vorschlägen an die Pforte heranzutreten [1], und er würde es gerne sehen, wenn wir uns über diesbezügliche Schritte mit St. Petersburg verständigten, schon um ein einseitiges Vorgehen Rußlands [2] zu verhindern, das sich mit dem Verbleib der Türken in Adrianopel keinesfalls werde abfinden können. Die Türkei habe außerdem eine gute Gelegenheit verpaßt, um sich die Sympathien Europas zu erwerben, indem sie, statt sich Mäßigung aufzuerlegen, mit ähnlichen Greueltaten [3], die von allen Konsuln bestätigt würden, wie sie auch von allen anderen Balkanvölkern begangen wurden, ihren Vormarsch begleitet hätte.

Der zweite Punkt aber sei die Haltung Griechenlands in der südalbanischen Grenzfrage ***. Die Griechen erklärten schon heute, sich hier den Entschlüssen der Mächte nicht fügen, und Koriza und das Gebiet nördlich von Kap Stylós nicht räumen zu wollen [4]. Bei dem bedeutenden Einfluß, den Seine Majestät der Kaiser auf König Konstantin auszuüben in der Lage sei, schien es ihm wünschenswert, daß letzterem klar gemacht werde, daß, falls Griechenland in der südalbanischen Frage den Mächten Widerstand entgegensetze, die Frage von Kawala, über die noch keineswegs Einigkeit herrsche [5], gegen Griechenland entschieden werden könne [6] †.

Lichnowsky

---

* Fürst Lichnowsky ging am 13. August, nachdem am 11. die Londoner Botschafterreunion sich auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, auf Urlaub.
** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXVI, Nr. 13 740, 13 751.
*** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV und Bd. XXXVI, Kap. CCLXXX.
† Am 15. August überreichte auch der englische Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Unterstaatssekretär Zimmermann ein Aide-mémoire, das ganz im Sinne der Bemerkungen Sir E. Greys zu Fürst Lichnowsky gehalten

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bereits von Stambul negativ erledigt mehrfach!
[2] wenn er ein einseitiges Vorgehen Rußlands befürchtet — was ich nicht thue — so soll doch England mit Rußland gehen und versuchen, die Türken herauszugraulen, und das Odium vor der Moslemitischen Welt tragen; wozu sollen wir so dumm sein das für England zu thun!!?
[3] Unsinn!
[4] wird sich finden, bei geeigneter Gelegenheit
Erst Siegesjubel austoben lassen!
[5] ich meine doch! der Frieden soll nicht mehr superrevidiert werden
[6] too late now!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Id est, was Herr Grey nicht selbst fertig bringt und ihm zu dornig ist, soll die Magd Germania erledigen, da Britannia fischen und Grouse schießen gehen will! — Ich habe keine Sorge, daß Rußland etwas allein gegen die Türken unternimmt, aus dem einfachen Grund, daß es militärisch nicht dazu in der Lage ist und zu schwach. Sollte es doch etwas unternehmen, nun um so besser, dann entzweit es sich mit England und event[uel]l Frankreich und die 3pel Entente geht in die Binsen. Das kann uns gerade Recht sein. Ein „Vorschlag" — wie Grey meint — seitens Rußlands und Deutschlands, an die Türkei zur Räumung Adrianopels, ist wirklich naiv! Weil er Angst vor seinen indischen Muhamedanern hat, sollen wir das Geschäft und das Odium für England uns aufladen. Das fällt uns nicht im Traume ein! Es ist an Stambul, sich in Ruhe zu überlegen, ob es ganz und gar in Adrianopel bleiben will oder nicht! Und von uns ungestört seine Entschlüsse frei zu fassen. Sollte es dabei zu der Überzeugung gelangen, daß es praktischer sei, dem früher ausgesprochenen Rath der Mächte, die Stadt den Bulgaren zu lassen, zu folgen, dann wird Stambul schon den Weg beschreiten und sich mit Bulgarien direkt darüber einigen. Ist dagegen der Druck der Muhamed[anischen] Welt zu stark und muß Stambul vorläufig Prestiges halber drinnen bleiben, dann ist es nicht Deutschlands Sache, das Gefühl der Moslims durch entgegenlaufende Rathschläge unnötig zu verbittern und gegen sich einzunehmen. Es ist daher Grey's Ansinnen einer Deutsch-Russ[ischen] Aktion gegen Stambul, wegen Adrianopel absolut abzulehnen! Das ist jetzt Sache des Taktgefühls der Regierung in Stambul und ihres Verhältnisses zum Türkischen Heer!
Mit anderen Worten: Grey hat Angst, sein Allierter Rußland könnte aus der Entente ausscheiden, und wir sollen behülflich sein, die Russen bei England zu behalten! Fällt mir nicht im Traume ein! Wilhelm I. R.

---

war. Über die dem Geschäftsträger mündlich erteilte Antwort unterrichtet eine Aktennotiz Zimmermanns vom 15. August: „Ich habe Lord Granville erwidert, daß wir eine Einigung der Mächte über geeignete Vorschläge an die Türkei für höchst zweifelhaft, deren eventuelle Annahme seitens der Pforte aber für gänzlich ausgeschlossen hielten. Wir seien daher für Zurückhaltung, um Europa eine neue Blamage zu ersparen. Das einzige, an sich auch nicht gänzlich unbedenkliche Mittel, zu dem wir uns eventuell verstehen könnten, wäre die Vorenthaltung finanzieller Hilfe an die Türkei, um sie auf diesem Wege zur Nachgiebigkeit zu bewegen. In diesem Sinne wirkten wir ohnehin bereits bei unserer Finanz."

Nr. 13 779

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Homburg v. d. H., den 15. August 1913

Antwort auf Erlaß Nr. 25*.

Seine Majestät lassen bitten, von jedem Schritt unsererseits in der Adrianopelfrage abzusehen. Graf von Pourtalès soll in tunlichst freundlicher Form darauf hinweisen, daß wir in die Entwickelung dieser Angelegenheit nicht eingreifen wollten**.

Treutler

Nr. 13 780

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1020 Berlin, den 15. August 1913
[abgegangen am 16. August]

Zu Ew. pp. gefälliger Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache:

Der russische Geschäftsträger hat mir heute das abschriftlich beigefügte Memorandum*** überreicht. Ich habe ihm darauf erwidert, daß mir eine Pression auf die Tabakregie in dem gewünschten Sinne schwierig erscheine. Die Tabakregie sei eine rein türkische Gesellschaft und stehe daher nicht unter unserer Jurisdiktion und Aufsicht. Ihre Verträge mit der Pforte seien mir unbekannt, ich könne daher auch nicht übersehen, welche Verpflichtungen sie der Pforte gegenüber eingegangen sei, und ob sie sich denselben überhaupt zu entziehen vermöge. Übrigens sei deutsches Kapital in der Regie nur zu einem kleinen Teil vertreten. Frankreich in erster Linie und daneben auch England und Österreich-Ungarn stellten, soweit mir bekannt, den Hauptanteil an dem Kapital der Regie, und die Finanzgeschäfte

---

* Siehe Nr. 13 777.

** Auf die Direktive des Kaisers hin wurde Graf Pourtalès durch Telegramm Nr. 187 vom 15. August unter Mitteilung des obigen Telegramms angewiesen: „Bitte danach, falls Herr Sasonow auf Angelegenheit zurückkommen sollte, Sprache zu regeln, dabei aber betonen, daß wir unsere Finanz andauernd von finanzieller Unterstützung der Türkei zurückhalten.“

*** Siehe Anlage.

würden in Paris abgewickelt. Sollten die anderen danach in Frage kommenden Regierungen etwa eine Einwirkung auf die Regie für möglich halten, so würden wir die russische Anregung auch unsererseits nochmals in Erwägung nehmen. Vorläufig glaubte ich indes von weiteren Schritten absehen zu sollen.

Im übrigen trügen wir der russischen Anregung hinsichtlich des finanziellen Boykotts der Türkei bereits gegenwärtig Rechnung, indem wir unsere Finanzkreise andauernd von jeder finanziellen Unterstützung der Pforte abhielten.

Zimmermann

Anlage

Promemoria

En vue de donner une application concrète à la décision unanime des Puissances touchant la pression financière à exercer sur la Sublime Porte pour l'amener au respect des stipulations du Traité de Londres, il y aurait lieu de retarder le versement au Trésor Turc de la somme qui doit être payée, le mois prochain, par la Régie des Tabacs.

Il serait donc très-désirable qu'un accord intervienne à temps à ce sujet entre les Puissances intéressées.

Il serait également opportun d'élaborer en commun une déclaration identique des Gouvernements à l'effet d'engager les cercles financiers et les banques de s'abstenir de toute avance et subside envers la Turquie, vu que ces opérations risqueraient d'être privées du soutien éventuel de leur Gouvernement respectif, tant que la Porte ne respectera pas les engagements pris par elle à la Conférence de Londres.

Nr. 13 781

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Konzept von der Hand des Gesandten von Treutler

Nr. 87 Homburg v. d. H., den 16. August 1913

Als im vorigen Jahre die Balkankrisis begann, stand Europa vor der Gefahr eines Zusammenstoßes seiner beiden großen Gruppen, da Österreich und Rußland als Exponenten derselben ihre traditionellen, wenn auch vielleicht nur teilweise berechtigten Interessen in den Kampf hineingezogen sahen. Unsere Aufgabe war es, diesem Zusammenstoß entgegenzuarbeiten. Das beste Mittel dafür erschien die

---

* Das kaiserliche Telegramm ist eine breitere Ausführung der Randbemerkungen zu dem Berichte Fürst Lichnowskys vom 13. August (siehe Nr. 13 778).

Bekundung der unlösbaren Festigkeit des Dreibundes, dessen frühzeitige Erneuerung* nach dieser Richtung hin von unschätzbarem Wert war. In diesem Sinne brachte ich auch das Opfer, auf gewisse mir an sich unsympathische Wünsche Österreichs einzugehen, die mit dem Namen Sandschak, Durazzo, Skutari, autonomes Albanien bezeichnet werden mögen. Die Betonung der Solidarität der Dreibundsglieder und später die Ermöglichung eines gemeinsamen Vorgehens der sechs Mächte in London waren im Interesse der Bewahrung des europäischen Friedens ungleich wichtiger als die jeweilige Stellungnahme zu Teilfragen, die infolgedessen dem großen Gesichtspunkt untergeordnet werden mußten.

Der Gang der Ereignisse zeigte nun:

I. daß die wahren Interessen Europas Schulter an Schulter von den beiden Vormächten der Gruppen, nämlich von Deutschland und England, verteidigt werden konnten,

II. daß die beiden in offenen Gegensatz geratenen Gruppenglieder Österreich und Rußland so viele Fehler gemacht hatten, daß ihr sogenannter Balkaneinfluß einen vielleicht unheilbaren Echec erlitt, und

III. daß das Friedensbedürfnis aller Großmächte bedeutender ist, als man vorausgesetzt hatte, und daß anderweitige Posen als Bluff bezeichnet werden durften.

Unter solchen Umständen begann die zweite Phase der Balkankrisis, nämlich die der Kriege der Verbündeten untereinander und des Eingreifens Rumäniens sowie des Wiederauflebens der Türken.

Jetzt konnte, nach dem eben Ausgeführten, die frühere Hauptaufgabe unserer Politik: Europa den Frieden zu wahren, zurücktreten. Es handelt sich nun darum, die sich neu bildenden Verhältnisse auf dem Balkan richtig einzuschätzen und für eventuelle zukünftige Kombinationen den Boden zu bereiten. Ich durfte deshalb den neuen und schwersten Fehler Österreichs nicht mehr mitmachen. Österreich, das bisher zwischen Dreibund und Rumänien als Bindeglied gedient hatte, versagte in dieser wichtigen Bundespflicht, indem es sich in starrer Befolgung seiner falschen Serbenpolitik dazu verleiten ließ, mit Sofia so nahe Fühlung zu nehmen, daß die traditionellen Beziehungen zu Bukarest in kritischer Zeit notwendig leiden mußten. Der Augenblick für einen solchen Fehler war um so schlechter gewählt, weil Rußland und Frankreich zur gleichen Zeit augenscheinlich ihre Anstrengungen verdoppelten, um in Rumänien für die Entente zu Ungunsten des Dreibundes Boden zu gewinnen. Ich m u ß t e also namens des Dreibundes diesen Fehler gutzumachen suchen, selbst auf die Gefahr hin, Österreich vorübergehend zu verstimmen. In gleicher Weise mußte ich dafür sorgen, daß die Neuordnung auf dem Balkan

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL.

sich tunlichst vorteilhaft für uns gestaltete. Nicht aus verwandtschaftlichen Rücksichten, sondern unter Ausnutzung der bestehenden verwandtschaftlichen Beziehungen muß es unsere Aufgabe sein, das sichtlich im Aufschwung begriffene Griechenland auf unsere Seite zu ziehen. Mit Absicht habe ich dabei den Nachdruck auf eine Vergrößerung Griechenlands im und am Ägäischen Meere gelegt, damit nicht zu große Aspirationen Griechenlands an der Adria die Heranziehung dieses Landes an den Interessenkreis des Dreibunds für Italien schwer und bedenklich machen sollten. Ganz ähnliche Ziele verfolgt auch meine Politik, die ich der Türkei gegenüber in der Adrianopelfrage beobachtet. Ich halte es für das allein richtige, die Verhältnisse dort allein reifen zu lassen. In jedem Falle will ich jede Ingerenz unsererseits vermieden wissen. Sobald die Türken eine Vermittlung brauchen werden, werden sie darum bitten. Vorher riskiert jede Demarche, daß ihr ähnlich wie eben erst ein glatter refus folgt. Das einzige, was getan werden könnte, ist ein Druck in finanzieller Beziehung, der jedoch von Frankreich ausgehen müßte. Der auf Adrianopel bezügliche, eben eingegangene Bericht Fürst Lichnowskys vom 13. August* gibt mir im Zusammenhang mit dem eben Gesagten Anlaß, folgendes zu bemerken:

Ich habe keine Sorge, daß Rußland etwas allein gegen die Türken unternimmt aus dem einfachen Grund, daß es militärisch nicht dazu in der Lage ist. Sollte es doch etwas unternehmen, nun, um so besser, denn dann entzweit es sich mit England und eventuell mit Frankreich, und die Tripelentente geht in die Binsen. Das könnte uns gerade recht sein. Ein „Vorschlag“ — wie Sir E. Grey meint — seitens Rußlands und Deutschlands an die Türkei zur Räumung Adrianopels ist wirklich naiv. Weil er Angst vor seinen indischen Muhamedanern hat, sollen wir das Geschäft und das Odium für England uns aufladen. Das fällt mir nicht im Traum ein! Es ist an Stambul, sich in Ruhe zu überlegen, ob es ganz und gar in Adrianopel bleiben will oder nicht, und von uns ungestört seinen Entschluß zu fassen. Sollte es dabei zu der Überzeugung gelangen, daß es praktischer sei, dem früher ausgesprochenen Rat der Mächte, die Stadt den Bulgaren zu lassen, zu folgen, dann wird Stambul schon den Weg beschreiten und sich mit Bulgarien direkt darüber einigen. Ist dagegen der Druck der muhamedanischen Welt zu stark, und muß Stambul vorläufig Prestiges halber darinnen bleiben, dann ist es nicht Deutschlands Sache, das Gefühl der Moslems durch entgegenlaufende Ratschläge unnötig zu verbittern und gegen sich einzunehmen. Es ist daher Greys Ansinnen einer deutsch-russischen Aktion gegen Stambul wegen Adrianopel absolut abzulehnen. Das ist jetzt Sache

---

* Siehe Nr. 13 778.

des Taktgefühls der Regierung in Stambul und ihres Verhältnisses zum türkischen Heere.

Mit anderen Worten: Grey hat Angst, sein Alliierter Rußland könnte aus der Entente ausscheiden, und wir sollen behilflich sein, die Russen bei England zu halten!

Fällt mir nicht im Traum ein.

Es wird vielmehr jetzt, nachdem der Friede definitiv geschlossen ist, darauf ankommen, unsere eigenen Bundesgenossen und namentlich Österreich von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen und dadurch die augenblickliche Verstimmung zu heben.

Ein Personenwechsel in der Leitung der österreichischen Politik, wie er mir schon wiederholt als wahrscheinlich gemeldet ist, wird uns diese Aufgabe, für die auch die Presse Direktive erhalten muß, wesentlich erleichtern, zumal ich weiß, daß ein großer Teil der österreichischen Diplomaten die Berchtoldsche Politik ebenso be- und verurteilt als ich.

Ich bitte diese Instruktion den beteiligten Botschaften und Gesandtschaften zugänglich zu machen*.

Wilhelm I. R.

Nr. 13 782

Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 288 Paris, den 14. August 1913
[pr. 16. August]

Aus einem Gespräch mit Herrn Iswolsky entnehme ich, daß die russische Regierung bemüht ist, die Mächte für den Plan zu gewinnen, die Türkei durch finanzielle Aushungerung zur Aufgabe von Adrianopel zu zwingen. Allerdings äußerte der russische Botschafter sich sehr skeptisch über die Durchführbarkeit einer solchen Idee, da, wie er sagte, doch immer wieder sich Leute fänden, die Geld

* Der kaiserlichen Weisung wurde durch Zirkularerlaß vom 17. August entsprochen. Am 19. wurde der Botschafter in Wien von Tschirschky — durch Erlaß Nr. 1229 — ermächtigt, dem Grafen Berchtold das kaiserliche Telegramm in einer die österreichische Empfindlichkeit schonenden verkürzten Form vorzulesen. Am 22. August berichtete Tschirschky (Nr. 266) über die Ausführung des Auftrages: „Der Minister war unstreitig lebhaft beeindruckt von dieser allerhöchsten Kundgebung und wird seinem Kaiser unverzüglich darüber Bericht erstatten. — Graf Berchtold meinte, er würde glücklich sein, die Lage der Dinge in gleichem Lichte ansehen zu können, doch fürchte er, daß in der Zukunft die am Balkan geschaffenen Verhältnisse den Interessen Österreichs und damit auch Deutschlands noch manche unliebsame Überraschungen bereiten würden.“

hergeben würden. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Herr Iswolsky hier kein großes Entgegenkommen gefunden hat, was sich bei den engen Beziehungen des französischen Kapitals zur Türkei leicht erklären läßt*. Es kann unmöglich im Interesse der französischen Gläubiger liegen, die Türkei zum Bankerott zu drängen. Herr Pichon, den ich später zu sprechen Gelegenheit hatte, äußerte sich garnicht über den russischen Plan, sondern meinte, die Frage von Adrianopel würde wohl noch einige Zeit brauchen, bis sie entschieden werden könnte. Er sehe noch keinen Ausweg, der Erfolg verspreche.

W. Radowitz

Nr. 13 783

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 458 Therapia, den 16. August 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 455**.

Auf die von der Pforte bei den Kabinetten getanen Schritte*** sind Markgraf Pallavicini und Herr Bompard angewiesen worden, die Türkei vor der Überschreitung der Mariza zu warnen. Großwesir antwortete, daß die Türkei bisher nur aus militärischen Gründen gewisse Punkte jenseits des Flusses besetzt habe, aber keine dauernde Okkupation beabsichtige. Herr von Giers spricht sich einerseits dahin aus, daß die Überschreitung der Mariza den russischen Einmarsch in Armenien zur Folge haben werde, gibt aber andererseits zu, daß eine Besetzung Armeniens die Türken nicht aus Adrianopel herausbringen würde.

Russischer Militärattaché † ist der Ansicht, daß ein Angriff auf Thrazien über das Schwarze Meer hinweg mit beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden sein würde. 4 bis 500 000 Mann seien erforderlich, um die in bester Verfassung befindlichen 300 000 Türken zu schlagen.

Großwesir sagte mir heute v e r t r a u l i c h, er sei zu der Dro-

---

* Vgl. dazu Nr. 13 769, Fußnote **, sowie Iswolskys eingehende Darlegungen in den Briefen an Sasonow vom 12. und 14. August (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, S. 236 f., 238 f., 244).

** Siehe Nr. 13 775.

*** Gemeint ist die Überreichung einer vom 12. August datierten Note der Pforte an die Mächte, in der für den Fall der Fortsetzung der angeblich von den bulgarischen Truppen verübten Türkenmassakers mit einer erneuten Kriegserklärung an Bulgarien gedroht wurde. Siehe den Text der Note im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 405 f.

† J. A. Holmsen.

hung mit Kriegserklärung an Bulgarien durch die Armee veranlaßt worden, welche die Massakrierung der türkischen Gefangenen rächen wolle. Er werde sich aber auf kein Abenteuer mit Griechenland einlassen, das doch nur die Autonomie Thraziens und eine Intervention der Mächte zu diesem Zweck wolle. Er wünsche zu einer direkten Verständigung mit Bulgarien zu gelangen. — Herr Natschewitsch habe vorgestern versucht, mit dem Ackerbauminister Bostoni Verhandlungen anzuknüpfen. Von letzterem sei erwidert worden, daß die Pforte für Bulgarien nur zu sprechen sei, wenn Bulgarien auf Adrianopel verzichte. Natschewitsch habe darauf eine Frist von einigen Tagen erbeten, um mit seiner Regierung konferieren zu können.

Meines Erachtens beabsichtigt Pforte mit ihrer drohenden Sprache nur Einschüchterung Bulgariens. Letzteres, das ohnehin seine Armee demobilisieren möchte, soll für direkte Verhandlungen gefügig gemacht werden *.

Wangenheim

Nr. 13 784

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 459 Konstantinopel, den 16. August 1913

Herr von Giers sprach meinem österreichischen Kollegen von einer Blockade der Meerengen [1]. Markgraf Pallavicini hat seiner Regierung dringend abgeraten, sich an einer solchen Maßnahme zu beteiligen **, welche hauptsächlich den fremden Handel treffe und die Bevölkerung Konstantinopels bedenklich erregen würde, ohne dabei ihr Ziel, die Räumung Adrianopels, zu erreichen [2].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Österreich soll auch weiter an Rußlands Seite, dessen Geschäfte besorgen

[2] richtig!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ist ein Unsinn! den ich nicht mitmache! Die Russen sollen nur allein solche Versuche machen, werden schon sehen, wie weit sie kommen

---

* Auf das obige Telegramm erhielt Freiherr von Wangenheim am 17. — Telegramm Nr. 279 — die Weisung: „Rußland und Bulgarien sind wiederholt mit Bitte vorstellig geworden, daß wir die Türkei vor weiterem Vorgehen dringend warnen möchten. Wir haben erklärt, daß wir dies täten und unsere Vorstellungen fortsetzen. Bitte entsprechend verfahren."

** Tatsächlich scheint doch die österreich-ungarische Regierung ein gemeinsames Vorgehen mit Rußland gegen die Türkei erwogen zu haben. Vgl. dazu das eingehende Schreiben des Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf an Graf Berchtold vom 17. August (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, S. 412 ff.), das die Möglichkeiten einer österreichischen Kooperation mit Rußland analysiert.

Nr. 13 785

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 243 St. Petersburg, den 15. August 1913
[pr. 17. August]

Wie Euerer Exzellenz aus meinen anderweitigen Meldungen bekannt ist, fährt Herr Sasonow fort, alles aufzubieten, um eine Einwirkung der Mächte in Konstantinopel herbeizuführen, damit die Türkei zur Räumung von Adrianopel gezwungen wird. Im allgemeinen hatte ich aber bei meiner letzten Unterredung mit dem Minister den Eindruck, als ob er in dieser Frage bereits viel Wasser in seinen Wein gegossen hätte. Seine Sprache war eine viel ruhigere als noch vor einer Woche. Er erging sich mehr in retrospektiven Betrachtungen und in Klagen darüber, daß sich das europäische Konzert nicht zu einer energischen Handlung habe aufraffen können. Er sprach die Überzeugung aus, daß eine Flottendemonstration schon längst zum erwünschten Ziele geführt haben würde, und daß man auch jetzt noch durch eine energisch durchgeführte finanzielle Boykottierung die Türkei zum Nachgeben bewegen könne. Er unterließ es aber, diesmal von einem eventuellen isolierten Vorgehen Rußlands zu sprechen.

Ich fange daher an, trotzdem Herr Sasonow noch vor einigen Tagen eine solche Sonderaktion sehr bestimmt angekündigt hatte, mehr und mehr daran zu zweifeln, daß man sich hier schließlich dazu entschließt, von den übrigen Mächten getrennt zu handeln. Allerdings hat der Minister noch vor ganz kurzem meinem italienischen Kollegen gegenüber den Gedanken hingeworfen, daß Rußland sich vielleicht eines türkischen Hafens als Pfand bemächtigen könnte. Er dürfte dabei einen Hafen an der kleinasiatischen Küste, etwa Trapezunt, im Auge gehabt haben. Im ganzen gewinnt man aber nicht den Eindruck, als ob man hier über die zu unternehmenden Schritte schlüssig sei.

Herr Sasonow scheint neuerdings zu befürchten, daß die Türkei der Versuchung nicht widerstehen werde, Bulgarien außer Adrianopel auch noch andere Gebiete wieder zu entreißen. Der Minister stand, als ich ihn vorgestern sah, offenbar sehr unter dem Eindruck von Eröffnungen, die ihm mein türkischer Kollege kurz vorher im Namen seiner Regierung gemacht hatte. Turkhan Pascha hatte auf die von den Bulgaren an Muhamedanern und besonders auch an türkischen Gefangenen begangenen Grausamkeiten hingewiesen und hinzugefügt, daß, wenn diese Grausamkeiten nicht aufhörten, die Türkei sich genötigt sehen würde, Bulgarien von neuem den Krieg

zu erklären*. Dies, bemerkte der Minister, müsse unter allen Umständen vermieden werden. Er habe daher auch sofort nach Sofia sehr ernste Warnungen ergehen lassen und hoffe, daß dies die anderen Mächte auch tun würden. Als besonders bedenklich bezeichnete der Minister den Umstand, daß nach seinen Nachrichten die Türkei von griechischer Seite ermutigt werde, das Gebiet zwischen Enos und der im Bukarester Frieden vereinbarten neuen griechischen Grenze wieder in Besitz zu nehmen. Selbst der hiesige griechische Geschäftsträger habe sich nicht gescheut zu äußern, daß Griechenland es lieber sehen würde, wenn die griechische Bevölkerung jenes Gebietes, statt bulgarisch zu werden, wieder unter türkische Herrschaft käme.

F. Pourtalès

Nr. 13 786

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 463 Therapia, den 17. August 1913

Nach einem Telegramm des Grafen Berchtold an Markgraf Pallavicini hat Rußland in Wien Finanzboykott der Türkei und Kollektivdemarche der Mächte angeregt, um Türkei zur Zurückziehung ihrer Truppen auf dem linken Marizaufer zu veranlassen**.

Aus dem russischen Schritte geht hervor, daß Rußland zunächst keine Gewaltmaßregeln plant, vielleicht sogar, daß es sich mit dem Verbleib Adrianopels abzufinden beginnt. An Finanzdruck könnten wir uns wohl nur insoweit beteiligen, als dadurch unsere Interessen nicht affiziert werden. Der russische Vorschlag, die Regie zur Verletzung ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der Pforte anzuhalten, ist ebensowenig diskutabel wie die frühere russische Anregung, die unter dem Vertrauen der Türkei in die Meerenge eingelaufene internationale Flotte zu einer Sperrung der türkischen Zufuhr von Asien nach Europa zu verwenden.

Die vorgeschlagene Kollektivdemarche aber würde der Türkei Gelegenheit geben, den Mächten weit entgegenzukommen. Wie ich die Stimmung in Regierungskreisen beurteile, würde die Pforte antworten, daß sie sich dem Wunsche der Mächte füge, soweit das

---

* Vgl. Nr. 13 783, Fußnote ***.

** Vgl. dazu das Telegramm Graf Berchtolds an Markgraf Pallavicini vom 16. August, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 409.

Gebiet jenseits der Mariza in Betracht komme. Sie sei bereit, ihre Truppen zurückzuziehen, mache aber darauf aufmerksam, daß die Sicherung der Eisenbahnen und Adrianopels den türkischen Besitz gewisser jenseits der Mariza gelegener Territorien zur Voraussetzung habe. Für diese Gebiete werde die Pforte Bulgarien im östlichen Thrazien schadlos halten und zum Beispiel auf Tirnowo und Umgebung verzichten. Im übrigen akzeptiere sie von vornherein jede der Türkei die Mariza und Adrianopel sichernde Grenze, welche durch die internationale Abgrenzungskommission festgelegt werden würde.

Eine derartige Antwort der Pforte würde den Charakter eines russischen Erfolges annehmen und könnte nicht ohne Einfluß auf die Haltung Rußlands bezüglich Adrianopels bleiben. Ich bin daher der Meinung, daß wir uns der Kollektivdemarche anschließen sollten. Falls Herr von Giers mir von der Sache sprechen sollte, beabsichtige ich kein Bedenken geltend zu machen *.

Wangenheim

Nr. 13 787

Der Botschafter in Rom von Flotow, z. Z. in Saltino, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Saltino, den 18. August 1913

Antwort auf Erlaß 1064, Schluß **.

Marquis di San Giuliano ganz einverstanden, zunächst direkte Verständigung zwischen Bulgarien und Türkei zu fördern. Er hält türkisches Vorgehen über Mariza für Mittel, um Bulgarien zu Verständigung zu zwingen. Dem russischen Geschäftsträger ***, der zu Aktion in Konstantinopel aufgefordert, hat er geantwortet, er sei nur bereit dazu si omnes. Minister der auswärtigen Angelegenheiten glaubt, daß Gedankenaustausch zwischen Kabinetten 14 Tage hin-

---

* Das Telegramm Freiherrn von Wangenheims wurde noch am gleichen Tage an das kaiserliche Hoflager in Homburg v. d. H. gesandt. Der Stellvertretende Staatssekretär Zimmermann bemerkte dabei: „Ich habe dem russischen Geschäftsträger auf die gleiche Anregung am Sonnabend erwidert, daß wir uns von durch neues Regime obsolet gewordenen Kollektivdemarchen keinen besonderen Erfolg versprechen könnten. Wir hätten übrigens andauernd die Pforte dringend vor Überschreitung der Mariza gewarnt und setzten diese Warnungen bzw. die Ratschläge zur Zurückziehung der Truppen hinter die Mariza fort.“ Gleichzeitig wurde Freiherr von Wangenheim durch Telegramm Nr. 280 im selben Sinne verständigt und angewiesen, sich gegen seinen russischen Kollegen entsprechend zu äußern.

** Vgl. Nr. 13 774, Fußnote *.

*** von Poggenpohl.

gezogen werden könne. Nach seinen Nachrichten aus Petersburg ist Stimmung für militärische Aktion dort gering.

Flotow

Nr. 13 788

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 281 Berlin, den 19. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 280 *.

Haben Euer Exzellenz Anzeichen bezw. welche, daß türkischer Regierung Kollektivdemarche nicht unerwünscht sein würde, eventuell auch als Druckmittel gegen eigenmächtiges Vorgehen der Armee? Drahtantwort.

Jagow

Nr. 13 789

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 468 Therapia, den 20. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 281 **.

Ich habe die Gewißheit, daß Kollektivdemarche, sofern sie sich auf Forderung der Räumung des rechten Marizaufers beschränkt, dem Großwesir sehr willkommen sein würde:

1. weil sie das Gewicht der Regierung gegenüber den aktionslustigen Elementen der Armee stärken würde,

2. weil damit bezüglich der Adrianopeler Angelegenheit einer Verschleppung vorgebeugt würde, welche die Türkei zwingen würde, Bulgarien in absehbarer Zeit vor eine Entscheidung zu stellen,

3. weil die Demarche der Pforte Gelegenheit geben würde, in ihrer Antwort den Mächten und namentlich Rußland weit entgegenzukommen und gleichzeitig ihren Standpunkt zur Frage von Adrianopel nochmals zu fixieren unter Anerbieten von Kompensationen für Bulgarien im Nordosten Thraziens.

---

* Vgl. Nr. 13 786, S. 35, Fußnote *.

** Siehe Nr. 13 788.

Die Antwort der Pforte würde so lauten, wie ich sie in Telegramm Nr. 463* skizziert habe.

Wangenheim

Nr. 13 790

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 469 Konstantinopel, den 20. August 1913

Herr von Giers sagte gestern meinem österreichischen Kollegen, er habe soeben von dem Großwesir energisch die Räumung des rechten Marizaufers verlangt**. Großwesir sei sehr verständig gewesen und habe zugesagt, der russischen Forderung zu entsprechen.

Dagegen sagte mir heute Großwesir, Herr von Giers habe ihn in einer ungewöhnlich freundschaftlichen Form gebeten (supplié), im Westen Thraziens doch nicht gemeinschaftliche Sache mit den Griechen zu machen, was er gern versprochen habe.

Aus der Haltung meines russischen Kollegen glaube ich zu erkennen, daß derselbe, nachdem Kollektivdemarche zweifelhaft geworden, sich schleunigst einen russischen Erfolg konstruieren möchte, um damit seinen vorläufigen Rückzug zu decken. Daß Herr von Giers den Gedanken an eine Gewaltaktion hat fallen lassen, geht auch daraus hervor, daß er gestern Markgraf Pallavicini erklärte, man müsse die Adrianopelfrage nunmehr drei bis vier Monate ruhen lassen. Dann würde die Türkei den Mächten schon kommen.

Wangenheim

Nr. 13 791

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 471 Therapia, den 20. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 469***.

Herr von Giers bat mich heute dringend, für Beteiligung Deutschlands an Kollektivdemarche einzutreten. Daraus folgt, daß Herr von Giers an dem Erfolg seiner isolierten Demarche zweifelt.

---

* Siehe Nr. 13 786.

** Vgl. dazu das Telegramm Markgraf Pallavicinis an Graf Berchtold vom 21. August. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 414.

*** Siehe Nr. 13 790.

Die Sprache des Botschafters war heute weit mäßiger als früher. Er sagte mir, Rußland habe kein spezielles Interesse an einem bulgarischen Adrianopel. Die Türkei müsse nur deshalb zum Nachgeben gezwungen werden, damit sie nicht einen Erfolg davontrage, der die späteren diplomatischen Beziehungen der Mächte zu ihr erschweren würde. Wegen Adrianopels solle man vorläufig nichts machen, dagegen aber die Türkei durch Finanzboykott allmählich auf den Weg der Verhandlungen leiten. Dabei könne der Türkei weit entgegengekommen werden; selbst gegen ein Verbleiben Kirk-Kilisses bei der Türkei werde er nichts einzuwenden haben. Nur Adrianopel selbst müsse mit einem türkischen Mudir bulgarisch werden, damit Europa Recht behalte.

Wangenheim

Nr. 13 792

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 232 St. Petersburg, den 20. August 1913

Sasonow las mir eben Telegramm russischen Botschafters in Konstantinopel vor, nach welchem Großwesir ihm heute erklärt habe, Türkei denke nicht daran, Dedeagatsch und Gebiet auf rechtem Marizaufer zurückerobern zu wollen. Wenn türkische Truppen neuerdings Mariza überschritten hätten, sei dies nur aus strategischen Rücksichten geschehen, und weil man über bulgarische Absichten in Unkenntnis gewesen sei. Türkische Regierung werde jetzt kategorisch Befehl erteilen, damit Truppen auf linkes Marizaufer zurückgehen. Sasonow beabsichtigt, dem Großwesir antworten zu lassen, er erwarte, daß nach diesen Zusicherungen türkische Truppen nunmehr die auf rechtem Marizaufer besetzten Punkte sofort räumen werden. Minister bemerkte, er lege Wert darauf, Großwesir auf seine Zusicherung festzulegen*. Er bat mich, bei Euerer Exzellenz anzuregen, daß Kaiserlicher Botschafter in Konstantinopel angewiesen werde, sich in gleichem Sinne zu äußern.

Herr Sasonow bemerkte dann, wenn Rußland auch davon absehen wolle, wegen Adrianopels über gemeinsam beschlossene Finanzboykottierung hinauszugehen [1]**, so würde dauernde Festsetzung der Türkei

---

* Vgl. auch das Telegramm Delcassés an Pichon vom 20. August sowie die von Iswolsky am 21. August in Paris überreichte Note, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 22, 23s.

** Inzwischen hatte Sasonow in Paris und London unter scharfer Betonung, daß bisher die Unterstützung Rußlands durch den französischen Alliierten und den englischen Ententegenossen „leider durchaus unzulänglich und stets von Hinweisen auf die gefährlichen Folgen dieser oder jener Maßregel begleitet“

auf rechtem Marizaufer russische Regierung zu Sonderaktion zwingen. Bei solcher Aktion, über die Näheres noch nicht entschieden sei, werde Rußland vielleicht türkisches Gebiet besetzen, er wolle aber schon jetzt aufs bestimmteste erklären, daß dies nicht in der Absicht geschehen würde, das betreffende Gebiet zu annektieren[2].

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift:
[1] Also Benckendorff hat geblufft, wie wir annahmen
[2] kennen wir, wie in Aepypten
Schlußbemerkung des Kaisers:
Kleine Kurden u[nd] Armenierrevolten und Einrücken!

Nr. 13 793

Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Paris, den 21. August 1913

Paléologue sagt mir, er habe durch Vermittelung . . .* Türkei dringenden Rat gegeben, durch Zurückziehung Truppen von westlichem Marizaufer und baldigste Demobilisierung die Unruhe Europas über türkische Haltung zu zerstreuen und sich über Adrianopel schleunigst zu verständigen. Gelänge dies, so ...** Europa zu Besitz Adrianopels

---

gewesen sei, den Vorschlag gemacht, im Falle weiterer Obstruktion die Vertreter der Tripelentente von Konstantinopel abzuberufen. „Wird dieser Entschluß von drei Mächten gefaßt, unabhängig davon, wie die anderen sich dazu stellen, so wird die Drohung genügen, die Pforte sogleich fügsam zu machen.“ Telegramm Sasonows an Iswolsky bezw. Graf Benckendorff vom 18. August, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 250 f. Aber auch dieser russische Vorschlag hatte so wenig Erfolg wie frühere; Pichon stellte sich auf den Standpunkt, erst den englischen Ententegenossen fragen zu müssen, und Sir E. Grey benutzte das inzwischen gemeldete Einlenken der Türkei (siehe oben), um den russischen Vorschlag zunächst aus der Erörterung ganz auszuschalten. Vgl. dazu das Telegramm Pichons an den französischen Geschäftsträger in London de Fleuriau vom 19. August und die Telegramme de Fleuriaus vom 19. und 21. August, Französisches Gelbbuch, a. a. O. III, 18 s., 20, 24 s. Dagegen dauerten die Erörterungen der Entente über die finanzielle Boykottierung der Türkei, die ja schon in der am 7. August der Pforte überreichten Kollektiverklärung angedroht war, noch eine Weile fort, ohne daß jedoch auch nur in dieser Hinsicht ein Ergebnis erzielt wurde. Vgl. dazu die von Iswolsky am 22. August in Paris überreichte Note und das Zirkulartelegramm Pichons vom 23. August (Französisches Gelbbuch, a. a. O. III, 25 s., 27 s.). Die direkten Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei, die um die gleiche Zeit zunächst inoffiziell unter Vermittlung des früheren bulgarischen Vertreters in Konstantinopel Natschewitsch einsetzten (vgl. die folgenden Schriftstücke), machten den unfruchtbaren Pourparlers ein Ende.
* Zifferngruppe unverständlich.
** Zifferngruppe fehlt.

Augen schließen. Auf meine Frage, ob Rußland sich damit abfinden würde, meinte Paléologue, daß Rußland kein Mittel sähe, Türken aus Adrianopel zu verdrängen[1]. Zu dem hierzu nötigen Krieg habe es keine Lust, und vom Vorgehen in Armenien würde Frankreich es abzuhalten suchen, da es hiervon Aufrollung asiatischer Frage befürchte, die es absolut vermeiden wollte. Daher würde Rußland sich wohl ebenfalls mit Belassung Adrianopels in türkischen Händen schließlich zufrieden geben[2].

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] gut

Nr. 13 794

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 472 Therapia, den 21. August 1913

Natschewitsch hat heute Markgrafen Pallavicini vertraulich gesagt, Bulgarien sei außerstande, der Türkei Widerstand zu leisten, und deshalb bereit, auf der Basis bulgarischen Verzichts auf Adrianopel mit ihr zu verhandeln, auch bei der Pforte sei man zu einer direkten Verständigung bereit und beabsichtige, Bostani zum Abschluß des Vertrags nach Sofia zu entsenden. Heute sei ihm indes ein Telegramm seiner Regierung zugegangen, wonach letztere besorge, daß die Mächte die türkisch-bulgarische Verständigung als eine Verletzung des Londoner Vertrags ansehen könnten. Er bitte daher Markgrafen Pallavicini, doch bei seiner Regierung zu beantragen, daß dieselbe bei den Mächten anrege, die direkte türkisch-bulgarische Auseinandersetzung mit der Maßgabe zuzulassen, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen der Status quo des Londoner Vertrags wieder eintrete.

Natschewitsch setzte hinzu, nach seinen Informationen würden die Türken sich keinenfalls auf eine Versumpfung der Adrianopeler Frage einlassen, sondern, falls letztere nicht geregelt werde, vielleicht schon in sehr kurzer Zeit in Südbulgarien einfallen. Äußerungen des Kriegsministers, worüber Militärbericht unterwegs, lassen die Besorgnis Natschewitschs als gerechtfertigt erscheinen.

Markgraf Pallavicini bat mich, seine Mitteilung vor der russischen Botschaft geheim zu halten*.

Wangenheim

---

* Das obige Telegramm wurde mittels Telegramm Nr. 111 nach Sofia, mittels Telegramm Nr. 239 nach Rom und mittels Erlaß Nr. 1246 nach Wien mit-

Nr. 13 795

Der Botschafter in Rom von Flotow, z. Z. in Saltino, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 7 Saltino-Vallombrosa, den 20. August 1913
[pr. 22. August]

Antwort auf Erlaß Nr. 1079 vom 17. d. Mts.*

Eine russische Blockade der Meerengen zum Zweck, die Räumung Adrianopels zu erreichen, hält auch der Marquis di San Giuliano für eine wenig glückliche Maßregel.

Der Minister ist der Ansicht, daß, wenn die Türkei mit Vorsicht vorgeht, es nicht ausgeschlossen sei, daß Adrianopel in ihrem Besitz bleibt. Nur dürfte sie nicht zu heftig vorgehen, daß Rußland um seines Prestiges willen zu einer Aktion gezwungen würde, zu der es an sich wenig Lust habe.

Flotow

Nr. 13 796

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 288 Berlin, den 23. August 1913

Nach Mitteilung bulgarischer Regierung sind trotz Versicherungen des Großwesirs türkische Truppen neuerdings jenseits Mariza weiter vorgegangen und haben Kirdjalü besetzt**. Bitte bei Großwesir unter

---

geteilt. In letzterem hieß es zum Schluß: „Uns würde eine direkte Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien als beste Lösung erscheinen."

* Durch Erlaß Nr. 1079 war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 459 — siehe Nr. 13784 — nach Rom mitgeteilt worden.

** Die gleiche Mitteilung machte die bulgarische Regierung in Petersburg. Vgl. die von Iswolsky am 24. August in Paris überreichte Note, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 29. Ein Telegramm des französischen Gesandten in Sofia de Panafieu vom 25. August (a. a. O., III, 31) spricht sogar von einem Vorrücken der ganzen türkischen Tschataldjaarmee und einer Besetzung der Orte Gümürdjina, Mastanlü und Kirdjalü. Doch gab der französische Außenminister Pichon in einem Zirkulartelegramm vom 29. August (a. a. O., III, 33 s.) zu, daß diese — offenbar von der bulgarischen Regierung stammenden — Nachrichten ungenau oder tendenziös seien.

Hinweis auf seine Versprechungen auf Zurückziehung der Truppen dringen und auf verhängnisvolle Folgen aufmerksam machen.

Jagow

Nr. 13 797

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 249 St. Petersburg, den 21. August 1913
[pr. 24. August]

Bei einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Sasonow hatte, gewann ich den bestimmten Eindruck, daß man sich hier mit dem Gedanken eines Verbleibens von Adrianopel in türkischem Besitz immer mehr abzufinden beginnt. Der Minister begann das Gespräch damit, daß er den Unterschied in der Stellungnahme Rußlands zu der Frage von Adrianopel und dem Vorrücken der Türken auf dem rechten Marizaufer hervorhob. Wegen Adrianopels werde sich Rußland auf die Teilnahme an der gemeinsam beschlossenen, auf die Türkei auszuübenden finanziellen Pression beschränken. Sollten sich aber die Türken wirklich in Dimotiko, Dedeagatsch und Gümürdjina festsetzen wollen und die Mächte dies nicht durch energische Maßregeln verhindern, so werde Rußland gezwungen sein, allein vorzugehen.

Der Minister bemerkte, er sei im allgemeinen kein Freund von Prestigepolitik. Nachdem aber die türkische Regierung erst vor einem Monate hier habe feierlich erklären lassen, daß ein Vormarsch der türkischen Truppen über die Marizalinie hinaus „unter keinen Umständen“ erfolgen werde, könne Rußland nicht ruhig mitansehen, wenn die Türkei diese Erklärung jetzt einfach ignoriere. Würde Rußland in diesem Falle nicht einschreiten, würde es sein Prestige im nahen Orient für immer verlieren.

Bezüglich Adrianopels gibt sich Herr Sasonow noch immer der Hoffnung hin, daß eine energische Durchführung des finanziellen Boykotts die Türkei zwingen wird, sich dem Willen der Mächte zu fügen. Als ich aber in dieser Beziehung einige Zweifel äußerte, kam der Minister nicht wieder auf die Notwendigkeit weiterer Zwangsmaßregeln zurück, er gab vielmehr zu, daß im Grunde das russische Interesse in der Frage von Adrianopel nicht sehr engagiert sei, während Rußland auf jeden Fall zur Wahrung seines Ansehens auf der Balkanhalbinsel darauf bestehen müsse, daß die Türkei sich nicht wieder über die Marizalinie hinaus ausdehne.

Ich bemerkte, es sei mir aufgefallen, wie gleichgültig die hiesige öffentliche Meinung mit Bezug auf Adrianopel geworden sei, wenn man daran zurückdenke, mit welchem Lärm die Einnahme dieser Festung erst vor einigen Monaten hier gefeiert worden sei. Der Minister gab dies zu und wies darauf hin, daß die Sympathien für die Bulgaren in der letzten Zeit hier sehr abgenommen hätten, besonders nachdem Bulgarien auf die russischen Ratschläge, sich mit seinen Verbündeten zu einigen, nicht gehört habe. Als ich weiter bemerkte, ich finge an zu glauben, daß, falls die Türken schließlich in Adrianopel blieben, man dies hier auch verhältnismäßig ruhig hinnehmen würde, widersprach Herr Sasonow nicht, er sprach aber die Überzeugung aus, daß, wenn die Türken versuchen sollten, die Bulgaren auf ihre alten Grenzen zurückzudrängen, sich ein neuer Sturm in der hiesigen öffentlichen Meinung erheben werde.

F. Pourtalès

Nr. 13 798

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214 Sofia, den 24. August 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 111 *.

Gelegentlich eines Gesprächs mit Minister des Äußern und Finanzminister ** über die Lage ist mir keinerlei Andeutung darüber gemacht worden, als ob Bulgarien schon jetzt bereit sei, auf Adrianopel zu verzichten und diesbezügliche Verhandlungen mit der Pforte einzuleiten. Beide Minister geben sich vielmehr den Anschein, noch heute sich der Hoffnung hinzugeben, daß es den Bemühungen der Mächte im Laufe der Zeit doch noch gelingen werde, die Türkei zur Rückkehr jenseits der Linie Midia-Enos zu bewegen. Nur in diesem letzteren Zusammenhange ließ der Minister des Äußern durchblicken, daß Bulgarien zu einer Berücksichtigung eventueller türkischer Wünsche bereit sei.

Below

---

* Vgl. Nr. 13 794, Fußnote *.
** Theodorow.

Nr. 13 799

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 479 — Therapia, den 24. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 288 *.

Großwesir bestritt auf meine eindringliche Warnung energisch Anwesenheit türkischer Truppen in Kirdjalü. Er habe Herrn von Giers feierlich zugesagt, daß die Armee nicht über die Stellungen hinausgehen werde, welche sie am 20. August, dem Tage der türkischen Antwort auf die identische Demarche der Botschafter, eingenommen habe. Er spiele kein doppeltes Spiel und sei sich der verhängnisvollen Folgen eines solchen vollkommen bewußt. Generalissimus habe ihm erst gestern abend versichert, daß alle vorgeschobenen Aufklärungstruppen zurückgezogen seien. Daß Izzet Pascha die Unwahrheit gesagt, sei vollkommen ausgeschlossen. Wenn etwa eine übereifrige Kavalleriepatrouille bis Kirdjalü vorgedrungen sei, so werde der betreffende Offizier streng bestraft werden. Es sei möglich, daß, falls Bulgarien nicht bald einlenke, die Türkei kräftiger auftreten müsse; sie werde aber dann zunächst in loyaler Weise die Kabinette verständigen.

Nach diesen bestimmten Versicherungen Großwesirs und den gleichlautenden Erklärungen des sehr aufrichtigen Kriegsministers glaube ich nicht an die Besetzung Kirdjalüs durch türkische Reguläre, halte es aber für möglich, daß dort griechische, türkische oder gemischte Banden operieren, die von der abrückenden griechischen Armee armiert sind. Die den Vormarsch der Bulgaren begleitenden Militärattachés werden Sachverhalt bald aufklären.

Wangenheim

Nr. 13 800

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 480 — Therapia, den 24. August 1913

Der in Telegramm Nr. 258 ** erwähnte Herr Dobrew ist vorgestern hier eingetroffen. Herr Natschewitsch hat, wie mir Großwesir streng vertraulich sagte, an die Pforte die Bitte gerichtet, die Beförderung seiner Telegramme nach Sofia zu übernehmen. Er habe

---

* Siehe Nr. 13 796.

** Nach Telegramm Nr. 258 vom 31. Juli war Konsul Dobrew zum Sekretär des bulgarischen Agenten in Konstantinopel Natschewitsch bestellt worden.

den Verdacht, daß seine über die hiesige russische Botschaft geleiteten Telegramme dechiffriert würden.

Im Vorzimmer Großwesirs traf ich heute italienischen Botschafter. Derselbe bat, Großwesir nahezulegen, daß er zur Beilegung der bulgarisch-türkischen Differenzen die Vermittlung Italiens anrufe. Ich schloß daraus, daß mein Kollege eine solche Vermittlung kurz darauf angeboten hat*. Markgraf Pallavicini glaubte, daß sich Graf Berchtold die Gelegenheit, sich die Türkei und wahrscheinlich auch Bulgarien durch Anerbieten seiner guten Dienste zu verpflichten, auch in diesem Falle entgehen lassen wird. Herr von Giers erklärt Markgraf Pallavicini, daß eine der Türkei günstige Entscheidung über Adrianopel den Fall Herrn Sasonows zur unmittelbaren Folge haben werde. Weniger tragisch wird Situation von russischem Botschaftsrat beurteilt, der mir Nachgeben seiner Regierung für möglich zu halten schien, wenn diese ihren Rückzug durch irgendeinen Erfolg zu decken in die Lage versetzt würde. Ich bemerkte Herrn Gulkewitsch, daß das rasche Eingehen des Großwesirs auf die letzte russische Demarche betreffend Räumung des rechten Marizaufers doch einen solchen Erfolg darstelle.

Vorwiegender Eindruck ist hier, daß die Türken, wenn sie keine groben Fehler machen, Adrianopel behalten werden.

Wangenheim

Nr. 13 801

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 292 Berlin, den 25. August 1913

Vertraulich

Antwort auf Telegramm Nr. 480**.

Auch wir glauben, daß Türkei Adrianopel behalten kann, wenn sie sich jeden Vorgehens jenseits Mariza strikte enthält.

Jagow

---

* Nach einer Mitteilung des italienischen Geschäftsträgers in Paris Ruspoli Fürst von Poggio an Pichon wäre die Anregung der italienischen Vermittlung von Natschewitsch ausgegangen. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 27. August, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 263 f. Auf eine Frage des russischen Botschafters an Pichon, wie dieser den Gedanken der italienischen Vermittelung auffasse, provozierte dieser auf die russische Stellungnahme, war aber seinerseits dem Gedanken nicht abgeneigt, „denn diese Vermittlung könne nur zum Vorteil der Türken ausgehen und werde daher in den Augen der Bulgaren die Verantwortlichkeit für den Verlust Adrianopels Rußland und dem Dreiverbande abnehmen“.

** Siehe Nr. 13 800.

Nr. 13 802

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 482 Therapia, den 24. August 1913
[pr. 25. August]

Herr Natschewitsch teilte Markgrafen Pallavicini soeben ein Telegramm seiner Regierung mit, welches ihm verbietet, in offizielle Verhandlungen mit der Pforte einzutreten. — Natschewitsch war darüber sehr bestürzt und bat meinen Kollegen zu intervenieren „afin qu'on dise à ces imbéciles à Sofia qu'ils ne comprennent pas la situation et qu'ils exposent la Bulgarie au plus grand danger". Er wisse, daß die große Mehrheit des bulgarischen Volkes, ja selbst das Offizierkorps, zu einem Arrangement mit der Türkei unter Preisgebung Adrianopels zu gelangen wünsche. Andererseits sei er fest überzeugt, daß, wenn seine Regierung diesen Standpunkt nicht akzeptiere, der türkische Vormarsch auf Philippopel nur noch eine Frage von Wochen, vielleicht Tagen sei. Auf eine Hilfe der Mächte könne Bulgarien nicht rechnen, nachdem ihm Herr von Giers ausdrücklich erklärt habe, daß Bulgarien Adrianopel nur dann für sich retten könne, wenn die Mächte einig seien, daß aber von einem Akkord der Mächte keine Rede sei.

Ein Beamter der russischen Botschaft sagte mir heute, Herr von Giers hege keine Hoffnung mehr, den Türken Adrianopel wieder abzunehmen, der russische Botschafter sei jetzt für eine bulgarisch-türkische Verständigung. In Sofia habe man zwar nicht dazu geraten, aber doch zu verstehen gegeben, daß Bulgarien keinesfalls auf ein . . .* bewaffnetes Eingreifen Rußlands rechnen könne. Die Macht, welche die direkten Pourparlers hintertreibe, sei Österreich**.

Wangenheim

---

* Zifferngruppe unverständlich.

** Diese russische Insinuation gegen Österreich war unbegründet. Jedenfalls setzte sich Graf Berchtold kurz darauf dafür ein, daß „die Mächte, der Lage der bulgarischen Regierung und nicht zumindest dem Interesse des Friedens Rechnung tragend, das Zustandekommen eines vorläufigen modus vivendi zwischen Türkei und Bulgarien fördern sollten". Zirkulartelegramm Graf Berchtolds vom 27. August, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 424.

Nr. 13 803

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1262 Berlin, den 26. August 1913

Der Kaiserliche Gesandte in Sofia meldet unter dem 25. cr.*:

„Kriegsministerium behauptet, daß türkische Truppen westlich der Mariza weiterhin verstärkt werden und Kirdjalü besetzt haben. Regierung sieht sich außerstande, mit Heer auf Friedensstand die zugesprochenen Gebiete zu besetzen, zieht alle Truppen über bisherige Grenze zurück, um Zusammenstoß zu vermeiden, und wartet auf Vollstreckung der Friedensbestimmungen durch Großmächte. Mission der Militärattachés nach Thrazien** vorläufig hinfällig."

Dagegen telegraphiert der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel unter demselben Datum***:

„Großwesir wiederholt mir heute schriftlich seine gestrige Versicherung, daß kein türkischer Soldat sich in Kirdjalü oder sonstwo außerhalb der bei Besetzung Adrianopels okkupierten strategischen Punkte befinde. Die falschen diesbezüglichen Gerüchte seien bulgarische Erfindungen."

Den wiederholten Versicherungen des Großwesirs wird man nicht ohne weiteres den Glauben versagen können, während ein Beweis für die bulgarischen Behauptungen nicht erbracht scheint. Die Feststellung, welche durch die — auch von der Türkei gewünschte — Mission der Militärattachés erfolgen könnte, wird durch die angekündigte Zurückziehung der bulgarischen Truppen unmöglich gemacht. Der Verdacht liegt nahe, daß Bulgarien eine Taktik verfolgt, durch welche es die Großmächte zum Einschreiten gegen die Türkei zwingen möchte. Bei der geringen Neigung fast sämtlicher Kabinette zu einem aktiven Eingreifen dürfte Bulgarien sich mit einer solchen Taktik ins eigene Fleisch schneiden. Zu einer „Vollstreckung der Friedensbestimmungen" scheinen mir die Mächte weder verpflichtet noch geneigt.

Jagow

---

* Telegramm Nr. 215 vom 25. August.

** Von Bulgarien war um den 20. August die Entsendung der Militärattachés der Mächte in die früher türkischen Gebiete, welche nach dem Londoner Frieden an Bulgarien fallen sollten, angeregt worden, um die nach türkischen Behauptungen von den Bulgaren verübten Grausamkeiten zu untersuchen.

*** Telegramm Nr. 483 vom 25. August.

Nr. 13 804

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 293 Berlin, den 26. August 1913

Der Kaiserliche Gesandte in Sofia meldet*:

„Kriegsministerium behauptet, daß türkische Truppen westlich der Mariza weiterhin verstärkt werden und Kirdjalü besetzt haben. Regierung sieht sich außerstande, mit Heer auf Friedensstand die zugesprochenen Gebiete zu besetzen, zieht alle Truppen über bisherige Grenze zurück, um Zusammenstoß zu vermeiden und wartet auf Vollstreckung der Friedensbestimmungen durch Großmächte."

Bulgarische Taktik dürfte dahin gehen, durch Passivität Großmächte zum Eingreifen zu veranlassen.

Türkischer Botschafter hat mitgeteilt, daß Einwohner von Gümürdjina, Kirdjalü und Feredjik türkische Hilfe erbitten. Großmächte möchten deshalb gegen bulgarische Greuel einschreiten, oder Türkei Mandat hierzu erteilen. Also auch dortseits scheint Neigung zum Vorgehen zu bestehen. Es wäre erwünscht, daß Türkei der durch bulgarische Politik gebotenen Lockung widersteht.

Jagow

Nr. 13 805

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 294 Berlin, den 26. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 479**.

Russische Regierung, die ebensowenig wie wir genau unterrichtet scheint, welche Stellungen türkische Armee 20. August innehatte, befürchtet, daß schon damals Plätze besetzt waren, deren Belassung an Türkei für Rußland unannehmbar. Sie beurteilt daher türkische Zusage an Herrn von Giers skeptisch und vermutet weiter Doppelspiel.

---

* Vgl. Nr. 13 803.

** Siehe Nr. 13 799.

Bitte Großwesir dringend raten, russischen Wünschen westlich Mariza Rechnung zu tragen und Mißtrauen Petersburger Kabinetts durch unzweideutige Erklärungen zu beseitigen.

Jagow

Nr. 13 806

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 486 Therapia, den 27. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 293 *.

Großwesir bestreitet energisch, daß Truppen westlich Mariza neuerdings verstärkt seien. Dagegen lägen ihm seit gestern sichere Nachrichten vor, wonach die sehr kriegerischen muselmanischen und griechischen Einwohner von Kirdjalü, Gümürdjina und anderen Orten fest entschlossen seien, sich der unerwünschten Okkupation bewaffnet zu widersetzen, selbst . . . ** sie wüßten, daß ihnen von türkischen Truppen keine Hilfe geleistet werden könne. Mahmud Muchtar hat mir ausgedrückt, daß dies Wunsch der thrazischen Bevölkerung, nicht aber ein Antrag der Pforte, die definitiv auf Ostthrazien verzichtet habe und sich durch keinerlei bulgarische Lockungen zur Aufgabe ihrer Reserve verleiten lassen werde.

Auf meine Frage, ob die Pforte nicht durch Geistlichkeit mindestens beruhigend auf die Muselmanen jenseits der Mariza einwirken könne, erwiderte Großwesir, daß er hierzu gern seine Hand bieten würde, . . . ** Bulgarien in ernsthafte Verhandlungen mit ihm eingetreten sei.

Wangenheim

Nr. 13 807

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 487 Therapia, den 27. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 294 ***.

Großwesir wird, um jede Unklarheit zu beseitigen, den Mächten unverzüglich die Punkte mitteilen, welche 20. d. Mts. von türkischen

---

* Durch Telegramm Nr. 293 vom 26. August war das Sofioter Telegramm Nr. 215 (vgl. Nr. 13 803) nach Konstantinopel mitgeteilt worden.

** Zifferngruppe unverständlich.

*** Siehe Nr. 13 805.

Truppen besetzt waren, und dabei die Versicherung erneuern, daß die durch diese Punkte markierte Grenzlinie unter keinen Umständen türkischerseits überschritten werden würde. Sodann werde er die gedachte Linie durch Grenzpfähle festlegen lassen und zur vorläufigen Grenze des türkischen Reichs erklären.

Wangenheim

Nr. 13 808

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Eigenhändiges Konzept

Nr. 643 Berlin, den 29. August 1913

Der Großwesir hat den Botschaftern der Mächte wiederholt mündlich und schriftlich versichert, daß die türkischen Truppen nicht über die Marizalinie bezw. die an derselben gelegenen strategischen Punkte hinausgehen würden, und daß die Behauptung der bulgarischen Regierung, türkische Streitkräfte seien bis Kirdjalü vorgedrungen, auf Irrtum beruhen müsse.

Eine Feststellung der Tatsachen ist für die Mächte bisher dadurch unmöglich gewesen, daß die Mission der Militärattachés, welche die bulgarischen Truppen bei der Besetzung Thraziens begleiten sollten, infolge der Zurückziehung genannter Truppen verzögert wird*. Den bestimmten Versicherungen der türkischen Regierung wird man aber den Glauben nicht ohne weiteres versagen können.

Dagegen hat der Großwesir mitgeteilt, daß seinen Nachrichten zufolge die muhamedanische und griechische Bevölkerung der Besetzung Thraziens durch die Bulgaren aus eigener Initiative Widerstand entgegenzusetzen entschlossen sei**. Für das Verhalten der Bevölkerung in dem von der Türkei abgetretenen Gebiet wird man die türkische Regierung nicht verantwortlich machen können, vielmehr muß es Bulgarien überlassen bleiben, sich selbst den Besitz dieser Gebiete zu sichern und unter der dortigen Einwohnerschaft nicht nur durch Gewalt, sondern auch durch gerechte und humane Behandlung die Ruhe herzustellen. Der Konstantinopeler Regierung wäre es höchstens möglich, durch indirekte Einwirkung — etwa durch die muhamedanische Geistlichkeit — beruhigend auf die Bevölkerung des ehemals türkischen Gebiets zu wirken, man wird dies aber nicht eher von ihr erwarten können, als bis Bulgarien sich auf Unterhandlungen, zu denen man in Konstantinopel bereit ist, einläßt.

---

* Vgl. Nr. 13 803, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 13 806.

Man wird sich in Sofia keinen Illusionen darüber hingeben dürfen, daß bei keiner der Großmächte Geneigtheit zu einem aktiven Eingreifen in den türkisch-bulgarischen Streit besteht. Europa ist balkanmüde. Es erscheint daher im eigensten Interesse Bulgariens, baldmöglichst in Unterhandlungen mit Konstantinopel zu treten und durch direkte Vereinbarungen einem Zustand ein Ende zu machen, aus dem für Bulgarien nur weitere Nachteile und Verluste zu entstehen drohen.

Ew. pp. wollen hiernach Ihre Sprache der dortigen Regierung gegenüber regeln und die Bemühungen Ihres österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen, die nach meiner Kenntnis der Intentionen der Kabinette von Wien und Rom sich in gleicher Richtung bewegen dürften, zu unterstützen suchen.

Jagow

Nr. 13 809

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 216 — Sofia, den 28. August 1913
[pr. 29. August]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 116*.

Regierung beharrt zunächst auf ihrem Standpunkt, sich mit Türkei nicht direkt verständigen zu können, da sie befürchtet, ihre auf dem Londoner Frieden basierende günstige diplomatische Position der Pforte gegenüber dadurch einzubüßen.

Wiewohl sich Herr Ghenadiew nicht deutlich ausspricht, scheint es mir, als würde man es hier vielleicht nicht ungern sehen, wenn die Mächte ihrerseits die Wünsche der Pforte erforschen und dadurch Bulgarien Gelegenheit gegeben würde, eventuell auf dieselben eingehen zu können**. Ich habe den Eindruck, als ob man sich

---

* Durch Telegramm Nr. 116 vom 25. August war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 482 — siehe Nr. 13 802 — nach Sofia mitgeteilt worden. Dabei erfolgte die Weisung an den Gesandten von Below: „Bitte dortiger Regierung bei Gelegenheit sagen, wegen unabsehbarer Konsequenzen schiene es uns für Bulgarien sehr gefährlich, die Hand der Türken zurückzuweisen. Auf aktive Hilfe der Mächte könne Bulgarien schwerlich rechnen. Schleunige direkte Verständigung mit Pforte sei im eigensten Interesse Bulgariens das Richtigste."

** Bei der Mitteilung des Belowschen Telegramms nach Konstantinopel (Nr. 829) und Wien (Nr. 1284) bemerkte Jagow am 29. August: „Eine formelle Demarche seitens der Gesamtheit der Mächte zur Erforschung der türkischen Wünsche erscheint mir nicht opportun, da Mächte hierdurch wieder Verantwortung für Ergebnis der Verhandlungen übernehmen würden."

mit dem Gedanken, Adrianopel nicht wieder zu bekommen, nachgerade langsam vertraut macht, daß aber das Kabinett aus innerpolitischen Gründen es nicht wagt, von sich aus einen derartigen Verzicht auszusprechen.

Mein russischer Kollege hat bei seiner Regierung dafür plädiert, daß die Linie Enos—Midia nicht unerheblich nach Nordwesten heraufgerückt werde und in einem stark zugespitzten Zipfel mit Adrianopel endige, wobei Kirk-Kilisse den Bulgaren verblieb.

Below

Nr. 13 810

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 Sofia, den 29. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 216*.

Wie ich erfahre, soll bulgarische Regierung nunmehr bereit sein, mit der Pforte direkt zu verhandeln.

Below

Nr. 13 811

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 490 Therapia, den 29. August 1913

Markgraf Pallavicini fand heute die Stimmung des russischen Botschafters für ein bulgarisches Adrianopel noch weiter abgeflaut. Herr von Giers meinte, daß, nachdem das Konzert der Mächte versagt, Rußland allein nichts gegen die Türkei unternehmen könne[1]. Auch das Ergebnis eines Finanzboykotts sei problematisch. Mit seiner ganz persönlichen Meinung, daß Adrianopel den Türken verbleiben müsse, sei er ...** bisher in Petersburg noch nicht ganz durchgedrungen. Die Lösung werde wohl noch einige Wochen auf sich warten lassen. Die allgemeine Stellung Rußlands zur orientalischen Lage sei nach dem Balkankrieg schwieriger[2] geworden. Rußland werde wohl nunmehr für die Erhaltung der Türkei eintreten müssen,

---

* Siehe Nr. 13 809.
** Zifferngruppe unverständlich.

damit nicht in Kleinasien unbequeme geographische Veränderungen einträten [3].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie wir immer behauptet haben! es war bluff!
[2] bravo!
[3] sehr vernünftig

Nr. 13 812

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 Sofia, den 30. August 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 218*.

Herr Ghenadiew teilt mir mit, daß die Regierung nunmehr endgültig entschlossen sei, in direkte offizielle Verhandlungen mit der Pforte einzutreten**, und daß er bereits die Absicht nach Konstantinopel zu erkennen gegeben habe, in den nächsten Tagen drei Delegierte zu diesem Zweck dorthin zu entsenden.

Der Minister bemerkte hierbei, daß ursprünglich der Plan erwogen worden, die Vermittlung der Kaiserlichen Regierung bei der Pforte zu erbitten, daß dieser Gedanke aufgegeben worden, da man nicht sicher gewesen, ob die Kaiserliche Regierung geneigt sein werde, diese Rolle zu übernehmen. Der Minister hofft aber, daß die Kaiserliche Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen ihren Einfluß in Konstantinopel zugunsten Bulgariens geltend machen werde, um so mehr, als man hier fest entschlossen sei, in Zukunft die allerbesten und freundschaftlichsten Beziehungen zur Türkei zu unterhalten. Ob jetzt schon der Augenblick gekommen sei, Verabredungen zu treffen, die über eine Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiet hinausgingen, wisse er jetzt noch nicht, bitte aber, daß die Kaiserliche Regierung ihm eine Andeutung darüber zukommen lassen wolle, falls sie den gegenwärtigen Zeitpunkt für günstig erachte, daß Bulgarien in nähere politische Beziehungen zur Türkei trete.

Mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse gegebene zweifellos dreibundfreundliche Gesinnung der jetzigen Regierung wäre es von diesem Gesichtspunkt aus vielleicht erwünscht, wenn die Verhand-

---

* Siehe Nr. 13 810.
** Vgl. dazu das Telegramm des französischen Gesandten in Sofia de Panafieu vom 29. August (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 34): „A la suite de communications faites cette semaine par le Ministre de Russie et enlevant à la Bulgarie tout espoir d'une intervention effective des Puissances, le Conseil des Ministres a décidé cette nuit d'entrer en négociations directes avec la Turquie. Des instructions en ce sens ont été envoyées immédiatement à M. Natchevitch."

lungen in Konstantinopel mit keinem absoluten Mißerfolg für Bulgarien abschließen, da sonst die Existenz des Kabinetts ernstlich gefährdet erscheint. Auf den Verlust Adrianopels scheint man gefaßt zu sein.

Below

Nr. 13 813

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 646 Berlin, den 30. August 1913
[abgegangen am 31. August]

Auf Telegramm Nr. 219*.

Zur geeignet erscheinenden Verwertung.

Wir haben der Pforte seit Wiederaufrollung der thrazischen Frage stets zur gütlichen Verständigung mit Bulgarien geraten und werden unseren Einfluß nach dieser Richtung auch weiter geltend zu machen suchen. Die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet dürfte ebenso im Interesse der beiden Länder liegen wie die schleunige Beseitigung der territorialen Differenzen. Ob darüber hinaus auch für einen engeren politischen Anschluß Bulgariens an die Türkei der gegenwärtige Zeitpunkt günstig ist, erscheint uns dagegen zweifelhaft.

Jagow

Nr. 13 814

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 493 Therapia, den 30. August 1913

Auch Großwesir sagte mir heute, daß direkte Verhandlungen mit Bulgarien bevorzustehen schienen. Ein Vertrauensmann Natschewitschs werde noch heute zu einer Besprechung bei ihm erscheinen.

Mit Rücksicht auf diese veränderte Sachlage habe er einstweilen davon Abstand genommen, den Mächten die von der Türkei verlangte und besetzte Grenzlinie zu präzisieren**, da dies den bevorstehenden Verhandlungen präjudizieren könnte.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 13 812.
** Vgl. Nr. 13 807.

Nr. 13815

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 497 Therapia, den 31. August 1913

Nach einem Telegramm des Grafen Berchtold an Markgrafen Pallavicini werden demnächst Sawow, Tontschew und dritter Unterhändler hier eintreffen. Bulgarische Bedingungen sind: Adrianopel geteilt und geschleift. Grenze Enos—Hagia Stefano und linkes Maritzaufer Grenze. Bündnis in Aussicht gestellt. Markgraf Pallavicini soll die bulgarischen Forderungen warm unterstützen, hat aber sofort erwidert, daß die Türkei an alleinigem Besitz des befestigten Adrianopel und an den strategischen Positionen westlich des Flusses festhalten werde.

Wangenheim

Nr. 13816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 301 Berlin, den 2. September 1913

Bulgarischer Gesandter* hat im Auftrag seiner Regierung um unsere Unterstützung bei türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen gebeten. Habe erwidert, daß wir bereits früher Konstantinopel zu direkter Verständigung mit Bulgarien geraten haben und auch weiter raten würden, uns in Verhandlungen über Einzelbedingungen aber nicht einlassen könnten.

Bitte hiernach Markgraf Pallavicini in seinen Bemühungen unterstützen**.

Streng vertraulich und lediglich zur persönlichen Orientierung mit

* J. S. Geschow.

** Vgl. auch die von dem französischen Geschäftsträger in Berlin Comte de Manneville unter dem 3. September gemeldeten Äußerungen Staatssekretärs von Jagow. Der Geschäftsträger faßte seine Eindrücke über die deutsche Haltung in den Satz zusammen: „J'ai l'impression que le Gouvernement allemand n'est pas disposé à exercer une pression très énergique sur le Gouvernement ottoman et que son Ambassadeur à Constantinople atténue encore les démarches dont il est chargé." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 38. Ein ähnliches Urteil fällt der französische Botschafter in Konstantinopel Bompard in seinem Telegramm vom 6. September, a. a. O. III, 39 s.

Bezug auf Telegramm Nr. 498*, daß türkisch-bulgarischer Ausgleich sich zu Bündnis ausgestaltet, wäre uns natürlich nicht erwünscht.

Jagow

Nr. 13 817

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 304 Berlin, den 4. September 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Athen telegraphiert**:

„Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestätigt Besetzung von Xanthi durch Türken. Hiesige Regierung beabsichtigt, falls Türken auch gegen Dedeagatsch vorgehen, Truppen unter Protest von dort zurückzuziehen, da sie Kämpfe mit Türken vermeiden will."

Auch nach anderweiten Nachrichten sollen Türken in letzten Tagen Xanthi wie andere Plätze westlich Mariza besetzt haben. Bitte Großwesir hinweisen, daß dies in schroffem Gegensatz zu seinen feierlichen Erklärungen stehen würde und namentlich jetzt bei Beginn bulgarischer Verhandlungen sehr inopportun wäre.

Jagow

Nr. 13 818

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 Sofia, den 3. September 1913
[pr. 4. September]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 219***.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sprach sich mir gegen-

* Siehe Kap. CCLXXVIII, Nr. 13 836. Es hieß in diesem vom 1. September datierten Telegramm Freiherrn von Wangenheims, das in der Hauptsache das türkisch-griechische Verhältnis behandelt, eingangs: „Es sind hier zweifellos Kräfte am Werke, um den bevorstehenden türkisch-bulgarischen Ausgleich zu einem Bündnis auszugestalten. Letzteres würde unter der Ägide des sich anbahnenden russisch-österreichischen Einverständnisses stehen und könnte die Grundlage bilden für einen neuen Balkanbund mit der Türkei, dessen Ziele wären: Beseitigung des Übergewichtes Rumäniens, Salonik für Serbien, Kawala für Bulgarien, die Inseln für die Türkei."

** Telegramm Nr. 283 vom 3. September.

*** Siehe Nr. 13 812.

über sehr erfreut darüber aus, daß die Kaiserliche Regierung, wie Herr Geschow gemeldet, geneigt erscheine, in Konstantinopel zugunsten Bulgariens zu plädieren.

Bei diesem Anlaß deutete der Minister an, daß er im Hinblick auf die Zugehörigkeit Herrn Geschows zur russischen panslawistischen Partei und seine nahe Verwandtschaft zum früheren Ministerpräsidenten * kein besonderes Vertrauen in seine Diskretion setze, und daß es sich vielleicht empfehlen werde, in Fragen von größerer politischer Tragweite nicht zu offen mit ihm zu sprechen. Der Minister ließ durchblicken, daß Herr Geschow demnächst wohl einen Urlaub antreten werde.

Below

Nr. 13 819

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 503 Therapia, den 4. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 304 **.

Xanthi kann ebenso wie die anderen außerhalb der von der Türkei reklamierten Gebietsteile angeblich von „Türken" besetzten Örtlichkeiten nur von Milizen, beziehungsweise Banden okkupiert sein, die aus nunmehrigen Untertanen Bulgariens gebildet sind. Türkische Truppenteile sind bestimmt seit Wochen nicht weiter vorgerückt. Es wäre leicht zu erfüllende Pflicht Bulgariens, in seinem eigenen Gebiete Ordnung zu schaffen. Tatsächlich scheint aber die bulgarische Regierung in Westthrazien ein Chaos herbeiführen zu wollen, aus dem sich eine europäische Intervention ergeben könnte. Großwesir wäre mit einer Expedition der hiesigen Militärattachés unter militärischer Bedeckung nach den fraglichen Örtlichkeiten durchaus einverstanden.

Wangenheim

---

* Danew.
** Siehe Nr. 13 817.

Nr. 13 820

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 504 Therapia, den 4. September 1913

Die bulgarischen Delegierten *, welche mich heute besuchten, baten mich, ihre Friedensbemühungen zu unterstützen. Ich habe weisungsgemäß geantwortet.

Großwesir empfing die Unterhändler höflich, aber kühl und sagte ihnen, daß e r die Stunden und den Ort der ersten Zusammenkunft bestimmen werde.

Die Delegierung Sawows, dessen höhnische Sprache während der Pourparlers vor Tschataldja hier nicht vergessen ist, verstimmt die öffentliche Meinung ebenso wie die tendenziösen Ausstreuungen über türkische Truppenbewegungen jenseits der Mariza.

Wangenheim

Nr. 13 821

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 505 Therapia, den 5. September 1913

Großwesir sagte mir, er habe aus der ersten Begegnung mit den bulgarischen Delegierten den Eindruck bekommen, daß es Bulgarien viel mehr auf eine Allianz mit der Türkei als auf Adrianopel und die Mariza ankomme. Bulgarien denke in erster Linie an einen Revanchefeldzug gegen Griechenland. Die Türkei habe selbstverständlich kein Interesse, sich in neue Balkankämpfe verwickeln zu lassen, und würde sich deshalb gern mit Griechenland verständigt haben. Leider seien die Griechen derart durch ihre Erfolge berauscht[1], daß sie glaubten, sich der Türkei gegenüber auf das hohe Pferd setzen zu können. Die türkischen Delegierten seien in Athen geradezu mit Geringschätzung behandelt worden **. Veniselos sei ins Bad gereist[2]. Auch die hiesigen griechischen Unterhändler hielten ihm törichte Vorträge über die heutige Größe Griechenlands. Dagegen werde von den Bulgaren großer Eifer entfaltet, was bei gegensätzlich bestehender

---

* Am 3. September waren als bulgarische Unterhändler die Generäle Sawow und Toschew in Konstantinopel eingetroffen.

** Über die griechisch-türkischen Verhandlungen vgl. Kap. CCLXXVIII.

griechischer Haltung hier allmählich Anklang finde, so wenig man auch über die Entsendung Sawows erfreut sei. Die Pforte stehe am Scheideweg[3]. Ohne Verbündete könne sie nicht bleiben, und wenn Griechenland versage, müsse sie Bulgarien die Hand reichen, obwohl sie wisse, daß sie damit in eine Kombination eintrete, die sie von den bisherigen Richtlinien ihrer Politik entferne[4]. Er, der Großwesir, habe persönlich keine Hoffnung mehr, daß Griechenland einlenken werde[5].

Wenn Said Halim auch selbstverständlich hofft, durch seine Drohung mit einer bulgarischen Allianz über Deutschland Eindruck auf Griechenland zu machen, so bin ich doch überzeugt, daß, wenn keine radikale Änderung der griechischen Haltung eintritt, die Türkei mit Bulgarien abschließen wird. Die Konsequenz würde Griechenland zu tragen haben, welches im Begriff steht, denselben Fehler zu begehen, unter welchem Bulgarien zusammengebrochen ist[6]. Daß ein bulgarisch-türkisches Bündnis uns zwingen wird, auch unsere Orientpolitik zu revidieren, bedarf keines Beweises[7].

König Konstantin und Veniselos sollten sich das Beispiel der preußischen Politik nach Königgrätz vor Augen halten.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Unsinn
[2] keine üble Absicht
[3] sie soll nicht den Wiener Unsinn nachmachen
[4] wäre ihr Untergang!
[5] Quatsch
[6] Athen ordentlich einheizen
[7] nein, ich denke nicht daran!

Nr. 13 822

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 507 Therapia, den 5. September 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 503*.

Bezüglich angeblicher Besetzung Xanthis durch Türken versichert mich auch Generalissimus auf das allerbestimmteste, daß es sich weder um reguläre noch irreguläre Truppen handle. Es träten jetzt aber in den herrenlosen Gebieten selbsttätig von Mahmud Schewket Pascha begründete Landsturmformationen in Erscheinung. Diese Leute hätten bei Kriegsbeginn wegen innerer Zwistigkeiten kaum

---

* Siehe Nr. 13 819.

Widerstand geleistet, rafften sich jetzt aber infolge bulgarischer Greuel auf. Bulgarien würde noch ziemlich starke Truppen aufbieten müssen, um dieser Situation Herr zu werden.

Wangenheim

Nr. 13 823

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 316 Berlin, den 13. September 1913

Bulgarische Regierung hat in Wien gebeten, sie bei Unterhandlungen in Konstantinopel* gegen einige unannehmbare Forderungen der Türkei zu unterstützen. Graf Berchtold bittet, daß Euer Exzellenz Markgraf Pallavicini hierin sekundieren. Habe zugesagt, daß Euer Exzellenz unter Fühlungnahme mit Ihrem österreichischen Kollegen Pforte raten würden, den Bogen nicht zu überspannen, damit Friede mit Bulgarien zustande käme.

Streng vertraulich: Bulgarien hat hierbei in Wien erklärt, daß es Bündnis mit Türkei wünsche, um auf diese Weise Anschluß an Dreibund zu gewinnen. Wir können Bündnis Bulgariens mit Türkei und seinen Anschluß an Dreibund deshalb nicht wünschen, weil dadurch erstens griechisch-türkische Entente vereitelt würde, zweitens wir in Revanchepläne Bulgariens hineingezogen würden, drittens nach vertraulichen Nachrichten aus Bukarest König Karol von einem Anschluß an Bulgarien nichts wissen will. Dagegen würden auch wir baldigen Friedensschluß zwischen Türkei und Bulgarien begrüßen.

Jagow

---

* Zu dem Gang der türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen, die offiziell erst am 9. September, türkischerseits unter Leitung des Ministers des Innern Talaat Bey, bulgarischerseits unter Leitung des Generals Sawow, begannen, vgl. neben den Meldungen Freiherrn von Wangenheims und den im Österreich-Ungarischen Rotbuch abgedruckten Meldungen Markgraf Pallavicinis auch die Telegramme des französischen Botschafters Bompard vom 9., 12. und 14. September; Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 41 s., 44, 45. Bei den Unterhandlungen suchte Markgraf Pallavicini möglichst die Bulgaren zu unterstützen; vgl. das Österreich-Ungarische Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1922 bis 6. November 1913, S. 432f., 434, 435, 437. Im Wettbewerb mit ihm war auch der russische Botschafter von Giers für Bulgarien tätig, vgl. das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Petersburg, Doulcet, vom 3. September (Französisches Gelbbuch, a. a. O., III, 36 s.) sowie das Telegramm des französischen Botschafters in Konstantinopel, Bompard, vom 6. September (a. a. O., III, 39 s.).

Nr. 13 824

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 541 Therapia, den 18. September 1913

In heutiger Sitzung Friedenskonferenz wurde Protokoll betreffend Abgrenzung gezeichnet. Über übrige Punkte wurde grundsätzliche Lösung erzielt. Detailfragen werden durch Unterkommission erledigt werden, die nächsten Montag zusammentritt.

Vertrauensmann meldet, daß Ministerrat, der geneigt war, wegen Dimotiko nachzugeben, seine Entscheidung schließlich von Urteil Generalstabs abhängig gemacht hatte. Letzterer begründet in einer auch für den bulgarischen Delegierten überzeugenden Weise Notwendigkeit Verbleibens bei Türkei.

Wangenheim

Nr. 13 825

Der türkische Botschafter in Berlin Muchtar Pascha an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Ausfertigung

Berlin, le 18 septembre 1913

J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que la question de la nouvelle frontière entre la Turquie et la Bulgarie est définitivement terminée. Elle part à l'embouchure de la Maritza, laisse Dimetoka, Andrinople et Kirk-Kilissé à la Turquie; Tirnovadjik, Moustapha Pacha, Orta Keuy à la Bulgarie et se termine à l'embouchure du Rezvoya au nord d'Iniaada.

Je crois devoir ajouter qu'un accord de principe est également intervenu dans la question de nationalité et qu'aujourd'hui on continue les négociations *.

M. Moukhtar

---

* Der endgültige Abschluß des bulgarisch-türkischen Friedensvertrages erfolgte am 29. September. Siehe den Text des Vertrages im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 54 ss., im Jahrbuch des Völkerrechts, ed. Th. Niemeyer und K. Strupp II, S. 191 ff. und a. a. O.

Nr. 13 826

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 589 Therapia, den 8. Oktober 1913
Vertraulich

Redakteur des „Osmanischen Lloyd“ hat Herrn Natschewitsch gefragt, ob neben dem Friedensvertrag geheime Abmachungen zwischen Bulgarien und der Türkei getroffen worden seien. Herr Natschewitsch erwiderte mit der Bitte, darüber nichts in die Öffentlichkeit zu bringen, daß allerdings mündliche Verabredungen für den Fall getroffen seien, daß es zum Wiederausbruch des Krieges zwischen Griechenland und der Türkei kommen sollte. Bulgarien habe sich verpflichtet, die Besetzung Westthraziens hinzuhalten, damit dieses Land die Brücke für einen türkischen Angriff auf Kawala bilden könne. Gegenüber Rumänien sei Bulgarien dadurch gedeckt, daß es jederzeit auf das vorläufige Bestehen einer autonomen Regierung in Gümürdjina hinweisen könne. Die Abmachungen mit der Pforte seien aber nunmehr dadurch fast gegenstandslos geworden, daß begründete Aussichten auf ein günstiges Ergebnis der Athener Verhandlungen* beständen, nachdem die Inselfrage ausgeschieden sei. Die Indigenatfrage mache allerdings noch die höchsten Schwierigkeiten. An ein türkisches Nachgeben darin sei nicht zu denken. Immerhin lägen die Dinge so, daß Bulgarien nunmehr mit der Okkupierung Westthraziens langsam beginnen könne.

Daß General Sawow nicht mit den übrigen bulgarischen Delegierten abreist, ist auffallend.

W a n g e n h e i m

Nr. 13 827

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 592 Therapia, den 9. Oktober 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 589**.

Eine der maßgebenden Persönlichkeiten des Komitees bestätigte die gestern von Herrn Natschewitsch dem „Osmanischen Lloyd“

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.
** Siehe Nr. 13 826.

erteilte Auskunft mit Hinzufügung, daß die zu treffenden Abmachungen bulgarischerseits schriftlich formuliert, aber von der Pforte nicht unterzeichnet worden seien. Mündlich sei verabredet, daß im Falle eines glücklichen Verlaufs der türkischen Operationen die Türkei Westthrazien, Bulgarien das Gebiet zwischen Mesta und Struma behalten solle. Bulgarien verpflichte sich, den Vormarsch der Türken durch Komitadschis zu unterstützen. Pforte wolle sich keinenfalls schon jetzt fest binden, sondern erst Resultat der Athener Verhandlungen * abwarten. Für alle Fälle bleibe General Sawow hier.

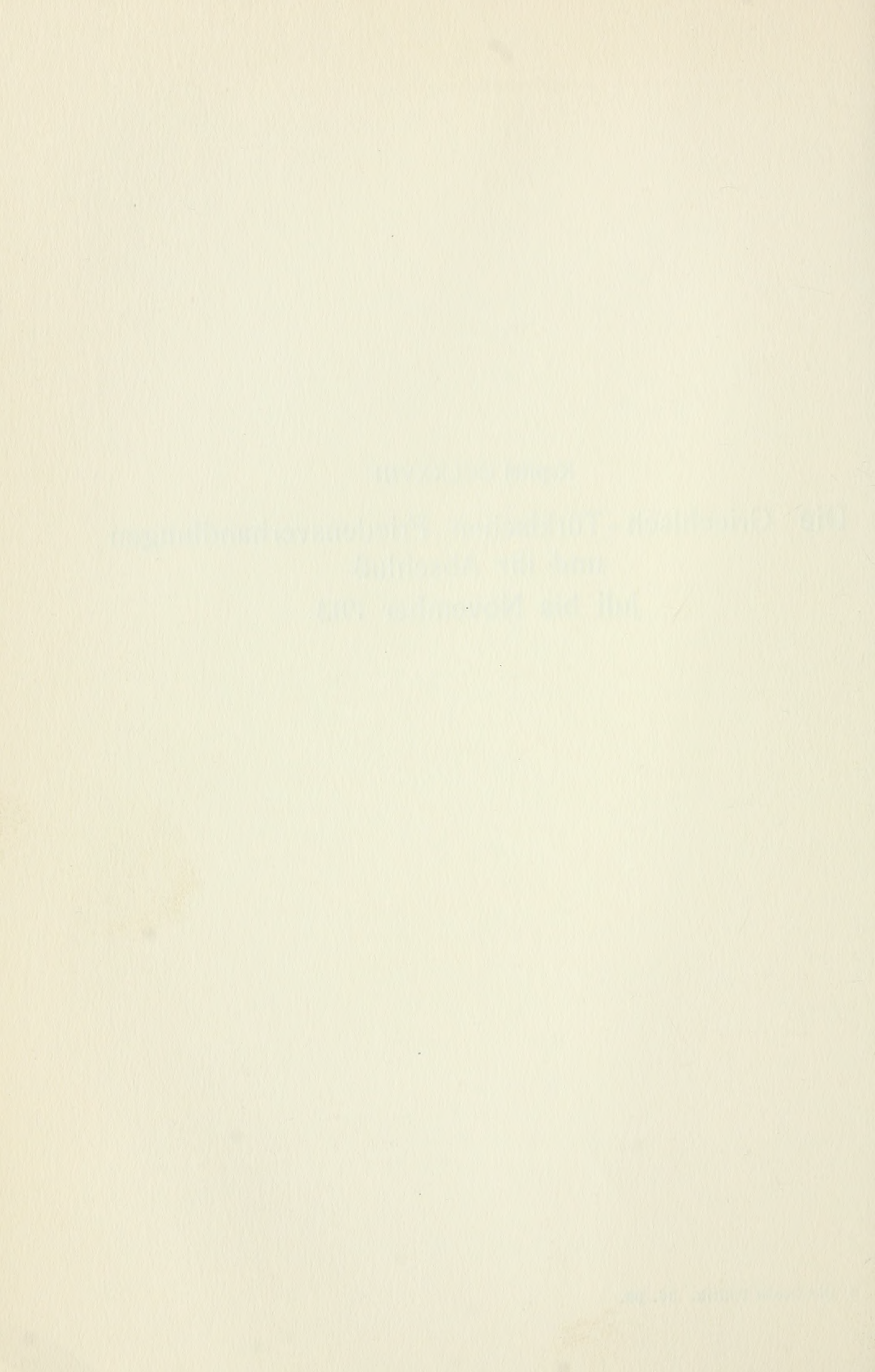
Wangenheim

* Durch das am 14. November unterzeichnete griechisch-türkische Friedensprotokoll — vgl. dazu Kap. CCLXXVIII — wurden die mündlichen türkisch-bulgarischen Abmachungen hinfällig.



Kapitel CCLXXVIII

Die Griechisch-Türkischen Friedensverhandlungen und ihr Abschluß Juli bis November 1913



Nr. 13 828

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 269 Athen, den 18. Juli 1913

Ghalib Bey, Botschaftsrat bei der ottomanischen Botschaft in Berlin, ist, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, in Athen eingetroffen, um die bereits eingeleiteten griechisch-türkischen Verhandlungen hier weiterzuführen *. Derselbe hat sich besonders am Anfang seines Hierseins ganz intransigent gezeigt und hat schroff auf der Rückgabe der meisten Inseln an die Türkei bestanden. Ghalib Bey hat dabei nicht genügend der neuen Lage Rechnung getragen. Wenn die Türkei sich seinerzeit vor Ausbruch des neuen Krieges entschlossen hätte, Griechenland die Hand zu reichen, so hätte dieselbe auch in der Inselfrage ** bedeutende Konzessionen erreichen können. Die Türkei hat diesen Augenblick versäumt und zu lange gewartet. Sie muß sich jetzt in den Gedanken hineinfinden, daß sie Griechenland viel notwendiger braucht wie umgekehrt. Ein Eingreifen in die jetzigen Kriegswirren seitens der Türkei wünscht Griechenland durchaus nicht, und Herr Veniselos hat Ghalib Bey direkt davor gewarnt und ihm gesagt, ein solches Vorgehen der Türkei werde eventuell geeignet sein, die Lage noch mehr zu verwickeln. In Konstantinopel scheint man die ungünstigere Lage, in welche die Türkei durch zu langes Zögern Griechenland gegenüber gekommen ist, jetzt einzusehen und zeigt jedenfalls insofern größeres Entgegenkommen, als die Pforte sich bereit erklärt hat, die diplomatischen Beziehungen endlich wieder anzuknüpfen. Wenn die Türkei erst die Gewißheit

* Vgl. über die türkische Absicht, Ghalib Bey zur Fortsetzung der griechisch-türkischen Verhandlungen, die durch den Wiederausbruch des Krieges zwischen Bulgarien, Griechenland und Serbien ins Stocken geraten waren, nach Athen zu entsenden, Bd. XXXV, Kap. CCLXXIII, Nr. 13 444, 13 447.

** Über die bisherige Entwicklung der Inselfrage und ihre Behandlung auf der Londoner Botschafterreunion bis zu deren Vertagung am 11. August vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.

erhalten hat, daß sämtliche bulgarische Siegesnachrichten falsch sind, und daß Bulgarien bis jetzt wenigstens als auf der ganzen Linie geschlagen zu betrachten ist, so wird man sich in Konstantinopel es wohl zweimal überlegen, bevor man seine Geschicke an eine verlorene Sache knüpft. Wenn die Türkei Griechenland gegenüber in eine ungünstigere Lage gedrängt worden ist, so ist das ihre eigene Schuld, weil sie zu lange gezögert hat. Griechenland ist jetzt in der sehr günstigen Lage, die Türkei an sich herankommen lassen zu können und die den griechischen Interessen entsprechenden Bedingungen für ein engeres Zusammengehen zu stellen. Trotzdem sollte man in Konstantinopel großzügig genug denken, um einzusehen, daß ein Zusammengehen der Türkei mit Griechenland unbedingt im Interesse des ottomanischen Reiches gelegen ist. Ghalib Bey hat hier eine sehr offene Sprache geführt und hat gesagt, wenn Griechenland die Inseln behalte, sei Freundschaft mit der Türkei unmöglich. Die Türkei werde in diesem Falle nur auf den Augenblick bedacht sein, wo ihre Flotte stark genug sein werde, um in einem neuen Krieg Griechenland die Inseln wieder zu nehmen. Diese Äußerungen Ghalibs lassen Herrn Veniselos sehr kühl, und er hat ihm geantwortet, die Türkei solle tun, was sie für richtig halte und solle zunächst einmal, wenn sie die Inseln wieder haben wolle, eine entsprechende Flotte bauen. Es ist sehr begreiflich, daß Griechenland die Herausgabe der Inseln und besonders der drei Inseln, welche die Türkei fordert, Mytilene, Chios und Samos, ablehnt. Keine Regierung könnte es auf sich nehmen, in diesem Punkte nachzugeben. Man muß bedenken, daß beim Ausbruch des türkischen Krieges mit den Balkanstaaten in Chios allein sofort eine Million gesammelt wurde, welche die Bewohner der Insel der griechischen Regierung zur Verfügung stellten. Dies ist natürlich mit Pauken und Trompeten urbi et orbi verkündet worden, und die öffentliche Meinung würde es nicht verstehen, wenn Griechenland ohne anscheinende Notwendigkeit die Bewohner der Inseln wieder unter türkische Herrschaft stellen würde. Vor kurzer Zeit noch wäre Griechenland bereit gewesen, der Türkei wenigstens der Form nach weitgehende Konzessionen zu machen und für die Inseln eine Stellung zu schaffen, welche etwa derjenigen Ägyptens zur Türkei entsprochen haben würde. Um Ähnliches jetzt noch zu erreichen, wird die Türkei den Griechen weitgehendes Entgegenkommen zeigen müssen. Es ist zu hoffen, daß man dies in Konstantinopel voll verstehen und würdigen wird. Ich höre natürlich nicht auf, auf Herrn Veniselos einzuwirken, damit auch unter der veränderten Sachlage der große Gedanke eines Zusammengehens Griechenlands mit der Türkei keine Einbuße erleide. Ich finde dabei bei dem griechischen Staatsmann auch volles Verständnis. Wichtig wäre, wie gesagt, nur, daß man in Konstantinopel einsieht, daß man mit Rücksicht auf die 1 200 000 Griechen,

welche in der Türkei leben, und welche schließlich doch die Intelligenz des Landes darstellen, sich über Kleinigkeiten hinwegsetzen und enge Beziehungen im Interesse beider Länder zwischen Konstantinopel und Athen schaffen muß.

A. Quadt

Nr. 13 829

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 417 Konstantinopel, den 28. Juli 1913

Großwesir suchte mich heute auf, um mir mitzuteilen, daß die griechischen Truppen von Dedeagatsch den Vormarsch gegen Norden angetreten hätten*. Er sei unter der Hand begriffen, definitiven Frieden mit Griechenland zu schließen und hoffe sogar, daß der Friedensschluß der Ausgangspunkt eines Bündnisses sein werde. Er bitte deshalb die Kaiserliche Regierung zu vermitteln, daß die Griechen jenseits der Mariza blieben**.

Wangenheim

Nr. 13 830

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 306 Athen, den 7. August 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 521 vom 1. d. Mts.***

Heute habe ich Gelegenheit genommen, beim Minister des Äußern den gemeldeten Vormarsch griechischer Truppen von Dedeagatsch gegen Norden zur Sprache zu bringen. Herr Koromilas erwiderte mir, man sei sich durchaus der Gefahren bewußt, welche die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen griechischen und

---

* Der Vormarsch der griechischen Truppen von Dedeagatsch gegen Norden galt der Vertreibung der Bulgaren aus Thrazien; er mußte aber in seiner weiteren Durchführung auf die türkischen Truppen stoßen, die über die Mariza vorrückten.

** Am 30. Juli telegraphierte Staatssekretär von Jagow zurück (Nr. 256): „Können uns jetzt in Frage nicht einmischen. Bitte Großwesir an Ghalib verweisen.“

*** Durch Erlaß Nr. 521 war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 417 — siehe Nr. 13 829 — nach Athen mitgeteilt worden.

türkischen Truppen böte. An die griechischen Truppen seien deshalb die strengsten Befehle ergangen, in keiner Weise auch nur irgendwie in die Nähe der Gebiete sich zu begeben, welche von türkischen Truppen besetzt seien. Herr Koromilas schien anzunehmen, daß türkischerseits die gleichen Weisungen an die türkische Armee ergangen seien und hielt jede Gefahr für beseitigt.

A. Quadt

Nr. 13 831

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 460 Konstantinopel, den 16. August 1913

Großwesir sagte mir, die Verhandlungen mit Griechenland nehmen einen äußerst schleppenden Verlauf. Die Schuld trage Herr Koromilas, dem jeder praktische politische Sinn fehle. — Auch der hiesige griechische Unterhändler Herr Levidis sagte mir streng vertraulich, er sei über Koromilas geradezu verzweifelt. Die griechische Regierung wolle sich mit der Türkei einigen und sogar ein Bündnis schließen; solange aber unter der Ägide von Koromilas verhandelt werde, seien diese Ziele unerreichbar. Die Pourparlers müßten hier zwischen einem direkt von Veniselos instruierten Delegierten und dem Großwesir unter Vermittlung der Kaiserlichen Botschaft stattfinden.

Wangenheim

Nr. 13 832

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 324 Athen, den 18. August 1913

Jedesmal, wenn ich den Minister des Äußern sehe, beklagt sich derselbe bitter darüber, daß die griechisch-türkischen Verhandlungen nicht schnell zur Erledigung gebracht werden können. Zuerst habe Reschid Bey* beinahe bei jedem Wort Schwierigkeiten gemacht und Ghalib Bey sei entgegenkommend gewesen. Jetzt sei es gerade umgekehrt. Ghalib Bey macht nun noch die kleinlichsten Schwierigkeiten, während Reschid Bey in seiner Auffassung weitherziger geworden sei.

---

* Zweiter türkischer Unterhändler bei den türkisch-griechischen Verhandlungen neben Ghalib Bey.

Die große Schwierigkeit bei Abschließung des Vertrages sei darin zu sehen, daß die Türken unter allen Umständen jede Erwähnung der Londoner Beschlüsse vermieden wissen wollten. Herr Koromilas erklärt dies damit, daß die Türken die Londoner Beschlüsse auf Adrianopel und Thrazien überhaupt nicht angewandt sehen wollten, und daß sie deshalb die Fiktion aufrecht erhielten, es sei in London zu gar keinen — die Türkei bindenden — Abmachungen gekommen.

Große Schwierigkeiten scheint übrigens auch die Behandlung der Frage der Vakouf* zu machen.

A. Quadt

Nr. 13 833

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Athen Grafen von Quadt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 130 Berlin, den 20. August 1913

Vielfach auch türkischerseits verbreitete Gerüchte, daß Griechenland das Vorgehen der Türkei ermutige und griechische Kommandanten sogar die Türken zur Besetzung der von ihnen zu räumenden Plätze** aufforderten, sind geeignet, Sympathien Europas gegen Griechenland zu wenden. Es erschiene wohl angezeigt, wenn griechische Regierung mit einer Erklärung derartigen Gerüchten entgegenträte. Bitte dortiger Regierung entsprechenden vertraulichen Rat geben.

Jagow

Nr. 13 834

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Athen, den 21. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 130***.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagt, er habe Vertretern aller Mächte hier bereits Dementi der anscheinend von türki-

---

* Das heißt: der geistlichen Güter in den an Griechenland abzutretenden Gebietsteilen.

** Nach dem Abschluß des Bukarester Friedens (10. August) sah sich Griechenland genötigt, einen Teil der neuerdings besetzten thrazischen Gebiete wieder zu räumen, worauf die türkischen Truppen Anstalt machten, in die geräumten Gegenden einzurücken. Vgl. über die dadurch herbeigeführten Erörterungen auch Kap. CCLXXVII.

*** Siehe Nr. 13 833.

scher Seite in Umlauf gesetzten Gerüchte über Begünstigung der türkischen militärischen Operationen mitgeteilt.

Minister beabsichtigt noch weitere diesbezügliche offizielle Erklärung.

Bassewitz

Nr. 13 835

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 491. Therapia, den 29. August 1913

Die veränderte Sprache des russischen Botschafters * läßt es als nicht ausgeschlossen erscheinen, daß Rußland plötzlich voîte face macht und für einen bulgarisch-türkischen Ausgleich seine Vermittlung eintreten läßt **. Daraus könnte sich eine von Rußland protegierte Entente entwickeln, deren Spitze sich bestimmt gegen Griechenland richten würde. Es dürfte daher im dringenden Interesse Griechenlands liegen, sich sobald als möglich mit der Türkei zu verständigen. Ich habe den hiesigen griechischen Geschäftsträger, durch dessen Vermittelung ich bereits in einigen Punkten zu einem Ausgleich des griechisch-türkischen Gegensatzes habe beitragen können, vertraulich auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und stelle anheim, ob nicht diese Warnung durch den Kaiserlichen Geschäftsträger Athen unterstützt werden könnte.

Vertrauensmann meldet heute, daß er seit mehreren Tagen eine Hetze der russischen Botschaft bei Komiteeleitung gegen hiesige griechische Einflüsse beobachtet, „Tanin" empfiehlt eine Verständigung mit Rußland namentlich auch wegen der armenischen Frage.

Wangenheim

---

* In dem unmittelbar voraufgehenden Telegramm Nr. 490 vom 29. August — siehe Kap. CCLXXVII, Nr. 13 811 — hatte Freiherr von Wangenheim Äußerungen des russischen Botschafters von Giers gemeldet, nach denen Rußland nunmehr wohl für die Erhaltung der Türkei eintreten müsse, damit nicht in Kleinasien unbequeme geographische Veränderungen einträten.

** Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

Nr. 13 836

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 498 Therapia, den 1. September 1913

Es sind hier zweifellos Kräfte am Werke, um den bevorstehenden türkisch-bulgarischen Ausgleich zu einem Bündnis auszugestalten*. Letzteres würde unter der Ägide des sich anbahnenden russisch-österreichischen Einverständnisses stehen und könnte die Grundlage bilden für einen neuen Balkanbund mit der Türkei, dessen Ziele wären: Beseitigung des Übergewichtes Rumäniens, Salonik für Serbien, Kawala für Bulgarien, die Inseln für die Türkei. Wenn auch Großwesir mir sagt, daß ein Bündnis mit den bulgarischen Meuchelmördern unmöglich sei, so höre ich doch, daß andere einflußreiche Komiteeleute für den Anschluß an Bulgarien sich aussprechen. Ursache dieser Wendung ist das namentlich von Rußland genährte Mißtrauen gegen Griechenland, das auch durch einen bloß formellen Friedensschluß nicht beseitigt werden könnte. Das Organ des Komitees, der „Tanin", bezeichnet gestern die Griechen als die gefährlichsten Gegner der Türkei, gegen die man sich durch Bündnisse schützen müsse. Nur in einem Falle, nämlich wenn Griechenland die Inseln neutralisiere oder autonom erkläre, sei eine Aussöhnung und sogar Bündnis mit Griechenland gegen Bulgarien und Serbien möglich. Diese Erklärung bedeutet insofern eine Konzession an Griechenland, als die Türkei bisher die Hauptinseln für sich beansprucht. Sie beweist aber auch, daß die Türkei bis heute sich noch immer lieber mit den Griechen unter deutscher Vermittelung, als mit den Bulgaren unter Vermittelung anderer Mächte verständigen möchte. Andererseits bereitet sich die Pforte für alle Fälle auf einen neuen Krieg mit Griechenland vor. Umfangreiche Flottenvermehrung ist geplant, und durch den zurzeit in Berlin weilenden Schwager des Großwesirs Prinzen Dschemil Hussein sind die Verhandlungen wegen des Ankaufs südamerikanischer Kriegsschiffe wieder aufgenommen. Wenn die russisch-österreichische, anscheinend auch von Italien aus graecophobisch geförderte Kombination gelingt, so ist Griechenland und auch unsere Kombination — Griechenland, Türkei, Rumänien — schwer gefährdet. Griechenland sollte sobald als möglich bezüglich der Inseln annehmbare Vorschläge machen.

Wangenheim

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

Nr. 13 837

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 282 Athen, den 3. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 139*.

Habe Minister der auswärtigen Angelegenheiten sofort entsprechend informiert. Minister war sehr dankbar für Mitteilung. Ghalib sagt mir, daß die durch früheren Minister der auswärtigen Angelegenheiten hingezogenen Verhandlungen mit Panas bedeutend leichter vorwärts gehen, und daß dieser deutlich Wunsch erkennen lasse, rasch abzuschließen.

Bassewitz

Nr. 13 838

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 310 Berlin, den 8. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 498**.

Zur streng vertraulichen Information:

Wir haben Griechenland geraten, Pforte Neutralisierung der Inseln anzubieten, und glauben, daß Rat befolgt wird.

Jagow

Nr. 13 839

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 511 Konstantinopel, den 7. September 1913
[pr. 8. September]

Herr Weitz***, der mit den hiesigen Italienern besonders gute Beziehungen unterhält, meldet vertraulich, daß Marquis Garroni,

---

* Durch Telegramm Nr. 139 vom 30. August war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 491 — siehe Nr. 13 835 — nach Athen behufs vertraulicher Informierung des neuen Ministers des Äußeren Panas, der am 31. August an die Stelle von Koromilas getreten war, mitgeteilt worden.

** Siehe Nr. 13 836.

*** Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Konstantinopel.

dessen Urlaubsantritt für den 12. d. Mts. festgesetzt war, vorläufig hier bleibt. Grund: Geheime Verhandlungen über die Inseln, speziell über von den Griechen besetzte Inseln. Die Türkei soll in die Lage versetzt werden, nach Abschluß der türkisch-bulgarischen Entente an Griechenland mit der Forderung herantreten zu können, die Inseln, insbesondere Chios und Mytilene, zu räumen. Zugestandener Zweck des italienischen Vorgehens sei die Schwächung Griechenlands und die Gewinnung der Türkei für wichtige wirtschaftliche Konzessionen an Italien (Adalia *-Schiffsbestellungen). Auch die bulgarisch-türkische Annäherung werde von Italien unter diesen Gesichtspunkten intensive Unterstützung erfahren. Zu obigem darf ich hinzufügen, daß Talaat Bey vor einigen Tagen einem Vertrauensmann des Markgrafen Pallavicini gesagt hat, die Türkei werde Mitte des Monats so weit vorbereitet sein, daß sie ein ernstes Wort mit Griechenland reden könne.

Zu Sir Adam Block ** sagte Talaat Bey gestern, daß er die Stellung als Friedensunterhändler *** nicht akzeptiert haben würde, wenn beabsichtigt sei, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Die Türkei werde Sufli den Bulgaren zurückgeben, dafür aber Mandra erhalten.

Aus Äußerungen Natschewitschs entnehme ich, daß Bulgarien auf Kirk-Kilisse bereits verzichtet hat.

Wangenheim

Nr. 13 840

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 513 Konstantinopel, den 7. September 1913
[pr. 8. September]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 511 †.

Großwesir, der bisher immer den Standpunkt vertrat, daß eine griechisch-türkische Verständigung durch eine Neutralisierung oder Autonomieerklärung von Chios und Mytilene erreicht werden könnte, sagte mir nunmehr, daß die Türkei auf den uneingeschränkten Besitz der Inseln bestehen müsse.

Wangenheim

---

* Vgl. zu den kleinasiatischen Aspirationen Italiens in Adalia Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.

** Englischer Delegierter bei der Verwaltung der Dette Publique.

*** Gemeint sind die türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen, die türkischerseits von dem Minister des Innern Talaat Bey geführt wurden. Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

† Siehe Nr. 13 839.

Nr. 13 841

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 244 Berlin, den 8. September 1913

Geheim

Aus nichtamtlicher Quelle wird uns vertraulich aus Konstantinopel gemeldet*, daß Italien dort geheime Verhandlungen über Inseln, speziell über von den Griechen besetzte Inseln führe. Die Türkei solle in die Lage versetzt werden, nach Abschluß einer türkisch-bulgarischen Entente an Griechenland mit der Forderung herantreten zu können, die Inseln, besonders Chios und Mytilene zu räumen. Zweck des italienischen Vorgehens sei die Schwächung Griechenlands und die Gewinnung der Türkei für wichtige wirtschaftliche Konzessionen an Italien (Adalia-Schiffsbestellungen). Auch die bulgarisch-türkische Annäherung werde von Italien unter diesen Gesichtspunkten intensive Unterstützung erfahren. Dafür würde außer einigen Äußerungen maßgebender jungtürkischer Staatsmänner sprechen, daß italienischer Botschafter Urlaubsantritt verschoben hat, sowie daß Großwesir neuerdings von Griechenland uneingeschränkten Besitz der Inseln verlangt, während er bisher nur Neutralisierung forderte. Wir haben Griechenland geraten, letzteres Angebot zu machen**, da uns Verständigung zwischen Griechenland und Türkei für Vermeidung weiterer europäischer Krisen und im Hinblick auf künftige politische Konstellation geboten erscheint.

Ich vermag Konstantinopeler Meldung einstweilen nicht Glauben zu schenken, da Marquis di San Giuliano noch vor wenig Tagen mir hat sagen lassen, daß er die von uns empfohlene Politik einer Heranziehung Griechenlands an Dreibund völlig billige, und weil er im Einklang mit den anderen Mächten immer den Standpunkt vertreten hat, daß die von Griechen besetzten Inseln griechisch bleiben sollen. Wir haben jetzt König Konstantin im Hinblick auf Verhältnis zu Dreibund und auf den im Osten gemachten Gewinn (Kawala und Inseln) eindringlich geraten, sich in südalbanischer Frage mit den Forderungen Österreichs an Italien abzufinden***.

Bitte Angelegenheit vertraulich und persönlich mit Marquis di San Giuliano besprechen.

Ich habe Italien in alle unsere politischen Pläne sowohl bezüglich Annäherung Griechenlands an Dreibund sowie hinsichtlich Klein-

---

* Vgl. Nr. 13 839.

** Vgl. Nr. 13 838.

*** Vgl. dazu Kap. CCLXXXII.

asiens* und der Inseln stets loyal und offen eingeweiht und erblicke auch in Mitteilung der Konstantinopeler Meldung eine Vertrauenspflicht. Ich kann mir nicht denken, daß Marquis di San Giuliano hinter unserem Rücken gegen von ihm gebilligte Richtlinien handeln sollte und erwarte daher von ihm auch ebenso offene Aufklärung. Ew. pp. können dem Minister mein Telegramm vorlesen.

Jagow

Nr. 13 842

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 309 Berlin, den 8. September 1913
Geheim

Auf Telegramme Nr. 511** und 513***.

Passivität der Mächte in Adrianopelfrage† scheint bei türkischen Machthabern Gefühl auszulösen, daß sie sich in allen Fragen über Willen Europas hinwegsetzen können. Letzterer hat sich übereinstimmend dahin erklärt, daß die von Griechen besetzten Inseln Griechenland zufallen sollen. Widerstand hiergegen würde Europa vor neue schwere Krise stellen, in der wir Türkei nicht weiter unterstützen könnten, wie wir es jetzt indirekt in Adrianopelfrage getan haben. Nur durch unsere Ablehnung sind bisher Kollektivdemarchen und weitere Folgen, wie Rußland sie erstrebte, vermieden worden.

Streng vertraulich:

Uns liegt sehr viel an Verständigung zwischen Türkei und Griechenland. Ein Scheitern derselben würde unsere bisher erfolgreiche Orientpolitik stark gefährden. Griechenland kann auf Inselbesitz nicht verzichten. Seine Majestät der Kaiser hat noch jetzt König Konstantin eindringlich geraten, im Hinblick auf Gewinn im Osten (Kawala und Inseln) sich gegenüber den Forderungen Österreichs und Italiens in südalbanischer Frage accommodent zu zeigen††. Ich

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.
** Siehe Nr. 13 839.
*** Siehe Nr. 13 840.
† Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.
†† Über den Aufenthalt König Konstantins in Berlin — 7. bis 9. September — und seine Unterredungen mit dem Kaiser und den deutschen Staatsmännern, die vor allem die südalbanische Grenzfrage, weiterhin auch das Verhältnis Griechenlands zu den Dreibundmächten betrafen, vgl. Kap. CCLXXIX, Nr. 13 918, 13 919, 13 920.

habe auf Grund Euerer Exzellenz Berichte dem König geraten, Neutralisierung der Inseln anzubieten. Euer Exzellenz wollen Großwesir energisch zu verständiger Haltung und Ausgleich mit Griechenland zu bewegen suchen.

An italienische Intrige betreffend Chios und Mytilene sowie Schwächung Griechenlands vermag ich einstweilen nicht unbedingt zu glauben, da sie allen noch kürzlich mir gemachten Erklärungen des Marquis di San Giuliano widersprechen würden. Bitte Vorgänge weiter sorgfältig beobachten.

Jagow

Nr. 13 843

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 312 Berlin, den 10. September 1913
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 309*.

Ich hatte Marquis di San Giuliano sagen lassen, aus nicht-amtlicher Quelle aus Konstantinopel seien mir Gerüchte über türkisch-italienische Verhandlungen betreffend Inseln zugegangen, die ich zwar nicht ohne weiteres glauben, aber bei unseren vertraulichen Beziehungen und der Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Richtlinie doch zum Gegenstand einer Aussprache mit ihm machen wollte. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Rom** telegraphiert hierauf***:

„Marquis di San Giuliano stellt bestimmt Vorhandensein heimlicher Verhandlungen mit Türkei in Abrede. Er sei nach wie vor der Ansicht, daß Griechenland die von ihm besetzten Inseln behalten solle und billige die Bestrebungen, Griechenland an Dreibund heranzuziehen. Daß Großwesir neuerdings von Griechenland uneingeschränkten Besitz der Inseln verlangt, war ihm neu. Eine bulgarisch-türkische Entente habe er nie intensiv unterstützt, es nur vor Beginn der direkten Verhandlungen als wünschenswert bezeichnet, daß Bulgarien und Türkei sich möglichst bald verständigen.

Für eindringlichen Rat an König Konstantin † zeigte sich Minister sehr dankbar. Schließlich betonte er, daß er an der von ihm gebilligten und uns bekannten Richtungslinie festhalte.

---

* Siehe Nr. 13 842.
** von Beneckendorff und Hindenburg.
*** Telegramm Nr. 209 vom 9. September 1913.
† Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Nr. 13 920.

Marquis Garroni hat heute Urlaub angetreten."

Will man von Annahme absehen, daß Marquis di San Giuliano uns direkt belügt, so bleibt uns Erklärung, daß Marquis Garroni, der als Genuese gewiß verschlagen ist, auf eigene Faust politische Geschäfte betreibt. Die Marinebestellungen könnten auch hierauf deuten. Nachrichten Garronis über frankophile Opposition in Athen sind mir bisher nicht bekannt geworden.

Vielleicht können Ew. pp. durch Mittelsmann türkische Regierung vorsichtig warnen lassen.

Jagow

Nr. 13 844

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 516 Therapia, den 9. September 1913
[pr. 10. September]

Antwort auf Telegramm Nr. 309*.

Marquis Garroni sagte mir, er habe seiner Regierung Eintreten für griechisch-türkisch-rumänische Entente im Anschluß an Dreibund unter Voraussetzung empfohlen, daß deutsche Stellung in Athen stark genug sei, den französischen Einfluß niederzuhalten. Italien habe an und für sich nichts gegen Griechenland, fürchte aber ein hinter Griechenland plaziertes Frankreich. Leider lägen ihm bestimmte Nachrichten vor, wonach in Athen sich bereits eine starke, von Frankreich genährte Opposition gegen das Königspaar geltend mache. Dem König werde vorgeworfen, daß er eigene Politik treibe, ihm unsympathische aber verdiente Offiziere entlassen habe usw. Man müsse befürchten, daß Frankreich schließlich den Sturz des Königs erreichen werde.

Ich habe Marquis Garroni erwidert, daß seine Informationen zweifellos auf freier Erfindung beruhten. Verlassen könne man sich freilich auf die Griechen nur bis zu einem gewissen Grade; aber gerade deshalb sei es nötig, die dreibundfreundlichen Elemente dort und namentlich den König selbst zu stützen.

Bezüglich der Inseln bemerkte Garroni, daß er die in dieser Frage von Marquis Imperiali beobachtete schwächliche Haltung entschieden mißbillige. In Rom sei diese seine Ansicht nicht bekannt. — Die Inselfrage werde in der Praxis entweder zwischen der Türkei und Italien oder gar nicht gelöst werden.

Dem Großwesir sagte ich gestern halb scherzend: „On me dit que vous avez trouvé une protection puissante pour les îles." Said

* Siehe Nr. 13 842.

Halim antwortete sichtlich verlegen: „On fait ce qu'on peut. Ce n'est pas le moment pour discuter des principes. Il nous faut un appui solide et pratique.“

Aus den bisherigen Akten war zwar ersichtlich, daß bei den Mächten die Absicht besteht, die von den Griechen besetzten Inseln an Griechenland zu geben, nicht aber, ob ein diesbezüglicher formeller Beschluß der Mächte vorliegt*.

Wangenheim

Nr. 13 845

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept

Nr. 850 Berlin, den 10. September 1913
[abgegangen am 11. September]

Auf Telegramm Nr. 516**.

Soweit hier bekannt, ist es in London zu einem formellen Beschluß über das Schicksal der von Griechenland besetzten Inseln im Drange der Geschäfte und bei der Konferenzmüdigkeit der auf Schluß der Sitzungen drängenden Botschafter nicht gekommen***. Tatsächlich ist jedoch allseitiges Einverständnis darüber erzielt worden, daß sämtliche von den Griechen besetzten Inseln mit Ausnahme der beiden den Dardanellen vorgelagerten der Türkei zurückzugebenden Inseln griechisch bleiben sollen.

Was die von Italien besetzten Inseln betrifft, so ist der in der Sitzung am 11. August von Sir Edward Grey angeregte, Ew. pp. mit Erlaß Nr. 794 vom 16. gleichen Monats mitgeteilte Vermittelungsvorschlag † nachträglich von allen Mächten angenommen worden.

Zimmermann

Nr. 13 846

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 521 Therapia, den 10. September 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 516 ††.

Großwesir antwortete auf meine erneute dringende Empfehlung

---

* Vgl. dazu das folgende Schriftstück.
** Siehe Nr. 13 844.
*** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.
† Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 689.
†† Siehe Nr. 13 844.

eines baldigen Ausgleichs mit Griechenland, daß die gestern von Reschid Bey überbrachten Vorschläge der griechischen Regierung nur noch geringfügiger Korrekturen zu bedürfen schienen, um als Basis des Friedensschlusses dienen zu können. Auch mit Bulgarien werde er voraussichtlich bald zu einer Verständigung gelangen *. Etwas anderes sei aber die Bündnisfrage. Die Türkei könne nicht länger isoliert bleiben. Den Großmächten gegenüber sei sie noch nicht bündnisfähig. Dagegen liege es in ihrem Interesse, sich mit anderen Ländern zu verbinden, welche sich der Protektion einer oder mehrerer Großmächte erfreuten. Diese werde sich dann auch auf die Türkei ausdehnen und verhindern, daß letztere wie bisher immer das geschlossene Europa gegen sich habe. Das europäische Konzert könne zwar wegen seiner inneren Schwäche der Türkei nicht positiv schaden [1], laste aber als totes Gewicht auf allen Reformbestrebungen. In Betracht für eine Allianz käme nur Bulgarien oder Griechenland. Ein Bündnis mit Griechenland, das der Türkei nur maritime Verpflichtungen auferlege und sie der Notwendigkeit enthebe, noch einmal am Balkan kämpfen zu müssen, konveniere ihm selbstverständlich am meisten. Andererseits seien die Griechen zweifellos die eigentlichen Feinde [2] der Türkei. Sie erstreben den Besitz von Konstantinopel, wie die letzten Reden des Königs Konstantin ** und die Sprache der griechischen Presse deutlich erkennen ließe. Deshalb sei ihm eine griechisch-türkische Entente nur dann möglich, wenn die Türkei in die Lage versetzt werde, die panhellenischen Bestrebungen innerhalb ihrer Grenzen nicht befürchten zu müssen. Dazu müßten die Griechen verhindert werden, sich auf den geographisch zu Kleinasien gehörigen Inseln politisch und militärisch in einer Weise festzusetzen, welche die innere und äußere Sicherheit der Türkei bedrohe. Schon jetzt werde von den Inseln aus eine starke hellenische Propaganda längs der kleinasiatischen Küste betrieben. Verschiedene Agitatoren habe er ausweisen müssen. Es sei eine Lebensfrage für die Türkei, daß diesem Treiben ein Ende bereitet werde. Das Schicksal der Inseln sei zwar Mächten überlassen; das schließe aber nicht aus, daß Griechenland und die Türkei unter sich eine Lösung vereinbaren, welche die Mächte sicher als fait accompli akzeptieren würden.

Auf meine Frage, ob die Türkei eventuell mit einer Neutralisierung der Inseln sich befreunden könnte, erwiderte Said Halim:

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

** Die Reden, Proklamationen und Heeresbefehle König Konstantins hatten seit der Entscheidung des Feldzuges gegen Bulgarien durchweg den Gedanken des größeren Griechenlands variiert. So hieß es in einem Armeebefehl kurz nach Abschluß des Bukarester Friedens: „Unser Werk ist nicht vollendet. Griechenland muß stark, sehr stark werden. Ich werde ohne Unterlaß auf dieses Ziel hinarbeiten."

„Es kommt darauf an, was man unter Neutralisierung versteht. Ein Regime wie das in Samos kann natürlich nicht in Betracht kommen, da dann die Mächte mitsprechen würden, die immer gegen uns sind. Das Äußerste, was wir zugeben könnten, wäre eine Autonomie unter der Souveränität des Sultans, aber mit griechischer Verwaltung ohne Kontrolle der Mächte. Wenn Deutschland die Inselfrage in diesem oder ähnlichem Sinne als Vermittler lösen könnte, so würden wir dafür dankbar sein und uns dann auch gern zu einer Allianz mit Griechenland verstehen. Wird eine solche Lösung nicht gefunden oder sprechen die Mächte die Inseln Griechenland zu, so muß unsere Politik darauf gerichtet sein, die Griechen wieder von den Inseln zu vertreiben [2]. Das zwingt uns geradezu, uns mit Bulgarien zu verbinden. Gewinnt Bulgarien den Revanchekrieg [3], so werden wir nicht nur das westliche Thrazien, sondern auch die Inseln wieder bekommen. Aus den bisherigen Verhandlungen mit den Bulgaren ergibt sich deutlich, daß dieselben ihrem Revancheplan und dem Bündnis mit uns fast das gesamte von uns besetzte Territorium zum Opfer bringen wollen. Sie werden sich vielleicht sogar mit unserer Neutralität begnügen. Die Entscheidung bei der Wahl zwischen Bulgarien und Griechenland kann ich nicht von meiner persönlichen Sympathie für Deutschland, sondern nur von dem Wert der beiderseitigen Angebote [abhängig] machen [4]. Daß zwischen uns und Italien Verhandlungen stattfinden, ist richtig. Sie beziehen sich aber nicht auf die von Griechen besetzten Inseln."

Herr Natschewitsch hat heute Markgraf Pallavicini gesagt, daß die Einigung zwischen den Unterhändlern spätestens bis nächsten Montag erzielt sein werde*. Bulgarien werde wohl Sufli behalten, vielleicht auch Dimotiko. Mit dem Abschluß eines formellen Bündnisses, das sicher kommen werde, müsse man noch einige Zeit warten. Der neue Krieg werde sehr bald ausbrechen und zunächst mit den Bandenbewegungen einsetzen [2]. Markgraf Pallavicini verhehlte nicht seine Freude über den bevorstehenden Ausgleich, der schließlich doch noch dem Grafen Berchtold Recht gebe. Auch in Wien sei man über die Wendung, welche die Dinge nähmen, sehr befriedigt. Gegen ein griechisch-türkisches Bündnis äußert Markgraf Pallavicini dieselben Bedenken wie der Großwesir.

W a n g e n h e i m

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift des Schriftstückes:

[1] Au, au! armer Grey
[2] !
[3] ?!!
[4] Handel!

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

Nr. 13 847

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 341 Athen, den 7. September 1913
[pr. 12. September]

Die griechisch-türkischen Verhandlungen sind jetzt so weit zum Abschluß gebracht worden, daß der zweite türkische Unterhändler Reschid Bey heute mit dem griechischen Vertragsobjekt nach Konstantinopel reisen konnte, um dieses der Pforte vorzulegen.

Über die meisten Streitpunkte ist eine Einigung erfolgt, und es sind jetzt nur noch zwei Fragen übrig geblieben, deren Lösung noch einige Schwierigkeiten bereiten wird. Die eine ist die Frage der Vakoufs, über deren Ausdehnung noch Meinungsverschiedenheit herrscht, doch hofft man auf beiden Seiten, diese Frage bald erledigen zu können.

Schwieriger dürfte sich die Erledigung der Nationalitätenfrage gestalten. Von griechischer Seite wird das Verlangen gestellt, daß diejenigen Bewohner der eroberten Gebiete, die für die türkische Staatsangehörigkeit optieren, ihren Wohnsitz in der Türkei nehmen. Auf türkischer Seite ist man bereit, diesem Verlangen zu entsprechen, falls umgekehrt die für Griechenland optierenden Angehörigen der eroberten Gebiete, die ihren Wohnsitz in anderen Provinzen der Türkei haben, nunmehr ihren Wohnsitz in Griechenland nehmen. Man will dadurch verhindern, daß eine Reihe von Angehörigen der eroberten Provinzen, die bisher als türkische Untertanen in anderen Teilen des Reiches — hauptsächlich wohl in Konstantinopel — lebten, durch Erwerbung der griechischen Staatsangehörigkeit auch gleichzeitig die Vorteile der Kapitulationen erwerben und dadurch besser als ihre für die Türkei optierenden Stammesgenossen gestellt werden. Die griechische Regierung erklärt einstweilen, daß ihr die Annahme dieser Bedingung unmöglich sei.

Wenn auch dieser Gegensatz nicht unüberbrückbar ist, so wird er doch voraussichtlich den endgültigen Abschluß der Verhandlungen noch einige Zeit hinziehen.

Ich habe auftragsgemäß dem Minister des Äußeren vertrauliche Mitteilung gemacht über die Befürchtung, die der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel betreffs einer eventuellen, gegen Griechenland gerichteten Entente Bulgariens und der Türkei hegt*. Die Mitteilung dürfte nicht ohne Einwirkung auf den schnelleren Gang der Verhandlungen geblieben sein, doch zweifle ich trotzdem, daß man

---

* Vgl. Nr. 13 836.

hier geneigt sein würde, Opfer zu bringen, um sich der türkischen Freundschaft zu versichern. Die Verhandlungen ließen von Anfang an den großen Zug vermissen und stellten sich mehr als ein nach orientalischem System durchgeführter Handel dar.

Inzwischen sucht man auf die Türkei durch die Presse zu wirken. So bringt die „Patris“ in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel, betitelt „Das wahre Interesse der Türkei“ und führt darin aus: „Ein Zusammengehen der Türkei und Bulgariens werden sicherlich die übrigen christlichen Staaten nicht ruhig mitansehen, und glücklicherweise ist ihr Bund stark genug, um jede Gefahr von seiten der Türkei und Bulgariens zu verhüten. Wenn auch die Türkei ein vorläufiges Interesse daran hat, durch Verständigung mit Bulgarien einen größeren Bezirk von Thrazien zu behaupten, so vergißt sie doch, daß sie mit einem dolosen und hinterlistigen Staate zu tun hat, und schätzt andererseits die Bedeutung des Hellenismus nicht genügend ein. Das Griechentum hat von jeher auf die Türkei geblickt als auf einen Faktor des Gleichgewichts, der Ruhe und des Friedens für die Millionen von Griechen im türkischen Reiche, deren Schicksal Griechenland niemals gleichgültig sein kann. Wenn also die Türkei so wahnwitzig ist, die Macht des Griechentums zu übersehen, so werden wir nicht falsch prophezeien, wenn wir behaupten, daß ihr Verschwinden nicht bloß aus Europa, sondern auch aus Asien nicht lange auf sich warten lassen wird, und zwar von einer Seite her, von der wir nicht wollten, daß es erfolge. Die türkischen Staatsmänner mögen es sich daher gut überlegen, daß die Feindschaft des griechischen Elements, welches stets das Wohl der Türkei im Auge gehabt hat und einen der Grundpfeiler des osmanischen Reiches bildet, der Türkei teuer zu stehen kommen wird; vielleicht werden sie sich dann nicht auf eine abenteuerliche Politik mit dem hinterlistigen und barbarischen Balkanstaat einlassen.“

R. Bassewitz

Nr. 13 848

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 186 — Rom, den 10. September 1913

Geheim

Als ich Marquis di San Giuliano die erstaunliche Mitteilung von Geheimverhandlungen vorlas, die Italien zum Schaden Griechenlands und der Dreibundinteressen in Konstantinopel führen soll, blieb der Minister ruhig und sagte mehrmals: „Ce n’est pas vrai, je vous assure que ce n’est pas vrai.“ Allerdings durfte man von der kühlen Skepsis

des Ministers weder ein beleidigtes Aufbrausen noch eine warme Dankesäußerung für die ihm bei dieser Gelegenheit wieder von Euerer Exzellenz bewiesene Loyalität erwarten. Ich glaube mich aber in der Annahme nicht zu täuschen, daß die von mir gemeldete Antwort des Ministers in politischer und territorialer Beziehung der Wahrheit entspricht.

Ein leichtes Zögern wurde mir bemerkbar bei dem Passus, der sich auf die Anstrebung wirtschaftlicher Konzessionen durch Italien bezieht. Und hier möchte ich es nicht nur [als] möglich, sondern als sehr wahrscheinlich bezeichnen, daß Italien sich wie alle anderen Mächte in Konstantinopel bemüht, die Betätigung seines Handels und seiner Industrie in der europäischen Türkei und wohl auch in dem Rhodos naheliegenden kleinasiatischen Küstengebiet zu fördern*. Für diese Forderung dürften der schlaue Genueser Garroni und die anderen italienischen Agenten rastlos in Konstantinopel tätig sein.

Es besteht nun allerdings die Möglichkeit, daß Marquis di San Giuliano zwar die Wahrheit gesagt habe, daß aber Garroni oder die unverantwortlichen Agenten auf Giolittis Geheiß, dem vor den Wahlen ein den Wählermassen in die Augen springender Erfolg in der auswärtigen Politik sehr erwünscht wäre, den Inselschacher über die von Griechenland besetzten Inseln und den Dodekanes entriert hätten. Auch daran kann ich aber nicht recht glauben. Giolitti pflegt ja wohl sonst oft als deus ex machina in der italienischen auswärtigen Politik aufzutauchen und den Ausschlag zu geben. Es erscheint mir aber sehr zweifelhaft, ob Giolitti eine so gefährliche und unübersehbare Folgen nach sich ziehende Geheimaktion in Konstantinopel ohne San Giulianos Mitwissen betreiben würde, besonders nachdem wir den Versuchen der italienischen Geheimagenten in Konstantinopel schon einmal auf die Schliche gekommen sind und in Rom deutlich unsere Meinung gesagt haben.

Zusammenfassend erlaube ich mir zu bemerken, daß Italien es zweifellos darauf anlegt, von seinen wieder normal gewordenen Beziehungen zu der Türkei möglichst viel zu profitieren, und daß es sich eventuell ein Plätzchen in Kleinasien sichern möchte. Eine solche Vabanquepolitik, wie es derartige geheime Verhandlungen mit der Türkei sein würden, würde denn doch aber gar zu kurzsichtig sein. Italien hat momentan Schwierigkeiten und malentendus verschiedener Art mit Griechenland, Frankreich, Österreich, Serbien und der Schweiz. Sollte es da riskieren, unsere erprobte und loyale Freundschaft auf das Spiel zu setzen? An unserer Seite könnte es bei einer etwaigen Liquidation Kleinasiens vielleicht etwas erhaschen, während es ohne unsere Unterstützung ganz sicher leer ausgehen würde.

v. Hindenburg

---

* Näheres darüber in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.

Nr. 13 849

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 290 Athen, den 12. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 145*.

Habe Herrn Veniselos weisungsgemäß Mitteilung von Konstantinopeler Unterredung gemacht.

Veniselos möchte, ehe er der Bündnisfrage näher tritt, noch genauere Erklärungen darüber haben, was türkische Regierung unter „Souveränität des Sultans“ sowie namentlich unter „griechischer Verwaltung“ auf den Inseln versteht. Er meinte, wenn man nur den Verzicht Griechenlands auf Flottenstützpunkte oder ähnliche militärische Vorteile auf den Inseln fordere, so schiene ihm dies akzeptabel. Ich habe Eindruck, daß Veniselos auch gegen eine Souveränität des Sultans nichts einzuwenden haben wird.

Bassewitz

Nr. 13 850

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1171 Berlin, den 13. September 1913
Vertraulich

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet unter dem 12. d. Mts.**

„Italienischer Botschafter sagte mir bei Abschiedsbesuch, seine Regierung sei informiert, daß in Berlin Nachrichten vorlägen, wonach hier zwischen Italien und der Türkei wegen der Inseln verhandelt würde. Er könne mir die allerbestimmteste Erklärung abgeben, daß derartige Verhandlungen nicht stattfänden. Wegen Dodekanes und Rhodos habe stets trotz der Erklärungen Marquis Imperialis eine feste Verpflichtung Italiens gegenüber der Türkei bestanden. Die Mächte könnten wegen dieser Inseln keine Entscheidung treffen, die den Interessen Italiens und der Türkei widerspreche. Was die Inseln an der kleinasiatischen Küste betreffe, so sei der Wunsch Italiens, diese der Türkei zu belassen, bisher nur an dem Widerstand einer be-

---

* Durch Telegramm Nr. 145 vom 10. September war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 521 (siehe Nr. 13 846) nach Athen mitgeteilt worden.

** Telegramm Nr. 525.

freundeten Macht gescheitert. Auf meinen Einwurf, daß es doch gerade Italien war, welches die Griechen durch Überlassung der gedachten Inseln zu Konzessionen in der albanischen Grenzfrage habe bewegen wollen, entgegnete Garroni, daß sich die Situation entschieden geändert habe. Jedenfalls trete er energisch für Verbleiben der Hauptinseln bei der Türkei ein, weil letztere sonst bestimmt sich in eine abenteuerliche Politik zum Zweck der Wiedereroberung der Inseln, ohne welche Kleinasien nicht bestehen könne, einlassen würde, während eine türkisch-griechische Entente der Türkei die für die Reformen nötige Ruhe bringen und einem neuen Balkankrieg vorbeugen werde. Das letzte Wort in der Inselfrage sei noch nicht gesprochen.

Ich sagte schließlich meinem Kollegen, daß ich selbstverständlich in seine Versicherungen nicht den geringsten Zweifel setze. Andererseits lauteten die Informationen über geheime Besprechungen zwischen ihm und dem Großwesir so bestimmt, daß ich mit der Tatsache solcher Pourparlers hätte rechnen müssen. Garroni erwiderte, die Gerüchte kämen wohl daher, daß die Pforte an ihn die vertrauliche Anfrage gerichtet habe, ob Italien der Türkei einige Schlachtschiffe überlassen könne. Er habe entgegnet, daß allerdings einige Schlachtschiffe, wenn auch keine Dreadnoughts zu verkaufen seien. Er werde von Rom aus näheren Bescheid geben.“

Die Gerüchte, welche die italienisch-türkischen Verhandlungen mit den Inseln in Zusammenhang bringen wollten, dürften sich so erklären, daß die Türkei den Ankauf der Schiffe mit der unverkennbaren Absicht, die Inseln von den Griechen zurückzuerobern, vornehmen will. Uns würde eine gütliche Einigung zwischen Türkei und Griechenland über die von Griechen okkupierten Inseln, zu welcher wir seit langem in Athen und Konstantinopel raten, im Interesse des Friedens wünschenswert erscheinen.

Jagow

Nr. 13 851

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 527 Therapia, den 13. September 1913
Ganz geheim

Bin heute nochmals ausdrücklichst für baldige türkisch-griechische Annäherung bei Großwesir eingetreten. Letzterer erwiderte, er wolle ganz offen sprechen.

In der Türkei lebten heute nur noch wenige Bulgaren, dagegen Hunderttausende von griechischen Staatsangehörigen, deren Zahl noch

dadurch vermehrt werden solle, daß Griechenland für die aus den eroberten Ländern nach der Türkei verzogenen ottomanischen Hellenen die übrigens unerfüllbare Forderung stelle, daß diese Leute für die griechische Staatsangehörigkeit optieren dürften, um damit unter das Regime der Kapitulationen zu fallen. Griechenland wolle seine politischen Machtmittel in der Türkei vermehren, um dieselben zu dem gegebenen Zeitpunkt für panhellenische Zwecke einzusetzen. Beim türkischen Volke sei das Mißtrauen und der Haß gegen die Hellenen nach den chauvinistischen Äußerungen des Königs [1] und namentlich wegen der griechischen Intransigenz in der Inselfrage noch gestiegen. Leider wende sich dieses Mißtrauen auch gegen Deutschland, das trotz aller türkischen Bitten die Hauptinseln den Griechen zusprechen wolle. Er habe in dieser Beziehung gegenüber seinen Parteigenossen einen schweren Stand. Immer wieder werde ihm vorgehalten, daß hauptsächlich die deutsche Bevorzugung Griechenlands das griechische Selbstgefühl ins Maßlose gesteigert [2] und jede vernünftige Verständigung unmöglich gemacht habe. Gerade die deutsch-griechische Freundschaft sei es auch, welche ein türkisches Bündnis mit den Griechen erschwere. Man befürchte, daß Deutschland nur deshalb Griechenland begünstigt, um gemeinsam mit Griechenland die kleinasiatische Frage zu lösen [3]. Tief verstimmt habe die Auszeichnung der Griechen noch vor Abschluß des Friedens *. Es liege auch nach seiner Meinung eine offenbare Parteinahme Deutschlands gegen die Türkei vor [4]. Bei dieser Disposition Deutschlands sei es ohne weiteres klar, daß, wenn eine türkisch-griechische Allianz ohne besondere Kautelen unter der Ägide Deutschlands geschlossen werde, die Griechen bei den zahllosen Friktionen, die in den nächsten Jahren in der Türkei zwischen Griechen und Türken entstehen müßten, von dem befreundeten Deutschland verlangen würden, daß es für ihren Standpunkt bei der Pforte eintrete. Korfu und die verwandtschaftlichen Beziehungen würden immer bis zu einem gewissen Grade die deutsche Politik beeinflussen. Versage sich Deutschland den griechischen Zumutungen, so werde es mit der Freundschaft für Deutschland in Athen bald zu Ende gehen. Ein griechischer König und eine Regierung, die es nicht verständen, aus der deutschen Freundschaft für panhellenische Zwecke Kapital zu schlagen, würden bald unpopulär werden und mit ihnen Deutschland selbst [5]. Ein plötzliches Abschwenken zu Frankreich liege durchaus im Bereich der Möglichkeit [6]. (In diesem Punkte gebe ich dem Großwesir vollkommen Recht!) Mache sich dagegen Deutschland hier zum Anwalt Griechenlands, so werde es mit der deutschen Stellung in der Türkei bald vorbei sein. Aus alledem schließe er, daß eine Allianz mit Griechenland überhaupt nur denkbar sei, wenn

---

* Gemeint ist die am 8. August kurz vor Abschluß des Bukarester Friedens erfolgte Verleihung der Feldmarschallswürde an König Konstantin.

vorher zwischen beiden Ländern in allen Fragen tabula rasa gemacht sei, und wenn ein sicherer Wall gegen den Einbruch der hellenischen Propaganda in Kleinasien errichtet würde[7]. Wenn Deutschland dies gelinge, so sei die Bahn offen für jede gemeinsame Kombination. Er gebe mir ohne weiteres zu, daß eine Allianz mit Bulgarien die Türkei ins Ungewisse führe. Niemand wisse, ob Bulgarien später zu Rußland oder zu Österreich halte[8]. Er denke auch nicht daran, sich durch Bulgariens Lockungen zu irgendeinem festen politischen Engagement verleiten zu lassen. Er werde, bevor er sich entscheide, die weitere Entwickelung der Dinge, namentlich der Inselfrage, abwarten.

Ich bin den Ausführungen Said Halims selbstverständlich in allen Punkten mit den geeigneten Argumenten entgegengetreten. Schließlich hatte ich aber doch den Eindruck, daß eine Angliederung der Türkei an das dem Dreibund angeschlossene Griechenland nur dann erreichbar ist, wenn zunächst zwischen Griechenland und der Türkei vollkommen reiner Tisch, und zwar durch uns[9] gemacht wird. Diese Aufgabe wäre um so undankbarer, als wir den Türken nicht griechische Konzessionen bringen können. Etwas anderes wäre es, wenn wir ihnen die Hauptinseln retten könnten, was ja ausgeschlossen scheint. Ganz persönlich bin ich der Ansicht, daß wir die Griechen, besonders mit Bezug auf ihre Verläßlichkeit, überschätzen und die Türken unterschätzen[10]. Die jetzigen türkischen Machthaber zeigen eine nicht vorhergesehene Zähigkeit und Entschlossenheit, an der sich die Mächte noch die Zähne ausbeißen werden. 1907—08 war unsere Politik, den Griechen nur dann die Hand zu reichen, wenn vorher die Kretafrage gelöst sei. Heut liegt es in unserem Interesse, nicht eher mit Griechenland abzuschließen, als die Inselfrage gelöst ist. Wird diese gegen die Türkei entschieden[11], so haben wir das bulgarisch-türkische Bündnis und die Fortdauer eines latenten Kriegszustandes zwischen Hellenen und Türken. Das brächte uns hier in eine schiefe Situation.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer etwas modifizierten Abschrift der Entzifferung:

[1] ?

[2] Blech

[3] Falsch! wir haben uns stets energisch gegen jedes Anschneiden der Kleinasiat[ischen] Frage allen Großmächten gegenüber eingesetzt

[4] das kommt nicht von ihm sondern Paris od[er] Petersburg

[5] !

[6] ist gar nicht nöthig! Da ja wie bekannt französ[ische] Sympathien sehr lebhaft vorhanden sind

[7] Quatsch! gegen Propaganda ist kein Wall möglich! Siehe Österreich mit Slaven und wir mit Polen! Geht mich nichts an!!

[8] „in diesem Punkte gebe ich dem Großvezir recht" voraussichtlich zu keinem von Beiden!

[9] Unsinn! Müßen die beiden allein machen!

[10] er irrt sich total fällt Niemand ein!
[11] Dazu können wir nichts machen.
Das kann so wie so doch entstehen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Herr Großvezir treibt Chantage!
Ich falle auf diese aufgezäumten Reden nicht hinein!
Die Ausführungen des Großvezirs machen den Eindruck von zum Theil von Außen her eingeblasenen Ansichten

Nr. 13 852

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 318 Berlin, den 15. September 1913

Auf Telegramm Nr. 527*.

Während Londoner Verhandlungen haben wir Versuch gemacht, zwei größten Inseln für Türkei zu retten, damit aber bei keiner Macht Anklang gefunden. Wir versuchen jetzt, Griechenland zur Annahme eines Regimes für Inseln zu bewegen, welches für Türkei akzeptabel (siehe Telegramm Nr. 315)**. Letztere muß freilich auch ihrerseits entgegenkommen, damit Verständigung geschaffen wird, welche latenten Kriegszustand im Orient beendet und Agitation des Panhellenismus, die sich gewaltsam doch nicht ausrotten läßt, Schranken setzt.

Insinuation des Großwesirs offner Parteinahme gegen Türkei widerspricht allen Tatsachen (unsere Haltung in Kriegsentschädigungs-, Adrianopel- und selbst Inselfrage sowie unser entschiedenes Eintreten für Erhaltung asiatischer Türkei).

Äußerungen des Großwesirs bezwecken offenbar, Druck auf uns auszuüben, und Türkei scheint kurzsichtig Schaukelspiel fortsetzen zu wollen, das ihr bisher nur nachträglich gewesen ist.

Jagow

Nr. 13 853

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 537 Therapia, den 16. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 318***.

Unsere allgemein türkenfreundliche Haltung findet beim Groß-

---

* Siehe Nr. 13 851.
** Durch Telegramm Nr. 315 vom 13. September war das Athener Telegramm Nr. 290 — siehe Nr. 13 849 — nach Konstantinopel mitgeteilt worden.
*** Siehe Nr. 13 852.

wesir volle Anerkennung. Er hält uns nur in der Inselfrage für befangen. Hauptthetzer gegen uns ist gegenwärtig Osman Nisami Pascha.

Wangenheim

Nr. 13 854

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 321 Berlin, den 17. September 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 315*.

Finden direkte Verhandlungen über Inseln zwischen Pforte und Griechenland statt? Verneinendenfalls bitte Auskunft, was Großwesir unter Souveränität Sultans und griechischer Verwaltung versteht.

Jagow

Nr. 13 855

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 540 Therapia, den 18. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 321**.

Großwesir hatte schon am 13. September, als ich Telegramm Nr. 315*** verwertete, mir eine schriftliche Zusammenstellung aller Forderungen, von denen die Türkei den definitiven Friedensschluß und ein Bündnis mit Griechenland abhängig machen müsse, in Aussicht gestellt. Gestern erneuerte Großwesir diese Zusage mit dem Bemerken, daß er für seine Aufzeichnung noch eines früheren Memoires Mahmud Schewket Paschas bedürfe, nach welchem gesucht werde. In einem bis zwei Tagen hoffe er, mir seine Vorschläge überreichen zu können.

Direkte Verhandlungen wegen Inseln finden hier nicht statt.

Gestern äußerte mir gegenüber griechischer Vertreter, man könne der Türkei vielleicht das ägyptische Regime anbieten, eventuell auch

---

* Vgl. Nr. 13 852, Fußnote **.
** Siehe Nr. 13 854.
*** Vgl. Nr. 13 852, Fußnote **.

ohne griechisches Besatzungsrecht. Als ich Said Halim später darüber sprach, schien ihm der Gedanke nicht unsympathisch zu sein.

Wangenheim

Nr. 13 856

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Athen, den 22. September 1913

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sprach sehr besorgt über Verschleppung der griechisch-türkischen Verhandlungen durch Pforte. Reschid, der morgen mit Konterprojekt abreisen sollte, bleibe noch unbestimmte Zeit in Konstantinopel. Pforte angebe als Vorwand, daß man ihn zur Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten dort brauche. Öffentliche Meinung hier beginnt sich über Verzögerung des Friedensabschlusses und über gleichzeitige türkische Truppenkonzentration in Thrazien sehr zu beunruhigen*.

Minister bittet dringend, bei Pforte darauf hinzuwirken, daß Reschid unverzüglich Konterprojekt überbringt, und daß nicht noch einmal ganzes Projekt zur Diskussion gestellt wird, wie dies Pforte beabsichtigen soll. Mit Ausnahme der bewußten strittigen Punkte sei ja schon volles Einverständnis mit den türkischen Delegierten erzielt. Minister hat Ghalib gesagt, daß er griechische Regierung in den noch strittigen Fragen nach Möglichkeit konziliant finden werde**.

Bassewitz

Nr. 13 857

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 19. September 1913
[pr. 23. September]

Schon während des ersten Balkankrieges hat sich durch meine Berichterstattung als roter Faden der Gedanke gezogen, daß der

---

* Ähnlich äußerte sich Veniselos am 22. September gegenüber dem französischen Geschäftsträger du Halgouet, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 47.

** Das obige Telegramm wurde durch Telegramm Nr. 324 vom 23. September nach Konstantinopel mitgeteilt.

Verlust Mazedoniens schließlich eine Stärkung der asiatischen Türkei, der Verlust der Inseln an Griechenland eine Schwächung derselben bedeuten würde. Auch heute bin ich noch der Meinung, daß, wenn die Mächte den Hellenen über die Inseln eine Brücke nach Kleinasien bauen, sich längs der kleinasiatischen Küste bald ein neues Mazedonien entwickeln wird, ein Krebsgeschwür, an welchem die Türkei schließlich zugrunde gehen muß. Unser in London unternommener Versuch, die Inseln für die Türkei zu retten, ist wohl hauptsächlich an der englischen These gescheitert, daß die Inseln im griechischen Besitze der Begehrlichkeit der Großmächte entzogen bleiben würden. Dieser Satz würde dann richtig sein, wenn England damit gleichzeitig hätte bekunden wollen, daß es auch in Kleinasien niemals die Festsetzung einer europäischen Großmacht dulden würde. Denn eine französische Flottenstation in Beirut, eine deutsche in Alexandretta sind für die englische Mittelmeerstellung sicher bedenklicher, als die militärisch meistens ganz unverwertbaren Inseln im Besitze von Großmächten. Außerdem würde keine Macht, die sich an der kleinasiatischen Küste festsetzen würde, jemals dulden, daß die ihrem Besitze vorgelagerten Inseln griechisch blieben. So etwas kann man nur der Türkei zumuten. Frankreich hat sich als Griechenfreund selbstverständlich der englischen Auffassung angeschlossen, und auch Rußland ist für dieselbe eingetreten — aus speziell russischen Gründen. Rußland weiß genau, daß die Vergrößerung der Reibungsfläche zwischen Hellenentum und Türkei seine eigenen destruktiven Ziele fördert. Italien und Österreich hatten, als der Meinungsaustausch in London über die Inseln erfolgte, an wichtigeres zu denken und wollten an ihrem Widerstande in dieser sekundären Frage nicht ihre albanischen Wünsche scheitern lassen. So waren wir schließlich isoliert und haben sicherlich richtig gehandelt, uns wegen der Inselfrage nicht von den Mächten zu trennen. Die Türken verstehen, daß unserm Eintreten für sie durch die Rücksicht auf den Zusammenhalt der Mächte bestimmte Grenzen gezogen waren, und daß schließlich nur die sogenannte Einigkeit der Mächte ihnen die Wiedereroberung Adrianopels ermöglicht hat. Nichtsdestoweniger bleibt die Wiedereroberung der Inseln oder wenigsten die Schaffung eines Zustandes, welcher die Ausübung einer tatsächlichen griechischen Herrschaft über die Inseln ausschließt, das hauptsächlichste Ziel ihrer Politik. Schon Mahmud Schewket war der Meinung, daß die Türkei eher Konstantinopel als die Inseln verschmerzen, und daß das türkische Volk die Blutegel an seinem asiatischen Körper nicht ertragen könne. Den Erfolg in der Adrianopeler Frage betrachtet die Türkei daher nur als eine Vorbereitung ihrer Rehabilitierung, die sie erst nach einer ihr günstigen Lösung der Inselfrage als eine vollständige ansehen würde. Die Tatsache, daß die Mächte sich schon für die Überlassung der Inseln an Griechenland engagiert haben,

kümmert sie wenig. Sie sehen, daß sie in der Adrianopeler Frage mit ihrem zähen Widerstand sogar gegen einen formellen Beschluß der Mächte aufgekommen sind, und glauben daher, daß es ihnen noch leichter sein würde, ihren Standpunkt bezüglich der Inseln innerhalb einer nicht völlig und formell geklärten Situation durchzusetzen. Von hier aus ist nicht zu beurteilen, ob die Mächte bei der Wiedervereinigung der Botschafterkonferenz ihr früheres Votum formell bestätigen lassen werden. Nach der Sprache Marquis Garronis und Markgraf Pallavicinis möchte ich es bezweifeln. Beide Herren betonen, daß die Situation sich inzwischen vollkommen geändert habe. Österreich sowohl wie Italien fangen an, der Türkei stark den Hof zu machen und sind zweifellos wenig griechenfreundlich. Die Möglichkeit, daß den Griechen in London die Flügel stark beschnitten werden, liegt jedenfalls vor. Gegen einen formellen Beschluß der Mächte würde die Türkei selbstverständlich vorläufig nichts unternehmen. Sie würde aber dann die in der Türkei lebenden Griechen und namentlich das Patriarchat in einer derartigen Weise behandeln und die beginnende griechische Propaganda in Kleinasien mit solchen Mitteln bekämpfen, daß Griechenland sehr bald wieder zum Schwerte greifen müßte. Inzwischen würde man sich hier auf den neuen Krieg vorbereiten, die Flotte komplettieren, vor allem aber sich mit Bulgarien verbinden, das ähnliche Revanchegedanken hegt. Für das türkisch-bulgarische Bündnis arbeitet Österreich mit Hochdruck. Trotzdem glaube ich nicht, daß schon jetzt beim Friedensschluß ein Bündnis verabredet wird. Die Türken sind zu klug, nicht die Gefahren zu sehen, die ihnen aus einem neuen militärischen Auftreten am Balkan vor Beendigung ihrer militärischen Reorganisation erwachsen würden. Jeder vernünftige Türke sieht ein, daß die Türkei längerer Ruhe bedarf, um sich regenerieren zu können, und daß nur eine Verständigung mit Griechenland der Türkei die Perspektive auf eine längere Friedensparole eröffnet. Man möchte daher lieber mit Griechenland als mit Bulgarien abschließen. Auf der anderen Seite herrscht aber bei allen maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten die feste Überzeugung, daß Griechenland nicht das Maß der Konzessionen erfüllen wird, welches die Pforte als die mögliche Basis einer Verständigung ansieht. Das Mißtrauen gegen Griechenland ist enorm. Veranlaßt ist es einmal durch die Durchsichtigkeit der griechischen Friedensbedingungen, welche alle die Tendenz erkennen lassen, die Aktions- und Agitationsmittel des Hellenentums in der Türkei zu stärken. Vermehrt wird es durch die geradezu widerliche Selbstüberhebung, mit der die hiesigen Griechen sich über ihre Erfolge und ihre Zukunftsaussichten äußern. Schließlich sind die Türken auch durch die von unserer Seite erfolgte Auszeichnung* der Griechen stutzig geworden. Sie glauben

---

* Vgl. Nr. 13 851, Fußnote *.

an eine bevorstehende festere Bindung zwischen uns und den Griechen und befürchten, daß Deutschland dann der natürliche Vermittler zwischen der Türkei und Griechenland bei späteren nicht zu vermeidenden Zwischenfällen sein und dadurch in Lagen versetzt werden würde, welche die festeste Stütze der türkischen Politik, das gute Verhältnis zu Deutschland, ins Wanken bringen könnte. Bei einer fortdauernder Spannung mit Griechenland rechnen sie wenigstens auf die Neutralität Deutschlands. Auf meine Fragen an den Großwesir, ob er denn ernstlich glaube, daß jemals eine deutsche Regierung sich zum Anwalt von Bestrebungen, die auf die Auflösung der Türkei gerichtet seien, machen würde, erwiderte er mir: „Herr von Jagow und Sie nicht. Aber wer garantiert uns für die Zukunft bei der Vorliebe, welche Ihr Kaiser nun einmal für die Griechen hat?"

Ob die Türkei schließlich für Bulgarien oder Griechenland sich entscheidet, wird nicht von den Anstrengungen abhängen, die Markgraf Pallavicini und ich hier gegeneinander entfalten, sondern ausschließlich von Griechenland. Ich fürchte, daß die Griechen in ihrer maßlosen Selbstüberschätzung sich für stark genug halten, in dem unvermeidlichen Revanchekrieg ihre Neueroberungen selbst gegen eine unter österreichischem Schutze stehende türkisch-bulgarische Allianz verteidigen zu können. Sind sie einigermaßen vernünftig, so müssen sie einsehen, daß sie durch Nachgeben in der Inselfrage sich mindestens die Neutralität der Türkei erkaufen würden, die genügend wäre, um Bulgarien für eine lange Reihe von Jahren lahmzulegen.

In den nächsten Tagen wird mir der Großwesir seine Bedingungen für eine Allianz mit Griechenland mitteilen. Er wird wahrscheinlich viel fordern. Aber im Orient endet bekanntlich alles mit einem Bazarlik pp.*

Wangenheim

Nr. 13 858

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 552 Therapia, den 23. September 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 540**.

Großwesir hat seine Zusage soeben dadurch erfüllt, daß er mir ohne weitere Erläuterung nachstehendes Schriftstück zugehen ließ:

„La question des îles occupées par la Grèce pourrait être solutionnée de deux manières comme suit:

---

* Der Schluß des Briefes betrifft finanzielle Fragen und Ordensangelegenheiten.
** Siehe Nr. 13 855.

1. Les quelques îles qui se trouvent à la proximité de la côte d'Anatolie seraient purement et simplement rétrocédées à la Turquie.

2. Toutes les îles occupées par la Grèce seraient réunies en une administration autonome sous la souveraineté ottomane.

Néanmoins la première solution serait préférable au point de vue des intérêts et des relations futures des deux pays en cause."

Ich schließe hieraus erneut, daß Türkei keinen Wert darauf legt, schwebende Verhandlungen wegen Friedensschlusses besonders zu beschleunigen und Abschluß derselben sowie eines Bündnisses von Erledigung Inselfrage abhängig macht.

Ich habe den Eindruck, daß die Türkei zunächst Gegenvorschläge von griechischer Seite erwartet.

Wangenheim

Nr. 13 859

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 303 Athen, den 26. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 154 *.

Herr Veniselos erklärt, er werde sich keinesfalls auf eine Verquickung der Inselfrage mit den schwebenden griechisch-türkischen Verhandlungen einlassen. Falls Reschid Bey diesbezügliche Vorschläge überbringe, werde er unter Hinweis darauf, daß die Erledigung der Inselfrage den Mächten überlassen sei, diese von Anfang an aus der Diskussion ausscheiden. Er hält die Inselfrage im übrigen bereits durch Botschafterkonferenz in einem für Griechenland günstigen Sinne entschieden und betont, die Türkei müsse wissen, daß sie die Inseln nur durch einen für Griechenland unglücklichen Krieg wiedererhalten könne. Daher seien auch die in dem Schriftstück des Großwesirs ** angegebenen Lösungen unannehmbar. Die Lage hält auch Herr Veniselos für ernst. Er habe deswegen dem König telegraphisch anheimgestellt, seine Rückkehr *** zu beschleunigen, um eventuell bei der Armee in Mazedonien den Ereignissen die Stirn zu bieten. Der augenblicklichen Unentschiedenheit müsse schon der finanziellen Erschöpfung Griechenlands wegen ein Ende bereitet werden.

---

* Durch Telegramm Nr. 154 vom 24. September war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 552 — siehe Nr. 13 858 — nach Athen mitgeteilt worden.

** Vgl. Nr. 13 858.

*** König Konstantin hatte nach dem Besuch in Berlin auch in Paris und London Antrittsbesuche gemacht; um den 26. September weilte er an letzterem Orte. Vgl. Nr. 13 869.

Für den Ausgang eines Krieges hat Herr Veniselos keine Befürchtungen. Er zweifelt nicht, daß Serbien seinen Bundesgenossenpflichten nachkommen werde, und daß, wenn Bulgarien angreife, auch Rumänien losschlagen werde, da dies Verletzung des Bukarester Friedens bedeuten würde. Griechenland werde natürlich in einem neuen Kriege noch schärfer zur See mit Blockade usw. [1] gegen die Türkei vorgehen müssen. Herr Veniselos hofft, die Mächte würden dies einsehen.

Bassewitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Und Bulgarien?!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Na! Na! Man nicht so heftig!

Nr. 13 860

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 562 Therapia, den 26. September 1913

Khedive sprach mir gegenüber heute die Vermutung aus, daß die türkische Armee demnächst mit der bulgarischen Griechenland angreifen werde [1]. Da die Türkei doch nicht auf die Inseln verzichten werde und entschlossen sei, um dieselben einen neuen Krieg zu führen, so sei es für sie praktisch, die jetzt mobile Armee marschieren zu lassen [2], anstatt später abermals mobilisieren zu müssen.

Herr Weitz meldet, daß seine türkischen Vertrauensmänner ihm zu verstehen gegeben hätten, daß die albanische Bewegung von hier und Bulgarien zu dem Zweck geschürt werde, Serbien für den Fall des fest verabredeten türkisch-bulgarischen Vormarsches auf Kawala [3] festzuhalten.

Obigen Meldungen messe ich zunächst nur die Bedeutung eines weiteren türkischen Einwirkungsversuchs auf Griechenland zu. Die bisherige Mäßigung der Komiteeleitung und namentlich die schwebenden Anleiheverhandlungen sprechen gegen eine unmittelbar bevorstehende Überraschung. Andererseits steht fest, daß zwischen General Sawow und türkischen Offizieren geheime Besprechungen stattfanden, die mit den Friedensverhandlungen nicht im Zusammenhang stehen. Auch der rasche bulgarische Verzicht auf Kirk-Kilisse und namentlich Dimotiko ist auffallend. Ganz ausgeschlossen ist es daher nicht, daß zwischen den beiderseitigen militärischen Stellen irgendein Vorgehen dazu besprochen wird [4].

Wangenheim

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Abschrift an Botschaft London für I[hre] M[ajestät] die Königin v[on] Griechenl[and] falls S[eine] M[ajestät] schon fort sein sollte.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Die sind verrückt! Sie werden wegen des neuen Krieges alle Sympathien der Europäer verliren und Thrazien auch!

[2] daher die Anhäufungen der Truppen in Thrazien!

[3] aha!
Das haben die Türken den Bulgaren für Adrianopel versprochen und die schlauen Bulgaren lassen sich es von den Türken erobern!!!

[4] das ist sicher schon vollkommen in Ordnung!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Dann sehe ich die Situation als außerordentlich ernst an! Dann kann ja Paris der „große und heiße Freund" der Hellenen diesen mal eine eklatante Probe seiner Freundschaft geben und ihnen helfen!
In Sofia und Stambul scharf warnen vor neuen Überfällen im Frieden *!

Nr. 13 861

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 566 Therapia, den 27. September 1913

Großwesir sagte mir, Kaiserlicher Staatssekretär habe Mahmud Muchtar ** die türkische Politik gegenüber Griechenland als intransigent bezeichnet. Dieser Vorwurf sei nicht begründet; die Türkei bestehe nur darauf, daß Griechenland in der Frage der Nationalität und der Vakouf-Frage den türkischen Standpunkt akzeptiert, wie es auch Bulgarien getan habe. Er werde, sobald der Vertrag mit Bulgarien gezeichnet sei ***, Reschid mit einer Abschrift des Vertrags nach Athen schicken. Akzeptiert Griechenland die von Bulgarien der Türkei gemachten Konzessionen, so stände der Unterzeichnung des Friedens nichts im Wege. Ich bemerkte Said Halim, mir lägen anscheinend zuverlässige Nachrichten vor, wonach in gewissen militärischen Kreisen ein gemeinsamer türkisch-bulgarischer Vormarsch gegen Griechenland zu dem Zweck geplant werde, eine definitive Auseinandersetzung mit Griechenland auch bezüglich der Inseln herbeizuführen. Said Halim erwiderte, daß angesichts der Fortdauer Erregung im Balkan und der griechischen Intransigenz bezüglich Nationalität und Vakouf allerdings gewisse militärische Vorkehrungen getroffen werden müßten. Er könne mir aber auf das bestimmteste versichern, daß es sich dabei nicht um die Insel-

---

* Das Telegramm Freiherrn von Wangenheims wurde mittels Erlaß vom 27. September nach Wien und Rom mitgeteilt. Die vom Kaiser angeordnete Warnung in Sofia und Konstantinopel erfolgte durch Telegramme vom 28. September (Nr. 126 bzw. Nr. 331).

** Türkischer Botschafter in Berlin.

*** Der Abschluß des türkisch-bulgarischen Friedensvertrages erfolgte am 29. September. Vgl. dazu Kap. CCLXXVII, Nr. 13 825, Fußnote.

frage handle. Letztere sei und bleibe den Mächten überlassen; sie habe für die Türkei nur insofern Bedeutsamkeit, als sie ja nach dem schließlichen Votum der Mächte ihre zukünftige Politik einrichten müsse.

W a n g e n h e i m

Nr. 13 862

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 568 Therapia, den 27. September 1913

Markgraf Pallavicini besuchte mich soeben, sichtlich beeindruckt durch ein Gespräch, welches er heute mit dem Großwesir gehabt hatte. Said Halim hat ihm gesagt, das Schicksal Albaniens könne der Türkei nicht gleichgültig sein. Die Londoner Konferenz habe dort etwas nicht Lebensfähiges geschaffen. Die Bergbewohner seien von den Städten [1], auf welchen ihre wirtschaftliche Existenz beruhe, abgetrennt worden. Jetzt sei der Moment gekommen, den Serben diese Städte wieder abzunehmen. Die Pforte sei in der Lage, auf Essad Pascha einzuwirken [2].

Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Großwesir: „Nous avons confié le sort des îles aux Puissances [3]. Mais si on les donne aux Grecs, c'est la guerre [4].“

Als mein Kollege den Großwesir an die vor zehn Tagen von ihm in Aussicht gestellte Demobilisierung [5] erinnerte, antwortete Said Halim mit einer abwehrenden Handbewegung: „Pas si vite [6].“

Markgraf Pallavicinis Informationen stimmen mit den meinen dahin überein, daß seit einigen Tagen allnächtlich zahlreiche Züge mit nicht eingekleideten Mannschaften, Munition und Tragtieren nach Adrianopel abgehen. Mein impressionabler Kollege rechnet schon bestimmt mit dem baldigen Vormarsch gegen Griechenland. Mir scheint es, als ob es sich bis jetzt nur um Verstärkung des Druckes [7] auf Griechenland handle [8].

W a n g e n h e i m

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer etwas modifizierten Abschrift der Entzifferung:

Bukarest muß einspringen und die Kerls zurückhalten. Denn erneuter Angriff au[f] Griechenland ist B r u c h des eben anerkannten Bukarester Friedens!

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] habe ich ja auch stets gesagt

[2] i[d] e[st] zum Angriff zu veranlassen

[3] also mit dem Hintergedanken, daß w i r puissances ihnen das wiedergeben sollten, was sie selbst zu halten zu schwach waren!!!

[4] Donnerwetter das ist unerhört frech! Das ist ja eine direkte Drohung, und versuchte Beeinflussung des Urtheils der Mächte! Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen Eisige, scharfe, kalte Abfertigung nöthig

[5] wo haben die Kerls das Geld dazu her?!
[6] da hat Ferdinand schon vorgearbeitet
[7] Der zum Kriege führen soll!
[8] Ein Sieger läßt sich vom eben Besiegten nicht ungestraft „drücken". Das kann zu einer Explosion führen.

Nr. 13 863

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 569 Therapia, den 27. September 1913

Privat für Staatssekretär auf Privatbrief vom 19. d. Mts.*

Die Behauptung, daß ich Großwesir vor Griechenland gewarnt hätte, ist eine hämische Unterstellung. Ich versichere auf das allerbestimmteste, daß ich instruktionsgemäß fortdauernd bemüht bin, den Großwesir und die maßgebenden Komiteeleute von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Griechenland zu überzeugen. Dem griechischen Vertreter und den Personen, welche derselbe konsultiert, verhehlte ich allerdings nicht meine Ansicht, daß Griechenland gegenwärtig eine sehr gefährliche Politik treibt und sich deshalb auch in der Inselfrage konziliant erweisen sollte.

Wangenheim

Nr. 13 864

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 Berlin, den 29. September 1913

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert**:

„Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen verschiebt sich mehr und mehr von hier nach Adrianopel. Maßgebender Mann ist Izzet Pascha***. Er und ein Teil seiner Umgebung sind Albanesen. Mehrere einflußreiche Offiziere, die der Verständigung mit Griechenland geneigt sind, wurden von Adrianopel entfernt [1]. Der türkische Plan scheint dahin zu gehen, unter vorläufiger Ausschaltung der Inselfrage die Griechen zwingen zu wollen, den bulgarischen Friedensvertrag als Modell anzu-

* Nicht bei den Akten.
** Telegramm Nr. 572 vom 28. September.
*** Generalissimus der türkischen Armee.

nehmen[2]. Für den Fall einer griechischen Ablehnung dürften schärfere Maßnahmen ins Auge gefaßt sein[3].“

Athen wird fortlaufend vertraulich von hier informiert*.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Also Militairdictatur der Albanesen in der Türkei unter Mitwirkung der Landsleute in Albanien

2 das ist dann doch keine Friedensverhandlung mehr, sondern eine Provokation! für Athen!

3 d[as] h[eißt] Krieg, weil der Frieden, den sie zu schließen in London sich bereit erklärten, ihnen mit einem Male nicht paßt! Ein novum! Auf diese Weise kann man zu recht langen Rüstungs- und Spannungs- und Kampfperioden kommen! Der Großvezier ist nun einmal der Vertreter der Regierungspolitik, auch für uns Ausländer, mit dem unsere Botschafter Politik zu machen haben. Wenn er sich durch eine beliebige Militairdiktatur das Heft aus den Händen reißen läßt, dann ist er nicht mehr maßgebend. Dann muß er abdanken, oder schleunigst die Offiziere zur Raison bringen. Denn schließlich hört ja alle Politik auf überhaupt, wenn jede Gruppe von Leuten denen etwas nicht paßt, die Türk[ische] Regierung lahmlegt, und einfach nach ihrem Belieben schalten und walten und dekretieren. Das muß ja schließlich die ganzen Großmächte gegen Stambul auf die Beine bringen.

Ferdinand hat das wohl erkannt und hetzt die aufgeblasenen Jungtürkenführer ebenso wie die Albanesenpartei. Kommts zum Kriege, wartet er bis die Thoren in Makedonien sich verbiestert haben, und fällt von neuem in Thrazien ein, wo kein Mensch mehr stehn wird, und geht auf Stambul los. Ebenso wie vorher die Türken nach Adrianopel. Außerdem wird Rußland sofort die Armenische Frage anschneiden und dann ist der große Schlamaßel da! Irgend welche Albanesen haben nicht über die Türkei zu verfügen und ihre Politische Bahn zu dirigiren sondern die Türkische Regierung, sofern noch eine zu Recht besteht, kann sie das nicht mehr; dann dürfte das principio de la fine eingetreten sein. Dann folgt eine Diktatur auf die andere mit obligaten Revolten!

Wilhelm I. R.

Nr. 13 865

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Wedel, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Rominten, den 29. September 1913

Seine Majestät wünschen, daß wir in Bukarest ernstlich auf die Gefahr, die aus einem türkischen Angriff gegen Griechenland entstände,

---

* Von der Zuspitzung der Lage gab der Staatssekretär auch dem französischen Botschafter Kenntnis, worauf die französische Regierung in Athen den Rat erteilte, daß man sich bei den Verhandlungen mit der Pforte doch so konziliant wie möglich erweisen möge. Telegramm des französischen Außenministers Pichon an den Botschafter Paul Cambon, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 59.

bei dem nur die Geschäfte Bulgariens besorgt werden würden, hinweisen und König Karol ein rechtzeitiges Einspringen zur Aufrechterhaltung des Friedens nahelegen.

Außerdem haben Seine Majestät befohlen, daß Abschriften aller Balkannachrichten von militärischem Interesse sofort Generalstab mitgeteilt werden.

Wedel

Nr. 13 866

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 131 — Berlin, den 29. September 1913

Nach unseren Nachrichten scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Türkei, welche in Friedensverhandlungen mit Griechenland neuerlich ihre Forderungen erhöht und auch wohl die Inselfrage zu ihren Gunsten lösen möchte, an eine neue kriegerische Aktion gegen Griechenland denkt. Dies mit Konnivenz oder auch Unterstützung Bulgariens. Auch bei dem albanesischen Aufstand* scheinen bulgarische und türkische Einflüsse mitzuwirken, um Serbien zu beschäftigen und Erfüllung seiner Bündnispflicht gegen Griechenland zu erschweren. Durch erneuten Krieg würden neue Machtverschiebungen im Balkan wahrscheinlich. Bitte Frage mit Minister besprechen und feststellen, welche Haltung Rumänien einnehmen wird.

Jagow

Nr. 13 867

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 — Athen, den 29. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 157**.

Großwesir hat hiesige Regierung verständigen lassen, daß Reschid morgen nach Athen abreisen wird***.

Bassewitz

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXIX.

** Durch Telegramm Nr. 157 vom 28. September 1913 war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 566 — siehe Nr. 13861 — nach Athen mitgeteilt worden.

*** Zu der Abreise Reschid Paschas, der schon im August mit Ghalib Pascha die Verhandlungen in Athen geführt hatte und mit dem griechischen Konter-

Nr. 13 868

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 577 Therapia, den 29. September 1913

Großwesir sagte mir, er habe, meinem Rat folgend, schließlich die Inselfrage von der Frage des Friedensschlusses getrennt. Wegen dieses Entschlusses werde er jetzt angefeindet unter Hinweis auf die Haltung Deutschlands. Es gäbe im Komitee und unter den maßgebenden Offizieren keinen, der nicht entschlossen sei, das Äußerste daran zu setzen, um die Hauptinseln den Griechen wieder zu entreißen. — Nun seien nach der Sprache der hiesigen Botschafter und nach den sonstigen Informationen mindestens Italien und Rußland geneigt, der Türkei die Inseln zu belassen. — Englische, französische und österreichische Regierung hätten sich noch nicht geäußert. Deutschland sei die einzige Macht, welche ihren Entschluß, in der Frage auf der Seite Griechenlands zu bleiben, offen bekundet habe. Es sei daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß, wenn die Angelegenheit in London nochmals besprochen werde, Deutschlands Ansicht prävalieren werde. — Unter diesen Umständen schwanke er, ob er nicht Friedensschluß von Inselfrage abhängig machen solle. Ich erwiderte, Deutschland sei gerade die einzige Macht gewesen, welche mit Energie für das Verbleiben der zwei Hauptinseln bei Türkei eingetreten sei. Von einer deutschen „Kundgebung“ könne keine Rede sein. Wir seien nun überzeugt, daß die anderen Mächte ihr früheres Votum nicht modifizieren würden.

Bei der Erledigung laufender Geschäfte wird neuerdings den Dragomans in den Ministerien vorgehalten, daß die Botschaft nur für Griechenland arbeitete. Das Mißtrauen gegen uns wächst sichtlich und wird von unseren Konkurrenten genährt. Auch Herr Bompard und Markgraf Pallavicini äußern sich bezüglich der Inseln türkenfreundlich. Es wäre dringend erwünscht, daß alle Regierungen nunmehr baldmöglichst zu der Frage eine klare Stellung einnähmen, damit das Odium nicht auf uns haften bleibt. Eine direkte Verständigung scheint mir bei der beiderseitigen Intransigenz fast unerreichbar.

W a n g e n h e i m

---

projekt nach Konstantinopel zurückgekehrt war, hier aber seither durch die türkisch-bulgarischen Verhandlungen zurückgehalten wurde, kam es nicht, da er unmittelbar nach dem Abschluß des türkisch-bulgarischen Friedens (29. September) erkrankte. An seiner Stelle ging der Conseiller légiste im türkischen Außenministerium Abro als neuer Unterhändler nach Athen. Über dessen Instruktion vgl. das Telegramm des französischen Botschafters in Konstantinopel Bompard vom 30. September, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 60.

Nr. 13 869

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 345 London, den 30. September 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 443 vom 28. September *.

Seine Majestät der König von Griechenland empfing mich gestern abend kurz vor Abreise nach Athen. Als ich befohlene Mitteilung gemacht hatte, äußerte Seine Majestät, auch er sei zunächst geneigt, den Meldungen nur die Bedeutung eines türkischen Einwirkungsversuchs auf Griechenland beizumessen. Trotzdem sei die Lage unzweifelhaft ernst. Nachrichten des griechischen Generalstabs zufolge habe Türkei im Raume Kirk-Kilisse—Adrianopel—Dimotiko eine auf 300 000 Mann geschätzte Armee versammelt. Die Aufstellung an sich deute nicht gerade auf offensive Absichten. Falls aber die Nachrichten sich bewahrheiten sollten, daß bei Gümürdjina gemeldete starke Baschibozukbanden verkleidete türkische Reguläre seien, sähe die Lage schlimmer aus. Auf alle Fälle fehle der Türkei ausreichender Grund zur Kriegserklärung. Türken sammelten in Kleinasien beträchtliche Streitkräfte, offenbar zu einem Handstreich gegen Chios oder Mytilene. Er habe durch die griechische Diplomatie die Aufmerksamkeit der Großmächte hierauf lenken lassen und die Flotte so disponiert, daß jeder Versuch, Truppen überzusetzen, abgewehrt werden könne. Es sei Griechenland unmöglich, die Armee, welche Kawala decke, jetzt auf mehr als etwa 80 000 Mann zu bringen, da eine starke Deckung gegen Albanien unentbehrlich sei. Mache die Türkei Ernst, so könne die türkische Hauptarmee mit mehr als dreifacher Übermacht angreifen. Dann bleibe wohl nichts übrig, als mit Ehren untergehen. Zum Schluß der Unterredung bat Seine Majestät, den Dank für die gemachte Mitteilung Seiner Majestät dem Kaiser und Euerer Exzellenz zu übermitteln **.

Kühlmann

---

* Durch Telegramm Nr. 443 vom 28. September war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 562 — siehe Nr. 13860 — nach London zwecks Mitteilung an den dort anwesenden König Konstantin gegeben worden.

** In ähnlichem Sinn äußerte sich König Konstantin am gleichen Abend zu dem französischen Botschafter Paul Cambon, dem gegenüber er auch noch die Inselfrage berührte. Bericht Cambons vom 30. September, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 59 s.

Nr. 13 870

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 232 Sofia, den 30. September 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 126*.

Bis jetzt sind hier keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Bulgarien geneigt wäre, gemeinsam mit der Türkei gegen Griechenland vorzugehen, auch würde es nach allgemeiner Auffassung hier gegenwärtig wohl schwer halten, irgendeinen Reservisten für einen neuen Krieg zu begeistern.

Dagegen läßt sich wohl annehmen, daß einem eventuellen Vormarsch der türkischen Armee durch Thrazien gegen die Griechen diesseits keine Schwierigkeiten in den Weg gestellt würden.

Below

Nr. 13 871

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 586 Therapia, den 1. Oktober 1913

Ich habe anläßlich Diners bei Markgrafen Pallavicini Großwesir nochmals dringend zu verständiger und konzilianter Haltung bei den bevorstehenden Besprechungen mit Griechenland geraten und in gleichem Sinne auch zu Talaat und Dschemal gesprochen.

Großwesir sagte mir schließlich definitiv zu:

1. Die Inselfrage wird getrennt behandelt, 2. die Demobilisierung beginnt bereits Sonnabend, 3. die Türkei wird in der Muftifrage nicht auf dem bulgarischen Modell bestehen, sondern nur die Ausdehnung des Regimes von 1881 auf Neu-Griechenland verlangen.

Von der Entsendung Lutfis** sieht Großwesir ab, da dieser älter als Ghalib ist, der nicht desavouiert werden soll. An Stelle Lutfi wird Abro, Conseiller légiste im Auswärtigen Ministerium, Armenier, schwieriger Charakter, mit der nächsten Verbindung nach Athen reisen***.

Wangenheim

---

* Vgl. Nr. 13 860, S. 98, Fußnote *.

** Früherer Direktor im türkischen Außenministerium, seit 1912 Walistellvertreter in Bagdad.

*** Vgl. Nr. 13 867, Fußnote ***.

Nr. 13 872

Der Geschäftsträger in Bukarest von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 183 Sinaia, den 1. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 131 *.

Auftrag ausgeführt. Ministerpräsident hat nach Vortrag beim König geäußert, Rumänien werde für Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens eintreten, daher, falls Bulgarien Griechenland angreife, eine drohende Haltung annehmen. König hält jedoch Bulgarien für zu geschwächt, um kriegerisch vorzugehen. Im Falle eines Krieges zwischen Türkei und Griechenland werde Rumänien nicht eingreifen, da Türkei keine Signatarmacht des Bukarester Friedens. König hat befohlen, daß Gesandter in Athen ** griechischer Regierung zu Mäßigung ihrer Ansprüche rät, da er der Überzeugung ist, daß dann Frieden erhalten bleibe; er glaubt, daß Einwirkung in gleichem Sinne durch Euere Exzellenz dort großen Eindruck machen würde, ist der Ansicht, daß dies im eigensten Interesse Griechenlands sein würde, das Gefahr laufe, an seinem neuen Besitzstand Einbuße zu erleiden.

Österreichische Regierung hat, wie Herr Majorescu mir vertraulich mitteilte, gebeten, rumänische Regierung möge in Belgrad ernstliche Vorstellungen wegen Haltung Serbiens Albanien gegenüber *** erheben. König hat sich darauf beschränkt, Ministerpräsidenten zu hiesigem serbischen Gesandten † zu entsenden. Dieser erklärte, Serbien bestehe auf Aufrechterhaltung Londoner Beschlüsse, müsse sich jedoch gegen Angriff Albanesen verteidigen. Bulgarischer Oberst Markow habe aus Durazzo chiffriertes Telegramm an Generalstab Sofia gesandt, das durch Belgrad gegangen, woraus man Überzeugung gewinne, daß Bulgarien in Albanien im Spiel sei. Rumänische Regierung will feststellen, ob derartige Telegramme auch durch Rumänien gesandt wurden, und gegebenenfalls in Sofia vorstellig werden.

Waldburg

---

* Siehe Nr. 13 866.

** Filodor.

*** Vgl. dazu Kap. CCLXXIX.

† M. G. Ristitsch.

Nr. 13873

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 358 Athen, den 27. September 1913
[pr. 3. Oktober]

Wie ich Euerer Exzellenz zu berichten die Ehre hatte, ist die durch den augenblicklichen Stand der griechisch-türkischen Verhandlungen hervorgerufene Beunruhigung hier stark im Wachsen begriffen. Die Regierung sucht zwar durch offiziöse Mitteilungen in der Presse Öl auf die Wogen zu gießen, allein die von ihr getroffenen Maßnahmen zeigen deutlich, daß auch sie der politischen Lage wenig Vertrauen entgegenbringt. Der Aufschub der bereits beschlossenen Demobilisation, die beschleunigte Rückkehr Seiner Majestät des Königs, die Zurückberufung der beurlaubten Offiziere und andere militärische Maßregeln beweisen auch der Öffentlichkeit, daß die Regierung mit der Möglichkeit eines neuen Konfliktes rechnet.

Der hier verbliebene türkische Unterhändler Ghalib Kemali gab in verschiedenen in der Presse veröffentlichten Interviews seiner Meinung Ausdruck, daß zu einer Beunruhigung kein Grund vorläge. Die Verhandlungen seien im Anfang monatelang durch Griechenland hingezogen worden, wenn jetzt die Türkei dasselbe für kurze Zeit tue, brauche man darin nicht gleich aggressive Absichten zu sehen. Auch mir persönlich gegenüber äußerte sich Ghalib Bey dahin, daß die Türkei keine Angriffsabsichten habe. Er zeigte mir zum Beweise eine persönlich an ihn gerichtete Depesche des Großwesirs, in der dieser die baldige Rückkunft Reschids in Aussicht stellt, und hinzufügt, daß der Aufschub nur deshalb erfolgt sei, weil seine Mitwirkung bei den türkisch-bulgarischen Verhandlungen zurzeit unentbehrlich sei. Ghalib Bey glaubt, daß seine Regierung erst die türkisch-bulgarischen Verhandlungen zu Ende führen will, um — gestützt auf diesen Vertrag — von den Griechen die Annahme der gleichen Bedingungen zu erreichen. Die Äußerungen Ghalibs sind jedoch ohne besondere Wirkung geblieben, da man hier zu wissen glaubt, daß er — im Gegensatz zu Reschid — keine Fühlung mit den jungtürkischen Kreisen hat und ihre Geheimnisse nicht kennt.

Wie ich Euerer Exzellenz gleichfalls gehorsamst zu melden die Ehre hatte, sprach sich Herr Veniselos sehr ernst über die gegenwärtige Lage aus. Die finanzielle Erschöpfung Griechenlands und die dadurch gegebene Unmöglichkeit, die Mobilisation noch lange aufrechtzuerhalten, mache eine rasche Entscheidung notwendig. Ein eventueller neuer Krieg erscheint dem Ministerpräsidenten daher als das geringere Übel, zumal er an dessen Ausgang nicht zu zweifeln scheint.

Zur See sei Griechenland den Türken noch immer weit überlegen, und der Enthusiasmus der Armee würde derselbe sein wie in den beiden vorhergehenden Kriegen. Auch an der Mitwirkung der Bundesgenossen zweifelt Herr Veniselos nicht. Neue Feindseligkeiten würden ja nur eine Fortsetzung des früheren Krieges sein, da der Frieden noch nicht geschlossen sei; Serbien sei also noch durch Vertrag an Griechenland gebunden und werde seine Pflichten sicherlich treu erfüllen. Ob Herr Veniselos hierin nicht zu optimistisch urteilt, mag dahingestellt sein. Angesichts der Haltung Serbiens in den letzten Tagen des Krieges mit Bulgarien und angesichts der Kämpfe, in die es an der albanischen Grenze verwickelt ist, erscheint es doppelt zweifelhaft, ob Serbien in einem griechisch-türkischen Kriege, der nur Griechenland noch Vorteile bringen kann, ernstliche Waffenhilfe leisten wird. Herr Panas schien wenigstens in dieser Beziehung weniger vertrauensvoll zu sein.

Auf eine Besprechung der Inselfrage im Rahmen der schwebenden Verhandlungen will Herr Veniselos sich auf keinen Fall einlassen. Er erhofft zweifellos von der Entscheidung der Mächte die für Griechenland günstigere Lösung. Nach seiner Ansicht ist diese Entscheidung auch bereits dadurch erfolgt, daß der auf die Inselfrage bezügliche Vorschlag Sir Edward Greys von der Botschafterkonferenz unwidersprochen hingenommen worden sei.

Aus allen seinen die Inseln betreffenden kategorischen Äußerungen geht hervor, daß ihm die Aufgabe derselben als Preis für eine griechisch-türkische Allianz zu hoch erscheint. Zu einem Verzicht auf die Souveränität des Königs von Griechenland auf den Inseln wird Herr Veniselos anscheinend nicht zu bewegen sein.

R. Bassewitz

Nr. 13 874

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Wedel, z. Z. in Königsberg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Königsberg, den 3. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 118 vom 2. Oktober*.

Seine Majestät der Kaiser wünschen, daß im Sinne der Bukarester Anregung in Athen zu Mäßigung der griechischen Ansprüche geraten werde.

Wedel

* Durch Telegramm Nr. 118 war das Telegramm Nr. 183 aus Sinaia — siehe Nr. 13 872 — an das kaiserliche Hoflager mitgeteilt worden.

Nr. 13 875

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 — St. Petersburg, den 5. Oktober 1913

Herr Neratow sagte gestern abend meinem österreichischen Kollegen, daß die Zusammenziehung türkischer Truppen bei Chios und Mytilene darauf hindeute, daß sich griechisch-türkische Differenz zuspitze. Rußland habe in Konstantinopel und Athen freundschaftliche Ratschläge wegen Verständigung erteilt. Ministergehilfe schien sich jedoch hiervon wenig zu versprechen und sieht Lage ernst an. Herr Neratow ist der Ansicht, daß im Falle eines griechisch-türkischen Konflikts Bulgarien nicht ruhig bleiben werde*.

Lucius

Nr. 13 876

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 293 — Therapia, den 3. Oktober 1913
[pr. 7. Oktober]

Durch die Erklärung des Herrn Veniselos, daß die Inselfrage bereits durch die Mächte entschieden sei, und daß Griechenland nur nach

---

* Eine wesentlich andere Auffassung tritt in dem Telegramm des französischen Botschafters in Konstantinopel Bompard vom 3. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 62s.) zutage. Bompard weist die Befürchtungen vor einer Störung des Friedens durch ein gemeinsames Vorgehen der Türken und Bulgaren gegen Griechenland in das Reich der Fabel. Die in dieser Beziehung von Berlin aus geäußerten Besorgnisse will er für unaufrichtig halten: „Les inquiétudes manifestées pour le moment présent, avec quelque ostentation, par le Cabinet de Berlin répondent si peu à la réalité des faits que j'ai peine à les croire sincères." Das obige Telegramm Freiherrn von Lucius' beweist indessen, daß der Alliierte Frankreichs die Sachlage womöglich noch pessimistischer als Berlin beurteilte. Die Besorgnisse in Petersburg waren so stark, daß der russische Geschäftsträger in Paris Sewastopulo am 5. Oktober — wie es scheint, auf Andrängen der griechischen Regierung in Petersburg — eine Note präsentieren mußte, in der eine Kollektiverklärung der Tripelententemächte in Konstantinopel des Inhalts, daß diese einen neuen bewaffneten Balkankonflikt nicht zulassen würden, angeregt wurde. Indessen fand Rußland auch mit diesem Vorschlage weder in Paris noch in London Gegenliebe. Siehe

einem verlorenen Kriege auf die Inseln verzichten könne, ist jedem weiteren Versuche unsererseits, eine dauernde Verständigung zwischen den beiden Ländern herbeizuführen, der Boden entzogen worden. Kenner der griechischen Verhältnisse haben durch die Erklärung des griechischen Premierministers kaum überrascht werden können. Der panhellenische Gedanke ist bis jetzt in Griechenland immer stärker gewesen als jede Regierung, ja stärker sogar als die Dynastie. Ein Volk, welches eine Regierung stürzt und die Herrscherfamilie bedroht, weil ein altgriechisches Drama anstatt in der „Katharevusa" — der an das Altgriechische anknüpfenden Sprache der Intellektuellen — in der allgemein verständlichen Sprache „Dimotiki", der Sprache der sogenannten „Haarigen", aufgeführt wird, dieses Volk würde leicht bis zu einer Revolution getrieben werden, wenn auch nur ein unbewohnter Felsen im Meere, der als hellenisch gilt, einer anderen Nation überlassen werden soll. Der Verzicht auf die von den Türken reklamierten Inseln würde daher nicht nur Herrn Veniselos, sondern auch den griechischen König vor eine schwere innere Gefahr stellen. Alles, was der König während der beiden siegreichen Kriege für sein Volk geleistet hat, würde gegen den angeblichen Verrat an der hellenischen Sache dann kaum noch in die Wagschale fallen.

In der Türkei liegen die Dinge ähnlich. Nach dem Erfolge in der Adrianopeler Frage, dem größten, welchen die Türkei seit zweihundert Jahren davongetragen hat, zeigt sich unter dem türkischen Volke eine Stimmung wie nach einem gewonnenen Kriege. An die Stelle der Verzagtheit und Resignation sind Selbstbewußtsein und Hoffnungsfreudigkeit getreten. Eine Art nationalistischer Hochspannung beherrscht heute alle Türken, welche politisch zu denken vermögen. Die Forderung, daß die Hauptinseln türkisch bleiben, ist infolgedessen der erste Punkt des nunmehrigen Regierungsprogramms und wird auch der leitende Gedanke der zukünftigen türkischen Politik bleiben. Keine Regierung könnte sich am Ruder erhalten, die sich in dieser Frage nachgiebig zeigte.

Mein Bemühen, eine türkisch-griechische Einigung über die Friedensbedingungen und gleichzeitig über die Inseln herbeizuführen, wurde neuerdings dadurch erschwert, daß die hiesige Kriegspartei gerade die Verquickung dieser beiden Fragen betrieb, um aus dem erwarteten Widerstande Griechenlands einen Vorwand für gewaltsame Maßnahmen herzuleiten. Um der Kriegspartei den Wind aus den Segeln zu nehmen, habe ich seit einer Woche garnicht mehr von

---

die russische Note im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, p. 63, ebendort p. 63s. das Zirkulartelegramm des französischen Ministerpräsidenten Barthou vom 6. Oktober und das Telegramm Paul Cambons vom 7. Oktober, aus denen sich die negative Haltung der französischen bzw. der englischen Regierung ergibt.

den Inseln gesprochen, sondern mich darauf beschränkt, die Pforte wenigstens zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zu bewegen. Der zweite türkische Unterhändler ist heute nach Athen abgereist. Hoffentlich zögert Herr Veniselos nicht, die türkischen Bedingungen anzunehmen. Viel wird sich die Türkei nicht abhandeln lassen. Kommt es zu einem Bruch der Verhandlungen, so wird hier die Kriegspartei die Oberhand gewinnen. Der Frieden würde dann ohne den griechischen Verzicht auf die Hauptinseln überhaupt nicht mehr zustande kommen.

Die Inselfrage halte ich heute auf dem Wege direkten Benehmens zwischen den beiden Ländern unter diskreter Vermittelung einer dritten Macht überhaupt kaum mehr für lösbar. Ein baldiges Eingreifen der Mächte scheint dringend indiziert. Bei einer mittleren Lösung werden sich schließlich wohl beide Länder einem Machtspruche der Großmächte fügen. Wird dagegen das erste Londoner Votum aufrecht erhalten, so ist an die Herstellung eines dauernden Friedens im nahen Orient vorläufig nicht zu denken. Ich glaube nicht, daß in diesem Punkte auch nur einer meiner Kollegen seiner Regierung gegenüber eine von der meinigen abweichende Ansicht vertritt. Selbst wenn inzwischen der formelle Frieden geschlossen sein sollte, so würde derselbe nur die Bedeutung eines kurzen Waffenstillstandes haben. Die Türkei würde sofort anfangen, ihre Seestreitkräfte zu vermehren und sich außerdem in dem Revanchegedanken mit Bulgarien zusammenfinden. Selbstverständlich würden die Griechen in der Türkei vom Tage des endgültigen Verlustes der Inseln an den härtesten Verfolgungen seitens der Türken ausgesetzt sein. Schon spricht man in türkischen Kreisen von einer Suspendierung des Patriarchats. Die Türkei würde außerdem von dem Reformwerke abgelenkt und in eine Politik verstrickt werden, die ihr erneutes Eingreifen in die Balkanfragen zur Folge haben könnte. Keine Macht, die ehrlich den Fortbestand der asiatischen Türkei wünscht, vermöchte sich mit einer derartigen Wendung der Dinge abzufinden. Seit dem ersten Londoner Votum hat sich nicht nur die Lage der Türkei, sondern auch die Stellung der Mächte zu ihr vollkommen verändert, während Griechenland durch die unerwartete Zuwendung von Kawala so bereichert worden ist, daß man ihm sehr wohl den Verzicht auf einige für Griechenland wenig wertvolle Inseln, deren Besitz für die Türkei eine Existenzfrage bedeutet, oder wenigstens eine Autonomie der Inseln unter türkischer Oberhoheit auferlegen könnte. Ein Bündnis mit der Türkei, bei welchem letztere ihre Neutralität für den Fall eines bulgarischen Revanchekrieges zusicherte, wäre ausreichend, um Griechenland den dauernden Besitz seiner Neuerwerbungen auf dem Kontinent zu sichern.

Wangenheim

Nr. 13 877

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 296 Therapia, den 8. Oktober 1913
[pr. 13. Oktober]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage* einen Leitartikel des „Stamboul" vom 6. d. Mts. zu übersenden. Das Blatt der französischen Botschaft empfiehlt darin für die Inselfrage eine mittlere Lösung. Es scheint also, daß Frankreich ebenso wie Rußland den auf der Londoner Botschafterkonferenz vertretenen Standpunkt verlassen will, oder wenigstens seine hiesige Vertretung angewiesen hat, einen anderen, die türkischen Wünsche mehr berücksichtigenden Standpunkt einzunehmen. Die Absicht dabei dürfte sein, Deutschland als die einzige Macht erscheinen zu lassen, welche in der Inselfrage die Türkei im Stiche läßt und einseitig im Interesse Griechenlands arbeitet.

Wangenheim

Nr. 13 878

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 596 Konstantinopel, den 10. Oktober 1913

Die gemäßigte Haltung Großwesirs bei den Verhandlungen mit Griechenland stützt sich nur auf eine Minderheit des Komitees, zu der allerdings die einflußreichen Führer Talaat Bey, Halil und die Unionisten gehören. Mehrheit drängt immer noch auf Einbeziehung der Inselfrage, während Armee am liebsten sofort angreifen möchte. Der Besonnenheit Großwesirs ist es auch zu danken, wenn Pforte bisher kein offensives Bündnis mit Bulgarien abgeschlossen hat. Bulgarien möchte offenbar, daß die Türkei losschlägt und unternimmt nur deswegen nichts gegen die autonome Regierung in Gümürdjina. Trotz aller Friedensversicherungen der offiziösen Presse bin ich nicht sicher, ob bei schleppendem Gang der Athener Verhandlungen die Kriegspartei hier nicht bald die Oberhand gewinnen würde. Die Armee bezieht eine Vormarschstellung längs der Mariza. Das Hauptquartier ist nach Adria-

* Hier nicht abgedruckt.

nopel verlegt, von wo heute eine Division nach Dimotiko, eine zweite nach Gallipoli abgegangen ist.

Vertraulich! Serbischer Vertreter spricht sich hier dahin aus, daß Serbien sich in Konflikt nur dann einmischen werde, wenn Bulgarien eingriffe. Rumänische Vertretung äußert Bedenken, ob König Karol und seine Regierung bei nochmaliger Mobilisierung das Volk hinter sich haben würden.

Wangenheim

Nr. 13 879

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 289 St. Petersburg, den 11. Oktober 1913

Herr Neratow sieht die Situation auf dem Balkan seit der türkischen Erklärung über die Inselfrage für entschieden gebessert an. Die Verhandlungen in Athen würden bei der Hartnäckigkeit der Griechen sich lange hinziehen, nachdem aber die Inselfrage nicht aufgerollt werde, glaube er an einen friedlichen Verlauf der türkisch-griechischen Besprechungen.

Als ich den Ministergehilfen auf die verschiedenen wenig beruhigend klingenden Äußerungen des hiesigen bulgarischen Gesandten* ansprach, erklärte er, daß der General etwas viel spreche, man seinen Äußerungen aber keine zu große Bedeutung beilegen dürfe. Die türkischen Truppen könnten übrigens, ohne bulgarisches Gebiet zu betreten, nicht nach Griechenland kommen. Wenn Bulgarien den Durchmarsch gestattete, so bedeute dies einen Neutralitätsbruch usw.[1]. Er glaube vor der Hand nicht mehr an eine Kriegsgefahr.

Auch meinen italienischen und österreichischen Kollegen gegenüber hat sich Herr Neratow entschieden optimistisch ausgesprochen und dabei bemerkt, daß man in Berlin die Lage allerdings weniger günstig anzusehen scheine.

Lucius

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Falls nicht heimlich ein Bündniss besteht

* General Dimitriew.

Nr. 13 880

Der Geschäftsträger in Bukarest von Waldburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 309 Sinaia, den 15. Oktober 1913

Herr Marghiloman teilte mir gestern vertraulich mit, der russische Geschäftsträger * habe ihn im Auftrage seiner Regierung gebeten, in Athen und Konstantinopel zur Mäßigung zu raten [1].

Waldburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Warum räth denn Russische Regierung nicht selbst dazu?!

Nr. 13 881

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 623 Konstantinopel, den 30. Oktober 1913

Griechischer Unterhändler Levidis zeigte mir Telegramm von Venizelos, wonach Türken mit neuen Forderungen hervorgetreten sind und bat mich, hier für Beschleunigung einzutreten. Ich habe ihm dies zugesagt, jedoch bemerkt, ich glaubte nicht, daß die Türken so rasch zeichnen würden. Die Pforte brauche den Friedensschluß hauptsächlich wegen der Anleihe ** und habe deshalb, solange die die Voraussetzung der Anleihe bildenden accords nicht gezeichnet seien, kein wesentliches Interesse an einem Abschluß mit Griechenland [1]. Tatsächlich verhält sich die Pforte jetzt so, als ob die Türkei gesiegt hätte. Sie will Griechenland ihre momentane Überlegenheit fühlen lassen, ohne indessen dabei an einen Bruch zu denken.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] ! Aber wir übrigen Großstaaten haben ein Intresse daß die Balkanwirtschaft endlich zu Ende kommt. Es ist daher der Pforte zu bedeuten, daß sie nun auch sich beeilt um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen.

* Arsenjew.

** Seit Anfang Juli wurden in Paris Verhandlungen über eine Reorganisation der türkischen Schuldenverwaltung geführt, nach deren Abschluß die Türkei eine große Anleihe aufzunehmen gedachte. Ende Oktober war indes ein Abschluß der Verhandlungen noch nicht abzusehen. Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVI.

Nr. 13 882

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 376 Athen, den 27. Oktober 1913
[pr. 1. November]

Die griechisch-türkischen Verhandlungen haben bis zum Eintreffen der Instruktionen der Pforte betreffend die nach Konstantinopel übermittelten Vertragspropositionen eine Unterbrechung erfahren. Ghalib Bey ist allerdings der Meinung, daß die hauptsächlichsten Streitfragen befriedigend gelöst worden sind, doch scheint die Regelung zweier Fragen, in denen die Türkei nicht gewillt ist nachzugeben, noch Schwierigkeiten zu bereiten. Der eine Punkt ist die von den Griechen für die zu ihren Truppen übergegangenen Deserteure geforderte Amnestie; der zweite Punkt ist die von den Türken geforderte Freiheit des Staatseigentums in den eroberten Gebieten. Es handelt sich hierbei natürlich nicht um das gesamte Staatseigentum, sondern nur um diejenigen Teile des türkischen Staatsvermögens, die der türkische Staat nachweislich kraft eines besonderen Erwerbstitels besitzt, etwa auf Grund von Kauf, Schenkung, Erbschaft. Für diese Güter soll der Staat den Privatleuten gleichgestellt werden.

Die Türkei beruft sich darauf, daß eine entsprechende Klausel in den Berliner Vertrag aufgenommen sei, auch in dem Vertrag über Thessalien befinde sich die gleiche Bestimmung, und neuerdings sei sie von Bulgarien akzeptiert worden.

Herr Panas hat bisher erklärt, daß Griechenland diese Forderung der Türkei nicht bewilligen könne; doch ist der Differenz hierüber wohl keine so große Bedeutung beizumessen, daß man annehmen könnte, das mühsam genug erreichte Resultat der Verhandlungen könne dadurch in Frage gestellt werden.

Wie ich noch erfahre, soll bei Abreise des Herrn Veniselos nach Bukarest nach dem Kriege mit Bulgarien ein vollkommen ausgearbeitetes Projekt zur Unterzeichnung vorgelegen haben, das Griechenland weit günstigere Bedingungen sicherte, als das Höchstmaß seiner jetzigen Forderungen darstellt. Herr Koromilas hat aber den Moment seiner Alleinherrschaft dazu benutzt, um noch einmal das ganze Projekt zur Diskussion zu stellen. Er hat somit den Grund gegeben zu der Zwangslage, in der sich die griechische Regierung heute befindet.

R. Bassewitz

Nr. 13 883

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 627 Konstantinopel, den 1. November 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 623*.

Talaat Bey, dem ich gestern zur Beschleunigung Friedensschlusses riet, sagte mir, er begreife die Athener Nervosität nicht. Die Pforte habe den ehrlichen Willen zu einer baldigen Verständigung. Die neuesten Instruktionen an Abro seien konziliant und elastisch. Er habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, auch wegen der Inseln schließlich noch zu einer Einigung zu gelangen, welche die Basis für eine entente cordiale bilden könnte. Dazu müßten zunächst die Beziehungen wieder angeknüpft werden. Später werde man hier freundschaftlich über die Inseln sich aussprechen können.

Levidis sagte mir soeben, daß er aus einem heutigen Gespräch mit Talaat Bey und der Haltung der Zeitungen bereits die Wirkungen meiner gestrigen Rücksprache erkannt habe.

Wangenheim

Nr. 13 884

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 367 Berlin, den 6. November 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Paris meldet**:

„Hiesige Regierung läßt in Konstantinopel sagen, es sei auf Gewährung einer Anleihe nicht zu rechnen, solange nicht Frieden mit Griechenland gesichert und Ruhe und Ordnung in Türkei verbürgt***.

Auch dem hiesigen türkischen Botschafter sind am Quai d'Orsay Vorstellungen über Verschleppung der Verhandlungen mit Griechenland gemacht worden."

---

* Siehe Nr. 13 881.

** Telegramm Nr. 393 vom 6. November.

*** Vgl. dazu das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 5. November. Die französische Demarche erfolgte auf eine russische Anregung hin; Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 4. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 327 f.

Demarche beruht offenbar auf Vorstellungen Rußlands. Herr Sasonow läßt dort wegen Verzögerung des Friedensschlusses mit Griechenland ebenfalls ernste Sprache führen und hat uns heute zu gleicher Maßnahme eingeladen. Ich habe russischem Botschafter erwidert, daß wir andauernd dort und in Athen zum Frieden raten. Euere Exzellenz würden neue diesbezügliche Instruktion erhalten. Bitte demgemäß bei Großwesir in freundschaftlichen Ratschlägen fortfahren und russischen Botschafter informieren.

Zimmermann

Nr. 13 885

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 140 Berlin, den 6. November 1913

Die Verschleppung der Verhandlungen mit Griechenland seitens der Pforte und die dauernde Anwesenheit des Generals Sawow in Konstantinopel, der fast täglich mit türkischen Offizieren verhandeln soll, lassen kriegerische Absichten der Türkei gegen Griechenland nicht ausgeschlossen erscheinen. Wir ermahnen Großwesir andauernd zum Frieden und sind überzeugt, uns dabei im Einklang mit Rumänien zu befinden. Bitte dies dort verwerten.

Zimmermann

Nr. 13 886

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 638 Konstantinopel, den 7. November 1913

Herr Take Jonescu hat bei Durchreise hier an Bord Talaat Bey empfangen. Seitens letzterem ist ihm ein Aide-mémoire über den Stand der griechisch-türkischen Verhandlungen übergeben worden, welches er in Athen verwerten wird. Wie mir rumänischer Gesandter* sagt, hat Talaat Bey auf Herrn Take Jonescu einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Herr Take Jonescu habe es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur einen Ausgleich, sondern auch eine Annäherung zwischen der Türkei und Griechenland zu fördern [1]. Auf der Rück-

* C. Manu.

reise wird der Genannte einige Tage hier bleiben. Unserem Vertrauensmann sagte Herr von Giers etwas ironisch und aigriert [2], Rumänien habe Griechen und Türken seine bons offices angeboten [3].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hoffentlich gelingt es!
[2] sehr erfreulich
[3] weil man Rußland wegen seiner Intriguen nicht traut.

Nr. 13 887

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 640 Konstantinopel, den 7. November 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 367*.

Ich habe Hern von Giers gesagt, daß ich auftragsgemäß meine Bemühungen, eine Einigung zwischen der Türkei und Griechenland herbeizuführen, fortsetzte. Herr von Giers entgegnete, er sei ähnlich instruiert, beschränke sich aber darauf, den Großwesir nach dem Stande der Verhandlungen zu fragen.

Die Lage wird hier im allgemeinen ruhig beurteilt.

Wangenheim

Nr. 13 888

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1292 Berlin, den 8. November 1913

Der russische Botschafter hat namens des Herrn Sasonow auf die angebliche Verschleppung der türkisch-griechischen Friedensverhandlungen seitens der Pforte aufmerksam gemacht und etwa geeignet erscheinende Schritte zur Beschleunigung des Friedensschlusses angeregt**. Wir haben darauf den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel zu erneuten Vorstellungen beim Großwesir im Sinne schleuniger Einigung mit Griechenland angewiesen*** und bei

---

* Siehe Nr. 13 884.
** Vgl. Nr. 13 884.
*** Vgl. Nr. 13 884.

der rumänischen Regierung Maßnahmen zur Förderung des gleichen Ziels anregen lassen*.

Freiherr von Wangenheim meldet darauf**, daß er auftragsgemäß seine Bemühungen, eine Einigung zwischen der Türkei und Griechenland herbeizuführen, fortsetze. Die Lage werde hier im allgemeinen ruhig beurteilt.

Nach einem Telegramm des Kaiserlichen Gesandten in Bukarest*** hat dieser von Herrn Majorescu auf die oben erwähnte Vorstellung die Antwort erhalten, daß der türkische Minister des Innern Take Jonescu an Bord seines Dampfers besucht und ihn unter Überreichung eines Memorandums über den türkischen Standpunkt gebeten habe, in Athen für den Frieden zu wirken.

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, das Vorstehende dort zu verwerten.

Zimmermann

Nr. 13 889

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 St. Petersburg, den 7. November 1913
[pr. 8. November]

Herr Neratow war über die plötzliche Änderung in der Haltung der Türkei Griechenland gegenüber und über Nachrichten wegen türkisch-bulgarischer Verhandlungen beunruhigt. Auch der Besuch des Königs Ferdinand in Wien † deute auf erhöhte Tätigkeit Öster-

---

* Vgl. Nr. 13 885.
** Vgl. Nr. 13 887.
*** Vgl. Nr. 13 886.
† Der Aufenthalt König Ferdinands in Ebenthal bei Wien, gelegentlich dessen er am 6. von Kaiser Franz Joseph in Schönbrunn in Privataudienz empfangen wurde, setzte auch den serbischen und den griechischen Geschäftsträger in Aufregung. Vgl. das Telegramm des französischen Botschafters in Berlin Jules Cambon vom 10. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 79): „Le Chargé d'Affaires de Grèce et celui de Serbie se montrent également préoccupés du séjour du Roi de Bulgarie à Vienne. Ils sont persuadés que le Roi Ferdinand se fait l'instrument des vues du Cabinet de Vienne, qui cherche à pousser la Turquie vers de nouvelles aventures.“ Die russischen, serbischen und griechischen Besorgnisse waren unbegründet. Am 6. November machte Graf Berchtold dem Botschafter von Tschirschky genaue Mitteilungen über eine unmittelbar vorher stattgefundene Unterredung mit dem Bulgarenkönige, in der nur beiläufig der Wunsch des Königs auf Herstellung intimerer Beziehungen zu Österreich-Ungarn zum Ausdruck gelangte. Es heißt in dem Berichte Tschirschkys vom 6. November (Nr. 346) darüber: „Der Mini-

reichs beziehungsweise Italiens auf dem Balkan hin, die Rußlands sehr ernste Aufmerksamkeit erregt. Eine Aktion der einzelnen Mächte oder Mächtegruppen auf dem Balkan ohne vorheriges Einvernehmen mit den anderen Großmächten sei nicht im Sinne der Londoner Abmachungen und erscheine ihm gefährlich.

Lucius

Nr. 13 890

Der englische Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, November 9, 1913

My Government has received a communication from the Greek Government begging that the Entente Powers may press Turkey to put an end to the present indefinite situation. The Greek Government observe that the Treaty of London was signed by Greece under pressure when she would have much preferred to settle at once all outstanding questions; she considered therefore that she had a claim to the support of the Powers.

The Greek Government further pointed out that the Turkish Delegates are Plenipotentiaries with full powers and that they are therefore able both to negotiate and to sign; but that nevertheless the Ottoman Government insist upon questions, which were satisfactorily settled at Athens, being again reopened. The communication added that the country was becoming exasperated and nervous owing to the delays which had occurred and that if the situation was much prolonged it would become dangerous especially in view of the uncertainty which exists with regard to an understanding between Bulgaria and Turkey.

Sir E. Grey has asked me to inform you of this communication

---

ster bemerkte weiter, er habe sich den Ausführungen des bulgarischen Königs gegenüber in der Hauptsache zuhörend verhalten. Als Seine Majestät dann am Schlusse seinem Wunsche und seiner Hoffnung Ausdruck gegeben habe, in gute und intimere Beziehungen zur Monarchie treten zu können, habe er, der Minister, diesem zugestimmt, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß für jede Annäherung zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn der Weg über Rumänien gehen müsse.“ In demselben Sinne äußerte sich Graf Berchtold zu dem bulgarischen Außenminister Ghenadiew, der bald nach König Ferdinand einige Tage in Wien weilte. Bericht Tschirschkys Nr. 366 vom 22. November 1913.
Völlig unbegründet sind die im Laufe des Novembers in serbischen Blättern auftauchenden Behauptungen von dem Abschlusse einer österreich-ungarisch-bulgarischen Militärkonvention anläßlich der Anwesenheit König Ferdinands bezw. Ghenadiews in Wien.

from the Greek Government and to ask you to favour me with the views of the Imperial Government as to what answer should be returned to the Greek Government.

As I do not wish to disturb you on Sunday I will, if you allow me, call upon you to-morrow morning to learn your views.

W. E. Goschen

Bemerkung Zimmermanns am Kopf des Schriftstücks:
Mündlich erledigt*. 10. 11. Z.

Nr. 13 891

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 331 Athen, den 10. November 1913

Seine Majestät der König sagte mir, er habe durch Take Jonescu** formelle Zusicherung erhalten, daß Rumänien einen durch bulgarisches Gebiet erfolgenden Angriff auf Griechenland als casus belli ansehen würde [1].

Seine Majestät hält dadurch jede augenblickliche Kriegsgefahr für beseitigt.

Bassewitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!

Nr. 13 892

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 333 Athen, den 11. November 1913
Vertraulich

Herr Take Jonescu, der hier eifrig für den Frieden tätig war, äußerte, daß er griechisch-türkisches Übereinkommen für unmittelbar

---

* Vgl. dazu das Telegramm des französischen Botschafters in Berlin Jules Cambon vom 10. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 79 s. Danach hatte Zimmermann dem englischen Botschafter versichert, daß er Freiherrn von Wangenheim angewiesen habe, „de saisir toutes les occasions pour pousser la Turquie à traiter avec la Grèce.“

** Der rumänische Minister des Innern Take Jonescu war am 7. November zu mehrtägigem Aufenthalt in Athen eingetroffen, wo er sich nachdrücklich für den Abschluß des griechisch-türkischen Friedensprotokolls und für eine Annäherung Griechenlands und der Türkei via Rumänien einsetzte.

bevorstehend halte. Allerdings sei Verhalten der Türkei immer unberechenbar.

Herr Take Jonescu will sich auf Rückreise in Konstantinopel aufhalten „en cas que Talaat Bey maintenant se comporte bien".

Bassewitz

Nr. 13 893

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 374 Berlin, den 12. November 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Athen meldet*:

„Erfahre, daß griechisch-türkischer Vertrag heute nachmittag von Delegierten unterzeichnet ist, türkischerseits ad referendum in Konstantinopel, doch nimmt man sicher an, daß türkische Regierung zustimmen wird.

Griechische Regierung scheint erheblich nachgegeben zu haben."

Schleunige Zustimmung der Pforte wäre auch von unserem Spezialstandpunkt erwünscht**, damit Vertrag mit Militärmission*** finalisiert werden kann.

Zimmermann

Nr. 13 894

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 648 Konstantinopel, den 13. November 1913

Der griechische Vertreter teilte mir mit, daß der türkische Ministerrat für Friedensprotokoll noch vier Forderungen aufgestellt habe, von denen Veniselos drei annehmen wolle, die vierte aber zurückweisen müsse. Er bäte mich, mit Großwesir zu sprechen „pour enlever

---

* Telegramm Nr. 334 vom 11. November.

** In der Förderung des türkisch-griechischen Friedensschlusses ist Deutschland sich so bis zum letzten Moment treu geblieben; gerade in Konstantinopel hat es wieder und wieder zur Mäßigung gedrängt. Die Zweifel, die der französische Botschafter in Petersburg Delcassé in seinem Telegramm vom 10. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 79) an der Ehrlichkeit der deutschen Ratschläge äußert, sind deplaziert.

*** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.

l'affaire". Nach meiner Ansicht handelt es sich nicht um neue Forderungen der Pforte, sondern nur um Beseitigung von Unklarheit in dem vorläufigen Friedensdokument. — Ich werde mich noch heute an die zuständigen Stellen wenden unter Betonung, daß militärische Mission, auf deren Eintreffen Pforte ungeduldig wartet, erst nach Zeichnung des Friedens hier erscheinen könne.

Wangenheim

Nr. 13 895

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 651 Konstantinopel, den 14. November 1913

Griechischer Vertreter Levidis erschien soeben bei mir, um mir im Auftrage des Herrn Veniselos den Dank der griechischen Regierung für meine Unterstützung des Friedenswerkes* auszusprechen. Telegraphischer Auftrag an Levidis war unmittelbar nach Zeichnung des Friedens ergangen.

Wangenheim

Nr. 13 896

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 652 Pera, den 15. November 1913

Herr Take Jonescu sagte mir, er habe bei Veniselos sowohl wie bei Großwesir und Talaat Bey Geneigtheit zu einer näheren Verständigung zwischen Türkei und Griechenland konstatieren können. Bei den Besprechungen sei wiederholt das Wort Allianz gefallen. Veniselos wolle sogar schon jetzt die Hellenen in der Türkei anweisen, die Politik des Komitees zu unterstützen, was Großwesir dankbar anerkenne. — Dem türkisch-griechischen Zusammenschluß stehe als einziges Hindernis die Inselfrage entgegen. — Er habe die feste Überzeugung gewonnen, daß in dieser Frage weder die Türkei noch Griechenland nachgeben würden und könnten, so daß eine direkte Verständigung ausgeschlossen sei. Es bleibe daher nur übrig, daß

---

* Das am 11. November paraphierte griechisch-türkische Friedensprotokoll war am 14. unterzeichnet worden. Die Ratifizierung durch den Sultan folgte am 24. November.

die Mächte eine mittlere Lösung fänden und diese den Beteiligten oktroyierten. Er werde Seine Majestät den König Karol bitten, deswegen an Seine Majestät den Kaiser zu schreiben. Er sei durch Privatbriefe aus Berlin unterrichtet, daß seine Vermittlung, die er übrigens auf eigene Verantwortung unternommen habe, sich der Billigung der Kaiserlichen Regierung[1] erfreue.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja!

Nr. 13 897

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 390 — Athen, den 12. November 1913
[pr. 17. November]

Herr Jonescu gedenkt heute abend Athen wieder zu verlassen nach einem fünftägigen Aufenthalt, über dessen Verlauf er sich sehr befriedigt äußerte. Die Abreise, die ursprünglich schon am 10. d. Mts. erfolgen sollte, wurde zweimal verschoben. Der Grund dürfte dafür gewesen sein, daß Herr Jonescu die Unterzeichnung des griechisch-türkischen Vertrages, für dessen Abschluß er hier eifrig tätig war, abwarten wollte. Die letzten Sitzungen, die sich bis tief in die Nacht hinein ausdehnten, fanden stets zu dritt oder wenigstens zu drei Parteien statt, da auch Herr Jonescu mit seinem Stabe daran teilnahm. Seinen Bemühungen ist daher wohl auch in der Hauptsache das schließliche Zustandekommen der Vereinbarung zu danken. Den rumänischen Minister wird dieser Erfolg sehr befriedigen, denn schon vorher schien er sich, wie aus verschiedenen Äußerungen zu entnehmen war, in der Rolle eines „arbitre des Balcans“[1] zu fühlen.

Für Griechenland dürfte die Reise des Herrn Jonescu von großer Bedeutung gewesen sein. Es verdankt ihr nicht nur den ersehnten Abschluß der Verhandlungen mit der Türkei, sondern auch noch wertvolle Zusicherungen von seiten Rumäniens wie das von mir bereits gemeldete Versprechen, jede Verletzung des Bukarester Vertrages als casus belli anzusehen*.

Wenn auch keine schriftlichen Abmachungen getroffen zu sein scheinen, so sind doch durch die Aussprache über alle schwebenden Fragen und durch die Betonung der Gemeinschaft der Interessen beider Länder Beziehungen geschaffen, die über ein gewöhnliches

* Vgl. Nr. 13 891.

Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten hinausgehen, und die die Basis für einen noch engeren Zusammenschluß bilden können [2].

Griechischer- und rumänischerseits wurde mir gegenüber in diesen Tagen mehrfach betont, daß Deutschland diese Annäherung der beiden Staaten jedenfalls mit Befriedigung verfolgen werde [3]. Man verspricht sich auch hier von ihr eine Garantie für das Gleichgewicht und den Frieden auf dem Balkan, außerdem möchte ich glauben, daß man die Möglichkeit in Erwägung zieht, sich über Bukarest mit der Türkei zu verständigen [3], — eine Idee, an der man festhält, soweit nicht die Inselfrage ihrer Ausführung hindernd im Wege steht.

A. Bassewitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Auf Kosten Rußlands was einst der Zar anstrebte!
[2] gut
[3] ja

Nr. 13898

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 392 — Athen, den 14. November 1913
[pr. 19. November]

Der griechisch-türkische Vertrag, der noch in letzter Stunde zu scheitern drohte, ist nunmehr durch alle Klippen hindurchgeschifft worden*, und wenn er auch im Laufe der langen Monate manche Beschädigung erlitten hat, so werden sich doch beide Teile beglückwünschen können, daß dem unerträglichen Zustand der Spannung ein Ende bereitet ist.

Die Königliche Familie und das Ministerium haben sich soeben zu einem feierlichen Dankgottesdienst in die Metropole begeben, und an der türkischen Gesandtschaft weht heute zum ersten Male wieder die türkische Flagge, da gemäß dem Vertrage die diplomatischen Beziehungen mit der Unterzeichnung wieder aufgenommen sind.

So groß auch die allgemeine augenblickliche Befriedigung über den Abschluß des Vertrages sein mag, so wird dieser selbst doch kaum den griechischen Wünschen entsprechen und wird noch mancher scharfen Kritik ausgesetzt sein. Man wird aber hoffentlich der Staatskunst des Herrn Veniselos insofern Gerechtigkeit widerfahren lassen, als man das große Maß von weiser Mäßigung anerkennt,

---

* Siehe den Text des griechisch-türkischen Vertrages vom 14. November im Jahrbuch des Völkerrechts, ed. Th. Niemeyer und K. Strupp, II, 203 ff.

durch das er Griechenland den ihm unbedingt notwendigen Frieden wieder verschafft hat. Er hat erkannt, daß keine der zahlreichen Streitfragen neue Opfer wert war und hat sich infolgedessen fast auf der ganzen Linie nachgiebig gezeigt, nur als die Türkei noch in letzter Stunde die Unterzeichnung des Vertrages von der Bewilligung weiterer Forderungen abhängig machen wollte, hielt er es mit der Würde Griechenlands unvereinbar, auch hierin noch in allen Punkten nachzugeben.

Die Pforte, die von der entschiedenen Weigerung Griechenlands unterrichtet war, die durch Abschaffung der Vakoufzehnten geschädigten Familien zu entschädigen, ermächtigte noch gestern abend ihre Delegierten zur Unterzeichnung, die daraufhin heute nacht um drei Uhr im Ministerium des Äußern erfolgte.

Der Vertrag trägt deutlich die Spuren der Verschiebungen, die im Laufe der Verhandlungen in dem Kräfteverhältnis der beiden Staaten zueinander stattgefunden haben. Das nach dem ersten Balkankriege und auch noch nach dem bulgarischen Kriege weitaus stärkere Griechenland nutzte sein Übergewicht nicht rasch genug aus, um durch teilweises Nachgeben die Türkei zur Annahme seiner Forderungen zu bestimmen. Durch das Resultat der türkisch-bulgarischen Verhandlungen* kam Griechenland sodann in eine äußerst schwierige Lage, in der kaum mehr von seinen Forderungen, sondern nur noch von den Forderungen der Türkei die Rede war, und erst die Intervention des Herrn Take Jonescu und die deutliche Stellungnahme Rumäniens für Griechenland brachte die Wage ins Gleichgewicht und führte zum Abschluß der Verhandlungen.

Ob der Vertrag als Basis zu einer hier gewünschten weiteren Verständigung mit der Türkei dienen kann, wird von der Lösung der Inselfrage abhängen**. Das Vertrauen, das man hier der türkischen Regierung entgegen bringt, ist allerdings nach den Erfahrungen, die man im Verlauf der Verhandlungen gemacht hat, nicht sehr groß.

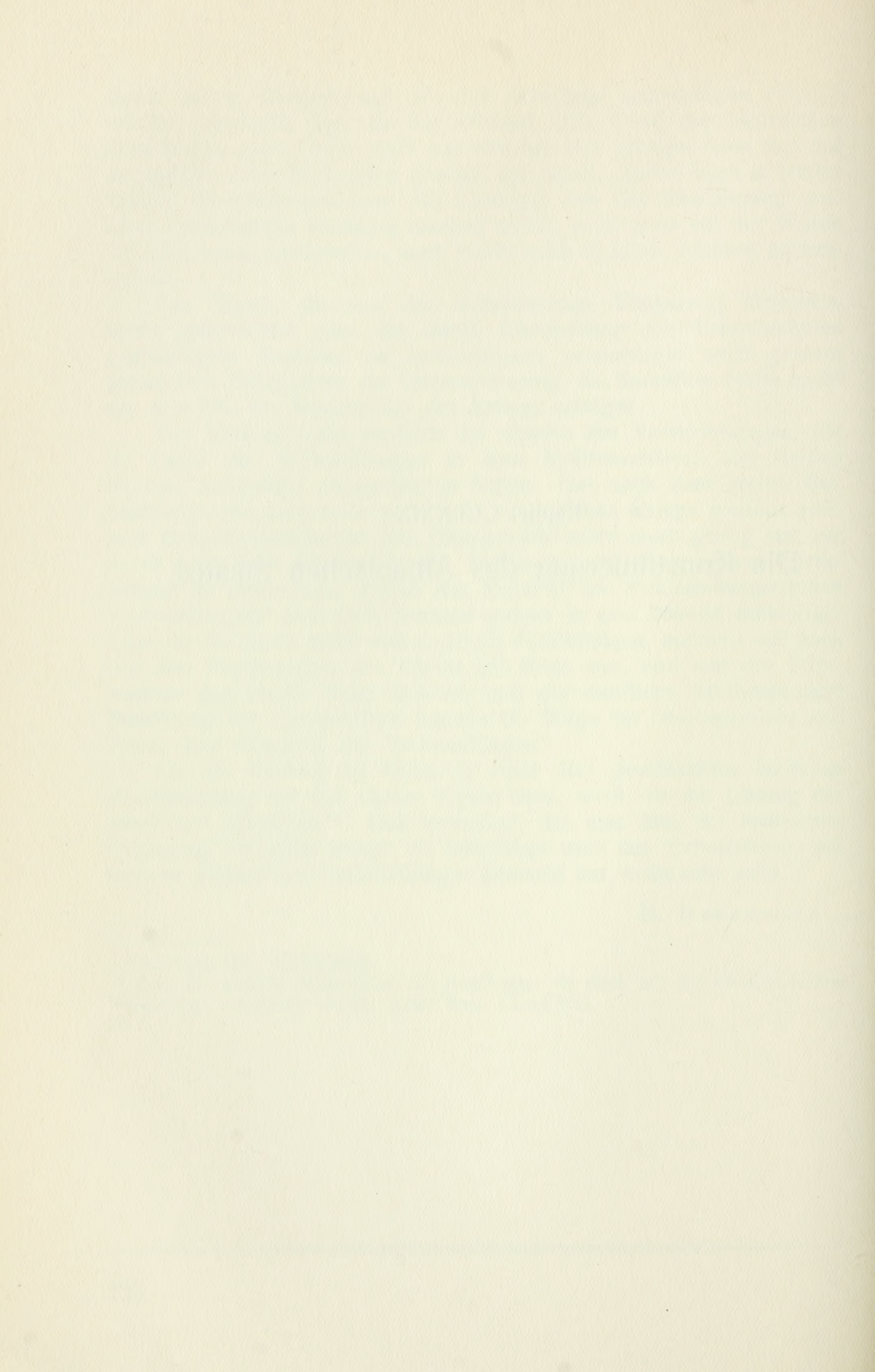
R. Bassewitz

---

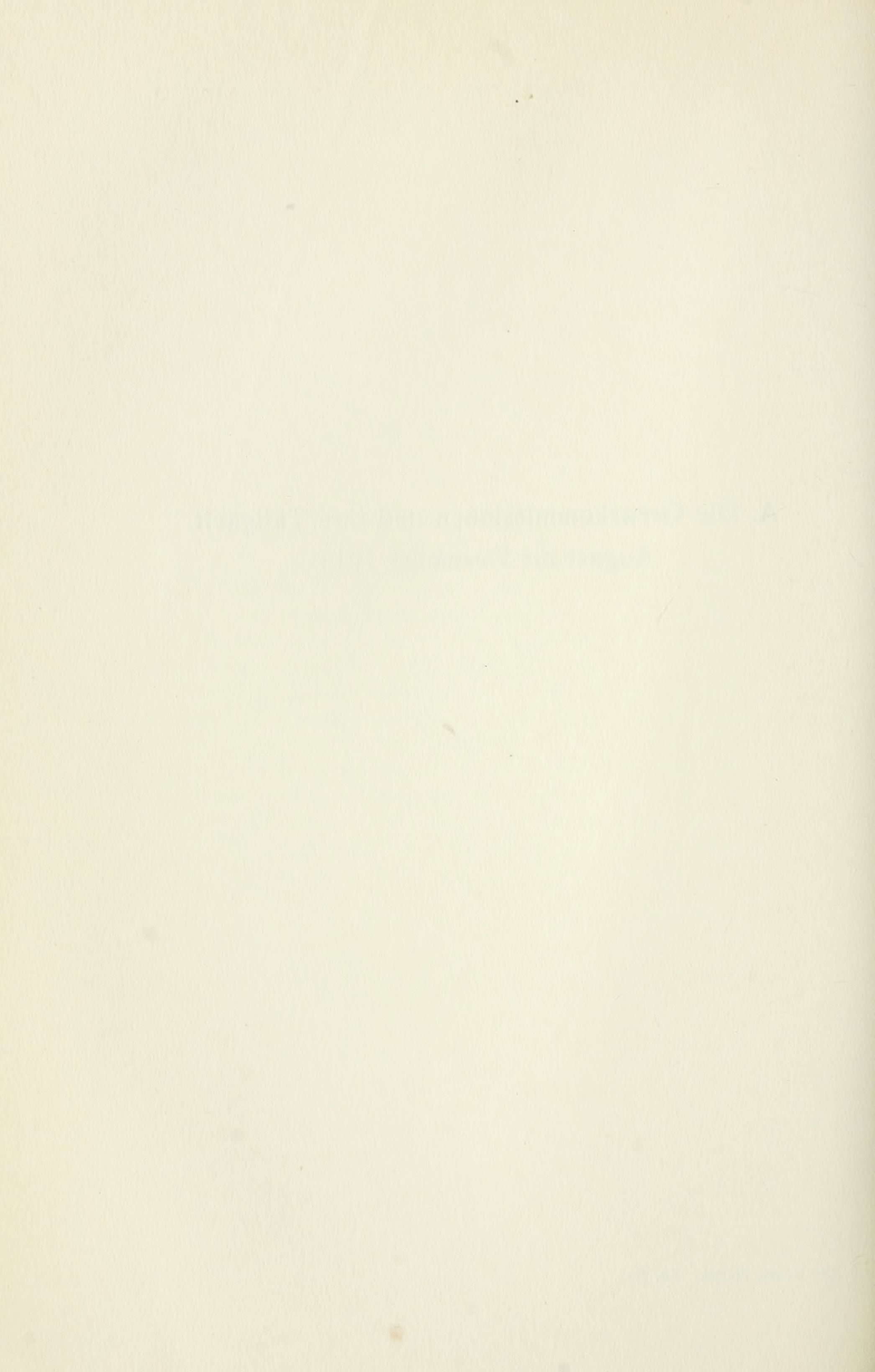
* Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.
** Über die weitere Behandlung der Inselfrage, die stark mit der südalbanischen Grenzfrage verquickt wurde, siehe Kap. CCLXXXI.

Kapitel CCLXXIX

Die Konstituierung des Albanischen Staates



A. Die Grenzkommissionen und ihre Tätigkeit August bis Dezember 1913



Nr. 13899

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 Athen, den 9. August 1913

Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagt, Kommission zur Prüfung Albaniens* sei von Griechenland angenommen worden zum Studium dortiger Verhältnisse, nicht aber als Schiedsrichter. Minister spricht ernste Besorgnis aus, daß Griechenland eventuell jetzt in Albanien große Opfer werde bringen müssen, die durch Entscheidung der Besitzfrage der durch Italiener besetzten Inseln vielleicht nicht ausgeglichen werden wird. Minister wünscht dringend beide Fragen zusammen, nicht getrennt entschieden zu sehen, womöglich aber nicht jetzt, sondern Oktober.

Eine albanische Bande von 200 Mann ist in griechisches Territorium eingefallen. König hat befohlen, Bande zu verfolgen . . . .** zu nehmen.

Quadt

---

* Am 1. August hatte Sir E. Grey in der Botschafterreunion den Antrag gestellt: Une commission internationale procédera à la délimitation de la frontière sud et sud-est de l'Albanie avec instruction de laisser à l'Albanie Coritza, Stylos et l'île de Saseno. Am 8. August war dieser Antrag auf österreichischen Vorschlag unter genauerer Festlegung der präsumtiven Grenze dahin erweitert worden, daß die Grenzkommission, die nach ethnographischen und geographischen Grundsätzen vorgehen sollte, am 1. September ihre Arbeiten beginnen und bis zum 30. November beenden solle. Die definitiven Beschlüsse der Botschafterreunion über die südalbanische Grenzkommission erfolgten am 11. August. Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13687.

** Zifferngruppe unverständlich.

Nr. 13900

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 255 — Athen, den 11. August 1913

Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat gehört, daß in der Kommission zur Prüfung Albaniens Griechenland nicht vertreten sein soll. Minister bezeichnet dies als Ungerechtigkeit und bedauert, daß Kommission nicht Willen der Bevölkerung zu ergründen habe, sondern nur Sprache. Zu berücksichtigen seien der Wille, das Interesse und das Nationalbewußtsein. Wenn man über ganze Distrikte nach österreichischem Vorschlage* entscheiden wolle, so möge man den Willen der Mehrheit feststellen und achten. Minister sagt, wer könne Griechenland zwingen, in Epirus Beschluß der Mächte auszuführen, [bevor] das Schicksal der von Italienern besetzten Inseln entschieden sei?

Minister wünscht Kompensationen für Abtretung von Saseno**.

Quadt

Nr. 13901

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 — Athen, den 19. August 1913

Italienischer Gesandter und österreichischer Geschäftsträger*** haben Auftrag erhalten, sehr ernste Vorstellungen bei griechischer Regierung wegen Bewaffnung von Banden in Epirus zu erheben.

Italienischer Gesandter hat durch hiesige in griechischen Diensten befindliche italienische Gendarmerieoffiziere gehört, daß, während Bevölkerung in allen Gebieten entwaffnet wird, dies in Epirus nicht geschieht, vielmehr abgenommene Waffen dorthin geschickt werden †.

Quadt

---

* Siehe den genauen Text des von Österreich in der Botschafterreunion vom 8. August vorgebrachten Antrags in Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 683.

** Die Insel Saseno sollte nach Beschluß der Botschafterreunion an Albanien fallen. Vgl. Nr. 13 899, Fußnote *.

*** Prinz zu Fürstenberg.

† Im Anschluß an Telegramm Nr. 261 meldete Graf Quadt am 20. August (Nr. 262): „Privatim von mir aus sagte ich König, da sich Gelegenheit bot,

Nr. 13902

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Athen Grafen von Quadt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 132 Berlin, den 20. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 262*.

Kaiserlicher Botschafter Rom telegraphiert**: „Marquis di San Giuliano sagte mir, es sei leider sicher, daß Griechenland Banden organisiere und bewaffne, um der albanischen Grenzkommission Widerstand zu leisten. Das sei für Österreich und Italien unmöglich zuzulassen. Beide müßten es sogar eventuell mit Waffengewalt hindern. Dadurch würde jede Annäherung an Griechenland gehindert, die er aufrichtig wünsche."

Bitte weiter hinwirken, daß griechischerseits alles vermieden wird, was Unruhen im Epirus begünstigen oder als Begünstigung ausgelegt werden könnte.

Jagow

Nr. 13903

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 266 Athen, den 21. August 1913
[pr. 22. August]

Antwort auf Telegramm Nr. 132***.

Habe nach Benehmen mit hiesigem italienischen Gesandten Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgeteilt, daß Marquis di San Giuliano sehr beunruhigt über angebliche Bandenbewaffnung in Epirus sei.

Minister leugnet, daß Griechenland Bildung von Banden oder Bewaffnung der Bevölkerung in Epirus unterstütze. Er weist darauf

---

ich glaubte nicht, daß es in Griechenlands Interesse gelegen sei, daß Bevölkerung in Epirus Organisierung von Unruhen durch Belassung von Waffen erleichtert würde. König sprach sich sehr bitter darüber aus, daß Mächte Epirus beschnitten und besonders, daß Koriza nicht griechich werden soll."

* Siehe Nr. 13 901, Fußnote †.

** Telegramm Nr. 6 vom 20. August.

*** Siehe Nr. 13 902.

hin, daß, falls Griechenland mit der Regelung der albanischen Frage nicht einverstanden sein werde, es dies durch Nichträumung der Gebiete dokumentieren könne und nicht zu einem Eingreifen der Bevölkerung Zuflucht zu nehmen brauche. Die Grenzkommission werde überdies in den okkupierten Gebieten unter Schutz der griechischen Regierung stehen. Auch nach der sicher zu erwartenden Verständigung habe Griechenland keine Interessen an irgendwelchen Unruhen im neuen Albanien. Er habe deshalb ja auch schon Vorstellungen in Rom wegen Bewaffnung der albanischen Bevölkerung erhoben.

Minister will diesen griechischen Standpunkt in Rom darlegen, um Bedenken Marquis di San Giulianos zu zerstreuen.

Bassewitz

Nr. 13904

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler, z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Konzept

Nr. 109 Berlin, den 23. August 1913

Nach Londoner Beschlüssen soll internationale Grenzkommission für Südalbanien 1. September Arbeit beginnen. Englische Regierung bezeichnet heute Major Doughty Wyllie als Delegierten. Als deutschen Vertreter schlagen Kriegsministerium und Generalstab Major Thierry, Bataillonskommandeur Grenadierregiment Nr. 3, vor, der durch Sprachkenntnisse und persönliche Eigenschaften besonders geeignet erscheint.

Bitte hierfür Genehmigung Seiner Majestät erbitten und allerhöchste Entschließung drahten *.

Jagow

Nr. 13905

Der Botschafter in Rom von Flotow, z. Z. in Saltino, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Saltino, den 23. August 1913

Griechenland hat hier und — wie Marquis di San Giuliano glaubt — auch in Wien erklärt, in Albanien fänden so heftige Ver-

* Am 24. August meldete der Gesandte von Treutler mittels Telegramm Nr. 94 die kaiserliche Zustimmung.

folgungen der Orthodoxen statt, daß es sie auf die Dauer nicht ruhig mit ansehen könne. Minister besorgt, Griechenland plane Vorgehen in Grenzgebieten, das für Italien und Österreich ernste Komplikation schaffen würde. Er befürchtet, wieder in Gegensatz zu Griechenland getrieben zu werden.

Flotow

Nr. 13906

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 Athen, den 24. August 1913

Italienischer Gesandter sagt mir, seine Regierung wünsche, ich solle griechische Regierung informieren, daß Österreich und Italien bei Widerstand gegen Beschlüsse der albanischen Grenzkommission eventuell mit Waffengewalt einschreiten würden. Erbitte Drahtweisung, ob ich diesen Schritt unternehmen soll.

Bassewitz

Nr. 13907

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 137 Berlin, den 25. August 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 271 *.

Bitte dortiger Regierung weiter freundschaftlich von Widerstand gegen Beschlüsse albanischer Grenzkommission abraten, da andernfalls Folgen unübersehbar.

Jagow

Nr. 13908

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 Athen, den 24. August 1913
[pr. 25. August]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 261 **.

Gemeinsame österreichisch-italienische Demarche wurde heute

---

* Siehe Nr. 13 906.
** Siehe Nr. 13 901.

mündlich bei Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Ministerpräsidenten ...*. Die beiden Regierungen protestieren energisch gegen griechische Maßnahmen, die nur gegen Beschlüsse der Botschafterkonferenz und der albanischen Grenzkommission gerichtet sein könnten. Als Beispiele wurden angeführt Entsendung von Geschützen nach Santi Quaranta, Bewaffnung der Bevölkerung, Milizformierungen.

Ministerpräsident äußerte sich sehr erregt in gleichem Sinne wie Minister der auswärtigen Angelegenheiten mir gegenüber (vgl. Telegramm Nr. 266**), versprach weitere Antwort.

Bassewitz

Nr. 13909

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 271 Wien, den 29. August 1913

Graf Berchtold bat mich heute, Euerer Exzellenz zu sagen, wie viel ihm daran liegen würde, daß bei den Arbeiten der südalbanischen Abgrenzungskommission der Dreibund geschlossen auftrete. Italiens sei er sicher, England werde sich wohl ziemlich neutral verhalten, aber seitens Rußlands und Frankreichs, die dort politische Sonderinteressen verfolgten, seien Schwierigkeiten zu erwarten. Um so wichtiger würde es sein, wenn die deutschen Delegierten den hiesigen Wünschen betreffend die Abgrenzung Südalbaniens wohlwollend entgegenkommen und wirksam mithelfen würden, ein lebensfähiges Albanien zu schaffen [1]. Vor allem werde es hierbei darauf ankommen, daß man sachlich und nach rein praktischen und ethnischen Grundsätzen zu Werke gehe [2], ohne sich durch die von griechischer Seite zu erwartende Agitation [3] beirren zu lassen [4], die nichts unversucht lassen würde, möglichst viel für die griechische Sache herauszuschlagen. Nach den großen Errungenschaften aber, die Griechenland durch die jüngsten Ereignisse zugefallen, hoffe er, der Minister, daß auch die Interessen Albaniens entsprechende Berücksichtigung erfahren würden [5]. Wenn wir ihn hierbei unterstützen wollten [6], würde er das mit besonderem Danke erkennen.

W. Prz. Stolberg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist völlig ausgeschlossen, das kann er nicht einmal

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 13 903. Vgl. auch das Telegramm des k. und k. Geschäftsträgers in Athen Prinzen E. Fürstenberg an Graf Berchtold vom 24. August, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 417.

[2] das ist ebenso unmöglich
[3] aha!
[4] dort werden „ethnische Gründe" nicht anerkannt
[5] nur so viel es geboten
[6] nicht auf Kosten Griechenlands oder griechischer Gemeinden

Nr. 13910

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept

Nr. 1288 Berlin, den 1. September 1913

Auf den Bericht Nr. 272 vom 30. v. Mts.*

Ew. pp. bitte ich, dem Grafen Berchtold für seine Anregung zu danken und ihm mitzuteilen, daß Major Thierry vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreuß.) Nr. 3, der bis vor kurzem dem Großen Generalstabe zugeteilt war, zum deutschen Delegierten der südalbanischen Abgrenzungskommission ernannt ist. Major Thierry ist am 1. d. Mts. in Brindisi eingetroffen, um sich von dort aus zusammen mit den übrigen Delegierten nach Albanien zu begeben. Wir hatten angenommen, daß unser Delegierter der Hilfe eines Dolmetschers nicht bedürfen würde. Sollte Major Thierry nachträglich Wünsche nach einer solchen Hilfskraft äußern, so dürfen wir uns vorbehalten, auf den Vorschlag des Grafen Berchtold zurückzukommen.

Jagow

Nr. 13911

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Telegramm. Konzept

Nr. 142 Berlin, den 1. September 1913

Wie Ew. pp. bekannt, hat Londoner Botschafterversammlung Kap Stylós—Koriza als vorläufige Südgrenze Albaniens festgesetzt und Details internationaler Grenzkommission übertragen, die heute Arbeiten beginnt. Bitte Londoner Beschluß dortiger Regierung mitteilen, falls Ihre Kollegen entsprechende Instruktion erhalten**.

Jagow

---

* Nach Bericht Nr. 272 Prinz zu Stolbergs hatte Graf Berchtold gelegentlich einer Anfrage nach der Person des deutschen Abgrenzungskommissars einen Rechtskonsulenten Çakos als eventuellen Dolmetscher für denselben empfohlen.
** Vgl. auch die entsprechende Weisung Graf Berchtolds für den k. und k. Geschäftsträger in Athen Prinzen E. Fürstenberg vom 2. September, Österreich-

Nr. 13912

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 333 Athen, den 29. August 1913
Streng vertraulich [pr. 3. September]

Seine Majestät der König hatte heute die Gnade, mich zu empfangen.

Im Verlaufe der Audienz brachte Seine Majestät das Gespräch auch auf die noch schwebenden albanesischen Fragen. Seine Majestät sagte, er sei entschlossen, bis zum äußersten Widerstand zu leisten, falls er die Beschlüsse der Grenzkommission nicht annehmen könne. „Auch wenn die Großmächte kommen und mich hier blokkieren", fügte Seine Majestät halb scherzend hinzu. Im übrigen sei Adrianopel ein neuer Beweis dafür, daß den Beschlüssen der Mächte nicht notwendig die Taten folgen.

Über die Zusammensetzung der Kommission, soweit ihm diese bekannt war, sprach sich der König ziemlich besorgt aus. Seine Majestät war namentlich sehr ungehalten über die Ernennung des österreichischen Konsuls Bilinski in Jánnina zum Mitglied der Kommission. Dieser sei ihm nur zu gut bekannt von früher, namentlich von der Einnahme von Jánnina her, wo türkische Soldaten in seinem Konsulate versteckt habe, die Seine Majestät dort habe festnehmen lassen müssen.

Mit dem österreichischen Geschäftsträger Prinzen Fürstenberg hatte Seine Majestät der König heute gleichfalls eine längere Unterredung über die albanischen Fragen, in der er seinen Standpunkt rückhaltlos darlegte. Seine Majestät betonte auch dem Prinzen Fürstenberg gegenüber, daß er entschlossen sei, nicht nachzugeben. Es sei ihm unmöglich, der im Lande herrschenden Stimmung nicht Rechnung zu tragen. Diese verlange zum Beispiel unter allen Umständen die Angliederung Korizas an Griechenland. Auf den Einwand, daß ein feststehender Beschluß der sechs Großmächte doch gewiß dem Volke gegenüber ein Nachgeben rechtfertigen würde, erwiderte Seine Majestät, daß er eine Angliederung Korizas an Albanien persönlich als solche Ungerechtigkeit empfinden würde, daß er schon aus diesem Grunde den äußersten Widerstand zu leisten entschlossen sei. Seine Majestät fügte hinzu, er wisse, daß er in diesen Fragen noch intransigenter sei wie seine Regierung. In Beziehung auf die österreichische Politik sagte Seine Majestät, es sei ihm bekannt, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph gar nicht so antihellenisch

---

Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 429.

gesinnt sei; die griechenfeindliche Stimmung sei lediglich auf die Politik des Grafen Berchtold und des Marquis di San Giuliano zu rückzuführen. Seine Majestät bat aber, dies Gespräch ganz als Privatgespräch aufzufassen, namentlich wolle er vermieden wissen, daß der Inhalt zur Kenntnis der italienischen Regierung gelange. Im Gespräch mit dem italienischen Gesandten Grafen Bosdari habe er Albanien nicht erwähnt.

Aus allen Äußerungen Seiner Majestät des Königs ging jedenfalls der feste Wille hervor, nicht ohne weiteres die Beschlüsse der Grenzkommission anzunehmen.

Das große Verantwortlichkeitsgefühl des Königs, verbunden mit einer starken religiösen Überzeugung für die ihm erteilte Mission haben wohl in ihm den festen Entschluß entstehen lassen, die Griechen Albaniens, die ihre Vereinigung mit dem Mutterlande wünschen, nicht preiszugeben.

Diese Entschlossenheit wird auch nicht ohne Einwirkung auf die Regierung bleiben. Nicht nur der leicht etwas chauvinistische Herr Koromilas äußerte mir gegenüber neulich, daß man bestimmt hoffe, Koriza für Griechenland zu erhalten, auch Herr Veniselos scheint in der albanischen Frage die ihn sonst auszeichnende ruhige Überlegtheit verloren zu haben. So sagte mir Graf Bosdari, daß er den Ministerpräsidenten ganz verändert gegen früher, erregt und intransigent, gefunden habe. Er schob diese Stimmung allerdings auf die großen Erfolge und den begeisterten Empfang, der Herrn Veniselos nicht nur hier, sondern auch in Belgrad* und Bukarest bereitet worden ist. Teilweise mag die augenblickliche Stimmung auch auf den Eindruck zurückzuführen sein, den die griechische Deputation aus Koriza hier hinterlassen hat, die sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von Seiner Majestät dem König empfangen worden ist und über die ich Euerer Exzellenz an anderer Stelle zu berichten die Ehre hatte.

R. Bassewitz

Nr. 13913

Aide-mémoire

Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville am 4. September 1913 übersandt

Reinschrift

Berlin, September 4, 1913

Lord Granville has been informed by Sir Edward Grey that the Greek Government have put forward a request that a Greek

* Nach Abschluß des Bukarester Friedens (10. August) hatte sich Veniselos über Belgrad, wo der Friedensschluß mit großem Applomb gefeiert wurde, nach der Heimat zurückbegeben.

Representative should be permitted to accompany the Commission for the delimitation of the Southern frontier of Albania in order to furnish information. Lord Granville has been instructed to enquire what view is taken by the Imperial Government in regard to this request, whilst reminding His Excellency Herr von Jagow that a similar request received from the Servian Government respecting the Northern frontier of Albania was not entertained by the Powers.

Schlußbemerkung von Jagows:

Der griechische Geschäftsträger hat mir heute den Wunsch seiner Regierung vorgetragen. Ich habe ihm erwidert, daß ich — si omnes — an sich nichts dawider haben würde, daß ich aber die Frage für bedenklich hielte, weil bereits ein gleicher Antrag Rumäniens (soviel ich wüßte) abgelehnt worden sei.

Lord Granville, der darauf zu mir kam, habe ich die dem griechischen Geschäftsträger gegebene Antwort mitgeteilt.

4.IX.13. J.

Nr. 13914

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept

Nr. 1312 Berlin, den 5. September 1913

Als deutscher Delegierter zur nordalbanischen Grenzkommisison ist Major von Laffert vom Großen Generalstab in Aussicht genommen. Infolge unvorhergesehener Hindernisse * kann Herr von Laffert hier erst am 15. September abreisen. Eine andere gleich geeignete Persönlichkeit ist zurzeit nicht verfügbar. Vielleicht könnte die Kommission nötigenfalls ihre Arbeit zunächst ohne den deutschen Delegierten beginnen. Ew. pp. wollen umgehend die Ansicht des Grafen Berchtold feststellen und drahten.

Jagow

Nr. 13915

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Brindisi, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Brindisi, den 4. September 1913
[pr. 7. September]

Der Zusammentritt der südalbanischen Grenzkommisison ist bisher noch nicht erfolgt. Pünktlich zur Stelle waren außer mir nur

---

* Major von Laffert war, wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, wegen der Kaisermanöver, wo er als Chef des Stabes einer Kavalleriedivision fungierte, unabkömmlich.

die Delegierten Englands und Rußlands *. Gestern abend kam dann noch der dem italienischen Delegierten ** zugeteilte Hauptmann an. Alle übrigen Mitglieder fehlen, auch war bisher bei ihren Konsulaten über den Zeitpunkt ihrer Ankunft nichts zu erfahren. Wir werden also warten; der Russe hat es allerdings vorgezogen, gestern abend nach Athen zurückzufahren, wo er Militärattaché ist.

Der englische Delegierte — Major Doughty-Wyllie, der schon seit Jahren im diplomatischen Dienst, zuletzt in Abessinien, beschäftigt ist — macht einen sehr sympathischen, offenen Eindruck. Er sagte mir, daß er alles einsetzen werde, damit die Kommission zu einem positiven Ergebnis kommt, denn seiner Regierung liege nur daran, daß endlich Ruhe auf dem Balkan einziehe; ob Albanien etwas größer oder kleiner werde, sei ihr egal. Ich glaube, daß ihm bei größeren Meinungsverschiedenheiten der Kommission eine ausschlaggebende Rolle beschieden sein wird, und gedenke dann an seiner Seite zu vermitteln. Im übrigen freut er sich auf die Jagd in den albanischen Gebirgen; er ist begleitet von seiner Frau.

Der russische Oberst Goudin Leokowitsch, ein äußerst gebildeter, gewandter und ehrgeiziger Offizier, ist ein begeisterter Verehrer der Griechen (oder tut wenigstens so!) und macht sich über die Schaffung eines selbständigen Albaniens lustig. Er wird ein scharfer und gefährlicher Gegner der österreichisch-italienischen Forderungen sein.

An dem italienischen Hauptmann Castoldi hat die Kommission anscheinend ein sehr wertvolles Mitglied erhalten. Er war siebeneinhalb Jahre Gendarmerieoffizier in Mazedonien, kennt also die Balkanverhältnisse genau und beherrscht vier oder fünf dortige Sprachen. Er scheint ein Mann voller Tatkraft und von äußerst praktischer Veranlagung zu sein. Vom Tripolisfeldzug her ist er Ritter des höchsten italienischen Kriegsordens, unserem Pour le mérite entsprechend.

Oberst Leokowitsch, der den griechischen Feldzug in Epirus mitgemacht, sowie Hauptmann Castoldi sind nun übereinstimmend der Ansicht, daß unsere Expedition der sorgfältigsten Vorbereitung bedarf, da in dem strittigen Gebiet absolut nichts zu bekommen sein wird, wenn wir nicht auf die Hilfe der griechischen Truppen angewiesen sein wollen. Pferde sind im Lande kaum mehr in brauchbarem Zustande vorhanden, die Bevölkerung soll selbst schon Mangel leiden, auch auf Unterkunft wird die vielköpfige Kommission nur in einigen größeren Orten rechnen können. Hier in Brindisi ist eine Ausrüstung, wie wir sie brauchen, unmöglich. Es fand daher bei uns der Vorschlag des Herrn Castoldi allgemeine Zustimmung, daß wir, sobald vollzählig, per Schiff nach Saloniki fahren, wo wir leicht die nötigen Reit- und Tragtiere sowie Kawassen ermieten sowie Kon-

* Oberst Leokowitsch.
** Konsul Labia.

serven und Lagergerät einkaufen können. Sodann wollen wir per Bahn nach Monastir und von dort im Automobil nach Koriza fahren. Ich hoffe, daß der Vorschlag auch bei den Späterkommenden Zustimmung findet.

In italienischen Zeitungen soll gestanden haben, daß ihre Regierung der Kommission Ärzte, Pferde und eine Eskorte von 80 Mann stellen und uns mit einem Kriegsschiff nach Albanien fahren wolle. Ob diese Absicht wirklich vorhanden, konnte ich weder bei Hauptmann Castoldi noch beim Platzkommandanten erfahren. Bei den Vertretern Englands und Rußlands besteht auf jeden Fall gar keine Lust, ein solches Angebot der stark interessierten Macht anzunehmen; außerdem sagen sie — wohl mit Recht, und Hauptmann Castoldi stimmt dem bei —, daß wir italienische Kavalleriepferde auf den Gebirgspfaden gar nicht gebrauchen könnten, und daß außerdem die Gefahr von Mißhelligkeiten zwischen der Eskorte und den griechischen Okkupationstruppen bestehen würde.

So wie die Verhältnisse jetzt liegen, glaube ich daher, daß die Arbeiten der Kommission an Ort und Stelle kaum vor dem 20. d. Mts. beginnen werden.

Sobald die Kommission vollzählig versammelt und der Entschluß über den Reiseweg gefaßt ist, werde ich telegraphische Meldung erstatten. Post würde mich dann vorerst über Konsulat Saloniki, später über Korfu erreichen. Sollten bis 7. d. Mts. noch Mitglieder fehlen, werde ich ebenfalls telegraphieren, um eine Anfrage des Auswärtigen Amts zu ermöglichen.

Ich möchte zum Schluß noch erwähnen, daß ich gestern zufällig einige Stunden mit Professor Dörpfeld und Geheimrat von Duhn zusammen war. Die beiden Archäologen erhoffen die Angliederung fast des ganzen strittigen Gebietes an Griechenland und würden es für ein großes Unrecht halten, griechisches Kulturland an Albanien preiszugeben. Bei der Bedeutung der beiden Gelehrten, die auch bei Seiner Majestät dem Kaiser öfters empfangen worden sind, glaube ich die Äußerungen wiedergeben zu sollen, wenn ich sie auch für etwas einseitig halte.

Thierry, Major

Nr. 13916

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 — Wien, den 7. September 1913

Antwort auf Erlaß Nr. 1312*.

Hiesige Regierung nimmt Vorschlag betreffend eventuellen Be-

* Siehe Nr. 13 914.

ginn Kommissionsarbeiten ohne deutschen Delegierten dankbar an*. Russischer und französischer Delegierter auch noch nicht zur Stelle.

Stolberg

Nr. 13917

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 335 Athen, den 2. September 1913
[pr. 8. September]

Über die internationale Kommission, welche die Grenzen zwischen Griechenland und Albanien festsetzen soll, bringt die Zeitung „Nea Imera“ in ihrer Nummer vom 18./31. August d. Js. einen anscheinend regierungsseitig inspirierten Artikel, in dem es unter anderm heißt:

„Die Kommission zählt zu ihren Mitgliedern leider zwei Personen, die sich nicht durch Unparteilichkeit auszeichnen, die vonnöten ist, damit das Werk der Kommission Autorität besitzt. Wir meinen die Vertreter Italiens** und Österreichs***. Von diesen war der eine Konsul in Jánnina, der andere in Monastir; beide sind bekannt wegen ihrer Tätigkeit zur Durchsetzung der italienischen und österreichischen Interessen in Epirus und Albanien. Man kann sich daher vorstellen, wie man an Ort und Stelle arbeiten wird, um die rein griechische Gesinnung der epirotischen Gebiete, die von der Londoner Botschafterkonferenz für bestritten erachtet wurden, zu fälschen. Wir fürchten, daß es den Vertretern Österreichs und Italiens gelingen wird, ihre Ansichten den übrigen Mitgliedern der Kommission aufzudrängen. Wenn das geschehen sollte, so wird die epirotische Frage nicht so leicht gelöst werden, wie man in den diplomatischen Kreisen Europas annimmt. Wir sind nicht in der Lage zu wissen, welche Haltung die griechische Regierung einnehmen wird, wenn der Beschluß der Kommission für Griechenland ungünstig sein sollte. Wir wissen aber bestimmt, daß die griechische Bevölkerung von Koriza bis Chimára keinesfalls gesonnen ist, sich eine Angliederung an das jämmerliche Machwerk der europäischen Diplomatie, welches albanischer Staat benannt wurde, gefallen zu lassen. Der Beschluß der Mächte genügt nicht, um das Nationalbewußtsein aller dieser rein griechischen Gebiete zu erdrosseln. Es handelt sich nicht um Achtungs-

---

* Am 9. September wurde mittels Erlaß Nr. 1156 von der österreichischen Zustimmung nach Rom Mitteilung gemacht.
** Konsul Labia.
*** Generalkonsul Bilinski.

verletzung gegen die Mächte, es handelt sich um einen Kampf der nationalen Selbsterhaltung. Wenn ganz Europa schweigt und die Zerreißung des Londoner Friedens sich gefallen läßt, wenn die Türken ohne einen neuen Krieg Adrianopel wiedererhalten, so würde die Bevölkerung von Epirus, die sich zu Sklaven machen und einem Staate anschließen ließe, dessen Schaffung ganz und gar ungerechtfertigt und eine Beleidigung für die Kultur war, Verräter sein. Wenn der Vertrag von London verletzt wird, wie es geschehen ist, und keine Macht sich dadurch getroffen fühlt, so sehen wir nicht ein, weshalb die Absteckung der Grenzen von Albanien, die von der Botschafterkonferenz in London vorgenommen wurde, ohne daß ein Vertrag oder eine Verpflichtung besteht, die Achtung seitens des offiziellen Griechenland und der epirotischen Bevölkerung herausfordern soll. Griechenland hat nicht zwei siegreiche Kriege geführt, um Epirus an die Albanier abzutreten. Die Epiroten werden selber wissen, was sie zu tun haben; sie brauchen von hier aus nicht zum Widerstand ermuntert zu werden."

R. Bassewitz

Nr. 13918

Kaiser Wilhelm II., z. Z. Neues Palais, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1 Neues Palais, den 6. September 1913

Auf der Fahrt hierher begann der König* gleich über Epirus und Koriza zu sprechen unter Hervorhebung der Schwierigkeiten, die er

* Vom 6. bis 8. September fand ein allerdings nicht offizieller Antrittsbesuch König Konstantins von Griechenland am Berliner Hofe statt. Am 8. überreichte Kaiser Wilhelm seinem Gaste den Feldmarschallstab. In der Ansprache, die der Kaiser bei dieser Gelegenheit hielt, hieß es unter anderem: „Euere Majestät haben die Gnade gehabt, während und nach dem Kriege — wiederholt und öffentlich — zu bekunden, daß die großen Erfolge, die Eurer Majestät zu erringen mit Gottes Hilfe vergönnt war, nächst der heroischen Tapferkeit und der opferfreudigen Hingabe aller griechischen Truppen den bewährten preußischen Grundsätzen über die Kriegführung zu verdanken seien. Diese seien von Euerer Majestät und den Offizieren allerhöchst Ihres Stabes in Berlin beim 2. Garde-Regiment zu Fuß und auch der preußischen Kriegsakademie erworben und hätten, in die Praxis umgesetzt, sich glänzend bewährt." König Konstantin antwortete im gleichen Sinne, da Rede und Antwort in Paris im Hinblick auf die Tätigkeit der französischen Militärmission in Griechenland verstimmten, so brachte am 11. September die offiziöse „Agence d'Athènes" eine Erklärung, die unter anderem besagte: „Griechenland wird niemals die großen Dienste, das Wohlwollen und die kostbare Mitarbeit vergessen, die Frankreich jederzeit Griechenland geleistet hat, und ebensowenig die Dienste des Generals Eydoux und der französischen Militärmission. Die öffentliche Meinung wünscht bren-

im eigenen Lande bei Nachgeben in Frage sofort erfahren werde. Ich wies auf die großen Erfolge, die er errungen, hin. Janina, Salonik, Cawalla und last not least Kreta. Lauter uralt hellenische Pelita, die zu erhalten noch Jahrzehnte gedauert haben würde. Das alles bringe er als Morgengabe seinem Volk auf einem „Plateau“ dar! Das sei so gewaltig, daß daneben eine kl[eine] Epirot[ische] Grenzberichtigung absolut gar keine Rolle spiele und wertlos sei! Der König bemerkte, dass sei Italien, welches ihm nicht günstig gesonnen sei. Ich widerlegte dies, mit dem Bemerken, es sei dir und mir nach gründlicher Arbeit endlich gelungen, Italien ganz für unsere Politik Athen gegenüber zu gewinnen; gestern erst noch habe Bollati diese Meldung in San Giulianos Namen mir mündlich überbracht; mit dem Hinzufügen, daß Rom sich überzeugt habe, daß unsere Politik doch die richtige vis-à-vis Griechenland sei*. Der König war zum äußersten erstaunt und wollte die Nachricht zuerst gar nicht glauben. Er wies darauf hin, daß Italien ihn stets im Verdacht habe, er wolle die Geschäfte Frankreichs besorgen und neige zu Paris, er denke gar nicht daran, so was zu tun; er wollte sich uns accommodiren. Ich bemerkte, daß die Pariser Presse diese Gerüchte unwidersprochen stets der Welt verkündet habe; wenn dem nicht so sei, möge er für Richtigstellung und Aufklärung in Paris und der Athener Presse Sorge tragen. Als er wieder die Epirot[ische] Grenze besprach und die Volkswünsche, legte ich ihm nahe, daß nach dem eben gehörten, es für ihn viel Wichtiger sei, auf die Mitwirkung und Gunst der zweitstärksten Mittelmeermacht, die maritim auch auf Oesterreich[ische] und Deutsche Unterstützung rechnen könne, zu bauen, als Italien durch Lappalien einzelner kl[einer] Grenzörtchen in Epirus, von vornherein gegen sich einzunehmen. Seine Zukunftsaufgaben seien Ausbau der Erworbenen, Befestigung und Schutz Cawallas gegen Bulg[arische] Velleitäten, und gutes Verhältnis zu Stambul, unter Anlehnung an Italien-Österreich, damit auch an uns, und enge Fühlung mit Bukarest. Der König stimmte dem lebhaft zu und sagte, auf die Weise werde der Bulgare gut eingestellt. Ich zeigte ihm auch von Ferne die Möglichkeit, daß event[uel]l Rom auch mal in der Inselfrage mit Entgegenkommen handeln könnte; das dürfe doch durch Koritza nicht zerstört werden. Diese letztere Bemerkung schien ihren Eindruck nicht zu verfehlen. Ich

---

nend, den schlechten Eindruck zu verwischen, der durch dieses unglückliche Mißverständnis hervorgerufen wurde, das sich keineswegs gegen Frankreich richtet.“ Um den üblen Eindruck seiner Berliner Rede zu verwischen, kam König Konstantin, der am 19. September in Paris eintraf, mit Poincaré überein, in einem dortigen Trinkspruche nun auch die Verdienste der französischen Militärmission zu rühmen. Trotzdem zeigte man ihm in Paris die kalte Schulter. Vgl. den Bericht des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 25. September. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 287 ff.

* Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXIII, Anhang.

wies auf Wilhelm des Großen Mäßigung anno 66 hin. Kein Einzug in Wien, kein Böhmen, kein Ansbach-Bayreuth, dafür 3 Bund u[nd] Deutsches Reich! Er stimmte zu und wurde sehr nachdenklich. Übrigens bedankte er sich sehr warm für unsere Unterstützung, durch die allein er seine polit[ischen] Erfolge erzielt habe; ebenso wie seine Siege durch die preuss[ische] Schule, die er und seine Offiziere durchgemacht, errungen wurden *.

Wilhelm I. R.

Nr. 13919

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Reinschrift

Geheim　　　　Berlin, den 7. September 1913

Ich hatte Gelegenheit, am Tage vor der Ankunft des Königs von Griechenland Seiner Majestät dem Kaiser die südalbanische Grenzfrage darzulegen und ihn zu bitten, auch seinerseits dem König Konstantin zur Nachgiebigkeit hinsichtlich Korizas zu raten.

Seine Majestät erklärten sich hierzu bereit und sandten mir gestern nachmittag das angeschlossene Telegramm über seine Unterredung mit dem König**.

Gestern abend vor dem Diner im Neuen Palais empfing mich der König von Griechenland. Ich habe bei diesem Anlaß ihm dringend geraten, im Hinblick auf die allgemeine Politik und das Interesse

* Am 8. September hatte auch der Gesandte von Treutler, der den Kaiser ins Manöver begleitete, in Bad Salzbrunn in Schlesien ein Gespräch mit König Konstantin. In einem Priatbrief Treutlers an Staatssekretär von Jagow von diesem Datum, der in der Hauptsache eine Unterredung mit dem ebenfalls bei den Manövern anwesenden österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf wiedergibt (siehe Band XXXIX, Kap. CCXCVIII, Nr. 15 793), heißt es darüber: „Nur ein paar Worte, um Ihnen zu sagen, daß ich heut lange mit dem König über Koriza etc. in dem gleichen Sinn gesprochen habe wie Sie. Er machte mir die gleichen Einwendungen, wie Sie mir schon erzählten, und betonte mehrmals, die Mächte würden sich daran gewöhnen müssen, ihn als einen Faktor anzusehen, der nicht ignoriert oder als quantité négligeable behandelt werden könnte. Die Unmöglichkeit, das Nationalitätsprinzip überall durchzuführen, gab er zu, meinte aber, in Koriza liege für ihn eine Pflicht vor, weil er fürchten müsse, daß der griechische Charakter der Stadt gewaltsam ausgerottet werden würde. Ich wies ihm die Unwahrscheinlichkeit dieser Annahme gerade an Beispielen am Balkan nach. Am meisten Eindruck machte es ihm, als ich ihm sagte, daß er durch Nachgeben über Koriza auf relativ billige Weise den von ihm behaupteten Argwohn der Österreicher und Italiener, er wolle doch in französischen Bahnen wandeln, zerstören könne."

** Siehe Nr. 13 918.

Griechenlands in der südalbanischen Grenzfrage und besonders hinsichtlich Korizas nicht intransigent zu sein und nicht durch nutzlosen Widerstand sich mit Österreich und Italien zu verfeinden. Der König konnte sich meinen Argumenten zwar nicht verschließen, er hat sich aber mit seinen Wünschen und Erklärungen offenbar auf Koriza sehr festgelegt und es wird ihm schwer, darauf freiwillig zu verzichten. Er möchte sich lieber zwingen lassen. Graf Quadt glaubt nach seiner Kenntnis des Königs, daß die Ratschläge Seiner Majestät des Kaisers wie die meisten erst allmählich bei ihm wirken werden, er also schließlich doch wohl nachgeben wird. Der König versicherte mich im übrigen, daß es seine feste Absicht sei, die griechische Politik nach dem Dreibund zu orientieren, wenn er auch aus politischen und finanziellen Gründen Frankreich nicht so plötzlich den Rücken wenden könne. Er denkt daran, auf seiner Rückreise nach Griechenland im Oktober eventuell in Wien einen Besuch zu machen und sagte mir, er habe dem serbischen Kronprinzen auch dringend geraten, Serbien solle sich mit Österreich gut stellen. Doch klagte der König sehr über die unfreundliche Haltung, die man in Wien und Rom Griechenland gegenüber einnehme und die auch in vielen Detailfragen zum Ausdruck käme.

Jagow

Nr. 13920

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept

Nr. 1325 — Berlin, den 10. September 1913
Streng vertraulich

Seine Majestät der König von Griechenland empfing mich Sonnabend abend vor dem Diner im Neuen Palais. In der längeren Unterhaltung, die ich mit dem König hatte, klagte derselbe lebhaft darüber, daß man den albanischen Staat auf Kosten Griechenlands begründen wolle und demselben offenbar viele ganz griechische Gemeinden einzuverleiben drohe. Besonders am Herzen lag ihm das Schicksal Korizas. Von Griechenland abgetrennt und Albanien zugeteilt, würde es zugrunde gerichtet, seine ganzen wirtschaftlichen Verbindungen gingen nach Griechenland, die Bevölkerung sei zum überwiegenden Teil griechisch. Er könne die Stadt unmöglich preisgeben.

Ich riet dem König sehr eindringlich, in der südalbanischen Grenzfrage nicht intransigent zu sein und im Hinblick auf die allgemeine Politik und in Griechenlands eigenem Interesse sich dem

---

* Der gleiche Erlaß ging mutatis mutandis unter Nr. 1158 nach Rom.

Beschluß der Mächte zu fügen. Durch Widerstand würde er nur seine künftige Politik, die er ja nach dem Dreibund orientieren wolle, kompromittieren. Der König verschloß sich meinen Argumenten nicht, kam aber immer wieder auf Koriza zurück. Wie würde er vor der dortigen griechischen Bevölkerung und vor seinem eigenen Lande dastehen, wenn er dies freiwillig preisgebe? Er schien zwar einzusehen, daß es für eine Großmacht schwer sei, Griechenland gegenüber nachzugeben, und gab auch zu, daß wir mit unseren Bundesgenossen gehen müßten, aber er schien es andererseits doch beinahe vorzuziehen, sich zum Zurückweichen zwingen zu lassen. Ich machte den König wiederholt auf das Risiko eines solchen Verhaltens aufmerksam. Daß ihn meine Ausführungen bereits völlig zu einer besseren Einsicht bekehrt hätten, will ich nicht behaupten — er scheint sich speziell auf Koriza sehr festgelegt zu haben —, aber er dürfte durch die hiesigen Eindrücke in seinen Entschlüssen doch schwankend geworden sein, zumal auch seine Majestät der Kaiser ihm sehr eindringlich zum Nachgeben geraten hat.

Hinsichtlich der kutzowalachischen Dörfer sagte König Konstantin, man habe Griechenland in Bukarest erklärt, man habe die Frage in die Hand der Großmächte gelegt und könne die Forderung vor dem Lande nicht zurücknehmen, aber man habe durchblicken lassen, daß Rumänien sich auch mit einer ungünstigen Entscheidung zufriedengeben werde. Die ganze Kutzowalachenfrage, meinte der König, sei nur künstlich zu Propagandazwecken geschaffen, früher hätten sich alle Kutzowalachen, wie die Sina und andere, als Griechen angesehen.

Der König klagte darüber, daß man in Rom und Wien Griechenland gegenüber eine so unfreundliche Haltung einnehme. Er wollte dies aus verschiedenen Anzeichen erfahren haben, auch jetzt wieder aus der Wahl der Abgrenzungskommissare Labia und Bilinski, die beide ausgesprochen griechenfeindlich seien. Namentlich letzterer sei ihm als solcher aus Jánnina bekannt, wo er stark gegen die Griechen agitiert und türkische Soldaten in seinem Hause versteckt hätte.

Im übrigen versichert mich der König auf das bestimmteste, und er hat das auch Seiner Majestät dem Kaiser erklärt, daß er mit dem Dreibund und Rumänien gehen wolle, und zwar zunächst mit letzterem eine Militärkonvention zu schließen wünsche. Ganz wertlos sei die griechische Freundschaft doch nicht, in einigen Jahren könne er etwa 500 000 Mann aufstellen. Man habe Griechenland zwar immer in Verdacht, es neige zu Paris und wolle die Geschäfte Frankreichs besorgen. Dies sei aber nicht der Fall, er wolle sich uns akkommodieren. Doch müsse er dies allmählich tun, er könne bei der augenblicklichen politischen Lage und aus finanziellen Gründen Frankreich jetzt nicht brüskieren. Ich bestätigte den König in der Richtigkeit dieser Auffassung. Auf meine Frage, wieviel Geld Griechenland denn

benötige, entgegnete König Konstantin, etwa 500 Millionen, doch wolle es zunächst nur eine Anleihe von 250 Millionen machen, er wäre sehr dankbar, wenn Deutschland wenigstens einen kleinen Teil übernehmen könne, damit er nicht ganz auf Frankreich angewiesen sei.

Der König sagte mir ferner vertraulich, er denke daran, auf der Rückreise nach Griechenland, etwa Ende Oktober, eventuell über Wien zu reisen, um Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph seine Aufwartung zu machen. (Notabene würde dieser Besuch ebenso wie der hiesige wohl ein inoffizieller sein.) Er habe ferner dem serbischen Kronprinzen wiederholt geraten, Serbien müsse sich gut mit Österreich stellen, und der Kronprinz habe ihm kürzlich sagen lassen, in Belgrad sei man hierzu gern bereit, nur solle man von Wien aus dies Serbien etwas erleichtern.

Der hier anwesende Kaiserliche Gesandte in Athen sagte mir, daß Herr Veniselos die Ansichten des Königs hinsichtlich der künftigen Orientierung der griechischen Politik völlig teile. Aber auch Herr Veniselos sei der Meinung, daß Griechenland die Schwenkung zum Dreibund nicht zu plötzlich vornehmen könne, zumal der Minister den Vertretern der Tripelentente erklärt hat, er werde sich keiner der zwei Mächtegruppen anschließen. Wir haben, wie Euerer Durchlaucht bekannt, diese Auffassung des griechischen Ministers seinerzeit als richtig anerkannt und auch dem König Konstantin gegenüber, der den sofortigen Anschluß an den Dreibund wünschte, vertreten *.

Graf Quadt ist ferner der Ansicht, daß auch die öffentliche Meinung in Griechenland einer Anlehnung an den Dreibund durchaus günstig ist.

Euere Durchlaucht wollen obiges streng vertraulich durch Vorlesen zur Kenntnis des Grafen Berchtold bringen, doch lasse ich denselben bitten, namentlich die Frage des eventuellen Besuches in Wien geheim zu behandeln, da ich davon keine Mitteilung in Rom machen möchte, um nicht etwa italienische Empfindlichkeiten zu erwecken.

Jagow

Nr. 13921

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Brindisi, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 3 Brindisi, den 8. September 1913
[pr. 10. September]

Wie ich heute morgen telegraphisch meldete, fehlen noch immer die Delegierten Österreichs, Frankreichs sowie Konsul Labia. Letz-

* Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXIII, Anhang.

terer soll noch in Monastir sein. Der Beginn unserer Arbeiten liegt daher noch in weiter Ferne.

Aus dem näheren freundschaftlichen Umgang mit Major Doughty habe ich nun den bestimmten Eindruck gewonnen, daß er von seiner Regierung keineswegs den strikten Auftrag hat, die französisch-russischen Ansichten und Wünsche zu unterstützen, daß er vielmehr darauf rechnet, mit ihnen in Gegensatz zu kommen. Es war mir aufgefallen, daß er die Erfolge unserer künftigen Tätigkeit recht wenig optimistisch beurteilt und daß er — wohl auf Grund von Mitteilungen seiner Regierung — große Schwierigkeiten seitens der Griechen erwartet.

Heute erhielt ich nun eine Bestätigung dieser Bedenken aus dem Munde des Hauptmanns Castoldi, der, während der letzten Monate, zum Ministerium des Auswärtigen kommandiert, die albanische Frage zu bearbeiten hatte. Seine Mitteilung war zwar entre nous, ich halte mich bei ihrer Tragweite aber doch für verpflichtet, sie zur vertraulichen Kenntnis zu bringen.

Griechenland hat die Besatzung der Insel Saseno bei Valona, obwohl diese durch Beschluß der Botschafterkonferenz albanisch geworden, noch nicht zurückgezogen und läßt den dortigen Leuchtturm nicht brennen. Österreichisch-italienische Beschwerden wurden bisher dilatorisch behandelt. Die beiden Adriamächte sollen nun übereingekommen sein, in dieser Frage noch nicht grobes Geschütz auffahren zu lassen, sie sind aber, wie Herr Castoldi sagt, fest entschlossen, die stärksten Pressionen auf Griechenland auszuüben, falls dieses die Arbeiten der Kommission hindert, ihre Beschlüsse nicht anerkennt und die Truppen aus den Albanien zugesprochenen Landstrichen nicht pünktlich zurückzieht. Ich hatte den Eindruck, daß darunter nur militärische Demonstrationen gemeint sein können. —

Major Doughty hat die Erlaubnis seiner Regierung erbeten, die Versammlung der Kommission in Korfu abwarten zu dürfen, da dort die Möglichkeit besteht, sich für die Expedition auszurüsten, was hier völlig unmöglich. Da Korfu sowohl auf dem Wege nach Santi Quaranti wie nach Saloniki liegt, wird dadurch kein Zeitverlust entstehen. Falls er diesen Entschluß ausführt, würden sowohl Hauptmann Castoldi wie ich sich ihm anschließen*. Mitbestimmend für diesen Aufenthaltswechsel ist auch die gradezu höllische Hitze in Brindisi, die einen längeren Verbleib zur Qual macht.

Thierry, Major

---

* Fußnote Major Thierrys: In diesem Falle werde ich sofort telegraphieren.

Nr. 13922

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 288 Athen, den 10. September 1913

Antwort auf Telegramm 142*.

Londoner Beschluß über Südgrenze Albaniens ist griechischer Regierung durch gemeinsame Verbalnote mitgeteilt worden.

B a s s e w i t z

Nr. 13923

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Konzept

Nr. 595 Berlin, den 11. September 1913
Streng vertraulich [abgegangen am 12. September]

Während der hiesigen Anwesenheit des Königs Konstantin haben sowohl Seine Majestät der Kaiser als auch ich demselben in längeren Unterredungen dringend geraten, sich in der südalbanischen Grenzfrage, namentlich hinsichtlich Korizas, nicht intransigent zu zeigen und den Mächten keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die Einrede des Königs, wie würde er vor der griechischen Bevölkerung jener gemischten Grenzdistrikte und vor seinem eigenen Volke dastehen, wenn er freiwillig die fraglichen Plätze preisgäbe, ist gewiß edel und menschlich verständlich, aber nicht politisch gedacht. Will Griechenland in Zukunft seine Politik nach der Dreibundgruppe orientieren, so muß es darauf bedacht sein, sich nicht von vornherein mit zwei Mitgliedern derselben, den ihm geographisch nächstliegenden und daher wohl wichtigsten Großmächten Italien und Österreich zu brouillieren. Es hat vor allem ein Interesse daran, sich mit seinem Nachbar im Mittelmeer, Italien, gut zu stellen. Wir haben den König daran erinnert, daß Kaiser Wilhelm I. und Bismarck in Nicolsburg, als Deutschböhmen erobert vor ihnen lag, auf jeden Landerwerb verzichteten, weil der Kanzler damals schon das Bündnis mit Österreich ins Auge faßte, welches später den Angelpunkt unserer Politik gebildet hat und noch bildet.

Deutschland muß bei einem Interessenstreit zwischen Österreich-

---

* Siehe Nr. 13 911.

Italien und Griechenland sich selbstverständlich auf Seite seiner Verbündeten stellen.

Aber die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens liegt selbst im Interesse Griechenlands. Denn wenn Serbien sich das vormals türkische Gebiet bis zur Adria angeeignet hätte, wäre Griechenland im Norden einer serbischen Umklammerung und dem schweren Druck dieser slawischen Macht ausgesetzt worden. Der albanische Pufferstaat ist entschieden für Griechenland von Nutzen.

Das Nationalitätsprinzip kann nirgends strikt durchgeführt und am wenigsten von den Großmächten als allein maßgebend anerkannt werden. Denn Österreich-Ungarn könnte dann einfach liquidieren, wir müßten einige unserer besten Landesteile fortgeben. Auch bei der Neuordnung der Dinge im Balkan wird das Nationalitätsprinzip nicht absolut durchgeführt. Griechenland wird in Teilen seiner neuerworbenen Gebiete bulgarische Bevölkerung haben und muß es zulassen, daß auch Griechen in der Diaspora wohnen werden.

Wir sind nicht zum mindesten deswegen für die griechischen Wünsche auf Kawala eingetreten, weil wir das siegreiche Königreich durch bedeutenden Landgewinn im Osten für den Verzicht auf minder wertvolle Erwerbungen im Westen entschädigen wollten. Was bedeuten einige epirotische Grenzorte mit gemischter Bevölkerung gegen den Gewinn von Kawala?

Wenn Adrianopel als Beispiel dafür angeführt wird, daß die Mächte einer Verletzung des Londoner Friedens untätig zugesehen haben, und wenn hieraus der Schluß gezogen wird, daß auch Griechenland sich nicht an den Willen der Mächte hinsichtlich Albaniens zu kehren brauche, so ist dieser Vergleich kaum stichhaltig. Hinsichtlich Adrianopels waren die Mächte gewissermaßen Schiedsrichter zwischen der Türkei und Bulgarien, die ihren Streit in die Hände der Londoner Konferenz gelegt hatten. Die Mächte waren aber gewiß nicht verpflichtet, ihren Spruch manu militari gegen die Parteien durchzusetzen. Mit Albanien liegt die Sache anders. Die Türkei hat „Albanien“ den Mächten zediert, und diese haben das Recht erhalten, die Grenze in dem überlassenen Gebiet der Türkei abzustecken. Es handelt sich hier nicht um griechisches sondern um türkisches Gebiet, und die Großmächte sind selbst Partei. Wenn auch voraussichtlich nicht alle Mächte an einer eventuellen Exekution gegen Griechenland teilnehmen würden, so sind sie doch — ebenso wie in der Skutarifrage — durch ihre Londoner Beschlüsse gebunden, den exekutierenden Mächten freie Hand zu lassen.

Ein aufstrebender Staat wie Griechenland kann nicht alle seine Wünsche auf einmal befriedigen. Rom ist nicht in einem Tage gebaut und qui trop embrasse mal étreint. Der Machtzuwachs durch den Erwerb von Salonik und Kawala ist ein so bedeutender, daß er lange Zeit verteidigt werden muß. Denn Kawala bleibt zweifellos ein

„Elsaß-Lothringen"; Bulgarien wird den Verlust nicht so leicht verschmerzen und denkt schon jetzt an nichts anderes als an eine Revanche gegen Griechenland. Gegen diese im Norden drohenden Wolken muß Griechenland sich durch Freundschaften sichern.

Das gleiche gilt für die Inselfrage. Griechenland hat alles Interesse an einer haltbaren Verständigung mit der Türkei, um eine türkisch-bulgarische Koalition zu verhindern. Soll die Türkei davon abgehalten werden, sich an einem neuen Krieg gegen Griechenland zu beteiligen, bei welchem sie die Inseln zurückerobern könnte, so muß Griechenland ein Regime für die Inseln finden, bei dem unter Wahrung der nationalen Ansprüche seiner Landsleute die Empfindlichkeit der Türkei geschont und deren Besorgnis vor weiterer panhellenischer Agitation Rechnung getragen wird. Die Türkei hat sich inzwischen wieder gekräftigt und ist durch ihre letzten Erfolge in die Lage gekommen, zwischen Bulgarien und Griechenland wählen zu können. Mit einer einfachen Neutralisierung der Inseln, die sie vor kurzem noch akzeptiert hätte, dürfte sie sich heute kaum mehr zufriedengeben. Griechenland sollte erwägen, ob es nicht einen Schritt weitergehen und die Autonomie mit Beibehaltung einer türkischen Scheinsouveränität anbieten muß.

Vorstehendes zur streng vertraulichen Verwertung bei Herrn Veniselos beziehungsweise Herrn Panas.

Jagow

Nr. 13924

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 280 Wien, den 11. September 1913
[pr. 12. September]

Der österreichisch-ungarische Vertreter Generalkonsul Bilinski ist gestern früh von hier abgereist und muß heute abend in Brindisi eintreffen.

Wie mir Baron Macchio sagt, ist die Ankunft des französischen Delegierten noch ganz ungewiß. Man würde es daher hier dankbar begrüßen, wenn die französische Regierung einen ähnlichen Vorschlag machen würde wie wir bezüglich der nordalbanischen Abgrenzungskommission, das heißt also, daß die Arbeiten vorläufig ohne den französischen Delegierten beginnen könnten.

W. Prz. Stolberg

Nr. 13925

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 212 Rom, den 12. September 1913

Österreich und Italien insistieren, daß südwestliche Abgrenzung Albaniens wegen klimatischer Verhältnisse bei Koriza beginne und am 30. November beendigt sei. Labia und Bilinski sind heute Brindisi, um diese Marschroute mit deutschem und englischem Delegierten zu verabreden. Kommission müßte sich dann über Salonik nach Koriza begeben und im Piräus russischen Delegierten mitnehmen. Französischer Delegierter scheint noch nicht ernannt zu sein.

Hindenburg

Nr. 13926

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr.213 Rom, den 12. September 1913

Antwort auf Erlaß 1156 vom 9. September *.

Auch italienische Regierung ist einverstanden, daß Kommissionsarbeit zunächst ohne deutschen Delegierten beginnt, und hat italienischen Delegierten Skutari entsprechend instruiert.

Hindenburg

Nr. 13927

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 281 Wien, den 12. September 1913

Graf Berchtold, dem ich soeben den Erlaß über die Unterredung mit Seiner Majestät dem Könige von Griechenland vorgelesen habe, läßt Euerer Exzellenz vielmals für die freundschaftliche Mitteilung danken, über die er teilweise bereits durch Baron Flotow orientiert war. Neu war ihm der Wunsch König Konstantins, mit Rumänien

* Vgl. Nr. 13 916, S. 143, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 13 920.

eine Militärkonvention zu schließen, sowie der Gedanke an einen Besuch in Wien, der ihn lebhaft zu interessieren schien. Insbesondere erfüllte es den Grafen mit Genugtuung, daß Euere Exzellenz dem König zu einer maßvollen Haltung in der südalbanischen Grenzfrage geraten haben.

Der Minister verwahrte sich sodann mit Nachdruck gegen den Vorwurf, als handle Österreich-Ungarn in der albanischen Frage aus Animosität gegen Griechenland. Vielmehr habe er als einziges Ziel die Schaffung eines starken, wirklich lebensfähigen Albaniens im Auge. Käme ein solches nicht zustande, so würde damit die alte Rivalität zwischen der Monarchie und Italien sofort wieder erwachen und damit der Weltfriede gefährdet werden, den doch alle Mächte zu erhalten wünschten. Erfreulicherweise bestehe gerade in der albanischen Frage vollste Einigkeit zwischen den beiden Verbündeten, deren Beziehungen sich immer herzlicher und fester gestaltet hätten. Ein schwaches Albanien berge aber auch die Gefahr, daß Serbien und Griechenland nicht aufhören würden, ihr Auge darauf zu werfen, und speziell Serbien der steten Versuchung ausgesetzt sein würde, gegen die Adria vorzustoßen.

Wenn nun aber Albanien, von dem bereits viele wertvolle Stücke abgetrennt worden, auch noch Koriza opfern solle, so werde damit die Lebensfähigkeit des albanischen Staates ernstlich in Frage gestellt. Denn abgesehen davon, daß es das kulturelle Zentrum Südalbaniens bilde, befinde sich dort auch ein besonders fruchtbares Gebiet, welches für die wirtschaftliche Kraft des an solchen Gegenden schon an sich so armen Landes von der größten Bedeutung sei.

Außerdem werde ihm, dem Minister, von allen Sachverständigen versichert, daß Koriza absolut albanisch sei. Als „Kronzeuge" führte Graf Berchtold unter anderen den rumänischen Minister Herrn Take Jonescu an, der ihm dies bei einem Besuch vor einigen Tagen ganz spontan bestätigt habe, und der ein guter Kenner der dortigen Verhältnisse und in dieser Frage doch gewiß als unparteiisch anzusehen sei. Herr Take Jonescu habe hierüber eine ausführliche Denkschrift verfaßt, die dem König Karol und der rumänischen Regierung vorgelegt werden solle.

Was den Generalkonsul Bilinski betreffe, so sei die Annahme irrig, daß derselbe griechenfeindliche Gesinnungen hege, oder daß gar aus diesem Grunde die Wahl auf ihn gefallen sei. Daß er die Interessen eines möglichst großen und starken Albaniens vertrete, sei selbstverständlich, und er sei nur deshalb zum Abgrenzungskommissar erkoren worden, weil er infolge längerer Tätigkeit in Jánnina die örtlichen Verhältnisse jener Gegenden gründlich kenne, die notwendigen Sprachen beherrsche und tatsächlich der einzige Sachverständige sei, über den man augenblicklich hier verfüge.

W. Prz. Stolberg

Nr. 13928

*Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 190 Rom, den 13. September 1913

Der Inhalt der Unterredung, welche Seine Exzellenz der Herr Staatssekretär am Sonnabend, den 6. d. Mts., mit Seiner Majestät dem Könige von Griechenland hatte, war dem Marquis di San Giuliano anscheinend schon teilweise durch Herrn Bollati bekannt. Der Minister folgte aber meinen Ausführungen mit dem größten Interesse und machte schließlich dazu folgende Bemerkungen.

Er bedauere, daß der König so auf Koriza versessen sei, denn leider sei es seinem Dafürhalten nach ganz unmöglich, ihm in dieser Beziehung zu willfahren. Koriza sei nun einmal durch den von Griechenland notifizierten Londoner Beschluß Albanien zugesprochen worden. Daran könne nichts mehr geändert werden Übrigens sei ja Österreich viel schärfer für ein albanisches Koriza eingetreten als Italien. Tatsächlich könne man Koriza nicht eine griechische Stadt nennen, aus seiner persönlichen Kenntnis müsse er Koriza als überwiegend albanisch bezeichnen.

Anders stehe es seiner Ansicht nach mit den kutzowalachischen Dörfern. Er glaube, daß man diese Dörfer Griechenland überlassen könne. Allerdings sei Rumänien nach seinen Informationen scharf gegen eine solche Lösung.

Den Angriff gegen Bilinski und Labia bezeichnete der Minister als ungerechtfertigt. Er versicherte, daß die beiden Delegierten durchaus objektiv arbeiten würden. Über Labia bemerkte er noch, daß er ein ausgezeichneter Kenner jener Gegend und stets unparteiisch vorgegangen sei. So habe sich Labia zum Beispiel sehr eifrig dafür eingesetzt, daß Griechenland Jánnina erhalte.

Einen besonderen Eindruck schien auf den Marquis die Bemerkung zu machen, daß der König es beinahe vorzuziehen scheine, sich zum Zurückweichen zwingen zu lassen. Der Minister glaubte hierin den Schlüssel der Situation zu sehen. Da der König sich auf Koriza festgelegt habe, so wolle er eben schließlich gezwungen werden nachzugeben, um vor seinem Volke gerechtfertigt dazustehen. Gewiß sei manches Risiko dabei, aber wenn auf gütlichem Wege nichts Definitives von den Griechen zu erreichen sei, so werde man eben den Knoten durchhauen müssen, zum Beispiel durch eine kleine Flottendemonstration, der Griechenland sich dann in Ehren unterwerfen könnte.

Es leuchtete dem Minister auch ein, daß der König es wegen des

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

griechischen Geldbedürfnisses nicht ganz mit Frankreich verderben dürfe. Er würde es aber aus dem Gesichtspunkt eines späteren eventuellen Anschlusses an den Dreibund für praktisch halten, daß der König jetzt, nachdem er Frankreich gründlich durch seine Rede verstimmt habe*, sich nicht gar zu empressiert in Paris zeige. Zum Beispiel halte er es für etwas reichlich, daß Veniselos, der nicht nach Deutschland mitgekommen sei, sich in Paris dem Könige anschließen wolle. Und hier trat wieder bei dem Minister, trotz seines aufrichtigen Bestrebens, sich in unsere Auffassung einzuleben, sein Mißtrauen gegen die Solidität Griechenlands hervor. Er halte den König für aufrichtig, er sei ehrlich bestrebt, sein Volk hinter sich in die politische Richtung zu ziehen, die ihm geboten erscheine. Aber er sei ein konstitutioneller Monarch, der keine persönliche Politik treiben dürfe. Schon die kurze militärische Rede in Potsdam* habe ihm Dementis von seinen Ministern eingetragen und seiner Popularität in Athen geschadet. Wer könne unter diesen Umständen dafür bürgen, daß der König dereinst die Macht haben werde, um eine entschiedene Anlehnung Griechenlands an den Dreibund erfolgreich durchzuführen? Er fürchte, daß es schließlich immer darauf herauskommen werde, daß Griechenland sein Geld nimmt, wo es welches findet, und zwischen den beiden Mächtegruppen hin und her laviert. Diese Bemerkungen des Ministers waren, wie er es liebt, humorvoll, aber keineswegs von Animosität gegen Griechenland erfüllt.

v. Hindenburg

Nr. 13929

Der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 602 Berlin, den 13. September 1913

Nach Mitteilung der hiesigen österreichisch-ungarischen Botschaft entfernen die griechischen Behörden unablässig einflußreiche mohammedanische Albanesen aus den Gebieten, in denen die internationale Grenzbestimmungskommission erwartet wird. Aus Délvinon wären neun albanesische Beys nach Jánnina gebracht worden, unter ihnen der Bürgermeister von Délvinon Namik Selim, der die südalbanesische Nationalerhebung im Jahre 1911 leitete.

In Argyrókastron und Liholevo seien gleichfalls neuerdings Verhaftungen mohammedanischer Albanesen vorgenommen worden, die ebenfalls nach Jánnina transportiert werden sollen.

---

* Vgl. dazu Nr. 13 918, Fußnote *.

In die albanesisch sprechenden Ortschaften würden als Albanesen verkleidete Griechen entsandt, um die Kommission über den albanesischen Charakter dieser Dörfer zu täuschen und als Muttersprache dieser Dörfer das Griechische anzugeben.

Auch sollen unter Konnivenz der griechischen Behörden griechische Banden eine lebhafte Tätigkeit entwickeln.

Euer pp. wollen vorstehendes bei der dortigen Regierung zur Sprache bringen und ihr nachdrücklich empfehlen, diesen Vorgängen mit allen Mitteln entgegenzutreten, die nicht nur die Arbeiten der Grenzkommission erheblich erschwerten, sondern auch nur zu geeignet seien, die Endergebnisse der Grenzfestsetzung in einem für die griechischen Wünsche ungünstigen Sinne zu beeinflussen.

Stumm

Nr. 13930

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Korfu, den 15. September 1913

Kommission bis auf Franzosen versammelt. Fahren morgen Dienstag Saloniki. Paris ist durch englischen und österreichischen Delegierten orientiert.

Thierry

Nr. 13931

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 347 Athen, den 12. September 1913
[pr. 17. September]

Mein österreichisch-ungarischer und italienischer Kollege informierten heute den Minister des Äußeren über den Standpunkt ihrer Regierungen bezüglich der Bitte der griechischen Regierung um Zulassung eines griechischen Vertreters für die albanische Grenzkommission. Die von beiden betonte Notwendigkeit einer gleichzeitigen Zulassung eines albanesischen Vertreters wurde von Herrn Panas als vollkommen gerechtfertigt anerkannt. Betreffs der weiteren Bedingung der Evakuation des strittigen Gebietes jedoch, von deren Annahme die beiden Regierungen ihre Zustimmung abhängig machen wollen, erklärte der Minister, daß eine Beratung darüber zwar noch nicht

stattgefunden habe, daß er aber die Annahme dieser Bedingung durch Griechenland für ausgeschlossen halte. Herr Panas betonte auch mir gegenüber, er hoffe, man werde nicht diese Hauptstreitfrage mit der sekundären Frage der Zulassung eines griechischen Delegierten vermengen. Dieser solle ja der Kommission nur zur leichteren Information beigegeben werden.

Bezüglich der Evakuation scheint der Standpunkt der italienischen Regierung einstweilen noch schärfer zu sein wie der der österreichischen. Während letztere die Bedingung der Räumung innerhalb der von der Botschafterkonferenz festgesetzten Frist stellen will, beabsichtigt Italien auf augenblickliche Räumung des durch die Konferenz abgegrenzten Gebietes zu dringen. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die griechische Regierung auf diese Bedingung nicht eingehen wird. Tatsächlich würde sie durch die Räumung auch ihr bestes Atout aus der Hand geben, denn durch die Besetzung des strittigen Gebiets vermag sie immerhin einen gewissen Gegendruck auf die Arbeiten der Kommission auszuüben.

Herr Panas beklagte sich auch sehr, daß man als Kriterium für die ethnographischen Feststellungen die in der Familie gesprochene Sprache nehmen wolle. Er meinte, in vielen rein griechischen Familien spreche man dort gewohnheitsgemäß albanesisch. Das Maßgebende sei die Gesinnung der Einwohner; man müsse feststellen, welchem Lande sie anzugehören wünschen.

Auf meine Bemerkung, daß die Anerkennung der albanischen Grenze doch das erste Opfer sein werde, das Griechenland in betreff seiner Eroberungen bringe, erwiderte der Minister, daß er den Verzicht auf das Gebiet von Santi Quaranta schon als ein schwerwiegendes Opfer betrachte.

R. Bassewitz

Nr. 13932

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Delegierten bei der südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Monastir

Konzept

Geheim

Berlin, den 19. September 1913
[abgegangen am 20. September]

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat mir die abschriftlich anliegende Instruktion für den österreichischen Delegierten zur südalbanischen Grenzkommission* und das im Abdruck beigefügte

* Siehe den Wortlaut der österreichischen Instruktion im Österreich-Ungarischen Rotbuche: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 419 ff.

Telegramm des Marquis di San Giuliano* mitgeteilt, das den wesentlichen Inhalt der dem italienischen Delegierten zugedachten Instruktion wiedergibt. Wie Baron Flotow mündlich hinzufügte, hat die italienische Regierung ihren Delegierten beauftragt, die Weisungen unter Nr. 1 bis 3, 6, 8 bis 11 der österreichischen Instruktion auch als für ihn maßgebend zu betrachten und die Vorschläge unter Nr. 5 der Instruktion zu studieren. Zu Nr. 7 (Pindus) hat sich der Marquis seine Entschließung vorbehalten.

Euer pp. wollen sich die in der österreichischen Instruktion niedergelegten Grundsätze gleichfalls zur Richtschnur dienen lassen. Was die unter Nr. 5 der Instruktion vorgeschriebene Grenzführung anlangt, so läßt sich die Berechtigung der österreichischen Forderung in ihren Einzelheiten von hier aus nicht nachprüfen. Ein Urteil hierüber wird an der Hand der ethnographischen und geographischen Verhältnisse nur an Ort und Stelle gewonnen werden können. Das gilt auch für den österreichischen Wunsch, daß zwischen Albanien und dem Pindus tunlichst eine territorale Verbindung aufrechterhalten bleiben möchte (Nr. 7 der Instruktion).

Zu Euer pp. ausschließlich persönlichen Information bemerke ich folgendes.

Die österreichische Instruktion läßt das Bestreben des Wiener Kabinetts erkennen, dem albanischen Gebiet auf griechische Kosten eine möglichst große Ausdehnung zu verschaffen. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir an Albanien ein nur mittelbares Interesse. Wenn wir Griechenland an sich auch alles Gute gönnen und seinen An-

---

* Das nicht datierte Telegramm des Marquis di San Giuliano für den Herzog von Avarna enthielt unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Londoner Botschafterreunion folgende Richtlinien für den italienischen Vertreter bei der Grenzkommission: „Les délibérations de Londres fournissent les indications au sujet de l'extension, de la nature, de l'objet des travaux de la commission qui devra tenir compte non seulement de l'élément éthnique mais aussi de celui géographique de façon telle que la frontière greco-albanaise soit, autant que possible, une frontière géographiquement naturelle et bien marquée et non pas à zig-zag continuelle. La commission devra par conséquent tenir compte de la dépendance des vallées de la mer et attribuer si possible des vallées entières à un seul Etat au lieu de les partager. Elle devra aussi tenir compte des voies naturelles de communications entre les régions intérieures et la mer; en déterminant la langue parlée d'une famille la commission interrogera plusieurs personnes et surtout les vieillards et les enfants qui n'ont pas encore fréquenté les écoles. La commission constatera depuis combien de temps la famille demeure dans la région en question et le cas échéant sa provenance. Le délégué italien devra procéder toujours d'accord avec le délégué austro-hongrois et s'assurer avec lui la coopération du délégué allemand. Il devra s'employer afin que la frontière greco-albanaise en partant de Phtelia laisse à l'Albanie l'entière vallée d'Argyrocastro en passant sur le partage d'eaux du Kalamas et du Drin, en suite en laissant à l'Albanie Préméti, Leskovitz, traverse la Vojutza au nord de Ostanitza et en arrivant aux monts Grammos elle en suive la crête jusqu'au territoire de Coritza."

sprüchen nicht von vornherein alle Berechtigung absprechen wollen, so müssen diese Erwägungen doch im vorliegenden Fall hinter die Rücksicht auf unsere Bundesgenossen zurücktreten. Euer pp. wollen daher den österreichischen Standpunkt, soweit der tatsächliche Befund es zuläßt, grundsätzlich gleichfalls vertreten. Insbesondere gilt dies für solche Fälle, wo die österreichischen Forderungen auch die Unterstützung Ihres italienischen Kollegen finden. Ob und inwieweit es möglich sein wird, in Fragen, wo die Ansichten Ihrer Dreibundkollegen schwanken oder auseinandergehen, die Entscheidung zugunsten Griechenlands zu beeinflussen, muß sich nach dem Ergebnis der örtlichen Feststellungen richten.

Den Empfang dieses Erlasses bitte ich zu bestätigen.

Jagow

Nr. 13933

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Telegramm. Konzept

Nr. 152 Berlin, den 19. September 1913

Zur Verwertung.

Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Griechenland mit allen Mitteln versucht, strittiges albanisches Gebiet, insbesondere bei Argyrókastron, zu hellenisieren. Durch Verwaltungsmaßregeln und Schikanen sollen hunderte albanischer Familien zur Auswanderung gezwungen und ihre Häuser von Griechen andrer Gegenden bezogen werden. Wir bedauern, dies erneut zu hören, da derartiges Vorgehen lediglich geeignet ist, Abgrenzungskommission gegen Griechen einzunehmen.

Jagow

Nr. 13934

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 Athen, den 19. September 1913

Antwort auf Erlaß 602*.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten versichert, griechische Behörden in Epirus seien angewiesen, der Grenzkommission in jeder

* Siehe Nr. 13 929.

Weise entgegenzukommen und auch nach Möglichkeit für ebensolches Verhalten der Bevölkerung zu sorgen.

Bassewitz

Nr. 13935

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 295 Athen, den 19. September 1913

Hatte soeben Unterredung mit Ministerpräsidenten im Sinne des Erlasses vom 11. September Nr. 595 *. Veniselos versprach, ohne bestimmte Antwort zu geben, Ratschläge hinsichtlich Albaniens südlicher Grenze ernstlich zu erwägen. Bericht hierüber folgt **.

Mit Bezug auf Inselfrage sagte Veniselos, er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß Griechenland die okkupierten Inseln, abgesehen von Imbros und Tenedos, über die ja besondere Beschlüsse gefaßt seien, unter keiner Form der Türkei zurückzugeben gewillt sei. Der Souverän der Inseln müsse der König von Griechenland sein. Andernfalls würde es Griechenland sogar vorziehen, die endgültige Entscheidung, wenn es sein müsse, durch die Waffen herbeizuführen. Er sei aber bereit, alle verlangten Garantien zu geben hinsichtlich Anlegung von Militär- und Flottenstützpunkten sowie hinsichtlich panhellenischer Agitation.

Bassewitz

Nr. 13936

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky****

Konzept

Nr. 1363 Berlin, den 22. September 1913
Streng vertraulich.

Im Anschluß an Erlaß Nr. 1325 vom 10. d. Mts. †

Zur vertraulichen Verwertung.

Im Sinne meines Gesprächs mit König Konstantin habe ich durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in Athen auch auf den griechischen Ministerpräsidenten einwirken lassen, damit Griechenland sich in der

---

* Siehe Nr. 13 923.
** Siehe Nr. 13 938.
*** Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1195 nach Rom.
† Siehe Nr. 13 920.

südalbanischen Grenzfrage nicht intransigent zeigt und dem Beschluß der Mächte sich fügt.

Herr Veniselos hat dem Grafen Bassewitz, ohne eine bestimmte Antwort zu geben, versprochen, unsere Ratschläge hinsichtlich der südlichen Grenze Albaniens ernstlich zu erwägen.

Jagow

Nr. 13937

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 Athen, den 22. September 1913

Hiesiger englischer Gesandter* hat Auftrag, si omnes in gemeinsamer Demarche griechischer Regierung zu raten, sich den Beschlüssen der albanischen Grenzkommission zu fügen. Russische und anscheinend auch französische Gesandtschaft noch ohne Auftrag.

Falls kein gegenteiliger Drahterlaß erfolgt, werde ich mich der Demarche anschließen.

Bassewitz

Nr. 13938

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 352 Athen, den 19. September 1913
[pr. 24. September]

Ich benutzte die heutige Anwesenheit des Ministerpräsidenten in Athen, um ihm von dem in dem hohen Erlasse vom 11. September d. Js. — Nr. 595** — niedergelegten Standpunkte Euerer Exzellenz hinsichtlich der Haltung Griechenlands in der albanischen Grenzfrage Kenntnis zu geben. Herr Veniselos nahm die Eröffnungen mit Dank entgegen und versprach, sie ernstlich in Erwägung zu ziehen; irgend einen prononcierten Standpunkt nahm er ihnen gegenüber jedoch nicht ein.

Es machte sich bei Herrn Veniselos vor allem eine tiefe Verstimmung gegen Italien geltend, Italien, das auf dem Nationalitätenprinzip begründet sei, und das dieses nun mit Füßen trete. Herr Veniselos meinte, wenn die Beschlüsse der Kommission den italienischen Wünschen gemäß durchgeführt würden, werde sich in Griechen-

---

* Sir F. Elliot.
** Siehe Nr. 13 923.

land ein solcher Nationalhaß gegen Italien einwurzeln, daß es jahrelanger Arbeit bedürfen werde, um ihn wieder auszurotten. Er fügte hinzu, ohne seine Sympathie mit dieser Auffassung zu verhehlen, daß man dann in Griechenland nur auf den Tag warten werde, an dem man Italien seine jetzige Haltung vergelten könne. Gegen Österreich-Ungarn sei die Stimmung nicht entfernt so gereizt wie gegen Italien. Griechenland habe seit jeher mit Österreich auf kühlem Fuß gestanden, und beide hätten sich nicht von „sentiments", sondern nur von praktischen Erwägungen leiten lassen; man nehme es Österreich daher auch heute nicht übel, daß es für seine Interessen eintrete.

Nicht die leiseste Verstimmung aber herrsche gegen Deutschland, dem man hier vielmehr Gefühle aufrichtigen Dankes entgegenbringe. Daß Deutschland in der südalbanischen Grenzfrage auf Seite seiner Verbündeten stehen müsse, verstehe man vollkommen und verarge es ihm nicht im geringsten.

Die Schaffung eines albanischen Staates sieht auch Herr Veniselos als ein Glück für Griechenland an, da dadurch der Ausdehnung des slawischen Serbiens ein Riegel vorgeschoben werde. Er hält es aber für einen großen Irrtum, wenn man diesen neu geschaffenen Staat durch die Einverleibung eines fremden Elementes und einer durch dieses entstehenden starken Opposition lebensfähig zu machen glaubt. Der Ministerpräsident sieht in all diesem nur das Bestreben Italiens, Gebiete, die es später einmal für sich in Anspruch nehmen will, nicht dem erstarkten Griechenland zu überlassen.

Ich führte sodann aus, daß fast jedes Volk nach siegreichen Kriegen Opfer habe bringen müssen, so auch Preußen im Jahre 1866. Herr Veniselos sah hierin jedoch einen Unterschied: Preußen habe Österreich Gebiete zurückgegeben, die dieses früher besessen habe, während man von Griechenland verlange, daß es griechische Gebiete, die es nunmehr besitze, einem fremden Staat geben solle, noch dazu einem Staat, dessen Bevölkerung in erbitterter Feindschaft mit den Griechen lebt. Dies werde die öffentliche Meinung in Griechenland nie verstehen. Auf meinen Einwand, daß doch gegenüber dem Beschluß der sechs Großmächte ein Nachgeben Griechenlands für jedermann gerechtfertigt erscheinen müsse, erwiderte Herr Veniselos, daß er, falls er die politische Notwendigkeit eines Nachgebens erkenne, dieses, auch wenn er ganz vereinzelt dastehen sollte, gegen die gesamte öffentliche Meinung durchzusetzen versuchen werde, wie er es zum Beispiel in den thrazischen Fragen getan habe.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß der Ministerpräsident keine ausgesprochene Stellung gegen die zu erwartenden Beschlüsse der Grenzkommission einnahm, wie dies neulich etwa Seine Majestät der König tat*. Herr Veniselos betonte zwar immer das große Opfer,

---

* Vgl. Nr. 13920.

das man von Griechenland verlange, die Ungerechtigkeit, die in diesem Verlangen liege, und die intransigente Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber den Grenzfragen, aus keinem Wort ging jedoch hervor, daß er die Absicht habe, der Ausführung der Kommissionsbeschlüsse ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen. Man wird daher doch wohl von dem staatsmännischen Sinn des Herrn Veniselos erhoffen dürfen, daß er dem Willen der Großmächte, falls dieser ebenso wie in der Skutarifrage einmütig dokumentiert werden sollte, Rechnung tragen wird.

R. Bassewitz

Nr. 13939

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 532 London, den 24. September 1913

Die österreichische Diplomatie hat, wohl ohne Schuld der hiesigen Vertretung, seit der Vertagung der Botschafterkonferenzen hier nicht mit besonderem Glück gearbeitet. Fast tägliche Mitteilungen von Kleinigkeiten und Reklamationen über Albanien, für das die englische Diplomatie nun einmal ein wirkliches Interesse nicht aufzubringen vermag, haben die englischen Staatsmänner gelangweilt. Beschwerden gegen den englischen Admiral in Skutari, Meinungsverschiedenheiten über Sitz und Befugnisse der internationalen Kommission, die nach hiesiger Auffassung unbegreifliche Verzögerung in der Entsendung des österreichischen Delegierten haben Sir Edward Grey geärgert. Er will den Namen „Albanien“ so wenig als möglich mehr hören und es sollte nicht wundernehmen, wenn er, einem Gefühl der Verstimmung nachgebend, die albanische Flöte auf den Tisch legte und Admiral Burney mit dem englischen Kontingent abberiefe.

R. v. Kühlmann

Nr. 13940

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1 Skutari, den 21. September 1913
[pr. 27. September]

Gestern abend bin ich hier eingetroffen zusammen mit Colonel Fournier, dem französischen Kommissionsmitgliede. Die Kommission

ist nun vollzählig beisammen. Morgen wird die erste Besprechung stattfinden, wo man sich schlüssig werden wird, an welcher Stelle begonnen werden soll. Wahrscheinlich wird man Dibra wählen.

Bis zum Abmarsch der Kommission von hier werden wohl aber noch vierzehn Tage vergehen. Sowie entscheidende Entschlüsse gefaßt sind, werde ich darüber berichten.

Auf meiner Reise hierher traf ich am 19. abends in Cetinje ein und machte alsbald unserem Gesandten meinen Besuch. Dieser schlug mir vor, noch am Abend eine Audienz beim Könige Nikita nachzusuchen, weil ich am anderen Morgen frühzeitig weiterreisen mußte.

Um 9 Uhr trafen wir im Konak ein, wo gerade großer Ministerrat stattfand. Die Generale Wukowitsch und Milanowitsch hatten vor kurzer Zeit den Konak verlassen. Der König empfing uns sofort und entließ die Minister mit Ausnahme des ersten Ministers *.

Der König war bei den einleitenden Worten ziemlich zurückhaltend, fing aber allmählich an, lebhafter zu werden und gab schließlich in starker Erregung eine Schilderung seines Verhältnisses zu Österreich, gegen das er eine große Abneigung hat.

Die brennende Frage für Montenegro sei augenblicklich der Aufstand der Gruda und Hoti. Diese katholischen Malissorenstämme sind durch das Londoner Protokoll Montenegro zugesprochen worden. Sie selber aber wollen bei Albanien bleiben. Da sie bisher der Türkei keine Steuern gezahlt haben, hoffen sie, daß dieser angenehme Zustand auch im neuen albanischen Staate bestehen bleiben wird, während sie sich von einer Zugehörigkeit zu dem orthodoxen Montenegro nichts Gutes versprechen.

Der Aufstand ist nach Ansicht des Königs durch österreichisches Geld (?) sowie durch den Bischof von Skutari entfacht worden, der sich vor einiger Zeit in die Malissia begeben hat. Die Aufständischen, die auf 2000 waffenfähige Männer geschätzt werden, haben in dem neuen montenegrinischen Gebiet bei Tusi verschiedentlich geplündert und mehrere Montenegriner getötet. Der König glaubt mit 20 000 Mann den Aufstand schnell niederwerfen zu können. Doch müsse er zu diesem Zwecke albanisches Gebiet vorübergehend betreten, und außerdem würde der Kampf bei der Wildheit der beiden Malissorenstämme sehr blutig werden. Dieses würde dann wieder Österreich zu einem Eingreifen veranlassen, das sich als Beschützer der Katholiken Albaniens betrachte. Europa andererseits würde ihm nie zu seinem Rechte verhelfen, und er wolle doch jetzt nichts weiter als sein gutes Recht.

Das liebste wäre dem König, wenn die ganzen Malissoren bei Albanien blieben, und Montenegro anstatt dessen Kompensationen an der Bojana, dem Ausfluß des Skutarisees, erhielte.

Der Tarabos, dieses Skutari beherrschende Fort, könne inter-

---

* Wukotitsch.

nationalisiert werden. Der Wunsch des Königs ist außer den Schwierigkeiten mit den Gruda und Hoti auch deswegen begreiflich, weil die Malissia ein wenig fruchtbares Bergland, das Bojanagebiet dagegen eine fruchtbare Ebene ist.

Auf den Einwurf, daß ein solcher Tausch den Beschlüssen der Londoner Konferenz zuwider wäre, entgegnete der Ministerpräsident, daß in der Adrianopelfrage auch die Londoner Beschlüsse umgestoßen wären; ein neuer Krieg schüfe eben neue Verhältnisse. Schließlich sagte der König noch, daß auch Rußland ein falsches Spiel mit ihm getrieben habe. Über General Potapow, den russischen Militärattaché in Cetinje und Mitglied der Abgrenzungskommission, sprach er in sehr unfreundlichen Ausdrücken. Deutschland und Italien halte er für seine Freunde, von England und Frankreich hoffe er, daß sie nicht gegen ihn sein würden.

Der König schien sich über den einzuschlagenden Weg noch völlig unschlüssig zu sein.

Nach etwa einer halben Stunde wurden wir entlassen. Ich glaube nicht, daß die Niederwerfung der Gruda und Hoti so einfach sein würde, wie der König es uns glauben machen wollte. Eine Einkreisung dieser Stämme, die nur von Norden her aus dem Cijevnatal her aussichtsreich wäre, würde die übrigen zu Albanien gehörigen Malissorenstämme in Mitleidenschaft ziehen und im Rücken der Montenegriner einen neuen Feind ins Feld rufen. Andererseits ist nicht abzusehen, auf welche Weise in Nordalbanien Ruhe geschaffen werden soll, wenn die Malissoren nicht nachgeben. Der Kampf könnte sich wie in türkischen Zeiten durch Jahre hindurch fortziehen und den Bestand der montenegrinischen Monarchie gefährden.

Die Beliebtheit des Königs soll in manchen Kreisen im Schwinden begriffen sein, und ein Anschluß an Serbien erwogen werden. Für Rußland könnte eine solche Lösung nicht unerwünscht sein (daher vielleicht die Mißstimmung des Königs gegen dieses), während Österreich aus begreiflichen Gründen dagegen sein muß.

Heute hatten sich in meinem Hotel mehrere Führer der Gruda und Hoti versammelt. Ein bekannter albanischer Journalist, Faik Bey Koniza, der der Versammlung beiwohnte, machte mir hinterher seinen Besuch und versicherte mir, daß die Malissoren nicht nachgeben würden. Dagegen würden sie der Kommission keine Schwierigkeiten beim Abstecken der Grenze bereiten.

Meine Adresse ist hier: Hotel de la Ville, für Telegramme: Castelnuovo (Radio), von wo sie durch die österreichische Funkenstation übermittelt werden.

Major
von Laffert

Nr. 13941

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 2 Skutari, den 24. September 1913
[pr. 30. September]

Gestern fand die erste Kommissionssitzung statt. Da über die Auslegung des Londoner Protokolls eine Uneinigkeit zwischen dem Russen und dem Österreicher entstand, wurde beschlossen, an alle Regierungen zu telegraphieren und um je eine Karte mit den eingezeichneten Grenzen zu bitten, wie der österreichische Delegierte eine solche von seiner Regierung erhalten hat. Da nach meiner Ansicht die Regierungen eine solche Karte nicht besitzen und auch schwerlich beschaffen können, erbat ich von Euer Exzellenz die Erlaubnis, die Karte des österreichischen Delegierten auch als für mich gültig ansehen zu dürfen, da sie nach meiner Ansicht dem Londoner Protokoll entspricht. Mein Einwurf, daß ein Beschaffen dieser Karten wahrscheinlich sehr schwierig sein werde und den Beginn unserer Arbeit erheblich verzögern dürfte, wurde von der Mehrheit zurückgewiesen.

In allen strittigen Fragen soll die Majorität der Mitglieder nur dann entscheidend sein, wenn von keinem Mitglied irgendein Vorbehalt gemacht wird. Das bedeutet im Grunde nichts anderes als ein „liberum veto“ und wird gelegentlich den Gang der Arbeit völlig lähmen. Auf dieser Bestimmung bestand vor allem der Österreicher.

Nach Ansicht der Topographen ist es am besten, am Ochridasee zu beginnen. Übermorgen wird darüber abgestimmt werden. Die Kommission wird von einem österreichischen und einem italienischen Detachement von je 50 Mann mit 38 Tragetieren begleitet sein.

Die Kommission setzt sich folgendermaßen zusammen:

Österreich: Oberst Mietzl, früher Militärattaché in Rom. Intelligent, ziemlich nervös, stets zur Abwehr bereit, auch wenn er gar nicht angegriffen wird. Er ist anscheinend der Ansicht, daß ich ihn blindlings unterstützen müsse, auch wenn er Widersinniges verlangt. Ich muß aber doch wenigstens mein Gesicht wahren.

Italien: Oberst Marafini. Gewandt, liebenswürdig, zu Konzessionen bereit, vermittelt bei Schwierigkeiten. Das angenehmste Mitglied der Kommission.

Rußland: General Potapow, Militärattaché in Cetinje. Gutmütig-verschlagen, bequem. Vertritt naturgemäß die Interessen Ser-

biens, weniger die Montenegros. Zwischen ihm und Mietzl herrscht Antipathie. Er ist kein gewandter Doyen.

Frankreich: Oberst Fournier, Militärattaché in Belgrad. Sieht aus wie ein Professor und redet wie ein Buch. Ist sehr argwöhnisch, namentlich wenn in der Kommission einmal deutsch gesprochen wird, was außer ihm und dem Engländer alle können. Ist kränklich (Rückenmärker?). Steckt stets mit dem Russen zusammen, den er ziemlich zu beherrschen scheint.

England: Oberst Granet, Militärattaché in Rom. Ein liebenswürdiger, älterer Herr, der wenig hervortritt und keine großen Ambitionen zu haben scheint, vielleicht auch deswegen, weil ihm das Französische recht sauer wird.

Die drei Vertreter der Entente sind sich vor allem darin einig, nicht zu viel zu arbeiten. Der Franzose und der Engländer scheinen mir auch kaum den Anstrengungen eines längeren Aufenthalts im inneren Albanien gewachsen zu sein. Sie werden vermutlich unseren Aufbruch möglichst lange hinausschieben, was man begreifen kann, wenn man hier hört, daß ein großer Teil Albaniens auch für viel gereiste Landeskundige eine terra incognita ist.

Die Militärattachés haben außerdem die Befürchtung, daß bei einer längeren Dauer der Arbeit ihre Stellen anderweitig besetzt werden könnten. Im Frühjahr wird daher wohl eine Anzahl Kommissionsmitglieder durch andere Vertreter ersetzt werden.

Die Gruda und Hoti haben die direkten Feindseligkeiten gegen Montenegro eingestellt und wollen sich nur einem Einmarsch der Montenegriner widersetzen.

Fast jede Nacht finden hier Schießereien der vorgeschobenen Posten mit irgendwelchem Gesindel statt.

Ein kürzlich vom hiesigen internationalen Gericht in absentia zu fünfzehn Jahren verurteilter Albaner soll geschworen haben, den ersten besten Europäer niederzuschießen.

Vor einiger Zeit wurde bei der Aufhebung eines geheimen Waffenlagers ein Albaner von einer deutschen Patrouille erschossen. Nach Ansicht der hiesigen Bevölkerung liegt seinen Angehörigen jetzt die Blutrache ob, die sich gegen den ältesten deutschen Offizier zu richten hat. Hoffentlich hält man mich nicht dafür und macht seine Schießübungen gegen einen anderen.

von Laffert
Major im Großen Generalstabe

Nr. 13942

Der Konsul in Salonik Walter an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Salonik, den 3. Oktober 1913

Herr Thierry-Monastir bittet mich zu depeschieren: „Nachdem griechische Presse feindliche Demonstrationen angekündigt, ist Kommission der Ansicht, daß Verantwortung ausschließlich auf Griechenland fallen muß, da es Territorium besetzt hält. Kommission glaubt, daß Athen sich dieser Verantwortung nicht entziehen kann, und bitte ich, übereinstimmend mit den anderen Delegierten, entsprechende Erklärung an griechische Regierung.

Franzose fehlt immer noch.

Bei Ochrida wird gekämpft, Entscheidung unbekannt.

Chiffreverkehr von serbischer Regierung verboten."

Walter

Nr. 13943

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Skutari, den 3. Oktober 1913

Die Kommission erwog die Frage, an welchem Punkt mit der Arbeit begonnen werden sollte, und erwählte mit Majorität die Südseite nahe dem Ochridasee*. Sie beschloß, daß jeder Delegierte diesen Text an seine Regierung telegraphieren sollte, um zu fragen, ob diesem Plan Hindernisse wegen der politischen Lage entgegenstehen. Die Kommission ist in der Lage, am 10. Oktober hier abzumarschieren. Im Fall diese Absicht gutgeheißen wird, bittet die Kommission, die serbische Regierung sowie die interessierten Autoritäten hiervon zu benachrichtigen. Zur Erläuterung füge hinzu, daß der Franzose opponierte und auch der Engländer lieber hier [beginnen] will. [Ich] meinerseits war der Ansicht, daß man . . .** der vorgeschrittenen Jahreszeit noch vier Wochen im Innern arbeiten könne und daß dann das Stück Grenze bei Skutari noch festgelegt werden könne. Bericht folgt.

von Laffert

---

* Vgl. zu den Beschlüssen der Abgrenzungskommission vom 3. Oktober auch das Telegramm des österreichischen Delegierten Oberst Mietzl vom 3. Oktober, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 447 f.

** Zwei Zifferngruppen unverständlich.

Nr. 13944

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 Athen, den 4. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 161 *.

Instruktion meiner Kollegen lautet auf si omnes **. Werde demgemäß Zustandekommen gemeinsamer Demarche abwarten.

Griechische Regierung hat übrigens wiederholt versichert, daß alle Maßnahmen zum Schutze der Kommission getroffen seien.

Bassewitz

Nr. 13945

Notiz

Am 8. Oktober vom österreich-ungarischen Geschäftsträger Freiherrn von Flotow überreicht

Reinschrift

Berlin, den 7. Oktober 1913

Graf Berchtold ist der Ansicht, daß die Delimitierungskommission für die Nord- und Nordostgrenze Albaniens am 10. d. Mts. ihre Arbeiten beginnen, bezw. sich im Sinne des Majoritätsbeschlusses an den Ochridasee begeben sollte. Die gegenwärtigen Unruhen in jener Gegend seien ein Grund mehr dafür, die Grenze daselbst definitiv festzulegen. Die Wirren wären überhaupt nicht zustande gekommen, wenn die Kommission den Londoner Beschlüssen entsprechend bereits im August an die Arbeit gegangen wäre. Diese Verspätung sei bekanntlich vor allem auf das Ausbleiben des französischen Delegierten zurückzuführen, und müsse es eigentümlich berühren, daß derselbe durch eine Opposition gegen die Majorität fortfahre, den Beginn der Arbeiten zu verzögern.

Nach Meinung des Grafen Berchtold wäre es daher dringend geboten, daß die Kommission in formellen Fragen die per maiora gefaßten Beschlüsse auch sofort im eigenen Wirkungskreise durchführe.

---

* Durch Telegramm Nr. 161 war das Telegramm Konsul Walters Nr. 30 — siehe Nr. 13 942 — nach Athen mitgeteilt worden. Daran hatte sich die Weisung geschlossen: „Bitte tunlichst im Einvernehmen mit Kollegen entsprechende Erklärung abgeben.“

** Näheres darüber in Nr. 13 946.

Sobald die Kommission Skutari verläßt, wird Graf Berchtold die k. und k. Gesandtschaft in Belgrad und die Konsularämter in Albanien im Sinne des Antrages der Kommission entsprechend instruieren.

Nr. 13946

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 362 Athen, den 2. Oktober 1913
[pr. 8. Oktober]

Wie ich Euer Exzellenz zu berichten die Ehre hatte *, war den Instruktionen des hiesigen englischen Gesandten gemäß in Aussicht genommen, durch eine gemeinsame Demarche der griechischen Regierung zu raten, sich den schon erfolgten Beschlüssen der Botschafterkonferenz und den künftigen Beschlüssen der Grenzkommission zu fügen. Da jedoch die Instruktion des französischen Geschäftsträgers ** auf ein separates Vorgehen lautete, sind die betreffenden Vertreter der Großmächte einzeln in diesem Sinne bei der hiesigen Regierung vorstellig geworden ***.

Ich bin aus diesem Grunde heute auch noch einmal bei Herrn Panas auf die Angelegenheit zurückgekommen, um meinen Anschluß an die Demarche zu dokumentieren, ohne jedoch das schon oft besprochene Thema eingehender zu berühren.

Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Minister des Äußern, er habe genaue Erkundigungen über die den Griechen zur Last gelegte Terrorisierung der albanischen Bevölkerung im Okkupationsgebiet eingezogen. Alle diese Gerüchte entbehrten der Grundlage, namentlich entspreche die von mir ihm gegenüber erwähnte angebliche Austretung von hundert albanischen Familien nicht den Tatsachen. Die Albaner in diesen Gebieten bezeugten vielmehr bei jeder Gelegenheit ihre Anerkennung und Dankbarkeit für die Tätigkeit der griechischen Behörden.

R. Bassewitz

---

* Vgl. Nr. 13 937.

** F. Prevost.

*** Vgl. dazu das Telegramm des k. und k. Geschäftsträgers in Athen Prinzen E. Fürstenberg vom 1. Oktober, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 446. Die gemeinsame Demarche der Mächte war nicht nur von der französischen, sondern auch von der russischen Regierung abgelehnt worden. Vgl. das Geheimtelegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an Iswolsky vom 27. September, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 291 f.

Nr. 13947

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Monastir, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 17 Monastir, den 5. Oktober 1913
[pr. 10. Oktober]

Die beiden ersten Sitzungen der Kommission — gestern und heute — sind zur Zufriedenheit verlaufen und haben eine Einigung über den ersten Arbeitsplan gebracht *. Danach werden wir in Herseg, dem Hauptort des Kasa di Colonia, beginnen und — die Genehmigung der Regierungen vorausgesetzt — die Frage der Walachen vorerst liegen lassen, um die wichtigere Aufgabe der Festsetzung der griechisch-albanischen Grenze vor dem Eintritt des Winters zu lösen. Das Hirtenvolk der Kutzowalachen hat auch bereits in letzter Woche, als der erste Schneefall auf den Bergen eintrat, mit seinen Herden die hochgelegenen Dörfer verlassen und ist in die Ebene gezogen, so daß eine ethnologische Feststellung kaum mehr möglich wäre. Da, wie Herr Bilinski mir vertraulich mitteilte, seitens Österreichs kein Wert auf Zuteilung des Walachengebietes an Albanien gelegt wird, so wird eine Bereisung des Territoriums etwa im nächsten Frühjahr kaum mehr nötig werden. — Die Abfahrt von hier soll erfolgen, sobald die von Italien bereitgestellten Automobile über Santi Quaranta hier eingetroffen sind, was etwa am 10. d. Mts. erfolgen dürfte.

In der ersten Sitzung wurde von österreichisch-italienischer Seite eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Arbeiten der Kommission von Beeinflussungen und Belästigungen freizuhalten. Oberstleutnant Lallemand ** widersetzte sich dem keineswegs, verstand es aber in überzeugender und liebenswürdiger Weise alle unnötigen Schärfen gegen Griechenland aus dem Vorschlage zu beseitigen, so daß die durch Telegramm des österreichischen Konsulats über Wien mitgeteilte Fassung allgemeine Zustimmung fand. Überhaupt scheint mir der französische Delegierte der gewandteste Diplomat der ganzen Kommission zu sein; seine Klarheit und Offenheit hat viel Sympathie erweckt. Warum er so spät eingetroffen, das ist mir allerdings bis jetzt nicht klar geworden; daß er in Athen mit Ministerpräsident Veniselos konferiert, das hat er uns selbst erzählt.

---

* Vgl. zu den Beschlüssen der Kommission auch das Telegramm des k. und k. Delegierten Generalkonsul Bilinski vom 5. Oktober, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 448 f.

** Französischer Vertreter zur südalbanischen Grenzkommission, der Anfang Oktober endlich in Monastir eingetroffen war.

Heute wurde vom französischen Delegierten, der Chef der geodätischen Sektion der Landesaufnahme ist, der Vorschlag gemacht, die Kommission durch einige Topographen zu ergänzen, deren Aufgabe es sein soll, die vorhandenen Karten zu prüfen und so zu ergänzen, daß die Grenzfestsetzung eine zweifelsfreie und endgültige wird. Dem mußte unbedingt zugestimmt werden. Auf russisch-französischen Vorschlag wurde dann an die beiden nicht direkt interessierten Mächte England und Deutschland die Bitte um Entsendung je eines Topographen gerichtet; dabei wurde noch hervorgehoben, daß dadurch die Delegierten der beiden Mächte noch einen Adlatus bekommen, der sie unterstützen und im Krankheitsfalle vertreten kann. Wenn die Entsendung genehmigt*, bitte ich mir die Erlaubnis zu erteilen, den Herrn im Bedarfsfalle in diesem Sinne verwenden zu dürfen.

Die Post wird etwa vom 15. d. Mts. ab in Santi Quaranta abgeholt und bitte ich dorthin — österreichisches Postamt — für mich zu adressieren.

Da in den weiteren Berichten wohl vielfach geographische Bezeichnungen nötig werden, die Karten aber in bezug auf Nomenklatur und Wegenetz sehr verschieden sind, erlaube ich mir den gehorsamsten Vorschlag, ausschließlich die vom k. und k. militärgeographischen Institut in Wien herausgegebene Karte 1:200 000 zu verwenden, mit der wir durch Vermittelung des österreichischen Delegierten demnächst ausgestattet sein werden.

Thierry
Major

Nr. 13948

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger***

Konzept

Nr. 569 — Berlin, den 11. Oktober 1913
[abgegangen am 12. Oktober]

Die internationale Kommission zur Abgrenzung Nord- und Nordostalbaniens hat beschlossen, ihre Arbeiten am Ochridasee zu beginnen. Sie wird zu diesem Zweck heute Skutari verlassen, am 15. d. Mts. in Tirana, am 19. in Elbasan und am 22. in Lin eintreffen.

---

* Die Genehmigung erfolgte; die Wahl fiel auf den sächsischen Hauptmann Grabau vom Infanterieregiment Nr. 133, der am 21. Oktober nach Albanien abreiste.

** Der gleiche Erlaß erging unter Nr. 661 an die Gesandtschaft in Athen.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, die dortige Regierung von vorstehendem in Kenntnis zu setzen.

Zimmermann

Nr. 13949

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Konzept

Nr. 665 Berlin, den 13. Oktober 1913

Die südalbanische Grenzkommission hat in ihrer Eröffnungssitzung am 4. d. Mts. einstimmig den in Abschrift anliegenden Beschluß* gefaßt.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, si omnes diesen Beschluß der dortigen Regierung mitzuteilen.

Zimmermann

Anlage**

1. Refus d'accepter toute députation grecque ou albanaise. Une déclaration dans ce sens devra être faite à la première occasion à la population par le président de la commission et notifiée en même temps par les délégués à leurs gouvernements respectifs pour être communiquée au Gouvernement hellénique.

2. Pendant les enquêtes dans les différents lieux habités la commission ne sera accompagnée par aucun fonctionnaire civil ou militaire grec ou albanais. L'escorte éventuelle restera à l'entrée du village.

3. La commission n'acceptera aucun particulier qui pourrait se présenter pour offrir ses services lorsque celle-ci au cours de ses travaux visitera les différents lieux habités.

4. La commission décidera au moment du départ dans quelles localités elle devra se rendre.

5. La commission tiendra toutes ses délibérations secrètes.

6. Les cinq délégués alors présents à Athènes, à savoir les délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie, s'étaient déjà adressés à leurs gouvernements en les priant d'intervenir auprès du Gouvernement hellénique pour obtenir l'interdiction à tout journaliste de pénétrer sur le territoire à étudier par

---

* Siehe Anlage.

** Bereits veröffentlicht im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 448 f.

la commission pendant le travail de cette dernière. Aucune réponse n'étant parvenue jusqu'à ce jour, les délégués s'engagent formellement à n'entretenir aucune relation avec des journalistes ni à leur faire aucune communication. Ils donneront des ordres dans le même sens à leurs organes. Dans le cas où des difficultés surgiraient par suite de la présence des journalistes, les délégués se réservent le droit d'en référer à leurs gouvernements.

7. Pour faciliter les travaux de la commission et l'application des décisions précédentes ainsi que pour éviter toute manifestation ou démonstration de la part d'une population de quelque nationalité qu'elle soit, la commission est d'avis que les susdites décisions soient notifiées par l'entremise des six gouvernements représentés dans la commission au Gouvernement hellénique et que ce dernier soit invité comme autorité qui occupe le pays à user de toute son influence pour que rien ne vienne troubler les travaux de la commission.

Nr. 13950

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 Skutari, den 10. Oktober 1913
[pr. 16. Oktober]

Wie ich telegraphisch meldete, marschiert die Kommission morgen von hier ab und beabsichtigt am 15. in Tirana, am 18. in Elbasan, am 22. in Lin am Ochridasee einzutreffen. Nachrichten erreichen mich zunächst über Durazzo, später über Monastir, österreichisches Konsulat.

Der Widerstand des französischen und englischen Mitgliedes gegen den Beginn der Arbeiten am Ochridasee findet seine Erklärung lediglich in der persönlichen Bequemlichkeit und dem nicht vorhandenen Schneid der beiden Herren. Ihre Regierungen haben dem Beginn in Ochrida zugestimmt.

In allen Fragen, die die Grenze betreffen, muß wegen Protestes des österreichischen Mitgliedes, dem ich mich anschloß, eine Einstimmigkeit erzielt werden. Meine persönliche Ansicht ist die, daß die Londoner Konferenz die Grenzen im allgemeinen festgesetzt hat, und daß gerade in allen den kleinen Fragen, die sich nur an Ort und Stelle entscheiden lassen, die Majorität der Kommission entscheiden müßte. Wir können doch unmöglich wegen ein paar lumpiger hundert Meter mehr nach rechts oder nach links immer wieder an die Regierungen telegraphieren, die von ihrer Stelle aus unmöglich eine

sachgemäße Entscheidung treffen können. Ich habe mich aber gegen meine bessere Meinung der Ansicht des Österreichers angeschlossen, um die Einmütigkeit mit dem Bundesgenossen zu wahren.

Am Ochridasee wird es voraussichtlich zu keiner Differenz kommen, während hier im Bojanagebiet eine solche droht.

Da ich jetzt seit drei Wochen hier an Ort und Stelle bin und die Zeit zu längeren Ausflügen in die Umgebung sowie zu zahlreichen Gesprächen mit Eingeborenen benutzt habe, halte ich mich zu einem vorläufigen Urteil über die politische und wirtschaftliche Lage des Landes für berechtigt.

Die hiesige Bevölkerung ist ein famoser Menschenschlag. Gesund, kräftig, arbeitsam und bedürfnislos bilden sie ein ausgezeichnetes Menschenmaterial. Eine Ausnahme machen die halbgebildeten Pseudopolitiker, die jeder eine verschiedene Ansicht haben und vor allem Geld machen wollen. Während der Mann des Volkes auch für eine erbetene Dienstleistung niemals ein Trinkgeld annimmt, sind diese zukünftigen Herren Minister und Diplomaten des entstehenden Albaniens dem Piaster, wenn er nur in größerer Menge kommt, nicht abgeneigt. Jeder hat den Mund voll von patriotischen Worten und denkt doch nur an seine eigene werte Person.

Unter diesen Führern hat Albanien keine Existenzberechtigung. Sollte das Land trotzdem seine Selbständigkeit bewahren, so ist das nur durch die gegenseitige Eifersucht zwischen Österreich und Italien möglich. Aber zur Ruhe im Innern wird es in absehbarer Zeit nicht kommen. Der Krieg ist für den Sohn der Berge ein Sport und ein Vergnügen, für die gewissenlosen Führer ein Geschäft.

Der zukünftige Fürst ist nicht zu beneiden. Das einzige, was ihm Geltung verschaffen könnte, wäre großer persönlicher Reichtum. Ein unternehmungslustiger und geschäftstüchtiger Prinz sollte sich eine reiche Amerikanerin suchen mit einigen Millionen Einkommen. Dann wäre die Sache zu machen. Denn mit Geld sind alle hiesigen Führer zu gewinnen. Die Serben sind im ersten Balkankriege nur deshalb so leicht durch das sehr schwierige Land hindurchgekommen, weil sie die Piaster springen ließen. Jetzt, wo sie kein Geld mehr haben, sind sie die National- und Erbfeinde.

Ich glaube, daß die dauernden Unruhen im Lande schließlich doch Österreich und Italien zur Okkupation zwingen werden, was für das Land das Allerbeste wäre. Österreichs Furcht vor einer Schließung der Adria durch einen italienischen Kriegshafen in Valona könnte dadurch gegenstandslos werden, daß beide Staaten sich verpflichten, keine Befestigungen in Albanien anzulegen. pp.*

von Laffert
Major im Großen Generalstabe

---

* Der Schluß des Berichts behandelt die wirtschaftlichen Verhältnisse Albaniens.

Nr. 13951

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Monastir, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 22 Monastir, den 11. Oktober 1913
[pr. 16. Oktober]

Zwischen den Vertretern von Österreich und Italien einerseits, Frankreich und Rußland andrerseits hat sich bei den Sitzungen der letzten Tage bereits ein starker Gegensatz herausgebildet.

Oberstleutnant Lallemand hatte zunächst den Vorschlag gemacht, am grünen Tisch sich darüber schlüssig zu werden, welche Ortschaften des strittigen Gebietes man als unbedingt griechisch, welche als albanisch anerkennen solle. Ein möglichst schmaler Streifen in der Mitte solle dann durch die Kommission zur Feststellung der Nationalität untersucht werden. Hierauf wurde von der anderen Seite mit größter Bestimmtheit betont, daß die von Österreich und Italien jetzt vorgeschlagene Südgrenze bereits die allerletzte Konzession der beiden Kabinette darstelle und daß an eine Abtretung weiteren Gebietes, noch dazu ohne Untersuchung, gar nicht zu denken sei. Der französische Vorschlag wurde darauf zurückgenommen.

Bei einer anderen Sitzung richteten die Delegierten Österreichs und Italiens das Augenmerk der Kommission darauf, daß seitens der griechischen Regierung durch alle möglichen Maßregeln der ethnographische Charakter mancher Gegenden derart entstellt und die Bevölkerung so terrorisiert sei, daß das albanische Volkstum nur schwer zu erkennen sein werde. Der französische Delegierte bestritt die Möglichkeit solcher Entstellungen und behauptete, die Kommission sei eine rein technische und habe sich daher mit politischen Untersuchungen überhaupt nicht zu befassen, eine Äußerung, die sofort von Herrn Bilinski treffend widerlegt wurde.

Nachdem nun soweit die Karten aufgedeckt, scheint es uns allen recht unsicher, ob es gelingen wird, einmütig eine Grenze zu bestimmen; es müßte denn sein, daß eine Abtretung des Walachengebiets und der Gegend von Koriza* an Griechenland als ausreichende Kompensation angesehen wird. Für das Wahrscheinlichere halte ich es, daß die Urteile über den Charakter sehr vieler Ortschaften auseinandergehen werden, wobei — glaube ich — der englische Delegierte zumeist mit dem Dreibund stimmen wird. Ich bin nun der Ansicht und habe auch den Engländer dafür gewonnen, daß wir auch in diesem Falle ohne

---

* Fußnote Major Thierrys: Rein griechisch; von Österreich-Italien nur zur Verbindung mit dem Walachengebiet gefordert.

lange Disputationen die Arbeit bis zum Ende durchführen müssen. Wenn wir auch nicht mit einer fertigen Grenze heimkommen, so könnte das Ergebnis doch immerhin eine wertvolle Unterlage für eine Entscheidung der Botschafterkonferenz bilden.

Die Kommission beabsichtigt am Montag, spätestens Dienstag (14. Oktober) nach Herseg aufzubrechen. Die von der italienischen Regierung gestellten Automobile sollen nächster Tage in Santi Quaranta eintreffen, dort, wie schon gemeldet, bis auf weiteres Postsammelstelle im österreichischen Postamt.

Thierry
Major

Nr. 13952

*Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Herseg, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 28 Herseg, den 18. Oktober 1913
[pr. 31. Oktober]

Endlich — am 16. — ist die Kommission in ihrem Arbeitsgebiet eingetroffen; die letzte Verspätung entstand dadurch, daß unsere Abfahrt mit Automobil am 14. gänzlich verunglückte, eine Panne nach der anderen, zuletzt ein Achsbruch, so daß wir nach Monastir zurückkehren und am nächsten Tage einen neuen Anlauf mit Wagen nehmen mußten. Ganz unglaublich schlechte Wege; eine große Anzahl Brücken zerstört; drei hohe Pässe, die uns fast bis an die Schneegrenze brachten; geradezu bewundernswert die Leistungsfähigkeit der kleinen Pferde — später vielleicht ein wertvoller Ausfuhrartikel Albaniens. Im allgemeinen dürftiger Ackerboden mit kümmerlichen Wäldern und viel Gestein abwechselnd, nur die Ebene von Koriza scheint herrlich fruchtbar zu sein. Mehrere muselmanische Dörfer an unserer Straße sind von Serben und Griechen gänzlich dem Erdboden gleichgemacht. Durch die Anstrengung der Fahrt ist leider Herr Bilinski schwer niedergebrochen, trotzdem kann er sich aber nicht entschließen, um seine Abberufung zu bitten. Es wäre schade, wenn der fähige Mann, der zu höheren Posten bestimmt scheint, ein Opfer der Expedition würde.

Was uns nun in dem okkupierten Gebiete bisher an theatralischen Demonstrationen und an Entstellung des wahren Volkscharakters vorgeführt wurde, übertrifft wirklich alle Erwartungen, ist aber doch so

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.

plump arrangiert, daß jedes Kind den Schwindel merken muß — die gräcophilen Journalisten vielleicht ausgenommen.

Als wir uns Koriza näherten, läuteten alle Glocken; aus jedem Fenster wehte die griechische Flagge, über die Straßen waren zu hunderten Tücher gespannt mit der Aufschrift: „Hoch Griechenland! Vereinigung oder Tod!" Mit dem gleichen Rufe empfing uns die Menge. Unser Präsident, der einen Tag früher angekommen, hatte den griechischen Divisionskommandeur ersucht, für unseren ungestörten Durchzug Sorge zu tragen. Dies war zugesagt und eine Einladung an die Kommission zu kurzem Besuche daran geknüpft. Leider ging Major Doughty und wir mit ihm in diese Falle und so mußten wir denn die ganze wohlvorbereitete Komödie über uns ergehen lassen. Noch während der ersten Begrüßung verkündeten wilde Jubelrufe von der Straße das Herannahen des bataillon sacré. Es mögen über 1000 Männer und Knaben gewesen sein, zum Teil mit griechischen Uniformstücken, mit griechischen Gewehren und Dutzenden von Fahnen; ohne Unterlaß wurde der Schlachtruf ἔνωσις ἤ θάνατος mit voller Lungenkraft gebrüllt — dann folgte das Amazonenkorps mit Gewehren, griechischen Mützen und blauweißen Schärpen, die geringere Zahl durch noch größeres hysterisches Stimmaufgebot ersetzend, dann die Geistlichkeit, die Schulen und endlich eine Anzahl Mohammedaner, die zur Teilnahme gezwungen waren. Inzwischen hatte sich eine Anzahl Notabeln und der Metropolit Germanos — eine imponierende Persönlichkeit, seit Jahrzehnten der spiritus rector der griechischen Propaganda — im Gouvernement eingefunden — ihre vorbereiteten Reden haben wir aber nicht angenommen. Der General tat so, als ob ihn der ganze Aufzug überrascht hätte, „man könne aber nichts dagegen machen, es sei eben la libre volonté du peuple". Als wir endlich nach etwa eineinhalb Stunden abfahren konnten, erreichte die Besessenheit des Volkes den Siedepunkt, mit einem Höllenlärm ließ man alle Großmächte leben, die Weiber drängten sich fast in die Wagen, beschworen uns bei allen Heiligen um Gerechtigkeit und versicherten, wenn Koriza albanisch würde, so wollten sie vor ihrem Wegzug alles umbringen und zerstören.

Die Stadt Koriza hat unzweifelhaft eine starke und sehr reiche griechische Bevölkerung, die größere Hälfte der Einwohner sind aber mohammedanische Albaner. Von diesen nun sah man mit Ausnahme der armen Opfer des Umzugs nichts, sie waren offenbar eingesperrt und durften sich nicht mal am Fenster sehen lassen; andrerseits sah Major Doughty am Tag vor unserer Ankunft von mehreren Seiten her starke griechische Abteilungen in die Stadt ziehen.

Hinter der Stadt bildete das Bataillon nochmals Spalier, bei jedem Dorf, durch das wir kamen, und abends bei der Ankunft hier dasselbe Theaterspiel, derselbe Lärm.

Herseg ist ein kleines Nest von ca. 400 Einwohnern, von denen

etwa 15 bis 20 Prozent Griechen sind; trotzdem wurde uns hier ebenfalls ein bataillon sacré vorgeführt mit mindestens 500 Mann und 50 Weibern. Man hat uns gegen unseren Willen nur bei Griechen einquartiert, stellt Ehrenposten vor jedes Haus, versteckt die Albaner und überhäuft uns mit Petitionen. Am Morgen nach unserer Ankunft ein Umzug wie in Koriza mit „ἕνωσις ἤ θάνατος" und Hochrufen auf die Mächte, dem aber nach Ablehnung des Empfanges der Deputation sofort ein „Nieder mit Österreich, Italien" folgte. Als am Ende des Zuges wieder eine Anzahl Mohammedaner mit griechischen Fahnen und unter dem üblichen Schlachtruf vorbeikamen — man sah ihnen die Angst und Scham an —, war dies selbst dem griechischen Arzt des Herrn Bilinski zu bunt und er sagte: „Da sehen Sie, meine Herren, was man mit Gewalt alles fertigbringen kann."

Die Erlebnisse der letzten Tage haben nun ein von der griechischen Propaganda nicht beabsichtigtes, für uns sehr erfreuliches Ergebnis gezeitigt: Der Russe und die beiden Franzosen erklärten uns nämlich am ersten Abend hier, sie seien angewidert von dieser Hetze und Entstellung und sähen jetzt ein, daß tatsächlich unsere Arbeiten mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, an die sie vorher nicht hätten glauben wollen. Bei den Sitzungen von gestern und heute ging dann auch alles mit größter Einmütigkeit vonstatten.

Ob die Haltung der Griechen der Kommission gegenüber in Feindseligkeit umschlägt, wenn zum Beispiel irgendetwas über unsere Entscheidungen in die Öffentlichkeit dringt, lasse ich dahingestellt; einen heimtückischen Anschlag halte ich bei dem Volkscharakter nicht für ausgeschlossen, glaube aber, daß die Regierung bemüht ist, solches nach Kräften zu verhindern. Weit bedenklicher scheint mir die Zukunft dieses Landes, wenn sich Griechenland dazu entschließen muß, das Gebiet zu räumen. Mit absoluter Sicherheit verwandeln sich dann die bataillons sacrés in Banden unter Leitung von griechischen Offizieren und der Balkan tritt wieder in eine neue Ära fanatischer Metzeleien — wenn nicht Europa rechtzeitig ganz energische Maßregeln ergreift. Schon jetzt müßte meiner Ansicht nach die Entwaffnung des Volkes gefordert und die Durchführung später international beaufsichtigt werden. Dann aber müßte, wenn in London die Entscheidung fällt, eine achtunggebietende Macht hier das Leben und Eigentum der Albaner schützen; daß dazu Gendarmerie genügt, glaube ich kaum; ganz abgesehen davon, daß meines Wissens die Aufstellung der albanischen Gendarmerie noch gar nicht erfolgt ist.

Wenn ich mich schon heute, zwei Tage nach Betreten des epirotischen Landes, zu vorstehenden Ausführungen entschlossen habe, so geschieht dies, weil meiner Ansicht nach größte Gefahr bei Verzug ist, und weil die Verhältnisse eine so deutliche Sprache sprechen, daß ein Irrtum ausgeschlossen ist. Mit dem mir sehr befreundeten englischen Delegierten und dem italienischen Hauptmann Castoldi, der

vielleicht einer der besten Balkankenner ist, habe ich heute über diese Fragen einen Meinungsaustausch gehabt, beide sind ganz meiner Ansicht, Major Doughty will im gleichen Sinne seiner Regierung berichten.

Die italienischen Automobile sind noch nicht eingetroffen, daher Absendung dieses Berichtes aufgeschoben.

Thierry
Major

Nr. 13953

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Kolonia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Kolonia, den 23. Oktober 1913

Kommission gezwungen, griechische Eskorte anzunehmen, da abermals von bewaffneter Bevölkerung Betreten der Häuser verhindert. Wenn auch dies letzte Mittel versagt, sind meines Erachtens Arbeiten vor Evakuation und Entwaffnung unmöglich.

Thierry

Nr. 13954

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1818 Berlin, den 24. Oktober 1913

Zur Verwertung.

Der deutsche Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission meldet unterm 24. Oktober:

„Arbeiten durch Entstellung und Hindernisse selbst feindseliger Art fast unmöglich, Details werden anderweit gemeldet. Trotzdem Fortsetzung Arbeiten. Bin der Ansicht, daß Ziel nur erreicht werden kann durch ernste Vorstellungen in Athen.“

Bitte Auffassung dortiger Regierung festzustellen. Uns scheinen dringende gemeinsame Vorstellungen bei der griechischen Regierung geboten.

Zimmermann

Nr. 13955

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Kolonia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Kolonia, den 24. Oktober 1913

Auch mit Eskorte Arbeit völlig ergebnislos, da alle Häuser verschlossen und weder Frauen noch Kinder sichtbar; dabei Kreis Kolonia weit überwiegend albanisch. Morgen entscheidende Sitzung, deren Ergebnis sofort melde. Keine Postverbindung, da Ausfahrt des Autos in Santi Quaranta durch Griechen verhindert sein soll.

Thierry

Nr. 13956

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Kolonia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Kolonia, den 26. Oktober 1913

Unmöglichkeit, unter gegebenen Verhältnissen hier weiterzuarbeiten, einstimmig festgestellt. Französischer Delegierter vorschlägt, nach Leskowik zu gehen und Grenze im Kreis Kolonia später auf Karte festzusetzen. Österreicher und Italiener bestehen darauf, daß schon jetzt als Ostgrenze Höhenlinie des Grammos bestimmt wird. Da dies von Franzosen nicht zugegeben, allgemeiner Beschluß, Instruktion einholen. Mein Antrag erfolgt über Wien *.

Thierry

Nr. 13957

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 373 Athen, den 21. Oktober 1913
[pr. 26. Oktober]

Euer Exzellenz beehre ich mich mit Beziehung auf den hohen Erlaß vom 13. d. Mts. — Nr. 665 ** — gehorsamst zu melden, daß

* Vgl. dazu Nr. 13 964.
** Siehe Nr. 13 949.

die Mitteilung der Beschlüsse der südalbanischen Grenzkommission an die griechische Regierung bisher nicht erfolgen konnte, da der französische Geschäftsträger keine entsprechende Instruktion erhalten hat.

R. Bassewitz

Nr. 13958

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Bitolia, an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Bitolia, den 31. Oktober 1913

Kommission Arbeiten Ochridasee begonnen.

Laffert

Nr. 13959

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 595 London, den 28. Oktober 1913

Englische Regierung hat am 20. Oktober ihren Gesandten in Athen instruiert, si omnes griechischer Regierung mitzuteilen, England erwarte, die Grenzkommission werde in den von griechischen Truppen besetzten südalbanischen Gebieten in keiner Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgaben behindert werden. Foreign Office ohne Nachricht, ob Demarche bereits gemacht.

Italienischer Geschäftsträger teilt mit, daß nach Berichten italienischen Kommissars Arbeiten der Kommission erst nach Zurückziehung griechischer Besatzung Erfolg versprächen.

Kühlmann

Nr. 13960

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 329 Athen, den 30. Oktober 1913

Italienischer Gesandter und österreichischer Geschäftsträger haben heute Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß ihre

Regierungen an den Terminen festhalten, die für Beendigung der Arbeiten der südalbanischen Grenzkommission sowie für Evakuation der albanischen Gebiete festgesetzt sind. Sollte rechtzeitige Beendigung der Arbeiten nicht möglich sein, würden Österreich und Italien trotzdem angesichts des griechischen Widerstandes in Epirus auf Räumung nicht nur des durch Botschafterkonferenz bereits abgegrenzten Gebiets, sondern des gesamten strittigen Gebiets durch die griechischen Truppen bis zum 31. Dezember bestehen*.

Bassewitz

Nr. 13961

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Lin am Ochridasee, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 6 Lin am Ochridasee, den 23. Oktober 1913
[pr. 1. November]

Wie ich gleichzeitig telegraphisch meldete, ist die Kommission hier angelangt und hat heute mit ihren Arbeiten begonnen. Der Marsch durch Albanien ist ohne Unfälle verlaufen, nur die Verpflegung von Mann und Pferd war trotz der mitgeführten fünf Tagesvorräte mehrfach kritisch.

Die Albaner bereiteten uns überall einen begeisterten Empfang, weil sie vage Hoffnungen an das Erscheinen der Kommission knüpften.

Von Tirana an sind wir etwa 20 000 Flüchtlingen aus dem serbischen Albanien begegnet. Es waren fast ausschließlich Muhamedaner. Das Elend war natürlich sehr groß, weil diese ganzen Massen lediglich auf die Mildtätigkeit des sehr armen Landes angewiesen sind, in welchem es eine staatliche Autorität noch nicht wieder gibt. Es scheint, als wenn die Serben allen Muhamedanern die Rückkehr über die Grenze verwehren, während sie die christlichen Albaner schon wieder passieren lassen.

In Durazzo waren wir von Essad Pascha, dem größten Gauner von Albanien, zum Essen eingeladen. Er macht den unangenehmen Eindruck eines orientalischen Juden, mit lautem Gekreisch und den typisch semitischen Handbewegungen (gespreizte Hände mit den Daumen unter den Achselhöhlen). Er versicherte uns, daß nur von ihm eine Rettung Albaniens zu erhoffen sei. Er rühmte seine Helden-

* Die gemeinsame Demarche Österreich-Ungarns und Italiens in Athen erfolgte ohne Vorwissen des Berliner Kabinetts; vgl. das Telegramm des französischen Botschafters Jules Cambon an Pichon vom 10. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 80).

taten bei der Belagerung von Skutari* und machte seinen äußerst tüchtigen Vorgänger Ali Risa auf jede Weise schlecht. Nur über dessen Ermordung äußerte er sich nicht, wahrscheinlich weil er zu gut darüber Bescheid weiß. Essads Einfluß reicht nicht über Alessio, Durazzo und Tirana hinaus. In Elbasan wollte schon niemand von ihm etwas wissen.

Die Einigkeit in der Kommission läßt sehr viel zu wünschen übrig[1]. Darin sind wir Augenblicksdiplomaten den zünftigen Diplomaten durchaus ebenbürtig. Leider sind unsere beiden Bundesgenossen wie an der ganzen Adria so auch hier natürliche Gegner, und es kommt jeden Augenblick zwischen ihnen, manchmal wegen der lächerlichsten Kleinigkeiten, zu heftigen Zusammenstößen. Ein Beispiel hierfür:

Seit wir uns der serbischen Grenze näherten, wurden die aufgerollten Fahnen der sechs Großmächte am Anfang des Detachements getragen, um sie gegebenenfalls als Schutz gegen serbische Geschosse enthüllen zu können. Nun ließ ein österreichischer Leutnant beim Durchmarsch durch einen Ort eigenmächtig seine Fahne entrollen, worüber Marafini einen förmlichen Wutparoxysmus bekam. Auf Befehl der Kommission mußten die Österreicher ihre Flagge einziehen und Mietzl, der österreichische Delegierte, entschuldigte sich mit dem Versehen des Leutnants. Das genügte aber dem Italiener nicht, sondern er befahl seinem Detachement, auch die Fahne zu entrollen und sie genau bis zu der Stelle entfaltet zu tragen, wo die Österreicher die ihrige eingezogen hatten. Darüber geriet nun wieder der Rest der Kommission in starke Erregung, und Potapow, der Russe, forderte die Delegierten auf, sich im Trabe nach vorwärts zu begeben, um nicht unter der fremden Flagge marschieren zu müssen. Die Entente folgte der Aufforderung, während die Allianz äußerlich einig, aber voll innerer Konflikte zurückblieb[2]. Auch der Engländer blieb, allerdings unter Protest, zurück, weil er wegen Hämorrhoiden nicht zu traben vermag. Ich brachte nun folgenden Vermittlungsantrag ein: Jeder Delegierte, der sich durch das Vorgefallene beleidigt fühle, solle zurückreiten und mit entfalteter Fahne dieselbe Strecke durchmessen, die die österreichische und italienische Fahne zurückgelegt hatten. Dieser Vorschlag fand Beifall bei der Allianz, aber Mißbilligung bei der Entente, die nicht umsonst vier Kilometer zurückreiten wollte. Immerhin war dadurch das Eis zwischen den feindlichen Brüdern gebrochen, und der Nachmittag vereinte die Allianz wieder äußerlich versöhnt im österreichischen Zelte.

Meine Haupttätigkeit besteht überhaupt im Vermitteln zwischen Mietzl und Marafini, was mir bisher mit einigem Humor auch noch stets geglückt ist. Nur in einer Sache sind beide sich stets einig,

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX.

die Grenzen Albaniens, auf das ja beide Länder reflektieren, so weit wie möglich zu stecken. Und dazu wird jede kleine Ungenauigkeit, die das Londoner Protokoll aufweist, hervorgesucht.

Nach den Äußerungen der hiesigen österreichischen Offiziere scheint man im dortigen Offizierkorps einen Krieg mit Italien als unvermeidlich anzusehen[2], und wünscht ihn sogar herbei. Lieber will man sich mit Serbien verständigen[2].

Der Führer des österreichischen Detachements, Oberleutnant Mühlhofer, ein sehr energischer und tüchtiger Feldsoldat, der in Tripolis gegen die Italiener[3], bei Jánnina gegen die Griechen gefochten hat, machte mir folgende für die Stimmung der deutsch-österreichischen Offiziere sehr bezeichnende Bemerkung:

Er sagte, Österreich ist ein Staat, der in nicht zu langer Zeit auseinanderfallen wird. Vorläufig aber hält es, wenigstens militärisch, noch die ganzen in ihm vereinigten Völkerstämme fest zusammen. Diese Zeit muß man benutzen, um noch einmal, vielleicht zum letzten Male, die gesamten österreichischen Slawen für das Germanentum ins Feuer zu werfen.

Und wie alle österreichischen Offiziere, die ich bisher gesprochen habe, zeigte er eine ungemessene Bewunderung und Verehrung für Seine Majestät, unseren Kaiser, und erwartet von ihm alles Heil auch für das Deutschtum Österreichs.

Es ist geradezu rührend und erhebend für einen Reichsdeutschen, zu sehen und mitzufühlen, wie diese Österreicher, deren Deutschtum überall zu kurz kommt, in unserem Kaiser die Hoffnung und den Stolz des Germanentums erblicken, der ihren heimlichsten Traum eines größeren und unerreicht machtvollen Deutschlands erfüllen soll. —

Gestern passierten wir die serbischen Vorposten, die im allgemeinen längs der neuen Grenze stehen. Die serbischen Offiziere waren voll ausgesuchter Liebenswürdigkeit. Viele von ihnen sprechen deutsch. Sobald sie merken, daß man Reichsdeutscher ist, werden sie zutraulich und versichern einen der freundschaftlichsten Gefühle für Deutschland.

Die Soldaten sind recht abgerissen, zeigen aber gute militärische Haltung. Die Offiziere sind voll würdigen Ernstes. Man fühlt, daß sie durch die beiden siegreichen Kriege an innerem und äußerem Selbstbewußtsein gewonnen haben, das natürlich und daher nicht anmaßend wirkt.

von Laffert
Major im Großen Generalstabe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! wie in London!

[2] !

[3] !!

Nr. 13962

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 281 St. Petersburg, den 5. November 1913

Herr Sasonow hatte gestern abend vor seiner Abreise nach Livadia erregte Aussprache mit italienischem Geschäftsträger* wegen der italienisch-österreichischen Demarche in Athen**. Minister bezeichnete das italienische Vorgehen kurzweg als „peu correcte“***. Er habe von Italien, dem Rußland während des Krieges große Dienste geleistet habe, erwartet, daß er wenigstens vorher gefragt worden wäre. Italien sei vollkommen im Schlepptau der österreichischen Politik usw. Es folgten dann dieselben Klagen in verschärfter Form gegen die österreichische Politik, die Herr Sasonow mir gegenüber neulich vorgebracht hat. Minister bemerkte weiter, er überlege ernstlich, ob es mit der Würde Rußlands noch weiter vereinbar sei, sich um albanische Frage zu bekümmern. Er würde vielleicht den russischen Delegierten der Grenzkommission abberufen. Rußland würde sich eventuell darauf beschränken, seine Interessen zu wahren und sich im übrigen vollkommen „desinteressieren“. Herr Sasonow bedauerte allerdings am Schluß der Unterredung seine „wenig diplomatische Sprache“, er lege aber Wert darauf, daß man überall wisse, wie er über diese Angelegenheit denke. Seine Ansicht werde in England vollkommen geteilt: „On est furieux à Londres“. Hier handelt es sich jedenfalls um starke Einwirkung des Herrn O'Beirne, der Minister vorher sah.

Glaube, daß Herr Sasonow mit dieser Sprache hauptsächlich Eindruck in Rom machen wollte, daß er sich aber in Livadia wesentlich vorsichtiger ausdrücken wird, da ungünstige innere Lage eine aktive äußere Politik nicht zuläßt.

Lucius

---

* Principe Alliata.

** Vgl. Nr. 13 960.

*** Auf den gleichen Standpunkt stellte sich nach einem Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 3. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 325) der französische Außenminister Pichon: „Er ist vollkommen Ihrer Ansicht, daß es unmöglich sei, einem derartigen Sondervorgehen Österreichs und Italiens stillschweigend zuzusehen. Seiner Meinung nach ist es notwendig, diese Mächte daran zu erinnern, daß die Londoner Beschlüsse über Albanien allgemeineuropäische waren, und die Anregung zu einer Erklärung in diesem Sinne hat seiner Ansicht nach vom Londoner Kabinett auszugehen. Heute noch will er mit dem hier anwesenden Paul Cambon sprechen und ihn beauftragen, sich hierüber mit Sir E. Grey auseinanderzusetzen.“ Vgl. auch Nr. 13 969. Zu Sir E. Greys Stellungnahme vgl. Nr. 13 967.

Nr. 13963

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 5. November 1913

Der griechische Geschäftsträger überreichte mir vorliegende Note*. Ich gab ihm den freundschaftlichen Rat, bei seiner Regierung auf eine entgegenkommendere Haltung hinzuwirken. Wir würden dies nur begrüßen können.

Zimmermann

Anlage

Note remise aux représentants des six Puissances à Athènes

Athènes, le 22 Octobre/4 Novembre 1913

En protestant hautement contre l'information d'avoir terrorisé les populations de plusieurs villages et d'avoir ainsi empêché la commission de délimitation de la frontière helléno-albanaise de vérifier la langue maternelle, le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique croit devoir faire observer que l'explosion des sentiments patriotiques des populations des régions visitées par la commission était tellement spontanée qu'elle n'avait pas besoin d'aucun autre concours pour se manifester. Les faits qui se sont déroulés à Corytza et dans les autres localités et qui ont poussé toute la population dans un élan patriotique incoercible à témoigner de sa conscience nationale, a dû suffisamment prouver à la commission internationale combien étaient forts les liens qui rattachaient à la mère patrie les sus-dites populations.

Malheureusement dès le début de ses travaux, la commission, afin de vérifier quelle est la langue parlée, s'est bornée à s'en rapporter au seul témoignage de femmes agées de plus de soixante ans, ce qui évidemment est loin de répondre aux décisions prises à Londres; d'autre part quelques-uns de Messieurs les commissaires ont jugé bon de pénétrer dans le domicile de plusieurs habitants, contrairement aux usages séculaires qui interdisent l'accès des étrangers auprès des femmes. Il est clair que dans ces conditions, les populations dans la crainte d'être sacrifiées ont été indisposées et excitées. De plus, les délégués se faisaient accompagner d'une nombreuse escorte de cavas et de beys albanais, dont quelques-uns jouissaient d'une réputation déplorable et menaient une propagande active contre l'hellénisme. Ces cavas pressaient les albanais musulmans à déclarer qu'ils étaient

* Siehe Anlage.

opprimés par les autorités helléniques et que dans la crainte des baïonettes helléniques ils étaient forcés de cacher leurs véritables sentiments.

Enfin une des personnes attachée à une des délégations a été prise en flagrant délit de traduction, d'une façon absolument erronée des réponses faites par les paysans.

Comme il était à prévoir la tâche de la commission devenait ainsi difficile à être exécutée, aussi la tactique adoptée au commencement des travaux fut-elle plus tard modifiée, à en juger d'après les renseignements parvenus au Ministère le 13 Octobre suivant lesquels l'enquête faite dans les villages de Vodista et de Gostivitzi a eu lieu en parfait ordre et à la complète satisfaction de la commission.

Si les travaux de la commission étaient retardés au delà du 30 Novembre (n. s.) le Gouvernement Royal ne saurait en aucun cas en être rendu responsable, car il n'a pas manqué de donner en temps opportun les ordres les plus sévères à ses autorités pour la facilitation de la tâche de la commission internationale et a même renouvelé ces jours derniers de la manière la plus formelle ses premières instructions. Communication des ordres dont il s'agit a été faite aux Légations de Sa Majesté auprès des Six Grandes Puissances représentées aux réunions de Londres appelées à s'occuper de la question d'Epire.

Nr. 13964

Identisches Telegramm der Delegierten des Dreibunds in der südalbanischen Grenzkommission

Von der österreich-ungarischen Botschaft am 5. November 1913 überreicht

Reinschrift

[Herseg, den 31. Oktober 1913]

Da Antrag des französischen und russischen Delegierten betreffend Fortsetzung der Kommissionsarbeiten, ohne die Grenze Kasa Kolonia festzusetzen*, von uns als unannehmbar erklärt wurde, hat englischer Delegierter versucht, Basis für ein Arrangement hinsichtlich Grenzregulierung zu finden. Von der Überzeugung geleitet, daß bei der durch die Griechen geschaffenen Sachlage Muttersprache zu konstatieren unmöglich ist, schlug er vor, weitere Arbeiten auf allgemeine Konstatierungen geographischer und [ethnischer] Natur und auf Aufstellung einer Statistik nach mohammedanischen und orthodoxen Quellen zu beschränken, um auf Grund solcher Erhebungen zur Festsetzung einer Grenze zu gelangen.

---

* Vgl. Nr. 13 956.

Mein italienischer Kollege und ich erwiderten, daß ein Abgehen von den Londoner Beschlüssen durch Ausschaltung der Konstatierung der Muttersprache, ohne den Entschlüssen unserer Regierungen vorzugreifen, für uns nur allenfalls dann annehmbar sein könnte, wenn schon vorher die ganze Grenzlinie in einer unseren Interessen entsprechenden Weise festgelegt würde.

Auf Grund unserer Erklärung hat englischer Kollege mit französischem und russischem Delegierten Rücksprache gepflogen, jedoch wegen intransigenter Haltung des ersteren ohne positives Resultat.

Englischer Delegierter hat Sir Edward Grey folgenden Vorschlag als Basis eines möglichen Arrangements unterbreitet und hofft, auf dieser Grundlage durch direkte Einflußnahme seiner Regierung auf französisches Kabinett zu einer Einigung in der Delimitierungsfrage zu gelangen.

A. Grenzlinie anschließend an Kasa Koriza längs der Grammoskette läuft östlich der Stukolonia-Kalabaki bis zur Vojussa und dann längs des österreichischen und italienischen Projektes bis Phtelia.

B. Die Ermöglichung einer Ansiedlung der Bevölkerung der im Tal von Argyrókastron gelegenen griechischen Dörfer in die Tschamuria und vice versa durch Geldunterstützung.

C. Eine Einigung auf Linie Punkt A wäre nach Ansicht des englischen Delegierten möglich, falls Großmächte Versicherungen der Zuweisung des kutzowalachischen Territoriums an Griechenland machen würden.

Der Delegierte Frankreichs machte die Annahme des Vorschlags der präalablen Grenzregulierung von Punkt C abhängig, reklamierte jedoch für Griechenland außer Koriza auch den Kasa Leskowik und den südlichen Teil des Kasa Premeti.

Russischer Delegierter scheint persönlich entgegenkommender, schließt sich jedoch im übrigen der Haltung des französischen Delegierten an*.

Heute machte englischer Delegierter vorstehende Mitteilungen den Vertretern der Dreibundmächte und bat uns, Unterstützung seiner Vorschläge bei unseren Regierungen zu erwirken, indem er hinzufügte, daß im Falle eines Einvernehmens bezüglich Grenzregulierung die Arbeiten der Kommission in dem eingangs erwähnten Sinne festgesetzt werden könnten. Dies würde dazu dienen, nach außenhin den Schein der Durchführung der Londoner Beschlüsse zu wahren, ein Umstand, auf welchen englischer Delegierter großen Wert legt.

---

* Nach einem Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 3. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 325 f.) hatte der russische Vertreter die generelle Anweisung, seinen französischen Kollegen zu unterstützen.

Wir antworteten, daß wir persönlich die Demarkationslinie des englischen Vorschlages akzeptabel finden und unseren Regierungen hierüber berichten werden.

Bezüglich der kutzowalachischen Frage erklärten wir uns inkompetent.

Englischer Delegierter teilte uns außerdem mit, daß russischer Delegierter Instruktionen erhalten zu haben scheine, sich für Annexion der in den strittigen Gebieten befindlichen bulgarischen Dörfer Albaniens auszusprechen.

Wir erlauben uns, zum englischen Vermittlungsvorschlag noch folgendes zu bemerken:

I. Demarkationslinie nach Punkt A erschiene nach Detailfixierung der Linie Grammos-Vojussa akzeptabel. Hier ist zu bemerken, daß nach Ansicht des russischen Delegierten hinsichtlich der Regelung der kutzowalachischen Frage der nördliche Teil des kutzowalachischen Gebietes, welcher viele bulgarische Ortschaften in sich begreift, auf jeden Fall Albanien zugesprochen werden sollte.

II. Bezüglich Kutzowalachen erachten wir uns als nicht kompetent.

III. Falls eine definitive einwandfreie präalable Grenzregulierung im Sinne des englischen Vorschlages nicht schon jetzt möglich sein sollte, halten wir an unserem im Telegramm vom 26. d. Mts.* sub Punkt 3 erstatteten Vorschlag (Abbruch der Kommissionsarbeiten, Wiederaufnahme derselben nach Räumung der strittigen Gebiete durch Griechen und Okkupation derselben durch internationales Detachement) fest.

Nr. 13965

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Athen Grafen von Bassewitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 172 Berlin, den 5. November 1913

Auf Telegramm Nr. 329**.

Bitte dort freundschaftlich im Sinne letzter Demarche Österreich-Ungarns und Italiens vorstellig werden und zu Einlenken raten.

Zimmermann

---

* Ein solches Telegramm findet sich nicht bei den Akten.

** Siehe Nr. 13 960.

Nr. 13966

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 330 — Athen, den 6. November 1913

Habe mündlich Demarche im Sinne des Telegramms Nr. 172* unter Hervorhebung freundschaftlichen Charakters gemacht.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiderte, daß griechische Regierung an Verzögerung der Kommissionsarbeiten unschuldig.

Kommission habe Arbeiten erst anfangs Oktober statt am 1. September begonnen und käme auch jetzt nicht weiter, obgleich die letzten Dorfbesichtigungen ohne Störung verlaufen seien.

Griechische Erwiderung** auf österreichisch-italienische Demarche läßt Evakuationsfrage unbeantwortet, protestiert nur gegen Vorwurf der Terrorisierung und führt entstandene Schwierigkeiten unter Anführung verschiedener Vorfälle auf Verhalten der Kommission zurück.

Bassewitz

Nr. 13967

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 614 — London, den 5. November 1913
[pr. 7. November]

Mit dem eben vom Urlaub zurückgekehrten italienischen Botschafter hatte ich heute ein längeres Gespräch. Marquis Imperiali sah Grey gestern und hatte den Eindruck, daß diesem das isolierte Vorgehen Österreichs und Italiens in der Frage der südalbanischen Abgrenzung unbequem sei, daß aber keinerlei ärgerliche oder gereizte Stimmung vorliege. Der Minister habe ihm gesagt, der vorliegende Fall hätte sich sehr gut dazu geeignet, von den Mächten kollektiv behandelt zu werden, da es sich um Ausführung eines Kollektivbeschlusses handele und eine Kollektivvorstellung in Athen bedeutend mehr Nachdruck gehabt hätte, als das isolierte Vorgehen zweier Mächte, das bei den Griechen die Hoffnung, eventuelle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten auszunutzen, entstehen lassen könne.

---

* Siehe Nr. 13 965.

** Siehe Nr. 13 963, Anlage.

Es wäre ihm (Grey) praktischer erschienen, wenn Österreich und Italien die übrigen Londoner Konferenzmächte aufgefordert hätten, eine Kollektivdemarche [1] zu unternehmen. Erst wenn festgestellt worden sei, daß die anderen Mächte nicht mithalten würden, wäre immer noch Zeit [2] zu einem isolierten Vorgehen in Athen gewesen *.

Der italienische Botschafter steht auf dem Standpunkt, daß es für das Interesse seines Landes notwendig sei, unbedingt an der Behandlung der Orientfragen durch das europäische Konzert festzuhalten und jedes isolierte Vorgehen zu vermeiden. Er versichert, daß die Initiative zu der italienisch-österreichischen Note an Griechenland nicht von Rom, sondern von Wien ausgegangen sei.

Die Affäre des Erlasses des Statthalters von Triest ** habe in Italien bis in den entlegensten Süden großen Eindruck gemacht und ein erneutes Wiederaufleben der gänzlich verschwundenen antiösterreichischen Stimmung zur Folge gehabt. Nach dem glücklichen Zusammenwirken des vergangenen Jahres sei dies doppelt bedauerlich. Er befürchte im italienischen Parlamente heftige Auseinandersetzungen, die nicht ohne Rückwirkung auf das italienisch-österreichische Verhältnis bleiben könnten. Um so herzlicher und ungetrübter seien die Beziehungen zu Deutschland.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hätte 4 Wochen gedauert!
[2] nach 8 Wochen!

Nr. 13968

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Herseg, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 39 Herseg, den 2. November 1913
[pr. 7. November]

Der vom englischen Delegierten gemachte Versuch einer Einigung — Telegramm nach Wien vom 31. Oktober ***, um dessen Weiterleitung ich gebeten — scheint mir von dem ehrlichen Bestreben diktiert zu sein, unsere Aufgabe zu Ende zu führen. Die Besorgnis, es könnten weitere energische Schritte der Kabinette von Wien und

---

* Auch der Botschafter in Rom von Flotow meldete am 11. November (Nr. 232), er höre auf vertraulichem Wege, daß der englische Geschäftsträger der italienischen Regierung die Unzufriedenheit seiner Regierung über den separaten Schritt Österreichs und Italiens in Athen ausgesprochen habe.
** Näheres darüber in Bd. XXXIX, Kap. CCXCVI.
*** Siehe Nr. 13 964.

Rom eine friedliche Lösung der Grenzfrage unmöglich machen, eine Besorgnis, die von Herrn Bilinski wohl absichtlich genährt [wird], machen die Bemühungen des Major Doughty noch besonders dringllich. Soweit ich die Lage beurteilen kann, würde der Vorschlag auch tatsächlich eine Lösung in Aussicht stellen, die sowohl den österreichisch-italienischen Forderungen gerecht wird, als auch der anderen Partei einen Teilerfolg verspricht. Daß die französischen Mehrforderungen im Kasa Leskowik und Premeti auf einen Wunsch von London hin zurückgezogen werden, halte ich für sehr wahrscheinlich. Die große Schwierigkeit liegt nur in der Entscheidung der walachischen Frage, die jetzt vorzeitig aufgerollt wird, und zwar in einem Rumänien wohl kaum erwünschten Sinne; denn daß die Wahrung der walachischen Nationalität unter albanischer Oberhoheit besser garantiert ist wie unter griechischer, darüber herrscht hier kein Zweifel. Major Doughty hat sich, ich möchte sagen in direkt dreibundfreundlichem Sinne bemüht, dem französischen Delegierten die Initiative in der walachischen Frage zuzuschieben, dies ist ihm aber leider bisher nicht gelungen.

In der Annahme, daß auch Details über das Walachengebiet demnächst von Interesse sein dürften, füge ich ein Exposé des Hauptmanns Castoldi bei*, der jahrelang als Gendarmerieoffizier das Gebiet bereist hat, und dessen Urteil ich stets als klar und objektiv erkannt habe.

Sollte der englische Vorschlag Annahme finden, so halte ich es wohl für möglich, daß wir die Besichtigung des Grenzgebiets bis Ende des Monats beendigen — allerdings wird wohl mit feindseliger Haltung der griechisch gesinnten Bevölkerung zu rechnen sein. —

Bezeichnend für die recht energische Stimmung am Ballplatz ist ein unchiffriertes Telegramm des Grafen Berchtold in französischer Sprache an Herrn Bilinski, worin Beschwerde über die langsame Beförderung der Depeschen geführt und der Delegierte aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß die versprochene Unterstützung der Kommission seitens der griechischen Behörden endlich zur Tatsache werde. —

Durch die Interessengegensätze leidet bedauerlicherweise auch die außerdienstliche Harmonie der Kommission, es herrscht vielfach Mißtrauen und Empfindlichkeit zwischen den extremen Flügeln. Sehr unrecht finde ich es ferner von meinen Dreibundgenossen, daß sie jetzt den englischen Delegierten eines doppelten Spiels zeihen, indem er einen Mittelweg zu finden sucht, während Bilinski und Labia anscheinend beanspruchen, daß er nur noch das ausführende Organ ihrer Wünsche ist. Ich bin dieser ungerechten Beurteilung in aller Freundschaft, aber recht deutlich entgegengetreten.

---

* Hier nicht abgedruckt.

Der Russe und Franzose haben mir gestern erklärt, sie seien des Wartens hier müde und wollten die Entscheidung der Kabinette in Leskowik abwarten; Major Doughty habe denselben Wunsch. Ich entgegnete, ich würde mich dem nicht widersetzen, wenn es der einmütige Beschluß der Kommission sei, eine Trennung sei aber absolut ausgeschlossen. Der österreichische und italienische Delegierte, denen ich hiervon Mitteilung machte, weigern sich auf das bestimmteste, den Ort Herseg zu verlassen, weil sie dies mit ihrer bisherigen Haltung unvereinbar finden und weil sie alle möglichen schwarzen Pläne des Franzosen wittern. Mein Argument, daß wir hier doch nichts mehr zu arbeiten haben, daß wir aber, wenn die Fortsetzung befohlen wird, durch den Umzug nach Leskowik wiederum zwei Tage verlieren, wollen sie absolut nicht gelten lassen. Ob die Delegierten von Frankreich und Rußland auf meine Antwort hin auf ihren Wunsch verzichten, oder ob der Antrag in diesen Tagen doch noch erfolgt und einen vielleicht recht unerquicklichen Mißton auslöst, lasse ich dahingestellt; ich werde auf jeden Fall nach Kräften einer Separation entgegenarbeiten. —

Die Journalisten sind von Jánnina zurückgekehrt und erfreuen sich auch weiterhin des größten Entgegenkommens von griechischer Seite. So wurde ihnen am 29. Oktober das griechische Militärauto, das bisher die einzige regelmäßige Verbindung mit Leskowik aufrechterhält, zur Verfügung gestellt, unser Kawaß mit der Post konnte keinen Platz mehr finden und kam dadurch einen Tag später an. — Eigenartig ist es auch, daß der sogenannte Korrespondent des „Figaro", Herr Blessa (?), bis vor wenigen Monaten noch griechischer Regierungsbeamter in Jánnina war. Er war bei dem Besuch in Stika der Allerzudringlichste.

Auf die entstellten Zeitungsberichte über unsere Tätigkeit berichtigend zu melden, lohnt sich wohl nicht. Des Kuriosums halber füge ich einen Artikel der Saloniker Zeitung „La Liberté" über unseren Aufenthalt in Koriza bei, der von Lügen geradezu strotzt. —

Hauptmann Grabau* ist am 31. Oktober angekommen und hat seine Arbeiten begonnen. Zwei italienische Autos sind soeben eingetroffen. Näheres über die lange Verspätung habe ich noch nicht erfahren.

Ich bin noch ohne Mitteilung, ob die nach Santi Quaranta (österreichisches Postamt) erbetene Sendung von 3000 Mark erfolgt ist. Falls noch nicht, bitte ich gehorsamst um recht baldige Überweisung, da ich am Ende meiner Gelder angelangt [bin] und auch Hauptmann Grabau nur wenig mitgebracht hat.

Thierry
Major

---

* Vgl. Nr. 13 947, S. 174, Fußnote*.

Nr. 13969

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 378 Paris, den 6. November 1913
[pr. 8. November]

Über das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien zur Räumung albanischen Bodens* hatte sich die französische Presse sehr aufgeregt und war dabei vom Quai d'Orsay, wenn auch nicht angetrieben, so doch auch nicht zurückgehalten worden. Ähnlich liegen die Dinge jetzt bezüglich der nachdrücklichen Vorstellungen unserer beiden Verbündeten in Athen wegen der der Abgrenzung Südalbaniens bereiteten Schwierigkeiten**.

Herr Pichon hat sich mir gegenüber über den ersteren Fall auf die Bemerkung beschränkt, er sei geeignet, die so mühsam erzielte Einmütigkeit Europas zu beeinträchtigen, und über den zweiten Fall, die Sache sei recht unbequem. Herr Paléologue, der politische Direktor, der gern schwarz sieht, meinte, das Vorgehen der beiden Adriamächte trage leider nicht dazu bei, der allgemeinen europäischen Lage diejenige Klärung und Beruhigung zu bringen, deren sie noch so sehr bedürfe. Ihn erfülle das so hoch geschwellte und tatendurstige Nationalbewußtsein Italiens sowie die unberechenbare Gereiztheit Österreich-Ungarns mit einiger Sorge bei dem Ausblick in die Zukunft. Meinem Einwurf, daß die Aktion unserer Verbündeten gerade darauf gerichtet gewesen sei, ausbrechende Quellen neuer Verwickelungen mit der allein wirksamen Raschheit und Energie zu verschütten, begegnete Herr Paléologue mit der Äußerung, er verkenne keineswegs, daß Serbien und vielleicht auch Griechenland Anlaß zur Unzufriedenheit der Mächte und besonders der an der Schaffung Albaniens zunächst interessierten gegeben haben mögen, der modus procedendi der letzteren lasse aber den beklagenswerten Schluß zu, daß man in Wien und in Rom den Wert eines einmütigen Europas nicht so hoch schätze, wie er es verdiene.

Meiner weiteren Bemerkung, daß die der albanischen Abgrenzungskommission unter Konnivenz der Athener Regierung bereitete Lage nachgerade unerträglich geworden sei, sprach Herr Paléologue eine gewisse Berechtigung nicht ab, nur meinte er, es sei nicht gerade erforderlich gewesen, die Mücke mit einem so großen Stein zu erschlagen.

v. Schoen

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXX.

** Vgl. Nr. 13 960.

Nr. 13970

Aide-mémoire

Von der englischen Botschaft in Berlin am 8. November 1913 überreicht
Reinschrift

Berlin, November 8, 1913

Sir Edward Goschen has been informed by Sir Edward Grey that the British Delegate on the Southern Albanian Delimitation Commission has put forward the suggestion that, in view of the difficulties with which the Commission are confronted in the application of the language test and in drawing just conclusions from such test, it would be desirable to modify the instructions based on the decisions of the Ambassadors' Conferences in such a manner as to meet the actual situation. The British Delegate recommends that the Commission should be authorised to visit the whole of the country under discussion, studying not only what they can of the nationality of the inhabitants but also the economic, strategical and geographical features of the country; and that, on the termination of such journey, the Commissioners should submit for the approval of the several Governments their joint recommendations as to a suitable frontier.

After full discussion with his colleagues, the British Delegate is under the impression that it would be by no means impossible to reach an agreement on the lines above-mentioned, provided that it were agreed not to insist either on the language test or on the working of the frontier by sections.

Sir Edward Goschen is informed that His Majesty's Government see considerable merit in this suggestion as a practical method of escaping from a difficult situation and of making the best use of the time at the disposal of the Commission. They would therefore be prepared to accept it if the other Powers do the same*.

---

* Das englische Aide-mémoire vom 8. November übernimmt von den Vorschlägen, die der englische Delegierte Major Doughty am 31. Oktober seinen Kollegen gemacht hatte und demnächst auch seiner Regierung vorlegte (Vgl. Nr. 13 964) lediglich denjenigen, der auf eine Abänderung der von der Botschafterreunion für die Abgrenzung festgesetzten Richtlinien hinauslief, nicht aber die damit eng kombinierten Vorschläge für die Grenzlinie selbst, die das Ganze erst für Österreich und Italien annehmbar machten. Auf diese Weise entstand statt der von dem englischen Delegierten erstrebten Klärung und Vereinfachung der Sachlage eine um so größere Verwirrung. Das Vorgehen Major Doughtys erregte in Petersburg und Paris entschiedenes Mißfallen, vgl. das Geheimtelegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an Iswolsky vom 7. November und die Rückantwort des letzteren vom 8., Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 337. Die Vorschläge des auch in Paris und Petersburg überreichten englischen Aide-mémoire vom 8. November wurden in Petersburg und Paris bereitwillig akzeptiert; vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 19. November,

Nr. 13971

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Gorni Belica, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 7 Gorni Belica, den 2. November 1913
[pr. 9. November]

Tätigkeit der Kommission

Die Kommission hat in zehntägiger Tätigkeit 25 Kilometer der Grenze festgelegt. Wenn sie mit derselben Schnelligkeit weiterarbeitet, hat sie noch annähernd 150 Arbeitstage vor sich. Ich glaube daher, daß die Arbeiten nicht vor Ende nächsten Jahres vollendet sein werden.

Die Arbeit selbst verläuft folgendermaßen: Die Kommission reitet ein Stück der Grenze ab, einigt sich über den Verlauf derselben und errichtet provisorische Grenzhügel. Demnächst folgen die Topographen, vermessen die Lage der Grenzhügel und stellen eine Karte des Grenzgebiets von etwa einem Kilometer Breite her. Hierbei besteht die Aufgabe der Kommission zumeist darin, etwaige Rechte der Anlieger zu berücksichtigen. Sehr schwierig aber wird die Sache, wenn das Londoner Protokoll sich nicht genau ausspricht. Dann geht ein Kuhhandel in der Kommission los um jedes verfallene Haus und jede jammervolle Ziegenweide. Bei dem Beginne der Grenze am Ochridasee sagt das Londoner Protokoll nur, daß die Grenze in der Umgebung von Lin anfangen solle. Der Streit um dieses fast ganz von Serben bewohnte Dorf dauerte fünf Tage. Die Bedeutung Lins für Albanien liegt nämlich darin, daß sich hier der einzige brauchbare Hafen am albanischen Teile des Sees findet. Der Engländer schlug sich auf die Seite der Allianz, so daß wir schließlich den größten Teil von Lin für Albanien retteten. Das Dorf selbst aber bleibt serbisch.

Bei der Aufstellung der Grenzsteine kam es zu sehr erregten Demonstrationen der Dorfbewohner, die offenbar der Meinung waren, daß ihnen der Teil ihrer Felder, der an Albanien fällt, auch privatrechtlich verloren gehen würde. Der russische Delegierte, der ausgezeichnet serbisch spricht, tat offenbar nicht das Nötige, um die Leute zu beruhigen. Vielleicht war die Demonstration sogar von ihm und dem Franzosen beeinflußt. Schließlich wurde die Situation der bewaffneten und geradezu rasenden Bevölkerung gegenüber kritisch, so daß

Stieve, a. a. O., III, 344. Dagegen widersprach Graf Berchtold der Abänderung der von der Botschafterreunion festgelegten Richtlinien (vgl. Nr. 13 978); auch Deutschland lehnte in höflicher Form ab (Nr. 13 983), worauf sich Sir E. Grey dazu bequemte, mit dem von dem englischen Delegierten Oberst Doughty Wyllie schon am 31. Oktober vorgelegten Grenzvorschlag herauszurücken. Vgl. Nr. 13 990.

unsere Deckung Befehl zum Laden bekam. Dieses Mittel wirkte abkühlend, denn jeder Balkanbewohner weiß, daß auf das Laden sofort das Schießen kommt, ohne daß man erst dreimal trommelt und dann noch einmal blind schießt, was bekanntlich erst recht erregend wirkt. Nachts aber wurden fünf scharfe Schüsse auf unsere Posten abgegeben, doch ohne zu treffen.

Auf unsere Vorstellung bei den serbischen Behörden hin wird uns jetzt täglich eine serbische Bedeckung mitgegeben. Das Wetter ist bisher sehr günstig gewesen. Hier im Gebirge, wo die Grenze durchschnittlich in Höhe von 1900 Metern läuft, liegt sonst um diese Jahreszeit schon tiefer Schnee, während jetzt nur die Nordabhänge verschneit sind.

Wenn wir noch fünf Tage gutes Wetter haben, dann hat wenigstens die Kommission (die Topographen noch nicht) das Jablanizagebirge hinter sich und erreicht bei Lukowo den Drin. Wir hoffen dann in diesem Jahre noch bis nördlich Dibra zu kommen, wo die Grenze wieder auf den Gebirgskamm steigt.

Die Kommission hat beschlossen, an allen wichtigeren Punkten gemauerte und gemeißelte Grenzsteine zu setzen, die nicht so ohne weiteres von der Bevölkerung zu entfernen sind. Die Kosten hierfür werden sich für die ganze Grenze auf etwa 30 000 Kronen stellen. Österreich, Italien und England haben sich bereit erklärt, sich an den Kosten zu beteiligen. Die anderen Delegierten haben vorbehaltlich anderer Entscheidung ihrer Regierungen eine Beteiligung abgelehnt. Ich sehe wirklich nicht ein, warum wir für Serbien und Albanien die Grenzsteine bezahlen sollen.

Zusammensetzung der Kommission

Mein erstes Urteil über die Mitglieder der Kommission in Bericht Nr. 2* hat sich im allgemeinen bestätigt.

Der Russe Potapow mit seinem Kalmückengesicht ist liebenswürdig, sehr sprachgewandt, absolut unaufrichtig (was für ihn nur darum ein Fehler ist, weil man es zu bald merkt), nur scheinbar energisch und militärisch eine Null. Er ist erst etwas über 40 Jahre alt und will viel und schnell arbeiten, weil er bald zu seiner Familie nach Cetinje zurück will. Das ist der einzige Punkt, in welchem er sich mit dem Franzosen Fournier nicht einig ist. Dieser, körperlich schwach und daher faul, ist ein aufgeregter, leicht beleidigter und vergrätzter Fünfziger, der lediglich durch seine unangenehme Art zu sprechen schon den Widerspruch herausfordert.

Der Engländer Granet ist schon recht hinfällig, aber vornehm und liebenswürdig. Kann daher auch den Franzosen persönlich nicht leiden.

---

* Siehe Nr. 13 941.

Der Österreicher Mietzl ist kein glücklich gewählter Vertreter. Er entstammt einer einfachen Familie (der Vater war Unteroffizier), was ihm noch anhängt. Durch seine aufgeregte, nervöse Art fordert er ähnlich wie der Franzose die Gegner direkt zum Widerspruch heraus. Er ist ungeschickt — offen in seiner Bevorzugung Albaniens. Mit den Offizieren seines Detachements steht er auf ständigem Kriegsfuß. Leider wird durch seine Ungeschicklichkeit die schmutzige Wäsche der Österreicher meist vor der ganzen Kommission gewaschen, so daß ich schon mehrfach abfällige Urteile über die Österreicher hörte, die an und für sich nicht berechtigt sind. Ich stehe mich persönlich vorzüglich mit Mietzl, er erweist mir jede mögliche Gefälligkeit und hat mir das Du angeboten.

Der Italiener Marafini ist ein außergewöhnlich geschicktes diplomatisches Talent, von dem man sicher noch eines Tages hören wird. Er war Generalstabschef bei General Galli und soll auf dessen Veranlassung zur Diplomatie übergehen wollen. Er ist bei weitem das bedeutendste Mitglied der Kommission.

Äußerlich haben sich in der Kommission drei Gruppen gebildet. Der Russe und der Franzose sind absolut serbenfreundlich und von einem geradezu blinden Haß gegen die Albaner erfüllt. Im Gegensatz dazu stehen der Österreicher und der Italiener, die unter allen Umständen für Albanien sind. Der Engländer und ich vertreten die Unabhängigen, die nur nach ihrem Gewissen entscheiden. Das heißt, ich tue wenigstens so, um den Engländer nicht in die Hände der Serbenfreunde zu treiben, was der Franzose unter Berufung auf die Entente schon mehrfach versucht hat. Der gute Granet hat es mir immer gleich wiedererzählt. Er ist immer leicht für Albanien zu gewinnen, wenn man ihn bei seinem Humanitätsgefühl faßt, worin ja die Engländer immer sehr stark sind, solange es sich nicht um ihre eigenen Kolonien handelt.

Serbische Verhältnisse

Die Serben haben hier an der albanischen Grenze noch die mobile Drinadivision stehen, die aber nicht der wirklichen Kriegsgliederung entspricht, sondern auch Teile der Schumadiadivision enthält. Ich sah die Regimenter 2 und 11, die im Grenzschutz von Lin über Struga vielleicht bis Lukowo stehen. Die Serben halten die Grenze noch immer streng gesperrt, obgleich sie genau wissen, daß in ganz Albanien kein Mensch vorläufig mehr an Angriff denkt. Der Grund hierfür kann nur darin liegen, daß sie der geflohenen muselmanischen Bevölkerung die Rückkehr gewaltsam verhindern wollen.

Viele Ortschaften sind völlig zerstört, die Ernte steht noch auf den Feldern und verkommt, weil alle Einwohner geflohen sind. Serbische Soldaten plündern, was noch da ist, und erpressen gelegentlich

Geld von armen türkischen Weibern, wovon ich selbst Augenzeuge war. In Ochrida und Struga stehen die mohammedanischen Stadtteile gänzlich leer. Allerdings kann man es den Serben nicht verdenken, wenn sie sich von diesem unzuverlässigen und nicht assimilierbaren Volksstamme befreien wollen.

Trotzdem die serbischen Soldaten aussehen wie die Komitatschis, machen sie doch militärisch einen vortrefflichen Eindruck. Die Vorposten hier im Gebirge wohnen in Erdlöchern inmitten von Eis und Schnee und werden nur alle acht Tage abgelöst. Die Löhnung ist äußerst gering. Trotzdem sah ich nirgends unzufriedene Gesichter, sondern stets das lebhafteste Interesse jedes Soldaten an der neuen Grenze des größeren Serbiens. Den Vorgesetzten, auch den sehr jungen Unteroffizieren, gehorchten sie auf den Wink. Die beiden glücklichen Kriege haben pflichtgetreue und gut disziplinierte Soldaten aus denselben Menschen gemacht, die wahrscheinlich nach einem verlorenen Feldzuge jetzt als feiges und unmoralisches Gesindel verrufen wären. Der Erfolg adelt, auch im militärischen Sinne. Die Serben zeigen sich von großer Zuvorkommenheit gegen uns. Sie haben uns ihre Militärpost zur Verfügung gestellt, die stets über unseren Aufenthalt unterrichtet ist. Briefe und Telegramme erreichen mich daher jetzt am schnellsten Ochrida, serbische Militärpost. Allerdings scheinen die Serben die Briefe zu erbrechen. Die beiden letzten Briefe vom Auswärtigen Amt, der eine mit der Karte der Grenze, der andere mit einer Vorschußangelegenheit, hatten beide Spuren einer gewaltsamen Öffnung. Ich bitte daher, wichtige Angelegenheiten auch im eingeschriebenen Briefe zu chiffrieren. Diesen Brief werde ich mit direktem Boten nach Salonik schicken.

Der die Kommission begleitende italienische Konsul von Üsküb Galanti hat in Struga einen serbischen Militärpostbeamten unverschämt genannt, worauf gestern ein Brief an Marafini kam, der den Italienern die weitere Benutzung der Militärpost untersagte. Darob große Entrüstung der Italiener, Telegramm nach Rom, diplomatischer Zwischenfall.

Die österreichische K a r t e d e s B a l k a n in 1:200 000 ist, soweit ich sie verfolgen konnte, nur unmittelbar auf den Hauptstraßen zuverlässig. So ist zum Beispiel das Dorf Gorni Belica, in welchem wir uns seit drei Tagen befinden und das etwa 600 Einwohner hat, auf der Karte mit einem Fragezeichen versehen und befindet sich auch an falscher Stelle.

Die Gebirge sind gänzlich phantasievoll dargestellt. Die Serben haben schon mit der Herstellung einer Karte ihres neuen Besitzes begonnen. Eine Karte von Albanien wollen im nächsten Jahre sowohl Österreich wie Italien beginnen. Hoffentlich einigen sie sich wenigstens in diesem Kulturwerke. Beide Staaten lassen sich überhaupt ihre Zukunftskolonie etwas kosten. Die täglichen Ausgaben für jedes der

beiden Detachements betragen etwa 1500 Kronen. Hiervon sind gegen 1000 Kronen nur die Zulagen der Offiziere und Mannschaften. Die ganze Grenzregulierung kann somit jedem der beiden Staaten etwa eine halbe Million kosten.

von Laffert
Major

Nr. 13972

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 386 Athen, den 5. November 1913
Streng vertraulich [pr. 10. November]

Seine Majestät der König Konstantin hatte die Gnade, mich heute zur persönlichen Überreichung des allerhöchsten Handschreibens, enthaltend die Mitteilung von der Verleihung Seiner Majestät Namenszug an das 2. Nassauische Infanterie-Regiment Nr. 88, sowie der auf allerhöchsten Befehl für Seine Majestät den König gefertigten Epauletten und Achselstücke zu empfangen. Ich fand Seine Majestät zwar lebhaft und frisch wie gewöhnlich, aber doch sorgenvoller und ernster gestimmt wie das letztemal, als ich vor der Auslandsreise Seiner Majestät die Ehre hatte, von ihm empfangen zu werden.

In der fast eine Stunde währenden Audienz kam Seine Majestät der König auf die verschiedenen augenblicklich schwebenden Fragen der äußeren und inneren Politik Griechenlands zu sprechen.

Vor allem schien die österreichisch-italienische Demarche wegen Südalbanien * den König zu erregen. Seine Majestät war der Meinung, daß die von den beiden Mächten erhobenen Beschwerden nur Ausflüchte seien, wohl um ihre egoistischen Interessen in Albanien zu verbergen. Die griechische Regierung sei vollkommen unschuldig an der Bewegung unter der epirotischen Bevölkerung, und es stehe nicht in ihrer Macht, diesen Ausbruch spontaner Empfindungen einzudämmen. Im Gespräche mit den griechischen Bischöfen von Epirus, welche kürzlich in Athen waren, habe Seine Majestät ein klares Bild von der Stärke der Empfindungen der dortigen griechischen Bevölkerung erhalten. Die Schilderungen der Bischöfe hätten sogar auf ihn einen tiefen Eindruck gemacht, wie groß müsse also der Einfluß sein, den sie auf die dortige Bevölkerung ausüben. Das Verhalten einzelner Kommissionsmitglieder steigere noch die Leidenschaften und sei der Grund der Obstruktion. Die österreichischen und italienischen Delegier-

* Vgl. Nr. 13 960.

ten zum Beispiel handelten nach einem vorher ausgearbeiteten Plan und seien daher nichts weniger als unparteiisch. Auch das Verhalten des deutschen Delegierten mißbilligte Seine Majestät. Dieser habe, gleich seinen Dreibundkollegen, versucht, in die verschlossenen Häuser einzudringen, und diese Verletzung der dort herrschenden Sitten habe eine tiefe Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Über die Persönlichkeit unseres Delegierten schien Seine Majestät nicht richtig orientiert zu sein. Ich benutzte daher die Gelegenheit, um zu bemerken, daß ich den besten Eindruck von ihm gewonnen hätte und aus seinen Äußerungen wisse, daß er unparteiisch sei und die feste Absicht habe, innerhalb der Kommission ausgleichend zu wirken.

Was aber Seine Majestät hauptsächlich zu bekümmern schien, war, daß Österreich und Italien seinen dreibundfreundlichen Bestrebungen so wenig entgegenkämen und ihn mit Gewalt in das andere Lager hinüberdrängten. „Ich muß mich jetzt auf eine der beiden Kombinationen stützen, sonst gehe ich unter", fügte Seine Majestät hinzu. Auch Deutschland sähe untätig zu, soweit Albanien in Frage komme; Geld könne Griechenland sowieso nur in Frankreich bekommen, was bliebe ihm also schließlich übrig, als sich der Tripelentente zu verschreiben? Auffallend bei all den Albanien betreffenden Ausführungen des Königs Konstantin war, daß Seine Majestät nicht mehr wie das letztemal von einem Widerstand Griechenlands gegen die Durchführung der Kommissionsbeschlüsse sprach. Auch aus Äußerungen Ihrer Majestät der Königin, die die Gnade hatte, mich hinterher zu empfangen, möchte ich schließen, daß Seine Majestät diesen Gedanken, dem er früher, wie ich Euer Exzellenz zu berichten die Ehre hatte, unzweideutigen Ausdruck gab, fallen gelassen hat.

Der Stand der griechisch-türkischen Verhandlungen schien Seine Majestät den König weniger zu beunruhigen. Seine Majestät sah in dem Stillstand der Verhandlungen* nur den Ausdruck türkischer Gleichgültigkeit und Passivität. Er bedauerte, daß Griechenland kein Mittel habe, um eine wirksame Pression auf die Türkei auszuüben. Zu Lande könne es die Türkei aber nicht angreifen, ohne in bulgarisches Gebiet einzudringen, und eine Sperrung der Dardanellen oder eine Blockade von Smyrna schädige nur den Handel der Großmächte, bliebe aber ohne besondere Wirkung auf die Türkei. In der Frage der kleinasiatischen Inseln sah Seine Majestät allerdings für die Zukunft noch einen Konfliktsstoff. Trotzdem hofft Seine Majestät, daß die Frage entsprechend den ihm in Berlin, Paris und London gegebenen Zusicherungen im griechischen Sinne gelöst werde. Allerdings habe sich die Lage in der letzten Zeit verschoben, da man in England wegen der starken Gärung, die sich unter den Mohammedanern Indiens geltend machen soll, beschlossen habe, nichts

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.

zu unternehmen, was den Anschein erwecken könne, als ob England zur Schädigung der türkischen Interessen beitrüge.

Mit großer Befriedigung sprach Seine Majestät der König von dem Verhältnis zu Rumänien und dem am Sonnabend zu erwartenden Besuch des Herrn Jonescu *. Seine Majestät hat, um ihn empfangen zu können, die beabsichtigte Reise nach Saloniki zur Teilnahme an der Jahresfeier der Einnahme der Stadt aufgegeben. Die rumänische Regierung habe hier wiederholt erklären lassen, daß sie die strikte Einhaltung des Bukarester Friedens für ihre Ehrenpflicht halte und daß sie sich jeder Verletzung desselben widersetzen würde. Wenn aus den Verhandlungen mit Herrn Jonescu hervorginge, daß Rumänien gesonnen sei, bei einer Verletzung des Bukarester Vertrages aktiv einzugreifen, so würde Griechenland schon jetzt trotz der noch schwebenden Verhandlungen mit der Türkei mit der Demobilisierung beginnen. Ein Eingreifen Bulgariens sei ja dann nahezu ausgeschlossen, und die Türkei könne zurzeit zur See im Schach gehalten werden.

Zum Schluß kam Seine Majestät noch auf die Differenzen mit der französischen Militärmission zu sprechen. General Eydoux verlange eine Stellung, die einem Oberbefehlshaber der Armee gleichkäme [1], und die Seine Majestät ihm schon aus dem Grunde nicht zubilligen wolle, weil er auch die Leitung des Generalstabs für sich beanspruche. Seine Majestät sagte, er sei bereit, ihm das Athener Korps zu unterstellen, mehr aber nicht. Dieser Zwist habe zahlreiche Intrigen von seiten der Missionsmitglieder hervorgerufen, die sogar ein Eingreifen des hiesigen französischen Gesandten nötig gemacht hätten. Die Offiziere seien alle eigentlich nur französische Agenten. Nach Nachrichten aus Paris soll die französische Regierung beabsichtigen, wegen des schlechten persönlichen Verhältnisses des Generals Eydoux zu Seiner Majestät dem König im Dezember einen Wechsel in der Person des Chefs der Militärmission eintreten zu lassen.

Über die Flottenpläne Griechenlands, die Seine Majestät noch kurz berührte, behalte ich mir gehorsamst vor, an anderer Stelle zu berichten.

R. Bassewitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unverschämtheit
[2] !!

---

* Vgl. dazu Kapitel CCLXXVIII, Nr. 13 892.

Nr. 13973

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 350 Wien, den 7. November 1913
[pr. 10. November]

Zur südalbanischen Grenzfrage sagte mir Graf Berchtold heute, der englische — auch von Frankreich akzeptierte — Vorschlag einer Grenzlinie sei auch für ihn annehmbar*. Was die Frage der Zuweisung der Kutzowalachen anlange, die in dem englischen Vorschlage nicht berührt werde, glaube er auf seinen schon früher gemachten Vorschlag zurückkommen zu sollen, die Lösung dieser Frage — um Rumäniens Suszeptibilitäten zu schonen — der direkten Verständigung zwischen Rumänien und Griechenland zu überlassen. Italien habe sich mit einer solchen Lösung inzwischen ebenfalls einverstanden erklärt. Die Anwesenheit des Herrn Take Jonescu in Athen (könnte) die beste Gelegenheit für bezügliche Verhandlungen bieten.

von Tschirschky

Nr. 13974

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Herseg, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 44 Herseg, den 6. November 1913
[pr. 11. November]

Der Zustand des Herrn Bilinski hat sich derartig verschlimmert, daß er gestern in sein altes Heim nach Jánnina transportiert werden

* Nach Äußerungen des italienischen Botschafters in Paris Tittoni zu Pichon, über die Iswolsky in einem Geheimtelegramm an Sasonow vom 7. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 336) berichtet, hätte Graf Berchtold von den drei Vorschlägen des englischen Delegierten Major Doughty bezüglich der Grenzlinie (vgl. Nr. 13 964) nur die beiden ersten glatt angenommen, gegen den dritten — er betraf das Kutzowalachengebiet — jedoch Einwendungen erhoben. Auch Pichon hätte nach Tittoni den Vorschlag Major Doughtys noch nicht angenommen, sondern lediglich erklärt, daß er dessen Inhalt noch nicht kenne, „wenn aber Grey ihn unterstützen werde, und Rußland (. . .) auf ihn sehe, so werde natürlich auch das Pariser Kabinett damit einverstanden sein.“

mußte. Da er in seinem Ehrgeiz aber trotzdem die Arbeit nicht niederlegen will, hat er nun selbst den Wunsch geäußert, daß die Kommission ihren Sitz nach Leskowik verlegt, von wo tägliche Verbindung mit Jánnina eingerichtet werden soll. Der gehorsame Herr Labia hat darauf sofort ebenfalls seinen Widerstand aufgegeben und so ist denn für morgen einmütig der Umzug beschlossen. Ich fürchte, daß diese Inkonsequenz nicht zur Stärkung des österreichisch-italienischen Standpunktes beiträgt und bezweifle sehr, ob die Instruktionen vom Krankenbett des Herrn Bilinski, der nun auch mit den Nerven völlig zusammengebrochen ist, immer recht zweckentsprechend sein werden. Das beste wäre, wenn er für eine etwaige Fortsetzung der Arbeiten ganz ausgeschaltet würde.

Oberst Gudim Levkowitsch hat vor einigen Tagen eine dreitägige Extratour nach Leskowik unternommen, angeblich um Bekannte aus Athen dort zu sprechen. Wie er selbst sagte, hat er sie aber nicht getroffen. Wir zweifeln nicht, daß der Zweck seiner Reise eine Begegnung mit griechischen Beamten war; auch hier ist er fortwährend mit dem Präfekten zusammen.

Herr Evaillet sprach mir gegenüber heute seine Hoffnung aus, daß irgendwelche Wege gefunden würden, die Arbeiten fortzusetzen. „Eine Revision der Londoner Bestimmungen betreffs Koriza könnte zum Beispiel leicht die Sache in Fluß bringen.“ Es scheint mir also, daß dieser Vorschlag auf griechischen Wunsch von französischer und russischer Seite gemacht wurde, und damit erklärt sich auch die gewaltige Anstrengung der griechischen Propaganda im dortigen Bezirk, obwohl er eigentlich schon verloren war. Die Stadt Koriza hat ja, wie ich schon früher berichtete, viele griechische und griechenfreundliche Elemente, die Dorfbewohner sind aber fast rein albanisch oder walachisch. Meiner Ansicht nach kann Albanien nicht auf diesen steuerkräftigsten und fruchtbarsten Kreis verzichten.

Die energische Demarche seitens Österreichs und Italiens in Athen wurde sofort telegraphisch hierher mitgeteilt und anscheinend veröffentlicht, denn die Stimmung der gräkophilen Albaner gegen uns wird von Tag zu Tag feindseliger. Der Präfekt hat uns gebeten, Reit- und Jagdausflüge allein in die Umgebung zu unterlassen, da er sonst nicht für unsere Sicherheit bürgen könne. Dies halte ich aber nur für einen Einschüchterungsversuch und das Bestreben, uns von Albanern fernzuhalten.

Thierry
Major

Nr. 13975

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 363 London, den 12. November 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 1912 vom 9. November*.
Österreichischer und italienischer Botschafter beauftragt, Vermittelungsvorschlag englischen Delegierten südalbanischen Grenzkommission bei Sir E. Grey dringend zu befürworten, insbesondere Absatz a und b. Graf Mensdorff hat Sir E. Grey gesprochen und ihn ziemlich günstig disponiert gefunden. Beide Botschafter haben mich gebeten, in gleicher Richtung auf Sir E. Grey einzuwirken. Erbitte Weisung Euerer Exzellenz.

Kühlmann

Nr. 13976

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 234 Rom, den 10. November 1913
[pr. 12. November]

Bezüglich der griechischen Grenzfrage sagte mir der Marquis di San Giuliano, er sei dankbar für die unzweideutige Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung. Auch die Äußerungen des Herrn Kokowzow** seien ihm wertvoll gewesen. Herr Sasonow sei zwar etwas unwillig über das italienische Vorgehen***, er begreife eigentlich nicht weshalb, glaube aber auch, daß diese Verstimmung schnell vorübergehen werde. Den einzigen Rückhalt besäßen die Griechen in Frankreich, darum würde es im Interesse einer friedlichen Erledigung dieser Frage sehr wünschenswert sein, wenn etwa auf dem Wege über London oder Petersburg in Athen zur Nachgiebigkeit

---

* Durch Erlaß Nr. 1912 vom 9. November war das identische Telegramm der Dreibundsvertreter in der südalbanischen Grenzkommission — siehe Nr. 13 964 — nach London mitgeteilt worden.

** Der russische Ministerpräsident Kokowzow hatte in der zweiten Hälfte Oktober 1913 in Rom geweilt und bei dieser Gelegenheit auch eine eingehende Aussprache mit Marquis di San Giuliano gehabt, die vor allem den serbisch-österreichischen Konflikt betraf. Vgl. den Immediatbericht Kokowzows vom 3. Dezember, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 393 ff.

*** Vgl. Nr. 13 962.

geraten würde. Österreich und Italien seien nun einmal in dieser Angelegenheit engagiert, es könne für sie kein „Zurück" darin geben. Er werde in der albanischen Frage suchen, so loyal wie möglich an der österreichischen Seite zu bleiben, wenn auch die österreichische Haltung gegenüber Italien * es ihm schwer mache.

Flotow

Nr. 13977

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1945 Berlin, den 13. November 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Rom meldet **:

„Marquis di San Giuliano befürchtet, daß bei jetziger Entwickelung der griechischen Grenzfrage der Termin Ende Dezember ohne Resultat erreicht werden und damit sehr gefährliche Situation entstehen würde, da Österreich und Italien gezwungen wären, dann einseitig Waffengewalt anzuwenden. Er hat daher sehr den Wunsch, Kaiserliche Regierung möge in London in dem Sinne sprechen, daß englische Regierung sowohl in Athen als bei Grenzkommission auf möglichst baldige und glatte Erledigung hinwirke. Er wisse, welchen Wert gegenwärtig englische Regierung auf Ansichten Kaiserlicher Regierung lege und sei überzeugt, daß deutscher Hinweis auf entstehende europäische Gefahr in London ernste Beachtung finden werde."

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, Sir E. Grey vertraulich von den Befürchtungen des Marquis di San Giuliano Kenntnis zu geben und hinzuzufügen, daß die Kaiserliche Regierung andauernd in Athen freundschaftlich zum Einlenken rate. Wir würden es im Interesse der Vermeidung ernsterer Komplikationen begrüßen, wenn auch die englische Regierung in Athen in entsprechendem Sinne einwirken und ihren Kommissar bei der Grenzkommission mit zweckentsprechenden Instruktionen versehen wollte. Der letztere habe bereits bisher in sehr anerkennenswerter Weise gearbeitet und zur Förderung der Arbeiten beigetragen.

Zimmermann

---

* Anspielung auf den Zwischenfall bezüglich der Triester Erlasse des Statthalters Prinzen Hohenlohe. Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVI.

** Telegramm Nr. 233 vom 13. November.

Nr. 13978

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 Wien, den 13. November 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 11. d. Mts. Nr. 1605 *.

Nach hiesiger Auffassung ist englischer Vorschlag, wie in dem von Sir E. Goschen überreichten Aide-mémoire ** niedergelegt, unannehmbar, da man sich damit von der Basis der Londoner Beschlüsse und dem einzigen wirklich greifbaren Kriterium, der Muttersprache, ganz entferne. Es würde damit alles in der Luft schweben.

Komme man dagegen zunächst über die Grenzlinie überein, wie sie [der] englische Delegierte vorgeschlagen (siehe Anlage zu Erlaß vom 9. d. Mts. Nr. 1596 *** Alinea 5, A) und die hier im allgemeinen als annehmbar bezeichnet wird, so könnten hinterher Detailfragen auf Basis obenerwähnten englischen Vorschlags (Aide-mémoire vom 8. d. Mts.) erledigt werden.

Tschirschky

Nr. 13979

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 468 Berlin, den 14. November 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 363 †.

Bitte Annahme Absatz a und b englischen Vorschlags gleichfalls befürworten. Absatz c wird in Wien und Rom unseren Nachrichten zufolge nicht gebilligt ††, vielmehr wünscht man dort, daß Kutzowalachen entweder zu Albanien geschlagen oder ihr Schicksal unmittelbarer Verständigung zwischen Griechenland und Rumänien überlassen wird. Wir haben diesem Standpunkt zugestimmt.

Zimmermann

---

* Durch Erlaß Nr. 1605 war das englische Aide-mémoire vom 8. November — siehe Nr. 13 970 — nach Wien mitgeteilt worden.

** Siehe Nr. 13 970.

*** Durch Erlaß Nr. 1596 war das identische Telegramm der Dreibundvertreter in der südalbanischen Grenzkommission — siehe Nr. 13 964 — nach Wien mitgeteilt worden.

† Siehe Nr. 13 975.

†† Vgl. Nr. 13 973, Fußnote *.

Nr. 13980

Identisches Telegramm der Dreibunddelegierten bei der südalbanischen Grenzkommission

Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin am 15. November 1913 überreicht
Reinschrift

Leskowik, den 8. November 1913

Wir sind gestern in Leskowik angekommen.

Die Delegierten Frankreichs und Rußlands, welche bereits bei der Reise von Monastir nach Herseg sich von der Kommission getrennt hatten und in Koriza geblieben waren, haben auch diesmal eine gemeinsame Reise vermieden, das ihnen zur Verfügung gestellte italienische Auto der Kommission abgelehnt und sich an die griechische Behörde in Herseg behufs Bereitstellung eines Autos gewendet.

Der russische Delegierte, welcher sich in Begleitung des griechischen Hauptmanns Melas aus bisher unbekanntem Motiv vor einigen Tagen nach Leskowik begeben hatte, bediente sich bei dieser Gelegenheit gleichfalls eines griechischen Militärautos, obwohl am gleichen Tage englischer Topograph zu Mappierungsarbeiten mit Auto der Kommission dorthin fuhr.

Diesmal unterblieb Demonstration bei unserer Ankunft. Statt dessen fand unter Kommando Unteroffiziers der regulären Armee Schauexerzieren der „heiligen Bataillone“ auf Veranlassung der von unserer Ankunft benachrichtigten Behörde statt.

Heute sind französischer und russischer Delegierter eingetroffen und wurden von der Bevölkerung mit enthusiastischen Ovationen empfangen.

Die Gasthöfe hier sind mit zumeist bewaffneter, griechisch sprechender ortsfremder Bevölkerung überfüllt.

Nr. 13981

Identisches Telegramm der Dreibunddelegierten bei der südalbanischen Grenzkommission

Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin am 15. November 1913 überreicht
Reinschrift

Leskowik, den 10. November 1913

Heute hat uns englischer Delegierter mitgeteilt, daß er Ende v. Mts. Fortsetzung Kommissionsarbeiten unter Ausschaltung Konstatierung der Muttersprache auf Grund wirtschaftlicher, strategischer und geographischer Erhebungen seiner Regierung vorgeschlagen habe. Sir E. Grey

habe laut heute angelangter Antwort Vorschläge angenommen und Kabinett befürwortend unterbreitet und gleichzeitig ihn ermächtigt, Arbeiten auf dieser Grundlage — si omnes — wiederaufzunehmen.

Dreibunddelegierte erklärten dem englischen Delegierten, daß sie sich zu diesem Antrag nicht äußern können, da sie Instruktionen nur bezüglich des von ihm gemachten und ihren Regierungen gemeldeten Vorschlages erwarten.

Der heutige Antrag des englischen Delegierten scheint uns aus folgenden Gründen nicht akzeptabel zu sein.

1. müßte seine Annahme Londoner Beschlüsse aufheben und Konstatierung der Familiensprache, das uns günstigste Element, eliminieren;

2. wäre dadurch eine vage Grundlage für unsere Arbeit geschaffen, die wegen des Übereinkommens unserer Gegner kein positives Resultat ergeben könnte;

3. würde auf diese Weise eine auch nur annähernd richtige Statistik sowie andere zu diesen Erhebungen nötige Daten im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich gemacht;

4. es würde die Durchführung dieser Vorschläge unbestimmte Dauer erfordern, hiedurch Lösung Grenzfrage hinausschieben, griechische Okkupation und deren nachteilige Folgen verlängern.

Dieser englische Vorschlag soll auch möglicherweise durch Aufhebung Londoner Beschlusses Wiederaufrollung der Korizafrage bezwecken.

Erzielung Einvernehmens wäre unserer Ansicht nach auf Grund des mit identischem Telegramm vom 31. v. Mts.* gemeldeten Vorschlages möglich.

Nr. 13982

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 236 Rom, den 13. November 1913
[pr. 15. November]

Der Marquis di San Giuliano schilderte mir heute die Lage in der albanischen Grenzfrage so, daß der englische Delegierte einen Vorschlag entworfen, Sir Edward Grey denselben aber nicht akzeptiert, sondern einen anderen gemacht habe, der für Italien und Österreich nicht ganz annehmbar gewesen sei. Auf die italienisch-österreichischen Einwände hin habe dann Sir E. Grey erklärt, daß er den Vorschlag des englischen Delegierten nicht ganz verstanden und diesen daher beauftragt habe, ihn noch einmal in klarerer Weise zu wiederholen.

---

* Siehe Nr. 13 964.

„Hoffentlich wird er nun für Sir E. Grey verständlich sein", meinte der Minister.

Über die Haltung der einzelnen Mächte gegenüber der österreichisch-italienischen Aktion sagte der italienische Minister, Herr Pichon habe sich in den Unterhaltungen mit Herrn Tittoni durchaus verständig und entgegenkommend bewiesen. Die Aufgeregtheit und den sehr aggressiven Ton der französischen Presse gegen Italien erklärte der Marquis di San Giuliano mit einer starken Beeinflussung der so käuflichen Pariser Presse durch griechisches Geld. Auch Herr Tittoni habe in diesem Sinne berichtet.

In Rußland bestehe ein Zwiespalt der Haltung zwischen Herrn Kokowzow und Herrn Sasonow. Ersterer habe sich durchaus dem italienischen Standpunkt genähert *, während Herr Sasonow eine etwas gereizte Stimmung zeige. Mit letzterer stimme die wenig entgegenkommende Haltung des russischen Delegierten bei der albanischen Grenzkommission überein.

Bezüglich Englands meinte der Minister, von Sir E. Grey seien große Schwierigkeiten nicht zu befürchten. Zwar hätte die englische Regierung vorgezogen, daß die Aktion von der Gesamtheit der Mächte statt von Österreich und Italien allein vorgenommen worden wäre **, aber diesen Standpunkt teile Italien selbst durchaus. Noch heute, so fügte er vertraulich hinzu, sei es ihm lieber, daß man in Albanien „europäisch" vorgehe, als daß Italien dort mit Österreich allein bleibe ***. Denn dann entstände allzu leicht die Gefahr einer österreichisch-italienischen Reibung. Aber bei dem Entschlusse Österreichs vorzugehen und bei der Schwierigkeit, die europäische Maschine in Bewegung zu setzen, sei für Italien ja gar nichts anderes übrig geblieben, als zunächst Österreich nicht allein vorgehen zu lassen.

Der Minister zeigte sich doch etwas besorgt über den Ausgang der Sache. Wenn die Dinge so weitergingen wie jetzt, müsse man annehmen, daß Ende Dezember ein Resultat noch nicht erreicht sei. Da aber Österreich und Italien nicht mehr zurückkönnten, ohne ihrer Würde etwas zu vergeben, so würde man dann gezwungen sein, Gewalt anzuwenden. Welche Haltung die Tripelentente demgegenüber einnehmen werde, wisse er nicht. Es könne also wieder ein kritischer Moment entstehen. Der Marquis knüpfte an diese Betrachtung den

---

* Vgl. Nr. 13 976, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 13 967.

*** Wie sehr die italienische Besorgnis, mit Österreich-Ungarn in Albanien allein zu bleiben, von Frankreich und Rußland ausgenutzt wurde, zeigt die kurz vorher gegenüber Iswolsky gefallene Äußerung des französischen Außenministers Pichon: „Das beste Mittel, auf Italien einzuwirken, sei die Drohung, man werde es in Albanien mit Österreich allein lassen." Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 8. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 337.

Wunsch, die Kaiserliche Regierung möge, wenn es ihr möglich sei, auch in London auf das Wünschenswerte einer rechtzeitigen Erledigung der Grenzfrage hinweisen.

Flotow

Nr. 13983

Aide-mémoire

Am 16. November der englischen Botschaft unsigniert übersandt
Konzept

Berlin, den 16. November 1913

Mit dem geschätzten Aide-mémoire vom 8. d. Mts.* hat die Königlich Großbritannische Botschaft dem Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß der englische Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission angeregt habe, zwecks Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich der Anwendung des Merkmals der Muttersprache bei der Abgrenzung Südalbaniens entgegenstellen, die auf den Beschlüssen der Londoner Botschafterversammlung beruhenden Instruktionen der Kommission gewissen Abänderungen zu unterziehen. Die Kaiserliche Regierung hat diese Anregung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und erblickt darin eine neue, dankenswerte Betätigung des von dem englischen Delegierten schon mehrfach und mit Erfolg an den Tag gelegten Bestrebens, die Aufgaben der Grenzkommission einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Die Kaiserliche Regierung hat jedoch den Eindruck, daß die fragliche Anregung durch einen den Kabinetten unterbreiteten weiteren Vorschlag des englischen Delegierten bis zum gewissen Grade überholt ist. Nach diesem letzteren Vorschlage sollte die Grenze anschließend an den Kasa Koriza längs der Grammoskette, östlich der Stukolonia-Kalabaki, bis zur Vojussa und dann längs der von Österreich und Italien vorgeschlagenen Linie bis Phtelia laufen und die von dieser Grenzführung betroffene Bevölkerung durch Geldunterstützung zur Auswanderung in die Lage versetzt werden. Nach den hier vorliegenden Nachrichten hat der Vermittelungsvorschlag Aussicht, von allen beteiligten Mächten angenommen zu werden. Die Kaiserliche Regierung glaubt unter diesen Umständen von einer näheren Stellungnahme zu der ihr mit dem Aide-mémoire vom 8. November mitgeteilten Anregung einstweilen Abstand nehmen zu sollen.

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 13 970.

Nr. 13984

Notiz des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 16. November 1913

Graf Berchtold hält es für wünschenswert, die Arbeiten der internationalen Kommission für die Nord- und Nordostgrenze Albaniens zu beschleunigen, damit die Kommission tunlichst noch vor Beginn der schlechten Jahreszeit die Abgrenzung des Gebiets von Ljuma durchführt.

Österreichischer Delegierter wird dementsprechend instruiert. Graf Berchtold bittet, unserem Delegierten gleiche Weisung zu erteilen. Ich habe dies Graf Szögyényi zugesagt.

Zimmermann

Nr. 13985

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Delegierten zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Monastir

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 3 Berlin, den 17. November 1913

Möglichste Beschleunigung der Arbeiten der Grenzkommission erwünscht, damit diese tunlichst noch vor Beginn der schlechten Jahreszeit Abgrenzung des Gebiets von Ljuma durchführt. Österreichischer Kollege wird entsprechend instruiert.

Zimmermann

Nr. 13986

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z.Z. in Leskowik, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Leskowik, den 14. November 1913
[pr. den 17. November]

Heutiger unverbindlicher Meinungsaustausch mit französischem Delegierten auf Grund englischen Vorschlags — siehe Nr. 39* —

* Siehe Nr. 13 968.

hat Möglichkeit direkter Einigung ergeben, die österreichisch-italienischen Wünschen entsprechend. Differenz nur zwischen Berg Tumba und Grammos, die im Austausch folgende Grenze ermöglichen dürfte: Grammos—Mavripetra—Sarand—Opor—Tumba, wodurch auch Verbindung mit walachischem Gebiet sichergestellt. Vertreter Dreibunds bitten Ermächtigung, in offizielle Besprechung eintreten [zu] dürfen, wie auch von Franzosen geschehen. Detail über Wien.

Thierry

Nr. 13987

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Delegierten zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Leskowik

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 3 Berlin, den 17. November 1913

Euer Hochwohlgeboren sind zur Aufnahme offizieller Besprechung ermächtigt, sobald österreichischer und italienischer Delegierter entsprechende Weisung erhalten.

Zimmermann

Nr. 13988

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 237 Rom, den 19. November 1913

Marquis di San Giuliano sagte mir, in albanischer Grenzfrage seien Österreich und Italien bereit, Vorschlag englischen Delegierten anzunehmen. Nur bei Punkt 3 (Überlassung Pindus an Griechenland) wolle man zunächst ablehnen, um jedoch später unter Bedingungen anzunehmen. Schwierigkeit liege bei Rumänien. Um allen gerecht zu werden, habe er selbst Absicht folgendes vorzuschlagen:

Pindus bleibt direktem Abkommen zwischen Rumänien und Griechenland vorbehalten. Griechenland kann bis zum Abschluß dieses Abkommens Pindus besetzt halten, muß aber dafür alle anderen besetzten Territorien bis 31. Dezember unbedingt räumen. Diese Formel scheine für alle annehmbar und verhindere, daß ernste europäische Lage entstehe, wenn Griechen streitige Gebiete über den 31. Dezember besetzt hielten.

Marquis di San Giuliano fügte hinzu, er sei sehr auf Rumäniens Wohl bedacht, glaubte aber, daß Rumäniens Interesse am Pindus

nicht so groß sei, um allgemeine Regelung albanischer Frage aufzuhalten bezw. ernste europäische Situation herbeizuführen.

Flotow

Nr. 13989

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 653 London, den 18. November 1913
[pr. 20. November]

Sir Edward Grey sagte mir heute, die Berichte des englischen Delegierten in der südalbanischen Grenzkommission hätten die Einigung der Delegierten aller Mächte auf einer bestimmten Grenzlinie als nicht unwahrscheinlich bezeichnet. Er wolle deshalb sämtlichen Kabinetten vorschlagen, ihre Delegierten zu instruieren, diese Linie den Besprechungen zugrunde zu legen. Er hoffe bestimmt, daß auf diese Weise die Schwierigkeiten der Grenzfestsetzung in Südalbanien einer Lösung näher gebracht sei*. Auch er habe aus Rom von den Befürchtungen des Marquis di San Giuliano gehört. Sei einmal die Grenze festgesetzt, so werde Griechenland es kaum versuchen, dem einmütigen Wunsche der Mächte auf Räumung des albanischen Gebietes zu widerstreben. Er halte es aber für denkbar, daß Griechenland die Gelegenheit benutzen könne, um die Frage der ägäischen Inseln erneut zur Sprache zu bringen. Diese Frage biete viele Schwierigkeiten. Er werde sie sicher ohne Not nicht anregen**. Auf der Botschafterkonferenz habe ein stillschweigendes Einverständnis bestanden, daß, wenn Koriza und Stylós albanisch würden, die ägäischen Inseln mit Ausnahme von Imbros und Lemnos griechisch

* Vgl. dazu das englische Aide-mémoire vom 19. November im folgenden Schriftstück.

** Dabei hätte Sir E. Grey nach Meldungen des französischen Botschafters in London Paul Cambon, welche Iswolsky in einem Geheimtelegramm an Sasonow vom 11. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 338) wiedergibt, den italienischen Botschafter geradezu gefragt, zu welchem Termin Italien die von ihm besetzt gehaltenen Inseln räumen würde. Nach einem Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London Baron Etter vom 12. November (a. a. O., III, 338) hielt Sir E. Grey es „für das Vernünftigste, die Frage hinauszuschieben und von Zeit zu Zeit den italienischen Botschafter an die Zweckmäßigkeit der Räumung zu erinnern“. Nach einem Briefe Iswolskys an Sasonow vom 20. November (a. a. O., III, 347) wäre England noch weniger als Frankreich willens gewesen, die Inseln im Besitz Italiens zu belassen. Vgl. Nr. 13 995. Schließlich war es, trotz Sir E. Greys Vorsatz, die Inselfrage nicht ohne Not anzuregen, gerade England, das durch den am 13. Dezember eingebrachten Antrag eines general settlement der Grenz- und Inselfrage (vgl. dazu Kap. CCLXXXI) den Stein wieder ins Rollen brachte.

werden sollten. In diesem Falle müßten die Inseln natürlich in militärischer und maritimer Hinsicht vollkommen neutralisiert werden. Doch sei dieser Beschluß den Griechen niemals in irgend einer Form offiziell mitgeteilt worden, sodaß diese sich nicht drauf berufen könnten.

Sir Eyre Crowe sagte mir, die vom englischen Kommissar vorgeschlagene Linie für die südalbanische Grenzfestsetzung scheine ihm für Griechenland recht günstig und, falls es gelinge, ihre einmütige Annahme durch die Mächte zu erreichen, so hätten die Griechen mehr gewonnen, als er für möglich gehalten habe.

R. v. Kühlmann

Nr. 13990

Aide-mémoire

Von dem englischen Botschafter in Berlin Sir E. Goschen am 20. November 1913 überreicht

Reinschrift

Berlin, November 19, 1913

The British Delegate on the Southern Albanian Frontier Commission has communicated to Sir Edward Grey a suggestion for a frontier line * which, it is understood, would run as follows:—

Starting from a point yet to be definitely fixed near the meeting of the southern frontier of the Koritza District and the Grammos Range, the line would follow the Grammos Crest to Golo.

Sir Edward Grey understands that there is some slight divergence of opinion as tho this initial portion of the line, but he states that it

* Vgl. dazu Nr. 13964, 13 970 nebst Fußnote. Der neue englische Vorschlag, der den Wünschen der Dreibundstaaten im wesentlichen Rechnung trug, stieß eben deshalb auf Bedenken in Paris. Vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys vom 26. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 354), in dem es heißt: „Da der französische Delegierte die Ansicht aussprach, der fragliche Entwurf könne sehr wohl in einigen Punkten in einem für Griechenland günstigen Sinne abgeändert werden, so erscheint es vorteilhaft, eine revidierte Fassung festzusetzen, die die Punkte im einzelnen berücksichtigt. Infolgedessen hat H. Pichon bei Sir Francis Bertie angefragt, ob die britische Regierung, um den nötigen Zusammenhang zwischen den Delegierten des Dreiverbandes zu sichern, es nicht für angebracht hält, den vorgeschlagenen Entwurf zu einer endgültigen Durchsicht dem Obersten Doughty Wyllie und seinen russischen und französischen Kollegen zu unterbreiten, bevor er den Kommissionen der Dreibundmächte vorgelegt wird.“ Davon wollte jedoch Sir E. Grey nichts wissen; vgl. das Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London Baron Etter vom 28. November (Stieve, a. a. O., III, 358 f.): „Nicolson sagt, Grey sympathisiere mit dem Vorschlage Pichons nicht, daß der Plan der südalbanischen Grenze aufs neue zu dreien geprüft werde. Nachdem er grundsätzlich von allen Mächten angenommen worden sei, würde der Vorwurf, die Frage zu verschleppen, auf Frankreich allein zurückfallen, was kaum erwünscht sei.“ So blieb es bei dem rektifizierten englischen Vorschlage.

appears to be quite susceptible to local arrangement by an interchange of views among the Delegates.

From Golo the line would descend in a South-Westerly direction to the Sarandaporos River, between the villages of Kukesi and Biltok and would follow that River to its junction with the Viosa River. Thence it would proceed South-West to a point to be agreed upon between Caraplana and Tumba. Thence it would pass South of Sopiki through Zrimazes, curving in a South-Westerly direction to near Ksirovalto, which would be left to Greece, and proceeding thence due South to the Zrimos River and Kakavia. A little South of Kakavia the line would incline to the South-East and would pass West of Kastanjani, thence again due South turning westwards through Murgana in a North-Westerly curve to near Stugara, thence making a South-Easterly curve by Berdikari and thence a South-Westerly curve to Kocka, and proceeding from that point to Cape Stilo.

Under the suggested arrangement Vlach would pass to Greece.

Sir Edward Grey states that the line proposed is, of course, not a final one, and would be subject to discussion and modification in detail, more especially as regards the portion between its starting-place and Tumba. He is of opinion, however, that such discussion can only be carried on locally between the Delegates if time is not to be lost, and he considers it important that a solution of the question should be reached as quickly as possible.

As the suggested line appears to Sir Edward Grey at least to offer a basis generally acceptable to all the Delegates, the British Delegate has been authorised to enter into an immediate discussion of this basis as soon as his Colleagues receive similar instructions.

Sir Edward Goschen has been instructed to enquire whether the Imperial Government will instruct their Delegate accordingly and to state that, should they prepared to do so, it will not be necessary further to consider the proposal communicated to the Imperial Government on the 8th instant.

Bemerkung Zimmermanns am Kopfe des Schriftstücks:
Mündlich zustimmend beantwortet. Z. 20. 11.

Nr. 13991

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 240 Rom, den 18. November 1913
[pr. 21. November]

Die Ansichten und Pläne des Marquis di San Giuliano in der griechischen Inselfrage sind, wie Euerer Exzellenz bekannt, viel-

fach wechselnde gewesen. In dem letzten Stadium vor meiner Urlaubsabwesenheit bekannte sich der italienische Minister mit Bestimmtheit — und wie ich glaube, aufrichtig — zu der Auffassung, daß Italien unter keinen Umständen eine oder einige der von ihm besetzten Inseln behalten dürfe. Sobald die Türkei alle Bedingungen des Lausanner Vertrages erfüllt habe, sollten die Großmächte über den weiteren Verbleib der Inseln entscheiden. Der Minister ging so weit, mich aufzufordern, diese Haltung nicht nur der Kaiserlichen Regierung zu melden, sondern auch derselben anheimzustellen, erforderlichenfalls mit Nachdruck diese italienische Auffassung in Paris und London zu vertreten, wenn in diesen Hauptstädten etwa Zweifel an den italienischen Absichten entstehen sollten.

Diese damals ganz klare Haltung des Marquis di San Giuliano ist heute wieder etwas verschleiert. Als ich gelegentlich die Inselfrage streifte, wich der Minister entschieden aus und meinte, man müsse zunächst in der griechisch-albanischen Frage klarer sehen, ehe man sich mit der Inselfrage beschäftigen könne. Er stand auch bis jetzt auf dem Standpunkt, daß es zwischen der Türkei und Griechenland unfehlbar zum Kriege kommen müsse und auch heute noch, nach dem griechisch-türkischen Friedensschlusse *, glaubt er nicht an dauernd friedliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Ich hatte sogar den Eindruck, daß er den Konflikt zwischen ihnen wünsche — und der österreichische Geschäftsträger, dem er in gleichem Sinne gesprochen, hat sogar sehr entschieden diesen Eindruck.

Ob unter diesen Umständen die italienischen Pläne in der Inselfrage eine Änderung erfahren haben, ist heute noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Die demonstrative Entsendung des italienischen Geschwaders nach Rhodos unter dem Kommando des Herzogs der Abruzzen **, der Ausbau des dortigen Hafens etc. verdienen jedenfalls einige Aufmerksamkeit. Die weitere Entwickelung der Dinge wird wesentlich von der Haltung Englands abhängen, auf das der Marquis di San Giuliano entscheidenden Wert legt.

Das hat sich noch eben in der albanischen Grenzfrage gezeigt. Der österreichische Geschäftsträger hatte den Eindruck, daß die, wenn auch nur in leiser Form, hier geäußerten englischen Bedenken gegen das österreichisch-italienische Vorgehen in Albanien *** den italienischen Minister so erschüttert hatten, daß er einige Tage lang sogar Lust zeigte, Koriza den Griechen zu überlassen. Auf den energisch

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.

** Die demonstrative Entsendung des zweiten italienischen Geschwaders nach Rhodos (11. November) war eine Antwort auf die kurz vorher erfolgte Entsendung eines starken französischen Geschwaders an die kleinasiatische Küste. Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 348.

*** Vgl. Nr. 13 967.

geäußerten österreichischen Widerspruch hat der Marquis di San Giuliano dann seine ursprüngliche Haltung in der Frage wieder eingenommen.

Andererseits ist auch nicht ausgeschlossen, daß die zurückhaltende und ausweichende Haltung des Marquis di San Giuliano auf die parlamentarische Situation zurückzuführen ist, die bekanntlich die Fortdauer des Ministeriums in Frage stellt und daher für weit ausschauende Pläne und Entscheidungen nicht günstig ist. Da wir an einer frühzeitigen Aufrollung der Inselfrage und an einer Hereinziehung in sie kein Interesse haben dürften, so bin ich auf die Angelegenheit bei dem Minister nicht zurückgekommen.

Flotow

Nr. 13992

Notiz

Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin am 20. November 1913 übersandt
Reinschrift

Berlin, den 20. November 1913

Der k. und k. Minister des Äußern Graf Berchtold hat folgende Zirkulardepesche an die k. und k. Botschaften bei den Kabinetten in London, Paris und St. Petersburg gerichtet:

„Ich ersuche Euer Exzellenz, der dortigen Regierung folgende schriftliche Mitteilung zukommen zu lassen:

Durch den übereinstimmenden Beschluß der Mächte wurde die Grenze Albaniens im Norden und Nordosten in London in großen Zügen festgelegt, während die Grenzabsteckung im Terrain selbst nach dem Wortlaute und Geiste des Londoner Beschlusses von der hiezu entsendeten internationalen Delimitierungskommission durchzuführen ist.

Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit ist es als ausgeschlossen zu betrachten, daß die Delimitierungskommission diese Aufgabe noch vor dem Eintritt des Winters und der dadurch bedingten Unterbrechung ganz vollende.

Unter diesen Umständen muß die k. und k. Regierung Wert darauf legen, ihren Standpunkt dahin zu präzisieren, daß die seinerzeitige tatsächliche Grenzabsteckung mit ausschließlicher Zugrundelegung der Londoner Beschlüsse zu erfolgen haben wird. Wenn es daher beispielsweise in dem bezüglichen Londoner Texte heißt, daß die Grenze zwischen den Bezirken von Prisren und Ljuma zu laufen hat, so wird die internationale Delimitierungskommission lediglich zu konstatieren haben, welchen Umfang zur Zeit der türkischen Herrschaft diese beiden Bezirke hatten, und darnach die Abgrenzung vornehmen.

Die k. und k. Regierung behält sich vor, ihre diesbezügliche Auffassung auf Grund der Erhebungen seinerzeit vorzubringen, muß aber heute schon dagegen Verwahrung einlegen, daß aus der etwaigen von ihr nicht relevierten Anwesenheit serbischer oder montenegrinischer Truppen jenseits jenes Teiles des Grenzzuges, der in London nicht im Detail (wie zum Beispiel durch die Bezeichnung eines Flußlaufes als Grenze) fixiert wurde, irgendwelche Konklusionen zu Ungunsten Albaniens für die spätere Durchführung der Delimitierung gezogen werden."

Nr. 13993

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Nerezi am Drin, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 8 Nerezi am Drin, den 14. November 1913
[pr. 24. November]

Die Kommission hat die Grenze von Lin am Ochridasee über das Jablanizagebirge bis in Gegend von Lukowo am Drin vollendet. Es besteht die Absicht bei der Majorität, bis nördlich Dibra weiterzuarbeiten, wo das Korabgebirge, das schon gänzlich in hohem Schnee liegt, eine Fortsetzung an dieser Stelle verhindert.

Die Kommission wird sich dann nach Skutari zurückbegeben, um dort so lange wie möglich, vielleicht bis kurz vor Weihnachten, die Arbeit fortzusetzen. Während die Detachements den Rückmarsch zu Fuß antreten, wird die Kommission den Seeweg über Salonik wählen, weil sie auf diese Weise acht Tage vor den Detachements in Skutari eintrifft und diese Zeit zur Fertigstellung des Protokolls nötig hat.

von Laffert
Major

Nr. 13994

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Nerezi am Drin, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 9 Nerezi, den 14. November 1913
[pr. 24. November]

In der heutigen Kommissionssitzung kam es zu einem erregten, persönlich zugespitzten Streite zwischen Potapow und Marafini, in

dessen Verlaufe der Russe und der Franzose erklärten, daß sie in dieser Kommission nicht weiterarbeiten könnten. Die äußere Veranlassung war die Redaktion des offiziellen Protokolls, die von dem französischen Sekretär mehrfach in einem der Majorität ungünstigen Sinne verfaßt war.

Der wahre Grund ist aber ein anderer. Nach anfänglichem Schwanken hat der Engländer sich jetzt in allen wichtigen Fragen auf die Seite der Allianz begeben. Dadurch sehen der Russe und der Franzose, deren unbedingte Serbenfreundlichkeit den Engländer verstimmt hat, sich auch für die Zukunft stets in der Minorität. Es bliebe ihnen ja nun allerdings vorbehalten, da in allen Grenzfragen eine Einstimmigkeit erzielt werden soll, jedesmal zu opponieren und die Entscheidungen ihrer Regierungen anzurufen. Sie wissen aber wahrscheinlich nur zu gut, daß keine Regierung Lust hat, wegen ein paar albanischer Dörfer eine neue Konferenz zu veranlassen. Sie versuchen es daher, die Sache auf ein persönliches Gebiet hinüberzuspielen, um zu erklären, daß sie nur aus diesem Grunde nicht weiterarbeiten könnten.

Der heutige Konflikt wird wohl nicht zu einem endgültigen Bruche führen. Ich habe Marafini gebeten, von jetzt ab jeden persönlichen Streit sorgfältig zu vermeiden. Die Majorität wird in Zukunft ihre Ansicht mit kurzen Worten begründen und dann sofort die Abstimmung beantragen. Wenn die Minorität dann Einspruch erhebt, fällt das Odium, die Arbeit verzögert oder unmöglich gemacht zu haben, auf sie.

Der Engländer, dem ich mich persönlich sehr genähert habe, bezeichnete sich mir gegenüber als ein Freund einer Verständigung mit Deutschland, aus der, wie er hoffe, mit der Zeit ein Bündnis werden würde. Auf die wiederholte Aufforderung des Russen und des Franzosen, sich auch in der Kommission der Entente anzuschließen, hat er erklärt, daß es, soviel er wisse, keine offiziellen Verträge zwischen England und irgendeinem anderen Staate gäbe. England wünsche mit allen Staaten in einer freundschaftlichen Entente zu leben. In der albanischen Frage würde er sich lediglich von seinem Gewissen leiten lassen.

von Laffert
Major

Nr. 13995

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 661 London, den 22. November 1913

Die Frage, was aus den von Italien besetzten Inseln des Dodekanesos werden soll, beschäftigt die englische Politik im hohen Grade, und das Mißtrauen, daß Italien entweder seine effektive Okkupation endlos ausdehnen oder aber nach einer scheinbaren Rückgabe an die Türkei ein verschleiertes Protektorat dort beizubehalten beabsichtige, will trotz der oft und nachdrücklich gegebenen Versicherungen des Marquis Imperiali hier nicht weichen*. Die bedeutenden Geldmittel, welche von Italien insbesondere auf Rhodos für öffentliche Zwecke aufgewendet werden, ebenso wie die Errichtung italienischer Schulen, welche mir von einem soeben aus Rhodos zurückgekehrten englischen Reisenden bestätigt wird, geben solchen Befürchtungen Nahrung. Die englische Politik ist sehr fest entschlossen, alles zu tun, um eine italienische Festsetzung im Dodekanesos zu verhindern, da für den Fall einer solchen Festsetzung ein allgemeines Wettlaufen aller Großmächte um strategische Stützpunkte im östlichen Mittelmeerbecken [1] hier vorausgesehen wird. Die englische Admiralität hat bereits Sir E. Grey informiert, daß im Falle des italienischen Verbleibens im Dodekanesos England zu einer strategischen Besetzung in jenen Gegenden [2] gezwungen sein würde, und Rußland hat, wie ich streng vertraulich unter der Hand erfahre, hier eine analoge Mitteilung gemacht [3]. Diese letztere Perspektive würde allein genügen, um England zu einer sehr nachdrücklichen Stellungnahme gegen die Festsetzung irgend einer Großmacht zu veranlassen [4]. Falls die italienische Politik sich von dem Ernste der englischen Auffassungen in dieser Frage nicht voll Rechenschaft gibt, könnten hierin die Keime sehr akuter Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Italien liegen [5].

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kommt doch!
[3] risum teneatis
[4] ???
[5] das würde sehr interessant werden

Randbemerkung von Stumms:
[2] Es sitzt ja schon in Cypern.

* Vgl. auch Nr. 13 989, Fußnote **.

Nr. 13996

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Leskowik, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Leskowik, den 24. November 1913

Bitte Befehl, ob Arbeiten auf Grund letzten Vorschlags des englischen Kabinetts* aufzunehmen**.

Thierry

Nr. 13997

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Leskowik, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 51 Leskowik, den 23. November 1913
[pr. 28. November]

Am 17. d. Mts. starb in Jánnina unser österreichischer Kollege Generalkonsul Bilinski als wahres Opfer seines Pflichtgefühls. Wenn auch sein Leiden — Nierenschrumpfung — über kurz oder lang einen tödlichen Ausgang nehmen mußte, so ist doch der rapide Verlauf der Krankheit unbedingt auf die Anstrengungen der Reise, besonders der zweitägigen Fahrt von Monastir nach Herseg zurückzuführen. Mit bewundernswerter Aufopferung hat er trotz seines leidenden Zustandes die Aufgabe übernommen, zu der ihn seine Regierung ausersehen, und mit einer Energie und Begeisterung ohnegleichen hat er sich bis zum völligen Zusammenbruch den Arbeiten der Kommission gewidmet, in der er dank seiner Geistesschärfe stets eine führende Rolle gespielt hat. Unsere Bundesgenossen haben an ihm einen ganz ausgezeichneten Beamten verloren. Die Kommission hat vollzählig am 18. und 19. den Einsegnungsfeierlichkeiten in Jánnina beigewohnt.

Nunmehr hat Herr Labia den Ehrgeiz bekommen, im Namen des Dreibundes zu handeln. Vizekonsul Buchberger***, Hauptmann Castoldi und ich, die wir uns in der Beurteilung des Herrn Labia völlig einig sind, haben es aber für nötig befunden, ihn an die Leine zu nehmen, und

---

* Vgl. Nr. 13 990.

** Am 25. November erging darauf an Major Thierry die telegraphische Weisung: „Bitte Arbeiten auf Grund letzten englischen Vorschlags aufnehmen, sobald alle Delegierten entsprechende Weisung erhalten.“ Vgl. auch Nr. 13 986, 13 987.

*** Zweiter österreichischer Vertreter in der südalbanischen Grenzkommission.

haben uns darum in aller Freundschaft, aber sehr bestimmt, jeden selbständigen Schritt ohne unser Einverständnis verbeten. —

Vorgestern wurden hier — und, wie wir erfahren, im ganzen strittigen Gebiet — die jungen christlichen Männer vom 19. bis 23. Jahre zum Waffendienst ausgehoben und nach Koriza zur Ausbildung gesandt. Den Mohammedanern war der Eintritt freigestellt, von hier hat sich aber keiner gestellt. Da es kaum anzunehmen, daß diese Rekruten nach Festsetzung der Grenzen wieder entlassen werden, muß man diese Maßnahme der griechischen Regierung wohl als einen schweren Übergriff ansehen, der auf eine Schwächung der Wehrkraft Albaniens abzielt.—

In Jánnina habe ich Gelegenheit gehabt, unter vorzüglicher Führung das Schlachtfeld zu besuchen, und war zweimal Gast beim Generalgouverneur von Epirus, Herrn Zographos, ehemals Minister des Äußern, gebürtiger Albanese aus der Gegend von Argyrókastron. Er setzte mir mit Absicht auseinander, daß die Feststellungen der Kommission eigentlich ganz gleichgültig seien; das strittige Gebiet, das 500 Jahre lang sich nach Griechenland gesehnt, m ü s s e jetzt mit diesem vereinigt werden und, falls Europa den unglaublichen Fehler mache, anders zu entscheiden, so gebe es eben einen dritten Krieg. Ich ließ mich nicht aushorchen und antwortete nur: nous verrons. —

Herr Buchberger erhielt dieser Tage vertraulich von seiner Regierung einige diplomatische Akten zur Kenntnis, darunter die Antwort des Ministers Panas auf die österreichisch-italienische Demarche in Athen *. Darin wird unter völliger Verdrehung der Tatsachen die Schuld an der Fruchtlosigkeit unserer Untersuchungen dem Verhalten der österreichischen und italienischen Delegierten zugeschoben und behauptet, einer dieser Herren — gezielt ist auf Hauptmann Castoldi — sei in flagranti bei falscher Übersetzung der Aussagen der Einwohner ertappt worden. Falls uns dieses Schreiben offiziell zugeht, hoffe ich, daß ein einmütiger Protest gegen diese unerhörte Beleidigung der Kommission zu erzielen ist. —

Major Doughty hat uns gestern von dem Vorschlage Sir E. Greys an die Mächte ** Mitteilung gemacht, und somit wächst die Aussicht, daß die Grenzfrage in kurzer Zeit ihre Erledigung findet. So rückt denn allmählich die Frage in den Vordergrund, was nach der Entscheidung mit dem strittigen Gebiet geschehen soll.

Nach mehrfachen Besprechungen mit Major Doughty und Hauptmann Castoldi erlaube ich mir im nachfolgenden einige Gedanken niederzulegen, wie sie sich unter dem Eindruck des Gesehenen und Erlebten gebildet.

1. Meine im Bericht Nr. 28 *** ausgesprochene Überzeugung,

* Vgl. Nr. 13 963.
** Vgl. Nr. 13 970.
*** Siehe Nr. 13 952.

daß nach dem Abzuge der Griechen aus einem großen Teil der bataillons sacrés sich Banden formieren werden und blutige Metzeleien unausbleiblich sind, hat sich in den letzten Wochen noch verstärkt. Wenn das Gebiet ohne Unterstützung Europas an Albanien übergeht, ist es der schlimmsten Anarchie und Selbstzerfleischung preisgegeben.

2. Unter dem Gesichtspunkte, daß man mit einem möglichst geringen internationalen Aufgebot auskommen sollte, möchte ich den eigentlichen Sicherheitsdienst der albanischen Gendarmerie übertragen*. Für jeden Fall der sieben Kreise (Koriza, Kolonia, Leskowik, Premeti, Tepeléni, Argyrókastron und Délvinon) wären etwa 80—120 Mann erforderlich; ihre Verstärkung durch ehemalig türkische Gendarmen und geeignete Freiwillige wäre wohl angängig, nur müßte es vermieden werden, nur mohammedanische Gendarmen zu verwenden.

3. Für die Verwaltung halte ich einen Gouverneur — unterstellt der Kontrollkommission, mit dem Sitze in Argyrókastron — und für jeden Kreis einen Präfekten für nötig. Das erforderliche Organisationstalent und besonders die in der Übergangszeit nötige Unparteilichkeit wäre bei Albanesen kaum zu finden; am besten schiene mir die Besetzung dieser Stellen durch die beiden Protektoratsmächte allein, wenn das nicht geht, durch Beamte aller Großmächte. Ihr Eintreffen sobald wie irgend möglich scheint mir zu ihrer Orientierung und zur Übernahme der Geschäfte eine dringende Notwendigkeit.

4. Für den unausbleibenden Kleinkrieg mit den Banden bedarf jeder Präfekt einer, wenn auch kleinen militärischen Macht, die ihm von seiner Regierung gestellt werden müßte — etwa eine kriegsstarke Kompagnie mit zwei Maschinengewehren auf Maultieren. Diese Truppe, die also nicht für den eigentlichen Gendarmeriedienst bestimmt wäre, muß kurz vor dem griechischen Abmarsch eintreffen und bezieht Quartier in der Kreisstadt.

5. Die Entwaffnung des Volkes muß noch von der griechischen Regierung verlangt werden; ich glaube allerdings kaum an einen Erfolg.

6. Von der orthodoxen Geistlichkeit ist sobald wie möglich der Treueid abzunehmen; wer sich weigert oder trotzdem agitiert, wird schonungslos des Landes verwiesen.

7. Die schwierigste Frage scheint mir die, ob es möglich ist, bis zu dem bestimmten Evakuierungstermin all die nötigen Vereinbarungen und Vorbereitungen für Übernahme des Landes zu treffen, insbesondere ob die Organisation der albanischen Gendarmerie schon soweit gediehen, daß sie zu der starken Entsendung befähigt ist.

---

* Über die Einrichtung der albanischen Gendarmerie, sowie der albanischen Verwaltung vgl. Abschnitt B.

Ich würde es für eine Quelle neuer Schwierigkeiten halten, wenn sich die Unmöglichkeit herausstellt. Der Gedanke meiner beiden Mitarbeiter, es würde wohl nicht zu vermeiden sein, Griechenland um Fortdauer der Okkupation, etwa bis 1. April zu bitten und ihm dafür gewissermaßen als Belohnung irgendwelche anderen Vorteile in Aussicht zu stellen, will mir gar nicht recht schmackhaft scheinen, ist aber wohl immer noch besser wie die Anarchie hier im Lande.

Thierry
Major

Nachtrag

25. November früh

Gestern abend war eine Sitzung einberufen, über deren Verlauf telegraphischer Bericht über Wien erfolgt ist*. Das Ganze war ein gewandt angelegter Trick, uns mit sophistischen Gründen für die Verzögerung der Arbeiten verantwortlich zu machen. Da aber von Wien und Rom bestimmte Weisungen erteilt waren, auf der Basis der Muttersprache zu bestehen, bis eine bestimmte Linie angenommen, konnten wir nicht anders, als jetzt dem Oberstleutnant Lallemand die Mitarbeit auf Grund des bereits überholten Vorschlages zu versagen.

Es wäre von allerhöchster Wichtigkeit, wenn vor dem 1. Dezember eine Einigung der Kabinette erfolgte, denn ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, daß für diesen Termin von griechischer Seite irgend etwas geplant ist, das neue schwere Komplikationen verursachen dürfte.

Thierry

Nr. 13998

Identisches Telegramm der Dreibunddelegierten bei der südalbanischen Grenzkommission

Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin am 1. Dezember 1913 überreicht

Reinschrift

25. November 1913

Gestrige Sitzung

Die Delegierten Rußlands und Frankreichs teilen mit, daß sie Instruktionen ihrer Regierungen erhalten haben, Kommissionsarbeiten auf Grund ökonomischer, geographischer und strategischer Erhebungen gemäß ersten englischen Vorschlages fortzusetzen.

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

Englischer Delegierter verlas unmittelbar darauf Instruktionen Sir E. Greys bezüglich des zweiten englischen, den Kabinetten mitgeteilten Vorschlages (Bezeichnung Grenzlinie).

Österreichisch-ungarischer, italienischer und russischer Delegierter erklären, daß sie Kenntnis haben von Unterbreitung dieses Vorschlages an ihre Regierungen. Deutscher und französischer Delegierter erklären, diesbezüglich keine Mitteilung noch Weisung von ihren Regierungen zu besitzen.

Russischer und französischer Delegierter schlagen vor, Arbeiten auf veränderter Londoner Basis fortzusetzen.

Delegierte der Dreibundmächte vertraten die Ansicht, daß durch Unterbreitung des zweiten englischen Vorschlages ersterer offenbar hinfällig geworden sei*. Delegierter Englands entgegnete, daß die beiden Vorschläge nicht in Gegensatz zu einander stehen, daß der zweite vielmehr auch den ersten in sich begreife.

Wir erklärten, daß Kommission vor Einlangen von Instruktionen an alle Delegierten um so weniger Beschluß fassen könne, als einige von ihrer Regierung überhaupt noch keine Mitteilung über Unterbreitung des neuen englischen Vorschlages erhalten haben.

Nach unserer Ansicht verfolgt Antrag der Ententevertreter zweifachen Zweck:

1. Termin des 30. November durch Verzögerung der Annahme und Diskussion des neuen englischen Vorschlages zu überschreiten, indem gleichzeitig uns Schuld an Unterbrechung der Arbeiten zugeschoben werden soll;

2. beide englische Propositionen zu vereinen, indem die im zweiten Vorschlage bezeichnete Grenze keinen definitiven Vorschlag darstellt, sondern auf Grund ökonomischer, strategischer und geographischer Konstatierungen untersucht werden soll, um hiedurch eine den Ententemächten günstige Modifikation dieser Linie zu erreichen.

Da wir über Stand der Verhandlungen unter den Kabinetten nicht unterrichtet und uns angekündigte Instruktionen noch nicht zugekommen sind, war die vorsichtige Haltung, die wir in gestriger Sitzung eingenommen haben, geboten.

Über Haltung, die wir angesichts unmittelbar bevorstehenden Schlußtermines der Kommissionsarbeiten einzunehmen haben, bitte ich Euer Exzellenz um Instruktionen**.

---

* Das war tatsächlich durch das englische Memorandum vom 19. November (siehe Nr. 13 990) geschehen, durch das der erste englische Vorschlag vom 8. November ausdrücklich für erledigt erklärt war.

** In seiner Antwort auf das identische Telegramm, die ebenfalls in Berlin mitgeteilt wurde, wies Graf Berchtold auf eine in Wien überreichte englische Note vom 19. November hin, in der ausdrücklich anerkannt war, daß der zweite englische Vorschlag an die Stelle des ersten trete (mithin den ersten nicht in sich begreife). Weiter betonte der k. und k. Minister, daß der für die Arbeiten der Südkommission fixierte Termin auf den Londoner Beschlüssen beruhe.

Nr. 13999

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Dibra, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

No. 10 Dibra, den 22. November 1913
[pr. 1. Dezember]

Seit drei Tagen ist die Kommission hier. Das von mir schon erwähnte Zusammengehen des englischen Deputierten mit denen der Dreibundmächte * hat sich, in erster Linie durch die ungeschickt provozierende Art des Franzosen, nunmehr zu einem festen Block herausgebildet. Demgegenüber treiben der Russe und der Franzose eine Art von Obstruktion, die sich in den weitgehendsten Forderungen für Serbien ausspricht und eine Entscheidung durch immer neue Einwände zu verzögern sucht.

Um nicht jede weitere Arbeit unmöglich zu machen, hat die Mehrheit beschlossen (das Prinzip der Majorität gilt leider nur in formalen Fragen), dort, wo keine Einigung zu erzielen war, alle nötigen Elemente durch die Topographen aufnehmen zu lassen und dann die Arbeit weiterzuführen. Hierdurch ist es möglich, bei einer späteren Einigung, die entweder durch die Kommission oder durch die Regierungen erfolgen wird, das strittige Grenzstück festzusetzen, ohne daß die Kommission noch einmal dorthin zurückzukehren braucht.

So ist das Stück vom Strizak im Jablanizagebirge bis nach Lukowo am Drin noch unentschieden geblieben, und dasselbe wird voraussichtlich hier bei Dibra der Fall sein, wo die Forderungen der Minorität weit über das Londoner Protokoll hinausgehen.

Der Engländer ist besonders über das mangelnde Taktgefühl des Russen und Franzosen verstimmt. Diese benehmen sich, als wenn sie nicht einer internationalen Kommission angehören, die doch wenigstens unparteiisch scheinen soll, sondern als wenn sie Vertreter Serbiens wären. Sie empfangen allein serbische Deputationen, reiten zur Besichtigung der neuen Grenzlinie mit serbischen Offizieren heraus und fassen jedes Serbien ungünstige Urteil als persönliche Beleidigung auf.

Dabei gehen ihre Forderungen viel weiter als die der Serben selber. Man sieht das daraus, daß die Serben sich infolge des österreichischen Ultimatums ** bis an die Linie zurückgezogen haben, die sie als die neue Grenze betrachten. Diese Linie entspricht auch fast genau der von der Majorität geforderten. Die Minorität geht aber

---

* Vgl. Nr. 13 994.
** Vgl. dazu Kap. CCLXXX.

in ihren Forderungen wenigstens hier bei Dibra weit über diese Linie hinaus, ist also serbenfreundlicher als die Serben selber.

Zwischen dem sehr ruhigen und vornehmen Engländer und dem Franzosen kam es vor einigen Tagen beim Essen infolge einer taktlosen Bemerkung des letzteren zu einer sehr scharfen Zurechtweisung von seiten des Engländers. Er verlangte durch Potapow eine formelle Entschuldigung des Franzosen, die dieser dann auch gegeben hat.

Die Majorität beabsichtigt, wie ich bereits telegraphierte, nach Vollendigung der hiesigen Grenzen direkt nach Prisren zu gehen, da das dazwischen liegende Korabgebirge völlig unter Schnee und Eis liegt. Nachrichten erreichen mich dort, österreichisches Konsulat.

In Dibra befindet sich das 19. Infanterieregiment, das hier in Garnison verbleibt. Nach Norden schließt im Rekadistrikt das 7. Regiment an. Mein früheres günstiges Urteil über die militärischen Eigenschaften der serbischen Soldaten kann ich durchaus aufrechterhalten. Ihre moralischen Qualitäten muß man allerdings mit orientalischen Augen ansehen, um sie würdigen zu können.

Die Serben halten nach wie vor die Grenze durch eine dichte Vorpostenkette gesperrt und verweigern jedem Albaner den Zutritt. Sobald man die Grenze überschreitet, trifft man auf Albaner, die die Kommission bitten, ihnen die Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen, was wir leider nicht können.

Dibra, vor kurzem eine Stadt von über 30 000 Einwohnern, ist völlig verlassen. Nur ein kleines serbisches Viertel ist bewohnt. Die Häuser sind nicht zerstört, aber bis auf das letzte ausgeplündert.

Die Serben haben ein großes Glück gehabt, daß die Albaner diesen unglückseligen Aufstand unternahmen. Indem sie alle Albaner ohne Unterschied als Rebellen erklärten und jeden, ob bewaffnet oder nicht, ohne Gnade niederschossen, veranlaßten sie diese ungeheure Panik, die sie mit einem Schlage von einer mißliebigen Bevölkerung von über 100 000 Menschen befreite. Mit rücksichtsloser Zielbewußtheit und ohne sich um das philanthropische Wehgeschrei Europas zu kümmern, zogen sie die von ihrem Standpunkt einzig richtige Konsequenz.

In der Umgebung von Dibra ist fast jedes Dorf eine völlige Brandstätte. Dazwischen finden sich einzelne wohlbehaltene serbische Dörfer. Ihre Bewohner bemühen sich, die noch immer auf den Feldern stehenden Ernten der albanischen Dörfer einzubringen.

Der Gesundheitszustand unseres Detachements ist kein guter. Es treten viel Darmerkrankungen auf. Ein Typhuskranker ist gestorben, ein anderer gilt als sehr bedenklich. Das fortwährende Biwakieren in der schon recht kalten Jahreszeit hat viele Fälle von Rheumatismus verursacht.

von Laffert

Nr. 14000

*Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Prisren, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Prisren, den 30. November 1913

Die Kommission traf gestern, durch Albanien kommend, hier ein mit Ausnahme des Russen und Franzosen, die den Weg über Serbien genommen hatten. Beim Überschreiten der Grenze wurde der vorausreitende italienische Geschäftsträger Galanti zwölf Stunden festgehalten, ebenso später unsere Quartiermacher. Auch der Kommission wurde das Überschreiten der Grenze vom serbischen Vorpostenkommandeur verboten. Trotzdem setzten die Delegierten den Weg fort und beschwerten sich hier beim Kommandanten. Dieser entschuldigte sich mit einem Versehen der Untergebenen und versprach der Kommission ungehinderten Verkehr. Heute morgen wurde ich und ein österreichischer Dolmetscheroffizier in der Nähe der Zitadelle arretiert und zwangsweise von serbischen Soldaten zur Kommandantur geführt, bis uns unterwegs ein serbischer Offizier befreite. Auf meine Forderung hin hat der serbische Kommandant versprochen, einen höheren Offizier zu mir zu schicken, der sich entschuldigen soll. Ich erklärte mich persönlich mit dieser Satisfaktion zufriedenzugeben, würde aber meiner Regierung von dem Vorfall Mitteilung machen. Ähnliche Telegramme haben der österreichische, italienische und englische Delegierte an ihre Regierung gerichtet. Bericht folgt**.

von Laffert

Nr. 14001

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky****

Konzept

Nr. 1700 Berlin, den 1. Dezember 1913

Die österreichische und die italienische Regierung beabsichtigen nach Mitteilung ihrer hiesigen Geschäftsträger in London zu er-

---

* Das obige Telegramm wurde mittels Telegramm Nr. 76 vom 30. November nach Belgrad mit der Weisung mitgeteilt: „Bitte bei dortiger Regierung energisch vorstellig werden und verlangen, daß ähnliche Vorkommnisse sich nicht wiederholen."

** Siehe Nr. 14012.

*** Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1512 nach Rom.

klären, daß der letzte englische Vorschlag zur südalbanischen Grenzfrage * ein „globales Kompromiß“ darstelle, das jede weitere Diskussion ausschließe. Äußerstenfalls könne man der technischen Kommission, die an Ort und Stelle die Grenze zu fixieren habe, gewisse durch das Terrain gebotene minimale Änderungen der Grenzlinie gestatten. Auf jeden Fall aber müsse die Räumung der fraglichen Gebiete durch Griechenland vor dem 31. Dezember erfolgen. Abschrift eines die Angelegenheit betreffenden Erlasses des Grafen Berchtold an Graf Szögyényi ** beehre ich mich zu Ew. pp. streng vertraulichen persönlichen Information beizufügen. Unsere Verbündeten erbitten für die Demarche in London Deutschlands Unterstützung.

Ich habe den beiden Geschäftsträgern erwidert, daß wir die geplante Erklärung, soweit sie sich mit dem englischen Vorschlag befasse, gern unterstützen wollten. Was die Räumung Albaniens anlange, so seien wir durchaus damit einverstanden, daß diese den Beschlüssen der Londoner Botschafterkonferenz entsprechend bis spätestens Ende Dezember zu erfolgen habe. Wir seien daher an sich bereit, uns auch diesem Teil der Erklärung anzuschließen. Nach einem kürzlich hier eingetroffenen Berichte unseres Delegierten zur südalbanischen Grenzkommission *** befürchtet indessen Major Thierry und mit ihm anscheinend die Mehrzahl seiner Kollegen, daß nach dem Abzug der Griechen, sofern nicht inzwischen für die Aufrechterhaltung der Ordnung anderweite Vorsorge getroffen wird, die geräumten Gebiete der Anarchie und blutigen Metzeleien preisgegeben sein werden.

Bevor wir unseren Vertreter in London mit den nötigen Weisungen versehen, wäre es uns daher erwünscht, näher darüber unterrichtet zu werden, wie sich die verbündeten Kabinette die weitere Entwicklung der Dinge denken, falls nach dem Abzuge der Griechen die von den Delegierten befürchteten Ereignisse eintreten †.

Ew. pp. bitte ich, die Angelegenheit in diesem Sinne auch Ihrerseits bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen und über die Ihnen zuteil werdende Antwort tunlichst umgehend zu berichten.

J a g o w

---

* Vgl. Nr. 13 990.
** Der vom 29. November datierte Erlaß Graf Berchtolds an Graf Szögyényi enthielt im wesentlichen die gleichen Mitteilungen über die Stellungnahme Italiens, die in den obigen Erlaß an Botschafter von Tschirschky verwoben sind.
*** Siehe Nr. 13 997.
† Im gleichen Sinne sprach Staatssekretär von Jagow auch mit dem österreichischen Botschafter, der darüber am 2. Dezember telegraphisch nach Wien berichtete. Vgl. Nr. 14 005.

Nr. 14002

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 254 Rom, den 30. November 1913
[pr. 3. Dezember]

Über die neuesten Schwierigkeiten, die von englischer Seite in der albanischen Grenzfrage gemacht werden, sagte mir der Marquis di San Giuliano, er sowohl wie Österreich ständen auf dem Standpunkt, daß man bei dem letzten englischen Vorschlage unverändert stehen bleiben müsse. Man würde sich in diesem Sinne auch an die Kaiserliche Regierung wenden. Er befürchte sehr, daß man sonst nur zu Verschleppungen käme. Er wäre dankbar, wenn die Kaiserliche Regierung auch von sich aus in London immer wieder darauf hinweisen wolle, welche Gefahr für die europäische Situation entstände, wenn der Termin des 31. Dezember ohne Resultat vorüberginge. Österreich und Italien könnten auf keinen Fall zurückweichen, es würde daher die Gefahr entstehen, daß sie ohne einmütigen Beschluß Europas allein mit Gewalt vorgehen müßten. Der Minister war ziemlich niedergeschlagen und pessimistisch. Auf Griechenland ist er sehr erbittert. Die zarte Pflanze griechenfreundlicher Gesinnung, die ich im September bei ihm zurückließ, ist durch den griechischen Widerstand in Epirus seitdem völlig zerstört.

Flotow

Nr. 14003

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 401 Athen, den 27. November 1913
[pr. 3. Dezember]

Der Minister des Äußern klagte mir gegenüber heute sehr über den englischen Vorschlag betreffend die Abgrenzung Südalbaniens. Dieser Vorschlag stelle für Griechenland im Grunde keine Verbesserung der Lage dar, da er fast nicht von den österreichisch-italienischen Vorschlägen abwiche. Wenn er zur Ausführung gelange, kämen Hunderttausende von Griechen, die vom türkischen Joch befreit wären, unter das viel härtere Joch der „barbarischen" Albaner. Man verlange ein ungeheures Opfer von Griechenland und versetze die griechische Regierung in eine überaus schwierige Lage, da in allen

Kreisen, namentlich in militärischen, Proteste dagegen laut werden würden. Auf meinen Einwand, daß Griechenland von einem Widerstand in Epirus doch keinen Erfolg erwarten könne und auch an eventuell daraus entstehenden internationalen Verwickelungen kein Interesse habe, erwiderte der Minister, daß er derselben Ansicht sei. Man würde den Griechen eben eines Tages sagen „Allez-vous-en“ et „nous nous en irons“. — Allerdings wisse er nicht, ob die dortige einheimische Bevölkerung sich nicht einer Vereinigung mit Albanien widersetzen werde — die griechische Regierung hoffe und wünsche, daß dies nicht der Fall sein werde.

Einzelne Zeitungen sprechen von großen Ereignissen, die sich in Epirus vorbereiten. Sie behaupten, daß dort von überall Freiwillige zur Verteidigung der griechischen Interessen herbeiströmen.

R. Bassewitz

Nr. 14004

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 259 — Rom, den 2. Dezember 1913
Ganz vertraulich — [pr. 7. Dezember]

Die Erörterung der Inselfrage ist dem Marquis di San Giuliano nicht angenehm. Dem türkischen Botschafter, der ihn an die Erledigung der Angelegenheit erinnert hat, hat der Minister gesagt, die Frage sei zu verwickelt; er wolle sie demnächst mit ihm in größerer Ruhe erörtern. Er hat aber dabei ausdrücklich hinzugefügt, Italien werde seinerzeit die von ihm besetzten Inseln alle an die Türkei zurückgeben. Die italienische Regierung wünsche nur als Kompensation für die Aufwendungen, die sie für die von ihr besetzten Inseln gemacht habe, gewisse Konzessionen in Kleinasien*. Der Minister hat dabei die etwas eigentümliche Bemerkung gemacht, „Italien habe bei dem Erwerb solcher Konzessionen nicht wie wohl andere Mächte Hintergedanken für die Zukunft“. Der türkische Botschafter, der mir ganz vertraulich diese Mitteilungen machte, führt die italienische Willfährigkeit zur Herausgabe der Inseln in erster Linie auf die englische Haltung zurück. Der englische Geschäftsträger** hier hat ihm versichert, daß England niemals eine oder mehrere der Inseln im italienischen Besitz belassen werde, und daß er beauftragt worden sei, das dem Marquis di San Giuliano zu verstehen zu geben. Der Marquis

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.
** H. G. Dering.

hat sich auch bei dieser Unterhaltung ausweichend verhalten und dem englischen Geschäftsträger nur erwidert, es läge kein Grund vor, ihm zu mißtrauen.

Ein weiteres Motiv für die italienische Haltung liegt nach der Ansicht des Botschafters in dem italienischen Bestreben, sich die Gunst der Türkei für Unternehmungen in Kleinasien zu sichern *. Jedenfalls ist in dieser Frage, wie überhaupt seit dem Widerstande Griechenlands in Epirus, der Marquis di San Giuliano sehr gegen Griechenland eingenommen. Er hat dem türkischen Botschafter gesagt, alle Inseln müßten an die Türkei fallen, die Griechen dürften überhaupt keine erhalten. Auch hat er ihn ziemlich deutlich zum Kriege gegen Griechenland aufgefordert und seine Enttäuschung über den Friedensschluß zwischen der Türkei und Griechenland ** nicht verhehlt.

Der türkische Botschafter sagte mir, Frankreich und England seien geschlossen für Überlassung möglichst vieler Inseln an Griechenland. Er sei aber überzeugt, daß die Verwirklichung dieser Absichten für die Türkei den casus belli mit Griechenland bedeute. Die türkische Regierung sei nicht stark genug im Innern, um einen Echec in dieser Frage zu ertragen.

Der Botschafter wollte natürlich unsere Stellung zur Inselfrage erfahren. Ich konnte ihn nur darauf hinweisen, daß vertragsmäßig ja zunächst Italien zur Rückgabe der Inseln verpflichtet ist, und daß es nicht ganz leicht für die der Türkei abgeneigten Großmächte sein würde, dieselbe aus den einmal zurückgegebenen Inseln wieder zu vertreiben.

Flotow

Nr. 14005

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Berchtold an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Szögyényi-Marich

Telegramm. Unsignierte Abschrift
Von dem österreich-ungarischen Geschäftsträger in Berlin Grafen Larisch am 3. Dezember 1913 überreicht

Nr. 772 Wien, den 3. Dezember 1913

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 492 von gestern ***.

In der Frage der Verhütung von Konflikten zwischen der christlichen und mohammedanischen Bevölkerung Südalbaniens nach der Evakuierung dieser Territorien seitens der griechischen Armee bin ich

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVII.
** Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.
*** Vgl. dazu Nr. 14 001, S. 233, Fußnote †.

der Ansicht, daß die Erstattung bezüglicher Vorschläge in die Kompetenz der internationalen Kontrollkommission * fällt.

Ich bin selbstverständlich im vorhinein bereit, allen Vorschlägen, welche zu diesem Behufe erstattet werden sollten, unsere Zustimmung zu erteilen, wobei ich dieselbe nur an zwei Voraussetzungen knüpfen muß:

1) Daß die in Erwähnung gezogene Maßnahme einen albanesisch-nationalen Charakter trage. Hiermit kann selbstverständlich von einer internationalen Besetzung der in Betracht kommenden Gebiete nicht die Rede sein.

2) Daß solche Maßnahmen unter keinen Umständen in einer Hinausschiebung des Räumungstermins über den 31. Dezember d. Js. bestehen oder einen solchen Aufschub zur Voraussetzung haben dürfen.

Vorstehendes zur Mitteilung an Herrn von Jagow.

Euer Exzellenz wollen hiezu noch bemerken, daß ein vorzeitiges Aufwerfen dieser Frage, der wir allerdings unser vollstes Augenmerk zuzuwenden bereit seien, nur dem Bestreben der Ententemächte entgegenkommen würde, die Räumung durch Griechenland zu verzögern.

Wir seien aber gegen jede Verschiebung des Räumungstermins, da eine solche die ganze Basis der Londoner Beschlüsse verrücken würde und schließlich auch gar nicht im Interesse Griechenlands gelegen wäre.

Eine Verzögerung des Abzugs der griechischen Truppen würde nämlich die Stellung der Athener Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung des Landes bei der später doch notwendigerweise erfolgenden Evakuation nur erschweren.

Wir wären daher dem Berliner Kabinett sehr verbunden, wenn es seinen Delegierten bei der Südkommission anweisen wollte, diesen Gesichtspunkten bei seiner Stellungnahme Rechnung zu tragen.

Nr. 14006

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow

Unsigniertes und undatiertes eigenhändiges Konzept

Die von mir geäußerten Bedenken ** entspringen keineswegs einer Rücksicht auf Griechenland, sondern lediglich der Befürchtung, daß

---

* Über die Tätigkeit der Kontrollkommission vgl. Abschnitt B.

** Die von Staatssekretär von Jagow geäußerten Bedenken beziehen sich auf den Tenor des Graf Berchtoldschen Erlasses an Graf Szögyényi vom 3. Dezember (siehe Nr. 14 005); sie dürften mündlich gegenüber Graf Larisch zur Geltung gebracht sein. Noch ablehnender verhielt sich das Berliner Kabinett zu einem von Graf Larisch am 8. Dezember vorgebrachten österreichischen

nach Räumung des südlichen Gebiets Albaniens dort anarchistische Zustände sich ergeben könnten, ohne daß für die Herstellung der Ruhe und Ordnung erforderliche Organe vorhanden wären. Die internationale Kontrollkommission dürfte solchen Zuständen ziemlich ohnmächtig gegenüberstehen. Albanesische Truppen sind nicht vorhanden. Die Gendarmerie dürfte noch nicht genügend organisiert sein.

Doch will ich den Wünschen unserer Verbündeten gern entsprechen und ihren Standpunkt vertreten. Ich hielt es nur für meine Pflicht, auf die Gefahren, die sich eventuell ergeben könnten, vorher hinzuweisen. Denn wenn die Ruhe in Südalbanien sich durch die eigenen — bis jetzt noch fehlenden — Organe des Landes nicht herstellen läßt, so werden entweder Österreich und Italien sich gezwungen sehen, ihrerseits durch Truppenentsendung für die Schaffung geordneter Zustände zu sorgen, oder Griechenland könnte die an seiner Grenze herrschende Anarchie zum Vorwand für eine Wiederbesetzung benutzen, was meo voto um jeden Preis vermieden werden muß. Meiner Ansicht nach sollte wenigstens die internationale Kontrollkommission schon jetzt — ehe es zu spät ist — sich über die zu treffenden Maßnahmen beratschlagen bezw. entsprechende Vorschläge machen.

Nr. 14007

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Delegierten zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Leskowik

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 5 Berlin, den 4. Dezember 1913

Österreich und Italien vertreten Standpunkt, daß letzter englischer Vorschlag zur südalbanischen Grenzfrage „globales Kompromiß“ darstelle, das jede weitere Diskussion ausschließe. Äußerstenfalls könne man der technischen Kommission, die an Ort und Stelle die Grenze zu fixieren habe, gewisse durch das Terrain gebotene minimale Änderungen der Grenzlinie gestatten. Auf jeden Fall aber müsse die Räumung der fraglichen Gebiete durch Griechenland vor dem 31. Dezember erfolgen.

Bitte Haltung entsprechend einrichten.

Jagow

Eventualvorschlag bezüglich der Gründung einer albanischen Miliz. In einer Aktennotiz des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath vom 8. Dezember heißt es darüber: „Graf Larisch hat hier einen österreichischen Eventualvorschlag zur Wahrung der Ordnung nach Evakuation des albanischen Gebiets mitgeteilt, nach welchem eine albanische Miliz gebildet werden soll. Im Auftrag des Herrn Staatssekretärs habe ich Graf Larisch erwidert, daß dieser Vorschlag uns nicht praktisch erscheine, vielmehr geradezu geeignet, Bandenkämpfe hervorzurufen. Auch für eine internationale Besetzung seien wir nicht zu haben.“

Nr. 14008

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 248 — Rom, den 4. Dezember 1913

Antwort auf Erlaß vom 1. Dezember Nr. 1512*.

Marquis di San Giuliano anerkennt Bedenken für Sicherheit in Albanien, glaubt aber erstens, daß bis 31. Dezember mit Hilfe von holländischen Offizieren und Gendarmerien erträglicher Zustand geschaffen werden könne, hält zweitens einige Unordnung, an die Land gewöhnt, für kleineres Übel als ernstere europäische Verwickelung, falls bis 31. Dezember Gebiete nicht geräumt. Er bitte daher um Unterstützung in London.

Grenzkommission hat hierher gemeldet, daß heute Einigung erzielt werden könne, wenn Delegierte zum Abschluß ermächtigt seien. Marquis di San Giuliano sehe gereizt auf Österreich, das aus rein formalen Bedenken in einigen Punkten Kompetenz der Delegierten nicht für ausreichend hält und nochmalige Befragung der Großmächte fordert. Minister hat sehr lebhaft dagegen in Wien protestiert unter Hinweis auf europäische Gefahr der Verschleppung. Antwort aus Wien noch nicht eingegangen.

Flotow

Nr. 14009

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z.Z. in Leskowik, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Leskowik, den 4. Dezember 1913

Einigung auf englischen Vorschlag** erscheint sicher. Detaillierte Änderung nach Besichtigung des Geländes vorbehalten. Kommission geht Sonnabend nach Argyrókastron und hofft, Dienstag, den 9., von Quaranta abfahren zu können. Ort für Abschluß der schriftlichen Arbeiten und Karten wird noch gemeldet.

Thierry

---

* Identisch mit Nr. 14 001.
** Vgl. Nr. 13 990.

Nr. 14010

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Prisren, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Prisren, den 5. Dezember 1913

Ansicht in bezug auf Ljuma* ist derartig auseinandergehend, daß Entscheidung noch in diesem Jahre unmöglich erscheint. Minorität wünscht Grenzlinie zwischen Prisren und Ljumadistrikt nach administrativen Grenzen, die für Albanien sehr ungünstig waren. Majorität telegraphiert an die Regierungen, ob Abgrenzung nach administrativen oder nach ethnographischen Distrikten stattfinden soll. Erbitte Drahtantwort, ob ich Antwort der österreichischen Regierung als vorläufig für mich gültig ansehen darf.

von Laffert

Nr. 14011

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Delegierten zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Prisren

Telegramm

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 5 — Berlin, den 5. Dezember 1913

Mit vorläufigem Anschluß an österreichische Entscheidung in Ljumafrage einverstanden.

Zimmermann

Nr. 14012

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Prisren, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 11 — Prisren, den 30. November 1913
[pr. 5. Dezember]

Wie ich schon im 10. Bericht** als wahrscheinlich aussprach, ist eine Einigung über Dibra nicht erzielt worden. Der Franzose

---

* Näheres darüber in Nr. 14 012.

** Siehe Nr. 13 999.

und der Russe bilden nach wie vor die serbenfreundliche Minorität. Meine Versuche sowie die des Österreichers, zwischen beiden Parteien zu vermitteln, scheiterten in erster Linie an der Unnachgiebigkeit der beiden Serbenfreunde, aber auch daran, daß der Italiener und der Engländer, durch die beiden Gegner verärgert, von einem Kompromiß nichts wissen wollen*.

Es besteht geringe Hoffnung, daß im Zusammenhang mit der hiesigen Frage doch noch eine Einigung erzielt wird. Ich vermute nämlich, daß der Russe und der Franzose doch nur ungern den Regierungen die Entscheidung überlassen wollen, weil sie dann befürchten müssen, daß die Ansicht der Majorität als entscheidend anerkannt wird.

Da bei Dibra nur bis zum Korabgebirge gearbeitet werden konnte, wollten der Russe und der Franzose für dieses Jahr die Arbeit beendigen. Die Majorität aber beschloß, nach Prisren weiterzugehen, um dort möglichst noch das Ljumagebiet zu vollenden. Während die Majorität den Weg durch albanisches Gebiet wählte, nahmen die beiden anderen den Weg durch Serbien. Sie fürchteten einerseits die Schwierigkeiten des kaum bekannten albanischen Gebietes, andererseits die Stimmung der Albaner, die schon ganz genau wissen, wer ihre beiden Gegner sind.

Der viertägige Marsch von Dibra nach hier war sehr beschwerlich. Da die Gefahr des Einschneiens bestand, wurde täglich acht, einmal sogar zwölf Stunden marschiert. Wegen mangelnder Unterkunft mußte stets biwakiert werden, am letzten Tage in tiefem Schnee.

Fast alle Dörfer sind ganz oder teilweise von den Serben verbrannt. Der Weg führt fortwährend von etwa 500 Meter Höhe auf 1000 Meter und wieder herunter. Meist ist es nur ein schmaler Saumpfad. Die österreichische Karte ist hier völlig unzuverlässig. Nicht nur die Entfernungen sind oft die doppelten, sondern auch die Namen der Dörfer stimmen absolut nicht. Richtig sind im allgemeinen die Hauptgebirgszüge und die größeren Flußläufe. Wie überall in den bisher von mir gesehenen Teilen Albaniens ist der Boden von großer Fruchtbarkeit und imstande, die drei- bis vierfache Anzahl der jetzt vorhandenen Bevölkerung zu ernähren.

Beim Erreichen der südlich Prisren stehenden serbischen Vorposten, die hier etwa zehn Kilometer über die voraussichtliche Grenze vorgeschoben sind, ereigneten sich die schon von mir telegraphisch gemeldeten Vorfälle.

Der mit einem Kawassen vorausgeschickte italienische Konsul von Üsküb Galanti wurde auf Befehl des serbischen Vorpostenkommandeurs gezwungen, einen halben Tag und eine Nacht bei den serbischen Vorposten zu verbringen, obgleich er seinen Paß

---

* Vgl. auch Nr. 14 021.

als Konsul und eine Bescheinigung der Kommission bei sich hatte. Es besteht telephonische Verbindung von den Vorposten nach Prisren, so daß der hiesige Kommandeur sofort unterrichtet werden konnte. Nach seiner Ankunft in Prisren begab sich Galanti zum serbischen Kommandanten Oberst Stojanowitsch, Kommandeur des 12. Infanterieregiments, machte ihm Mitteilung von dem Anmarsche der Kommission und erwirkte die Erlaubnis, die nötigen Lebensmittel der Kommission entgegenzuschicken.

Obgleich somit die serbischen Truppen von der Ankunft der Kommission unterrichtet waren, wurden zwei Tage später unsere vorausgeschickten quartiermachenden Offiziere wieder von den Vorposten festgehalten. Ebenso wurde der Kommission zunächst der Durchmarsch verwehrt. Nach einigem Parlamentieren ließ uns der serbische Feldwachkommandant gegen eine schriftliche Bescheinigung durchmarschieren. Später beim Herankommen unseres Detachements bildeten die Serben eine Schützenlinie. Der vorne marschierende, sehr energische österreichische Oberleutnant Mühlhofer gab auf die Aufforderung des serbischen Feldwachkommandanten, halten zu bleiben, nur die klassische Antwort Götz von Berlichingens an den Heilbronner Magistrat und setzte mit seinen Leuten den Marsch fort. Nach einigen Kilometern wollte wieder ein serbischer Posten uns aufhalten, aber auf die Aufforderung des Engländers, ohne Antwort weiterzumarschieren, ritt die Kommission ohne weiteres durch den Posten hindurch. Gleichzeitig schickten wir zwei Offiziere zu dem nicht weit entfernten Vorpostenkommandeur. Dieser wollte die Offiziere wieder zu den vordersten Vorposten zurückbringen lassen; als er aber hörte, daß die Kommission bereits die Vorpostenlinie durchschritten habe, schickte er die beiden Offiziere unter Bewachung nach Prisren. Er erklärte den Offizieren, daß wir Glück gehabt hätten, daß seine Leute nicht auf uns geschossen hätten. Es wäre strenger Befehl gekommen, niemanden, wer es auch sei, durchzulassen.

In Prisren begaben wir uns sofort zu dem serbischen Kommandanten. Hier führte der Engländer als ältester von uns eine höchst energische Sprache und drohte mit der Intervention seiner Regierung. Der serbische Kommandant erklärte sein tiefstes Bedauern, seine Befehle wären nur mißverstanden und er würde den betreffenden Offizier bestrafen. Der Engländer verzichtete auf eine Bestrafung des Offiziers, verlangte aber dessen persönliche Entschuldigung vor der Kommission, die auch zugesagt wurde. Gleichzeitig erklärte der serbische Kommandant, daß wir in jeder Hinsicht Bewegungsfreiheit hätten.

Gestern morgen begab ich mich mit einem serbisch sprechenden österreichischen Offizier auf die hiesige alte verfallene Zitadelle. Da vorne uns ein serbischer Posten den Eintritt verwehrte, gingen wir außen um die Zitadelle herum. Hier stand nirgends ein Posten, noch war irgendein schriftliches Verbot angeschlagen. Plötzlich er-

schien ein serbischer Unteroffizier mit mehreren Soldaten und erklärte uns für verhaftet. Der Österreicher teilte ihm mit, wer wir wären und machte ihn auf die Folgen seiner Handlung aufmerksam. Trotzdem wurden wir gezwungen, uns unter Eskorte von drei Soldaten auf das Gouvernement zu begeben. Erst mitten in der Stadt wurden wir auf Veranlassung eines serbischen Offiziers befreit.

Auf meinen Versuch hin, sofort den Kommandanten zu sprechen, wurde mir mitgeteilt, daß der Kommandant am Nachmittag meinen Besuch erwidern würde.

Ich teilte der Kommission den Vorfall mit, sagte aber, daß ich die Angelegenheit, da sie mich allein anginge, auch persönlich mit dem serbischen Kommandanten erledigen würde. Als am Nachmittage der Kommandant bei mir erschien in Begleitung des Platzoffiziers und des Zivilgouverneurs, bat ich noch den österreichischen Delegierten und den österreichischen Konsul dazu. Ich erklärte dem Serben, daß ich als Vertreter Deutschlands aufs schwerste beleidigt sei. Persönlich fordere ich ihn auf, mir hinreichende Genugtuung zu geben, ich könne aber nicht dafür bürgen, ob meine Regierung sich damit zufriedengeben würde. Der Kommandant entschuldigte sich wieder angelegentlichst und schob die Schuld auf seine Unterorgane. Auf meine Forderung hin versprach er, daß ein höherer serbischer Offizier, der gut deutsch spräche, sich in seinem Auftrage formell bei mir entschuldigen solle.

Heute nachmittag kam denn auch ein serbischer Oberstleutnant im Dienstanzuge zu mir und sprach mir die formelle Entschuldigung der serbischen Militärbehörden aus.

Die vier Delegierten der Majorität sind der Ansicht, daß in den Schikanen der Serben System liegt und daß die Zwischenfälle sich wiederholen werden, sobald die Kommission ohne den russischen Delegierten ihre Erkundigungen anstellt. Die Serben sind offenbar darüber unterrichtet, daß die weitgehenden Forderungen des Russen und Franzosen bei den übrigen Delegierten auf Widerstand gestoßen sind.

Der serbische Kommandant treibt offenbar ein falsches Spiel. Er schiebt alle Schuld auf seine Untergebenen, während die Schuld nur an ihm liegt, da die Serben seit Wochen wissen, daß die Kommission hier tätig ist.

Der Italiener und der Engländer haben ihre Regierungen gebeten, durch die serbische Regierung die Ablösung des Oberst Stojanovitsch zu veranlassen. Der Italiener erwartet wegen der Arretierung seines Konsuls eine Intervention seiner Regierung.

Hier in Prisren befinden sich augenblicklich das 10. und 12. Infanterieregiment und eine Abteilung des Feldartillerieregiments 3. Am 10. Dezember wird das 12. Regiment Prisren verlassen und durch das 1. Regiment ersetzt werden, das jetzt noch in Diakowa steht.

Unter den Mannschaften des Detachements sind zwei weitere Fälle von Typhus tötlich verlaufen. Im allgemeinen ist aber der Gesundheitszustand befriedigend.

von Laffert
Major

Nr. 14013

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 683 London, den 5. Dezember 1913

Österreich hat heute hier in Sachen der südalbanischen Grenze eine Demarche gemacht. Die englische Regierung ist ganz damit einverstanden, daß das Ergebnis der Beratungen der südalbanischen Kommission von allen Mächten als endgültig anerkannt werde, wenn die Beschlüsse, woran nicht zu zweifeln sei, durch ein einstimmiges Votum der Kommission zustande gekommen seien. Man glaubt hier nicht, daß irgend eine Macht versuchen werde, an diesen Beschlüssen etwas zu ändern. Hingegen wird das Drängen Österreichs und Italiens auf Räumung dieser Gebiete durch die griechischen Truppen vor dem 31. Dezember hier scharf kritisiert. Es wird darauf hingewiesen, daß nach allen zuverlässigen Berichten die Erregung unter der aufgereizten Bevölkerung so groß sei, daß fast mit Sicherheit schwere Ausschreitungen und Massakers in diesen schon so vielfach heimgesuchten Grenzbezirken zu erwarten ständen. Dabei seien weder Österreich noch Italien imstande, irgendwelche zweckmäßigen Sicherungsmaßnahmen vorzuschlagen. Die beiden Mächte widersetzten sich ausdrücklich jedem Eingreifen internationaler Truppen, zu deren Entsendung sich übrigens zum Beispiel England nicht entschließen würde, und die Organisation einer auch nur einigermaßen wirksamen Gendarmerie in den südlichen Grenzbezirken bis zum 31. Dezember sei vollkommen unmöglich. Man würde es hier für viel zweckmäßiger halten, den rein formellen Abschluß der Arbeiten der Grenzkommission noch etwas hinauszuziehen, um dann den Konferenzbeschlüssen gemäß einen Monat nach dem formellen Abschluß, die Räumung durch Griechenland herbeizuführen. Dies gäbe wenigstens Zeit zur Schaffung einer Gendarmerietruppe *. Das Bestehen auf dem 31. Dezember entspreche offenbar einer übertriebenen Vorstellung von den Schwierigkeiten, die Griechenland bei der Räumung machen könne. Es sei vollkommen undenkbar, daß Griechenland, welches jedem Druck von der Seeseite vollkommen offen liege, versuchen sollte, eine gemein-

* Vgl. dazu Abschnitt B.

same Räumungsaufforderung der sechs Mächte zu ignorieren. Herr Veniselos müsse zur Beruhigung seiner eigenen Überpatrioten ein diplomatisches Scheingefecht führen, sei aber viel zu klug, um an ernstlichen Widerstand zu denken.

Ich habe nicht verfehlt, den österreichisch-italienischen Standpunkt mit allen verfügbaren Argumenten zu unterstützen.

Mein Eindruck ist, daß die vorstehend gegebenen englischen Ausführungen vollkommen bona fide[1] gemacht sind und keinerlei heimlichen Tendenzen entspringen, den Griechen durch eine Zaudertaktik Vorteile zuzuwenden. Man wird hier die beiden Mächte, wenn sie auf den Daten bestehen, voraussichtlich gewähren lassen, ihnen aber alle Ausschreitungen und Mißerfolge, zu welchen die Räumung führen kann, zu Lasten legen. Die hier als etwas starr angesehene Politik unserer beiden Verbündeten ruft eine gewisse Mißstimmung gegen Italien und Österreich hervor.

R. v. Kühlmann

Randbemerkung Staatssekretär von Jagows:
[1] Sind ja durchaus richtig.

Nr. 14014

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Leskowik, an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Rosenberg

Eigenhändiger Privatbrief

Leskowik, den 1. Dezember 1913
[pr. den 8. Dezember]

Die Franzosen haben gestern anscheinend die Instruktion bekommen, die Segel zu streichen — trotzdem haben sie heute den Versuch gemacht, einige Fetzen Land für ihre geliebten Griechen herauszuschlagen, fanden aber bei uns gar keine Gegenliebe. Wenn nun, wie zu erhoffen, die nächsten Tage den Befehl zum Abschluß auch von Wien und Rom bringen, dann werden wir mit Windeseile alles fertigmachen, was noch zu erledigen ist, und wenn alles gut geht, vielleicht schon am 9. von Quaranta abfahren.

Es ist beabsichtigt, die Abfassung des Schlußberichts und die Fertigstellung der Karten — ein recht respektables Kulturwerk unserer beiden Topographen! — nicht in dem greulichen Brindisi, sondern in Florenz* vorzunehmen. Wir haben wirklich ein wahres Bedürfnis nach einer anständigen und warmen Stube sowie nach einer vernünftigen Küche; in letzter Zeit, nachdem noch unser Koch krank geworden, war's wirklich übel mit der Verpflegung. Ich hoffe daher,

---

* Fußnote Thierrys: Dort die kartographische Anstalt.

zumal Florenz kaum einen Umweg bedeutet, dafür die Genehmigung voraussetzen zu dürfen.

Nun hat mich Herr Labia zu einer persönlichen Vorstellung bei San Giuliano aufgefordert, um mir dort wohl ein schönes Andenken zu holen — dieser Einladung würde ich ganz gern entsprechen, falls nicht von Berlin aus meine sofortige Rückkehr gewünscht wird. Darüber möchte ich mir Ihren Befehl erbitten und vorschlagen, mit der Absendung zu warten, bis ich telegraphisch Abfahrtstag und Station für Schlußarbeiten gemeldet habe. (Adresse dann wohl am besten poste restante oder Konsulat.) Falls wir am 11. in Florenz eintreffen, dürften wir dort etwa bis 16. oder 17. zu tun haben; wird mir dann der Abstecher nach Rom genehmigt, so könnte ich kaum vor dem 21. oder 22. in Berlin eintreffen. Hoffentlich kann ich dann noch meine Meldungen erstatten und zum Fest nach Karlsruhe zu meinen Verwandten fahren. Oder wünschen Sie mich gar erst nach den Feiertagen zu sehen? Mir persönlich wäre eines so lieb wie das andere, möchte nur gerne vorher Bescheid haben, um meine Dispositionen treffen zu können. Sehr erfreut wäre ich, wie schon einmal erwähnt, wenn es mir gestattet würde, dem Prinzen Wied meine Aufwartung zu machen, ich glaube, ihm manches Interessante erzählen zu können.

Einige Tage, nachdem ich meinen Hilferuf um Geld an Sie gerichtet, bekam ich es von Santi Quaranta und bin damit aller Sorgen behoben.

So herrlich schön die ganze Zeit war, so sehnt man sich doch jetzt nach dem Schluß wie im Kaisermanöver nach dem Signal „Einrücken". Hoffentlich kommt es recht bald!

Thierry
2. ältester Major der ganzen deutschen Armee

Nr. 14015

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 349 Athen, den 10. Dezember 1913

Betreffend südalbanische Abgrenzung sagt mir Veniselos, hiesige Regierung bewaffne dortige Bevölkerung nicht, verhindere aber auch Bewaffnung steht. Er lehne es ab, den Gendarmen für Italien zu spielen. Es seien bis jetzt 20 000 Grasgewehre von Bevölkerung für 80 000 Francs gekauft worden. Er habe alle Abgesandten aus dortiger Gegend vor Verantwortung bewaffneten Widerstandes gewarnt und gesagt, derselbe würde vielleicht dauernde Besetzung

dortiger Gegend durch Italien zur Folge haben. Leute hätten teilweise geantwortet, sie glaubten nicht an bewaffnete Intervention, großer Teil aber habe geäußert, italienische Herrschaft als zivilisierte Macht sei ihnen noch lieber wie Albanien. Viele junge Offiziere würden eventuell desertieren, um in Epirus zu kämpfen. Gerüchte, daß hochstehende Leute wie General Danglis dies tun wollten, seien falsch.

Quadt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift: Stimmt mit Meldung Prof. Dörpfelds, der eben aus Ithaka kommt. Ganz Südepirus ist entschloßen, Griechisch zu bleiben und nicht Albanisch zu werden.

Nr. 14016

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 689 London, den 9. Dezember 1913
[pr. 11. Dezember]

Graf Mensdorff hatte gestern mit Sir Edward Grey eine längere Unterredung über die südalbanische Grenzfrage. Sir Edward Grey teilte dem Botschafter zunächst mit, daß die Arbeiten der Kommission sehr befriedigende Fortschritte gemacht hätten und nur noch eine Verständigung über Einzelpunkte ausstehe. Der englische Delegierte beurteile die Situation so günstig, daß er bereits um Beurlaubung nach Abschluß der Arbeiten eingekommen sei. Bei der letzten Unterredung hatte die Frage Schwierigkeiten verursacht, durch welche Mittel nach Abzug der griechischen Truppen in den bisher von ihnen besetzten Grenzdistrikten Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden solle. Graf Berchtold hatte gestern der hiesigen österreichischen Botschaft neue Instruktionen geschickt, in denen er ausführte, daß bisher die albanische Bevölkerung sich im großen ganzen ruhig verhalten habe, und daß daher die an den Abzug der griechischen Truppen geknüpften Befürchtungen übertrieben sein dürften. Nach nochmaliger Ablehnung einer eventuellen internationalen Besetzung schlägt Graf Berchtold die Schaffung lokaler albanischer Milizen vor. Sir Edward Grey äußerte Zweifel, ob England im Falle einer internationalen Besetzung mitgehalten hätte, und nahm den Vorschlag, durch Bildung von lokalen Milizen die Ruhe aufrechtzuerhalten, günstig auf. Er versprach, darüber die Meinung des englischen Vertreters bei der Kontrollkommission einzuholen. Falls die Sache ausführbar sei, so halte er sie für einen sehr annehmbaren Ausweg aus der entstandenen Schwierigkeit.

Im Laufe des weiteren Gespräches kam der englische Minister,

wie mir Graf Mensdorff erzählt, auch auf die innerpolitischen Schwierigkeiten in Frankreich und Deutschland* zu sprechen und äußerte die Hoffnung, daß die übertriebenen Gerüchte, die von einem Teile der Presse an die Beratungen im Deutschen Reichstage geknüpft worden seien, sich als unbegründet erweisen möchten. Euer Exzellenz sei es gelungen, sich in ganz Europa und insbesondere in England ein hohes Maß von Vertrauen zu erwerben. Er, Grey, wünsche vom Standpunkte seines Ressorts aus aufs aufrichtigste, daß die Leitung der auswärtigen deutschen Geschäfte in den jetzigen bewährten Händen bleibe.

R. v. Kühlmann

Nr. 14017

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 351 — Athen, den 12. Dezember 1913
Streng geheim

Seine Majestät der König sprach mir heute sehr erregt und erbittert über die Arbeiten der albanischen Grenzkommission. Seine Majestät erwartet blutigen Widerstand der Bevölkerung. König bittet mich, nachstehenden Vorschlag Euerer Exzellenz zu übermitteln, und bittet, Deutschland möge sich dafür einsetzen, obwohl ich König gesagt habe, ich glaubte nicht, daß Deutschland sich darauf einlassen könnte, in dieser Frage führende Rolle zu übernehmen. König bittet aber dringend, daß Vorschlag irgendwie gemacht wird, und zwar in einer Weise, daß niemand erkennen kann, daß derselbe von Seiner Majestät oder von der griechischen Regierung kommt, da es schwer kompromittierend sowohl für Seine Majestät wie für die Regierung wirken würde, wenn hier bekannt wird, daß von maßgebender Seite auf so viel verzichtet wird. Nachstehend wörtlich der Vorschlag Seiner Majestät: „Da die Londoner Botschafterkonferenz schon beschlossen hat, daß Koriza und die Küste an Albanien kommen sollen, so würde jetzt der Kommission in Nordepirus aufzugeben sein, die Grenzlinie zu ziehen, und zwar auf solche Art, daß dieselbe in nicht allzu großer Entfernung von Koriza verläuft, die Küste von Kap Stylós anfangend zu Albanien schlägt und uns überläßt, was

* In Frankreich war am 2. Dezember das Kabinett Barthou gestürzt; in Deutschland bereitete die „Zabernaffäre“ große Schwierigkeiten, so daß vielfach im Zusammenhang mit der ungünstigen Aufnahme, die die Darlegungen Reichskanzler von Bethmann Hollwegs in den Interpellationsdebatten des Reichstags vom 3. und 4. Dezember fanden, von einer Kanzlerkrise gesprochen wurde.

ich jetzt mit meinen Truppen besetzt halte. Wenn es sehr gewünscht wird, könnte ja auch Argyókastron noch albanisch gerechnet werden, aber doch so, daß Délvinon und sein Tal, welches rein griechisch ist, uns verbleibt. Das ist eine allgemein gehaltene Linie, die in Details strategisch geändert werden könnte."

Seine Majestät der König führt bittere Beschwerde über die Haltung deutschen Delegierten bei der Grenzkommission. Derselbe habe sich nicht unparteiisch, sondern direkt griechenfeindlich benommen.

Seine Majestät spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß Deutschland sich in dieser für Griechenland so wichtigen Frage gar nicht für griechische Interessen eingesetzt habe, und sagt, durch dieses passive und feindliche Verhalten von Österreich und Italien würde ihm Anschluß an Dreibund unmöglich gemacht. Auch Veniselos sehe in dieser Kombination keinen Vorteil mehr, habe sich aber zu dem Gedanken bekehrt, daß Griechenland sich einer Kombination anschließen müsse, und neige deshalb zu Frankreich. König könne sich durch dynastische Beziehungen nicht beeinflussen lassen, da ihm daraus nur ein Vorwurf gemacht werden könnte.

Quadt

Nr. 14018

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Athen Grafen von Quadt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 188 — Berlin, den 12. Dezember 1913
Geheim

Auf Telegramm Nr. 351 *.

Habe Seine Majestät den König bereits hier aufmerksam gemacht, daß wir in südalbanischer Grenzfrage mit unseren Bundesgenossen gehen müßten und Griechenland nur zu raten sei, sich dem Beschluß der Mächte zu fügen **. Beschluß über Grenzlinie ist auf englischen Vorschlag mit Zustimmung aller Mächte gefaßt. Bedaure, daß wir uns jetzt nicht zum Vertreter anderweitigen Vorschlags machen können, welcher uns in direkten Widerspruch zu unseren Verbündeten bringen würde. Jedes Eintreten für griechische Interessen in Detailfragen ist uns durch Haltung griechischer Behörden und Einwohner sehr erschwert worden, welche Kommission von Anfang an Schwierigkeiten gemacht und dadurch allgemeine Stimmung gegen Griechenland gewandt haben. Selbst russischer und französischer Delegierter waren dieser

* Siehe Nr. 14017.
** Vgl. Nr. 13919 und Nr. 13920.

Ansicht. Einzelheiten sind Ew. pp. aus Mitteilungen bekannt. Kann auch jetzt Griechenland nur raten, mit Rücksicht auf andere größere Interessen in diesen relativ kleinen Fragen nachzugeben.

Jagow

Nr. 14019

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Argyrókastron, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 56 Argyrókastron, den 9. Dezember 1913
[pr. 12. Dezember]

Seit etwa acht bis zehn Tagen haben der französische und russische Delegierte anscheinend die Weisung zur Annahme der englischen Linie bekommen, aber doch haben sich dem Abschluß noch ernste Hindernisse in den Weg gestellt.

Anfängliche Verhandlungen zwischen dem Franzosen und Konsul Labia endigten am 4. Dezember mit einem völligen Bruch zwischen beiden Herrn. Der englische Delegierte, der durch seinen Vorschlag bei den Ententegenossen an Einfluß stark eingebüßt, konnte die Verhandlungen nicht wieder in Fluß bringen, und so fühlte ich mich verpflichtet, aus der mir aufgetragenen Reserve herauszutreten, um ein Scheitern der Kommission zu verhüten.

Es handelte sich eigentlich nur um die Forderung des Franzosen, daß die Kommission ihren Sitz hieher verlegen sollte, er halte diesen Schritt für nötig seiner und der griechischen Regierung gegenüber. Der italienische und österreichische Delegierte hielten diese Forderung für eine Falle und waren überzeugt, daß ihr das weitere Verlangen, die Arbeiten wiederaufzunehmen oder mindestens Abänderungsvorschläge für die Grenze unbedingt folgen würden.

Oberstleutnant Lallemand gab mir nun nach längerer Aussprache die bestimmte Versicherung, wenn seinem Vorschlage betreffs des Umzuges Folge geleistet würde, so sei er bereit, so schnell wie möglich die englische Linie in summa anzunehmen; er behalte sich nur vor, etwaige geographische Unnatürlichkeiten, wie sie sich bei dem mangelhaften Kartenmaterial leicht ergeben könnten, nach den Ergebnissen der Arbeit unserer Topographen zu beseitigen. Der letztere Vorbehalt schien mir nicht ganz ungerechtfertigt, denn tatsächlich durchquert die Greysche Linie an einigen Stellen in ungünstigster Weise Hänge und Täler, statt den Höhenlinien zu folgen.

Es gelang mir dann auch, den österreichischen und italienischen

Kollegen zu überzeugen, daß durch ein Entgegenkommen in bezug auf den Quartierwechsel unsere diplomatische Situation in keiner Weise beeinträchtigt werde, und so wurde denn die Einigkeit wiederhergestellt, was mich zu dem Telegramm vom 4. abends veranlaßte *.

Unsere auf heute festgesetzte Abreise mußte leider wieder zwei Tage verschoben werden, da noch eine Lücke in den topographischen Arbeiten auszufüllen ist. Ich rechne aber bestimmt, daß die morgige Sitzung den ersehnten Abschluß bringt.

Ich habe die Überzeugung, daß die für nötig erachteten Verschiebungen so geringfügiger Natur sind, daß sie keinerlei Diskussion hervorrufen, es scheint mir sogar, daß das jetzige Eingehen auf Details den Vorteil hat, daß sich die Entsendung einer technischen Kommission zur Festlegung der Grenze erübrigt. Meine beiden Dreibundkollegen, denen ich Kenntnis von dem Telegramm des Herrn Staatssekretärs vom 5. gegeben **, halten sich nach ihren letzten Instruktionen für berechtigt, diese kleine Reinigung der Linie vorzunehmen und somit werde auch ich keinen Einwand erheben.

Die letzten Tage haben uns noch einmal Gelegenheit gegeben, griechische Demonstrationen im größten Umfange genießen zu können. Obwohl wir unsere Absicht abzufahren erst am 5. Dezember unserem Begleiter und Quartiermacher Kapitän Melas vertraulich mitteilten, war am 6. nachmittags alles fertig für die große Komödie.

Unterwegs wurden die Autos mehrfach von bewaffneten Haufen, Frauen und Priestern in erster Linie, zum Halten gezwungen, und dann begann der gradezu unbeschreibliche Höllenlärm, bis es den mitgenommenen Gendarmen gelungen war, freie Bahn zu machen. Bei einer solchen Gelegenheit schoß eine alte Hexe in das Auto des Engländers, wie letzterer sagte „aus Versehen“ und gottlob ohne Treffer. Als wir uns schon bei Dunkelheit der Stadt näherten, wurde zu beiden Seiten der Straße ein lebhaftes Schützenfeuer in die Luft eröffnet, wohl um uns Respekt einzuflößen. In der Stadt, da, wo wir halten mußten, waren Tausende von anscheinend wahnsinnigen Menschen versammelt, die einen Lärm vollführten, für dessen Beschreibung mir die Worte fehlen. Erst nach zwanzig Minuten konnten wir die Wagen verlassen, jeder von einem Kreise von Gendarmen eingefaßt. Sonntag und Montag folgten dann Riesendemonstrationen und Umzüge. Die dazu erforderlichen Menschenmassen sind aus dem ganzen Epirus zusammengezogen. —

Hauptmann Grabau, der die Grenze bis Kap Stylós begangen und über Korfu—Santi Quaranta gestern hierher zurückgekehrt ist, hat mir folgendes gemeldet:

---

* Siehe Nr. 14 009.

** Wohl identisch mit 14 007.

Da er in Uniform war, wollte er sich dem Stadtkommandanten von Korfu vorstellen und bei dieser Gelegenheit um die Erlaubnis zur Besichtigung des Kastells bitten. Am 6. Dezember ging er in Begleitung eines Konsulatsbeamten in die Kommandantur und ließ sich und den Zweck seines Besuches durch eine Ordonnanz anmelden. Zunächst mußte er zehn Minuten unter allen möglichen Bittstellern warten, dann trat der Kommandant mit einem Offizier in die Türe, ohne aber von Hauptmann Grabau irgendwie Notiz zu nehmen. Nach einiger Zeit ließ er ihm durch einen Soldaten sagen, „er könne gehen", worauf Grabau ihm sagen ließ, er lege Wert darauf, persönlich mit dem Kommandanten zu sprechen. Dieser trat nun aufgeregt auf ihn zu, und als der Konsulatsbeamte seine Bitte nochmals vorbrachte, antwortete der Kommandant, „er hätte keine Veranlassung, einem Angehörigen der albanischen Grenzkommission einen Wunsch zu erfüllen". Als Hauptmann Grabau ihm entgegnen ließ, es sei doch eine ganz private Bitte, schrie er ihn vor etwa 30 anwesenden Personen in lautem Tone an, „dazu habe ihn seine Regierung nicht autorisiert, einem Herrn der Grenzkommission die Erlaubnis zur Besichtigung des Kastells zu geben und — er erlaube es nicht" *.

Euer Exzellenz bitte ich ganz gehorsamst, diese für Hauptmann Grabau in seiner Eigenschaft als Offizier und Mitglied der Kommission beleidigende Behandlung zur Kenntnis der griechischen Regierung zu bringen und die nötige Sühne zu fordern.

Der Name des Kommandanten ist mir leider nicht bekannt.

Thierry
Major

Nr. 14020

Der Delegierte zur südalbanischen Grenzkommission Major Thierry, z. Z. in Argyrókastron, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Argyrókastron, den 10. Dezember 1913
[pr. 12. Dezember]

Linie englischen Vorschlags ** angenommen. Kommission geht Florenz, Hotel Angleterre ***.

Thierry

* Fußnote Thierrys: Uns wurde im September die Erlaubnis von demselben Kommandanten anstandslos erteilt.

** Vgl. Nr. 13 990.

*** Am 19. Dezember beendete die südalbanische Grenzkommission in Florenz ihre Arbeiten. Am 21. sandte Major Thierry dem Auswärtigen Amt eine Anzahl gedruckter Sitzungsprotokolle über die insgesamt 15 Sitzungen der Grenz-

Nr. 14021

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 354 St. Petersburg, den 13. Dezember 1913

Herr Sasonow ist gegenwärtig besonders auch infolge des in seinem eigenen Hause erfolgten plötzlichen Todes seines Bruders sehr nervös. Es ist gewiß auch auf diesen Umstand zurückzuführen,

---

kommission („Procès-verbaux de la Commission Internationale pour la délimitation de la Frontière Méridionale Albanaise, Firenze 1913, 78 p.) ein. Im Anschluß daran erstattete Thierry Bericht über eine Audienz, die er mit seinem österreichischen Kollegen am 20. bei Marquis di San Giuliano gehabt hatte. Es heißt in dem Bericht unter anderem: „Seine Exzellenz sprach seine lebhafte Freude über die einmütige Haltung der Dreibunddelegierten und seine volle Anerkennung für das erreichte Ergebnis der Kommission aus. Sodann lenkte er das Gespräch auf die nächste Zukunft Südalbaniens und zeigte sich in bezug hierauf sehr sorgenvoll. Insbesondere ist er überzeugt, daß von seiten Griechenlands, wenn auch nicht in offizieller Weise, dem neuen Staate die denkbar größten Schwierigkeiten bereitet werden. — Seine Exzellenz bat uns dann um unsere Ansicht, wie wir uns den Übergang des strittigen Gebietes in die neuen Verhältnisse dächten. Ich betonte, daß ich die Auffassung meiner Regierung hierüber nicht kenne; rein persönlich hätte ich den Eindruck gewonnen, daß Albanien kaum in der Lage sei, die Verwaltung unter den schwierigen Verhältnissen selbst zu übernehmen und die Ordnung mit eigenen Kräften aufrechtzuerhalten. Der österreichische Delegierte sprach sich in ähnlichem Sinne aus, und ich hatte den Eindruck, daß der Herr Minister unsere Auffassung mehr oder minder teilt, aber doch nach einem anderen Ausweg sucht. Es wurde dann über die Aussichten einer Verlängerung der griechischen Okkupation gesprochen, wie sie von französischer Seite gewünscht und scheinbar auch von Herrn Labia vorgeschlagen; der Herr Minister schien mir aber diesem Gedanken nicht sehr hold zu sein. Endlich wurde die Möglichkeit einer Autonomieerklärung nach thrazischem Vorbild erwähnt. — Nach allem habe ich den Eindruck, daß man zunächst in der Konsulta für die zu fassenden Entschlüsse Zeit gewinnen will und daher wohl kaum auf dem Evakuierungstermin vom 1. Januar 1914 bestehen wird.“ In Berlin eingetroffen, erstattete Major Thierry dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 10. Januar 1914 einen längeren Schlußbericht über seine Mission, der indessen nichts wesentlich Neues mehr bietet. Im Auswärtigen Amt war man mit der Art, wie Major Thierry sich seiner Aufgaben entledigt hatte, sehr zufrieden. In einer Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs vom 16. Januar 1914 heißt es: Thierry habe „die ihm übertragene Aufgabe unter schwierigen Verhältnissen zur vollsten Zufriedenheit dieses Ressorts [der Politischen Abteilung] gelöst. Durch seinen Takt und seine Umsicht ist es ihm gelungen, zur Beilegung der mannigfachen Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kommission beizutragen, so daß es zu einem großen Teile sein Verdienst ist, wenn die Arbeiten der Kommission zu einem relativ schnellen und auch die Dreibundmächte vollauf befriedigenden Abschluß gelangt sind.“

daß der Minister offenbar gegenwärtig den auf ihn auch in seinem eigenen Ministerium einwirkenden Einflüssen gegenüber weniger Widerstandskraft zeigt als noch vor einigen Monaten. Vielleicht hat er auch das Gefühl, daß er den immerhin mächtigen Einflüssen der hiesigen Panslawisten und Nationalisten einige Zugeständnisse machen muß, um sich seine während der Balkankriege an der Sache der orthodoxen Glaubensbrüder begangenen Sünden vergeben zu lassen. Vielleicht erscheint auch der russischen Politik ein stärkeres Betonen des russischen Standpunktes in Balkanfragen jetzt als weniger gefährlich für den Frieden, wie es vor einigen Monaten gewesen wäre. Sicher ist, daß man sich im hiesigen Ministerium in der letzten Zeit nicht nur in der Frage der deutschen Militärmission in der Türkei *, sondern auch in anderen Fragen, wie zum Beispiel bei der Festsetzung der definitiven Grenzen von Albanien wenig konziliant zeigt. Der italienische Geschäftsträger ** hat in der letzten Zeit in dieser Angelegenheit wiederholt unerfreuliche Unterredungen mit Herrn Sasonow gehabt, bei denen sich der Minister in wenig verbindlicher Weise über die Politik der italienischen Regierung geäußert hat. Noch in der vorigen Woche hat der Minister dem Herrn Bordonaro von fortwährenden Petitionen gesprochen, die ihm von den Einwohnern von Koriza zugingen, und in denen dagegen protestiert werde, daß diese Stadt zu Albanien gehören solle [1]. Herr Sasonow hat dem Geschäftsträger gesagt, Rußland könne sich nach seiner nun einmal eingenommenen Stellung in dieser Frage nicht von den übrigen Mächten trennen, es müsse aber schon jetzt jede Verantwortung für die zweifellos binnen kurzem in jenen Gegenden bevorstehenden Metzeleien ablehnen und diese Verantwortung allein auf Italien schieben. Den Einwand des Herrn Bordonaro, daß die jetzige Grenzregulierung in Südalbanien auf der Basis eines von den Mächten angenommenen englischen Vorschlages stattfinde, wollte der Minister nicht gelten lassen, er blieb vielmehr dabei, daß Italien die Schuld an den mit Sicherheit zu erwartenden Verwickelungen in Südalbanien treffe [2].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] etwas wahres ist auch daran

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCXC.
** Bordonaro.

Nr. 14022

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Ausfertigung

Nr. 411 — Athen, den 12. Dezember 1913
Streng vertraulich — [pr. 18. Dezember]

Euer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage mit der gehorsamsten Bitte um ganz streng vertrauliche Behandlung Abschrift eines von Seiner Majestät König Konstantin am gestrigen Tage an mich gerichteten Briefes* zu überreichen. Über den in dem Brief enthaltenen Antrag betreffs Regelung der albanischen Grenzfrage habe ich bereits anderweitig berichtet**. Im übrigen wollen Euer Exzellenz dem Schreiben Seiner Majestät noch entnehmen, daß allerhöchstderselbe von den Entscheidungen, wie sie jetzt in der albanischen Grenzfrage gefallen sind, ernste Folgen erwartet. Seine Majestät richtete den Brief im Anschluß an eine zweistündige Audienz, welche allerhöchstderselbe mir gewährt hatte, an mich. Ich habe den König sehr erregt und sehr verstimmt gefunden. Merkwürdigerweise schien sich die Verstimmung Seiner Majestät ganz besonders auch gegen Deutschland zu richten. Von Italien und Österreich schien mir Seine Majestät nur Feindschaft erwartet zu haben, aber von Deutschland ein stärkeres Einsetzen für griechische Interessen. Ich habe natürlich alles aufgeboten, um Seine Majestät davon zu überzeugen, daß, wenn wir auch die wärmsten Sympathien für das griechische Königshaus sowie für Griechenland überhaupt haben, wir doch unmöglich in den Fragen der Balkanpolitik aktiv eingreifen und eine führende Rolle übernehmen könnten. Seine Majestät schien mir dies schließlich auch zugestehen zu wollen, betonte aber immer wieder, daß er nicht verstehen könne, daß wir in Wien und Rom nicht über mehr Einfluß verfügten, welcher es uns möglich machen würde, besser für griechische Interessen einzutreten. Seine Majestät betonte wiederholt, er werde durch die Art, wie er behandelt werde, mit Gewalt in die Arme der Tripelentente getrieben. Ob er wolle oder nicht, er werde eines Morgens aufwachen und werde finden, daß er mit Frankreich verbündet sei. Von dynastischen Beziehungen dürfe er sich nicht beeinflussen lassen, da ihm dies zum Vorwurf gemacht werden könnte. Auch Veniselos habe seine Anschauungen in letzter Zeit modifiziert. Der Ministerpräsident halte den Anschluß Griechenlands an eine starke Mächtegruppierung im Gegensatz zu seinen früheren Anschauungen

---

* Siehe Anlage.
** Vgl. Nr. 14 017.

für wünschenswert, glaube aber nach den gemachten Erfahrungen, daß Frankreich sich Griechenland nützlicher erweisen werde wie Deutschland. Im Zusammenhang hiermit möchte ich nicht unterlassen zu melden, daß auch mein italienischer Kollege mir sagt, er habe seit seiner Rückkehr vom Urlaub den bestimmten Eindruck, daß Veniselos auf einen engeren Anschluß an Frankreich hinarbeite. Graf Bosdari sagt mir, er habe alles getan, was ein Mensch nur tun könne, um sowohl in seinen Berichten wie auch mündlich auf den Marquis di San Giuliano einzuwirken, daß er endlich anfange, Griechenland ernst zu nehmen und aufhöre, den Weg zu einer Annäherung Griechenlands an den Dreibund zu versperren. Marquis di San Giuliano sei aber unverbesserlich und habe ihm, dem Grafen Bosdari, gesagt, das einzige Ergebnis der angeblichen griechischen Siege in den beiden letzten Kriegen sei, daß jetzt die Griechen allen Ernstes verlangen würden, daß man glaube, daß sie auch seinerzeit bei Marathon und Salamis gesiegt hätten.

Ich glaube, wenn wir in der Zukunft mit Griechenland als einem Faktor in einem möglichen europäischen Konflikt rechnen wollen und zu verhindern wünschen, es auf gegnerischer Seite zu sehen, müßten wir jetzt etwas für Griechenland tun. Vielleicht würde es sich doch ermöglichen lassen, daß wir, ohne eine führende Rolle zu übernehmen, in der albanischen Grenzfrage vermitteln. Eine Vermittlerrolle kann uns schließlich weder in Wien noch in Rom besonders verübelt werden, und in Griechenland würde es uns sehr hoch angerechnet werden, wenn wir uns, wenn es auch nur theoretisch wäre, für griechische Interessen betätigten.

Ich kann mir nicht denken, wie man ernstlich die Rolle Griechenlands mit seinen vielen Häfen und dem Kanal von Korfu in einem europäischen Konflikte unterschätzen kann, und ich fürchte, wenn wirklich Griechenland in das gegnerische Lager getrieben wird, man in spätern Zeiten tief bedauern könnte, nicht rechtzeitig sich die günstige geographische Lage Griechenlands zu Nutzen gemacht zu haben. Ich glaube, wenn ich in der Lage wäre, Seiner Majestät dem König und Herrn Veniselos davon Kenntnis zu geben, daß wir in Rom und in Wien mit Nachdruck, wenn auch nur mündlich, uns für Griechenland verwendet haben, dies allein schon nicht verfehlen wird, großen Eindruck zu machen. Aber, wie gesagt, etwas sollte jetzt geschehen, damit die leitenden Männer hier zu Lande den Eindruck gewinnen, daß wir sie nicht ganz verlassen haben, und daß wir nicht vollständig auf ihre Freundschaft verzichten und dieselbe zurückweisen.

Euer Exzellenz darf ich gehorsamst bitten, das Schreiben des Königs Konstantin streng geheim behandeln zu wollen, da es sowohl für Seine Majestät wie für die griechische Regierung äußerst unangenehme Folgen haben könnte, wenn die Äußerungen Seiner Majestät irgendwie bekannt würden. Ich brauche nicht besonders

hervorzuheben, daß in diesem Falle auch meine Stellung zu einer äußerst peinlichen werden würde.

A. Quadt

Anlage

Donnerstag abend (11. XII. 13.)

Das Arrangement, von dem ich heute morgen sprach, scheint mir folgendermaßen am gerechtesten auszufallen. Da die Londoner Botschafterkonferenz schon beschlossen hat, daß Koriza und die Küste an Albanien kommen sollen, so würde jetzt der Kommission in Nordepirus aufzugeben sein, die Grenzlinie zu ziehen, und zwar auf solche Art, daß dieselbe in nicht allzu großer Entfernung von Koriza verläuft die Küste von Kap Stylós anfangend zu Albanien schlägt und uns überläßt, was ich jetzt mit meinen Truppen besetzt halte. Wenn es sehr gewünscht wird, könnte ja auch Argyrókastron noch zu Albanien gerechnet werden, aber doch so, daß Délvinon und sein Tal, welches rein griechisch ist, uns verbleibt. Das ist eine allgemein gehaltene Linie, die in Details strategisch geändert werden könnte. Jedoch ich fürchte, dies alles kommt zu spät. Als Comble sehe ich eben, daß die Kommission in Florenz!! ihre Arbeiten zu Ende bringen soll!! Gott bewahre uns vor den Folgen dieser unerhörten, blutigen Ungerechtigkeit. Es scheint irgendein Abkommen zwischen Italien und England unterwegs zu sein, vielleicht auch mit Österreich, und England hat in dieser Frage katholischer sein wollen als der Papst.

Ich habe heute morgen vergessen, Ihnen noch etwas zu erzählen, was Ihnen meinen psychologischen Zustand noch klarer gemacht haben würde. Ich werde es bei der ersten Gelegenheit nachholen *.

(gez.) Konstantin, R.

---

* Nach einem Privatbriefe Graf Quadts an Staatssekretär von Jagow vom 15. Dezember bezog sich diese Anspielung König Konstantins auf eine Äußerung, die Großadmiral von Tirpitz zu dem griechischen Geschäftsträger Theotokis bezüglich des von der griechischen Regierung erstrebten Ankaufs eines deutschen Kriegsschiffs getan hatte. Nach Theotokis' Meldung hätte der Großadmiral gesagt, er werde doch nicht ein Schiff an Griechenland verkaufen, wenn er wisse, daß dessen Kanonen jeden Augenblick auf Deutschland gerichtet werden könnten. Diese Äußerung Tirpitz' hatte, wie Graf Quadt hervorhebt, den griechischen König ganz besonders verletzt.

Nr. 14 023

Der Delegierte zur nordalbanischen Grenzkommission Major von Laffert, z. Z. in Prisren, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 12 Prisren, den 9. Dezember 1913
[pr. 19. Dezember]

Eine Deputation Albaner des Bezirks Dibra ist bei der Kommission vorstellig geworden, daß die Serben fortwährend albanisches Gebiet beträten und die friedliche Arbeit der Bevölkerung störten. Sie bäten daher um eine baldige Festsetzung der Grenzen.

Da die Kommission gerade bei Dibra zu einer Einigung nicht gekommen ist, stellten die Delegierten der Majorität (Dreibund und England) folgenden Antrag*:

Jeder Delegierte möge an seine Regierung berichten, daß bei Dibra die Schaffung einer neutralen Zone angebracht wäre, solange die Grenze noch nicht festgesetzt sei. Diese neutrale Zone, die zwischen den von der Majorität und der Minorität gewählten Grenzen zu schaffen sei, dürfe von beiden Seiten nur ohne Waffen betreten werden.

Der Russe und der Franzose widersprachen diesem Antrage, weil er politischer Natur und daher indiskutabel wäre.

Darauf beschlossen die Delegierten der Majorität, allein an ihre Regierungen zu berichten.

Ich lege eine Skizze des Geländes bei Dibra bei.

Der Russe erklärte später gesprächsweise, daß man den Serben nicht das Recht nehmen dürfe, ihre Patrouillen nach Albanien hinein zu schicken. Diese Äußerung des sehr mit den Serben befreundeten Russen sowie die immer noch nicht erfolgte Demobilisierung der serbischen Grenztruppen lassen darauf schließen, daß die Serben

---

* Nach einem Erlaß des Stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann an Botschafter von Tschirschky vom 10. Dezember (Nr. 1741) wäre es der italienische Delegierte gewesen, der am 5. Dezember, unterstützt von seinen Dreibundkollegen, in der Grenzkommission den Antrag stellte, „den Mächten vorzuschlagen, solange die Grenze bei Dibra nicht fixiert sei, die Bildung einer neutralen Zone zu beschließen. Diese solle etwa zwei bis drei Kilometer breit sein und zwischen den von den Zweibunddelegierten und den anderen Kommissaren gewählten Grenzlinien liegen.“ Deutscherseits wurde diese Anregung in London, Paris und Petersburg befürwortet. Wie Botschafter Graf Pourtalès am 18. Dezember (Nr. 363) berichtete, fand auch Sasonow den Vorschlag des italienischen Delegierten praktisch und vernünftig, doch wollte er seine Zustimmung von dem Ergebnis eines mit den Kabinetten von Paris und London eingeleiteten Gedankenaustausches abhängig machen. Wie dieser Gedankenaustausch endete, ist aus den Akten nicht zu entnehmen.

immer noch Verwickelungen mit Albanien befürchten oder vielmehr wünschen, um Grenzberichtigungen in ihrem Sinne zu erlangen.

Die sehr schnelle Erledigung meines Zwischenfalles der Arretierung durch die Serben* hat mir die Glückwünsche meiner Kollegen des Dreibundes und Englands eingetragen, während der Russe und der Franzose mich seit dieser Zeit mit erfreulicher Kälte behandeln. Am vierten Tage nach dem Zwischenfalle hatte ich bereits das dortige Telegramm von der Entschuldigung des serbischen Ministerpräsidenten, während der italienische Delegierte wegen des ungleich schwereren Falles seines Konsuls noch bis heute ohne Nachricht ist.

Seit zwei Tagen fällt auch hier in der Ebene reichlich Schnee, so daß damit endgültig eine weitere Arbeit im Gelände ausgeschlossen ist. Die Kommission wird hier noch einige Fragen theoretisch erledigen und sich dann für dieses Jahr trennen**. Die Arbeiten werden wohl erst Ende April wiederaufgenommen werden können und dann noch etwa drei Monate dauern.

Ich beabsichtige, die Rückreise über Üsküb—Belgrad anzutreten und werde gegen den 20. Dezember in Berlin sein.

von Laffert
Major

Nr. 14 024

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 414 Athen, den 14. Dezember 1913

Wenn schon ein selbständiges Albanien gegründet werden mußte, so ist es begreiflich, daß die beiden Staaten, welche in erster Linie dort interessiert sind, auch wünschten, das Land möge lebensfähig sein. Man hat aber, glaube ich, in Wien und in Rom fälschlicherweise angenommen, damit das Land lebensfähig sei, müsse es eine möglichst große Anzahl von Quadratmeilen in sich begreifen. Dem wird der neue englische Vorschlag gerecht. Man hat aber wohl in London kaum gründlich erwogen, daß durch die neue Grenze, die man Albanien gab, auch der Keim der Zersetzung und blutiger Kriege dem Lande eingeimpft wurde. Griechischerseits hatte man sich so ziemlich mit der Abgrenzung des Südens von Albanien, wie dieselbe

* Vgl. Nr. 14 012.
** Die letzte Sitzung der Grenzkommission fand am 12. Dezember statt. Der Wiederzusammentritt erfolgte erst Anfang Mai 1914.

ursprünglich bekannt war, abgefunden, wenn man auch gegen zum Beispiel die Abtretung von Koriza noch protestierte. Der neue Gewaltakt* hat aber eine ungeheuere Erbitterung hier losgelöst, weil man den Grund dieses Vorgehens nicht erkennen kann. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß durch den neuen englischen Vorschlag eine sehr große Anzahl von Leuten, welche durchaus griechisch denken und fühlen und unbedingt daran festhalten, daß sie mit Griechenland vereinigt werden müssen, an Albanien kommen sollen. Die Angaben über die Zahl dieser Bevölkerung schwanken zwischen 120 und 130 000 Seelen. Ein großer Teil dieser Leute scheint fest entschlossen, sich der Angliederung an Albanien mit Waffengewalt energisch zu widersetzen. Damit aber beginnen die blutigen Unruhen in Albanien, und wer weiß, ob nicht durch diesen übeln Anfang das Herannahen des Endes schon vorbereitet wird.

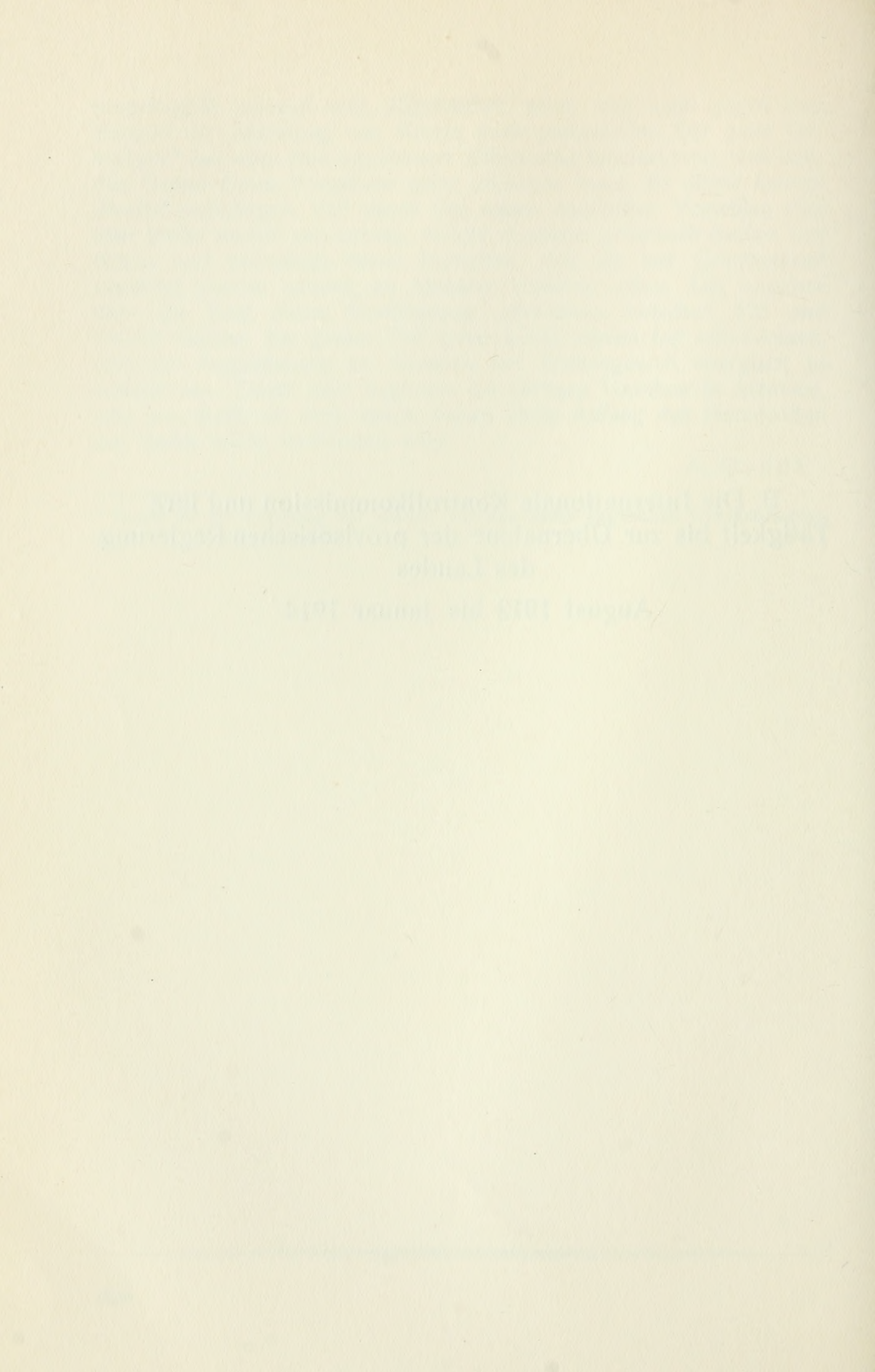
A. Quadt

---

* Damit ist die Einigung der Mächte auf den neuen englischen Grenzvorschlag (vgl. Nr. 13 990) gemeint.

B. Die Internationale Kontrollkommission und ihre Tätigkeit bis zur Übernahme der provisorischen Regierung des Landes

August 1913 bis Januar 1914



Nr. 14025

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, August 30, 1913

Sir Edward Goschen has been instructed by Sir Edward Grey to inform His Excellency Herr von Jagow that reports received from Vice Admiral Sir C. Burney* show that the task of the Commission of Admirals at Scutari is becoming increasingly difficult. In view of this fact and of the objections raised by some of the Powers to the extension of the jurisdiction of the Commission, Sir Edward Grey considers it imperative that the International Commission of Control should enter upon its duties as soon as possible. He therefore earnestly hopes that the German Representative on the Commission may be instructed to proceed to Scutari without undue delay**.

---

* Seit am 14. Mai 1913 internationale Truppendetachements unter dem Kommando des englischen Vizeadmirals Sir C. Burney das von den Montenegrinern geräumte Skutari besetzt hatten, wurde die gemeinschaftliche Verwaltung dieser Stadt durch die Kommandanten der Detachements unter dem Vorsitz des englischen Vizeadmirals geführt. Dieser „Admiralsrat" konnte indes bei seinem beschränkten Wirkungskreis zu einer ersprießlichen Tätigkeit nicht gelangen; obendrein wurde er durch die mangelnde Harmonie seiner Mitglieder — namentlich zwischen dem englischen Admiral und seinem österreichischen Kollegen Konteradmiral von Barry bestanden Mißhelligkeiten — gelähmt. Als daher um den 25. August die englische Regierung in Wien die Absicht kundgab, Sir C. Burney von Skutari abzuberufen, sobald die von der Londoner Botschafterreunion am 29. Juli endgültig beschlossene Einrichtung einer Internationalen Kontrollkommission für Albanien und einer von neutralen Offizieren zu organisierenden albanischen Gendarmerie ins Leben trete (vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 671, Anlage), begrüßte Graf Berchtold das mit Freuden. Wie er am 25. August dem k. und k. Botschafter in Rom mitteilte (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 418), beabsichtigte er der englischen Regierung zu antworten, daß auch er keinen weiteren Grund für das Belassen der Admirale in Skutari zu erblicken vermöge.

** Die englische Anregung veranlaßte das Berliner Kabinett sofort (1. September), einen Delegierten für die Internationale Kontrollkommission in der

Nr. 14026

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, September 1st 1913

As I told you last night, I quite agree with Sir Edward Grey that the International Commission of Control for Albania should enter upon its duties as soon as possible. Consul General Winckel, the German delegate*, is at present spending his holidays in Germany. I telegraphed to him to come at once to Berlin in order to receive instructions and to proceed without delay to Scutari. I hope he will be able to reach the place in the course of this week.

Jagow

Nr. 14027

Der österreich-ungarische Geschäftsträger in Berlin Freiherr von Flotow an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 2. September 1913

Graf Berchtold teilt mir mit, in Wien habe die englische Botschaft mittels Verbalnote den ehebaldigen Zusammentritt der Internationalen Kontrollkommission in Skutari vorgeschlagen. Der Minister habe antworten lassen, daß die Ernennung des österreichisch-ungarischen Delegierten für die Kommission unmittelbar bevorstünde, und daß die englische Botschaft von der erfolgten Wahl unverzüglich verständigt würde. Auf Grund der in der Frage mit Rom stattgehabten Besprechung enthalte die Antwort die Bemerkung, das Ministerium des Äußern könne nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht in der Lage sei, als Ort des Zusammentritts der Kommission Skutari — schon wegen der exzentrischen Lage dieser Stadt — ins Auge zu fassen. Daher erscheine es auf jeden Fall

---

Person des Generalkonsuls in Triest Winckel zu designieren. Als englisches Mitglied der Kontrollkommission war der deutschen Regierung durch Sir W. E. Goschen am 20. August der Generalkonsul in Saloniki Lamb annonciert worden. Von französischer Seite wurde der Konsul in Skutari Krajewski, von russischer der Konsul in Monastir Petriajew, von italienischer der frühere Konsul in Skutari Leoni designiert. Am längsten dauerte es bis zur Ernennung des österreich-ungarischen Vertreters; vgl. Nr. 14 041.

* Vgl. Nr. 14 025, Fußnote **.

nötig, daß die Frage der Wahl des Zusammenkunftsortes den Gegenstand eines Meinungsaustausches unter den Mächten bilde.

Flotow

Nr. 14028

Das designierte Mitglied der Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in München, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

München, den 6. September 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich nach Rücksprache mit dem hier wohnenden, kürzlich aus Albanien zurückgekehrten Kaiserlichen Vizekonsul Müller (früher in Triest) bezüglich des zukünftigen Sitzes der Internationalen Kommission für Albanien nachstehendes gehorsamst zur Kenntnis zu bringen.

Als Sitz der genannten Kommission dürfte aus verschiedenen Gründen vorläufig nur Skutari in Betracht kommen. Skutari wird nicht nur von den dortigen Bewohnern, sondern auch von dem albanischen Volke im großen und ganzen als Landeshauptstadt angesehen und kann sich auf die historische Tradition stützen, namentlich für den Fall, daß Jánnina griechisch wird und außer Betracht bleibt. Die für die Wünsche der Albaner wohl in erster Linie maßgebenden Leute, nämlich der römisch-katholische Erzbischof und der Erzabt, ferner die mohammedanische Bevölkerung Nordalbaniens, wünschen Skutari als Sitz der Regierung. Bei einer etwaigen Verlegung nach dem Süden (Valona oder Elbasan) würde große Unzufriedenheit entstehen, vielleicht auch ein Aufstand ausbrechen. Es kommt hinzu, daß in anderen Orten als Skutari kaum ein anständiges Unterkommen für die Kommission, die immerhin ein wenig zu repräsentieren haben wird, zu beschaffen sein würde. Auch könnte bei den bekannten unsicheren Verhältnissen die Kommission anderswo einem unerwünschten Druck ausgesetzt sein, während dies in Skutari durch den Schutz der internationalen Truppe einstweilen ausgeschlossen erscheint. In Elbasan zum Beispiel könnten unter Umständen Willkürakte skrupelloser Machthaber eintreten.

Gegen Skutari als Sitz der Kommission sollen in Albanien im wesentlichen nur einige Magnaten in den mittleren und südlichen Teilen des Landes sein, nämlich vor allen Essad Pascha Tirana und Ismail Kemal Bey in Valona. Diese Herren haben ihre Güter in der Nähe und suchen von da aus einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Es ist anzunehmen, daß die Kommission bei einem Sitze

in Mittelalbanien den Machinationen des anscheinend bestechlichen und intriganten Essad Pascha viel mehr ausgesetzt sein würde als in Skutari, und daß sie überhaupt dort größeren Schwierigkeiten begegnen würde.

Der Umstand, daß Skutari am Nordende und nicht in der Mitte des Landes liegt, kann bei genauerer Erwägung schwerlich von Bedeutung sein, denn abgesehen davon, daß nicht selten auch in größeren Ländern die Landeshauptstadt am Rande des Reiches liegt, wird die Kommission ja nicht sozusagen eigenhändig in die Details der Verwaltung eingreifen und zu diesem Zwecke die einzelnen Teile des Landes bereisen müssen, sondern eine Aufsicht über die von den Albanern selbst geführte Verwaltung ausüben.

Skutari ist auch das wirtschaftliche Zentrum. Zurzeit soll dort eine für Deutschland günstige Stimmung herrschen. Wenn es bekannt wird, daß Deutschland für die Verlegung des Sitzes von Skutari weg stimmt, dürfte, wie Herr Müller meint, diese für deutsche Interessen vorteilhafte Stimmung umschlagen. Die deutschen Handelsinteressen zu fördern, soll bisher den österreichisch-ungarischen Vertretern dort nicht sonderlich am Herzen gelegen haben.

Euerer Exzellenz erlaube ich mir hiernach gehorsamst anheimzustellen, gegebenenfalls für die Beibehaltung der Stadt Skutari als Sitz der Kommission wirken zu wollen.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen möchte ich meine Reise so einrichten, daß ich zunächst nach Skutari gehe, auch wenn ein anderer Platz bestimmt werden sollte. Dies empfiehlt sich schon aus dem Grunde, um zuvor mit dem Kaiserlichen Gesandten in Cetinje, Herrn von Eckardt, in Verbindung treten zu können.

Winckel

Nr. 14029

Der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept

Nr. 1320 Berlin, den 8. September 1913
[abgegangen am 9. September]

Die englische Regierung hatte seinerzeit angeregt, daß die Internationale Kontrollkommission für Albanien zunächst in Skutari zusammentreten sollte. Wie die österreichische Botschaft mir Anfang d. Mts. mitteilte, hat das Wiener Kabinett sich unter Hinweis auf die „exzentrische" Lage von Skutari im Einvernehmen mit der italienischen Regierung gegen diesen Vorschlag ausgesprochen und einen Mei-

nungsaustausch der Mächte über die Wahl des Zusammenkunftsortes befürwortet. Der deutsche Delegierte zur Kontrollkommission Generalkonsul Winckel, der sich von hier aus über München nach Triest begibt, glaubt dagegen nach dem hier abschriftlich beigefügten Bericht vom 6. d. Mts.* für die Beibehaltung der Stadt Skutari als vorläufigen Sitz der Kommission eintreten zu sollen. Ew. pp. ersuche ich ergebenst, den Inhalt des Berichts bei Graf Berchtold zu verwerten.

v. Stumm

Nr. 14 030

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept

Nr. 1328 — Berlin, den 10. September 1913
[abgegangen am 11. September]

In der abschriftlich anliegenden Notiz vom 8. d. Mts.** macht der englische Geschäftsträger im Auftrage seiner Regierung auf die Notwendigkeit des baldigen Zusammentritts der Internationalen Kontrollkommission für Albanien und der schleunigen Organisation der albanischen Gendarmerie aufmerksam. In Verbindung hiermit wird die Frage der Zurückziehung der internationalen Truppen von Skutari angeregt.

Wir würden es ebenso wie die englische Regierung begrüßen, wenn das gemischte Detachement aus Skutari bald zurückgezogen werden könnte, und möchten, um dies zu ermöglichen, auch unsererseits empfehlen, den Zusammentritt der Internationalen Kontrollkommission und die Organisation der Gendarmerie tunlichst zu beschleunigen.

Ew. pp. bitte ich, die Angelegenheit im vorstehenden Sinne mit Graf Berchtold zu besprechen und seine Auffassung festzustellen.

Jagow

Anlage

Berlin, September 8. 1913

Sir Edward Grey fears, upon the information which he has received, that there will be serious trouble in some parts of Albania, and

---

* Siehe Nr. 14 028.
** Siehe Anlage.

at any rate in the district round Scutari, unless some form of Government is soon set up.

The proposal to entend the use of the international forces in Scutari has been objected to, and His Majesty's Government have no interest in pressing for that: they are on the contrary anxious to withdraw the British Admiral and the Britsh force as soon as it can be done, in the opinion of the Powers, without inconvenience.

But it is essential, this being so, that the Commission of Control should get to Albania as soon as possible. His Majesty's Government are not specially concerned in the matter, but, as things seem to be drifting to a condition in which the Powers may be confronted with a very tiresome situation and serious internal troubles in Albania, Sir Edward Grey thinks that, in the general interest, the proceeding of the Commission of Control and the establishment of the gendarmerie ought to be expedited as much as possible. If the international forces are not to be of use for more than the bare occupation of Scutari itself, Sir E. Grey thinks there should be a more definite understanding as to when and how they are to be withdrawn.

Sir Edward Grey is ready to agree to any policy that is proposed by or commends itself to the other Powers.

Nr. 14 031

Der Chef des Admiralstabes der Marine Vizeadmiral von Heeringen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Ausfertigung

Nr. B 4474 I Berlin, den 10. September 1913

Der Chef der Mittelmeerdivision telegraphiert:

„Korvettenkapitän Biermann * meldet, daß die Internationale Kommission aufgelöst werden soll, sobald die Kontrollkommission in Albanien eingetroffen ist. Der älteste Detachementsführer soll vorläufig Kommandeur der Truppen in Skutari werden und Vorsitzender einer Kommission, die von den fünf Detachementsführern gebildet wird. Diese Kommission übernimmt die Verwaltung der Stadt.

Kommission beantragt Heraussendung eines Obersten nach Skutari als Kommandeur der Truppen. Dieser soll Vorsitz in der Kommission für Verwaltung der Stadt übernehmen und in der Kommission den Detachementsführer seiner Nation ersetzen.

---

* Deutscher Vertreter im „Admiralsrat“ von Skutari.

Habe erfahren, daß die Vertreter Englands und Italiens bei ihrer Regierung einen englischen Obersten vorschlagen. Österreich schlägt einen deutschen vor*."

Im Auftrage
Sichel

Randbemerkung des Vortragenden Rats von Rosenberg:
Admiralstab hat Seiner Majestät Meldung erstattet und wird uns benachrichtigen, sobald eine allerhöchste Meinungsäußerung vorliegt.

Rosenberg 12. IX.

Nr. 14 032

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 284 Wien, den 13. September 1913

Ich habe den Inhalt des Briefes des Generalkonsuls Winckel betreffend die Wahl des Zusammenkunftsortes für die albanische Internationale Kontrollkommission** bei Graf Berchtold verwertet. Derselbe sagte mir, man könne sich diesseits deshalb nicht mit der Wahl Skutaris befreunden, weil die englische Regierung bei ihrem Vorschlage den Gedanken zu verfolgen scheine, gleichsam die Funktionen des Admiralsrates auf die Kontrollkommission übergehen zu lassen. Da damit die Kontrollkommission eine Art Regierungscharakter erhalte, wolle man dies hier gern vermeiden. Ferner hält Graf Berchtold die Wahl Valonas deshalb für praktischer, weil daselbst der Sitz der provisorischen Regierung*** sich befindet, und er sich aus diesem Grunde ein nützlicheres Arbeiten der Kommission verspricht, als wenn Kommission und Regierung örtlich getrennt seien.

W. Prz. Stolberg

---

* Das obige Schriftstück wurde am 17. September mittels Erlaß Nr. 1351 dem Geschäftsträger Prinzen zu Stolberg mit der Weisung mitgeteilt, dem Grafen Berchtold gegenüber durchblicken zu lassen, „daß uns die Entsendung eines deutschen Obersten nach Skutari zwecks Übernahme des Kommandos über die dortigen Truppen wenig erwünscht sein würde". Für den Fall, daß das Wiener Kabinett gegen die Wahl eines englischen Befehlshabers Bedenken hegen sollte, schlug Staatssekretär von Jagow vor, daß Kommando und Vorsitz abwechselnd dem österreichischen und italienischen Vertreter übertragen werden sollten. Das Kommando übernahm dann Ende Oktober der englische Oberst Philips.

** Siehe Nr. 14 028.

*** An ihrer Spitze stand seit Ende November 1912 Ismail Kemal Bey.

Nr. 14 033

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 285 Wien, den 14. September 1913

Die hiesige Regierung teilt im Prinzip völlig unseren Standpunkt, betreffend die baldige Zurückziehung des gemischten Detachements aus Skutari sowie die Beschleunigung des Zusammentritts der Internationalen Kontrollkommission und der Gendarmerieorganisation, und ist dieserhalb bereits mit der italienischen Regierung in einen Gedankenaustausch eingetreten. Nach hiesiger Ansicht ist aber vor allem zunächst die Frage des Versammlungsortes der Kommission zu regeln. Ferner hat man hier Schwierigkeiten bei der Wahl des Kommissars gehabt und erst jetzt eine geeignete Persönlichkeit gefunden. Es ist dies ein in Ägypten stationierter Konsul *, der erst etwa Ende der nächsten Woche hier eintreffen kann, um seine Instruktionen zu empfangen.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 034

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 287 Wien, den 18. September 1913

Als ich Baron Macchio gegenüber heute nochmals die Frage der Zurückziehung der gemischten Detachements aus Skutari sowie des Zusammentritts der Kontrollkommisson und der Gendarmerieorganisation berührte, sagte mir derselbe, England schiene geglaubt zu haben, Österreich-Ungarn wolle diese Angelegenheit absichtlich verzögern. Er habe daher dem hiesigen englischen Vertreter den diesseitigen Standpunkt nochmals auseinandergesetzt (vgl. Bericht vom 13. und 14. September d. Js. Nr. 284 und 285 **) und hoffe, daß man in London dies verstehen werde.

Übrigens bereite das Ministerium des Äußern im Einvernehmen mit Italien eine Note an die Großmächte vor, durch welche die Frage

* Es war der Generalkonsul in Alexandrien Petrović. Die Ernennung erfolgte am 26. September; vgl. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 442.

** Siehe Nr. 14 032 und Nr. 14 033.

der baldigen Organisierung einer albanischen Gendarmerie durch holländische Offiziere aufs neue in Fluß gebracht werden solle*. Diese Frage sei bekanntlich durch den kürzlichen Ministerwechsel im Haag ins Stocken geraten.

Baron Macchio erwähnte noch, daß man hier die baldige Auflösung des Admiralrats in Skutari nicht ungern sehen werde, zumal da das Verhalten des englischen Admirals Burney nicht immer ganz einwandsfrei gewesen sei.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 035

Note

Vom englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht **

Berlin, September 23, 1913

His Majesty's Government considers that everything points to an increasing instability in Albania which must eventually lead to serious troubles in Albania itself and to complications on the frontier and may at any moment precipitate them. No steps whatever are being taken to improve matters. There are signs that the local authorities are being disintegrated and the Commission, whose function was to advise the Powers and, pending the establishment of a definitive Government, to exercise control over the native authorities (as agreed in Section 7 of the formula adopted at the Ambassadors' Meeting held on July 29***), is unable to get to work owing to the fact that the Austrian member of it has not yet been appointed; at the same time objection is raised to any extended use of the Admirals and of the International force at Scutari. In these circumstances the posi-

---

* Für die Organisation der albanischen Gendarmerie, die durch Beschluß der Londoner Botschafterreunion vom 29. Juli angeordnet war, waren ursprünglich schwedische Instrukteure vorgesehen worden. Nachdem aber die schwedische Regierung abgelehnt hatte, waren die Mächte an die niederländische Regierung herangetreten, die auch im Prinzip zusagte (vgl. dazu das Zirkulartelegramm Graf Berchtolds vom 22. September, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 438 f.). Doch dauerte es, wie es scheint, infolge der am 25. August nach langen Verhandlungen zustande gekommenen Neubildung der Regierung im Haag, trotz wiederholten Drängens namentlich von österreichischer Seite noch bis zum letzten Drittel des Oktobers, ehe die Designierung der holländischen Offiziere erfolgte. Vgl. Nr. 14 064.

** Eine im wesentlichen gleichlautende Note wurde am 23. September auch in Paris überreicht; siehe deren Wortlaut im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques 1912—1914, III, 47 s.

*** Vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV.

tion of the latter is scarcely a dignified one; they are kept inactive and no preparation is being made to enable them to hand over their limited functions to any other authority. His Majesty's Government stated some time ago that they could not keep Admiral Burney at Scutari indefinitely, and they will feel obliged to withdraw the Admiral and the whole of the British force without further delay unless there is some prospect of progress being made with the Commissioners.

Lord Granville has been instructed by Sir Edward Grey to represent to His Excellency Herr von Jagow the serious view which His Majesty's Government take of the situation and to point out that if the Commissioners were on the spot they would be able to communicate with the Albanian local authorities and to stimulate, control and advise them. At present there is no one who can even communicate with the local authorities and it does not seem fair to the Admirals and the International force at Scutari to keep them there as spectators of the increasing trouble which they are not permitted to prevent even in the neighbourhood of Scutari and for which their protection can be no remedy. Such at any rate is the view taken by His Majesty's Government as regards Admiral Burney and the British force at Scutari.

Nr. 14 036

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 297 Wien, den 25. September 1913

Die hiesige englische Botschaft hat im Hinblick auf die ungeordneten Verhältnisse in Albanien vor einiger Zeit bei dem hiesigen Ministerium des Äußern angeregt, die Arbeiten der Kontrollkommission, die Einrichtung der Gendarmerie und die Zurückziehung der internationalen Detachements aus Skutari möglichst zu beschleunigen.

Graf Berchtold übergab mir gestern Abschriften der englischen Note sowie der darauf ergangenen Antwort vom gestrigen Tage, und ich beehre mich, Euerer Exzellenz diese Schriftstücke beifolgend einzureichen*. Wie aus der österreichischen Note hervorgeht, tritt die hiesige Regierung nun doch für die vorläufige Belassung der internationalen Detachements in Skutari ein.

W. Prz. Stolberg

---

* Siehe die österreichische Note in der Anlage; die voraufgehende englische Note ist im wesentlichen identisch mit der in Berlin am 8. September überreichten (siehe Nr. 14 030, Anlage).

Anlage

Wien, 24. September 1913

Das k. und k. Ministerium des Äußern hat nicht verfehlt, die in der geschätzten Note vom 8. d. Mts. aufgeworfenen Fragen einem eingehenden Studium zu unterziehen, dessen Ergebnis es sich hiemit zur Kenntnis der königlich großbritannischen Botschaft zu bringen erlaubt.

Was die Informationen anlangt, welche dem Kabinette von Saint James über angebliche Unruhen in Albanien zugekommen sind, so möchte das k. und k. Ministerium des Äußern vor allem darauf hinweisen, daß im Innern Albaniens — soweit dasselbe von fremden Truppen geräumt wurde* — Ruhe herrscht und daß sich die einzelnen Vorfälle, auf die sich die oberwähnten Nachrichten offenbar beziehen, lediglich im Grenzgebiet abgespielt haben.

Die Ursachen dieser letzteren Erscheinung sind nun einerseits in der beklagenswerten Tatsache zu suchen, daß auf der Londoner Reunion im Gegensatze zu den Anträgen der k. und k. Regierung einige rein albanische Gebiete, wie zum Beispiel Hoti, Gruda und Diakowa, von dem Stammlande getrennt wurden, andererseits darin zu erblicken, daß die noch immer nicht erfolgte Räumung Albaniens durch die serbischen Truppen die Bevölkerung beunruhigt. Die endliche volle Durchführung des Londoner Evakuierungsbeschlusses durch die Belgrader Regierung erscheint daher als die dringlichste unter den in Betracht zu ziehenden Maßnahmen.

Dazu kommt noch, daß in den Grenzgebieten noch sehr primitive Zustände herrschen. Das Kulturniveau der katholischen und mohammedanischen Malissorenstämme bleibt eben noch weit hinter jenem der übrigen Albanesen zurück. Diesem Übelstande kann aber wohl kaum durch die eine oder andere Maßregel, sondern nur durch ein langjähriges konsequentes Zusammenwirken der künftigen albanischen Regierung mit der Internationalen Kontrollkommission und Gendarmerie abgeholfen werden.

Das k. und k. Ministerium des Äußern ist weiters der Ansicht, daß die unverzügliche Aktivierung der Gendarmerie, und zwar in der von der Londoner Reunion beschlossenen Form notwendig erscheint, nachdem die Schaffung eines solchen Sicherheitsdienstes die unumgängliche Voraussetzung dafür bildet, daß die der Überwachung durch die Internationale Kontrollkommission unterstellten einheimischen Behörden ihre Aufgabe voll erfüllen. Die k. und k. Regierung wäre daher, falls die anderen Mächte dem zustimmen sollten, bereit, den k. und k. Gesandten im Haag anzuweisen, die Entschließung der Königlich

---

* Über die serbischen Truppen in Albanien und den österreichisch-serbischen Konflikt vgl. Kap. CCLXXX.

Niederländischen Regierung hinsichtlich der Beistellung der nötigen Instruktoren zu urgieren.

Was die Frage nach dem Zeitpunkte und dem Modus der Zurückziehung der internationalen Detachements aus Skutari betrifft, so erlaubt sich das k. und k. Ministerium des Äußern seine gegenständliche Auffassung wie folgt zu resümieren.

Es ist noch immer nicht ausgeschlossen, daß Montenegro, welches seine Aspirationen auf Skutari keineswegs aufgegeben habe, den Versuch machen könnte, die Stadt wieder anzugreifen, was unleugbar zu unerwünschten Komplikationen führen müßte. Die internationalen Detachements würden nun zwar ihrer Zahl nach kaum genügen, um einem montenegrinischen Angriffe Widerstand zu leisten. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß es Montenegro wagen könnte, einen Kampf gegen die Truppen der Großmächte aufzunehmen. Den Schutz Skutaris gegen eine montenegrinische Aggression der albanischen Gendarmerie anzuvertrauen, würde aber nach Ansicht militärischer Fachmänner einen Stand dieser Truppe von mindestens 20 000 Mann erheischen, was um so weniger durchführbar erscheint, als die Gendarmerie doch vor allem dazu berufen sein wird, für die innere Sicherheit im Lande zu sorgen. Sobald aber Skutari nur durch eine albanische Gendarmerie oder Miliz von ungenügender Stärke geschützt wäre, erscheint ein montenegrinischer Angriff sehr wahrscheinlich und wäre bei der kaum zu bezweifelnden Tatsache seines Erfolges die Skutarifrage von neuem aufgerollt. Unter diesen Umständen hält die k. und k. Regierung die Belassung der internationalen Detachements in Skutari so lange für unumgänglich, bis

1. der Fürst von Albanien eingesetzt und die Landesverwaltung definitiv eingerichtet sein wird, und
2. das albanische Staatswesen in der Lage sein wird, durch die Organisation seiner Wehrmacht und Gendarmerie für die Verteidigung seiner Grenzen gegen äußere Feinde selbst zu sorgen.

Die vorläufige Belassung der internationalen Detachements in Skutari* erleichtert die eventuelle Einstellung der Funktionen des

---

* Für die vorläufige Belassung der internationalen Detachements in Skutari setzten sich auch Rußland und Frankreich ein, und zwar wesentlich aus dem Gesichtspunkt, um das etwaige Verbleiben österreichischer und italienischer Abteilungen in Albanien unmöglich zu machen. Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 27. September, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 291. Allerdings beließ die französische Regierung ihre Truppenabteilungen nur ungern in Albanien, da sie besorgte, in die serbisch-albanischen Wirren hineingezogen zu werden; sie wurde aber umgestimmt durch die Vorstellungen des russischen Alliierten, der eben damals die Entsendung eines Kriegsschiffes an die albanische Küste anbot. Vgl. das Telegramm Sewastopulos an Neratow vom 9. Oktober und den Brief vom gleichen Tage (a.a.O., III, 304, 307 f.). Später tauchte der Vorschlag auf, je ein russisches, französisches und englisches Kriegsschiff zu entsen-

Admiralsrates. Dieselben würden nach hierämtlichem Dafürhalten, soweit sie rein militärischer Natur sind, an die Detachementskommandanten unter dem Vorsitze des Rangältesten übergehen, während die bisher vom Admiralsrate ausgeübten administrativen Agenden in die Kompetenz der provisorischen Regierung von Valona fallen würden. Die von letzterer eingesetzte Stadtverwaltung würde als einheimische Behörde natürlich der Überwachung der Internationalen Kontrollkommission unterstehen, und so auch für Skutari der den Londoner Beschlüssen entsprechende Zustand hergestellt werden.

Was endlich den Zusammentritt der Kontrollkommission betrifft, so steht die Ernennung des österreichisch-ungarischen Mitgliedes unmittelbar bevor und wird dessen Entsendung erfolgen, sobald die obenerwähnten dringendsten Maßnahmen getroffen und die bestehenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Sitzes dieser Kommission ausgeglichen sein werden. Wenn die k. und k. Regierung nach wie vor daran festhält, daß die Kommission in Valona zusammentrete, glaubt sie sich hierin in Übereinstimmung mit den Londoner Beschlüssen zu befinden, welche der Kommission die Aufgabe zuweisen, die Tätigkeit der autorités indigènes existantes zu überwachen, deren vorzüglichster Standort sich eben in Valona befindet*. Es schließt dies natürlich nicht aus, daß die Kommission späterhin einen Beschluß über ihren künftigen Sitz fasse.

Nr. 14 037

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 299 Wien, den 25. September 1913

Als Graf Berchtold mir gegenüber auf die Notwendigkeit hinwies, dem neuen Staate Albanien möglichst bald einen Fürsten zu geben, fragte ich ihn, in welchem Stadium sich denn die albanische Thronfrage augenblicklich befände. Der Minister erwiderte mir, Österreich-Ungarn und Italien seien sich ja über die Persönlichkeit des Prinzen Wilhelm zu Wied** einig, und es scheine kaum wahrscheinlich, daß

---

den, doch wiegelten Sir E. Grey und Pichon ab, ersterer mit dem bezeichnenden Argument, daß Österreich und Italien, wenn sie in Albanien unter vier Augen blieben, dann um so eher aneinandergeraten würden. Geheimtelegramme Iswolskys an Sasonow vom 4. und 13. November (a. a. O., III, 326 f., 339).

* Über die Stellungnahme der englischen und der französischen Regierung zu der Frage des Sitzes der Kontrollkommission orientiert die dem englischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie am 24. September überreichte französische Note; vgl. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 50.

** Von dem Prinzen Wied als Kandidaten für den künftigen albanischen Thron ist bereits seit Anfang Januar 1913 in den Akten die Rede. Wie Botschafter von

irgendeine andere Macht gegen diese Wahl Einspruch erheben werde. Es sei nun Sache des Prinzen, sich definitiv zu entscheiden, ob er die Wahl annehmen wolle oder nicht. Bedauerlicherweise sei dies nicht schon längst geschehen, und er befürchte, daß auch noch einige Zeit darüber hingehen werde, da der Prinz sich erst nach Rumänien begeben wolle, um mit König Karol die Angelegenheit zu beraten; darauf sehe man seinem Besuche hier in Wien entgegen. Inzwischen aber könnten die Verhältnisse in Albanien eine Gestalt angenommen haben, für deren Verhinderung die Anwesenheit eines Fürsten von

---

Tschirschky am 10. Januar 1913 (Nr. 19) berichtete, wäre ein augenblicklich in Wien weilender albanesischer Notabler Fazil Pascha mit dem Gedanken einer Kandidatur des nahe mit dem rumänischen Königshause verwandten Prinzen Wied an die rumänische Gesandtschaft in Wien herangetreten. Die Kandidatur des Prinzen, der dem Gedanken selbst erst sehr unschlüssig gegenüberstand (vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 654), fand den Beifall des Königs Karol von Rumänien, der sich in steigendem Maße für sie einsetzte. Am 1. Juli telegraphierte der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt (Nr. 155): „Nach meinen Nachrichten sollen Österreich und Italien die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied für Albanien stützen und Fonds dazu beschaffen wollen. Seine Majestät der König von Rumänien ist dafür, daß der Prinz unter günstigen Bedingungen annehme. Seine Wahl würde auch den Interessen der unter albanische Herrschaft gelangenden Mazedo-Rumänen entsprechen.“ Österreich-Ungarn und Italien hätten von Haus aus anderen Kandidaten den Vorzug gegeben, ersteres dem Prinzen Moritz zu Schaumburg-Lippe oder dem Herzog von Urach (vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXVII, Nr. 12 554), letzteres dem Prinzen Fuad von Ägypten. Schließlich einigte man sich aber, da Österreich-Ungarn keinen Muhamedaner, Italien im Einverständnis mit Rußland keinen Katholiken auf dem albanischen Thron sehen wollte, auf den protestantischen Prinzen zu Wied, nicht ohne daß man in Rom nachträglich wieder das Bedenken erhob, ob auch die Mächte der Tripelentente mit der Wahl eines deutschen Prinzen einverstanden sein würden. Die deutsche Regierung hielt sich in dieser Frage ganz zurück. Einer albanischen Sondermission, die am 30. Mai im Auswärtigen Amt in Berlin vorsprach, sagte Unterstaatssekretär Zimmermann, daß die deutsche Regierung in der Behandlung albanischer Fragen den Dreibundgenossen den Vortritt überlasse und so auch nur denjenigen Kandidaten unterstützen könne, über den sich Wien und Rom einigten. Zimmermann an den bayerischen Minister des Äußern Freiherrn von Hertling, 31. Mai 1913. Im gleichen Sinne äußerten sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Jagow am 4. Juli 1913 gegenüber Marquis di San Giuliano in Kiel. Vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 650. Dem Prinzen Wied selbst, der als Rittmeister im 3. Garde-Ulanenregiment in Potsdam diente, sagte Staatssekretär von Jagow am 10. Juli 1913 (vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 654), „daß wir uns in die Frage der Fürstenwahl nicht einmischen wollten, daß ich ihm weder ab- noch zureden könnte“. Kaiser Wilhelm II. war von Anfang an gegen die Kandidatur des Prinzen Wied eingenommen. Zu dem Bericht des Botschafters von Tschirschky vom 10. Januar 1913, der zum ersten Male den Prinzen als eventuellen Kandidaten erwähnte, bemerkte der Kaiser: „Lieber nicht.“ Zu einem Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 18. September 1913, nach dem sich Österreich-Ungarn und Italien definitiv für den Prinzen zu Wied entschieden hätten, fügte er gar die scharfe Bemerkung: „Ich habe es ihm verboten. Er kriegt meine Erlaubnis nicht.“

größter Bedeutung gewesen wäre. Denn die Rückkehr zu einigermaßen geordneten Verhältnissen sei nur dann zu erwarten, wenn eine einzelne Persönlichkeit an der Spitze des Landes stehe, die von den Albanesen als ihr rechtmäßiger Herrscher anerkannt werde.

Ich bemerkte dem Minister im Laufe des Gespräches, es scheine nicht ganz ausgeschlossen, daß sich Prinz Fuad Pascha doch noch mit dem Gedanken an seine Kandidatur trage. Graf Berchtold hatte in letzter Zeit hierüber keine Nachrichten und meinte, daß dieser Prinz wohl wenig Aussicht haben würde, da die Albanesen ja keinen Muselmann zum Fürsten haben wollten. Außerdem scheine er nach allem, was er über ihn höre, durchaus keine geeignete Persönlichkeit zu sein.

Übrigens erzählt mir ein Bekannter, der den Prinzen Fuad Pascha neulich getroffen hat, dieser habe sich dahin geäußert, daß die Kandidatur des Prinzen zu Wied abgetan sei.

Erwähnen möchte ich noch, daß, wie mir Baron Macchio sagt, Herr Dumaine neulich bei Berührung der albanischen Thronkandidatenfrage plötzlich den Prinzen Victor Napoléon in den höchsten Tönen gelobt und dessen vorzügliche Eigenschaften lebhaft gepriesen hat. Baron Macchio hatte den Eindruck einer Sondierung, wenn er sich auch nicht denken kann, daß man an amtlicher Stelle in Paris diese Kandidatur begünstigt.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 038

*Der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Konzept

Nr. 1395 Berlin, den 30. September 1913

Der englische Geschäftsträger hat hier die in Abschrift beigefügte Aufzeichnung** betreffend die albanische Kontrollkommission mit dem Bemerken überreicht, daß das englische Kommissionsmitglied heute nach Valona abreist.

Ew. pp. wollen die Stellungnahme der dortigen Regierung zu den in der Anlage enthaltenen Vorschlägen feststellen und über das Ergebnis berichten.

Stumm

---

* Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 1225 nach Rom.

** Siehe Anlage. Das gleiche Aide-mémoire war bereits am 28. September in Paris überreicht worden. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 53.

Anlage

Berlin, September 28, 1913

His Majesty's Government have received from the Russian Government the following proposals:

1. That the Commission of Control should proceed to Albania within the next fortnight and relieve the Admirals of their duties at Scutari;

2. That, in view of the objections raised by certain Powers against Scutari as a meeting-place, the Commission should assemble at Vallona;

3. That the Commission should be charged with the elaboration of a programme of proceedings or further labours after they have conducted the necessary enquiries on the spot.

Lord Granville has been informed by Sir Edward Grey that His Majesty's Government are quite ready to agree to these proposals and hope that they will be generally accepted.

Nr. 14 039

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 331 — Berlin, den 30. September 1913

England vorschlägt schleuniges Zusammentreten albanischer Kontrollkommission in Valona. Drahtbericht, wann österreichisches Mitglied eintrifft.

Jagow

Nr. 14 040

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 202 — Rom, den 29. September 1913
[pr. 2. Oktober]

Auch der hiesige englische Geschäftsträger* hat eine gleichlautende Notiz betreffend Zurückziehung des englischen Detachements aus Skutari überreicht. Marquis di San Giuliano hat dringend gebeten, das Detachement so lange in Skutari zu lassen, bis die Kon-

* H. G. Dering.

trollkommission, deren österreichisches Mitglied ja jetzt auch ernannt worden sei, sich in ihre Tätigkeit eingelebt habe. Der Minister sagte mir, daß die Kommission sich zunächst nach Valona und dann nach dem Norden begeben würde. Die Möglichkeit eines Abbröckelns der Detachements der nicht direkt interessierten Mächte ist dem Minister äußerst peinlich, da sie das Schreckgespenst eines tête-à-tête mit Österreich heraufbeschwört. Sowieso hat es schon Reibungen zwischen Österreichern und Italienern in Skutari gegeben.

v. Hindenburg

Nr. 14 041

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 303 — Wien, den 1. Oktober 1913
[pr. 2. Oktober]

Sektionschef Graf Forgách beklagte sich mir gegenüber darüber, daß die englische Regierung immer noch anzunehmen scheine, Österreich-Ungarn wolle den Zusammentritt der albanischen Kontrollkommission absichtlich verzögern. Dies sei in keiner Weise der Fall, und die Ernennung des österreichisch-ungarischen Kommissionsmitgliedes habe sich nur deshalb in die Länge gezogen, weil man bei der Auswahl desselben auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen sei. Der nunmehr für diese Funktion ernannte Generalkonsul Petrović in Alexandrien werde sich so bald wie möglich zu der Kommission begeben, und es sei anzunehmen, daß er einige Tage nach dem 15. Oktober, welches Datum Österreich-Ungarn kürzlich für den Zusammentritt vorgeschlagen habe, am Platze sein werde.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 042

Der Marineattaché in Wien Korvettenkapitän von Freyberg an den Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral von Tirpitz

Abschrift

Nr. 323 — Wien, den 29. September 1913
Geheim — [pr. 2. Oktober]

Der Admiralsrat in Skutari

Durch die Presse ging vor kurzem die Notiz, daß im Admiralsrat zu Skutari die Vertreter Österreichs und Italiens bei einer Sitzung

hart aneinander gekommen seien. Das gespannte Verhältnis soll, wie ich in der Marinesektion erfahre, auf folgende Begebenheit zurückzuführen sein.

Eine Brücke über den Drin sollte repariert werden, und der Admiralsrat kam dahin überein, diese Arbeit einer italienischen Gesellschaft (societa del Oriente?) zu übergeben, wobei ein Kostenanschlag von zirka 40 000 Kr. gleich 34 000 M. für die Reparatur gemacht wurde. Auch der Vertreter Österreich-Ungarns Konteradmiral von Barry erklärte sich damit einverstanden. Die Verhandlungen zogen sich etwas hin und schließlich kam es darauf hinaus, daß die italienische Gesellschaft nicht eine Reparatur, sondern einen Neubau vornehmen wollte und dafür 140 000 Kr. in Anschlag brachte.

Nunmehr erklärte Admiral von Barry, der freihändigen Vergebung eines so wertvollen Objekts nicht zustimmen zu können, er verlange vielmehr eine Ausschreibung, so daß auch andere Firmen ihre Offerten machen könnten, Admiral Cecil Burney versuchte ihn zum Einverständnis zu bewegen, und als dies nicht gelang, wurde ein neuerlicher Admiralsrat zusammenberufen, um über den Fall zu beraten. Bei der Abstimmung erklärte sich nur Admiral von Barry gegen, die vier übrigen Teilnehmer aber für die freihändige Vergebung an die italienische Firma. Nun erklärte C. Burney den Beschluß wegen der Stimmenmehrheit für rechtskräftig, wogegen Barry protestierte, weil bis dahin nur einstimmig gefaßte Beschlüsse als rechtskräftig gegolten haben. Die Angelegenheit sei daraufhin den beteiligten Regierungen zur Entscheidung vorgelegt worden.

Man scheint es hier zu bedauern, daß nicht wenigstens der deutsche Vertreter mit Österreich stimmte*. Im allgemeinen hat man

* Tatsächlich hat der deutsche Vertreter im Admiralitätsrat Korvettenkapitän Biermann bei der Abstimmung vom 15. September über den Bau der Drinabrücke gegen die österreichische Auffassung gestimmt. Da seine Instruktion ihn nur anwies, sich in allen Fragen seinen Dreibundkollegen anzuschließen und deren Standpunkt nach Kräften zu unterstützen, so wurde er durch den offenen Dissens des österreichischen und des italienischen Vertreters in ein Dilemma gebracht, dem er nicht auszuweichen vermochte. In einem sehr eingehenden Berichte vom 18. September führt Biermann den Zwischenfall in der Hauptsache darauf zurück, daß der k. und k. Admiral ursprünglich in der Brückenfrage sich entgegenkommend verhalten, dann aber infolge sehr verspätet eingehender Instruktionen aus Wien einen völlig unnachgiebigen Standpunkt herausgekehrt habe. In Wien nahm man die Majorisierung des österreichischen Vertreters im Admiralsrat, die man „jeder internationalen Usance und Courtoisie widersprechend“ fand, sehr tragisch, wies Admiral von Barry an, die Sitzungen des Admiralsrats nicht weiter zu besuchen, und führte in Berlin scharfe Beschwerde gegen Korvettenkapitän Biermann. In dem diesbezüglichen Schreiben des österreichischen Geschäftsträgers Freiherrn von Flotow an Staatssekretär von Jagow vom 1. Oktober heißt es unter anderem: „Graf Berchtold glaubt es nicht verhehlen zu sollen, daß ihn die Haltung des deutschen Delegierten, der an einem solchen gegen den Vertreter einer verbündeten Macht gerichteten Vorgehen mitgewirkt hat, mit Staunen erfüllt. Er könne, so äußert sich der Herr

den Eindruck, daß C. Burney alles daransetzt, um das englische Prestige in Albanien auf Kosten der andern Staaten zu heben. Darüber ist man natürlich etwas erbost, zumal man nicht einsieht, was England mit seinem Einfluß in Albanien eigentlich bezweckt.

von Freyberg,
Korvettenkapitän

Nr. 14 043

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 299 Sinaia, den 29. September 1913
[pr. 3. Oktober]

Die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied für den Thron von Albanien bildet zwar beim hiesigen Königspaare und insbesondere bei der Königin den Gegenstand des lebhaftesten Interesses, sie wurde jedoch von der rumänischen Regierung bisher in keiner Weise gefördert.

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger* hat dieser Tage im Auftrage seiner Regierung dem Ministerpräsidenten die Mitteilung gemacht, daß diese den Prinzen Wied gerne auf dem Thron von Albanien sehen und dessen Kandidatur unterstützen würde. Herr Majorescu hat Baron Haymerle gegenüber seine Verwunderung über diese unvermittelte Demarche zum Ausdruck gebracht, die der Ge-

---

Minister, nur versichern, daß in einem analogen Falle der österreichisch-ungarische Vertreter an der Seite des deutschen Vertreters zu finden gewesen wäre und an einer unter derartigen Umständen zustande gekommenen Beratung nicht teilgenommen hätte.“ Seitens des Auswärtigen Amtes wurde Korvettenkapitän Biermann darauf am 2. Oktober angewiesen, seinen österreichischen Kollegen künftig in allen Fragen unbedingt zu unterstützen, auch in der Frage der Stimmeneinheit bei Kommissionsbeschlüssen. Am 6. Oktober beschwerte sich aber Graf Berchtold, diesmal bei dem Geschäftsträger Prinzen Stolberg, von neuem darüber, daß Biermann sich dem Exodus seines österreichischen Kollegen aus dem Admiralsrat nicht angeschlossen habe; gleichzeitig erklärte er, daß er bei dem Verhalten des englischen Admirals Sir C. Burney den Fortbestand des Admiralsrats für zwecklos halte und daher die alsbaldige Auflösung desselben beantragen wolle. Für den Fall, daß die englische Regierung hierauf nicht eingehen sollte, drohte Graf Berchtold, den österreichischen Vertreter am 15. von Skutari abzurufen, indem er gleichzeitig die Hoffnung aussprach, daß die deutsche Regierung sich diesem Vorgehen anschließen würde. Bericht Prinz zu Stolbergs Nr. 315 vom 6. Oktober. Deutscherseits wurde darauf Biermann angewiesen, den weiteren Sitzungen des Admiralsrats fernzubleiben, was in Wien große Befriedigung erregte (vgl. Nr. 14 055), dagegen der englischen Regierung Anlaß zu Reklamationen in Berlin gab. Vgl. Nr. 14 046 und Nr. 14 050.

* Freiherr Haymerle.

schäftsträger hingegen damit begründete, daß man in Wien der Ansicht sei, die Unterstützung des Prinzen Wied werde dem Könige angenehm sein *.

Mir gegenüber hat sich der Ministerpräsident auf mein Befragen dahin ausgesprochen, daß die Angelegenheit der Berufung eines Fürsten auf den Thron von Albanien Sache der Großmächte sei. Diese müßten wohl noch ein endgültiges Wort in der Grenzfrage dieses Staates sprechen. Vermutlich würde dann auch eine Nationalversammlung unter den Albanesen den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, worauf die Kandidatur des Prinzen eventuell in Frage kommen könnte. Rumänien, meinte Herr Majorescu, habe eben erst einen großen Erfolg errungen, es sei gar nicht wünschenswert, sich durch ein unangebrachtes Hervortreten in der Frage der Besetzung des Throns von Albanien vielleicht auf einen gefährlichen Weg zu begeben. Er habe dem Könige in diesem Sinne berichtet und sehr eindringlich von jedweder derartigen Aktion abgeraten.

Prinz Wilhelm zu Wied wird in der ersten Hälfte Oktober zum Besuch des Königspaares hier erwartet. Die Prinzessin weilt schon seit einigen Wochen auf Schloß Pelesch.

W a l d b u r g

Nr. 14 044

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission Generalkonsul Winckel, z. Z. in Triest

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 6 Berlin, den 4. Oktober 1913

Bitte Konsul von der Heyde, der dort spätestens 10. Oktober vormittags ankommt, Geschäfte übergeben und spätestens 15. Oktober Valona [1] eintreffen **.

J a g o w

Aktenvermerk des Vortragenden Rats von Rosenberg:
[1] Privatbrieflich *** ist Herrn Winckel mitgeteilt worden, daß die Kontrollkommission dort zusammentritt.

---

* Vgl. dazu die Meldung des Gesandten in Bukarest von Waldthausen vom 1. Juni 1913, Nr. 14 037, S. 275, Fußnote **.
** Die Ankunft Winckels in Valona als dem Sitz der Internationalen Kontrollkommission erfolgte am 14. Oktober, die Konstituierung der Kommission am 16; vgl. Nr. 14 053.
*** Hier nicht abgedruckt.

Nr. 14 045

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 309 Wien, den 3. Oktober 1913
[pr. 4. Oktober]

Auf Erlaß vom 30. v. Mts. — Nr. 1395*.

Wie mir Baron Macchio sagt, hat sich die hiesige Regierung im Einvernehmen mit der italienischen den übrigen Kabinetten gegenüber bereits dahin ausgesprochen, daß die albanische Kontrollkommission am 15. d. Mts. in Valona zusammentreten soll. Auch mit dem Vorschlag, daß die Kommission mit der Ausarbeitung eines Programms für ihre weiteren Arbeiten beauftragt werden soll, ist man hier völlig einverstanden, desgleichen auch mit der Auflösung des Admiralsrates, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Funktionen desselben in administrativen Fragen an die provisorische Regierung** beziehungsweise das Munizipium in Skutari in militärischen Dingen an die Kommandos der internationalen Detachements daselbst übergehen haben.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 046

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, October 6, 1913

His Majesty's Government have received a verbal communication from the Austro-Hungarian Government complaining that meetings

---

* Siehe Nr. 14 038.

** Für eine Heranziehung der unter der Leitung Ismail Kemal Beys stehenden provisorischen Regierung in Valona zu administrativen Fragen setzte sich die italienische Regierung auch in Paris ein, und zwar unter der eigentümlichen Begründung: Frankreich wünsche offenbar nicht die Festsetzung Österreichs in Albanien, deshalb müßten die Londoner Bestimmungen streng eingehalten werden. Um das zu erreichen, sei das beste Mittel, die Funktionen des Admiralsrates der provisorischen Regierung in Valona, die man fälschlich für ein Werkzeug Österreichs halte, zu übertragen. Davon wollte man jedoch in Paris nichts wissen; wie der Politische Direktor Paléologue zu dem russischen Geschäftsträger Sewastopulo sagte, betrachtete man die provisorische Regierung, deren Abhängigkeit von Österreich überdies nicht zu bestreiten sei, nicht als zu Recht bestehend und riet daher Italien, lieber die Kontrollkommission rückhaltslos zu unterstützen. Geheimtelegramm Sewastopulos an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 8. Oktober; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 303 f.

of the Commission of Admirals at Scutari continued to be held in spite of a notification from the Austro-Hungarian Admiral that he would not attend any meetings until the decision taken recently by the Commission in regard to the Drin River Bridge had been rescinded*.

The Austro-Hungarian Government state that they cannot recognise the validity of any decisions taken by the Commission which are not agreed to by the Austro-Hungarian Admiral and they propose on this ground that the ommission should be withdrawn without waiting for the constitution and meeting of the Committee of Control. They suggest that the administrative functions of the Commission should be transferred immediately to the provisional Government at Valona, whilst the International contingents, under the supreme command of the Senior Officer, should continue to exercise the military duties of the Commission.

Admiral Burney is being asked to furnish a report on the circumstances in which he decided to hold further meetings of the Commission without the Austro-Hungarian Admiral, a course in which all his other colleagues appear to have concurred. When this report is received Sir Edward Grey will be in a position to form an opinion as to whether Admiral Burney had any other alternative in view of the deliberate and apparently indefinite withdrawal of the Austro-Hungarian Admiral, and whether it can be admitted that the right can be claimed by any one Power to paralyze the work of the Commission by merely ordering its Admiral not to attend the meetings.

At present His Majesty's Government are not prepared to agree that the Commission can relinquish its functions until the six Governments are informed by the Committee of Control that a competent authority exists at Scutari to whom the administrative duties of the Commission can properly be transferred.

His Majesty's Government cannot support the proposal that the International contingents should be left in absolute inactivity and without any specific duties at Scutari until a force sufficient to cope with external enemies has been organised by the Albanian Government. Moreover they do not share the belief that there is any serious danger of a fresh attack on Scutari by Montenegro. Nor do the circumstances in which the proposal for the withdrawal of the Commission of Admirals is now put forward encourage the expectation that the military contingents will not find themselves exposed to difficulties similar to those encountered by the Commission in the discharge of its duties.

If His Majesty's Government consent to allow the British contingent to remain at Scutari for the moment they do so on the under-

* Vgl. Nr. 14 042.

standing that the Committee of Control sets to work without further delay and recommends a satisfactory arrangement for the relief of the Admirals.

It appears to His Majesty's Government that the most convenient course would be that the Admirals should remain at Scutari until the Committee of Control has arrived in Albania. The Admirals could then relinquish their duties whilst the International contingents would, if desired, remain for a time.

His Majesty's Government will act accordingly if this view be also held by the other Powers. If however it should be decided to withdraw the Admirals before the Committee of Control is in existence, His Majesty's Government could not leave the British contingent at the disposal of the provisional Albanian Government uncontrolled by any International authority and they would at once withdraw the British contingent with Admiral Burney.

Nr. 14 047

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 8. Oktober 1913

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu melden, daß die österreichisch-ungarische Regierung angeregt hat, am 15. Oktober, dem Tage des Zusammentritts der Internationalen Kontrollkommission für Albanien, die Admirale von Skutari abzuberufen[1]. Diese Anregung erscheint angesichts der Unstimmigkeiten, die sich in letzter Zeit im Admiralsrat bemerkbar gemacht haben, zweckmäßig und berechtigt und dürfte bei den Mächten allseitige Zustimmung finden. Weiter beantragt Österreich, von Italien unterstützt, daß die internationalen Detachements, deren baldige Zurückziehung an sich auch von unseren Verbündeten ins Auge gefaßt ist, noch nach dem Zusammentritt der Kontrollkommission wenigstens für kurze Zeit in Skutari belassen werden möchten[2]. Maßgebend für diesen Antrag ist die Besorgnis, daß Montenegro die nicht völlig beseitigten Unruhen in Albanien zum Vorwande nehmen könnte, um neue Aktionen gegen Skutari zu unternehmen. Da derartige Möglichkeiten in der Tat nicht ganz ausgeschlossen erscheinen, glaube ich die Berücksichtigung des Antrages befürworten zu sollen.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich hiernach in tiefster Ehrfurcht zu bitten, mich durch huldvollen Randvermerk zur Annahme der österreichischen Vorschläge ermächtigen zu wollen.

Zimmermann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Einverstanden
[2] Ich bin dagegen! Wenn die Admiräle gehen, müßen die Detaschements hinaus! sonst giebts schiefe Verhältniße und kein Ende der Besetzung! Einmal muß Schicht gemacht werden! Je eher wir aus dem heißen Boden fortkommen, umso besser!

Nr. 14 048

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Wedel, z. Z. in Schloß Lieser

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 27 Berlin, den 11. Oktober 1913

Seine Majestät der Kaiser und König haben zu dem Immediatbericht vom 8. d. Mts. zu bemerken geruht, wenn die Admirale Skutari verließen, müßten die Detachements gleichfalls hinaus, je eher wir von dem heißen Boden fortkämen, um so besser. Wir glauben diesen allerhöchsten Befehl dahin auffassen zu sollen, daß bei den beteiligten Mächten auf schleunige Zurückziehung der Detachements hinzuwirken sei, und haben die Kaiserlichen Vertreter in London und Paris unverzüglich mit entsprechenden Weisungen versehen. Wie die Botschaftsräte von Kühlmann und von Radowitz telegraphisch melden *, haben sich zwar sowohl das Londoner wie das Pariser Kabinett auf die dringenden Vorstellungen Österreichs und Italiens hin bereits entschlossen, ihre Detachements noch für kurze Zeit in Skutari zu belassen. Die englische Regierung teilt aber durchaus unsere Meinung, daß die Zurückziehung der Detachements beschleunigt werden muß, während die französische Regierung sich von vornherein zur Annahme jeder von den Mächten gemeinsam getroffenen Entschließung bereit erklärt. Wir werden die Zurückziehung der Detachements nunmehr bei unseren Verbündeten mit Nachdruck betreiben und hoffen, dort gleichfalls Verständnis zu finden.

Daß das deutsche Detachement auch auf die Gefahr hin, völlig isoliert zu bleiben, unbedingt am Tage des Zusammentritts der Kontrollkommission selbst Skutari verlassen soll, dürfte nicht den allerhöchsten Intentionen entsprechen. Ein derartiges Vorgehen würde das

---

* Die Meldung Kühlmanns vom 10. Oktober (Nr. 350) besagte: Das englische Detachement werde vorläufig in Skutari bleiben; doch erscheine der englischen Regierung die Zurückziehung in nicht allzu ferner Zeit erstrebenswert. Nach Radowitz' Meldung vom gleichen Tage (Nr. 365) hätte die französische Regierung keine Absichten wegen der Zurückziehung ihres Detachements von Skutari, sondern warte die Entwicklung ab; jedenfalls wolle sie dabei in Übereinstimmung mit allen Mächten handeln.

Mächtekonzert sprengen, dessen Erhaltung wir uns den Befehlen unseres allergnädigsten Herrn gemäß bisher stets haben angelegen sein lassen, und das in der heiklen albanischen Frage auch für die Zukunft von erheblicher Bedeutung sein dürfte. Außerdem würde es in Wien und Rom peinlich berühren und den Gegnern des Dreibundes willkommenen Agitationsstoff liefern, wenn die dringende österreichisch-italienische Bitte um vorübergehende Vertagung der Abberufung der Detachements nur in Deutschland kein Gehör fände.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige im vorstehenden Sinne Vortrag zu halten und mich von der allerhöchsten Willensmeinung telegraphisch zu unterrichten*.

Zimmermann

Nr. 14 049

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 321 — Wien, den 9. Oktober 1913
Streng vertraulich — [pr. 11. Oktober]

In der längeren Unterredung, die Prinz Wilhelm zu Wied mit dem Grafen Berchtold gehabt hat**, sind ihm, wie zu erwarten war, von dem Minister die Verhältnisse in Albanien und die zukünftige Lage des Fürsten in ziemlich rosigen Farben geschildert worden. Vor allem hat ihm der Minister darzulegen versucht, daß etwaige Besorgnisse für die persönliche Sicherheit nach hiesiger Ansicht unbegründet seien, da ja seine Wahl von der Gesamtheit der Albanesen gewünscht werde, und diese wüßten, daß Österreich-Ungarn und Italien hinter ihm stehen. Die Bedenken des Prinzen, daß er als Protestant den katholischen Albanern gegenüber einen schweren Stand haben werde, hat Graf Berchtold damit zu zerstreuen gesucht, daß Österreich-Ungarns Einfluß auf die dortigen Katholiken groß genug sei, um derartiges zu verhindern.

Bei Besprechung der finanziellen Frage hat der Minister dem Prinzen mitgeteilt, daß nach hiesigen Berechnungen das Budget

* Am 14. Oktober meldete Graf Wedel das Einverständnis des Kaisers mit der Auffassung des Auswärtigen Amtes.

** Prinz Wilhelm zu Wied hatte auf seiner Reise nach Sinaia (vgl. Nr. 14 043) in Wien Station gemacht, um mit Graf Berchtold Rücksprache zu nehmen. Deutscherseits war dem Prinzen geraten worden, bei dieser Gelegenheit auch dem italienischen Botschafter Herzog von Avarna einen Besuch zu machen, um die italienische Empfindlichkeit zu meiden.

Albaniens mit etwa neun Millionen in Einnahmen und Ausgaben balancieren werde. Für die Zivilliste werde aus dem Lande auf ungefähr 200 000 Kronen zu rechnen sein, doch sei bei dem Interesse, welches König Karol an der Kandidatur habe, auf einen Zuschuß von rumänischer Seite zu hoffen. Darüber, ob Österreich bereit sein würde, zu der Zivilliste beizusteuern, hat sich Graf Berchtold nicht ausgesprochen; mir gegenüber äußerte aber der Prinz Bedenken bezüglich dieses Punktes, da ihm jede persönliche finanzielle Abhängigkeit von Wien unerwünscht sein würde. Dasselbe würde wohl auch von Italien gelten.

Der Minister hat dann noch ausgeführt, daß sich bereits verschiedene Gesellschaften um den Bau von Eisenbahnen und Straßen, an denen es ja noch völlig fehlt, bewerben, und daß diese Unternehmungen durch die von Österreich-Ungarn und Italien neugegründete albanische Staatsbank finanziert werden sollen.

Als eventuelle zukünftige Residenz hat Graf Berchtold die Stadt Elbasan vorgeschlagen, da diese im Zentrum des Landes liege und im Gegensatz zu dem fiebrigen Valona ein gesundes Klima besitze. Es seien dort auch Regierungsgebäude vorhanden, die fürs erste als Wohnung dienen könnten.

Der Minister hat schließlich den Prinzen um möglichst schnelle Entscheidung gebeten, da die Verhältnisse in Albanien die schleunige Einsetzung eines Fürsten verlangten.

Wie mir Graf Berchtold sagt, hat er einen sehr sympathischen Eindruck von der Persönlichkeit des Prinzen, nur vermißt er bei ihm das „feu sacré", das für eine solche Aufgabe wünschenswert sei. Immerhin hofft er dringend, daß derselbe sich zur Annahme der albanischen Fürstenkrone entschließen wird, da er keinen anderen Kandidaten weiß, der sowohl Österreich-Ungarn wie Italien genehm sein würde.

Aus meinen Gesprächen mit dem Prinzen, der bei mir abgestiegen war, hatte ich den Eindruck, daß er noch sehr unentschlossen war; seine Entscheidung wird wesentlich davon abhängen, wie sich König Karol zu der Angelegenheit seines Neffen stellen wird. Jedenfalls soll die definitive Entscheidung möglichst schnell getroffen werden, und der Prinz beabsichtigt, falls dieselbe positiv ausfällt, sich nach der Rückkehr aus Sinaia offiziell in Wien und Rom vorzustellen. Wie er mir sagte, würde er gegebenenfalls den größten Wert darauf legen, in aller Form von dem albanischen Volke zum Fürsten gewählt zu werden, da er unter keinen Umständen als ein von den Mächten aufoktroyierter Herrscher erscheinen möchte.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 050

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, October 14, 1913

Sir Edward Grey has heard with surprise that the German Captain has withdrawn from the Admirals' Commission at Scutari * without any reason being given or any communication being made to His Majesty's Government or, so far as Sir Edward Grey is aware, to any other Power. In view of the communication addressed to the Austro-Hungarian Government, of which Herr von Jagow was informed by Lord Granville on the 6th October **, the logical conclusion would be that Sir Edward Grey should take the withdrawal of the German Captain as an intimation that the German Government consider that the Admirals' Commission should be dissolved without waiting for the Commission of Control to assemble and that the British Admiral and the British Contingent should at once be withdrawn as stated in the communication above-mentioned.

Sir Edward Grey proposes however, in view of the latest Austro-Hungarian proposal, to suspend any decision until the Powers have expressed their views on that proposal and on the suggestions made by Sir Edward Grey in regard thereto.

Sir Edward Grey points out, however, that it will be fatal to the working of the Commission of Control, which is to assemble shortly, if His Majesty's Government or other Powers follow the precedent set by the Austro-Hungarian and German Governments in the case of the Admirals' Commission and withdraw their members whenever they feel dissatisfied without discussion with the other Powers.

Nr. 14 051

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, October 14, 1913

In view of the communication addressed to the Austro-Hungarian Government, of which Herr von Jagow was informed by Lord Granville on the 6th October, Sir Edward Grey raises no objection to the

* Vgl. Nr. 14 045, Fußnote.
** Siehe Nr. 14 046.

proposal now put forward by the Austro-Hungarian Government that the Admirals' Commission at Scutari should be dissolved as soon as the Commission of Control assembles at Valona, provided all the Powers agree to this course.

In accordance also with the view expressed in that communication Sir Edward would be prepared to leave the British contingent at Scutari after the withdrawal of the Admirals if the other Powers desire that the international contingents should be retained.

Sir Edward Grey states, however, that this must be on condition that a civil Governor or some chief authority at Scutari is at once appointed by or in consultation with the Commission of Control. Pending the arrival of the Civil Governor, it will, he says, be necessary for the Powers to decide which officer is to exercise temporarily civil control as well as military command over the international detachments.

Since effect cannot be given to the Austro-Hungarian proposal without agreement between the Powers, Sir Edward Grey would be glad to receive a reply from the Imperial Government as soon as possible.

Nr. 14 052

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 448 Berlin, den 15. Oktober 1913

Nachstehendes Telegramm, das am 8. Oktober an Ew. pp. abgehen sollte, ist infolge Bureauversehens liegen geblieben:

„Österreichischer Vertreter fernbleibt Sitzungen Admiralsrats Skutari, weil er kürzlich majorisiert wurde und seine Regierung hierin Verstoß gegen internationale Usance erblickt, wonach bei internationalen Beschlüssen Einstimmigkeit erforderlich. Auf wiederholte dringende Vorstellungen Österreichs erhält deutscher Admiral Weisung, österreichischen Standpunkt zu unterstützen und Sitzung am Freitag gleichfalls fernzubleiben, falls nicht Differenz inzwischen erledigt. Wegen Nähe Termins müssen wir auf vorherige Verständigung mit dortiger Regierung verzichten. Erfüllung österreichischen Wunsches erscheint jedoch sachlich bedeutungslos, weil nach vorgestern hier überreichtem englischen Vorschlag Admirale bei Ankunft Internationaler Kontrollkommission in Albanien, wofür 15. Oktober in Aussicht genommen, Skutari sowieso verlassen werden, vermutlich also nur noch die e i n e Sitzung in Frage kommt.

Bitte Sir Edward Grey verständigen."

Ew. pp. wollen schleunigst Sir E. Grey nachträglich informieren und Ursache verspäteter Mitteilung aufklären. Wir bedauern Versehen Bureaus um so lebhafter, als wir auf enges Zusammengehen mit England in albanischen und Balkanfragen nach wie vor größten Wert legen.

Zimmermann

Nr. 14 053

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 — Valona, den 16. Oktober 1913

Heute zusammengetretene Kommission beschloß Instruktionen darüber einzuholen, ob sie sich behufs Bezeichnung des albanischen Delegierten * an die in Valona, Durazzo und Skutari bestehenden Behörden wenden solle, damit diese je zwei Personen ernennen, über deren Auswahl die Kommission das Los zieht, oder ob die Ernennung des Delegierten der hiesigen provisorischen Regierung überlassen werden soll. Erbitte Instruktion **.

Winckel

Nr. 14 054

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 — Rom, den 18. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 252 vom 17. Oktober ***.

Italienische Regierung schlägt vor, daß Kommission albanischen Delegierten ernennen soll und daß Dreibundkommissare auswärtigen Minister Mufid Bey als geeignet bezeichnen.

Hindenburg

---

* Nach dem Beschluß der Botschafterreunion vom 29. Juli (vgl. Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 671) sollte zu den Sitzungen der Kontrollkommissionen auch ein Vertreter Albaniens zugezogen werden.

** Das Berliner Kabinett gab die Meldung Winckels zunächst mittels Erlaß Nr. 1470 bzw. Telegramm Nr. 252 nach Wien und Rom mit der Weisung weiter, die Auffassung der dortigen Regierungen zu drahten. Die eingehenden Antworten siehe in Nr. 14 054 bzw. Nr. 14 058.

*** Vgl. Nr. 14 053, Fußnote **.

Nr. 14 055

Der österreich-ungarische Geschäftsträger in Berlin Freiherr von Flotow an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändige Ausfertigung

Berlin, den 19. Oktober 1913

Graf Berchtold ersucht mich, davon Mitteilung zu machen, daß in der am 17. d. Mts. abgehaltenen ersten Sitzung der Internationalen Kontrollkommission für Albanien * der deutsche Delegierte in einer rein formellen Frage gegen seinen österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen, mit den Vertretern der Tripelentente gestimmt habe.

Graf Berchtold ist von diesem Vorgehen überrascht und wäre sehr verbunden, wenn der deutsche Delegierte ehetunlichst telegraphisch angewiesen würde, im Einvernehmen mit seinen beiden Dreibundkollegen vorzugehen.

Der Herr Minister meint, die Haltung Dr. Winckels sei nicht recht vereinbar mit den eben erst durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien betreffend Albanien abgegebenen, mit aufrichtigstem Danke seinerseits aufgenommenen Erklärungen **, und er glaubt daher annehmen zu dürfen, daß sie auf einem Mißverständnisse beruhe.

Ich habe mir erlaubt, um Zeit zu gewinnen, diese Mitteilung schriftlich zu machen und werde mir die Freiheit nehmen, morgen persönlich bei Ihnen, hochverehrter Herr Unterstaatssekretär, vorzusprechen, um eine geneigte Antwort entgegenzunehmen.

Flotow

---

* Nach den Meldungen des deutschen Delegierten Winckel (vgl. Nr. 14 053, 14 061) fand die erste Sitzung der Internationalen Kontrollkommission, in der sich der Dissens zwischen den Dreibundvertretern ereignete, nicht am 17., sondern am 16. Oktober statt. Auch das in Berlin am 21. Oktober überreichte englische Aide-mémoire (siehe Nr. 14 059) nennt den 16. Oktober.

** Die hier angezogenen Erklärungen Prinz zu Stolbergs bezogen sich auf die Zusage, daß anläßlich des Zwischenfalls im Admiralsrate zu Skutari (vgl. Nr. 14 042, Fußnote) der deutsche Vertreter die gleiche Haltung wie sein österreichischer Kollege einnehmen solle.

Nr. 14 056

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1 Berlin, den 20. Oktober 1913

Nach Mitteilung Wiener Kabinetts* sollen Ew. pp. in formeller Frage Sitzung 17. Oktober mit Tripelentente gegen Österreich, Italien gestimmt haben. Drahtbericht. Bitte künftig im strikten Einvernehmen mit Dreibundkollegen vorgehen.

Zimmermann

Nr. 14 057

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Valona, den 20. Oktober 1913

Kommission beschloß einstimmig, beteiligte Regierungen zu bitten, daß Ankunft des für Organisation der Gendarmerie bestimmten Offiziers ** beschleunigt werde.

Winckel

Nr. 14 058

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 221 Wien, den 20. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 1470 ***.

Nach hiesiger Auffassung würde von Bezeichnung albanesischen Delegierten durch Behörden in genannten Städten unbedingt abzusehen sein. Man wünscht Ernennung Mufid Beys durch Ismail Kemal und seine Anerkennung durch Kommission; falls dies nicht

---

* Vgl. Nr. 14 055.
** Vgl. Nr. 14 034, S. 271, Fußnote *.
*** Vgl. Nr. 14 053, Fußnote **.

möglich, würde Antrag in Kommission zu stellen sein, daß diese Mufid ernennt. Man glaubt, daß, wenn Dreibund geschlossen auftritt, Tripelentente keine Schwierigkeiten machen wird, da dieselbe großes Interesse an rascher Konstituierung der Kommission hat.

Stolberg

Nr. 14 059

Aide-mémoire

Von dem englischen Geschäftsträger in Berlin Lord Granville dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, October 21, 1913

Sir Edward Grey has been informed by the British Member of the International Commission of Control for Albania that at its preliminary meeting on the 16th instant the Commission discussed the question of the Albanian delegate and decided to propose to their respective Governments that they should either invite the existing local authorities at Valona, Durazzo and Scutari to submit the names of two competent persons between whom the Commission should draw lots or that they should simply leave the nomination of the Albanian delegate to the Provisional Government at Valona.

Sir Edward Grey states that he prefers the first alternative as it would have the appearance of consulting the whole country whereas the latter proposal would be likely to injure the position of the Commission in the eyes of two-thirds of Albania.

Nr. 14 060

Aide-mémoire für die englische Botschaft

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 23. Oktober 1913

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Großbritannischen Botschaft auf das geschätzte Aide-mémoire vom 21. d. Mts.* zu erwidern, daß die Kaiserliche Regierung das Gewicht der Gründe nicht verkennt, die von Sir Edward Grey für eine Heranziehung sämtlicher Behörden in Albanien zur Wahl des albanischen Delegierten für die Internationale Kontrollkommission geltend gemacht werden. Sie ist jedoch der Ansicht, daß es im Interesse der Herstellung geordneter Verhältnisse in Albanien vor allem auf eine schleunige Konstituierung der Kontrollkommission ankommt, und daß infolgedessen für die Be-

* Siehe Nr. 14 059.

stellung des albanischen Delegierten das einfachste und rascheste Verfahren selbst dann den Vorzug verdient, wenn damit in anderer Beziehung gewisse Nachteile verbunden sein sollten. Von solchen Erwägungen ausgehend, hat die Kaiserliche Regierung, noch bevor sie von der Auffassung Sir Edward Greys Kenntnis erhielt, den deutschen Delegierten in Valona angewiesen*, für die Wahl des albanischen Ministers des Äußern Mufid Bey einzutreten, der nach den hier vorliegenden Nachrichten und der Ansicht der Kabinette in Wien und Rom für die Rolle eines Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission besonders geeignet erscheint. Ob die Ernennung Mufids durch die Kontrollkommission selbst oder durch Ismail Kemal erfolgen soll, glaubt die Kaiserliche Regierung der an Ort und Stelle zu treffenden Vereinbarung der Delegierten der Großmächte überlassen zu sollen.

Nr. 14061

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Valona, den 21. Oktober 1913
[pr. 22. Oktober]

Antwort auf Telegramm Nr. 1**.

17. Oktober keine Sitzung. Von formeller Fragestellung in erster Sitzung vom 16. Oktober war keine Rede. Ergebnis zwangloser Erörterung über Frage des albanischen Delegierten war Telegramm vom 16. Oktober. Dreibundkollegen hatten mich nicht informiert. Meine Äußerungen, nicht nur Süden, sondern auch Norden und Zentrum Albaniens zu hören, entsprachen wirklichen Landesinteressen, übereinstimmend mit dem britischen Delegierten. Erfuhr später, nachdem ich Unterredung nachgesucht, daß österreichischer Kollege Instruktion hatte, hiesigen Mufid Bey als Delegierten vorzuschlagen, obwohl Ismail Kemal Bey, sein Chef, im übrigen Albanien nicht anerkannt wird. In anderen Fällen habe bereits lebhaft Österreich und Italien unterstützt. Bericht en clair folgt***.

Winckel

---

* Es war durch Telegramm Nr. 2 vom 21. Oktober geschehen.
** Siehe Nr. 14056.
*** Siehe Nr. 14070.

Nr. 14062

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 — Sinaia, den 22. Oktober 1913
Geheim

Prinz Wilhelm zu Wied hat sich entschlossen, die Kandidatur auf den Thron von Albanien unter bestimmten Bedingungen anzunehmen. Von dem Entschluß des Prinzen und den Bedingungen werden die österreichisch-ungarische und italienische Regierung durch ihre hiesigen Vertreter dieser Tage Mitteilung erhalten.

Seine Majestät der König und Prinz Wied legen Wert darauf, daß vorstehendes mit der Bitte um strengste Geheimhaltung heut schon zur Kenntnis Euerer Exzellenz gebracht wird. Abschrift der Bedingungen geht Euerer Exzellenz mit heutigem Depeschenkasten zu*.

Waldburg

Nr. 14063

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 — Valona, den 24. Oktober 1913

Kollegen haben Instruktion erhalten, Einsetzung Zivilgouverneurs Skutari durch Kontrollkommission zuzustimmen. Ferner hat Kommission Wunsch ausgesprochen, Regierung Valona unter Ismail Kemal möge als bestehende Behörde im Hauptort und seinen Dependenzen anerkannt werden, da bald ankommende Gendarmerieoffiziere mit Lokalbehörden verkehren müssen. Ich halte mich zum Abstimmen mit Dreibundkollegen ermächtigt.

Winckel

---

* Vgl. Nr. 14 067 nebst Anlagen.

Nr. 14064

Der Geschäftsträger im Haag von Schmidthals an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 82 Haag, den 24. Oktober 1913

Wie mir die hiesige Regierung in der abschriftlich gehorsamst beigefügten Note* nunmehr offiziell mitteilt, ist der Kommandant des 3. Feldartillerie-Regiments Oberst W. J. H. de Veer mit der albanischen Studienmission betraut worden. Demselben werde der Major L. W. J. K. Thomson vom 12. Infanterie-Regiment beigegeben werden; beide Offiziere wären angewiesen, ehestens nach Albanien abzureisen.

Oberst de Veer ist bisher wenig an die Öffentlichkeit getreten. Unter seinen Kameraden gilt er, wie ich höre, als ein fähiger und energischer Mann von bedeutender Arbeitskraft, der an sich und seine Untergebenen große Anforderungen zu stellen pflege.

Major Thomson hat in den Kolonien mit Auszeichnung gedient und sich im Felde den Wilhelmsorden erworben. Er hat ferner dem Burenkrieg und letzthin auf griechischer Seite dem Balkanfeldzuge beigewohnt. Er wird mir als ein scharfer Kopf von unbestreitbarer Begabung und außergewöhnlichen Kenntnissen geschildert und hat als Abgeordneter und Publizist durch die Gehässigkeit seiner Polemik wiederholt von sich reden gemacht. Obschon bei seinen Kollegen und Kameraden gleichermaßen unbeliebt, versteht er es doch, in allen Kreisen gute und nützliche Verbindungen zu unterhalten pp.**

Bei seiner ausgesprochenen Vorliebe für alles Französische, insbesondere auch für französische Waffenlieferungen, hat seine Ernennung die hiesigen Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens wenig angenehm berührt. Wie mir dieselben sagten, haben sie alsbald ihre Regierungen über seine Persönlichkeit im Sinne der obigen Ausführungen informiert.

Schmidthals

---

* Hier nicht abgedruckt.

** Hier ist ein Satz, der eine Charakteristik des Majors Thomsons enthält, aus Gründen des Takts fortgelassen worden.

Nr. 14065

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 332 Wien, den 24. Oktober 1913
Streng vertraulich

Einer Meldung des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in Bukarest zufolge ist der Prinz Wilhelm zu Wied prinzipiell entschlossen, die albanische Krone anzunehmen, hat aber gewisse Bedingungen gestellt, welche von der hiesigen Regierung im Einvernehmen mit der italienischen nunmehr einer Prüfung unterzogen werden sollen. Was die finanziellen Bedingungen betrifft, so meint Graf Berchtold, daß diese vielleicht noch einiges Kopfzerbrechen bereiten würden, daß es aber wohl möglich sein dürfte, dieselben befriedigend zu regeln. Als weitere Bedingung hat der Prinz seine Anerkennung durch die sechs Großmächte gestellt. Aus London hat Graf Berchtold bereits die Zusicherung erhalten, daß England der Kandidatur zustimmen würde, falls sich Österreich-Ungarn, Italien und Rußland darüber einigten. Es werde nun, so meinte der Minister, darauf ankommen, Rußland dafür zu gewinnen. Über die Art, wie dies zu geschehen habe, sei er im Begriff, sich mit dem hiesigen italienischen Botschafter, dessen Besuch er gerade erwarte, ins Einvernehmen zu setzen. Der Minister fügte streng vertraulich hinzu, es scheine ihm am zweckmäßigsten, wenn König Karol bewogen werden könnte, von sich aus die Kandidatur des Prinzen vorzuschlagen, da Rußland in diesem Falle voraussichtlich leichter seine Zustimmung geben würde, als wenn sich Österreich-Ungarn oder Italien in den Vordergrund stellten. Ein Widerspruch Frankreichs sei dann wohl auch nicht zu erwarten.

Der Minister erwähnte mir gegenüber, er nähme an, daß die Kaiserliche Regierung mit der Kandidatur des Prinzen Wied einverstanden sei[1].

W. Prz. Stolberg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Eigentlich nicht! Er ist weich und noch jung! Urach wäre besser gewesen!

Nr. 14066

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 314 Sinaia, den 23. Oktober 1913
Streng vertraulich [pr. 25. Oktober]

Als Prinz Wilhelm zu Wied vor kurzem hier eintraf, hatte es noch keineswegs den Anschein, als ob er gesonnen wäre, die Kandidatur auf den Thron von Albanien annehmen zu wollen. Er erklärte mir vielmehr wiederholt, daß es ihn sehr wenig locke, diesen dornenvollen Weg zu betreten. Der rasche Umschwung dürfte auf folgende Ursachen zurückzuführen sein: das Drängen von seiten Österreich-Ungarns und Italiens, mehrfache Unterredungen mit Kennern des Landes und schließlich auch die Einwirkung seiner Gemahlin, der Prinzessin Sophie [1].

Während seines hiesigen Aufenthaltes ist besonders österreichischerseits nichts unterlassen worden, um den Prinzen zu überreden, die Kandidatur anzunehmen. Abgesehen von der Unterredung, die zwischen dem Prinzen Wied und dem Grafen Berchtold insgeheim in Wien stattgefunden *, hat auch hier der österreichisch-ungarische Geschäftsträger Baron Haymerle wiederholt beim Prinzen vorgesprochen, vielleicht öfter, als es ihm lieb war. Andererseits bot sich auf Schloß Pelesch dem Prinzen Gelegenheit, mit Persönlichkeiten, die eine genaue Kenntnis Albaniens besitzen, zusammen zu kommen. So weilte hier einige Tage der österreichisch-ungarische Konsul in Bukarest Baron Bornemisza, der sechs Jahre lang in Skutari und Durazzo tätig war und Land und Leute in sehr günstigem Lichte schildert. Ganz im geheimen und ohne daß es irgendwie an die Öffentlichkeit gedrungen wäre, hat auch eine einflußreiche albanische Persönlichkeit sich kurze Zeit im Schlosse Pelesch aufgehalten.

Was nun den Einfluß betrifft, der von seiten des rumänischen Hofes auf den Prinzen genommen wurde, so dürfte er sich wohl ausschließlich und auch nicht in hohem Maße auf die Königin erstrecken, höchstwelche wohl aus verwandtschaftlichen Rücksichten der Kandidatur ihres Neffen Interesse entgegenbrachte. Dagegen scheint Prinzessin Sophie auf ihren Gatten einen stärkeren Einfluß im Sinne der Annahme genommen zu haben.

Der König selbst ist einer Beeinflussung ferne gestanden. Schon vor Ankunft des Prinzen sprach sich einmal Ihre Majestät die Königin mir gegenüber in diesem Sinne aus, und ich habe den Ein-

---

* Vgl. Nr. 14 049.

druck, daß sich die Tätigkeit Seiner Majestät wohl ausschließlich auf die Erteilung von Ratschlägen beschränkte, die sich auf Verhaltungsmaßregeln im Falle der Annahme bezogen. Zur Vorbereitung auf die Stellung, zu der er vielleicht berufen werden wird, konnte Prinz Wied in der Tat keinen erfahreneren Fürsten finden als seinen Onkel, den König Karol.

Waldburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hauptsache

Nr. 14067

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 315 — Sinaia, den 23. Oktober 1913
[pr. 26. Oktober]

Beifolgend* beehre ich mich Euerer Exzellenz Abschrift einer Aufzeichnung vorzulegen, in der Prinz Wied die Bedingungen darlegt, unter denen er bereit ist, die Kandidatur auf den Thron von Albanien anzunehmen.

Waldburg

Anlage I**

Abschrift

Von der k. und k. Österreichisch-Ungarischen und von der Königlich Italienischen Regierung ist mir die Kandidatur für den Thron von Albanien angeboten worden. Ich habe mich in keiner Weise darum beworben oder irgendwie versucht, für mich Stimmung zu machen, sondern ich verhielt mich dem Anerbieten gegenüber von Anfang an ablehnend. Denn ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die meiner harren werden. Ob es mir möglich sein wird, die mir gestellte Aufgabe zu erfüllen, vermag ich nicht zu sagen. Auf wiederholtes Bitten und Drängen von seiten der beiden am meisten interessierten Großmächte Österreich-Ungarn und Italien und zur Beruhigung des neuerrichteten albanischen Staates und hiermit des Balkans beizutragen, habe ich mich entschlossen, unter den nachfolgenden Bedingungen die Kandidatur für den Thron von Albanien anzunehmen:

* Siehe Anlage.
** Über das Verhältnis von Anlage I zu Anlage II vgl. Nr. 14 068.

1. Zustimmung oder wenigstens stillschweigende Anerkennung meiner Kandidatur durch die Großmächte.

2. Zustimmung des albanischen Volkes durch seine provisorische Regierung.

3. Garantien von Essad Pascha, daß er sich dem von den Großmächten und der provisorischen Regierung anerkannten Fürsten unterwirft.

4. Die Großmächte oder einige derselben garantieren Albanien eine Anleihe von 75 (fünfundsiebzig) Millionen francs, die gegebenenfalls in Raten aufgenommen werden könnte.

5. Die Südgrenze von Albanien muß in den Hauptpunkten wenigstens so weit festgelegt sein, daß Streitfragen über die definitive Grenzlinie ausgeschlossen sind.

6. In Albanien wird keine Konstitution eingeführt, vielmehr ein Statut aufgestellt, das der Genehmigung des Fürsten unterliegt. Dasselbe würde dem „Règlement organique" ähnlich sein, das in den ehemals der Türkei tributären Staaten bestanden hat.

7. Der Fürst und sein Haus sind steuerfrei. Er erhält eine Zivilliste in Höhe von zunächst 200000 francs jährlich, die aus der Anleihe erhoben wird.

Anlage II

1) Comme le premier article du protocole de Londres concernant l'organisation de l'Albanie prévoit que le Prince sera désigné par les six Puissances, il faut d'abord obtenir leur consentement pour ma candidature, il est donc nécessaire de s'assurer d'avance qu'elle ne soulevera pas d'objection de la part de certains cabinets.

2) Approbation de la nation albanaise par l'organe du gouvernement provisoire.

3) Garantie qu'Essad Pacha reconnaisse la volonté des Grandes Puissances et se soumette à la décision du gouvernement provisoire concernant l'élection.

4) Les Grandes Puissances ou une partie d'elles garantiront un emprunt à 4 pour cent de 75 millions de francs qui pourra être payé en rade.

5) Le Prince reçoit une liste civile de 200000 frs. qui sera payée par l'emprunt jusqu'a l'établissement d'un budget régulier [1].

6) Promesse que la durée des pouvoirs de la Commission internationale pourra être abrégée si l'administration de l'Albanie donne des garanties suffisantes à cet effet.

7) Le projet d'organisation de l'Administration de l'Albanie doit être approuvé par le Prince, le système parlementaire ne peut pas être admis [2].

8) La maison régnante est exempté d'impôts.

9) La frontière du sud de l'Albanie doit être tracée dans les points principaux afin que toute contestation soit exclue.

ad 9) C'est à dire que ce tracé doit être garanti par les Grandes Puissances contre toute contestation de la part d'un autre Etat parceque le Prince ne veut pas être mêlé dans les questions de la délimitation de la frontière du sud.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] gut

Nr. 14068

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 316 — Sinaia, den 23. Oktober 1913
Streng vertraulich — [pr. 27. Oktober]

In Ergänzung des Berichts Nr. 315* vom heutigen Tage beehre ich mich Euerer Exzellenz zu melden, daß die in deutscher Sprache abgefaßte Anlage den vom Prinzen Wied ursprünglich verfaßten Wortlaut darstellt. Der französische Text enthält dagegen den endgültigen, zwischen dem Prinzen und dem österreichisch-ungarischen und italienischen Geschäftsträger vereinbarten Wortlaut, der den beiderseitigen Regierungen übersandt wird.

Der den Bedingungen in deutscher Sprache vorausgehende Text hat eine offizielle Redaktion in französischer Sprache nicht erfahren und ist von dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger in deutscher Sprache eingereicht worden.

Baron Haymerle hat nachdrücklich auf den Prinzen Wied einzuwirken versucht, um die Streichung der Ziffer 5 des deutschen Textes zu erreichen. Prinz Wied hat jedoch auf Beibehaltung derselben bestanden. Schließlich wurde im französischen Text unter Ziffer 9 und ad 9 aufgestellter Wortlaut vereinbart.

Von österreichischer Seite legt man besonderen Wert darauf, daß der neue Fürst möglichst rasch designiert werde. Prinz Wied stellt sich dagegen auf den Standpunkt, daß die Regelung der Südgrenze Albaniens** abgeschlossen sein müsse, bevor er annimmt[1], da er gegebenenfalls das Odium nicht auf sich laden möchte, daß Albanien

---

* Siehe Nr. 14 067.
** Vgl. dazu Abschnitt A.

gleich zu Beginn seiner Regierung an geographischer Ausdehnung verloren habe[1].

Waldburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 14 069

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Valona, den 31. Oktober 1913

Ismail Kemal, von österreichischem Delegierten namens Dreibundsrepräsentanten zur Ernennung Mufid Beys als albanischen Delegierten aufgefordert, hat abgelehnt (er ist mit ihm verfeindet). Infolgedessen schlug ich nebst Dreibundkollegen Ernennung durch Internationale Kommission vor. Tripelententedelegierte erbaten Instruktion, diese lautete zustimmend. Infolgedessen Mufid durch Kommission ernannt, war einverstanden, falls von lokalen Regierungen unabhängig. Habe als Präsident Ismail Kemal persönlich notifiziert, zugleich Essad Pascha und Gouverneur Skutari telegraphiert.

Winckel

Nr. 14 070

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 46 Valona, den 22. Oktober 1913
[pr. 3. November]

Es ist zu bemerken, daß in der Internationalen Kontrollkommission für Albanien ein Gegensatz zwischen Dreibund und Tripelentente erfreulicherweise bis jetzt nicht offen in die Erscheinung getreten ist. So zum Beispiel ist der Delegierte Großbritanniens in einer Frage dem französischen Kollegen ziemlich scharf entgegengetreten, während andrerseits dieser oder jener Vertreter des Dreibundes bisweilen Anlaß fand, dem russischen oder dem britischen Kollegen beizupflichten.

In der ersten Sitzung am 16. d. Mts. wurde die Frage der Zuziehung eines albanischen Delegierten in unverbindlicher Meinungsäußerung besprochen. Veranlaßt wurde die Diskussion durch die

Mitteilung des italienischen Delegierten, daß Ismail Kemal Bey ihn am genannten Tage vor der Sitzung auf die Notwendigkeit einer Notifikation des Eintreffens der Kommission und der Ernennung des albanischen Mitgliedes derselben aufmerksam gemacht habe. Formelle Erklärungen jedes einzelnen Delegierten zu Protokoll fanden nicht statt. Die gewünschte Notifikation fand die Kommission nicht angebracht, zumal da sofort nach der Ankunft in Valona jeder Delegierte dem Ismail Kemal Bey einen Besuch gemacht hatte. Der Delegierte Österreich-Ungarns schlug vor, die hiesige provisorische Regierung zur Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit als Delegierten zu veranlassen. Da der großbritannische Delegierte sogleich strikt erklärte, die Kommission könne nicht Ismail Kemal Bey als Vertreter von ganz Albanien anerkennen, und da dies wegen der verschiedenen hier bereits eingegangenen Proteste gegen die provisorische Regierung zugegeben werden mußte, beantragte Herr Petrović *, einen Vertrauensmann des Ismail Kemal wenigstens vorläufig zuzulassen, indem er darauf hinwies, daß die Kommission dadurch, daß sie gerade nach Valona gekommen sei, zu erkennen gegeben habe, daß sie die Geschäftsführung des Genannten für ganz Albanien anerkenne. Mit der Modifikation des Vorschlages des Herrn Petrović war ich einverstanden; die Kommission akzeptierte indessen den Vorschlag nicht. Angesichts der Erklärungen, die meist in Form von Telegrammen aus verschiedenen Teilen des Landes, namentlich auch von Essad Pascha, einliefen, habe ich die Bemerkung gemacht, daß die Kontrollkommission zur Wahrung ihrer Unparteilichkeit und um sich dem Vorwurf nicht auszusetzen, daß sie hier am Platze dem Einflusse der provisorischen Regierung unterliege, darauf halten müsse, die Wünsche aller Teile Albaniens soviel wie möglich zu berücksichtigen, und daß es daher zweckmäßig sei, in irgendeiner Form die Meinung der wichtigsten Gruppen einzuholen. Der russische Delegierte betonte wiederholt, daß die Kommission sich über jede Parteirichtung zu setzen und ihr Ansehen zu wahren habe. Übrigens beharrte Herr Petrović nicht streng auf seinem Antrage und hatte schließlich gegen den Kompromißvorschlag des französischen Delegierten, sämtliche Mitglieder sollten über die Frage Instruktionen einholen, nichts einzuwenden. Der italienische Delegierte hatte sich mehr abwartend verhalten, ließ aber zu der Formulierung des Herrn Krajewsky ** ein Amendement einrücken. Im Protokoll steht, daß der Beschluß

„à soumettre aux divers gouvernements: En ce qui concerne la désignation du délégué albanais, pouvons-nous demander aux autorités existantes à Valona, Durazzo et Scutari que chacune d'elles nous envoie le nom de deux personnes parmi lesquelles nous tirerons

---

* Österreichischer Delegierter. Vgl. Nr. 14 033.

** Russischer Delegierter.

au sort? Ou bien devons-nous laisser la nomination de ce délégué au Gouvernement provisoire à Valona?“
einstimmig erfolgt sei.

Weder mein österreichischer noch mein italienischer Kollege hatten mir mitgeteilt, daß sie Auftrag hatten, Mufid Bey als Kandidaten vorzuschlagen. Die Frage des albanischen Delegierten war zu plötzlich aufgetaucht, als daß darüber sofort ein bestimmtes Votum hätte abgegeben werden können. Am Abend vor der ersten Sitzung, wo ich noch den am Nachmittag eingetroffenen österreichisch-ungarischen Kollegen besuchte, durfte dieser sich nicht für ermächtigt gehalten haben, eine Mitteilung über seine Instruktionen zu machen. Ein paar Tage nach der ersten Sitzung, als ich wieder den genannten Kollegen besuchte, erfuhr ich vertraulich, daß er in genannter Richtung Instruktionen erhalten hatte; doch weiß ich noch nicht, aus welchen inneren Gründen Österreich-Ungarn Mufid Bey als Repräsentanten Albaniens wünscht; äußere sind insofern vorhanden, als der Genannte ehemaliger türkischer Diplomat ist*.

Inzwischen findet außerhalb der Sitzungen Meinungsaustausch zwischen mir und den Dreibundkollegen statt. Selbstverständlich unterstütze ich dieselben in politischen Fragen. Neben den Interessen Österreich-Ungarns sowie Italiens dürfte indessen auch das Wohl des neu geschaffenen Staates zu beachten sein, denn gerade das dürfte die Hauptaufgabe der Kontrollkommission sein, die lebensfähige Entwickelung Albaniens in die Hand zu nehmen. Ich habe übrigens die beiden Dreibundkollegen ausdrücklich ersucht, mich von ihren Plänen und Instruktionen in Kenntnis zu setzen, denn wenn man sich für etwas einsetzen soll, zumal als Repräsentant eines großen unabhängigen Reiches, ist es wohl nötig, den Zweck des Gegenstandes und seine Gründe zu kennen.

In der ersten Sitzung bin ich — nach der alphabetischen Reihenfolge der Staaten — auf einen Monat zum Präsidenten der Kontrollkommission gewählt worden.

Ich behalte mir gehorsamst vor, Abschrift der Kommissionsprotokolle einzureichen.

Winckel

Nr. 14 071

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 1583 Berlin, den 6. November 1913

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat hier kürzlich im Auftrage seiner Regierung Beschwerde darüber geführt, daß

* Vgl. Nr. 14 055, 14 056, 14 061, 14 071, 14 072.

der deutsche Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien am 17. v. Mts. in einer rein formellen Frage mit den Vertretern der Tripelentente gegen seinen österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen gestimmt habe. Angesichts der bündigen Instruktionen, die dem Generalkonsul Winckel hier vor seiner Ausreise nach Valona erteilt worden waren, mußten wir von vornherein annehmen, daß es sich bei dieser Beschwerde um ein Mißverständnis handle. Gleichwohl wurde Herr Winckel ohne Verzug nochmals telegraphisch angewiesen, in striktem Einvernehmen mit seinen Dreibundkollegen vorzugehen *.

In dem abschriftlich ergebenst beigefügten Bericht vom 22. v. Mts.** klärt der deutsche Delegierte den Sachverhalt auf. Ew. pp. bitte ich, den Inhalt des Berichts beim Grafen Berchtold zu verwerten und dabei zu bemerken, daß es für unseren Delegierten allerdings schwierig sei, den ihm erteilten Weisungen nachzukommen, wenn ihn seine Dreibundkollegen nicht rechtzeitig von ihren Auffassungen und Absichten unterrichten.

Zimmermann

Nr. 14 072

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 349 — Wien, den 7. November 1913

Erlaß Nr. 1583 *** bei Graf Berchtold verwertet. Minister dankte für die Mitteilung und bemerkte, der Bericht enthalte eine „glänzende Rechtfertigung" unseres Vertreters. Er werde unverzüglich den österreichisch-ungarischen Delegierten dahin instruieren, stets rechtzeitig seinem deutschen Kollegen von den Intentionen seiner Regierung Kenntnis zu geben.

Was die Wahl Mufid Beys anlange, so sei sie nur deshalb auf diesen gefallen, weil er der einzige gewesen sei unter den von hier und Rom aus vorgeschlagenen Kandidaten, auf den man sich zwischen Wien und Rom hätte einigen können. Sonstige besondere Gründe hätten für dessen Wahl nicht vorgelegen.

von Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 14 056.
** Siehe Nr. 14 070.
*** Siehe Nr. 14 071.

Nr. 14 073

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 324 — Bukarest, den 7. November 1913
[pr. 11. November 1913]

Die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied für den albanischen Thron ist nach Äußerungen, die Seine Majestät der König Karol zu mir getan hat, von den Mächten gut aufgenommen worden. Rußland hat erklärt, es habe keine Bedenken, wenn der König von Rumänien dafür sei. Griechischerseits ist die Kandidatur des Prinzen als „sehr sympathisch" bezeichnet worden.

Waldthausen

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Trotzdem ist sie ein Unsinn! Er ist nicht dafür geeignet!

Nr. 14 074

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 201 — Bukarest, den 16. November 1913
Vertraulich

Prinz Wied sagt mir, Österreich und Italien hätten alle seine Bedingungen im Prinzip mit kleinen Modifikationen angenommen. Beide Mächte halten für praktischer, daß anstatt ihrer König von Rumänien oder Prinz selbst bei Mächten der Tripelentente offiziell anfragt, ob gegen Kandidatur etwas einzuwenden. Da Tripelententemächte unter der Hand schon ihre Zustimmung gegeben haben, ist beschlossen worden, folgendermaßen zu verfahren. Rumänien wird ihnen demnächst Bedingungen des Prinzen * bekanntmachen und offiziell anfragen, ob gegen Kandidatur etwas einzuwenden. Nach zusagender Antwort wird Herr Majorescu dem Prinzen, der Mittwoch nach Potsdam zurückkehrt, telegraphieren und dieser antworten, daß er nach Erfüllung der Bedingungen den Thron annehmen würde. Die sechs Großmächte machen darauf in Albanien bekannt, daß der Prinz von ihnen zum Fürsten des Landes designiert ist, und veranlassen, daß eine Abordnung von Albanern nach Potsdam kommt, um nach einer

---

* Vgl. Nr. 14 067 nebst Anlagen.

irgendwie im Lande arrangierten Wahl ihm den Thron anzubieten. Nach Annahme vielleicht Abreise des neuen Fürsten im Januar nach Albanien.

W a l d t h a u s e n

Nr. 14075

Aide-mémoire

Von dem Sekretär der englischen Botschaft in Berlin H. Gurney am 19. November 1913 dem Auswärtigen Amt überreicht

Berlin, November 18, 1913

His Majesty's Chargé d'Affaires at Vienna* reported to Sir Edward Grey recently that he had been informed at the Ministry for Foreign Affairs that, as the Austro-Hungarian Government had ascertained that no Power would raise any objections to the selection of Prince Wied as Ruler of Albania, they were now of opinion that he should take the initiative and proclaim himself.

His Majesty's Chargé d'Affaires has been instructed to point out to Count Berchtold that a formula was adopted by the Powers on July 29th to the effect that the Prince should be nominated by the six Powers. He could not therefore proclaim himself as his candidature had not been formally proposed to the Powers and they had therefore not yet formally selected him. His Majesty's Chargé d'Affaires was instructed to ask that Count Berchtold should make a formal proposal to the Powers on the subject.

Nr. 14076

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 204 Bukarest, den 19. November 1913

Mit der Begründung, französischer Geschäftsträger** habe hier angeregt, daß Rumänien Prinzen Wilhelm zu Wied den Mächten vorschlage, um zu vermeiden, daß Vorschlag seitens einer Großmacht einer der beiden Mächtegruppen erfolge, bittet mich Konseilpräsident, offiziell im Auftrage des Königs bei Euerer Exzellenz anzufragen, ob Prinz Wied Deutschland genehm sei[1]. Er bemerkt, Österreich, Italien und Frankreich hätten den Prinzen als genehm bezeichnet, Rußland

---

* C. Theo Russel.

** Comte Avril de Greigueil.

habe erklärt, er sei ihm genehm, falls er Frankreich und England genehm sei, England habe noch nicht geantwortet.

W a l d t h a u s e n

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Es geht wohl nicht anders? obwohl er ungeeignet ist dazu. W.

Nr. 14077

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 657 London, den 19. November 1913

Der anscheinend aus Wien stammende Gedanke, die albanische Thronkandidatur des Prinzen von Wied in Bukarest durch den rumänischen Minister des Auswärtigen den Gesandten der Tripelentente vorschlagen zu lassen, wird im hiesigen Foreign Office, wie ich aus verschiedenen zuverlässigen Quellen höre, sehr scharf kritisiert. Die Scheidung der Mächte, wobei England zur Tripelentente gerechnet wird, und der gewählte Weg der Anregung durch einen nicht zu den Konferenzmächten gehörigen Kleinstaat wird hier um so schärfer kritisiert, als die englische Regierung wiederholt unter der Hand zu verstehen gegeben hatte, daß sie gegen die Kandidatur des Prinzen von Wied keine Bedenken habe. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die österreichische Politik in Albanien hier immer wieder Mißtrauen und Ärger hervorruft, so daß es der ganzen persönlichen Beliebtheit des Grafen Mensdorff* bedarf, um ausgleichend und beruhigend zu wirken.

R. v. K ü h l m a n n

Nr. 14078

*Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny**, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Ausfertigung

Nr. 2 Valona, den 21. November 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich gehorsamst zu melden, daß die Internationale Kontrollkommission in ihrer heutigen Sitzung be-

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.

** Legationsrat Nadolny war Mitte November zur Vertretung Generalkonsuls Winckel, der von einem tollwutverdächtigen Hunde gebissen und zur ärztlichen Beobachtung nach Neapel gegangen war, nach Valona entsandt worden,

schlossen hat, den Regierungen der sechs Mächte folgendes mit der Bitte um Prüfung und Entscheidung zu unterbreiten:

„La Commission Internationale de Contrôle ayant appris de différentes sources, dignes de foi, que la population dans les districts albanais momentanément occupés par les troupes grecs prévoit avec inquiétude de grands troubles et dangers, lors de la retraite de ces troupes, et sachant que cette population, tant chrétienne que musulmane, est armée et surexcitée par des haines mutuelles, émet le voeu à l'unanimité, d'attirer dès maintenant l'attention des Puissances sur la nécessité de pendre des mesures pouvant assurer la transmission des pouvoirs exercés actuellement par les autorités grecques à une nouvelle autorité albanaise qui serait à constituer, et qui devrait être appuyée par une force exécutive suffisante."

Der albanische Delegierte Mufid Bey teilte dabei der Kommission mit, daß nach einer ihm aus Rom zugegangenen Nachricht die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung bereits mit der Prüfung der Angelegenheit befaßt seien.

Nadolny

Nr. 14 079

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 Rom, den 26. November 1913

Da Österreich italienischen Vorschlag, daß Österreich und Italien offizielle Zustimmung der Mächte zur Thronkandidatur Prinz Wied einholen und Albanern mitteilen sollten, nicht annimmt, so hat Sir E. Grey hier Gedanken angeregt, da Prinz Deutscher, solle offizieller Schritt von Kaiserlicher Regierung ausgehen.

Flotow

Nr. 14 080

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1494 Berlin, den 27. November 1913

Information in Telegramm Nr. 242* ungenau. Englischer Botschafter las mir gestern vertraulich Schreiben Sir E. Greys vor, wo-

---

wo er am 18. eintraf. Als Generalkonsul Winckel am 5. Februar 1914 die Geschäfte in der Kontrollkommission wieder übernahm, blieb Nadolny noch einige Monate in Albanien, um die Vorarbeiten zur Gründung eines deutschen Konsulats in Albanien durchzuführen.

* Siehe Nr. 14 079.

nach sich Wien und Rom an ihn gewandt hätten, damit er Zustimmung der Mächte zu Wied-Kandidatur einhole. Grey scheint diese Zumutung abgelehnt zu haben, da England an Kandidatur nicht interessiert. Er will dagegen vorschlagen, daß die Botschafter der fünf Mächte mir die Zustimmung ihrer Regierungen anzeigen und ich alsdann Prinz Wied, weil dieser Deutscher und zurzeit in Potsdam ist, hiervon Mitteilung mache*. Ich habe gegebenenfalls zugestimmt, da es sich für uns hierbei nur um Übermittlerrolle handelt.

Jagow

Nr. 14 081

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 3 Valona, den 23. November 1913
[pr. 27. November]

Die politischen Zustände in Albanien halten sich mit Mühe über Wasser. Es gibt im Lande vier provisorische Regierungen, die der Aufgabe nachgehen, bis zum Eintritt einer einheitlichen Staatsgewalt einigermaßen die Ordnung zu wahren.

Im Süden mit dem Sitz in Valona übt Ismail Kemal Bey seine, von ihm theoretisch als provisorische Regierung für ganz Albanien aufgefaßte und auch so bezeichnete Gewalt aus. Sein Einfluß erstreckt sich angeblich auf das gesamte Gebiet südlich vom Skumbi. In den Städten Valona, Berat und Tepeleni scheint er tatsächlich zu bestehen, wenngleich er in letzter Zeit auch hier mehr und mehr abnimmt; außerhalb der Städte dürfte er jedoch ziemlich illusorisch sein, und in den östlichen und südlichen Grenzgebieten kommt er überhaupt nicht zur Geltung.

Den mittleren Teil Albaniens, das Land zwischen Skumbi und Mati, beherrscht Essad Toptani Bey (gewöhnlich Essad Pascha genannt) von Durazzo aus, und zwar als „Chef der Exekutive des Senats für Mittelalbanien“. Er scheint dieses Gebiet, und zwar bis zur serbischen Grenze hin, ziemlich fest in Händen zu haben. Allerdings ertönen aus seinem Gremium mancherlei Klagen gegen ihn, auch zeigen Beschwerden seiner Nachbarregenten, daß er nicht übel Lust zu haben scheint, seinen Machtbereich über die von ihm selbst als die Grenzen seiner Sphäre bezeichneten beiden Flüsse auszudehnen.

In Alessio nebst San Giovanni di Medua und Umgebung gebietet der Malissore Ded Zoku mit seinen Notabeln. Er wollte jüngst seine

* Vgl. auch das Geheimtelegramm Sasonows an Iswolsky vom 27. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 358.

Sphäre bis zur Bojana hin erstrecken, ist jedoch von der Internationalen Kontrollkommission auf seinen ursprünglichen Bezirk zurückverwiesen worden.

Bezüglich Skutaris ist die Frage der Schaffung einer Zivilgewalt noch nicht entschieden, einstweilen hält in der Stadt und in der sie umgebenden Ebene der Führer des internationalen Truppendetachements, der englische Oberst Philips, das Regiment aufrecht. Das Land östlich davon, also das nordalbanische Hochland und das Gebiet der Mirditen, sind ohne eine Regierungsgewalt.

Die auf diese Weise regierenden albanischen Herren fassen, ihren schriftlichen Versicherungen nach ihre Rolle als rein provisorisch und lediglich bis zum Regierungsantritt des neuen Herrschers dauernd auf. Sie kommen den Requisitionen und Weisungen der Kontrollkommission anscheinend nach und sind auch von dieser für die bezeichneten Distrikte anerkannt worden. Bei Übergriffen, die sie sich zu schulden kommen lassen, und Reibungen untereinander werden sie von der Kommission darauf hingewiesen, daß sie den Status quo aufrechtzuerhalten hätten und dafür verantwortlich seien.

Wenn so von einer gewissen Ordnung der Dinge in Albanien gesprochen werden kann, so erhellt doch ohne weiteres, daß dieses Provisorium nicht lange haltbar ist. Die Gebiete im Nord- und Südosten sind überdies, wie ausgeführt, ohne jede Regierung. Die vier Bezirksregierungen aber tragen zu sehr den Charakter des Einstweiligen an sich. Es mangelt an einheitlichen Gesichtspunkten bei der Verwaltung und, was wohl die hauptsächlichste Gefahr in sich birgt, bei den drei Albanern an der Legitimität ihrer Machtstellung. Auch eine den Interessen des Landes dienende Finanzverwaltung dürfte kaum vorliegen. Wenngleich sich die drei Herren wohlweislich in den drei Hafenstädten des Landes niedergelassen und ihre Hand auf die Zolleinnahmen und damit auf die wesentlichsten Ressourcen gelegt haben, so erscheint es doch fraglich, ob deren Verwendung in zweckmäßiger Weise und zum Besten der Allgemeinheit erfolgt. Die Internationale Kommission gibt sich zwar Mühe, eine Art Oberaufsicht auszuüben, und will es auch versuchen, eine einigermaßen allgemeine Verwendung der Einnahmen zu ermöglichen, sie kann sich aber entsprechend ihrem Charakter und mangels exekutiver Gewalt im wesentlichen nur darauf beschränken, Gegensätze und Unbilligkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen und etwa beabsichtigten Änderungen der politischen Gestaltung entgegenzuwirken.

Es wäre daher im Interesse des Landes zu wünschen, daß die Frage der Besetzung des albanischen Thrones möglichst bald erledigt wird, und daß der Herrscher seinen Einzug nicht lange aufschiebt, da sonst die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß die verschiedenen administrativen Gewalten ihre eignen Wege

einschlagen und damit schließlich auch die jetzt noch von allen vertretene politische Einheit in die Brüche geht.

Neuerdings ist noch eine spezielle Frage in die Erscheinung getreten, die gleichfalls das Fehlen einer einheitlichen Regierungsgewalt fühlbar macht. Aus den an Serbien und Griechenland gefallenen Gebieten sind zahlreiche albanische Flüchtlinge nach Albanien herübergekommen. Insbesondere in Dibra und Elbasan halten sich viele Tausende davon auf, die dringend der Fürsorge bedürfen. Es sind bereits von verschiedenen Staaten Unterstützungen gespendet worden. So haben die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung Beiträge (etwa je 26 000 Franken) geleistet; ferner sind von privater österreichischer Seite 1000 Franken gespendet und von englischen Wohltätigkeitsgesellschaften 200 Pfund Sterling für Skutari gezahlt und 50 Pfund Sterling für Elbasan in Aussicht gestellt worden; auch von französischer Seite sollen Mittel zu erwarten sein. Eine Betätigung deutscher Kreise bei dieser Hilfeleistung ist von humanitären Gesichtspunkten aus selbstverständlich nur zu empfehlen. Auch würde sie, soweit ich die Verhältnisse bei meiner kurzen Anwesenheit hier beurteilen kann, sicher bemerkt werden und vielleicht eine gewisse günstige Rückwirkung auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Albanien ausüben können. Falls jedoch Mittel dafür nicht leicht flüssig zu machen oder solche an anderer Stelle dringender notwendig sind, dürfte es einstweilen für uns angängig sein, daß wir die Hilfeleistung den Staaten überlassen, die sich hier in die erste Linie gestellt haben. Jedenfalls werden aber alle diese Spenden der Not nicht abhelfen. Nach Ansicht der Kontrollkommission wäre es am zweckmäßigsten, wenn die Bedürftigen unter Bereitstellung größerer Summen bei verschiedenen, dem Lande dringend notwendigen öffentlichen Arbeiten beschäftigt oder auf den infolge des Krieges teilweise verlassenen oder entvölkerten Tschifliks angesiedelt werden könnten. Sie will auch in dieser Beziehung durch Einwirkung auf die Lokalregierungen ihr möglichstes versuchen. Wirksame Maßnahmen aber könnten nur von einer autoritativen allgemeinen Landesverwaltung aus ergriffen werden.

Nadolny

Nr. 14 082

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 344 Pera, den 29. November 1913

In der Anlage beehre ich mich eine Meldung unseres Vertrauensmannes über albanisch-türkische Zettelungen zu überreichen.

Der Gedanke, daß zwischen der Türkei und Albanien, speziell zwischen den beiderseitigen Muselmanen, enge Beziehungen erhalten werden müssen, gewinnt in allen Kreisen der türkischen Bevölkerung mehr und mehr an Boden. Die nächste Folge wird sein, daß in Albanien eine Spaltung zwischen Muhamedanern und Christen eintritt, die früher nicht existiert hat. Das ist von schlechter Vorbedeutung für die zukünftige Entwickelung des Landes und bedeutet eine schwere Belastung der Aufgaben, welche dem Prinzen Wied zufallen sollen.

In der türkischen Bewegung für Albanien sind zwei Strömungen zu unterscheiden. Die eine, welche hier durch Sureya repräsentiert wird, steht auf dem Boden der Londoner Entscheidungen und will für Albanien zunächst eine ruhige Entwickelung anbahnen unter der Leitung eines protestantischen Fürsten. Die andere Strömung will das türkische Verhältnis zu Albanien nur nach den politischen Notwendigkeiten der Türkei einrichten im Hinblick auf einen unvermeidlichen zweiten Krieg mit Griechenland wegen der Inseln. Albanien soll in die bulgarisch-türkische Kombination hineingezogen werden und auf dem Plane erscheinen, sobald von hier oder Sofia aus das Signal zum Vormarsch gegen die Griechen gegeben wird. An der Spitze dieser Bewegung steht Dschemal Bey *. Sie wird aber bis zu einem gewissen Grade vom Großwesir protegiert, allerdings voraussichtlich nur so lange, als die Inselfrage ungelöst bleibt.

Dschemal Bey hat vorgestern den österreichschen Botschafter aufgesucht und ihn für eine Unterstützung seiner albanischen Bestrebungen durch Österreich zu gewinnen gesucht. Er führte dabei aus, Österreich habe schon in London gegen die Verkleinerung des albanischen Territoriums Stellung genommen. Die Albanesen könnten innerhalb der ihnen jetzt gezogenen Grenzen nicht leben. Die von ihnen geplante gewaltsame Gebietserweiterung könne daher wohl auf die Unterstützung Österreichs rechnen. Ein protestantischer Prinz sei in Albanien unmöglich bei den wachsenden religiösen Gegensätzen. Prinz Wied werde bei dem ersten Besuche in den muselmanischen Berggebieten einer Kugel zum Opfer fallen. Österreichs Interesse entspreche es mehr, wenn in Albanien eine Sekundogenitur des osmanischen Hauses eingerichtet würde. Markgraf Pallavicini hat Dschemal Bey geantwortet, daß Österreich allerdings in London für gewisse albanische Wünsche eingetreten sei, jetzt aber selbstverständlich auf dem Boden der Londoner Beschlüsse stehe. Er könne den Albanesen nur raten, sich aller revolutionären Umtriebe und poli-

---

* Türkischer Minister der öffentlichen Arbeiten. Vgl. Dschemals „Erinnerungen eines Türkischen Staatsmanns“ (1922), S. 74 ff., die allerdings über den albanisch-türkischen Putsch zu Beginn des Jahres 1914 nichts bieten.

tischen Abenteuer zu enthalten und zunächst für die Konsolidierung der inneren Verhältnisse des Landes zu arbeiten *.

Wangenheim

Nr. 14 083

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 664 Konstantinopel, den 2. Dezember 1913

Markgraf Pallavicini hat gestern auftragsgemäß die Pforte vor türkischen Einmischungen in die albanische Frage gewarnt. Talaat Bey erwiderte dem Botschafter, daß die Regierung der Bewegung zugunsten einer muselmanischen Dynastie in Albanien fernstehe. Er wisse jedoch, daß bereits in den nächsten Tagen die Notabeln der muselmanischen Stämme in Elbasan zusammentreten würden, um zu der Wahl eines muselmanischen Fürsten zu schreiten [1]. Später sagte der Großwesir meinem österreichischen Kollegen, er habe ihn schon vor zwei Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß ein christlicher Herrscher sich in Albanien nicht werde durchsetzen und halten können [2]. Von den albanischen Treibereien behauptet Said Halim sonst nichts zu wissen.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ehe diese Frage nicht geklärt ist, darf Wied natürlich nicht hinunter, denn er kann nicht mit einem Bürgerkrieg anfangen.

[2] davon ist mir nicht das geringste mitgeteilt worden!!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Es wird Sache der Mächte sein, die den Prinzen Wied vorgeschlagen haben, für ihn die Situation erst einmal zu klären. Wilhelm I. R.

---

* Über ähnliche Äußerungen Dschemal Beys berichtete auch der k. und k. Militärattaché Oberst Pomiankowski am 8. Dezember; vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 496 ff. Der Bericht schloß mit den Worten: „Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß von der Jungtürkenpartei der Kriegsminister General Izzet Pascha für den Thron von Albanien ausersehen sei, und daß für ihn auch schon in Albanien agitiert werde. In Verbindung damit ist das Gerücht nicht ohne Interesse, nach welchem nach Abgang Izzet Paschas Oberst Dschemal Bey das Kriegsministerium übernehmen soll.“
Tatsächlich trat Izzet Pascha am 3. Januar 1914 von seinem Posten als Kriegsminister zurück; sein Nachfolger wurde aber nicht Dschemal Bey, sondern Enver Bey.

Nr. 14084

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Prinzen Wilhelm zu Wied

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 3. Dezember 1913

Euerer Durchlaucht beehre ich mich mitzuteilen, daß die Botschafter Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs und Rußlands sowie der italienische Geschäftsträger mir erklärt haben, daß ihre Regierungen mit der Kandidatur Euerer Durchlaucht für den albanischen Thron einverstanden seien. Die Erklärung des österreichisch-ungarischen Botschafters lautet, daß Euere Durchlaucht als Kandidat für den albanischen Thron „designiert" seien. Die Vertreter der genannten Mächte haben mich ersucht, Euerer Durchlaucht hiervon Mitteilung zu machen und sie von der Antwort Euerer Durchlaucht in Kenntnis zu setzen.

Indem ich Euer Durchlaucht bitte, mir eine geneigte Antwort zukommen lassen zu wollen, benutze ich diese Gelegenheit zur Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Jagow

Nr. 14085

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Valona, den 4. Dezember 1913

Kommission hat auf offiziellen italienischen Antrag Maßnahmen zur Wahrung der Ordnung bei Evakuation albanischen Gebiets von griechischen Truppen beraten und votiert, daß einzig wirksame Maßnahmen in sofortiger Organisation einer mindestens 3000 Mann starken Gendarmerie oder in internationaler Besetzung des betreffenden Gebiets bestehen. Für erstere Maßnahme einige Monate Zeit, ferner schleunige Ankunft holländischer Offiziere zur Organisation und Führung der Gendarmerie sowie Gelder erforderlich, welche Kommission auf ungefähr drei Millionen francs schätzt.

Nadolny

Nr. 14 086

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Valona, den 10. Dezember 1913

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 4*.

Nach Erörterung mit von Reise zurückgekehrten holländischen Offizieren erscheint es möglich, mit ihrer Hilfe in drei Wochen Gendarmerie von tausend Mann zu bilden, um, abgesehen von größerem, organisierten Widerstand, Sicherheit im Süden aufrechtzuerhalten. Monatliche Ausgabe auf 150 000 francs schätzbar; falls Mächte einverstanden, bittet Kommission Einsetzung der bereits von holländischer Mission erbetenen holländischen Offiziere beschleunigen und mangels hiesiger Mittel Gelder beschaffen. Ein holländischer Offizier wäre bereit, mit Genehmigung seiner Regierung Kommando zu übernehmen.

Nadolny

Nr. 14 087

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 267 Rom, den 8. Dezember 1913
[pr. 11. Dezember]

Der Marquis di San Giuliano sagte mir, die Schwierigkeit in Albanien sei jetzt hauptsächlich die, wer für Aufrechterhaltung der Ordnung nach Abzug der Griechen sorgen solle, ob ein internationales Truppendetachement[1] oder eine Organisation aus holländischen Offizieren, albanischen Gendarmen und dergleichen. Österreich und Italien seien entschieden für letzteres.

Hinsichtlich des Prinzen zu Wied meinte der Minister, es sei doch wohl anzunehmen, daß er vor Übernahme der Regierung bei „seinen Protektoren“, nämlich in Wien und Rom, einen Besuch mache. Im übrigen höre er, daß der Prinz von seiner ehrgeizigen Gemahlin dazu gedrängt werde, den Königstitel[2] zu verlangen.

Flotow

---

* Siehe Nr. 14 085.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unter keinen Umständen!!!
[2] die Alban[ische] Deputation hat ihr gestern ein Bouquet überreicht mit der Aufschrift der „Königin v[on] Albanien!“

Nr. 14 088

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 7 Valona, den 4. Dezember 1913
[pr. 11. Dezember]

Mit Bezug auf den Bericht vom 21. v. Mts. Nr. 2*.

In der heutigen Sitzung der Internationalen Kontrollkommission hat der italienische Delegierte im Auftrag seiner Regierung angeregt, die Kommission möchte die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung in den von den griechischen Truppen zu evakuierenden albanischen Gebieten nochmals prüfen und wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Unruhen vorschlagen. Die Kommission hat darauf beschlossen, den Mächten folgendes zu unterbreiten:

„La Commission Internationale de Contrôle, à la suite de la proposition du Délégué Italien, après discussion de la question des mesures à prendre pour maintenir l'ordre au moment de l'évacuation par les troupes grecs des territoires albanais, s'est mise d'accord pour reconnaître que les deux seules mesures efficaces seraient ou la création immédiate d'une gendarmerie forte de 3000 hommes au moins ou l'occupation internationale des territoires en question. La première quoique préférable est subordonnée au temps (quelques mois) à l'arrivée urgente des officiers hollandais pour organiser et commander cette gendarmerie et aux ressources financières que la Commission évalue très approximativement à 3 000 000 Francs.“

Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde verschiedentlich auf die angesichts des bevorstehenden Abrückens der Griechen bestehende Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßnahmen hingewiesen und ausgeführt, daß mit Rücksicht hierauf wohl nur eine einstweilige Besetzung durch internationale Truppen in Frage kommen könne. Der albanische Delegierte teilte mit, daß die bewaffnete Bevölkerung in den betreffenden Gebieten auf über 30 000 Mann zu schätzen sei.

N a d o l n y

---

* Siehe Nr. 14 078.

Nr. 14089

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 270 Rom, den 11. Dezember 1913

Hinsichtlich Albaniens sagte mir der Marquis di San Giuliano, es sei nicht von der Hand zu weisen, daß nach der Entfernung der griechischen Truppen aus Epirus die Gefahr von Unruhen und Massakers bestehe. Er sei der Ansicht, daß in diesem Falle den zu organisierenden albanischen Kräften nötigenfalls einige Offiziere der Mächte beigegeben werden müßten, und zwar nicht nur von Österreich und Italien, sondern auch von den Mächten der Tripelentente. Denn die Griechen würden die Offiziere der ihnen befreundeten Mächte wohl am leichtesten respektieren. Er stehe über diesen Plan mit Wien in Unterhandlung.

Der Gedanke entspricht der alten Tendenz des Ministers, in Albanien möglichst wenig mit Österreich allein gelassen zu werden.

Flotow

Nr. 14090

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Valona, den 13. Dezember 1913

Kommission beabsichtigt, für südliche Grenzgebiete folgende Proklamation zu erlassen, und bittet Genehmigung der Mächte:

„Die Internationale Kontrollkommission als Vertreter der sechs Großmächte, welche die Erschaffung eines albanischen Staates übernommen haben, appelliert an den Patriotismus und die gute Gesinnung der Bevölkerung in den von den griechischen Truppen zu räumenden Gebieten. Es ist ihr bekannt, daß Gerüchte verbreitet worden sind, um bei dem Volke Befürchtungen gegenüber der albanischen Regierung zu erregen wegen Wiederherstellung der Gewalt der Majorität über die Minorität in der Verwaltung. Diese Gerüchte sind böswillig und tendenziös. Denn es ist der Wunsch der Mächte, einen unabhängigen, autonomen, gedeihenden, lebendigen und auf dem ursprünglichen Grundsatz der Gleichheit für alle gegründeten Staat zu schaffen. Nur durch die Zusammenarbeit aller Elemente ohne Unterschied wird es möglich sein, dieses Ziel zu erreichen, welches

durch innere Rivalität und gegenseitiges Mißtrauen gefährdet werden kann.

An die Spitze dieses neuen Staates haben die Mächte einen von ihnen erwählten Fürsten gestellt und für eine lange Reihe von Jahren die internationale Kontrollkommission eingesetzt, in der sich ein albanischer Vertreter befindet. Dem Fürsten und der Kommission liegt es ob, eine Verwaltung einzurichten, die allen Bedürfnissen entspricht und den rechtmäßigen Bestrebungen des albanischen Volkes Rechnung trägt."

Französischer Wortlaut folgt schriftlich. Proklamation soll durch Veröffentlichung in Presse, Anschlag und Verteilung an Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet verbreitet werden*.

Nadolny

Nr. 14091

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Stellvertretenden Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona

Telegramm

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 2 — Berlin, den 16. Dezember 1913

Auf Telegramm Nr. 8**.

Ew. pp. sind ermächtigt, vorgeschlagener Organisation Gendarmerie unter holländischen Offizieren im Benehmen mit Dreibundkollegen zuzustimmen. Bezüglich Geldmittel hat Ismail Kemal nach Meldung Botschafters Rom erklärt, daß noch für einige Monate Gelder vorhanden.

Zimmermann

Nr. 14092

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 16 — Valona, den 13. Dezember 1913
[pr. 17. Dezember]

Die beiden hierher entsandten holländischen Offiziere sind nunmehr etwa vier Wochen im Lande umhergereist, um die Frage der

* Durch Telegramm Nr. 1 vom 14. Dezember wurde Nadolny verständigt, daß das Auswärtige Amt mit dem Proklamationserlaß, si omnes, einverstanden sei.
** Siehe Nr. 14086.

Bildung der für Albanien vorgesehenen Gendarmerie zu studieren. Ihre Rückkehr ist vor einigen Tagen erfolgt. Nach ihren der Kontrollkommission gegenüber abgegebenen Erklärungen erscheint mit Rücksicht auf die Zustände im Lande die alsbaldige Bildung der Gendarmerie eine dringende Notwendigkeit, da, abgesehen von den drei Städten Skutari, Durazzo und Valona, keinerlei organisierte Machtmittel bestehen. Die Kosten schätzen sie auf 3,1 Millionen frs. jährliche Unterhaltungskosten für die ersten 1000 Mann einschließlich der Offiziere, dazu 1,5 Millionen Kosten der Einrichtung. Die weiteren Organisationen bis zu der einstweilen als Grenze angenommenen Zahl von 5000 Mann dürften sich dann etwas billiger stellen. Von den 3,1 Millionen sollen für die Mannschaften und Unteroffiziere 2,8 Millionen verwandt werden. Dazu würden drei Stabsoffiziere zu je 30 000, sechs Hauptleute zu je 16 000 und zwölf Leutnants zu je 10 000 frs. kommen. Die Höhe der Offiziersgehälter begründen die Herren damit, daß bei den großen Schwierigkeiten der Lebensführung in diesem fast noch im Urzustande befindlichen Lande sich anders keine tauglichen Kräfte finden würden.

Die beiden Offiziere sind bereit, die Organisation alsbald selbst zu beginnen. Einstweilen wird es sich darum handeln, mit ihrer Hilfe die für die Aufrechterhaltung der Ordnung gelegentlich des Abgangs der griechischen Truppen erforderlichen Kräfte aufzubringen, worüber ich schon anderweit berichtet habe. Die für diesen Zweck eingestellten Kräfte dürften zugleich den Anfang der allgemeinen Gendarmerieorganisation bilden können.

Nadolny

Nr. 14 093

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 17 Valona, den 15. Dezember 1913
[pr. 19. Dezember]

Im Anschluß an Bericht vom 23. v. Mts. Nr. 3 *.

Die politischen Verhältnisse in Albanien haben sich in den letzten Wochen nicht wesentlich geändert. Die vier provisorischen Regierungen in Süd-, Mittelalbanien, Alessio und Skutari bestehen nach wie vor. Als fünfte kann noch die Herrschaft des Mirditen Prenk Doda über die Mirditenstämme bezeichnet werden, doch ist sie bisher offiziell nicht in die Erscheinung getreten. Im Bezirk von Alessio wollte sich ein neuer Machthaber, Wat Marrasch, in San Giovanni di

* Siehe Nr. 14 081.

Medua selbständig machen, es ist jedoch Ded Zoku gelungen, ihn daran zu hindern.

Ismail Kemal Bey in Valona und Ded Zoku in Alessio verhalten sich der Kontrollkommission gegenüber äußerst loyal. Sie geben den an sie gerichteten Ersuchen bereitwilligst Folge und machen auch sonst den Eindruck, als ob sie sich nur als Sachwalter bis zum Zustandekommen der legitimen Regierungsgewalt betrachten. Ismail Kemal Bey hat zum Beispiel der Kommission ohne weiteres sein Budget unterbreitet und die Hälfte des Überschusses für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Ferner hat er sich letzthin bereit erklärt, für die in den Südbezirken, die von den Griechen evakuiert werden, zu bildende Gendarmerie soweit als möglich Mittel herzugeben und die Bildung zu betreiben. Freilich geht er dabei wohl zugleich von dem Bestreben aus, auf diese Weise die betreffenden Bezirke als offiziell zu seinem Regierungsbereich gehörig zu charakterisieren und so seine Gewalt auszudehnen. Auch in der Besetzung der Verwaltungsstellen ist er allen Einwirkungen der Kommission zugänglich.

Ded Zoku war kürzlich hier und hat sich der Kommission vorgestellt und sie seiner Ergebenheit versichert. Der Hauptzweck seines Besuches schien allerdings zu sein, mit Ismail Kemal Bey gegen ihren beiderseitigen Gegner Essad Pascha Fühlung zu nehmen, mit dem sie beide in Fehde liegen.

Essad Pascha ist, soweit es sich um die Bewahrung des Status quo und Einfügung in die neue Staatsordnung handelt, das Sorgenkind der Kommission oder wenigstens des Teils davon, der die Entwickelung der Verhältnisse nach der Richtung eines einheitlichen albanischen Staates hin wünscht und betreibt. Nach wie vor zeigt der Pascha lebhafte Gelüste, sein Machtgebiet auszudehnen. So soll er in neuester Zeit seine Gendarmen in das nordöstliche Bergland entsandt haben. Ferner scheint er der internationalen Kontrolle gegenüber nach Möglichkeit seine Selbständigkeit wahren zu wollen. Wenigstens ist es nur so zu erklären, daß er den holländischen Offizieren, die zum Studium der Frage der Bildung einer Gendarmerie auch sein Gebiet durchreisten, trotz sonst freundlicher Aufnahme keinerlei Angaben über die Organisation seiner militärischen Kräfte gemacht, sondern diese als Geheimnis behandelt hat; ferner, daß er bisher der Aufforderung der Kontrollkommission, einen Teil der Überschüsse seiner Einnahmen für eine allgemeine Verwendung zugunsten der aus Serbien zugewanderten albanischen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, unter allerhand Ausflüchten ausgewichen ist. Ob er seine Machtvergrößerung nur dazu benutzen will, sich später für seine Bereitwilligkeit, der Monarchie zu dienen, um so höher belohnen zu lassen, oder ob er andere Zwecke verfolgt, ist eine Frage; Kenner der hiesigen Verhältnisse neigen der ersteren Ansicht zu.

An Spezialfragen stehen die der Versorgung der Flüchtlinge und

die der Aufrechterhaltung der Ordnung in den von den Griechen zu evakuierenden Gebieten in erster Linie. Für die Versorgung der Flüchtlinge hat die Kommission versucht, von Ismail Kemal Bey und Essad Pascha unter gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit einer Konzentration der Finanzverwaltung die Hälfte ihrer disponiblen Mittel zu erheben. Ismail Kemal Bey hat 2000 Ltqs. zur Verfügung gestellt, von denen ein Teil demnächst nach Skutari gesandt werden soll. Bei Essad Pascha ist, wie gesagt, der gewünschte Erfolg noch nicht eingetreten. Von englischer privater Seite sind erneut einige hundert Pfund Sterling gespendet worden, ferner hat der englische Delegierte in einer der letzten Sitzungen mitgeteilt, daß seine Regierung bereit sei, auf die von den sechs Mächten zu gewährende Anleihe* den Betrag von 5000 Pfund Sterling vorschußweise zur Verfügung zu stellen. Die Frage der Vornahme öffentlicher Arbeiten sowie der Ansiedelung der Flüchtlinge ist in der Kommission verschiedentlich angeschnitten worden, es mangelt jedoch an einer einheitlichen Initiative, um sie richtig zu betreiben.

Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung in den südlichen Grenzgebieten werden hier lebhafte Befürchtungen gehegt, da die griechische Regierung zahlreiche verabschiedete Offiziere mit der Revolutionierung des Gebietes beauftragt haben soll. Es erscheint vielen zweifelhaft, ob das hier in Aussicht genommene Gendarmerieaufgebot von 1000 Mann genügen wird. Jedenfalls haben die beiden niederländischen Offiziere mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit die Organisation alsbald in Angriff genommen. Das Detachement soll aus 750 Mann zu Fuß und 250 zu Pferde bestehen, 200 Mann sollen unter den in Skutari befindlichen Flüchtlingen angeworben und hierher befördert, die übrigen hier gesammelt werden. Es ist erfreulich zu beobachten, mit welcher Energie die beiden Offiziere sich ihrer Aufgabe widmen und was für Erstaunen sie damit

* Seit Prinz zu Wied in der zweiten Hälfte Oktober die Annahme der albanischen Kandidatur unter anderem davon abhängig gemacht hatte, daß die Großmächte oder doch einige von ihnen Albanien eine Anleihe von 75 Millionen Franken garantierten, die gegebenenfalls in Raten aufgenommen werden konnten, fanden zwischen den Mächten Pourparlers über die Aufbringung der nötigen Summen statt. Die Angelegenheit komplizierte sich von vornherein dadurch, daß ein österreichisch-italienisches Konsortium sich Anfang Oktober von der provisorischen Regierung in Valona eine Konzession zur Gründung einer Nationalbank für Albanien verschafft hatte, für die die österreichische und die italienische Regierung das alleinige Recht der Notenausgabe in Anspruch nahmen. Demgegenüber verlangten die Mächte der Tripelentente die Internationalisierung der Nationalbank. Frankreich und Rußland erklärten ausdrücklich, sich an der Garantie der projektierten albanischen Anleihe nur dann beteiligen zu wollen, wenn die Nationalbank internationalisiert werde, und wenn die Kontrollkommission die administrative und finanzielle Organisation Albaniens in die Hand nehme und die Kontrolle der Anleihe ausübe. Näheres darüber in Kap. CCLXXXII.

sowohl bei manchen Mitgliedern der Kontrollkommission, die ihre Stärke mehr in der Diskussion als in Entschlüssen zu betätigen gewohnt sind, als auch besonders bei der hiesigen Bevölkerung erregen, deren hervorstechendster Charakterzug allerdings eine ganz außerordentliche und unter den gegenwärtigen, zu Erörterungen Anlaß gebenden Zuständen besonders hervortretende Trägheit zu sein scheint. Der Erlaß einer beruhigenden Proklamation für die Grenzgebiete ist von der Kommission unter anderem deshalb ins Auge gefaßt worden, weil ein Teil der dortigen Bevölkerung fürchten soll, daß nach dem Abzug der Griechen bei ihnen die alte Willkürherrschaft der ehemaligen türkischen Beys wieder eintreten werde.

Alles in allem erscheint es nach wie vor sehr wünschenswert, daß in Albanien möglichst bald eine einheitliche Gewalt das Ruder in die Hand nimmt. Es wird eine starke, wenig mit „Wenn" und „Aber" rechnende Gewalt sein müssen, wenn sie dieses, soweit ich es hier kennengelernt habe, in Unordnung und Trägheit verkommene Volk emporheben und dazu bringen will, dem Lande den Tribut abzugewinnen, den es bei den hier vorhandenen günstigen Naturbedingungen liefern kann.

N a d o l n y

Nr. 14 094

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Prinzen Wilhelm zu Wied, z. Z. in Neuwied

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 27. Dezember 1913

Euerer Durchlaucht beehre ich mich mitzuteilen, daß die Botschafter des Dreiverbandes mir gegenüber mehrfach betont haben, die Bedingungen, von denen Euere Durchlaucht die Annahme des albanischen Thrones abhängig machten *, seien ihren Regierungen nicht bekannt. Insbesondere sagte mir kürzlich Sir Edward Goschen, das Londoner Kabinett habe von diesen Bedingungen bisher offiziell keine Kenntnis.

Euerer Durchlaucht darf ich zur Erwägung stellen, ob es sich unter diesen Umständen vielleicht empfiehlt, eine vorläufige Antwort auf mein Schreiben vom 3. Dezember ** hierher gelangen zu lassen und diese Vorantwort zur Aufzählung der Bedingungen zu benutzen. Euere Durchlaucht brauchten mir den Empfang meines Schreibens lediglich zu bestätigen und hinzuzufügen, daß Sie zur Annahme des Thrones von Albanien im allgemeinen zwar bereit, eine endgültige

---

* Siehe Nr. 14 067, Anlagen.
** Siehe Nr. 14 084.

Stellungnahme Ihnen aber erst möglich sei, nachdem die Mächte sich zu den von Euerer Durchlaucht aufgestellten Bedingungen geäußert hätten. Diese Bedingungen seien die folgenden:...

Ich würde dann, Euerer Durchlaucht Einverständnis vorausgesetzt, diese Vorantwort den hiesigen Botschaftern zwecks Weitergabe an ihre Regierungen mitteilen, deren Wunsch nach offizieller Bekanntgabe der Bedingungen damit seine Erledigung finden dürfte.

Gleichzeitig möchte ich Euerer Durchlaucht noch vertraulich mitteilen, daß auch die englische Regierung Nachrichten erhalten hat, wonach die Wahl Durazzos als Residenz nicht unbedenklich wäre, weil dadurch der Anschein erweckt würde, als ob Euere Durchlaucht sich ganz in die Hände Essad Paschas begäben, und dies in allen übrigen Kreisen Albaniens einen sehr nachteiligen Eindruck hervorrufen müßte*.

Jagow

Nr. 14 095

*Prinz Wilhelm zu Wied, z. Z. in Neuwied, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow***

Eigenhändiger Privatbrief

Neuwied, den 31. Dezember 1913

Euerer Exzellenz darf ich für das sehr geehrte Schreiben vom 3. Dezember, wodurch ich benachrichtigt wurde, daß die sechs Groß-

* Auf diese Mitteilung Jagows antwortete Prinz zu Wied in einem Schreiben vom 31. Dezember u. a.: „Was nun die von mir gewählte vorläufige Residenz betrifft, so habe ich Durazzo nach langem reiflichen Überlegen ausgesucht und bestimmt und kann von diesem Entschluß nicht wieder abgehen. Es kamen zunächst Valona, Durazzo und Skutari in Betracht. Skutari schied zunächst aus, da es die internationale Besatzung hat, nicht am Meere liegt und drittens direkt an der Grenze von Montenegro. Ich habe allen Albaniern, die ich bisher gesehen habe, gegenüber betont, daß ich eine Stadt in möglichst zentraler Lage als vorläufige Residenz ausgesucht hätte. Aus diesem Grunde schied auch Valona aus, das sonst als Sitz der provisorischen Regierung geeignet gewesen wäre. In Valona ist aber kein Staatsgebäude, das wir hätten bewohnen können . . . In Durazzo ist ein ziemlich großer steinerner Konak, der in drei Wochen für uns sehr gut bewohnbar gemacht werden kann. Wir bewohnen dann ein Staatsgebäude. Valona und Durazzo sind beide von Ende Juni ab wegen Malariagefahr nicht mehr bewohnbar; es kommt als Sommeraufenthalt nur Tirana in Betracht, das mit Durazzo mit einer 30 Kilometer langen Chaussee — auch für Automobile fahrbar — verbunden ist. Die Überwachung der Einrichtung eines dortigen Sommerwohnsitzes sowie die Übersiedlung nach Tirana und umgekehrt ist aber bei den schlechten Verbindungen von Valona sehr schwierig, von Durazzo am einfachsten."

** Abschriften des Schreibens wurden von Staatssekretär von Jagow, wie zuvor mit Prinz Wied verabredet war (vgl. Nr. 14 094), den Botschaftern der Mächte

mächte mit meiner Kandidatur für den Thron von Albanien einverstanden sind, meinen ergebensten Dank zum Ausdruck bringen.

Ich bin zur Annahme des Thrones von Albanien zwar im allgemeinen bereit, vermag aber eine endgültige Antwort erst zu geben, nachdem die Mächte sich zu den von mir aufgestellten Bedingungen geäußert haben werden:

Diese sind:

1. Da der erste Artikel des Londoner Protokolls, die Organisation Albaniens betreffend, bestimmt, daß der Fürst durch die sechs Großmächte designiert wird, muß zunächst ihre Zustimmung zu meiner Kandidatur erlangt werden.

2. Eine Deputation bestehend aus Vertretern des ganzen albanischen Landes muß nach Deutschland kommen, um mir den Thron ihres Landes anzubieten.

3. Garantie, daß Essad Pascha den Willen Europas anerkennt und sich dem neuen Fürsten unterwirft.

4. Die Großmächte oder ein Teil derselben garantieren eine Anleihe von 75 Millionen francs zu 4 Prozent, die in verschiedenen Raten bezahlt werden kann. Die erste Rate soll 20 Millionen francs betragen.

5. Der Fürst erhält eine Zivilliste von 200 000 francs jährlich, die bis zur Aufstellung eines festen Budgets aus der Anleihe bezahlt wird.

6. Der Entwurf für die Organisation und Verwaltung des Landes unterliegt der Genehmigung durch den Fürsten.

7. Die Südgrenze von Albanien muß wenigstens in den Hauptpunkten festgelegt sein, so daß Streitfragen über die definitive Grenzlinie ausgeschlossen sind.

Wilhelm Prinz zu Wied

---

am 2. Januar 1914 teils persönlich, teils schriftlich zugestellt. Über die Frage einer Rückantwort an den Prinzen wurde lange zwischen den Mächten der Tripelentente verhandelt. Schließlich erhielten Mitte Februar der französische und der russische Botschafter in Berlin den Auftrag, dem Prinzen Wied zu antworten, daß seine Mitteilung von der Annahme des albanischen Throns zur Kenntnis genommen sei, daß aber die von dem Prinzen mit der Mitteilung verknüpfte Bedingung eines Vorschusses auf die Anleihe den Gegenstand von Verhandlungen der Ententemächte mit Österreich und Italien bilde. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 26. Januar 1914; Geheimtelegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Berlin Sverwejew vom 15. Februar 1914; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, IV, 35, 54. Inzwischen hatte sich Prinz Wied, nachdem ihm die österreich-ungarische und die italienische Regierung eine Anzahlung von 10 Millionen francs auf die Anleihe von 75 Millionen gewährt hatten, entschlossen, den Thron anzunehmen, auch ohne daß die Mächte ihm eine Rückäußerung auf sein Schreiben vom 31. Dezember hatten zuteil werden lassen. Vgl. dazu Kap. CCLXXXII.

Nr. 14 096

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Valona, den 3. Januar 1914
[pr. 4. Januar]

Kommission hat glaubwürdige Nachricht, daß von Jungtürken aus Konstantinopel unter Ägide von Talaat Bey, Dschemal Bey und Kriegsminister Izzet Pascha Bewegung eingeleitet worden ist, um muselmanischen Fürsten auf albanischen Thron zu setzen und Autonomie für Mazedonien zu erlangen. Izzet Pascha soll Thronkandidat sein. Ein gewisser durch Kriegstaten gegen Griechenland bekannter Bekir Effendi ist hergekommen, um die Bewegung zu organisieren, Waffen und Führer sollen auf österreichischem Dampfer über Brindisi unterwegs sein. Ismail Kemal und Essad Pascha scheinen jeder für sich mit Bewegung in Verbindung zu stehen, wahrscheinlich um sie eventuell zu benutzen, wenn Prinz Wied sich nur einem von ihnen zuwendet.

Italienischer Vertreter hat in Rom Überwachung des Dampfers in Brindisi angeregt.

Nadolny

Nr. 14 097

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Konstantinopel, den 4. Januar 1914
Geheim

Vertrauensmann erfährt von sehr glaubwürdiger Seite, die inmitten der von hier aus geschürten albanesischen Bewegung steht, daß die Mehrzahl der albanesischen muselmanischen Führer in geheimer Versammlung sich auf Izzet Pascha als Fürsten von Albanien geeinigt hätten, und daß dessen Wahl in dem Monat erfolgen soll, in dem Prinz Wied die Reise nach Durazzo antritt. Rücktritt Izzets* hängt möglicherweise damit zusammen.

Es verlautet, daß in letzter Zeit nicht nur eine Anzahl Offiziere, sondern auch Munitions- und Waffentransporte nach Albanien gelangten.

Mutius

---

* Vgl. Nr. 14 082, S. 315, Fußnote *.

Nr. 14 098

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten im Haag von Müller

Telegramm

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 1 Berlin, den 5. Januar 1914

Deutscher Delegierter bei albanischer Kontrollkommission meldet:

„Nach Mitteilung niederländischer Offiziere verlangt holländische Regierung vor beabsichtigter Entsendung von zwölf Offizieren für Gendarmerie Festsetzung ihrer materiellen und rechtlichen Stellung. Kommission glaubt wegen Dringlichkeit, daß niederländische Regierung Bezahlung einstweilen und vorbehaltlich von den Mächten garantierter Rückzahlung durch albanische Regierung übernehmen könnte und anheimstellt weitere Veranlassung."

Ew. pp. sind ermächtigt, sich eventuellen diesbezüglichen Schritten Ihrer Dreibundkollegen bei dortiger Regierung anzuschließen *.

Jagow

Nr. 14 099

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Konstantinopel, den 5. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 7 **.

Vertrauensmann meldet:

Geheime albanische Deputation, vor einigen Tagen hier anwesend, bot Izzet albanischen Thron an. Izzet nahm unter Bedingung an, daß Albanien nur Fürstentum, nicht Königreich würde.

Mutius

---

* Über die Ausführung der Weisung berichtete von Müller am 14. Januar (Nr. 2): „Nachdem meine Kollegen von Österreich-Ungarn und Italien ihre Instruktionen erhalten hatten, ist gestern von sämtlichen in Betracht kommenden fremdländischen Vertretern beschlossen worden, den französischen Gesandten als unseren Doyen zu beauftragen, den entsprechenden Schritt beim Minister des Äußern zu tun." Wie der französische Gesandte Marcellin Pellet nach Ausführung des Auftrags seinen Kollegen mitteilte, erklärte sich der holländische Außenminister Loudon durchaus einverstanden.

** Siehe Nr. 14 097.

Nr. 14 100

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Valona, den 8. Januar 1914

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 1*.

Kommission hat hier gegenüber türkischem Komplott Kontrolle aller einlaufenden Schiffe durch österreichischen und italienischen Stationär sowie Kontrolle an Land durch Gendarmerie unter Kommando der holländischen Offiziere veranlaßt. Ferner ist Belagerungszustand verhängt worden.

Bisher hat man 250 Türken aus Konstantinopel auf verschiedenen Triester Schiffen festgestellt. 20 Offiziere und Emissäre, alle als Kaufleute legitimiert, sind hier interniert, 230 Mannschaften nach Triest weitergesandt worden.

Nadolny

Nr. 14 101

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 4 Wien, den 7. Januar 1914
[pr. 8. Januar]

Graf Berchtold hat heute mit Hilmi Pascha eine eingehende Besprechung wegen der Bewegung zugunsten der Kandidatur Izzet Paschas für den albanischen Thron gehabt. Minister hat dabei dem türkischen Botschafter gegenüber einen ernsten Ton angeschlagen und ihn im Interesse der Türkei selbst dringend ersucht, seiner Regierung das Gefährliche einer Unterstützung dieses Experiments vor Augen zu führen. Graf Berchtold, der mir dies mitteilte, fügte hinzu, daß er damit eigentlich offene Türen eingeschlagen habe; denn Hilmi Pascha habe sichtlich aus voller Überzeugung beteuert, daß er es für ganz ausgeschlossen erachte, daß die türkische Regierung und die Jungtürken hinter der Sache ständen. Auch nach seiner in-

---

* Durch Telegramm Nr. 1 waren die Konstantinopler Telegramme Nr. 7 und 9 (siehe Nr. 14 097 und 14 099) nach Valona mitgeteilt worden.

timen Kenntnis der Persönlichkeit Izzet Paschas müsse er den Gedanken von der Hand weisen, daß dieser selbst den albanischen Thron anstrebe. Izzet sei ein viel zu guter türkischer Patriot und ein viel zu ruhiger und vernünftig denkender Mann, um sich in solche Abenteuer einzulassen. Hilmi Pascha hat schließlich dem Minister versprochen, unverzüglich und sehr energisch in Konstantinopel vorstellig zu werden.

Graf Berchtold ist besonders auch durch das Hervortreten Talaat Beys beunruhigt, den er für gefährlich hält. Die Ankunft Bekir Effendis in Valona sei auch ihm gemeldet worden, doch sei dieser den letzten Nachrichten zufolge bereits wieder von dort abgereist. Die Nachricht, daß in Valona der Belagerungszustand erklärt worden sei, sei bisher noch unbestätigt. Hilmi Pascha halte sie für falsch.

von Tschirschky

Nr. 14 102

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius

Telegramm. Konzept

Nr. 6 Berlin, den 9. Januar 1914

Meldungen häufen sich, wonach Kandidatur Izzet für Albanien im Gange und jungtürkisches Komitee Bewegung nicht fernsteht. Wir können im eigensten Interesse der Türkei nur erneut vor derartigen Abenteuern warnen. Peinlicher Eindruck dadurch verstärkt, daß Kandidat eben Minister war.

Bitte vorstehendes nach Benehmen mit österreichischem Kollegen bei Großwesir verwerten.

Jagow

Nr. 14 103

Der Stellvertretende Delegierte bei der Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Valona, den 9. Januar 1914

Durchsuchung hier internierter türkischer Offiziere hat 12 000 francs Gold nebst vielem Papiergeld sowie Waffen, Munition und

Dynamit ergeben. Mehrere haben Urlaub des türkischen Kriegsministers Izzet Pascha auf ein Jahr.

Die nach Triest entsandten Mannschaften sollen mit nächstem Dampfer wieder nach Konstantinopel befördert werden.

Bek Bekir Effendi, welcher nach Brindisi gegangen war, ist heute bei Rückkehr verhaftet worden. Bei ihm vorgefundene Briefe und chiffrierte Depeschen sowie tagsüber erfolgtes erstes Verhör durch Kommission und Regierung haben Ursprung des Komplotts in Konstantinopel sowie führende Tätigkeit klargestellt. Anscheinend ist ganz Albanien beteiligt, besonders Essad Pascha und Ismail Kemal werden durch Material und Aussagen belastet. Unter Papieren befindet sich Anweisung türkischen Konsulats Triest auf Triester Bank.

Nadolny

Nr. 14 104

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 6 — Wien, den 8. Januar 1914
[pr. 9. Januar]

Einem vertrauenswürdigen Gewährsmann hat Sir M. de Bunsen Andeutungen gemacht, daß England und mit ihm die beiden anderen Ententemächte mit der Absicht umgingen, sich über kurz oder lang aus der albanischen Kontrollkommission ganz zurückzuziehen. Man sei in London zu der Überzeugung gelangt, daß ein ersprießliches Zusammenarbeiten der sechs Mächte auf die Dauer unmöglich sei; deshalb wolle man das von Deutschland und Österreich-Ungarn in der Kretafrage gegebene Beispiel befolgen und die Flöte niederlegen.

Ob dabei die Absicht etwa mitspielt, Österreich und Italien in Albanien allein zu lassen, was für die Beziehungen dieser beiden Staaten zueinander leicht gefährlich werden könnte, bleibe dahingestellt.

Wie sich mein Gewährsmann versichert hat, hat der englische Botschafter beim gestrigen Empfang beim Grafen Berchtold dem Minister nicht von dieser Absicht gesprochen.

von Tschirschky

Nr. 14 105

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Valona, den 9. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 8*.

Banden Essad Paschas haben das zu Valona gehörige Elbasan von drei Seiten angegriffen. Hiesiges Gendarmeriedetachement mit ihnen im Kampf. Kommission hat Essad Pascha aufgefordert, sofort von Angriff abzustehen und ihn für Folgen persönlich verantwortlich gemacht. Österreichischer und italienischer Vertreter haben bei ihren Regierungen Stationäre für Durazzo erbeten.

Nadolny

Nr. 14 106

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Valona, den 9. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 7**.

Wegen Aburteilung von Bekir Effendi und der anderen internierten türkischen Offiziere und Führer ist Zusammentritt eines Kriegsgerichts unter Vorsitz von niederländischem Oberst veranlaßt. Genaue Prüfung der beschlagnahmten Schriftstücke, darunter eines Telegramms von Bekir an Großwesir, hat klar ergeben, daß türkische Regierung das Komplott unterstützt hat. Einverständnis von Essad Pascha und Ismail Kemal Bey gleichfalls erwiesen.

Meines Erachtens ist dieser Anlaß zu benutzen, um beide Machthaber, deren Herrschaft und Rivalität ohnehin Regierungsantritt des Prinzen Wied kaum ermöglicht, alsbald unter Bereithaltung größerer Sicherheitskräfte zu beseitigen und in Durazzo und Valona Lokalbehörden einzurichten.

Nadolny

---

* Im Telegramm Nr. 8 vom 9. Januar hatte Nadolny gemeldet, daß in Elbasan im Hinblick auf das Andringen von Banden, die im Einverständnis mit Essad Pascha standen, Belagerungszustand erklärt sei.

** Siehe Nr. 14 103.

Nr. 14 107

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Konstantinopel, den 10. Januar 1914

Markgraf Pallavicini teilte mir mit, Großwesir habe ihm vor zwei Tagen erklärt:

1) daß die Pforte mit albanischer Bewegung nichts zu tun habe[1],

2) daß er Waffen- und Munitionssendungen nach Albanien verhindern werde[2],

3) daß Izzet Pascha, solange er in der türkischen Armee diene[3], eine Kandidatur für den albanischen Thron nicht annehmen werde.

Gestern hat darauf Izzet Pascha den Markgraf Pallavicini aufgesucht und mitgeteilt: Schon vor zwei Monaten sei er von hiesigen Albaniern wegen eventueller Übernahme des albanischen Thrones sondiert worden. Vor vierzehn Tagen habe sich darauf Essad Pascha durch einen Brief ihm vollständig zur Verfügung gestellt und ihn aufgefordert, nach Albanien zu kommen. Izzet habe darauf geantwortet, nur mit Zustimmung Österreich-Ungarns und Italiens könne er Kandidatur annehmen. Von Markgraf Pallavicini befragt, erklärte Izzet eine absolute Weigerung, Kandidatur anzunehmen, nicht aussprechen zu können[4], doch werde er nur mit Zustimmung der Mächte handeln. Markgraf Pallavicini hatte von diesen Erklärungen Izzets den Eindruck der Aufrichtigkeit, und daß Izzet persönlich an Kandidatur nichts liege.

Markgraf Pallavicini bestätigt, daß in Konstantinopel ein albanisches Komitee besteht, dem auch Mitglieder des jungtürkischen Komitees[5] angehören.

Mutius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gelogen!

[2] sind schon da!

[3] kann ja abgehen!

[4] aha!

[5] Enver!

Nr. 14 108

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Pera, den 11. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 23*.

Großwesir leugnete[1] heute auch mir gegenüber, als ich vor einer Abenteuerpolitik in Albanien warnte, jede Verbindung der türkischen

---

* Siehe Nr. 14 107.

Regierung mit der albanischen Bewegung. Allerdings lebten Tausende von Albanern in der Türkei, worunter viele wohlhabende Leute[2]. Die Pforte sei außerstande, etwaige politische Bestrebungen unter diesen Elementen zu kontrollieren oder zu verhindern[3].

Mutius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Er lügt.
[2] sogar Kriegsminister wie Izzet!
[3] Na also! Das kommt aufs Selbe hinaus! Sie wird nichts thun die Unternehmungen zu hindern. Die Jungtürken lügen ebenso gut, wie die Alt Europäer!

Nr. 14 109

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Valona, den 11. Januar 1914

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 9* und Nr. 10**.

Essad Pascha hat auf Telegramm der Kommission nichtssagende Antwort erteilt. Inzwischen dringen seine Banden siegreich auf Elbasan vor, Fall der Stadt scheint in zwei bis drei Tagen zu erwarten, Weg nach Valona wäre dann offen.

Ismail Kemal Bey hat heute wegen Ernstes der Situation und auch wohl eigener prekärer Lage mit seinen Ministern der Kommission die Demission angeboten unter der Bedingung, daß diese ganz Albanien in ihre Gewalt nehme. Alle Delegierten sind einig, daß Annahme dieses Anerbietens zweckmäßig, da nur unter diesen Umständen Essad Pascha zu gleichem Schritt veranlaßt und auf diese Weise fortschreitende Anarchie gehemmt werden könnte. Für den Bezirk Valona, Berat, Elbasan würde von Kommission ein Direktor ernannt werden, und zwar kommt bisheriger Minister des Innern Fewsi Bey in Frage. Alsdann würde Kommission nach Durazzo gehen und unter Mitwirkung von inzwischen dorthin abzusendenden Stationären Essad Pascha zur Demission zwingen müssen.

Da Ereignisse drängen, bitte um baldige Instruktion***.

Nadolny

* Siehe Nr. 14 105.
** Siehe Nr. 14 106.
*** Das obige Telegramm wurde mittels Telegramm Nr. 5 bzw. 7 nach Wien und Rom mit der Weisung mitgeteilt, die Ansicht der dortigen Regierungen über den Kommissionsvorschlag festzustellen, dem Deutschland, si omnes, zuzustimmen geneigt sei.

Nr. 14110

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 9 Pera, den 9. Januar 1914
[pr. 12. Januar]

Es ist nicht leicht, in die eigentümlichen Zusammenhänge hineinzusehen, die gegenwärtig zwischen Konstantinopel und Albanien bestehen. So viel aber scheint allerdings sicher zu sein, daß von hier aus eine muhammedanische und antigriechische Politik in Albanien geschürt wird, und daß von den Leitern dieser Bewegung der ehemalige Kriegsminister Izzet Pascha zum Fürsten von Albanien ausersehen war.

Izzet selber hat die Nachricht natürlich dementieren lassen, in einem einer hiesigen Zeitung gewährten Interview sich aber so gewunden ausgedrückt, daß der Eindruck sich verstärkt, daß er doch mit der Bewegung in Verbindung steht.

Ob und inwieweit die Pforte selber an dieser albanischen Politik beteiligt ist, mag dahingestellt bleiben, obgleich türkische Offiziere und Soldaten wohl kaum ohne Vorwissen der Regierung nach Albanien gelangen könnten. Daß sie sich aber mit den Wünschen des Komitees deckt, scheint mir in hohem Grade wahrscheinlich. Das Komitee bedarf, um sich zu halten, äußerer Erfolge. Die Inselfrage ist dasjenige Gebiet, auf welchem es sich seine nächsten Ziele gesteckt hat. Dadurch kommt eine deutliche antigriechische Spitze in sein Programm, und jede Schwächung Griechenlands muß ihm erwünscht erscheinen. Dadurch wieder ist ein Anknüpfungspunkt an die Revanchegelüste der Bulgaren gegeben, und es fehlt nicht an Beobachtern, welche den eigentlichen Ausgangspunkt jener albanischen Politik in Bulgarien suchen.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien scheinen ziemlich intim zu sein. Zwischen Konstantinopel und Sofia sollen bulgarische Offiziere und andere Persönlichkeiten beständig kommen und gehen, und man spricht bereits von einer geheimen türkisch-bulgarischen Verständigung vielleicht nicht zwischen den Regierungen, aber zwischen einflußreichen Kreisen beider Länder.

Wie ich höre, soll Essad Pascha in Albanien vor allem für den Gedanken eines muhammedanischen Fürstentums wirken.

Mutius

Nr. 14 111

Der Botschafter in Rom von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Rom, den 12. Januar 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 5*.

Marquis di San Giuliano, gemeinsamer bewaffneter Aktion in Albanien stets abgeneigt, zieht vor, zunächst den inzwischen von Kontrollkommission vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, nämlich Angebot Demission Ismail Kemal Beys anzunehmen und provisorische Regierung der Kontrollkommission zu übertragen. Es würde dann vielleicht gelingen, auch Essad zur Unterwerfung zu bringen. Marquis di San Giuliano hat entsprechenden Vorschlag in Wien gemacht und bittet, ihn dort zu unterstützen.

Flotow

Nr. 14 112

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Wien, den 12. Januar 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 3 vom 11. Januar**.

Daß neben Einverständnis türkischer Regierung an Putschversuch auch dasjenige Essad Paschas und Ismail Kemal Beys festgestellt sei, ist von österreichischem Delegierten hierher nicht gemeldet worden. Letzterer hat nur wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Anwesenheit Essad Paschas in Albanien und dessen Intrigen größte Gefahr. Auch von Griechenland soll er Geld genommen haben.

Beseitigung Essad Paschas und Ismail Kemal Beys wäre nach hiesiger Auffassung im allgemeinen gewiß erwünscht. Nur würden Zwangsmaßregeln unter Bereitstellung größerer Sicherheitskräfte kaum mit den holländischen Gendarmen oder einheimischen Truppen durchzuführen sein. Internationale Truppen aber neuerdings in dem Lande zu lassen, möchte man hier, wenn irgend möglich, vermeiden.

Die Hauptsache bleibe, daß Prinz Wied so bald als möglich sich nach Albanien begebe.

Tschirschky

---

* Durch Telegramm Nr. 5 vom 11. Januar war das Telegramm Nr. 10 aus Valona — siehe Nr. 14 106 — nach Rom mitgeteilt worden.

** Durch Telegramm Nr. 3 vom 11. Januar war das Telegramm Nr. 10 aus Valona — siehe Nr. 14 106 — nach Wien mitgeteilt worden.

Nr. 14 113

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Stellvertretenden Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona

Telegramm

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 4 Berlin, den 14. Januar 1914

Auf Telegramm Nr. 11 *.

Mit Übernahme provisorischer Regierung durch Kontrollkommission und Einsetzung Fewsi Beys als Direktor einverstanden. Auch wäre erwünscht, Essad Pascha zur Unterwerfung zu bringen. In Übereinstimmung mit Wien und Rom ist jedoch Anwendung von Gewalt tunlichst zu vermeiden.

Zimmermann

Nr. 14 114

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Wien, den 14. Januar 1914

Antwort auf Telegramm Nr. 5 ** und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 7 ***.

Hier ist fast gleichlautende Meldung des österreichisch-ungarischen Vertreters bei Kontrollkommission eingegangen. Vorschlag, daß Demission Ismail Kemal Beys angenommen, Kommission mit Exekutive betraut, übrige Minister mit verändertem Titel — insbesondere Fewsi Bey als Direktor für Bezirke Valona, Berat, Elbasan — beibehalten werden, um dann zu versuchen, auch Essad Pascha zur Demission zu bringen, wird hier angenommen.

Graf Berchtold hat in folgender Fassung nach Rom darüber telegraphiert: „Die k. und k. Regierung gibt ihre Zustimmung dazu, daß die Befugnisse der Kontrollkommission erweitert werden, so daß sie dringende administrative Vorkehrungen treffen könne. Diese Befugnisse erlöschen jedoch bei Eintreffen des Fürsten in Albanien."

---

* Siehe Nr. 14 109.

** Durch Telegramm Nr. 5 vom 12. Januar war das Telegramm aus Valona Nr. 11 — siehe Nr. 14 109 — nach Wien mitgeteilt worden.

*** Durch Telegramm Nr. 7 war das Telegramm aus Rom Nr. 13 — siehe Nr. 14 111 — nach Wien mitgeteilt worden.

Bei dieser Fassung ist das Wort Übertragung der „R e g i e r u n g“ an die Kommission umgangen worden, weil die Verantwortung für eventuelle Unruhen andernfalls auf die Kommission fallen würde, was man hier wegen der Besorgnis für Landung internationaler Kontingente vermeiden will.

Rom hat sich mit obiger Fassung hiesiger Zustimmung einverstanden erklärt.

Gestern sind übrigens telegraphische Nachrichten hier eingegangen, denen zufolge Unruhen bei Elbasan abflauen.

Für entscheidend hält man hier nach wie vor, daß Prinz Wied möglichst bald nach Albanien geht.

T s c h i r s c h k y

Nr. 14115

Aide-mémoire

Von der englischen Botschaft in Berlin am 14. Januar 1914 mitgeteilt

Berlin, January 10, 1914

The British delegate on the International Commission of Control in Albania has expressed to Sir Edward Grey the opinion that if Prince Wied were to land at Durazzo * he would seriously jeopardize his prospects of establishing a stable national administration in Albania. Mr. Lamb states that the district of Durazzo is entirely in the power of Essad Pasha who, however little he may enjoy the affection and esteem of his fellow-countrymen, has succeeded in making himself feared and constitutes the strongest material force at the present moment in Albania. By landing at Durazzo Prince Wied would, he considers, create the impression that he had identified his cause with the personality of Essad and that he is entirely under the influence of the latter, whilst the acquiescence of the Austro-Hungarian Government in such a step might also give rise to misunderstandings. His Serene Highness would therefore from the outset enhance the prestige of Essad at the expense of his own prestige, and he might easily find himself before long engaged in a struggle with Essad for supremacy in the country which he is called upon to rule.

As regards Prince Wied's suggestion that he should be escorted from Trieste to Durazzo by a British as well as an Austro-Hungarian Man-of-War, Mr. Lamb is of opinion that it would be preferable that His Serene Highness should arrive in Albania with an international escort and that he should make his first appearance at Scutari, since that place alone is unaffected by the rivalry existing between the two principal „Provisional Governments“ in Albania.

* Vgl. dazu Nr. 14 094, S. 325, Fußnote *.

Sir Edward Goschen has been instructed by Sir Edward Grey to request His Excellency Herr von Jagow to be so good as to bring the above to the knowledge of Prince Wied as embodying the views of His Majesty's Government.

Nr. 14116

Der Botschafter in Rom von Flotow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 10 Rom, den 13. Januar 1914
[pr. 16. Januar]

Gegenüber dem türkischen Komplott in Albanien zeigte sich der Marquis di San Giuliano von Anfang an ziemlich indifferent. Es ist möglich, daß der Vorgang seinen graekophoben und augenblicklich turkophilen Gefühlen nicht einmal durchaus unerwünscht erschien. Zu einem bewaffneten Vorgehen gegen Ismail Kemal und gegen Essad zeigte er auch keine große Lust. Das hängt aber vor allem damit zusammen, daß er jede gemeinsame bewaffnete Aktion in Albanien wegen der möglichen europäischen Konsequenzen für bedenklich hält, noch mehr aber ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Österreich allein fürchtet. Er erklärte mir, in letzterem sehe er den Anfang der Aufteilung Albaniens zwischen Österreich und Italien und damit die Quelle des Zwistes zwischen beiden Ländern.

Der Minister zieht daher zunächst vor, den von der Kommission empfohlenen Weg zu gehen, ihr die Gewalt zu übertragen und dann Essad Pascha zur Demission zu bewegen.

Der Marquis wünscht die Beschleunigung der Abreise des Prinzen Wied. Ich habe ihm erwidert, daß in diesem Augenblick dem Prinzen kaum ein Eintreffen in Albanien zugemutet werden könne.

Flotow

Nr. 14117

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 35 Valona, den 11. Januar 1914
[pr. 16. Januar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in nachstehendem eine summarische Darstellung der mit dem jungtürkischen Anschlag zusammenhängenden hiesigen Vorgänge zu unterbreiten:

Die erste Nachricht über den Anschlag hat die Kommission von dem albanischen Delegierten Mufid Bey erhalten, der auf eine Meldung hin, daß im Norden von Elbasan einige zum Bezirk von Durazzo gehörige Stämme für einen muselmanischen Fürsten eintreten wollten, aus Sympathie für seinen Freund Essad Pascha und um seinem Gegner Ismail Kemal Bey zu schaden, mitteilte, daß eine solche Bewegung in der Tat bestehe, jedoch werde sie von dem jungtürkischen Komitee hier in Valona betrieben, und zwar sei ein gewisser Bekir Effendi, früherer türkischer Major und hervorragender Kämpfer gegen Griechenland, hier tätig und stehe mit Ismail Kemal Bey in Verbindung. Die Kommission hat darauf einige Mitglieder zu Ismail Kemal entsandt und dieser gab zu, daß er mit Bekir Effendi ins Benehmen getreten sei und daß dessen Vorhaben, das sich angeblich lediglich auf Repatriierung albanischer Emigranten beziehe, ihm bei näherer Überlegung allerdings verdächtig erschienen sei. Er wies auch einige aufgefangene Depeschen vor, die, obgleich in Codeworten abgefaßt, erkennen ließen, daß Bekir Effendi hier illegale Zwecke verfolge und in Brindisi nähere Nachrichten erwarte. Bekir hatte sich bereits einige Tage hier aufgehalten und war, wie man in Erfahrung brachte, vorher in Skutari und Durazzo gewesen. Er ist am Tage nach der Besprechung mit Ismail Kemal Bey nach Brindisi abgereist. Wenngleich hiernach sicher war, daß etwas im Werke sei, so wurde doch der Angelegenheit zunächst keine unmittelbar bedrohliche Bedeutung beigemessen. Nachdem ich jedoch in der Nacht vom 5. zum 6. die Bestätigung der Nachrichten durch die Euerer Exzellenz bekannte Meldung der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel erhalten und der Kommission alsbald vertrauliche Mitteilung gemacht hatte, ergriff man Anstalten, um etwaige Putschversuche zu verhindern. Es wurde der Belagerungszustand über Valona verhängt und unter Mitwirkung der holländischen Offiziere eine Kontrolle aller hier eintreffenden Personen und Waren, sowie schließlich eine Kontrolle aller einlaufenden Schiffe durch den hiesigen österreichischen und den italienischen Stationär eingeführt.

Die Folge zeigte, daß diese Maßnahmen gerade zur rechten Zeit getroffen waren; in der folgenden Nacht wurden nämlich auf dem österreichischen Lloydschiff „Meran“, das von Konstantinopel kam, über 200 Personen festgestellt, bei denen die nähere Untersuchung ergab, daß sie türkische Soldaten, Offiziere und Emissäre waren, die unter falscher Bezeichnung hierher transportiert worden sind. 20 von ihnen, augenscheinlich Offiziere und Bandenführer, sind an Land gebracht und interniert worden, die übrigen mit Ausnahme einiger, die augenscheinlich krank oder albanischer Herkunft waren, wurden an der Landung verhindert und nach Triest, dem Bestimmungsort des Dampfers, weitergeschickt, um von dort umgehend nach Konstantinopel zurückbefördert zu werden. Am nächsten Tag wurden auf dem von

Korfu kommenden Dampfer „Graf Wurmbrand“ weitere 30 Türken angehalten, man hat sie jedoch später nach eingehender Prüfung an Land und freigelassen. Im ganzen sind, wie ich in Berichtigung meiner ersten Meldungen bemerke, 161 türkische Soldaten weitergesandt und 19 Offiziere, Unteroffiziere und Bandenführer in Haft genommen worden. Vier von den Internierten sind Offiziere der türkischen Armee, die vom Kriegsminister einen einjährigen Urlaub erhalten haben. In ihren Pässen sind sie alle als Kaufleute bezeichnet. — Am 8. kehrte Bekir Effendi aus Brindisi zurück und wurde alsbald verhaftet. Bei einem sofort mit ihm durch die Kommission in Gegenwart Ismail Kemal Beys und seines Kabinetts vorgenommenen Verhör erklärte er zunächst, daß er lediglich albanische Emigranten habe zurückbringen wollen, dann stellte er seine Mission von dem Gesichtspunkte aus dar, daß er Streitkräfte herbeischaffen wollte, um gegen die Griechen anläßlich der Evakuierung des Südens ins Feld zu ziehen, schließlich gab er, auf Widersprüche in seinen Erklärungen hingewiesen, zu, daß seine Aussage unglaubwürdig sei, bezog sich jedoch wegen weiterer Auskünfte über sein Unternehmen auf Ismail Kemal Bey. Infolgedessen wurde das Verhör abgebrochen. — Auf Veranlassung der mit der Leitung des Belagerungszustandes betrauten holländischen Offiziere ist alsdann zur weiteren Untersuchung der Angelegenheit und Aburteilung der Inhaftierten ein Kriegsgericht gebildet worden, das aus sieben Mitgliedern, darunter vier Offiziere und drei juristische Zivilpersonen besteht, und unter dem Vorsitz des niederländischen Obersten de Veer seine Tätigkeit begonnen hat.

Sowohl bei Bekir Effendi wie bei den übrigen Offizieren sind eine Menge kompromittierender Papiere vorgefunden worden. Diese sowie die bisherigen Aussagen der Beteiligten erweisen klar, daß der Anschlag von den Jungtürken in Konstantinopel, und zwar unter Mitwissen oder direkter Beteiligung der türkischen Regierung eingeleitet, und daß die Propaganda auf ganz Albanien ausgedehnt worden ist. Die Bewegung sollte den Zweck haben, an Stelle des Prinzen Wied einen mohammedanischen, von der Türkei abhängigen Fürsten, und zwar den türkischen Kriegsminister Izzet Pascha an die Spitze Albaniens zu stellen, außerdem sollte die Autonomie Mazedoniens erwirkt werden. Mit Rücksicht auf letzteres Ziel scheint auch die bulgarische Regierung um die Sache gewußt und der hiesige bulgarische Generalkonsul mit den Mitwirkenden in Verbindung gestanden zu haben; doch haben sich hierfür beweiskräftige Anhaltspunkte noch nicht ergeben. — Ich werde die wesentlichsten beschlagnahmten Schriftstücke sowie die maßgebenden Protokolle, sobald sie erhältlich sind, in Abschrift oder Übersetzung einreichen. Unter den Schriftstücken hat sich zum Beispiel das Konzept einer Depesche von Bekir Effendi an den Großwesir vorgefunden, wonach ganz Albanien dem Unternehmen zustimme; es sei notwendig, daß Ismail Kemal Bey

und Izzet Pascha sich insgeheim an einem dritten Orte treffen, Antwort erwarte Bekir durch das türkische Konsulat in Brindisi. Andere Papiere erweisen, daß Skutari, Durazzo und Valona die drei Zentren der Bewegung sein sollten, und daß sowohl Essad Pascha als auch Ismail Kemal Bey in vollem Einverständnis sind. Die Truppensendungen sollten allerdings anscheinend zunächst nur nach Valona gerichtet werden, und zwar ist es augenscheinlich der erste und hauptsächlichste Transport, der hier abgefaßt worden ist. Nach den Papieren hat er 197 Mann und zehn Offiziere betragen. Über Landungen an anderen Stellen Albaniens sind der Kommission bisher keine Nachrichten zugegangen. In welcher Weise die Truppen hier bewaffnet und verwendet werden sollten, darüber steht noch nichts Genaues fest. Jedenfalls hätte dies nicht ohne tätige Mitwirkung der Behörden geschehen können. Es hat sich lediglich ein Organisationsplan vorgefunden, der die Bildung von Banden für ganz Albanien vorsieht und im einzelnen skizziert. Näheres wird sich vielleicht aus der Untersuchung ergeben.

Nadolny

Nr. 14118

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Stellvertretenden Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona

Telegramm
Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 5 Berlin, den 17. Januar 1914

Nach Mitteilung türkischen Botschafters beabsichtigt Kontrollkommission Hinrichtung Bekir Beys und anderer durch Putschversuch kompromittierter Türken. Österreichischer und italienischer Delegierter angeblich angewiesen, dagegen Verwahrung einzulegen. Auch uns erscheint so rigorose Maßnahme schon wegen Beunruhigung muhamedanischer Bevölkerung bedenklich. Bitte sich eventueller Vorstellung Dreibundkollegen anschließen.

Zimmermann

Nr. 14119

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Valona, den 18. Januar 1914

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 4*.

Kommission, insbesondere Dreibundkollegen, der Ansicht, daß Demission nicht nur hier, sondern auch in Durazzo erfolgen muß. Daher wird zunächst albanischer Delegierter Mufid Bey nach Durazzo entsandt, um Essad Pascha zum freiwilligen Rücktritt aufzufordern. Erfolg allerdings sehr fraglich. Über etwaige alsdann zu ergreifende Repressivmaßregeln Kommission noch nicht einig.

Nadolny

Nr. 14120

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Valona, den 18. Januar 1914

Im Anschluß an Telegramm Nr. 14**.

Kommission einig, daß gegen Essad Pascha bei Weigerung zu demissionieren Zwangsmittel erforderlich. Über Art der Maßnahmen keine Einigkeit zu erzielen: Dreibundkollegen wollen lediglich Erscheinen bereitgehaltener Schiffe in Durazzo und Landung im Notfall oder höchstens einer Eskorte. Tripelententevertreter wünschen gleichzeitig Entsendung etwa eines Bataillons von Skutari nach Tirana, nötigenfalls mit Festsetzung einer Frist für dortigen Aufenthalt. Russischer Vertreter scheint außerdem eventuell in Alexandrien befindliches russisches Kriegsschiff inoffiziell herbeischaffen zu wollen. Habe vergebens betont, daß Marschdetachements von Skutari nach Tirana in jetziger Jahreszeit fast unmöglich.

---

* Durch Telegramm Nr. 4 vom 14. Januar war das Wiener Telegramm Nr. 8 — siehe Nr. 14112 — nach Valona mitgeteilt worden.

** Siehe Nr. 14119.

Vielleicht wären die Mächte mit Verwendung von Schiffen allein einverstanden, wenn außer österreichischem und italienischem noch englisches Schiff teilnimmt. Falls Essad Pascha nicht zurücktritt und Zwangsmaßregeln nicht durchführbar, halte schleunige Herkunft des Fürsten für einziges Mittel, vollständige Desorganisation oder möglicherweise Proklamierung Essad Paschas zu vermeiden.

Nadolny

Nr. 14121

Der Gesandte im Haag von Müller an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 8 Haag, den 18. Januar 1914

Der Minister des Äußern * hat mich gleichwie diejenigen meiner Kollegen, die hierbei in Betracht kommen, mündlich davon in Kenntnis gesetzt, daß der endgültige Bericht der nach Albanien entsandten niederländischen Offiziere nunmehr eingetroffen sei. Diesem Bericht sei ein Projet de Règlement angeschlossen, das, wie Herr Loudon versichert, den sechs Großmächten direkt vorgelegt worden sei. Der Minister fügte dieser Nachricht folgende Erklärung hinzu mit der Bitte, sie Euerer Exzellenz zu unterbreiten: „Le gouvernement Néerlandais prendra la décision définitive d'envoyer des officiers en Albanie pour y organiser la gendarmerie, si les six puissances garantissent la situation juridique et les conditions matérielles établies par le Règlement qui vient de leur être soumis par la Commission Internationale de Contrôle."

Minister Loudon bat dringend um eine Rückäußerung bis zum Donnerstag, dem 22. d. Mts., weil er gezwungen sei, spätestens am Freitag der Kammer entweder mündlich oder schriftlich eine auf den Gegenstand bezügliche Mitteilung zu machen.

Euerer Exzellenz darf ich daher gehorsamst anheimstellen, mich mit einer telegraphischen Antwort rechtzeitig versehen zu wollen **.

von Müller

---

* Loudon.

** Die erbetene Zusicherung erfolgte, nachdem die österreichische und die italienische Regierung damit vorangegangen waren, am 21. Januar durch Telegramm Nr. 403.

Nr. 14 122

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 55 Valona, den 16. Januar 1914
[pr. 22. Januar]

Die politischen Verhältnisse Albaniens haben sich in den letzten Wochen dem Zustand von Desorganisation, der ein Zugreifen von irgendwelcher Seite zur Folge haben muß, stark genähert.

Im Nordwesten im Gebiet von Alessio und Medua ist der entscheidende Eingriff sogar bereits erfolgt. Ded Zoku hat sich nicht halten können; auf der einen Seite, in Medua, versagten ihm die Skreli die Folge und erhoben Wat Marasch auf den Schild, auf der anderen Seite, von der Mirdita aus, streckte Bib Doda seine Hand nach Alessio aus. Auch die eigenen Stammesgenossen, die Malissoren, respektierten ihn nicht mehr recht, obgleich er sich mit gutem Willen Mühe gab, das Gebiet zu organisieren und zu verwalten; sie wandten sich schließlich an Oberst Philips in Skutari * und baten, ihnen eine Autorität einzusetzen, denn einem Mann, den sie lediglich als ihresgleichen betrachten müßten, wollten sie nicht gehorchen. Man wird diese Anschauung vielleicht als symptomatisch betrachten und daraus günstige Schlüsse für die Anerkennung des dem Lande von Europa zuerkannten Fürsten ziehen können. Oberst Philips hat nach Benehmen mit der Kontrollkommission den englischen Hauptmann Francis nebst einem österreichischen und einem italienischen Offizier nach Alessio entsandt, und diese haben die Verwaltung des Gebietes von Alessio und Medua unter Bestellung von Gemeinderäten der einzelnen Kommunen in die Hand genommen. Ded Zoku hat freiwillig auf seine Führerschaft verzichtet, auch Wat Marasch hat sich dem Detachementsführer zur Verfügung gestellt. Anstände scheinen sich bei der Organisation nicht ergeben zu haben. Das Provisorium hat demnach dort eine Gestalt angenommen, die der Übernahme der Gewalt durch den neuen Fürsten keine Schwierigkeiten bietet.

In Mittel- und Südalbanien ist leider eine Klärung in dieser Richtung noch nicht eingetreten. Essad Pascha und Ismail Kemal

---

* Kommandant des englischen Detachements in Skutari, der seit Ende Oktober zugleich den Oberbefehl über die Detachements der übrigen Mächte führte. Vgl. Nr. 14 031, S. 269, Fußnote *.

Bey befehden sich nach wie vor heftig. Sie intrigieren gegeneinander in jeder Weise, lassen alles, was aus dem Gebiet des einen in das des anderen herüberkommt, verhaften und ausweisen und suchen sich nach Möglichkeit den Rang abzulaufen. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht, um den anderen nicht aufkommen zu lassen, und in allem, was im Gebiet des anderen veranlaßt wird, suchen sie eine gegen sich gerichtete Spitze. So hat sich Ismail Kemal nach meiner Überzeugung dem jungtürkischen Komplott hauptsächlich aus dem Grunde angeschlossen, weil Prinz Wied sich nach Durazzo begeben will und anscheinend Essad Pascha begünstigt. Andererseits hat Essad Pascha zum Beispiel, als kürzlich ein von den holländischen Offizieren entsandtes Detachement in der Richtung auf Elbasan marschierte, um sich zum Schutz des Südens nach Koriza zu begeben, an die Kontrollkommission telegraphiert, er erblicke darin eine bedrohliche Maßnahme Ismail Kemal Beys gegen sich und sehe sich genötigt, Gegenmaßregeln zu treffen. Die Teilnahme beider an dem Anschlag der Jungtürken aber zeigt, daß alle beide hinsichtlich der Sache des von Europa erwählten Fürsten nicht zuverlässig sind.

Essad Pascha ist der bei weitem bedeutendere und gefährlichere von beiden. Sein und seiner Verwandten und Anhänger Einfluß in Mittelalbanien ist augenscheinlich groß und gewinnt immer mehr an Ausdehnung. So hat er seine Gendarmen nach Norden über den Mati hinausgesandt und sucht dort ein Dorf nach dem andern in seine Gewalt zu bringen. Die Malissoren strömen in Scharen von Alessio und Skutari nach Durazzo und ziehen reich beschenkt wieder nach Hause; wie er selbst auf Anfrage angegeben hat, sind bisher über 2000 zu ihm gekommen, angeblich, um den Schloßbau für den neuen Fürsten zu besichtigen. Im Süden hat er seine Emissäre gegen Elbasan entsandt, um diese Stadt der Regierung von Valona zu entreißen. Freilich ist es den von diesen organisierten Banden bisher nicht gelungen, die Stadt zu nehmen, da das erwähnte Gendarmeriedetachement einstweilen — bis zum Beginn der Evakuierung des Südens — dort stationiert ist und die Stadt verteidigen würde; sie begnügen sich daher zunächst anscheinend mit einer sinnlosen Schießerei auf weite Entfernung. Dabei ist der schlaue Usurpator der Kommission gegenüber äußerlich loyal und entgegenkommend. So nichtssagend und ausweichend seine Antworten sind, immer stellt er sich zur Verfügung und weist darauf hin, wie bereit er sei, Europa und dem neuen Fürsten zu dienen. Während seiner Betätigung an dem jungtürkischen Komplott aber hat er sicher nicht nur ein Doppelspiel wie Ismail Kemal Bey, sondern ein dreifaches Spiel getrieben: Äußerlich traf er Vorbereitungen für den Prinzen Wied, insgeheim für Izzet Pascha und innerlich — für sich selbst. Denn daß er, der türkische General, einen anderen türkischen General als Herrscher anerkennen würde, ist kaum anzunehmen. Auch seine ganze persönliche Propaganda deutet

darauf hin, daß er, wenn überhaupt ein Mohammedaner ans Ruder kommen sollte, sich selbst für diesen Posten ausersehen hatte; möglicherweise ist er überhaupt der Ansicht, daß der albanische Thron für ihn bestimmt sei.

Ismail Kemal ist mit seiner Herrschaft ziemlich am Ende angelangt. Wenngleich er dem Namen nach noch an der Spitze der provisorischen Regierung für ganz Albanien im weiteren und für Südalbanien im engeren Sinne steht, so ist sein Einfluß doch auf ein Minimum herabgesunken. Sehr viel hat dazu beigetragen, daß es ihm an einer Exekutivmacht mangelt. Denn die von den niederländischen Offizieren unter Benutzung der von ihm geschaffenen Ansätze und der aus seiner Regierungskasse entnommenen Gelder errichtete und kommandierte Gendarmerie läßt sich von ihm nicht beliebig benutzen. Einerseits soll sie zunächst einem bestimmten Zweck, der Pazifizierung des Südens, dienen, andererseits lehnen die holländischen Offiziere sich naturgemäß mehr an die Kontrollkommission als an ihn. Seine Machtlosigkeit in dieser Beziehung hat sich besonders in der Angelegenheit des Kampfes um Elbasan gezeigt, wo er das Gendarmeriedetachement zum Feldzug gegen die Banden Essad Paschas benutzen wollte, während das Kommando im Einverständnis mit der Kommission lediglich in eine Teilnahme an der Verteidigung der Stadt gegen einen etwaigen Angriff willigte. Letzten Endes hat seine bekannt gewordene Teilnahme an dem jungtürkischen Komplott sein Ansehen auch in Valona selbst bedenklich herabgemindert.

Beide Machthaber sind demnach zur Beseitigung reif, der eine, weil er sonst übergroß werden kann, der andere, weil er abgewirtschaftet hat. Ismail Kemal hat die Notwendigkeit dieser Konsequenz erkannt und der Kommission erklärt, er wolle gern zurücktreten, wenn sein Verbleiben ein Hemmschuh in der Entwickelung Albaniens bilde, aber nur, falls die Kommission ganz Albanien unter ihre Gewalt nehme, was heißen soll, wenn auch der andere verzichten muß. In den letzten Tagen scheint ihm sein Entschluß allerdings wieder leid geworden zu sein, aber er wird wohl keine Schwierigkeiten machen, den Platz zu räumen. Denn zugegriffen muß jetzt werden, will man das Land wirklich der von Europa gewünschten Organisation entgegenführen. Daß aber Ismail Kemal Bey von beiden zuerst daran glauben muß, gebietet die Zweckmäßigkeit. Denn damit wird dem anderen ein wesentlicher Vorwand für sein weiteres Verbleiben geraubt; und es dürfte ohnehin nicht leicht sein, ihn zu dem gleichen Schritt zu bringen. Doch wird er wohl klug genug sein, sich die Folgen einer Weigerung zu vergegenwärtigen und am Ende klein beigeben. An Stelle der beiden Machthaber sollen dann Lokalbehörden eingerichtet werden, die entsprechend den Londoner Beschlüssen bis zum Eintreffen des Fürsten der Kontrolle der Kommission unterstehen.

Auf diese Weise würde im Falle des Zustandekommens der De-

mission der beiden Machthaber auch in Mittel- und Südalbanien keine Gewalt bestehen, die sich dem Regierungsantritt des Fürsten entgegenstellen könnte. Dann wäre aber meiner Ansicht nach auch der Moment gekommen, wo der Fürst alsbald eintreffen und die Zügel selbst in die Hand nehmen müßte. Denn so einheitlich die Kommission jetzt im großen und ganzen vorgeht und so stark ihr Einfluß auf eine geordnete Verwaltung des Landes nach Beseitigung der beiden Regenten werden kann, auf lange Zeit wird sie eine legitime Regierungsgewalt nicht ersetzen können. Dazu mangelt es ihr, insbesondere infolge der verständlichen, aber in der Praxis oft hemmend wirkenden Opposition Österreichs und Italiens gegen jede Stärkung des internationalen Einflusses, an der erforderlichen zielbewußten Initiative. Der Einzug des Fürsten könnte dann auch ohne weiteres nach Durazzo erfolgen, da die hauptsächlichsten Rivalen hinsichtlich der Wahl des Landungsortes beseitigt wären. Skutari und die kleineren Stammeshäuptlinge machen eine besondere Berücksichtigung in dieser Beziehung nicht erforderlich. Legt der Prinz Wert darauf, daß ihm eine Vertretung des albanischen Volkes die Krone anbietet, so könnte vielleicht alsbald nach Zustandekommen seines Arrangements mit den Mächten die Kontrollkommission beauftragt werden, die Auswahl und Abordnung der Deputation zu veranlassen.

Als störend für den Einzug des Fürsten kann möglicherweise noch die bestehende Okkupation des Nordens durch die internationalen Truppen und die des Südens durch die Griechen betrachtet werden. Hinsichtlich der Okkupation des Nordens möchte ich dies allerdings kaum annehmen, da doch der Fürst sozusagen der Mandatar der Mächte ist, die ihre Truppen dort haben. Anders steht es wohl hinsichtlich des Südens. Es ist hier nicht bekannt, wann dort die Evakuation durch die Griechen beginnen soll. Aber selbst wenn dies nicht vor dem Einzug des Fürsten erfolgen könnte, so möchte ich dieses vom Standpunkt der Beruhigung des Landes aus für kein großes Unglück halten. Denn abgesehen davon, daß der Fürst besser als die Kommission und die Kommandostelle der Gendarmerie imstande sein wird, bestimmte Direktiven für eine zweckmäßige Besetzung und Organisation des zu evakuierenden Gebiets zu geben, wird auch die Bevölkerung jenes Gebiets mit größerer Zuversicht und Ruhe den Übertritt in einen fertigen, unter der Autorität eines alle Garantien bietenden Oberhauptes stehenden Staat vollziehen als in einen halb anarchischen, in dem Unruhe stiftenden Einflüssen aller Art Tür und Tor geöffnet sind.

Nadolny

Nr. 14 123

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Valona, den 22. Januar 1914

Kommission hat heute Demission Ismail Kemal Beys entgegengenommen und provisorische Regierung Albaniens übernommen. Fewsi Bey zum Direktor in Valona ernannt. Verhandlungen mit Durazzo im Gange.

Nadolny

Nr. 14 124

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 16 Wien, den 22. Januar 1914

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 80 vom 19. Januar*.

Graf Berchtold sagte mir heute, er sei im Prinzip gegen jede Zwangsmittel gegen Essad Pascha. Man ließe seiner Ansicht nach die Sache am besten ruhig gehen. Der Prinz zu Wied müsse aber neuerdings aufgefordert werden, seine Abreise zu beschleunigen. Wäre der Fürst einmal in Albanien, so würde eine bewaffnete Aktion, die zu dessen Stützung eventuell nötig werden sollte, eine ganz andere Sache sein als jetzt ein „Krieg“ gegen Essad Pascha, der leicht zu unabsehbaren Konsequenzen führen könnte.

von Tschirschky

Nr. 14 125

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 28 Pera, den 22. Januar 1914

Vertraulich

Es scheint sich immer mehr herauszustellen, daß dasjenige Mitglied der gegenwärtigen Regierung, welches mit der albanischen Bewegung hauptsächlich in Verbindung stand, der Minister der öffentlichen Arbeiten Dschemal Bey ist.

Dschemal Bey hatte seinerzeit die österreichische Botschaft dar-

---

* Durch Erlaß Nr. 80 war das Telegramm aus Valona Nr. 15 — siehe Nr. 14 120 — nach Wien mitgeteilt worden.

aufhin sondiert, ob sie Waffen- und Munitionstransporte nach Albanien auf österreichischen Schiffen zulassen würde.

Die ablehnende Haltung des Markgrafen Pallavicini und die bestimmte Stellungnahme Österreichs gegen die türkischen Treibereien in Albanien haben nun, wie mir Markgraf Pallavicini vertraulich mitteilt, Dschemal Bey offenbar tief verstimmt. Er ist in dem herrschenden Triumvirat Talaat, Enver, Dschemal wohl der leidenschaftlichste und fanatischste.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß er nach den gemachten Erfahrungen von Österreich ab- und in eine mehr der Tripelentente zuneigende Politik einschwenkt.

Wenn die Tripelentente eine Einigung zwischen Griechenland und der Türkei in der Inselfrage erzielte, eine Einigung, die gewissermaßen nur auf Kosten Bulgariens erfolgen könnte, so würde sie sich durch diesen Erfolg einen maßgebenden Einfluß auf die jungtürkische Regierung sichern.

Mutius

Nr. 14 126

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Valona, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 90 Valona, den 24. Januar 1914

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage eine Abschrift des über die Demission Ismail Kemal Beys aufgenommenen Protokolls* gehorsamst einzureichen. Der Grund, warum sich die Kommission entschlossen hat, die provisorische Regierung hier zu übernehmen, obwohl man zunächst der Ansicht war, sich erst auch die Unterwerfung Essad Paschas sichern zu müssen, liegt darin, daß Ismail Kemal Bey in den letzten Tagen direkt gegen die Weisungen der Kommission gehandelt hat, und zwar in der Angelegenheit der Kämpfe um Elbasan. Obwohl die Kommission angeordnet hatte, daß man sich dort darauf zu beschränken habe, die Banden Essad Paschas abzuwehren und nicht anzugreifen, hat er es zu veranlassen gewußt, daß der Gouverneur von Elbasan die Offensive ergriff und auch das für Koriza bestimmte Gendarmeriekorps zur Teilnahme daran bewog. Die Banden sind zwar einstweilen zurückgedrängt worden, aber es hat mehrere Tote und Verwundete gegeben. Abgesehen hiervon war auch die Stellung Ismail Kemal Beys durch

* Hier nicht abgedruckt.

seine häufige Nennung in dem Verfahren gegen die türkischen Verschwörer fast unhaltbar geworden.

Die Demission vollzog sich ohne Schwierigkeit und in würdiger Weise. Nachdem der gegenwärtige Präsident der Kommission, der englische Delegierte Mr. Lamb, den Entschluß der Kommission und die Genehmigung der Mächte zur Annahme der uns dargebotenen Demission und Übernahme der provisorischen Regierung kundgetan hatte, erklärte Ismail Kemal Bey sich sofort bereit zurückzutreten, wobei er mit einigen Worten darauf hinwies, daß er, der er sich durch die Erklärung der Unabhängigkeit Albaniens zuerst als albanischer Patriot offen bekannt habe, gern dieses weitere Zeichen seines Patriotismus von sich gebe, da er überzeugt sei, daß die Sache Albaniens nur auf diese Weise vorwärtsgehen könne. Es wurde das anliegende Protokoll aufgenommen und den alsdann herbeigerufenen Ministern vorgelesen. Auch diese schienen mit der eingetretenen Lösung einverstanden zu sein. Fewsi Bey, der Minister des Innern, wurde zum Generaldirektor in Valona mit dem Bezirk der drei Sandschaks Valona, Berat und Elbasan ernannt, die übrigen Minister bleiben einstweilen als Direktoren unter ihm in ihren Funktionen. Ob man sie alle behalten wird, ist jedoch die Frage. Nunmehr wird die Organisation mit Fewsi Bey, der der Kommission allein verantwortlich ist, in den Grundzügen kurz durchgesprochen, um die Verwaltung möglichst zu vereinfachen und vor allem Geld zu sparen.

Ismail Kemal Bey beabsichtigt in der Erkenntnis, daß seine weitere Anwesenheit hier wenig zweckmäßig ist, eine Reise nach Europa anzutreten. Man wird diesem Manne seine Verdienste um Albanien in den schwierigen Zeiten der Entstehung des neuen Staates nicht bestreiten können. Gefallen ist er über die beiden Kardinalfehler der hiesigen Leute: Mangel an konstanter Energie und Überordnung persönlicher Antipathien und Sympathien über allgemeine Fragen.

Das Fehlen der Unterschrift des albanischen Delegierten unter dem Protokoll ist lediglich darauf zurückzuführen, daß Mufid Bey sich inzwischen nach Durazzo begeben hatte. Im heutigen Sitzungsprotokoll ist dies zur Sicherheit ausdrücklich festgestellt worden.

Nadolny

Nr. 14127

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Durazzo, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Durazzo, den 31. Januar 1914

Gestern früh mit englischem Vertreter auf österreichischem Stationär hier eingetroffen.

Essad Pascha nach langen Verhandlungen bereit, zugunsten der Kommission zu demissionieren, falls er von ihr als offizieller Vertreter Albaniens zum Fürsten entsandt wird und in dessen Gefolge zurückkehrt; hier soll Generaldirektor ernannt und bisheriger Zustand möglichst aufrechterhalten werden.

Übrige Kommissare einverstanden, werden alsbald hier eintreffen zur Ausführung. Essad bittet Demission bis dahin geheim halten. Engländer und ich bleiben hier.

Halte, um hier Gewalt auszuüben, sofortige Absendung der weiteren holländischen Offiziere für erforderlich. Auch wäre gut, wenn Fürst in etwa zwei Wochen hier eintreffen könnte.

Nadolny

Nr. 14 128

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 21 Berlin, den 1. Februar 1914

Nach Meldung deutschen Delegierten aus Durazzo* ist Essad Pascha bereit, zugunsten der Kommission zu demissionieren, falls er von ihr als offizieller Vertreter Albaniens zum Fürsten entsandt wird und in dessen Gefolge zurückkehrt; in Durazzo soll Generaldirektor ernannt und bisheriger Zustand möglichst aufrechterhalten werden.

Übrige Kommissare einverstanden. Essad bittet Demission vorerst geheim halten.

Delegierter hält sofortige Absendung der weiteren holländischen Offiziere** für erforderlich und Eintreffen des Fürsten in etwa zwei Wochen für erwünscht.

Gegen Erfüllung Wunsches Essads diesseits kein Bedenken. Drahtnachricht über Auffassung dortiger Regierung.

Zimmermann

---

* Vgl. Nr. 14 127.

** Vgl. Nr. 14 121.

Nr. 14 129

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Stellvertretenden Delegierten zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Durazzo

Telegramm
Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Freiherrn von Neurath

Nr. 9 Berlin, den 3. Februar 1914

Auf Telegramm Nr. 20*.
Gegen vorgeschlagene Behandlung Essad Paschas und Erfüllung seines Wunsches diesseits keine Bedenken.

Zimmermann

Nr. 14 130

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 33 St. Petersburg, den 31. Januar 1914
[pr. 2. Februar]

Aus der Art, wie Herr Sasonow sich über die Verhältnisse in Albanien äußert und dieselben als unheilbare hinstellt, scheint mir der Wunsch als Vater des Gedankens nur zu deutlich durchzublicken. Der Minister sagte mir neulich, der russische Konsul in Valona, der früher mehrere Jahre in Mazedonien gewesen sei, schreibe, daß das jetzt in Albanien herrschende Chaos alles übertreffe, was er während seiner Tätigkeit in Mazedonien je erlebt habe.

Die Schaffung eines selbständigen Albaniens ist, wie der Minister bei jeder Gelegenheit wiederholt, nach seiner Ansicht ein großer Fehler gewesen, der jetzt schwer wieder gutzumachen sei. Man hätte Albanien, da man es nun einmal nicht zwischen Griechenland und Serbien habe teilen wollen, unter türkischer Oberhoheit durch einen tüchtigen Pascha verwalten lassen sollen.

Meinem italienischen Kollegen hat Herr Sasonow vor kurzem scherzend gesagt, die beste Lösung der albanischen Frage würde die sein, daß Italien in Valona Truppen und Kanonen lande. Trotz ihres scherzhaften Tones dürfte diese Bemerkung doch den innersten Gedanken des Ministers verraten, welcher es nur zu gerne sehen würde, daß das gute Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Italien über Albanien in die Brüche ginge.

---

* Siehe Nr. 14 127.

Herr Sasonow versichert stets, daß er sich allen Schritten, über welche sich die Mächte bezüglich Albaniens einigten, anschließen wolle. Rußland werde sich eventuell auch an einer Flottendemonstration beteiligen. Den aufrichtigen Wunsch, in Albanien Ruhe einkehren zu sehen, darf man aber trotz dieser Versicherungen nach meiner Überzeugung bei Rußland nicht voraussetzen, vielmehr halte ich für recht wahrscheinlich, daß inoffizielle russische Einflüsse in Albanien mit ins Feuer blasen.

F. Pourtalès

Nr. 14131

Der Stellvertretende Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Legationsrat Nadolny, z. Z. in Durazzo, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Durazzo, den 5. Februar 1914

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 9*.

Übrige Kommissionsvertreter hier eingetroffen, Vergleich mit Essad Pascha bestätigt. Er wird nach Übergabe der Regierung an Kommission am Donnerstag, den 12. d. Mts., mit einer Deputation von etwa 14 Vertretern nach Potsdam abreisen. Die Mitglieder der Kontrollkommission haben es übernommen, durch ihre Regierungen Zulassung der Deputation beim Prinzen Wied zu betreiben. Stelle anheim weitere Veranlassung in dieser Beziehung und bitte Nachricht, ob und wann ungefähr Deputation empfangen werden kann**.

Kontrollkommission bleibt einstweilen hier.

Nadolny

Nr. 14132

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Durazzo, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Durazzo, den 12. Februar 1914

Essad Pascha nach neuen Verhandlungen demissioniert und nebst 14 Deputierten behufs Empfangs beim Prinzen Wied heute nach Bari abgereist. Bericht folgt en clair.

Winckel

---

* Siehe Nr. 14129.

** Der Empfang der von Essad Pascha geführten Deputation fand am 21. Februar in Schloß Neuwied statt. Vgl. dazu Kap. CCLXXXII, Nr. 14411, Fußnote **.

Nr. 14 133

Der Delegierte zur Internationalen Kontrollkommission für Albanien Generalkonsul Winckel, z. Z. in Durazzo, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 133 Durazzo, den 12. Februar 1914

Um behufs Herstellung der Einheit in der Regierung Albaniens Essad Pascha zur Niederlegung seiner Macht in die Hände der Kontrollkommission zu veranlassen, hatte diese zunächst beschlossen, Mufid Bey, der in verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihm steht, zu ihm zu entsenden. Die Verhandlungen scheiterten, da der Pascha von den in französischer Übersetzung beigefügten Bedingungen * nicht ablassen wollte. Auf Beschluß der Kommission begaben sich darauf der gegenwärtige Präsident, englische Delegierte Lamb, und mein Vertreter, Herr Nadolny, hierher und schlossen nach längeren Verhandlungen das abschriftlich ebenfalls beifolgende Übereinkommen vom 30. v. Mts.**, wonach Essad Pascha, nachdem die Rechnungen der Regierung geprüft worden, seine Erläuterungen dazu geben und behufs Darbringung der Huldigung Albaniens zu dem zukünftigen Fürsten fahren wollte, indem er zugleich in die Hände der Kontrollkommission seine Demission niederlege, während die Kommission seine patriotischen Dienste anerkennen, ihn als Vertreter des albanischen Volkes bei der Fahrt zum Fürsten und bei der Rückkehr in dessen Suite bezeichnen, eine unbescholtene und unparteiische Persönlichkeit als Generaldirektor für die Verwaltung Mittelalbaniens ernennen und endlich bis zur Ankunft des Fürsten und der Bildung einer definitiven Regierung keine Änderungen an dem gegenwärtigen Zustande vornehmen sollte, falls nicht ein gesetzlicher Grund vorläge. Diese Vereinbarung wurde nach Eintreffen der übrigen Kommissionsmitglieder in Durazzo bestätigt.

Indessen hatte die unzureichende Übereinstimmung des maßgebenden türkischen Textes und der französischen Übersetzung an der wichtigsten Stelle, der*** die Demission betraf, eine weitere Verhandlung der Kommission mit Essad Pascha nötig gemacht, bis schließlich laut Protokoll vom 4. d. Mts., das in französischer Übersetzung beifolgt, eine Einigung erzielt wurde.

---

* Hier nicht abgedruckt.
** Hier nicht abgedruckt.
*** sic.

Bezüglich der Erklärung Essads, daß er seine Demission geben werde, hatte nämlich sein Dragoman Mechti Bey in dem für den General bestimmten türkischen Text die Wendung aufgenommen, Essad Pascha werde

„an dem Tage, an welchem er abreisen werde, um Seiner Hoheit dem Fürsten die Huldigung Albaniens darzubringen, die Regierung in die Hände der Kontrollkommission niederlegen."

Hierdurch wurde ihm mehr Freiheit gelassen und es gewann den Anschein, als übergäbe der Präsident der mittelalbanischen Regierung seine Machtbefugnisse für die Zeit seiner Abwesenheit der Kontrollkommission nur als Verweserin. In diesem Sinne hat Essad Pascha, der Interviews mit Journalisten besonders liebt, sich sofort nach den Verhandlungen ausgesprochen, und der hiesige italienische Konsul soll auf Grund von Mitteilungen von Reportern die Diskrepanz der französischen Übersetzung und des türkischen Originals alsbald dem Auswärtigen Ministerium in Rom telegraphiert haben, welches wiederum den Delegierten in Valona unterrichtete. Die italienischen Zeitungen haben ausführliche Erörterungen über diesen Punkt gebracht. Schon bei der Lesung des französischen und des türkischen Textes der Vereinbarung vom 30. Januar durch Mechti Bey und die beiden Kommissionsmitglieder hatten diese auf den Unterschied aufmerksam gemacht; da indessen Mechti Bey erklärte, nach den türkischen grammatikalischen Regeln könne der Sinn des türkischen Textes auch so lauten, wie in dem französischen Texte angegeben, und der englische Delegierte, der als früherer Botschaftsdragoman die türkische Sprache gut kennen muß, keinen Widerspruch erhob, so hatte man sich* bei der türkischen Fassung, die Essad unterzeichnete, bewenden lassen.

Bei der gestrigen Fortsetzung der Verhandlung mit Essad Pascha, zunächst bei ihm und dann im hiesigen italienischen Konsulat, verlangte der General, daß ihm vor der Demission die Persönlichkeit des Generaldirektors, der, wie er anfangs irrtümlich annahm, sein Nachfolger werden sollte, genau bezeichnet werde. Schließlich einigte man sich auf Asis Pascha, früheren Finanzminister der provisorischen Regierung in Valona, und mit diesem werden augenblicklich Verhandlungen gepflogen. Besondere Schwierigkeiten machte indessen das Verlangen Essad Paschas, die Kontrollkommission sollte seine Finanztätigkeit in den letzten Monaten bedingungslos billigen (approuver), wogegen von einigen Delegierten starker Widerspruch erhoben wurde, und was eine rein finanzielle Kommission, die nicht politische Rücksichten zu nehmen hat, keineswegs hätte tun können. Unter den von der Kommission geprüften Ausgaben fanden sich Posten mit dem bloßen Titel „donné à Essad Pacha", ohne nähere Angabe des Zweckes,

* Sic! wohl verschrieben für „es".

im Gesamtbetrage von zirka 11 000 Ltqs. (260 000 frs.). Den Verbleib dieser Gelder erklärte der Pascha in seinen Erläuterungen als im Interesse des Prinzen von Wied gemacht; es seien Zuwendungen an Malissoren und andere Bewohner Nordalbaniens, um diese für die Herrschaft des Prinzen günstig zu stimmen. In Wirklichkeit erscheint diese Verwendung zweifelhaft; nicht ausgeschlossen sind umgekehrt Zahlungen an die Malissoren womöglich zugunsten eines mohammedanischen Fürsten. Wie dem auch sein möge: nachdem in Erfahrung gebracht war, daß der General ohne vollkommene Anerkennung seiner Rechnungsführung jetzt nicht abreisen werde, und da anzunehmen war, daß das spätere Regime wegen dieser jedenfalls uneinbringlichen Gelder keine Schritte tun werde oder tun könne, stellte sich, um die alsbaldige Ankunft des Prinzen nicht in Frage zu stellen, die Notwendigkeit heraus, die Kassen tel quel zu übernehmen und eine Formel zu finden, die eine ausdrückliche Anerkennung seiner Gebarung („approbation") vermied. Das geschah schließlich durch Einsetzung eines türkischen Wortes, welches „accepté" bedeutet. Um 11 Uhr abends übergab dann der Pascha ein Schriftstück, welches nach längeren Hinweisen auf seine Verdienste um Albanien seine Demission enthielt; diese wurde laut dem abschriftlich beigefügten *, von heute datierten Protokoll angenommen.

Essad Pascha ist heute vormittag auf einem Extradampfer der italienischen Gesellschaft Puglia in Begleitung von 14 Deputierten aus den verschiedenen Teilen Albaniens nach Bari abgereist. Der italienische Konsul begleitete ihn in der Barke zum Schiff. Vorher hielt der General auf dem Landungsplatze eine mit starkem Beifall aufgenommene Ansprache an seine zahlreich zusammengeströmten Landsleute. Darin wies er darauf hin, daß in Albanien lange Zeit hindurch viel und vergeblich gekämpft worden, jetzt aber das Ziel, eine eigene unabhängige Regierung, nahe gerückt sei. Zweierlei empfahl er besonders den Albanesen: Brüderlichkeit zwischen Mohammedanern und Christen und Gehorsam dem „Könige". In der ganzen Rede kam dieser Ausdruck an Stelle des Wortes „Fürst" vor.

Die Kommission wird nach provisorischer Formierung der hiesigen Regierung in einigen Tagen nach Valona zurückkehren, wo mancherlei Fragen der Erledigung harren. Dort führen vorläufig die Geschäfte unter dem Generaldirektor Fewsi Bey — die Justiz: Poga, die Finanzen: Tschako, den Unterricht: Guracucchi, die Post und Telegraphie: Lef Nossi.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß von der Südgrenze wieder unerfreuliche Nachrichten über Angriffe griechischer Truppen gegen albanische Dörfer eingelaufen sind, gegenüber denen die Hilfe der Kon-

---

* Hier nicht abgedruckt.

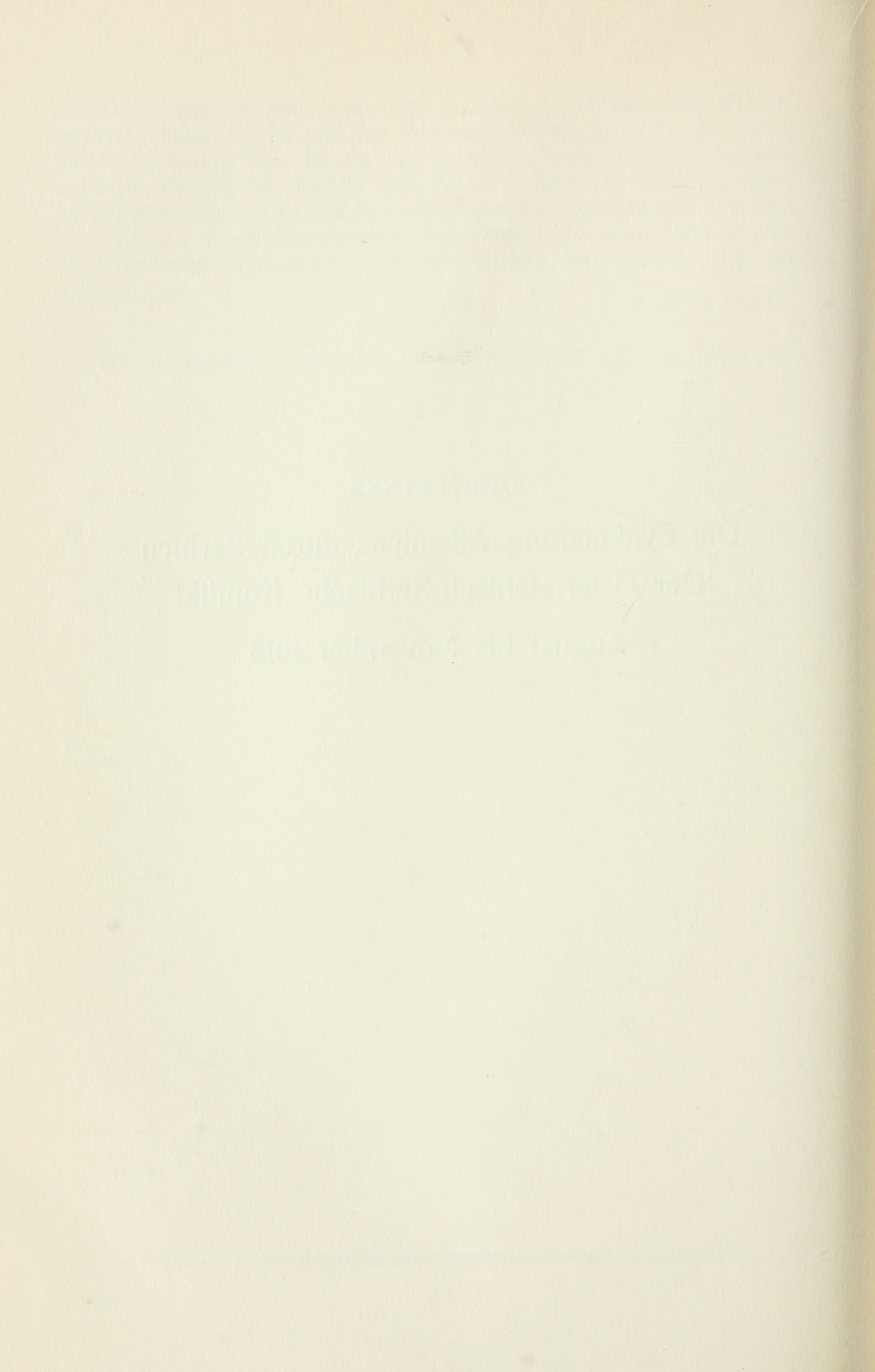
trollkommission erbeten wird. Man beschwert sich über das Niederbrennen zweier Dörfer und das Vorgehen mittels Artillerie, das durch nichts berechtigt sei. Es sei den früheren Versprechungen zuwider auch die Grenze des Bezirks von Valona seitens der Griechen überschritten worden. In Valona hat wieder ein Meeting stattgefunden, und man hat der Kontrollkommission eine Denkschrift überreicht, in welcher hervorgehoben wird, daß die Geduld der Bevölkerung erschöpft sei*.

Winckel

* Über die Räumung Südalbaniens durch Griechenland vgl. Kap. CCLXXXI.

Kapitel CCLXXX

Die Evakuierung Albaniens durch Serbien
Der Österreichisch-Serbische Konflikt
August bis November 1913



Nr. 14 134

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 117 Belgrad, den 17. August 1913

Die mit dem Erlaß Nr. 476 vom 2. August* befohlenen Mitteilungen habe ich heute im Benehmen mit meinen Kollegen der serbischen Regierung gemacht. Paschitsch erwiderte mir, der Schutz der Minoritäten sei durch die serbische Verfassung garantiert, und er verbürge sich dafür, daß sie strikt eingehalten werde. — Wegen der Räumung der noch von den serbischen Truppen besetzten albanesischen Landteile habe er sich mit dem Oberkommandierenden Putnik ins Einvernehmen gesetzt. Man sei gegenüber den albanesischen Nachbarn durchaus wohlwollend gesinnt, nur werde die Zurückziehung der Truppen da und dort auf Schwierigkeiten stoßen, weil neuerdings Banden, welche mit Geld und Waffen wohl versehen seien, auftauchen und die Ordnung gefährden. Serbien werde aber streng darauf bedacht sein, „das albanesische Kind der ausschließlichen Erziehung seiner Eltern zu überlassen". — Von der erneuten Zusicherung des Adriazugangs nahm der Ministerpräsident dankend Akt.

Zum Schluß bat mich Paschitsch, der Kaiserlichen Regierung seinen und der serbischen Regierung tiefgefühltesten Dank für die Serbien jederzeit erteilten guten Ratschläge und die wohlwollende Haltung zu übermitteln, kraft deren Serbien sich des dauernden und

* Mittels Erlaß Nr. 476 vom 2. August war Freiherrn von Griesinger der am 29. Juli durch die Londoner Botschafterreunion gefaßte Beschluß bezüglich des Schutzes der albanischen Minderheiten in Serbien und Montenegro, sowie der weitere Beschluß bezüglich der Räumung des albanischen Gebietes durch die serbischen Truppen (vgl. dazu Bd. XXXV, Kap. CCLXXV, Nr. 13 671) mitgeteilt worden. Der hinsichtlich der Räumungsfrage vereinbarte Beschluß der Großmächte ging dahin, „de faire rappeler avec insistance au Gouvernement serbe par les représentants des Puissances son obligation d'évacuer sans délai le territoire albanais et de respecter les limites de la frontière nord et nord-est de l'Albanie, telles qu'elles ont été établies par les Puissances et communiquées au Gouvernement serbe le 15 avril 1913".

unverminderten Besitzes des in Bukarest Erreichten erfreuen dürfe. Er werde Herrn Boghitschewitsch noch besonders in dieser Richtung beauftragen.

G r i e s i n g e r

Nr. 14 135

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger

Konzept

Nr. 518 Berlin, den 9. September 1913

Nach Mitteilung des Wiener Kabinetts hat der österreichische Generalkonsul in Skutari aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Serben am 30. v. Mts. noch in Oroschi, dem Hauptort der Mirditen, standen, ohne Vorbereitungen zum Abmarsch zu treffen. Graf Berchtold schließt daraus, daß die bisherigen auf Räumung Albaniens abzielenden Demarchen in Belgrad erfolglos geblieben seien, und schlägt vor, daß die Großmächte die serbische Regierung nochmals dringend einladen sollten, ihre Truppen hinter die in London festgesetzte Nordostgrenze Albaniens zurückzuziehen *.

Ew. pp. sind ermächtigt, sich an einer entsprechenden Demarche Ihrer Kollegen zu beteiligen.

Z i m m e r m a n n

Nr. 14 136

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Treutler, z. Z. Schloß Promnitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Schloß Promnitz, den 11. September 1913

Für den Herrn Staatssekretär.

Im Anschluß an Privatbrief **.

Seine Majestät der Kaiser und König haben gestern nach dem Abschiedsfrühstück in Salzbrunn noch allerhöchstselbst mit General Conrad von Hötzendorf gesprochen. Der General hat Seiner Majestät in großen Zügen das wiederholt, was er mir gesagt hatte und be-

---

* Im gleichen Sinne hatte Graf Berchtold schon am 4. September den österreichischen Geschäftsträger in Belgrad von Storck instruiert. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 431. Gleichzeitig hatte sich Graf Berchtold mit dem Vorschlag einer neuen Kollektivdemarche in Belgrad an die anderen Großmächte gewandt.

** Der in Frage stehende Privatbrief von Treutlers, der am 8. September aus Bad Salzbrunn, dem Sitz des Kaiserlichen Hauptquartiers während der

sonders betont, daß Serbien bald über 20 Divisionen verfügen werde. Bei einem europäischen Kriege werde Österreich gezwungen sein, mindestens ebensoviele Truppen gegen Serbien fechten zu lassen, wodurch seine Hilfe für Deutschland und damit seine Bedeutung als Faktor im Dreibund so schwach werde, daß die Lage unerträglich sei. Daher die Alternative: Festes Bündnis Österreichs mit Serbien oder absolute Unterwerfung des letzteren. Nach Ansicht des Generals sei ein Bündnis mit Serbien nur möglich, wenn Deutschland „gute Dienste" gewährte.

Fast ebenso wichtig sei die nähere Angliederung Rumäniens, das 15 Divisionen mitbringe, an den Dreibund, wobei der General wieder meinte, daß Deutschland die Brücke bilden müsse, da weit verbreitete Strömungen in Rumänien den Besitz von Siebenbürgen ambitionierten *.

Die beiden Generalstabschefs Conrad sowohl als Pollio ** schienen von allem, was sie gesehen haben, auf das günstigste beeinflußt, und General von Moltke verspricht sich von dem gegenseitigen Bekanntwerden derselben nicht zu unterschätzende Vorteile.

Treutler

Nr. 14 137

Der Geschäftsträger in Belgrad von Bethmann Hollweg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 161 Belgrad, den 16. September 1913

Mein englischer Kollege *** sprach mir gestern von den österreichisch-serbischen Beziehungen und bemerkte, das Selbstbewußtsein

---

schlesischen Kaisermanöver, an Staatssekretär von Jagow abgegangen war, betraf in der Hauptsache ein Gespräch mit dem an den Manövern teilnehmenden österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf über die serbische und vor allem über die rumänische Frage. Siehe den Text des Briefes in Band XXXIX, Kap. CCXCVIII, Nr. 15 793. Bezüglich der serbischen Frage, die durch das Österreich brüskierende Verbleiben der serbischen Truppen in Albanien von neuem aufgerührt werden mußte, bekannte sich Conrad von Hötzendorf erneut als Verfechter des Gedankens, daß Österreich längst Serbien hätte „überschlucken" sollen, und daß der „Monarchie" jetzt nur noch übrigbleibe, entweder den friedlichen Anschluß Serbiens an Österreich-Ungarn herbeizuführen oder es als Feind zu behandeln. Im gleichen Sinne gibt Conrad von Hötzendorf selbst (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 431 f.) sein Gespräch mit dem Kaiser wieder. Hinsichtlich der Stellungnahme Wilhelms II. bemerkt der Generalstabschef: „Die Anschlußidee fand Beifall. Kaiser Wilhelm meinte: Für Deutschland sei es viel vorteilhafter, wenn Österreich-Ungarn mit Serbien in einem Hause vereint sei, als wenn es einen südslawischen Staat als Nachbar habe, der ihm stets in den Rücken fallen würde."

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

** Generalleutnant Pollio, Chef des italienischen Generalstabes.

*** Ch. L. Des Graz.

der Serben habe sich bis zu einem gefährlichen Grade gesteigert. Man rechne hier mit einem Zerfall der Donaumonarchie in drei bis vier Jahren und hoffe dann, die serbischen Brüder jenseits der Grenze Serbien angliedern zu können. Er glaube, daß man sich gegen Rumänien und Griechenland durch Abmachungen den Rücken gedeckt habe *. Bulgarien liege so darnieder, daß es für absehbare Zeit nicht in Betracht komme. Österreich-Ungarn gegenüber sei Serbien dadurch im Vorteil, daß es, bei der Anspruchslosigkeit des serbischen Soldaten, wenig Geld zum Kriegführen brauche. Dieses wenige Geld werde es aber angesichts des Reichtums des Landes immer erhalten. An der albanischen Grenze würden die Schwierigkeiten mit Serbien nicht aufhören, und es könne der Augenblick kommen, wo Österreich dem nicht ruhig werde zusehen wollen. Auf meinen Einwurf, daß ein kriegerisches Unternehmen Serbiens gegen Österreich ohne fremde Hilfe mir doch ein sehr gewagtes Spiel erscheine, und daß ein solcher Kalkül sich wohl nur aus dem von ihm geschilderten übertriebenen Selbstbewußtsein erklären lasse, erwiderte er, seiner Überzeugung nach würde Rußland Serbien erst im letzten Augenblick beispringen, wenn Serbien Gefahr laufe, nach einer Niederlage von Österreich annektiert zu werden.

Die Frage der Anbahnung besserer österreichisch-serbischer Beziehungen durch Abschluß eines Handelsvertrages betrachtete er sehr skeptisch. Die Serben ständen auf dem Standpunkt, daß ein Handelsvertrag mit Österreich ihnen nur geringe Vorteile bieten könne.

Bethmann Hollweg

---

* Unter dieser Besorgnis stand auch der österreichische Außenminister Graf Berchtold. In einem Berichte Tschirschkys vom 22. August (Nr. 264) heißt es darüber:

„Graf Berchtold stand heute sehr unter dem Eindruck der Meldung aus Athen, nach welcher sowohl Herr Koromilas als Herr Veniselos unserem Vertreter eröffnet haben, die Abmachungen mit Serbien seien zwar anfänglich lediglich ad hoc, das heißt zum Krieg gegen Bulgarien geschlossen worden, jetzt aber läge Anlaß vor, die intimen Beziehungen zu Serbien auch weiterhin beizubehalten und auszugestalten. Herr Veniselos habe allerdings hinzugefügt, Griechenland werde dafür sorgen, daß sich der Bund, dessen Hauptfaktor natürlich Rumänien sein müsse, nicht gegen die Interessen Österreich-Ungarns richte, und daß Serbien von Österreich-Ungarn feindlichen Maßnahmen abgehalten werde. Herr Veniselos habe sich auch bereit erklärt, die betreffenden Abmachungen hier mitzuteilen, um jedes Mißverständnis auszuschließen.

Graf Berchtold steht letzteren Erklärungen der Griechen skeptisch gegenüber. Selbst angenommen, Herr Veniselos würde wirklich den gesamten Inhalt hier mitteilen, so sei doch kein Zweifel, daß, falls Serbien gegen die Monarchie auftreten werde, die Bundesgenossen es nicht davon abhalten könnten. Der ganze Bund habe nur einen Sinn, wenn er sowohl Serbien als Rumänien die Anwartschaft auf österreichisch-ungarisches Gebiet in Aussicht stelle. Hierin wird der Minister besonders dadurch bestärkt, daß Bulgarien mit der Zeit mit in den Bund aufgenommen werden solle, der Bund sich mithin nicht gegen die Revanchegelüste Bulgariens richten könne."

Nr. 14 138

Der Geschäftsträger in Belgrad von Bethmann Hollweg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 165 Belgrad, den 17. September 1913

Auf den Erlaß vom 9. d. Mts. Nr. 518*.

Die Kollektivdemarche betreffend die Evakuierung Albaniens hat bisher nicht stattfinden können, da die Instruktionen des russischen** und französischen Geschäftsträgers*** nicht mit den andern Instruktionen gleichlautend waren. Der russische Geschäftsträger hatte nur den Auftrag, freundschaftliche Ratschläge an Serbien zu erteilen, einen Auftrag, den er schon ausgeführt hat.

Wie ich von meinem österreichischen Kollegen höre, hat der österreichische Geschäftsträger † aus Paris berichtet, daß ihm von der französischen Regierung zugesagt worden sei, ihrem hiesigen Vertreter nunmehr eine mit den Instruktionen der anderen Vertreter gleichlautende Weisung zu erteilen. Der französische Geschäftsträger war bisher nur beauftragt worden, die Evakuierung von Oroschi zu verlangen ††.

Dem Vernehmen nach stehen die serbischen Truppen immer noch jenseits der von den Mächten festgesetzten Grenze.

Die „Samouprawa" vom 17. d. Mts. meldet zwar, der Kriegsminister sei von der Regierung beauftragt worden, die Truppen aus Albanien zurückzuziehen. Inwieweit diese Anordnungen wirklich zur Ausführung gelangen werden, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 14 135.
** von Strandtmann.
*** Clément-Simon.
† Graf Somssich de Sáard.
†† Vgl. dazu das Zirkulartelegramm Graf Berchtolds vom 11. September: „Einer Meldung des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad ist zu entnehmen, daß die in meinem Telegramme vom 4. l. M. angeregte Demarche in Belgrad teilweise irrtümlich dahin aufgefaßt wurde, es handle sich bloß um die Evakuierung des Ortes Oroschi, nicht aber darum, daß die serbische Regierung nunmehr endlich eingeladen werde, ihre Truppen hinter die in London fixierte Nordostgrenze Albaniens zurückzuziehen und so das Gebiet des autonomen Albaniens zu räumen. Ich ersuche Euer pp., dieses in den nach Belgrad erteilten Instruktionen unterlaufene Mißverständnis richtigstellen zu lassen und darauf hinzuweisen, daß die Zurückziehung der serbischen Truppen hinter die Londoner Grenze einem Anstande umsoweniger begegnen kann, als die heute von der serbischen Gesandtschaft hier überreichte Note über den Annexionsukas Seiner Majestät König Peters als vorläufige Demarkationslinie gegen Albanien die Londoner Grenze bezeichnet." Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 434 f.

Nr. 14 139

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Belgrad, den 20. September 1913

Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat der Kriegsminister gestern Befehl gegeben, die Grenzwachen gegenüber Albanien durch Militär aus den in der Nähe befindlichen Garnisonen zu verstärken. Eventuell sollen Truppen aus Altserbien nachgeschoben werden. Außerdem ist Grenzsperrung gegen Albanien eingeführt worden.

Die auf Wunsch der Großmächte aufgegebenen strategischen Positionen sollen wieder eingenommen werden, und Repressalien gegenüber jeder Ausschreitung der Arnauten geübt werden *.

Griesinger

Nr. 14 140

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 272 St. Petersburg, den 19. September 1913
[pr. 21. September]

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger ** hat Herrn Neratow gestern mitgeteilt, daß seiner Regierung das Verbleiben von serbischen Truppen in Nordalbanien Sorge bereite. Herr Neratow hat hierauf erwidert, daß Rußland sich etwaigen Vorstellungen der Mächte in Belgrad „si omnes" anschließen würde.

Pourtalès

Nr. 14 141

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Rom von Flotow

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1197 Berlin, den 23. September 1913

Der Kaiserliche Gesandte in Belgrad telegraphiert unter dem 22. d. Mts. ***:

---

* Wesentlich dasselbe meldete der k. und k. Geschäftsträger in Belgrad von Storck in einem Telegramm vom 21. September an Graf Berchtold. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 438.

** Graf O. Czernin.

*** Telegramm Nr. 127.

„Im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten werden heute die Verhältnisse in Albanien als unhaltbar erklärt. Nach serbischen Berichten bestehe dort überhaupt keine Regierung mehr, der Aufstand nehme immer größere Dimensionen an, 6000 Albanesen belagern Dibra, man wisse nicht, ob es nicht bereits gefallen sei. Serbien könne das nicht zulassen und müsse alle Maßregeln ergreifen. Der Ministerrat beschloß, den Kriegsminister zur Einberufung von drei Reservejahrgängen zu ermächtigen.“

Auch der hiesige serbische Geschäftsträger machte mir gestern im Auftrag seiner Regierung eine ähnliche Mitteilung*. Serbien werde zur Abwehr der Albanesen die albanische Grenze wieder überschreiten und strategische Punkte von neuem besetzen müssen. Der Geschäftsträger beklagte sich ferner, daß bulgarische Offiziere auf Seiten der aufständigen Albanesen kämpften.

Ich habe den Geschäftsträger dringend vor einer Wiederbesetzung Albanien zugesprochenen Gebietes gewarnt und ihn auf eventuelle weittragende Komplikationen, die ein solches Vorgehen herbeiführen könnte, hingewiesen**. Sollte es sich ferner wirklich bestätigen, daß einige bulgarische Offiziere sich bei den aufständischen Albanesen befänden, so könne man hierfür nicht ohne weiteres die Regierung in Sofia verantwortlich machen.

Jagow

Nr. 14 142

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 171 Belgrad, den 24. September 1913

Der stellvertretende Minister des Äußern, Herr Spalaikowitsch, teilte mir heute mit, die serbische Regierung habe auf seinen Vorschlag, um bevorstehenden Demarchen der Mächte zuvorzukommen, die Evakuierung Albaniens nicht bloß bis zum Drinafluß, sondern genau

---

* Zu einer analogen Mitteilung wie Boghitschewitsch in Berlin war der serbische Geschäftsträger in Wien beauftragt. Näheres darüber in der österreichischen Zirkulardepesche vom 23. September. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 440.

** Vgl. auch die Meldung des k. und k. Geschäftsträgers in Berlin Freiherrn von Flotow an Graf Berchtold vom 23. September (Österreich-Ungarisches Rotbuch a. a. O., S. 439), die auf Grund von Äußerungen Staatssekretär von Jagows die dem serbischen Geschäftsträger erteilte Antwort wiedergibt. Von dieser Antwort wurde übrigens auch Freiherr von Griesinger mittels Telegramm Nr. 57 vom 23. September direkt verständigt.

entsprechend den in der Londoner Botschafterkonferenz festgesetzten Grenzen beschlossen gehabt. Es zeigte sich aber bald, daß dies ein Fehler war. Denn die Albanesen zogen sogleich hinter den die strategischen Positionen räumenden serbischen Truppen her und griffen sie im Rücken mit großer Übermacht an. Jetzt hätten sie bereits Dibra und Diakowa genommen und gingen gegen Prisren vor. Unter diesen Umständen bliebe Serbien nichts übrig, als energische Abwehrungsmaßregeln zu ergreifen. Im gestrigen Ministerrat sei beschlossen worden, das erste Aufgebot der Morava-Division, und zwar das 1., 2., 3. und 16. Infanterieregiment nebst dem 1. und 2. überzähligen Regiment zu mobilisieren, sowie außerdem sofort neue Verstärkungen aus den stehenden Kaders an die Grenze zu entsenden. So habe das 7. Regiment gestern abend Belgrad verlassen.

Die Zustände seien unhaltbar. Serbien habe in den bisherigen Kriegen Opfer an Gut und Blut in Masse bringen müssen, das könne nicht so fortgehen. Und um die Grenze Serbiens gegenüber Albanien zu sichern, sollen jetzt unaufhörlich neue Opfer gebracht werden[1]. Die Großmächte möchten dies doch ernstlich erwägen und dafür sorgen, daß in Albanien Ordnung geschafft werde und Serbien an seiner Grenze unbehelligt bleibe.

v. Griesinger

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Stimmt.

Nr. 14143

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 295 Wien, den 24. September 1913

Graf Berchtold sagte mir heute, er könnte sich jetzt noch kein klares Bild über die Bedeutung und die Tragweite der Bewegung in Albanien machen, da die Meldungen von den dortigen Konsulaten bisher nur sehr spärlich seien, und er in der Hauptsache auf Nachrichten aus Serbien angewiesen sei. Der hiesige serbische Gesandte* habe ihm gegenüber ausgeführt, daß Serbien durch das provokatorische Verhalten der Albanesen an der Grenze zu militärischen Maßnahmen gezwungen worden sei. Dagegen wisse er, der Minister, aus zuverlässigen Meldungen von Fällen, wo Albanesen, die die neue Grenze überschritten hätten, um sich auf ihren altgewohnten, jetzt von Albanien losgetrennten Märkten mit dem Nötigsten zu verproviantieren, von den Serben ohne weiteres niedergeschossen worden seien.

---

* Jowanowitsch.

An die Richtigkeit der Nachricht, wonach sich bulgarische Offiziere unter den Albanesen befinden sollen, will der Minister vorläufig nicht glauben.

Graf Berchtold hält es für erforderlich, daß die Abgrenzungskommissionen, insbesondere die nördliche *, möglichst schnell mit ihren Arbeiten vorwärtskommen, und meint, es sei unbedingt notwendig, daß Albanien sofort einen Fürsten bekomme, der die Geschicke des Landes in die Hand nehme.

Mit Italien gehe Österreich-Ungarn in der albanischen Frage nach wie vor Hand in Hand. Auf Essad Pascha suche man von hier aus dämpfend einzuwirken.

Als ich den Minister fragte, ob er die Ereignisse in Albanien ernst ansehe, leugnete er dies nicht, machte aber weiter keine Andeutungen darüber, wie er sich die Zukunft denkt.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14144

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow **

Reinschrift

Berlin, den 26. September 1913

Der zum Sektionschef ausersehene Gesandte in Dresden, Graf Forgách *** — welcher mein Kollege im Haag und in Rom war — besuchte mich gestern.

Nach Graf Forgachs Ansicht hat von allen Diplomatien während der Balkanwirren die russische am schlechtesten abgeschnitten und die größten Mißerfolge zu verzeichnen.

Für die fernere Balkanpolitik wünschte Graf Forgách ein enges Zusammengehen mit Deutschland und eine offene Aussprache und Verständigung über die zu befolgenden Richtlinien.

Hinsichtlich Rumäniens † zeigte sich der Graf etwas pessimistisch, betonte aber ausdrücklich, daß sich diese Auffassung nicht mit der des österreichischen Gesandten in Bukarest Prinzen Fürstenberg decke, welcher das Verhältnis Rumäniens nach wie vor optimistisch beurteile. Solange König Karol lebe, meinte auch Graf Forgách, werde Ru-

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt A.

** Die Aufzeichnung Staatssekretär von Jagows über seine Unterredung mit Graf Forgách gelangt zweckmäßig hier zum Abdruck, weil die serbisch-österreichischen Beziehungen in ihr das wichtigste Thema abgeben.

*** Vgl. über Graf Forgách Baron J. v. Szilassy, Der Untergang der Donaumonarchie, S. 254 f.

† Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVIII.

mänien wohl noch treu zum Dreibund halten; die rumänischen Staatsmänner seien aber nicht allzu verläßlich, und in der öffentlichen Meinung des Landes machten sich starke russophile Strömungen geltend. Durch die Allianz mit der Zarentochter * würden diese russischen Tendenzen jedenfalls auch am Hofe mehr Boden gewinnen. Jedenfalls sei es wichtig, Rumänien solange wie möglich am Dreibund festzuhalten und die „Fehler“ der österreichischen Politik Rumänien gegenüber möglichst wieder gutzumachen.

Graf Forgách bekannte sich zu der Ansicht, daß bei der jetzigen Lage der Dinge Österreich versuchen müsse, in ein möglichst gutes oder wenigstens erträgliches Verhältnis zu Serbien zu gelangen. Wirklich intim werde dies aber leider nie werden können, denn jeder Serbe hasse nun einmal Österreich und träume von nichts anderem als der Vereinigung der unter österreichischem Szepter lebenden Brüder mit dem Mutterland. (Graf Forgách war früher Gesandter in Belgrad.) Die serbische Frage weise Österreich auch auf gute Beziehungen zu Bulgarien hin. Die jetzige Regierung in Sofia bemühe sich in Wien um einen Anschluß an den Dreibund.

Gegen meine Bemerkung, daß die Versprechungen eines Ertrinkenden keinen allzu großen Wert hätten, konnte Graf Forgách nicht viel einwenden. Ebensowenig gegen meine fernere Bemerkung, daß die Vorbedingung für einen Anschluß Bulgariens an den Dreibund ein intimes Verhältnis Bulgariens mit Rumänien sei und König Karol hiervon nichts wissen wolle.

Graf Forgách gab zu, daß diese Brücke fehle, er schien eine solche in der Türkei zu suchen, die Frage sei eben die „Quadratur des Zirkels“. Stoße man aber Bulgarien zurück, so liege die Gefahr vor, daß es sich eines Tages unter russischer Patronanz und mit einer Spitze gegen die Donaumonarchie fest mit Serbien zusammenschließe. Rußland arbeite intensiv hierauf hin. Die Dinge seien aber noch nicht reif, und man müsse ihre Entwicklung abwarten.

Mit Griechenland habe Österreich an sich keinerlei Gegensätze. Die jetzige Differenz betreffend Südalbanien könne man als vorübergehend betrachten. Bedenklicher sei schon das derzeitige Bündnis Griechenlands mit Serbien, „dem Todfeinde Österreichs“. Graf Forgách schätzt aber Griechenland nicht allzu hoch ein. Seinen langgedehnten Küsten könne der Dreibund keine Sicherung bieten, die panhellenistischen Aspirationen auf Kleinasien drohten zudem zu einem Konflikt mit der Türkei und einer Gefährdung des asiatischen Besitzstandes der letzteren zu führen. Ich entgegnete, daß ich deshalb eine Verständigung zwischen der Türkei und Griechenland für wünschenswert

---

* Es bestand der Plan einer Heirat des Prinzen Karl von Rumänien mit einer Tochter des Zaren, der jedoch nicht zur Verwirklichung gelangte. Näheres darüber in Bd. XXXIX, Kap. CCXCV.

hielte, um der panhellenistischen Agitation einen Riegel vorzuschieben. Ich machte ferner darauf aufmerksam, wie wichtig es für die zukünftige Stellung des Dreibundes im Mittelmeer wäre, daß Griechenland in Anbetracht seiner geographischen Lage nicht unter den Einfluß Frankreichs fiele. Letzteres beherrsche den größten Teil der nordafrikanischen Küste, habe Gelüste auf Syrien, stände in guten Beziehungen zu Spanien, wenn es nun noch — und hierauf arbeite die französische Diplomatie sichtlich hin — Griechenland als seine Dépendance betrachten könne, so habe es sich damit die unbedingte Vorherrschaft im Mittelmeer gesichert. Im übrigen wünschten weder wir noch Griechenland einen unmittelbaren und sofortigen Anschluß des letzteren an den Dreibund; König Konstantin erstrebe nur eine „Orientierung seiner Politik zum Dreibund“, eventuell mittels einer Militärkonvention mit Rumänien, und dies zu fördern, erschiene mir richtig.

Wir stimmten darüber überein, daß die Dinge im Balkan noch ungeklärt seien und man die weitere Gestaltung abwarten müsse.

Graf Forgách sagte mir, der König von Griechenland habe seinen Besuch in Wien für den 5. Oktober angesagt. Er betonte ferner sehr bestimmt, Graf Berchtold werde jetzt nicht zurücktreten, derselbe besäße gleichmäßig das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers wie des Thronfolgers, und über die Delegationen werde er schon „hinwegkommen“. In der ungarischen Delegation werde dies leichter sein, aber er hoffe, daß auch die österreichische ohne allzu heftige Angriffe vorübergehen werde. Dagegen bestätigte Graf Forgách die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Chefs des Generalstabes Conrad von Hötzendorf *.

Jagow

Nr. 14145

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 300 Wien, den 27. September 1913

Ganz geheim

Graf Berchtold bat mich, Euerer Exzellenz seinen besonderen Dank für die freundliche Aufnahme zu übermitteln, die Graf Forgách in

* Tatsächlich hatte Conrad von Hötzendorf kurz nach Mitte September auf Grund eines Zusammenstoßes mit dem Erzherzog-Thronfolger den Entschluß zur Einreichung seines Abschiedsgesuchs gefaßt, doch nahm er auf Zureden des Erzherzogs von der Ausführung des Entschlusses Abstand. Vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 434 ff.

Berlin gefunden habe*. Der Minister gab seiner Freude über den eingehenden Gedankenaustausch, der zwischen dem Herrn Staatssekretär und dem Grafen Forgách stattgefunden habe, Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß man, insbesondere in der Behandlung der Balkanfragen, weiter in diesem engen Kontakt bleiben werde. Graf Berchtold betont, daß der Besuch des Grafen Forgách in Berlin von ihm selbstverständlich ganz geheim gehalten würde.

Prinz Stolberg

Nr. 14146

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 172 Belgrad, den 26. September 1913
[pr. 29. September]

Mehr und mehr macht sich in der hiesigen Presse die Ansicht geltend, daß die serbische Regierung bei Niederwerfung des Albanesenaufstandes sich nicht mit Wiederbesetzung gewisser auf Verlangen der Mächte evakuierter strategischer Punkte Albaniens begnügen, sondern zu einer ausgiebigen Okkupation des Landes schreiten solle. Diese hätte zugleich als Faustpfand für den zu fordernden vollständigen Ersatz der für die „Strafexpedition" aufgewendeten Kosten und sonstigen Opfer zu dienen. So schreibt unter anderem die notorisch mit den Regierungskreisen Fühlung unterhaltende „Tribuna" von heute: „Nach der bitteren Erfahrung mit Adrianopel, das trotz der Beschlüsse der Botschafterkonferenz türkisch geblieben ist**, obwohl Ströme serbischen Blutes für die Eroberung dieser Festung vergossen wurden, darf Serbien nicht mehr zugeben, daß an seiner südwestlichen Grenze sich ein derartiges Experiment wiederhole. Serbien muß die albanischen Räuber nicht bloß von seinem Gebiete verjagen, sondern sie bis in ihre letzten Schlupfwinkel verfolgen und vernichten. Ist dies geschehen, dann hat Serbien den Mächten die Rechnung aller Kosten und Opfer, die es ohne eigene Schuld hat bringen müssen, vorzulegen. An Albanien ist es, diese Rechnung zu begleichen, und solange es dies nicht tut, dürfen die serbischen Truppen das zum zweiten Male eroberte albanische Territorium nicht verlassen."

Auch begegnet man im hiesigen Publikum vielfach der Auffassung, daß die Mehrzahl der Großmächte, und insbesondere auch die deutsche

---

* Vgl. Nr. 14144.
** Vgl. dazu Kap. CCLXXVII.

Regierung, gegen eine derartige Okkupation nicht viel einzuwenden haben würden *.

v. Griesinger

Nr. 14 147

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 60 Berlin, den 29. September 1913

Österreich und Italien wollen in Belgrad freundschaftlich, aber nachdrücklich vorstellig werden **, damit Serbien Londoner Beschlüsse respektiert und keinerlei albanische Gebietsteile okkupiert. Bitte sich Demarche Ihrer Dreibundkollegen anschließen und auf gefährliche Konsequenzen hinweisen.

Vertraulich: Manche Anzeichen lassen schließen, daß albanische Wirren bezwecken, für den Fall eines von Bulgarien begünstigten türkischen Krieges gegen Griechenland Serbien anderweit zu beschäftigen.

Jagow

---

* In bezug auf Deutschland traf diese Ansicht keinenfalls zu; vgl. das folgende Schriftstück. Dagegen bestand bei den Regierungen der Tripelentente deutlich Neigung zur Konnivenz gegenüber Serbien. Vgl. dazu das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London de Fleuriau vom 21. September, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 46 s., in dem es heißt: „La situation de l'Albanie inspire de nouvelles inquiétudes au Foreign Office. Les troupes serbes et monténégrines vont pénétrer dans le nouvel Etat en invoquant pour prétextes l'anarchie et l'agitation d'une région qui ne possède actuellement aucune organisation. Les Anglais reconnaissent tacitement qu'il y a du vrai dans ces allégations de Belgrade et de Cettigné.“ Einen ähnlichen Standpunkt nahm die russische Regierung ein; vgl. das Geheimtelegramm des stellvertretenden Außenministers Neratow an Iswolsky vom 27. September: „Indem wir das Recht Serbiens anerkennen, energische Maßregeln gegen die Albaner zu ergreifen, die die Grenze verletzen und Unruhen erregen, hoffen wir, daß Serbien fortfahren wird, sich, wie während der ganzen Krise, vernünftig zu zeigen und sich auf zeitweilige Maßregeln innerhalb der Grenzen des unbedingt Notwendigen zu beschränken. In diesem Sinne habe ich mit dem serbischen Geschäftsträger gesprochen.“ Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 292.

** Die Anregung zu der gemeinsamen Demarche ging von Graf Berchtold aus; vgl. sein Telegramm an den k. und k. Geschäftsträger in Rom Grafen Ambrózy vom 24. September. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 441 f. Es hieß darin: „Unter diesen Umständen wäre ich der Ansicht,

Nr. 14 148

Der Geschäftsträger in Paris von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 348 Paris, den 30. September 1913

Österreichischer Geschäftsträger hat, wie er mir erzählte, heute Paléologue die von italienischer Regierung ausgehende Anregung zu gemeinsamer Demarche der Mächte in Belgrad übermittelt. Paléologue teilte ihm darauf mit, der Präsident der Republik habe bei gestrigem Besuch Paschitschs in Rambouillet * sich diesem gegenüber eindringlich im Sinne geplanter Vorstellungen ausgesprochen. Auf Paschitsch habe dies sichtlich großen Eindruck gemacht, und er werde vermutlich mit sehr maßvollen Gesinnungen nach Belgrad zurückkehren. Paschitsch wird sich in Wien aufhalten und dort mit dem Grafen Berchtold Rücksprache nehmen.

Es ist anzunehmen, daß der Präsident seinen Äußerungen durch Hinweis auf die geplante serbische Anleihe Nachdruck gegeben hat **.

Radowitz

---

daß durch eine entsprechende Demarche der Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens in Belgrad die serbische Regierung aufgefordert werden sollte, die Londoner Beschlüsse bezüglich der Grenzen und der Neutralität des autonomen Albaniens . . . . zu respektieren.“ Italien schien es indessen, wie Graf Ambrózy am 26. September zurückmeldete, nur opportun, „Serbien in freundschaftlicher Weise durch die Großmächte daran erinnern zu lassen, „que l'Europe désire unanimément que les délibérations de la réunion de Londres soient respectées et exécutées“. Nunmehr kündete am 27. Graf Berchtold in Rom im Hinblick darauf, daß eine Kollektivdemarche der Großmächte kaum rasch und energisch genug ausfallen würde, um Serbien von weiterem Vorschreiten zurückzuhalten, eine eigene „freundschaftliche, aber eindringliche Demarche“ bei der serbischen Regierung an, indem er gleichzeitig die italienische Regierung um ein analoges Vorgehen ersuchte. Von einem Anschluß an das österreichisch-italienische Vorgehen in Belgrad, um das beide Regierungen in Petersburg ersuchten, wollte die russische Regierung nichts wissen; vgl. das Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an die russischen Geschäftsträger in Paris und London vom 30. September, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed Fr. Stieve, III, 294 f. Über die Stellungnahme Frankreichs vgl. Nr. 14 148.

* Vgl. dazu das Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 30. September, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 293 f.

** Vgl. dazu das Geheimtelegramm Sewastopulos vom 1. Oktober, Stieve, a. a. O., III, 296 f.

Nr. 14 149

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Belgrad, den 1. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Österreichischer Geschäftsträger hat Demarche soeben ausgeführt. Italienischer Geschäftsträger** ist ohne Instruktion und teilt mir vertraulich mit, daß seine Regierung bemüht zu sein schien, Kollektivdemarche sämtlicher Vertreter der Großmächte herbeizuführen.

Bei den jüngsten Unterredungen mit beiden Geschäftsträgern und mir hat Spalaikowitsch das Prävenire gespielt und förmlich erklärt, Serbien werde sich auf die strikte Einhaltung der ihm durch die Londoner Beschlüsse gesteckten Grenzen beschränken und nur soweit in das Gebiet des autonomen Albaniens eindringen, als dies zur wirksamen Vertreibung und Bestrafung der aufrührerischen Albanesen vom militärischen Standpunkt aus notwendig sei. Sobald dies durchgeführt sei, werden sich die Serben sofort wieder auf ihre Grenzen zurückziehen***. Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen habe ich mich im Sinne des Telegramms Nr. 57 † ausgesprochen.

Wie soll ich mich verhalten? ††

Griesinger

Nr. 14 150

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 307 Wien, den 2. Oktober 1913

Wie mir Baron Macchio sagt, hat der österreichisch-ungarische Vertreter in Belgrad gestern bei der dortigen Regierung eine Demarche

---

* Siehe Nr. 14 147.

** Rinella.

*** Nach einem Telegramm des österreichischen Geschäftsträgers von Storck an Graf Berchtold vom 28. September (siehe Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 444) lautete die Erklärung, die Spalaikowitsch dem italienischen Geschäftsträger gab: „que la Serbie n'entreprendra qu'une action défensive contre les agresseurs albanais, qu'elle fera preuve de grande modération, qu'elle ne pense pas à s'emparer des territoires albanais et qu'elle est fermement décidée à respecter les décisions des Puissances."

† Vgl. Nr. 14 141, S. 367, Fußnote **.

†† Auf die Anfrage erfolgte am 2. Oktober mittels Telegramm Nr. 62 die kurze Weisung: „Bitte, falls nicht Kollektivschritt erfolgt, vorläufig nichts weiter veranlassen."

unternommen, um dieselbe vor der eventuellen Besetzung von Gebieten in dem autonomen Albanien zu warnen *. Ursprünglich hätte dieser Schritt zusammen mit Italien gemacht werden sollen **; Herr Spalaikowitsch hätte es aber verstanden, den italienischen Vertreter so von der Harmlosigkeit des serbischen Vorgehens zu überzeugen, daß man in Rom die beabsichtigte Warnung augenblicklich nicht für notwendig halte.

Bezüglich der von allen Großmächten gemeinsam in Belgrad zu unternehmenden Demarche sei der dortige russische Vertreter noch ohne Instruktion. Herr Neratow habe sich auch dahin ausgesprochen, daß er bei dem ganz einwandsfreien Verhalten der Serben einen solchen Schritt nicht für angebracht halte ***, zumal da Rußland die ganze Zeit über nicht aufgehört habe, in Serbien zur Vernunft zu raten.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14 151

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 258 St. Petersburg, den 3. Oktober 1913

Herr Neratow glaubt, daß der Besuch des Herrn Paschitsch in Wien † zur Klärung des serbisch-albanischen Konflikts, der den Ministergehilfen jedoch nicht beunruhigt, beitragen werde. Selbst wenn Serbien einige strategische Punkte vorübergehend besetzt hielte, würden hieraus kaum ernste Schwierigkeiten mit Österreich entstehen. Serbien wünsche Ruhe und würde sicher keine Abenteurerpolitik machen. Es sei bedauerlich, daß durch Österreichs späte Entsendung eines

* Vgl. dazu das Telegramm des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad von Storck an Graf Berchtold vom 1. Oktober. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 446. Danach hätte Spalaikowitsch auf die Demarche von Storcks sich im gleichen Sinne geäußert wie am 28. gegenüber dem italienischen Geschäftsträger Rinella. Vgl. Nr. 14 149, Fußnote ***.

** Vgl. Nr. 14 147, Fußnote **.

*** Vgl. dazu Nr. 14 146, S. 373, Fußnote *.

† Der Besuch des serbischen Ministerpräsidenten in Wien fand gerade am 3. Oktober statt. Über den Ausfall des Besuchs berichtete der Geschäftsträger Prinz zu Stolberg noch am gleichen Tage (Nr. 311): „Baron Macchio, der heute mit dem serbischen Ministerpräsidenten Herrn Paschitsch gefrühstückt hat, erzählt mir, daß derselbe sich in der entgegenkommendsten Weise über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien geäußert habe. Da er aber die deutsche Sprache, deren er sich mit Vorliebe bediene, nicht mit voller Sicherheit beherrsche, so hafte seinen Worten eine gewisse Unklarheit an, so daß man nie recht wisse, woran man sich tatsächlich halten könne.

Delegierten der Zusammentritt der Kontrollkommission * sich verzögere. Auch wegen des Orts der Zusammenkunft mache Österreich Schwierigkeiten. Ernster sieht der Ministergehilfe türkisch-griechische Differenzen wegen der Inselfrage ** an. Auch der griechische Geschäftsträger ***, den der Ministergehilfe nach mir empfing, äußerte sich besorgt.

Lucius

Nr. 14 152

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 547 London, den 1. Oktober 1913
[pr. 4. Oktober]

Aus einem Gespräche mit einem der vertrauten Mitarbeiter des abwesenden Sir Edward Grey entnehme ich, daß der Minister trotz der Meldungen über Kämpfe zwischen Serben und Albaniern und der Befürchtungen wegen kriegerischer Verwickelungen zwischen der Türkei und Griechenland die europäische Lage mit Ruhe und Zuversicht ansieht.

An sich, so führte mein Gewährsmann aus, der gerade mit dem Minister eine Unterredung gehabt hatte, scheint es vom Standpunkt der englischen Interessen ziemlich gleichgültig, ob eine Insel oder ein Landstrich auf der Balkanhalbinsel oder im Ägäischen Meer türkisch, griechisch, serbisch oder bulgarisch sei. Sir Edward Grey habe seine Rolle als die eines ehrlichen Maklers aufgefaßt, dessen Anstrengungen dahin gingen, einem vitalen englischen Interesse zu dienen, nämlich den europäischen Frieden zu erhalten. Eine Gefahr für den Frieden zwischen den Großmächten hätte nur durch die starke Spannung zwischen Rußland und Österreich eintreten können. Diese Spannung habe bedeutend nachgelassen, und eines der gefährlichsten Elemente der Spannung, die slawophile öffentliche Meinung in Rußland, habe in den letzten Phasen des Konflikts kein Lebenszeichen mehr gegeben.

Man habe manchmal den Eindruck, als sei diese Unklarheit nicht unbeabsichtigt, um gegebenenfalls einen Rückzug zu erleichtern. Man müsse nun abwarten, welche Taten den Worten folgen. Immerhin sei es ein erfreuliches Zeichen, daß Herr Paschitsch überhaupt hierher gekommen sei und die Gelegenheit einer Aussprache gesucht habe.“ Weitere Mitteilungen über die Unterredung zwischen Paschitsch und Graf Berchtold siehe in Nr. 14 157 und Nr. 14 168.

* Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt B.

** Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.

*** Dragumis.

Bei den Besprechungen in Balmoral vor einem Jahr, als die möglichen Gefahren zur Sprache gekommen seien, welche ein Balkankrieg hervorrufen könnte, habe Herr Sasonow die Gefahren des russischen Panslawismus für die russisch-österreichischen Beziehungen als quantité négligeable bezeichnet*. Im Lauf der Balkanereignisse sei der Minister infolge lärmender Demonstrationen einer unbedeutenden Minorität mehrfach zu einer weniger richtigen Einschätzung des Einflusses dieser Partei gebracht worden, jetzt aber halte er nach den neuesten Vorgängen die panslawistische Bewegung in Rußland augenblicklich wenigstens für praktisch tot, so daß eine Gefährdung der österreichisch-russischen Beziehungen auch beim Auftauchen verwickelter Balkanfragen von dieser Seite nicht zu befürchten sei[1].

R. v. Kühlmann

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?

Nr. 14153

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Belgrad, den 4. Oktober 1913

Die serbischen Truppen haben die Albanesen von Dibra, Struga und Ochrida verjagt. In der Gegend von Prisren findet noch Kampf statt. Albanesen weichen überall zurück.

Griesinger

Nr. 14154

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 310 Wien, den 3. Oktober 1913
[pr. 4. Oktober]

Mit der Aufnahme der österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad** ist man hier nicht zufrieden. Es ist dem österreichisch-unga-

---

* Von solchen Äußerungen Sasonows findet sich weder in dessen Immediatbericht über seine Reise nach England usw. aus dem Oktober 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 289 ff.) noch in der Aufzeichnung Sir E. Greys über die Gespräche von Balmoral (Twenty-Five Years 1892—1916. By Viscount Grey of Fallodon, I, 298 f.) eine Spur.
** Vgl. Nr. 14 150, S. 376, Fußnote *.

rischen Vertreter versichert worden, daß Serbien sich lediglich auf Defensivmaßregeln gegen die albanischen Aufständischen beschränken werde und nicht daran denke, albanisches Gebiet in Besitz zu nehmen; es werde sich streng an die Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz halten. Dabei hat die serbische Regierung die Bitte ausgesprochen, das Wiener Kabinett möchte dahin wirken und auch bei den anderen Regierungen sich dafür einsetzen, daß die politischen Verhältnisse in Albanien möglichst bald eine feste Gestalt annehmen, insbesondere durch die schleunige Wahl eines Fürsten *, damit sie endlich in der Lage sei, mit einer normalen Regierung in Verhandlungen über die schwebenden Fragen einzutreten.

W. Prz. Stolberg

Nr. 14155

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 — Belgrad, den 5. Oktober 1913

Die serbische Mobilisierung wird sehr energisch betrieben **. — Es verlautet, daß die serbische Regierung sichere Nachrichten über bulgarische Mobilisierung erhalten hat, infolge deren „zur Vorsicht" serbische Truppenverstärkungen an die bulgarische Grenze geschoben werden.

Griesinger

Nr. 14156

Der Geschäftsträger in Athen Graf von Bassewitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 359 — Athen, den 30. September 1913
[pr. 8. Oktober]

Der Einfall der Albanesen in serbisches Gebiet ruft natürlich auch hier lebhafte Besorgnis hervor. Gemäß den Informationen, die der griechischen Regierung zugegangen sind, wird die Bewegung in Albanien von Türken und Bulgaren geschürt und geleitet[1]. Man glaubt auch zu wissen, daß Österreich und Italien der Bewegung nicht ferne

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt B.

** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 455 f., wo sich genaue Angaben über den Umfang der serbischen Mobilisierung auf Grund der Berichterstattung des k. und k. Militärattachés in Belgrad finden.

stehen, und daß sie für die Zuführung von Waffen gesorgt haben[2]. In dem geregelten Vormarsch der Albanesen, die anscheinend in zwei miteinander in Fühlung stehenden Kolonnen gegen Dibra und Ochrida vorgerückt sind, sieht man hier einen regelrechten Kriegsplan, der beweise, daß es sich um mehr als um bloße Bandenkämpfe handelt. Immerhin hofft man, daß die Serben bald Herr der Situation werden werden.

Die Lage in Albanien gibt aber der griechischen Regierung einen willkommenen Vorwand, um ihre Truppenmacht im albanischen Okkupationsgebiet zu verstärken. Nach Nachrichten, die aus Salonik hierher gelangt sind, wird die achte Division nunmehr nach Koriza gebracht. Die serbischen Truppentransporte durch griechisches Gebiet sollen unterbrochen worden sein, um die Strecke für die griechischen Transporte frei zu machen. Es heißt, daß die 11. Division bald der 8. folgen solle, doch dürfe sie bei der gegenwärtigen politischen Lage einstweilen in Mazedonien noch nicht zu entbehren sein.

R. Bassewitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] Unsinn

Nr. 14157

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 182 — Belgrad, den 7. Oktober 1913

Herr Paschitsch ließ mich heute früh zu sich bitten und machte mir über die augenblickliche politische Lage die folgenden Mitteilungen:

Betreffs der albanischen Unruhen könne er mir nur wiederholen, was mir Herr Spalaikowitsch bereits gesagt habe. Serbien sei dringend ruhebedürftig und verfolge keinerlei Eroberungspolitik. Es sei mit den in London festgesetzten Grenzen zufrieden und habe nur den Wunsch, diese gesichert zu wissen. Glücklicherweise sei es nunmehr gelungen, die aus dem autonomen Albanien herübergekommenen Albanesen über die Grenze zu jagen und die aufständischen Albanesen im serbischen Territorium zum größten Teil niederzuwerfen. Notwendig sei es aber für Serbien, gewisse strategische Punkte so lange zu halten, bis die internationale Grenzvermessungskommission* die Grenze genau fixiert habe. Diese möge doch möglichst bald kommen. Dann sei es aber an den Großmächten, Serbien Bürgschaften dafür zu verschaffen, daß diese Grenzen auch albanischerseits respektiert werden, sei es nun durch

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt A.

Bildung einer Miliz oder einer internationalen Gendarmerie oder wie sie sich das sonst denken. Mit Albanien sei mangels einer Zentralgewalt und geordneter Verhältnisse gegenwärtig ja nicht zu verhandeln, und man müsse auf alles gefaßt sein. Der Zustand der Ungewißheit sei ein unerträglicher und zwinge Serbien zu Opfern, die ihm schwerlich je irgendwer ersetzen werde, und unter denen es umsomehr leide, als es seine Leute und sein Geld dringender und besser für wirtschaftliche Zwecke brauche.

Im Zusammenhang damit kam die Rede auch auf die mit den Londoner Beschlüssen in Widerspruch stehende Errichtung des serbischen Zollamts in Pogradez am Ochridasee *. Herr Paschitsch meint, die serbische Finanzverwaltung sei dazu im Rechte gewesen, weil die Großmächte Serbien keine Mitteilung über die südliche Grenze des autonomen Albaniens bis jetzt hätten zukommen lassen. Das Zollamt habe natürlich finanziell vorderhand keinen Wert, sondern diene nur der Fischereipolizei. Er werde die Angelegenheit übrigens prüfen und eventuell könnte das Zollamt nach Sveti Naum verlegt werden. Er habe kein Interesse daran, Demarchen der Großmächte zu provozieren, die doch nur mit einem Zurückweichen Serbiens endigen könnten.

Über die griechisch-türkischen Verhandlungen ** meinte Herr Paschitsch, die Inselfrage habe seines Erachtens überhaupt auszuscheiden und über die Wakuffrage könne leicht eine Einigung erzielt werden. Er mißbillige die provokatorische Haltung der Türkei gegenüber Griechenland und möchte dringend wünschen, daß die Großmächte in Konstantinopel zur Mäßigung raten. Er seinerseits werde dies in Athen tun. Wolle die Türkei einen Krieg vom Zaun brechen, so werde sie sich dem geschlossenen Block von Rumänien, Serbien und Griechenland gegenüber sehen.

Endlich erzählte mir Herr Paschitsch von seinen Wiener Besprechungen ***. Er habe mit Graf Berchtold nur die allgemeinen Gesichtspunkte berührt und ihn seines Entgegenkommens versichert. Besondere Wünsche habe er nicht vorzubringen gehabt, und es seien ihm auch keine von österreichischer Seite kundgegeben worden. Seine Politik strebe ein freundschaftliches Verhältnis mit Österreich-Ungarn an, aber der Donaumonarchie besondere Privilegien einzuräumen, die etwa andere befreundete Staaten benachteiligen könnten, dazu sei er

---

* In Pogradez, einem unzweifelhaft auf albanischem Gebiet liegenden Orte, hatte die serbische Regierung ein Zollamt einrichten lassen. Da die serbische Regierung auf österreichische Reklamationen sich damit herauszureden suchte, daß ihr eine offizielle Mitteilung über die Süd- und Südostgrenze Albaniens noch nicht zugegangen sei, regte die österreichische Regierung durch ein den Mächten am 2. Oktober mitgeteiltes Aide-mémoire an, der serbischen Regierung die am 11. August von der Botschafterreunion endgültig beschlossene Südgrenze zu notifizieren.

** Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.

*** Vgl. Nr. 14 151 nebst Fußnote †.

nicht zu haben. Serbien wünsche allen in gleicher Weise die Türe offen zu halten und besonders läge ihm die immer engere Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland am Herzen.

v. Griesinger

Nr. 14158

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger

Telegramm. Konzept

Nr. 67 Berlin, den 12. Oktober 1913

Nach Mitteilung aus Wien * und Rom fortfahren serbische Truppen Londoner Grenzen Albaniens zu überschreiten und albanisches Gebiet zu besetzen. In Bisani sollen Serben Behörden einrichten.

Ew. pp. wollen im Einvernehmen mit österreichischem und italienischem Kollegen bei dortiger Regierung vor Folgen derartigen Vorgehens warnen und Respektierung Londoner Beschlüsse anraten.

Zimmermann

Nr. 14159

Militärbericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 69 Wien, den 9. Oktober 1913
[pr. 10. Oktober]

Der gemeinsame Ministerrat über das Heeres- und Marinebudget 1914**.

---

* Am 12. Oktober hatte der k. und k. Geschäftsträger auf Grund einer ihm von Graf Berchtold am 10. erteilten Weisung — siehe dieselbe im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 451 — beim Auswärtigen Amt angeregt, daß jede der Dreibundmächte im Hinblick auf die fortgesetzten Operationen der serbischen Truppen in Albanien für sich in Belgrad vor den Folgen eines solchen Vorgehens warnen und die serbische Regierung zur Einschränkung ihrer militärischen Aktionen auf ihr eigenes Gebiet und zur strikten Einhaltung der Londoner Beschlüsse auffordern möge. Die österreich-ungarische Demarche erfolgte am 14. Oktober, gemäß einer dem Legationsrat von Storck am 18. erteilten Instruktion. Siehe dieselbe im Österreich-Ungarischen Rotbuch, a. a. O., S. 453.

** Die in Wien einlaufenden Berichte über die fortscheitende Mobilisierung der serbischen Streitkräfte mußten dort Gegenmaßregeln nahelegen. Die treibende Kraft war dabei der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf, der am 2. Oktober

Am 3. Oktober fand in Wien die erste Besprechung statt der drei gemeinsamen Minister, der beiderseitigen Ministerpräsidenten und Finanzminister, des Chefs des Generalstabs und Marinekommandanten. Zur Verhandlung standen die Forderungen der Heeresverwaltung und der Marine für das künftige Budgethalbjahr, 1. Januar bis 1. Juli, sowie die Rechnungslegung über die militärischen Maßnahmen während des Balkankriegsjahres.

Wie mir General von Conrad heute sagt, hat man bis spät in die Nacht hinein heftig gestritten. Die drei militärischen Vertreter, Conrad, Krobatin und Haus *, können im allgemeinen mit dem Ausgang zufrieden sein; denn 95 Prozent des Geforderten scheint erreicht zu sein. Leider sind aber von dem für das k. und k. Heer geforderten Plus von 36 000 Rekruten 4000 abgestrichen worden, und zwar von der ungarischen Regierung.

Infolge der stetig zunehmenden Auswanderung mache sich in den landwirtschaftlichen Betrieben ein solcher Leutemangel bemerkbar, daß die Regierung es nicht verantworten könne, mehr wie 32 000 Mann zu bewilligen. — Der Kriegsminister und der Generalstabschef geben jedoch den Kampf noch nicht auf. Krobatin weilt heute in Budapest, um zu versuchen, mit dem Grafen Tisza zu einem billigen Ausgleich zu gelangen.

Sollte es aber bei dem Abstrich bleiben, würde in erster Linie

---

dem Kaiser Franz Joseph in einer Audienz riet, entweder bei der bevorstehenden Ankunft des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch in Wien (3. Oktober) bindende Vereinbarungen im Sinne eines friedlichen Anschlusses Serbiens an die Monarchie durchzusetzen, oder aber, falls Paschitsch sich dessen weigere, das Vorrücken der Serben in Albanien zu benutzen, um ein für allemal mit Serbien abzurechnen. Dieselbe Auffassung vertrat Conrad von Hötzendorf dann im Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 3. Oktober: entweder den kompletten staatlichen „Anschluß Serbiens auf friedlichem Wege oder gewaltsam". Vgl. das Protokoll des Ministerrats bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 724 ff., sowie die voraufgehende Erzählung Conrads, a. a. O., III, 460 ff. Der Generalstabschef drang danach im Ministerrat weder mit der einen noch mit der anderen Alternative durch. Die staatsrechtliche Angliederung Serbiens an die Monarchie wurde vor allem von dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, aber auch von seinem österreichischen Kollegen Grafen Stürgkh und dem gemeinsamen Finanzminister Ritter von Bilinski als praktisch unmöglich verworfen. Auch eine sofortige Abrechnung mit Serbien fand nicht die Zustimmung des Ministerrats. Vielmehr einigte man sich auf ein Zuwarten unter möglichster Ausgestaltung der k. und k. Wehrmacht und auf weitere Diplomatische Schritte in Belgrad. Trotzdem ließ General Conrad nicht nach; am 10. Oktober drang er von neuem (a. a. O., III, 463) in Graf Berchtold: „Entweder man läßt die Dinge laufen, auch auf die Gefahr hin, zugrunde zu gehen, oder man schlägt los, stellt ein Ultimatum und führt den Krieg. Noch einmal mobilisieren, ohne ein Stück Land zu erwerben, verträgt die Armee nicht mehr." Am 13. fand dann in Schönbrunn ein neuer Ministerrat statt, bei dem sofortige diplomatische Schritte in Belgrad beschlossen wurden. Vgl. dazu die folgenden Schriftstücke.

* Admiral Haus, Chef der Marinesektion im k. und k. Kriegsministerium.

die Hauptwaffe, die Infanterie, darunter zu leiden haben. Eine Sanierung der unter allen Großmächten bei weitem am niedrigsten gehaltenen Kompagnieständе wäre wieder einmal hinausgeschoben, und die Erhöhung der Stände bei den Grenzkorps auch in Mitleidenschaft gezogen. Denn mit dem Plus von 32000 Mann soll vor allem der endgültige Ausbau der Artillerie, der technischen Truppen und die Sanierung der Schwadronsstände durchgeführt werden.

Die beiden Finanzminister haben die für die neue Wehrvorlage nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt unter der Bedingung einer Verteilung auf fünf Jahre. General von Conrad sagt mir jedoch, daß die Hauptsache des vorliegenden Ausbauprogramms innerhalb der nächsten drei Jahre vollendet sein wird.

Durch den Flügeladjutanten des Kriegsministers erfahre ich, daß der Generalstabschef im Ministerrat ein glänzendes Exposé gehalten habe über die derzeitige militärpolitische Lage der Monarchie. Seine Rede sei ausgeklungen in einen Hinweis auf die unumgänglich notwendige Auseinandersetzung mit dem entstehenden Großserbien. Aus derselben Quelle wird mir als Totale der von den Novemberdelegationen zu bewilligenden Rüstungsauslagen des verflossenen Jahres die Summe von 435 Millionen genannt. Dazu kommen die Neuforderungen der Heeresverwaltung fürs k. und k. Heer und die beiden Landwehren von rund 200 Millionen, von der Marine im Budgetjahr 1914/15 für vier neue Großkampfschiffe von 426 Millionen.

Trotz dieser Milliarde bleibt meiner Ansicht nach der Kernpunkt noch ungelöst:

Eine gründliche Erhöhung der Kompagniestände auf mindestens 120 Mann im allgemeinen, auf 140 Mann bei den Grenzkorps. Ohne diese Friedensmaßregel hat die Monarchie in Zukunft keine Garantie, daß nicht an den unruhigen Grenzen von Südost und Nordost bei den geringsten Komplikationen durch Einberufung von Reservisten und Ersatzreservisten im ganzen Reiche sofort die Alarmglocke geläutet wird.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 14160

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 216 Wien, den 15. Oktober 1913

Graf Berchtold bat mich heute abend zu sich, um mir von seiner auch in Berlin mitgeteilten Belgrader Demarche vom 14. d. Mts.*

---

* Wie Graf Berchtold am 14. Oktober den k. und k. Botschaftern in Berlin und Rom mittels Telegramm (siehe den Text im Österreich-Ungarischen Rotbuch:

Kenntnis zu geben. Sollte Antwort serbischer Regierung, wie es nach vorläufiger Meldung österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers * Anschein habe, ungünstig ausfallen, so werde er Serbien bestimmte Frist zur Zurückziehung Truppen aus albanischem Gebiet setzen. Er wolle mir aber jetzt schon sagen, daß Österreich-Ungarn diesmal fest entschlossen sei nicht nachzugeben. Serbien hoffe seinen Nachrichten zufolge offenbar, Österreich-Ungarn mit russisch-französischen Intrigen zu zwingen, auf Modifizierung der Grenze zu seinen Gunsten einzugehen **. Dies würde aber erster Schritt zu serbischem Vordringen zur Adria sein und mühsam erreichte Schaffung lebensfähigen Albaniens gefährden; Existenz Albaniens sei jedoch unbedingt nötig, um Slawen Riegel vorzuschieben und Einvernehmen zwischen Österreich und Italien aufrechtzuerhalten. Ferner würde Nachgeben Österreich-Ungarns völlige Abdikation bedeuten, was besonders im Hinblick auf die eigenen Südslawen verhängnisvoll, da diese durch Schwächung der Monarchie

---

Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 453) mitteilte, hatte er tags zuvor den Geschäftsträger in Belgrad, Legationsrat von Storck, angewiesen, den serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch im Hinblick auf die von diesem erörterte Eventualität einer provisorischen Besetzung albanesischen Territoriums durch serbische Truppen und auf die inzwischen tatsächlich erfolgte Besetzung nachdrücklichst an das von Serbien gegebene Versprechen zu erinnern, daß es bei der Niederwerfung des albanesischen Aufstandes die Londoner Beschlüsse strikt respektieren und sich rein defensiv verhalten werde. Ausdrücklich hieß es in der Instruktion an Storck, die dieser der serbischen Regierung mitzuteilen hatte: „Da eine auch nur zeitweilige Okkupation mit der uns zugesagten unbedingten Respektierung der Londoner Beschlüsse, auf der wir bestehen müssen, im Widerspruch stünde, müssen wir an die serbische Regierung die Frage stellen, ob sie bereit ist, die militärischen Vorbereitungen für ein Vordringen in Albanien zu sistieren, beziehungsweise die bereits auf albanesischem Gebiete befindlichen Truppen binnen einer bestimmten kurzen Frist zurückzubeordern. — Von der Beantwortung dieser Frage und der Einhaltung der früheren serbischen Erklärungen müßte die Monarchie ihr weiteres Verhalten Serbien gegenüber abhängig machen, indem wir entschlossen seien, die unbedingte Respektierung der in London gefaßten Beschlüsse mit allen uns geeignet erscheinenden Mitteln sicherzustellen.“

* Siehe das Telegramm Legationsrats von Storck vom 15. Oktober im Österreich-Ungarisches Rotbuch, a. a. O., S. 454. Danach hätte Paschitsch ihm auf die befohlene Demarche zur Antwort gegeben: „Der Befehl zur Einstellung eines weiteren Vormarsches der serbischen Truppen nach Albanien sei bereits erteilt. — Die Frage, wann die auf albanesischem Territorium stehenden serbischen Truppen zurückgezogen werden sollen, würde von der Entwicklung der Verhältnisse in Albanien abhängen. — Solange den serbischen Positionen kampfbereite Arnautenbanden gegenüberstünden, werde diese Räumung nicht erfolgen.“

** Tatsächlich war Paschitsch bei seinem Aufenthalt in Paris dafür eingetreten, daß die auf Grund der Londoner Beschlüsse eingesetzte Grenzkommission den Serben einige strategische Punkte zur Sicherung ihrer Grenzen zuwenden möge. Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 1. Oktober. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, III, 295 f. Vgl. auch Nr. 14 171.

in ihren zentrifugalen Bestrebungen bestärkt würden. Er werde daher im Falle weiterer Ablehnung Serbiens bis zum Äußersten gehen müssen und habe hierfür neben der einmütigen Zustimmung der österreichischen und ungarischen Regierungen* auch die volle Billigung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß Deutschland, das doch selbst großes Interesse an Zurückdämmung der slawischen Flut habe, in dieser Frage moralisch fest hinter Österreich-Ungarn stehen werde; denn nur um moralische Unterstützung werde es sich ja voraussichtlich handeln, da weder Rußland noch Frankreich Krieg wollten. Man könne deshalb auch hoffen, daß es sich serbischerseits vorläufig nur um Bluff handelt.

Graf Berchtold hat hiesigem serbischen Gesandten offen gesagt, daß Serbien im Falle der Weigerung ernsteste Folgen zu gewärtigen habe.

Stolberg

Nr. 14161

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Wedel, z. Z. in Bonn

Reinkonzept

Nr. 28 Berlin, den 16. Oktober 1913

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger** hat mir gestern abend im amtlichen Auftrage mitgeteilt, daß sich seine Regierung genötigt sehe, wegen der fortgesetzten Verletzung der in London festgestellten Grenzen Albaniens in Belgrad scharfe Vorstellungen zu erheben und die sofortige Zurückziehung der serbischen Truppen zu fordern. Ich habe Herrn von Flotow erwidert, daß auch wir der serbischen Regierung nachdrücklich zur Respektierung der Londoner Beschlüsse raten würden.

Wie sich aus der abschriftlich anliegenden Meldung vom 15. d. Mts.*** ergibt, hat Graf Berchtold seine Belgrader Demarche auch mit unserem Geschäftsträger in Wien besprochen.

Meines Erachtens werden wir der verbündeten Regierung die erbetene moralische Unterstützung nicht verweigern können. Daß sich Serbien über die Londoner Beschlüsse in Sachen der albanischen Grenze hinwegsetzt, wird durch die hier vorliegenden sonstigen Nachrichten bestätigt. An der Aufrechterhaltung dieser Beschlüsse ist Österreich

---

* Vgl. dazu Nr. 14158, Fußnote*, sowie Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 464 ff.

** Freiherr von Flotow.

*** Siehe Nr. 14160.

an erster Stelle interessiert. Den Direktiven Seiner Majestät des Kaisers und Königs entsprechend haben wir uns während der Krisis des letzten Winters wiederholt und nachdrücklich zu der Auffassung bekannt, daß die Lösung der albanischen Frage im Sinne der österreichischen Wünsche ein vitales Interesse der Doppelmonarchie darstellt. Wollten wir unserem Bundesgenossen jetzt die Gefolgschaft versagen oder auch nur eine laue Haltung zeigen, so würde dies in Wien, wo die Werber für einen Anschluß an Frankreich und Rußland eifrig am Werke sind, sicherlich schwer empfunden werden. Auch könnte eine Absage Deutschlands zur Folge haben, daß Österreich sein Heil in einer selbständigen, vielleicht überstürzten Aktion sucht. Ich halte es daher für angezeigt, in Wien zu erklären, daß Österreich auf unsere moralische Unterstützung rechnen kann. Gleichzeitig wird meines Erachtens der Kaiserliche Gesandte in Belgrad anzuweisen sein, sich der österreichischen Demarche anzuschließen.

Wie mir der italienische Botschafter mitteilt, wird die Situation in Rom ebenso beurteilt wie hier. Die italienische Regierung hat sich infolgedessen gleichfalls zu energischen Vorstellungen in Belgrad entschlossen.

Die Aufrechterhaltung der in London von Europa gefaßten Beschlüsse ist eine europäische Angelegenheit. Die englische Regierung, unter deren Vorsitz die Londoner Botschafterversammlung getagt hat, ist in erster Linie zur Mitwirkung berufen, wenn es sich darum handelt, den Entscheidungen der Botschafterversammlung Respekt zu verschaffen. Es wird sich daher empfehlen, die Angelegenheit unverzüglich auch in London zur Sprache zu bringen und die englische Regierung zwecks Verhütung eines selbständigen, europäischen Komplikationen Vorschub leistenden Vorgehens Österreichs dringend zur Beteiligung an der Belgrader Demarche einzuladen. In Paris und Petersburg dürften wir von dem Geschehenen lediglich Mitteilung zu machen haben.

Euer Hochgeboren wollen Seiner Majestät dem Kaiser und König im vorstehenden Sinne Vortrag halten und die allerhöchste Willensmeinung drahten *.

Zimmermann

---

* Die Entschließung des Kaisers lief erst am 18. Oktober ein; siehe Nr. 14 172. Der kaiserliche Bescheid war jedoch vom Auswärtigen Amt, das bereits am 16. nach Wien Antwort gab (siehe das folgende Schriftstück), nicht abgewartet worden, offenbar weil man sich der kaiserlichen Zustimmung sicher fühlte. Der Kaiser neigte, wie dem Auswärtigen Amt bekannt war, eben damals der Auffassung zu, daß die Gelegenheit günstig sei, um den Störenfried Serbien zur Ruhe zu bringen, ohne daß daraus große Komplikationen entstehen würden. In diesem Sinne ließ er sich wenige Tage später gelegentlich der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig gegenüber dem österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf aus. Nach dessen Darstellung (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 469 f.) hätte er, Conrad, bei den Festlichkeiten den Eindruck gehabt, daß Kaiser Wilhelm jetzt die Notwendigkeit

Nr. 14 162

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 341 Berlin, den 16. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 216*

Ew. pp. wollen Graf Berchtold sagen, daß wir bei Bemühungen um Sicherung lebensfähigen Albaniens fest hinter Österreich-Ungarn stehen und Kaiserlichen Geschäftsträger Belgrad** mit nachdrücklicher Unterstützung österreichischer Demarche beauftragen***. Außerdem laden wir England zur Mitwirkung ein †, unter dessen Vorsitz gefährdete Londoner Beschlüsse gefaßt sind.

Zimmermann

Nr. 14 163

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Belgrad von Scharfenberg

Telegramm. Konzept

Nr. 69 Berlin, den 16. Oktober 1913

Nach Mitteilung Wiener Kabinetts ist dortiger österreichischer Vertreter beauftragt, wegen fortgesetzter Verletzung Londoner Grenzen Albaniens scharfe Vorstellungen zu erheben und sofortige Zurückziehung serbischer Truppen zu fordern. Bitte österreichische Demarche nachdrücklich unterstützen.

Zimmermann

---

eines kriegerischen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Serbien einsehe, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg aber nicht. Der Kaiser soll bei dieser Gelegenheit nach Conrad gesagt haben: „Ich gehe mit Euch. Die anderen (Mächte) sind nicht bereit; sie werden nichts dagegen unternehmen. In ein paar Tagen müßt Ihr in Belgrad stehen. Ich war stets ein Anhänger des Friedens, aber das hat seine Grenzen. Ich habe viel über den Krieg gelesen und weiß, was er bedeutet, aber endlich kommt die Lage, in der eine Großmacht nicht länger zusehen kann, sondern zum Schwert greifen muß." In den deutschen Akten ist über eine solche zum Einschreiten gegen Serbien ermunternde Äußerung des Monarchen gegenüber dem österreichischen Generalstabschef nichts enthalten.

* Siehe Nr. 14 160.

** von Scharfenberg.

*** Siehe das folgende Schriftstück.

† Siehe Nr. 14 164.

Nr. 14164

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 449 — Berlin, den 16. Oktober 1913

Nach zuverlässigen Nachrichten fortfahren serbische Truppen, Londoner Grenzen Albaniens zu überschreiten und albanisches Gebiet zu besetzen. Österreichischer Geschäftsträger Belgrad ist nach Mitteilung Wiener Kabinetts beauftragt, scharfe Vorstellungen zu erheben und sofortige Zurückziehung serbischer Truppen zu fordern. Baron Griesinger erhält Weisung, österreichische Demarche nachdrücklich zu unterstützen.

Euer pp. wollen Sir Edward Grey verständigen und zur Beteiligung an Belgrader Vorstellungen einladen. Aufrechterhaltung der in London gefaßten Beschlüsse über Albanien ist im Interesse europäischen Friedens unerläßlich. Englische Regierung, unter deren Vorsitz Botschafterversammlung tagte, dürfte in erster Linie zur Mitwirkung berufen sein, um Beschlüssen Respekt zu verschaffen. Bleiben Mahnungen Wiener Kabinetts in Belgrad unbeachtet, so ist nach Form und Inhalt hiesiger Vorstellungen des Grafen Berchtold zu besorgen, daß Österreich selbständig vorgeht. Da Österreich Sicherung lebensfähigen Albaniens als vitales Interesse betrachtet, würden wir unseren Verbündeten nicht zurückhalten können.

Sir Edward Goschen ist gleiche Mitteilung gemacht. Er hat sofortige Weitergabe an Sir Edward Grey zugesagt.

Zimmermann

Nr. 14165

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 212 — Rom, den 14. Oktober 1913
[pr. 16. Oktober]

Anfang September versicherte mir der Marquis di San Giuliano, daß die loyale Zusammenarbeit Italiens mit Österreich in allen Albanien berührenden Fragen unter der durch die Triester Erlasse* hervor-

* Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVII.

gerufenen Verstimmung nicht leiden solle. Tatsächlich ist auch diese Arbeit trotz mancher die hiesigen Staatsmänner irritierenden österreichischen Umständlichkeiten langsam aber im wesentlichen ungestört fortgeschritten. Verschiedenen kleinen Zwischenfällen und auch den bekannten Unstimmigkeiten zwischen den Admiralen in Skutari dürfte keine nachhaltige Bedeutung beizumessen sein.

Neuerdings hat sich aber nach streng vertraulichen Mitteilungen des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers* eine Meinungsverschiedenheit gezeigt, welche mir symptomatisch dafür zu sein scheint, daß die italienische Verstimmung gegen Österreich, bei längerer Dauer, schließlich doch die einmütige Haltung unserer Verbündeten im nahen Orient ungünstig beeinflussen könnte.

Bekanntlich hatten Österreich und Italien anläßlich des jüngsten Vorgehens Serbiens gegen die Albanesen in Belgrad die Beobachtung der Londoner Beschlüsse gefordert. Und zwar war dies von österreichischer Seite in amtlicher, dringender Weise geschehen, während Italien seine Mahnung in die Form eines freundschaftlichen Rates gekleidet hatte**. In Belgrad war dieser Unterschied nicht unbemerkt geblieben, und man hatte die freundschaftliche Zurückhaltung Italiens gelobt, die angenehm von dem schroffen Gebaren Österreichs absteche.

Vor kurzem wandte sich die österreichische Regierung neuerdings mit dem Vorschlage hierher, gemeinsam in scharfer Form in Belgrad zu genauer Beobachtung der Londoner Beschlüsse aufzufordern. Den Anlaß zu diesem Vorschlage hatte die Einäscherung mehrerer albanesischer Dörfer durch die Serben gegeben. Als Graf Ambrózy dem Marquis di San Giuliano diese Aufforderung überbrachte, erklärte der Marquis, daß er bereit sei, gegen die Ausschreitungen zu protestieren, sich im übrigen aber wieder darauf beschränken wolle, in Belgrad freundschaftliche Ratschläge zu erteilen.

Der österreichische Geschäftsträger bemerkte darauf, daß man in Wien um so mehr Wert auf eine gleichmäßige Demarche lege, als in Serbien aus dem Unterschiede des vorigen Schrittes Kapital geschlagen worden sei und man dort anscheinend Zweifel an der absoluten Einmütigkeit der beiden Mächte zu hegen beginne.

Marquis di San Giuliano gab nicht nach, sondern entgegnete ärgerlich, daß er keine Lust habe, sich wegen Österreich noch immer mehr Feindschaften zuzuziehen. Italien isoliere sich sowieso immer mehr durch seine austrophile Politik und habe eigentlich nur noch Deutschland, auf das es mit Sicherheit rechnen könne. Angesichts der durch die Triester Erlasse geschaffenen Situation habe Italien gar keinen Anlaß, Österreich noch besondere Gefälligkeiten zu erweisen.

---

* Graf Ambrózy.
** Vgl. dazu Nr. 14 147, 14 149.

Graf Ambrózy sieht in diesen Bemerkungen des Ministers eine wenig erfreuliche Vorbedeutung für das weitere österreichisch-italienische Zusammenwirken.

Die österreichische Regierung hat nunmehr hier bezüglich einer eventuellen Demarche in Belgrad ihre Aktionsfreiheit erklären lassen.

Hindenburg

Nr. 14166

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 451 Berlin, den 17. Oktober 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 449*. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Wien meldet**:

„Graf Berchtold las mir Depeche österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in Belgrad vor über Unterredung mit Paschitsch***. Auf Frage, wann serbische Truppen albanisches Gebiet verlassen würden, hat serbischer Ministerpräsident geantwortet, das werde von Entwickelung der Verhältnisse in Albanien abhängen; auch sei ja bis jetzt noch keine feste Grenze vorhanden, diese solle erst durch Abgrenzungskommission bestimmt werden. Die mit früheren Erklärungen des Herrn Spalaikowitsch und des Herrn Paschitsch selbst, an Londoner Abmachungen festhalten zu wollen, in Widerspruch stehende Antwort erklärt Graf Berchtold für völlig ungenügend. Er will nunmehr Serbien bestimmte Frist für Evakuierung albanischen Territoriums setzen, ist aber über Dauer derselben noch nicht schlüssig.

Graf Berchtold teilt Ansicht österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers Belgrad, daß Serbien auf Unterstützung Rußlands und Frankreichs baue."

Bitte unter Verwertung Vorstehenden dort wiederholt darauf hinweisen, wie dringlich auch energische Demarche Englands in Belgrad zur Vermeidung von Komplikationen erscheint.

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 14164.

** Telegramm Nr. 217 vom 16. Oktober.

*** Ob diese Depesche identisch ist mit dem im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 454 abgedruckten Telegramm Legationsrat von Storck (vgl. Nr. 14160, S. 385, Fußnote *) oder ob im Laufe des 16. eine zweite und längere Depesche des k. und k. Geschäftsträgers über seine Unterredung mit Paschitsch in Wien eingelaufen ist, wird aus den Akten nicht ganz klar; der in dem Telegramm vom 15. nicht enthaltene Hinweis auf die Arbeit der Abgrenzungskommission und der ebenfalls nicht darin enthaltene Hinweis auf die Unterstützung Serbiens durch Rußland und Frankreich lassen auf letzteres schließen.

Nr. 14 167

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 137 — Belgrad, den 16. Oktober 1913
[pr. 17. Oktober]

Der österreichische Geschäftsträger hat gestern von der serbischen Regierung nachdrücklich die Räumung des autonomen Albaniens verlangt innerhalb einer von der serbischen Regierung zu bezeichnenden kurzen Frist[1], widrigenfalls die österreichische Regierung alle ihr geeignet scheinenden Mittel ergreifen werde, um die Respektierung der Londoner Beschlüsse durchzusetzen.

Herr Paschitsch nahm von den Erklärungen Kenntnis und erwiderte: „Die Räumung wird von der Entwickelung der Verhältnisse in Albanien abhängen[2]".

Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn Wien muß das bestimmen
[2] patzig! darf sich Wien nicht gefallen lassen

Nr. 14 168

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 327 — Wien, den 15. Oktober 1913
[pr. 17. Oktober]

Im Laufe der freundschaftlichen Unterredung, die neulich zwischen Graf Berchtold und dem serbischen Ministerpräsidenten Herrn Paschitsch stattgefunden hat*, sind, wie mir ersterer kürzlich erzählte, so ziemlich alle zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen kursorisch besprochen worden, und überall hat Herr Paschitsch weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, wenn auch mit der Neigung, sich durch Abschieben der Verantwortung auf andere oder durch Hinweis auf Schwierigkeiten seitens politischer Gegner oder des Parlaments sich ein Hintertürchen offenzuhalten. Dies hat den Grafen Berchtold mehrfach veranlaßt, Herrn Paschitsch an seine unbestrittene Autorität zu erinnern.

Die Frage der Zurückziehung der serbischen Truppen hat Graf

---

* Vgl. Nr. 14 151, Fußnote †.

Berchtold mit Rücksicht auf die bereits in Belgrad unternommene Demarche mündlich nicht berührt; nachdem er aber erfahren hatte, daß Herr Paschitsch einigen hiesigen Politikern gegenüber von der Möglichkeit einer Modifizierung der serbisch-albanischen Grenze gesprochen, hat er es doch für nötig befunden, ihm noch vor seiner Abreise in einem freundschaftlich gehaltenen Privatbrief zu sagen, er nehme an, daß Serbien sich streng an die Abmachungen der Londoner Botschafterkonferenz halten werde, und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß ein gegenteiliges Verhalten die ernstesten Folgen für Serbien haben werde.

Der Minister hält es für wohl möglich, die Fragen der gegenseitigen Handelsbeziehungen, der Bahnanschlüsse, der Kapitulationen und der Tabakregie in den bisher türkischen Gebieten Serbiens und andere einer für beide Teile befriedigenden Lösung entgegenzuführen, und damit auch mit der Zeit zu einer Besserung der politischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu gelangen. Voraussetzung hierfür sei allerdings, so fügte der Minister hinzu, daß die immer noch unklare Lage am Balkan nicht zu neuen Ereignissen führe, in die Serbien hineinbezogen, und durch die Österreich-Ungarn eventuell zu einer Änderung seiner Balkanpolitik gezwungen werden könnte.

Der hiesige serbische Gesandte äußerte sich mir gegenüber sehr befriedigt darüber, daß Herr Paschitsch nach Wien gekommen sei und hiermit gezeigt habe, daß Serbien bereit sei, seine Beziehungen zu dem Nachbarreiche freundschaftlich zu gestalten. Es sei kein Grund vorhanden, warum dies in wirtschaftlichen Fragen nicht gelingen sollte; auch auf politischem Gebiete wolle Serbien gewiß gern mit Österreich-Ungarn in einem freundnachbarlichen Verhältnisse leben und glaube, zu einem Zweifel hieran keine Veranlassung zu geben; denn nachdem ihm einmal auf Österreichs Wunsch der Ausgang zum Adriatischen Meere versperrt, habe es sich hiermit abgefunden und denke, durch die kriegerischen Ereignisse völlig saturiert, an keine weiteren Eroberungen. Was aber das Verhalten der in Österreich-Ungarn lebenden Serben anbelange, so sei dies eine ausschließlich interne Angelegenheit der Monarchie, die Serbien nichts angehe, und die von der Behandlung bedingt werde, die den österreichisch-ungarischen Serben von ihren heimatlichen Behörden zuteil werde.

Soweit war der Bericht geschrieben, als mir Graf Berchtold die an anderer Stelle gemeldete Mitteilung über seine letzte Demarche in Belgrad machte*. Die eben begonnene Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien dürfte damit wieder ad calendas graecas verschoben worden sein.

W. Prz. Stolberg

---

* Vgl. Nr. 14160.

Nr. 14 169

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 351 London, den . . . .
[pr. 18. Oktober 1913]

Antwort auf Telegramme Nr. 449* und 451**.

Sir E. Grey und Sir A. Nicolson sind abwesend. Sir Eyre Crowe leitet Foreign Office. Mit diesem im Sinne angezogener Telegramme gesprochen. Er antwortete, prinzipiell sei England vollkommen bereit, dafür einzutreten, daß Londoner Beschlüsse über Albanien von Serbien respektiert werden. Englischer Gesandter in Belgrad sei mehrfach instruiert worden, in diesem Sinne zu sprechen. Über die Frage, ob England eine dringende Demarche für sofortige Räumung mitmachen werde, müsse er erst Instruktionen Sir E. Greys einholen. Er verhehle aber nicht, daß gegen ein solches Vorgehen starke Bedenken sprächen. Österreichischerseits dürfe nicht vergessen werden, daß die Forderung auf Räumung albanischen Gebiets mit viel größerem Nachdruck gestellt werden könne, wenn erst irgendeine Autorität in Albanien vorhanden sei und die serbisch-albanischen Grenzen von der Kommission wirklich bestimmt seien. Nach hier gemachten serbischen Mitteilungen handele es sich nur um einzelne strategische Punkte, die vorläufig besetzt seien. Daß jeder Zollbreit albanischen Bodens geräumt werden müsse, stehe fest. England werde hierbei mitwirken. Für eine sofortige oder mit einer Fristbestimmung versehene Räumungsaufforderung an Serbien glaube er nicht, daß Sir E. Grey sein werde.

Kühlmann

Nr. 14 170

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 Wien, den 17. Oktober 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 341***.

Graf Berchtold war hocherfreut über Mitteilung und bat mich seinen aufrichtigsten Dank für Deutschlands Unterstützung zu über-

* Siehe Nr. 14 164.
** Siehe Nr. 14 166.
*** Siehe Nr. 14 162.

mitteln. Minister meinte, wenn Dreibund womöglich unter Mitwirkung Englands energisch in Belgrad auftrete, werde Serbien ziemlich sicher nachgeben, daher weitere Komplikationen auch nicht wahrscheinlich. Es werde aber gute Lehre für Rußland und Frankreich sein, endlich mit dauernden Intrigen in Belgrad aufzuhören. Marquis di San Giuliano habe zwar hier angeregt, nicht allzu kategorisch gegen Serbien aufzutreten, sich aber doch zu Unterstützung hiesiger Demarchen bereit erklärt.

Graf Berchtold wiederholt, daß, wenn auch Österreich-Ungarn gewiß nicht Konflikte provozieren wolle, es unter allen Umständen bis zum Äußersten durchhalten werde. Der Kaiser sei trotz hohen Alters ganz fest entschlossen, nötigenfalls äußerste Konsequenzen zu ziehen und habe ihm heute Genehmigung zur Stellung etwa achttägiger Frist an Serbien für völlige Räumung Albaniens erteilt.

Stolberg

Nr. 14 171

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 — Belgrad, den 17. Oktober 1913

Antwort auf Telegramme Nr. 67* und 69**.

Bei allen Besprechungen mit Herrn Paschitsch in letzter Zeit habe ich vor den Folgen des Weiterverbleibens serbischer Truppen innerhalb des autonomen Albaniens freundschaftlich gewarnt und zur Respektierung der Londoner Beschlüsse geraten. Auch heut habe ich Herrn Paschitsch in diesem Sinne gesprochen und die österreichische Demarche nachdrücklich unterstützt. Herr Paschitsch erwiderte mir, er verstehe die plötzliche Nervosität des Wiener Kabinetts nicht; er bleibe fest bei seiner Zusage wegen der Räumung Albaniens; man möge aber den Verhältnissen Rechnung tragen. Bis jetzt sei jedem serbischen Rückzug ein albanischer Angriff gefolgt, deshalb müsse man an gewissen strategischen Punkten festhalten. Die serbischen Truppen werden aber, sobald die internationale Grenzkommission die Grenzen festgesetzt habe, sofort hinter diese zurückgehen. Es falle ihm nicht ein, sich in Widerspruch mit den Großmächten zu setzen. Sodann mitteilte mir Herr Paschitsch, daß er die serbischen Vertreter bei den Großmächten beauftragt habe, „eine kleine im Interesse sowohl Serbiens als Albaniens liegende Rektifizierung der Grenze“ zu erbitten.

---

* Siehe Nr. 14 158.
** Siehe Nr. 14 163.

Es solle das nur eine Bitte sein und, wenn die Großmächte darauf nicht eingingen, so werde Serbien sich stillschweigend unterwerfen *.

Diese Bitte scheint mir nur ein Mittel zur Verzögerung und Hinausschiebung der definitiven Grenzregulierung. Dazu kommt der hier allgemein verbreitete Glaube an den Ausbruch anarchischer Zustände in Albanien. — Endlich ist unverkennbar, daß seit Herrn von Hartwigs Rückkehr die Widerstände hier wachsen.

Griesinger

Nr. 14172

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Wedel, z. Z. in Bonn, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 126 Bonn, den 17. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 28 vom 16. d. Mts. **

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Mitteilung, daß Österreich-Ungarn diesmal fest entschlossen sei, Serbien nicht nachzugeben, mit großer Befriedigung begrüßt und wünschen, daß dem österreichischen Geschäftsträger gesagt werde, daß Österreich-Ungarn unserer Unterstützung durchaus sicher sein könnte. Die von Euer Hochwohlgeboren vorgeschlagene Behandlung der Angelegenheit wird von Seiner Majestät auch in allen anderen Punkten gebilligt ***.

Wedel

---

* Vgl. dazu auch das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Belgrad Clément-Simon vom 27. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 71 s.), wonach die Weisungen an die serbischen Vertreter, die österreichische Demarche zum Anlaß zu nehmen, um bei den Mächten eine Grenzrektifikation zugunsten Serbiens zu erbitten, am 18. noch nicht abgegangen waren. Es heißt in dem Telegramm, das die serbische Tendenz, die Dinge hinauszuziehen, sehr deutlich hervortreten läßt, unter anderem: „Le samedi 18 octobre, je fus, dans la matinée, voir M. Stéfanovitsch, Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères. A ce moment, la Serbie avait déjà été saisie d'une démarche de l'Autriche, tendant á l'évacuation de l'Albanie, démarche amicale, m'avait dit lui-même M. de Storck, à laquelle la Serbie n'avait pour ainsi dire donné aucune réponse. La réponse que l'on méditait d'y faire, c'était la demande adressée à toutes les Puissances en vue d'une occupation provisoire des points stratégiques et d'une rectification de frontières. M. Stéfanovitch me fit, en effet, une communication dans ce sens dans cette même matinée et je l'envoyai aussitôt à Votre Excellence; il projetait d'ailleurs de parler de même à mes divers collègues."

** Siehe Nr. 14161.

*** Das obige Telegramm wurde mittels Telegramm Nr. 343 vom 18. Oktober nach Wien zur Verwertung bei Graf Berchtold mitgeteilt.

Nr. 14173

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 269 St. Petersburg, den 18. Oktober 1913

Mein österreichischer Kollege hatte aus seinem gestrigen Gespräch mit Herrn Neratow den bestimmten Eindruck, daß derselbe das serbische Verhalten und die dem österreichischen Geschäftsträger in Belgrad erteilte Antwort billige*. Herr Neratow hatte in den letzten Tagen wiederholt längere Unterredungen mit dem vor kurzem unerwartet hierher zurückgekehrten serbischen Gesandten Popowitsch.

Lucius

Nr. 14174

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Konzept

Nr. 137 Berlin, den 18. Oktober 1913

Zur Verwertung.

Der Kaiserliche Gesandte in Belgrad meldet**:

„Der österreichische Geschäftsträger hat heute mittag 12 [Uhr] der serbischen Regierung eine Note überreicht, worin binnen acht Tagen die Räumung Albaniens gefordert wird***. Widrigenfalls wird die österreichisch-ungarische Regierung die ihr geeignet erscheinenden Maßregeln ergreifen.“

---

* Vgl. dazu das Telegramm des Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger vom 19. Oktober, sowie dessen Bericht vom 23. Oktober — siehe Nr. 14 179 und Nr. 14 198 —, wonach auch der russische Vertreter von Hartwig die dem österreichischen Geschäftsträger am 15. Oktober erteilte Antwort als durchaus befriedigend bezeichnet und den serbischen Ministerpräsidenten in dieser Auffassung bestärkt hatte.

** Telegramm Nr. 140 vom 18. Oktober.

*** Siehe den Wortlaut der österreichischen Verbalnote vom 17. Oktober im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 456; daraus u. a. abgedruckt bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 747 f. Die Verbalnote wurde durch Zirkulartelegramm vom 17. Oktober (siehe Österreich-Ungarisches Rotbuch, a. a. O., S. 457 f.) den k. und k. Botschaftern bei den Großmächten zur Mitteilung an die betreffenden Regierungen mitgeteilt. Zur Kenntnis des Auswärtigen Amts gelangte sie erst am 19. Oktober.

Österreich-Ungarn ist zum militärischen Einschreiten eventuell fest entschlossen. Wir sind nach Lage der Verhältnisse zu seiner vollen moralischen Unterstützung gezwungen und raten demgemäß zwecks Vermeidung ernster Komplikationen dringend in Belgrad zu schleunigem Einlenken. Entsprechender Ratschlag Rumäniens sehr erwünscht. Bitte dort darauf hinwirken.

Zimmermann

Nr. 14 175

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim**

Konzept

Nr. 954 Berlin, den 19. Oktober 1913

Zur Information und Regelung Ihrer Sprache.

Wie Ew. pp. bekannt, hat sich Österreich-Ungarn angesichts der unbefriedigenden Antworten der serbischen Regierung genötigt gesehen, in Belgrad nunmehr durch eine befristete Note die Räumung Albaniens zu verlangen. Die Kaiserliche Regierung steht in dieser Frage fest hinter Österreich.

Zimmermann

Nr. 14 176

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 Wien, den 18. Oktober 1913
[pr. 19. Oktober]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 343**.

Graf Berchtold nahm Mitteilung über Stellungnahme Seiner Majestät des Kaisers und Königs zur Politik Österreich-Ungarns Serbien gegenüber, sowie über allerhöchste Meinungsäußerung betreffend unsere Unterstützung mit lebhafter Freude entgegen und bat mich, seinen tiefstgefühlten Dank hierfür zu übermitteln. Er werde sofort seinem Kaiserlichen Herrn hiervon Meldung erstatten. Die feste Haltung Deutschlands, an der er nie gezweifelt habe, bestärke ihn

---

* Das gleiche Telegramm erging an die Botschafter in Petersburg, London, Paris und Rom, sowie an die Gesandtschaften bei den Balkanstaaten.

** Vgl. Nr. 14 172, Fußnote ***.

in der Zuversicht, daß Serbien die von heut ab laufende achttägige Frist einhalten und es nicht zum Äußersten kommen lassen werde[1].

Stolberg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das wäre sehr zu bedauern! Jetzt oder nie! Es muß mal da unten Ordnung und Ruhe geschafft werden!

Nr. 14 177

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 St. Petersburg, den 19. Oktober 1913

Mein österreichischer Kollege hatte gestern abend eine lange Unterredung mit Herrn Neratow im Anschluß an Übergabe der in Belgrad überreichten Ultimatumnote. Herr Neratow war vollkommen überrascht und verteidigte anfangs serbische Haltung. Er schlug dann als Ausweg unter anderem vor, daß Serbien verspräche, Truppen von den Punkten zurückzuziehen, wo Grenzkommission arbeite*. Dieselbe könne in fünf Tagen an Hauptpunkten angekommen sein, und Truppen allmählich abziehen. Geschäftsträger erwiderte, daß dies Verfahren im Widerspruch mit der in der Note klar angegebenen Frist stände, auch keinerlei Garantie vorhanden sei, daß in absehbarer Zeit serbische Truppen albanisches Gebiet geräumt hätten. Österreich sei nicht schuld daran, daß Kommission nicht schon im August begonnen hätte, Grenze festzulegen. Herr Neratow bedauerte, daß Frist so kurz sei**. Geschäftsträger hat Eindruck, daß Rußland Angelegenheit hinausschieben will und Serbien vorläufig stützt. Italienischem Geschäftsträger gegenüber äußerte sich Herr Neratow nachher besorgt und unwillig über Österreichs Vorgehen. Meine beiden Kollegen sind der Ansicht, daß Serbiens Antwort hier gemacht werden wird, und daß Rußland versucht, Ausweg für rechtzeitiges Nachgeben Serbiens zu finden, ohne öffentliche Meinung zu erregen.

Rußland möchte seinen Einfluß nicht auch noch in Serbien verlieren, will aber entschieden keinen Krieg wegen dieser Frage.

Lucius

* Über die Tätigkeit der nordalbanischen Grenzkommission vgl. Kap. CCLXXIX, Abschnitt A.

** Vgl. auch das Geheimtelegramm Neratows an den russischen Geschäftsträger in London Baron Etter vom 18. Oktober (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 313 ff.), das das Gespräch des stellvertretenden russischen Außenministers mit dem österreichischen Geschäftsträger Grafen Czernin eingehend wiedergibt.

Nr. 14 178

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 209 Berlin, den 20. Oktober 1913

Auf Telegramm Nr. 271 *.

Wien hat sich zu energischem Vorgehen aus eigenster Initiative ohne vorherige Beratung mit uns entschlossen. Wir müssen selbstverständlich hinter ihm stehen und können, nachdem es zum Ultimatum gekommen, schon im Interesse der Erhaltung Großmachtstellung Österreich-Ungarns unmöglich zur Nachgiebigkeit in Wien raten. Ernste Situation kann durch verständige russische Ratschläge in Belgrad beseitigt werden. Hierzu Rußland um so mehr imstande, als Wien lediglich Respektierung Londoner Beschlusses verlangt **. Falls Serbien

---

* Siehe Nr. 14 177.

** Tatsächlich hat zwar nicht der stellvertretende russische Außenminister Neratow und der russische Gesandte in Belgrad von Hartwig, wohl aber der gerade in der französischen Hauptstadt weilende Sasonow in Gemeinschaft mit seinem französischen Kollegen Pichon durch das Medium des serbischen Gesandten in Paris Vesnitsch in Belgrad zum Nachgeben raten lassen. Vgl. dazu das Geheimtelegramm Iswolskys an Neratow vom 18. Oktober (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 313): „Hinsichtlich des letzten Schrittes Österreichs in Belgrad“ — gemeint ist die Demarche vom 15. Oktober — „rieten der Minister und Pichon H. Vesnitsch, gleich jetzt mit der Räumung der in Albanien besetzten Punkte zu beginnen, ohne eine Einmischung in noch bestimmterer Form abzuwarten. Um Serbien einen solchen Schritt zu erleichtern, hat die französische Regierung sich grundsätzlich entschlossen, die serbische Anleihe nicht mehr zurückzuhalten. Sie sucht nach einer Formel, die es ihr ermöglichen könnte, die Anleihe abzuschließen trotz ihrer Entschließung, bis zur Beendigung der Arbeiten der Finanzkommission Anleihen der Balkanstaaten nicht zuzulassen.“ Ähnlich stellt Sasonow selbst in seinem Immediatbericht an den Zaren vom 6. November (Fr. Stieve a. a. O., III, 328 f.) den Hergang dar: „Mein Aufenthalt in Paris fiel zusammen mit der neuen Verschärfung der österreichisch-serbischen Beziehungen infolge der Besetzung mehrerer strategischer Punkte auf albanischem Gebiet durch serbische Truppen. In der Befürchtung, Österreich-Ungarn könnte der Versuchung erliegen, sich auf diesem Gebiet einen leichten diplomatischen Erfolg zu verschaffen, haben wir, Pichon und ich, dem serbischen Gesandten den Rat gegeben, er solle seine Regierung benachrichtigen, daß es vorzuziehen wäre, gegebenenfalls den freundschaftlichen Vorstellungen Rußlands und Frankreichs nachzugeben, als erst die Drohungen Österreichs abzuwarten. H. Vesnitsch teilte vollkommen diesen Standpunkt und telegraphierte in diesem Sinne sofort nach Belgrad; aber das Wiener Kabinett ließ der serbischen Regierung nicht Zeit, die beabsichtigten Maßregeln zu ergreifen, und sandte schon am folgenden Tage ein sehr schroffes Ultimatum. — Ich war Zeuge der rückhaltlosen Mißbilligung, die dieser Schritt Österreichs bei der französischen Regierung und im französischen Volke fand, und ich habe den für Serbien günstigen Moment benutzt, Pichon zu überreden,

nicht einlenkt, wird Österreich-Ungarn zweifellos militärisch vorgehen. Bulgarien dürfte alsdann schwerlich stillhalten. Rußland kann neuer Konflikt zwischen slawischen Brüdern nicht erwünscht sein.

Bitte vorstehendes verwerten, falls Herr Neratow geeigneten Anlaß bietet.

Zimmermann

Nr. 14 179

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Belgrad, den 19. Oktober 1913
[pr. 20. Oktober]

Der englische Geschäftsträger* ist beauftragt, der serbischen Regierung folgenden Rat zu erteilen: „De donner une assurance que la frontière tracée à Londres sera respectée et que les troupes serbes ne l'ont dépassé qu'en vue de circonstances exceptionnelles et seront retirées le plutôt possible." Obwohl der russische Gesandte hier allgemein die an Graf Berchtold erteilte und von diesem als verletzend empfundene Antwort** als durchaus befriedigend bezeichnete, deuten doch verschiedene Anzeichen darauf hin, daß Serbien einlenken wird.

Griesinger

---

diesem Lande für die von ihm bewiesene Klugheit sich erkenntlich zu zeigen. Ich deutete an, daß Frankreich selbst an einer Erstarkung Serbiens Interesse habe, denn im Falle schwerer internationaler Konflikte würde dieses notgedrungen auf seiten Frankreichs stehen, da es naturgemäß ein Feind des bedeutendsten Verbündeten Deutschlands sei. H. Pichon versprach mir, er wolle seinen Einfluß daransetzen, daß die serbische Anleihe bald an der Pariser Börse zustande käme." An den Ausführungen Sasonows ist vor allem zweierlei bemerkenswert, einmal das Zugeständnis, daß die österreichisch-serbische Spannung die Folge der „Besetzung mehrerer strategischer Punkte auf *albanischem Boden* durch serbische Truppen", und nicht wie es von serbischer Seite vielfach hingestellt wurde, von albanischen Angriffen auf serbisches Gebiet war, und zweitens der Versuch Sasonows, Frankreich für eine Erstarkung Serbiens durch den Hinweis auf die große Rolle zu gewinnen, die Serbien bei internationalen Konflikten als natürlicher Feind des „bedeutendsten Verbündeten Deutschlands" zu spielen berufen sei. Auch daß Pichon, der früher der serbischen Anleihe gerade wegen der beunruhigenden Lage auf dem Balkan Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte (vgl. Nr. 14 148 nebst Fußnote **), jetzt auf das Andringen Sasonows sein Verhalten änderte, ist charakteristisch. Ob die nunmehrige Begünstigung der serbischen Anleihewünsche geeignet war, Serbien nachgiebig und friedlich zu stimmen, erscheint zweifelhaft.

* Crackanthorpe.

** Vgl. Nr. 14 166.

Nr. 14 180

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 — Rom, den 19. Oktober 1913
[pr. 20. Oktober]

Antwort auf Telegramm Nr. 253*.

Minister bis morgen abend verreist. Kabinettschef** sagte mir, daß Italien am 17. Oktober in allen fünf Hauptstädten vorgeschlagen habe, vorläufig Serbien noch freundschaftlich zur Beobachtung Londoner Beschlüsse aufzufordern und Grenzabsteckung zu beschleunigen. Dieser Vorschlag sei durch Österreichs Ultimatum vom 18. Oktober überholt, das hier unangenehm überrascht habe. Weitere Entschließung erfolgt erst nach Rückkehr Ministers.

Hindenburg

Nr. 14 181

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 256 — Berlin, den 20. Oktober 1913

Auf Telegramm Nr. 223***.

Nachdem Wien, übrigens ohne vorherige Beratung mit uns, Ultimatum gestellt, können wir ein Zurückziehen selbst nicht mehr wünschen. Großmachtstellung der Doppelmonarchie wäre sonst gefährdet. Situation kann durch energische Ratschläge in Belgrad und London geklärt werden. Serbien zeigt Neigung zum Einlenken. Rumänien und Griechenland arbeiten ebenfalls darauf hin.

Bitte dort Bemühungen für energische Aktion im Sinne Wiens fortsetzen.

Zimmermann

---

* Durch Telegramm Nr. 253 war das Wiener Telegramm Nr. 218 — siehe Nr. 14 170 — nach Rom mitgeteilt worden.
** Garbasso.
*** Siehe Nr. 14 180.

Nr. 14 182

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 Rom, den 20. Oktober 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 223*.

Generalsekretär de Martino hat sich gestern in Verbindung mit Minister gesetzt und noch abends österreichischem Geschäftsträger mitgeteilt, daß Botschafter London, Paris und Petersburg Weisung erhalten hätten, energisch für Beobachtung Londoner Beschlüsse durch Serbien einzutreten. Um Demarche wuchtiger zu machen, seien Marquis Imperiali und Marquis Carlotti angewiesen, auf ihre Posten zurückzukehren. Für italienischen Geschäftsträger Belgrad werde in erwarteter Rückkehr Marquis di San Giulianos energische Instruktion vorbereitet. Graf Ambrózy sagte mir ferner, er habe hier Graf Berchtolds Dank für italienische Zirkulardemarche vom 17. Oktober** ausgesprochen. Wiener Meldung, als ob Graf Berchtold Pression in Belgrad nur durch Dreibund und England ausgeübt sehen möchte***, daher wohl nicht mehr zutreffend. Herr Neratow soll seit einigen Tagen serbische Wünsche nach Grenzrektifikation nicht mehr billigen.

Hindenburg

Randbemerkung Zimmermanns:
Verwertung erübrigt sich, da der serbische Geschäftsträger mir soeben mitteilt, daß seine Regierung die Truppen schleunigst aus Albanien zurückziehen werde. Eine entsprechende Mitteilung sei heute seitens Herrn Paschitsch allen Vertretern in Belgrad gemacht worden. Z.

Nr. 14 183

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 213 Rom, den 17. Oktober 1913
[pr. 20. Oktober]

Während der Minister bis jetzt der Ansicht war, daß 99 Prozent Wahrscheinlichkeit für einen neuen türkisch-griechischen Krieg † bestehe, sagte er heute nichts hierüber. Auch die griechischen Aspiratio-

---

* Siehe Nr. 14 180.
** Vgl. Nr. 14 180.
*** Vgl. Nr. 14 170.
† Vgl. dazu Kap. CCLXXXIII.

nen bezüglich der albanischen Südgrenze* schienen ihm heute keine besondere Sorge zu machen. Mit Hilfe der griechischen Regierung hoffe er eine Milderung des epirischen Boykotts gegen die italienischen Waren zu erreichen. Er äußerte seine Befriedigung darüber, daß die Südkommission endlich mit ihrer Arbeit begonnen habe.

Zu Serbien übergehend betonte er seine ernste Besorgnis über die Haltung dieses Landes. Die serbischen Truppen gingen zwar nicht weiter vor, sie hielten aber zu Albanien gehörige Punkte besetzt. Wie er höre, gebe man sich in Belgrad zwei irrigen Vorstellungen hin. Erstens glaube man dort, daß zwischen den Großmächten Meinungsverschiedenheiten bezüglich Serbiens** herrschten. Zweitens bestehe die irrige Auffassung, daß die Abgrenzungskommissare*** die Grenzen beliebig abstecken könnten, während diese doch durch die Londoner Beschlüsse festgelegt und die Kommissare nur ausführende Organe seien. Um den Serben jeden Zweifel an der Einmütigkeit Europas zu nehmen, würde er es für nützlich halten, wenn nicht nur der Dreibund sondern alle Großmächte Serbien in freundschaftlicher Form zur Respektierung der Londoner Beschlüsse aufforderten. Von Österreich werde Serbien zu schroff behandelt.

Hindenburg

Nr. 14184

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an Kaiser Wilhelm II., z. Z. Neues Palais

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 20. Oktober 1913

Der serbische Geschäftsträger teilt mir soeben im amtlichen Auftrage mit, daß seine Regierung unverzüglich die Truppen aus Albanien zurückziehen werde.

Zimmermann

Nr. 14185

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 Wien, den 20. Oktober 1913

Herr Neratow hat Mitteilung über letzte österreichisch-ungarische Demarche Belgrad ziemlich konsterniert entgegengenommen, aber er-

* Vgl. dazu Kap. CCLXXXI.
** Offenbar irrtümlich für „Albaniens“.
*** Über die Tätigkeit der nordalbanischen Grenzkommission vgl. Kap. CCLXXIX, Abschnitt A.

klärt, Rußland höre nicht auf, serbische Regierung zur Mäßigung zu ermahnen. Seinen Versuchen, aus unbestimmter Grenze Albaniens und Bedrohung Serbiens durch Aufständische gewisse Berechtigung für serbisches Verhalten zu konstruieren, ist österreichischer Geschäftsträger energisch entgegengetreten*. Über etwaige Stellungnahme Rußlands, falls Serbien nicht nachgibt, hat sich Ministergehilfe nicht geäußert.

Letzterer** hat dem Grafen Somssich österreichisches Vorgehen als zu brüsk bezeichnet und darauf Antwort erhalten, Österreich-Ungarn allein habe zu entscheiden, was es seiner Würde schuldig.

Nach Meldung österreichischen Geschäftsträgers Rom hat italienische Regierung ihre Botschafter London, Petersburg, Paris angewiesen, betreffende Regierungen um Geltendmachung ihres Einflusses in Belgrad zu bitten, und war im Begriff, erneut energische Schritte bei serbischer Regierung zu unternehmen. Generalsekretär in Konsulta hat erklärt, daß Dreibund bei dieser Gelegenheit seinen festen Zusammenhalt beweisen müsse.

Im hiesigen Ministerium des Äußern glaubt man bestimmt, daß Serbien Frist einhalten wird, und ist entgegengesetztenfalls entschlossen, sich auf weitere Verhandlungen nicht einzulassen.

Stolberg

Nr. 14186

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Wien, den 20. Oktober 1913

Graf Berchtold teilt mir soeben telephonisch mit, Herr Stefanowitsch*** habe österreichischem Geschäftsträger Belgrad erklärt, daß Befehl zum Zurückziehen serbischer Truppen bereits gegeben worden sei und völlige Räumung albanesischen Gebiets binnen gesetzter Frist

---

* Vgl. dazu das Telegramm Neratows an den russischen Geschäftsträger in London vom 18. Oktober. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Fr. Stieve, III, 314 f.

** Entzifferung zweifelhaft; wahrscheinlich ist statt „letzterer" „Sasonow" zu lesen, denn Graf Somssich war österreichischer Botschaftsrat in Paris, wo vom 16.—19. Oktober der russische Außenminister weilte. Zu dem Aufenthalt Sasonows in Paris und seinen Unterredungen mit dem Präsidenten Poincaré und dem Außenminister Pichon gerade auch über den österreichisch-serbischen Konflikt vgl. neben Nr. 14178, Fußnote ** den Immediatbericht des russischen Außenministers vom 6. November. Fr. Stieve a. a. O., III, 328 f.

*** Generalsekretär im serbischen Außenministerium.

vollzogen sein werde*. Hiesiger serbischer Gesandte habe heute hier ähnliche, wenn auch nicht ganz so präzise Erklärung abgegeben.

Stolberg

Nr. 14187

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1490 Berlin, den 21. Oktober 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Rom meldet**:

„Noch vor heute abend erfolgender Rückkehr Ministers wurde italienischer Geschäftsträger Belgrad beauftragt, Serbien energisch aufzufordern, Truppen innerhalb der von Österreich gestellten Frist zurückzuziehen. Inzwischen erklärte Serbien heute hier, daß es Londoner Beschlüsse respektiere, Albanien räume, aber von provisorischer Regierung erwarte, daß sie weitere Grenzübergriffe der Albanesen verhüte. Generalsekretär de Martino betonte, daß Italien in ernster Stunde trotz mancher Differenzen treu zu Österreich gehalten habe."

Ew. pp. stelle ich ergebenst anheim, Graf Berchtold auf die bundesfreundliche Haltung Italiens*** besonders aufmerksam zu machen.

Zimmermann

---

* Vgl. dazu das Zirkulartelegramm Graf Berchtolds vom 20. Oktober, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 460.

** Telegramm Nr. 225 vom 20. Oktober.

*** Daß Italien ebenso wie Deutschland das ultimative Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien wenn nicht billigte, so doch energisch zu unterstützen entschlossen war, wird bestätigt durch den Immediatbericht des russischen Ministerpräsidenten Kokowzow vom 3. Dezember über die Besprechungen, die er gelegentlich seines Aufenthalts in Rom mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti und dem Außenminister Marquis di San Giuliano hatte. Es heißt darin: „Der italienische Außenminister erklärte mir bestimmt und deutlich, daß die italienische Regierung die Politik Österreichs durchaus billige, die in allerletzter Zeit in seinem schroffen Auftreten gegen Serbien zum Ausdruck gelangt sei . . . In letzterer Hinsicht sagte mir San Giuliano ohne jeden Vorbehalt, daß Österreich Italien über das Serbien überreichte achttägige Ultimatum nicht verständigt habe, daß er aber diesen Schritt vollkommen verstehe, da er genau unterrichtet gewesen sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung den Versuch Serbiens, sich gegen Albanien über die von der Londoner Konferenz bestimmte Grenze hinaus vorzuschieben, sehr ernst nimmt und im voraus den Beschluß gefaßt hatte, Serbien sogar mit Waffengewalt zu zwingen, sich hinter die in London bestimmte Linie zurückzuziehen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 393 f.

Nr. 14 188

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 354 London, den 20. Oktober 1913
[pr. 21. Oktober]

Sir E. Grey, mit dem ich heute ein langes Gespräch hatte, äußerte, die Zuspitzung der serbischen Frage sei etwas überraschend gekommen. Österreich habe hier erst Sonnabend von seinem Ultimatum Mitteilung gemacht. Wenn eine Macht selbständig, ohne vorher mit dem Konzert Fühlung zu nehmen, ein Ultimatum stelle, so sei dies ein ernster und weittragender Schritt. Das österreichische Kabinett könne sich nicht verhehlen, daß ein solcher Schritt eine Gefährdung des Konzerts mit sich bringe[1]. Er selbst lege den größten Wert darauf, mit Deutschland in enger Fühlung zu bleiben, da diese Methode im vergangenen Winter ausgezeichnete Ergebnisse gehabt habe. Sachlich sei sein Standpunkt der, daß er jede Änderung der in London gezogenen Grenze zugunsten Serbiens prinzipiell ablehne und an der unbedingten Räumung albanischen Gebiets durch Serbien festhalte[2]. Er habe durch englischen Gesandten in Belgrad dem serbischen Kabinett aufs dringendste nahegelegt, die Räumung so rasch als möglich zu vollziehen*. Weiter könne er nicht gehen; für ein Ultimatum liege vom englischen Standpunkt aus kein Grund vor, denn die Argumente Serbiens, Albanien habe die Grenze zuerst verletzt und biete keinerlei Gewähr gegen erneute Grenzverletzung, hätten einiges Gewicht.

Österreich habe sicher das größte Interesse an einem lebensfähigen Albanien, man könne aber der österreichischen Politik den Vorwurf kaum ersparen, daß sie bei Schaffung der Organe für die Lebensfähigkeit Albaniens mit unbegreiflicher Langsamkeit vorgegangen sei[3]**. Nach seinen Berichten würde die Ernennung eines Fürsten die Konsolidation des neuen Gebildes beschleunigen; er sei bereit, jeden anzuerkennen, über den sich Österreich, Italien und Rußland[4] einigen könnten. Internationale Kommissionen arbeiteten selten harmonisch, er fürchte auch, die albanische Kontrollkommission werde diese Regel bestätigen***; sei erst ein Fürst in Albanien etwas eingelebt, so könne man auch die Kontrollkommission verschwinden lassen; sie sei offenbar wie der jetzt beendete Admiralrat ein vorübergehendes Auskunftsmittel.

Graf Mensdorff ist bettlägerig und hat Sir E. Grey noch nicht gesprochen.

Kühlmann

---

* Vgl. Nr. 14 179.
** Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt A.
*** Vgl. dazu Kap. CCLXXIX, Abschnitt B.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Schadet nichts das thut doch nichts
[2] Hauptsache
[3] ja
[4] ?

Nr. 14 189

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 1801 Berlin, den 21. Oktober 1913
[abgegangen am 22. Oktober]

Der Wunsch, in Balkanfragen mit England Fühlung zu halten, darf uns nicht hindern, vorkommendenfalls die für Österreich maßgebenden Gesichtspunkte der dortigen Regierung gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. Ich hoffe, wenn auch Ihre Meldungen darüber nichts enthalten, annehmen zu dürfen, daß Ew. pp. dies in dem Gespräch mit Sir E. Grey* über das österreichische Vorgehen in Belgrad getan haben. Es lag nahe, den Minister an die wenig ermutigende Erfahrung zu erinnern, die Österreich mit den Ententemächten in der Frage der Räumung von Skutari gemacht hat.

Übrigens hat Österreich auch uns weder um Rat gefragt noch von seinen Absichten vorher in Kenntnis gesetzt. Angesichts der bereits gefaßten Entschlüsse des Wiener Kabinetts kam für uns und Italien nach Lage der Sache eine andere Haltung als festes Eintreten für den Verbündeten nicht in Frage. Ew. pp. bitte ich dies gelegentlich Sir E. Grey zu sagen, dabei aber den Eindruck zu vermeiden, als wollten wir uns entschuldigen.

Schließlich bitte ich auf kürzere Fassung Ihrer telegraphischen Meldungen Bedacht zu nehmen.

Zimmermann

Nr. 14 190

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1491 Berlin, den 21. Oktober 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Bukarest meldet**:

„Rumänische Regierung hat, wie mir Herr Marghiloman heute

* Vgl. Nr. 14 188.
** Telegramm Graf Waldburgs Nr. 192 vom 20. Oktober.

sagte, schon vor einigen Tagen in Belgrad zur Nachgiebigkeit gemahnt. Der Minister wird morgen serbischem Gesandten mitteilen, Rumänien habe schon immer die Ansicht vertreten, daß die Grenzen Albaniens zu eng gezogen worden seien, und schließe sich voll und ganz dem jetzt von Österreich-Ungarn Serbien gegenüber vertretenen Standpunkt an, dessen Forderungen durchaus berechtigt seien. Sollte Serbien bei seiner Unnachgiebigkeit verharren, so hätte es von Rumänien auf keinerlei Unterstützung zu rechnen*. Italienischer Geschäftsträger hat hiesiger Regierung mitgeteilt, daß sie die von Österreich-Ungarn im Falle der Unnachgiebigkeit Serbiens angewandten Maßregeln tätig unterstützen werde.

Russischer Geschäftsträger hat Herrn Marghiloman vor mehreren Tagen im Auftrage seiner Regierung gebeten, Rumänien möge bei den Regierungen der Balkanstaaten zur Ruhe mahnen, was auch geschehen sei."

Bitte das entschiedene Eintreten Rumäniens für den österreichisch-ungarischen Standpunkt und damit für den Dreibund dort an der Hand der Meldung des Grafen Waldburg zur Sprache zu bringen.

Zimmermann

Nr. 14 191

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 St. Petersburg, den 21. Oktober 1913

Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und anderen amtlichen Kreisen herrscht sehr starke Verstimmung gegen Österreich. Man habe um des Friedens willen Serbien entsprechend beraten, verstände aber die österreichische Sonderaktion und Nervosität nicht.

Dies ist auch die Ansicht meiner Kollegen, einschließlich des italienischen Geschäftsträgers**, dem es unangenehm ist, daß in Presse auch von einer „italienischen Demarche in Belgrad" gesprochen wird, die nicht stattgefunden habe.

Darf daran erinnern, daß Herr Sasonow mir wiederholt früher im Privatgespräch sagte, daß Österreich nur auf uns gestützt eine über seine Kräfte hinausgehende Politik mache.

Lucius

---

* Vgl. auch den Bericht des belgischen Gesandten in Bukarest van Ypersele de Strihou vom 22. Oktober. Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 160 f.

** G. Principe Alliata.

Nr. 14192

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 225 Wien, den 21. Oktober 1913

Graf Berchtold sagt mir, daß serbischer Gesandter bei gestriger Erklärung von Zurückziehung der Truppen bis zur Grenze gesprochen, aber nicht Einhaltung der Frist ausdrücklich versprochen, vielmehr gesagt hat, es komme wohl auf einen Tag früher oder später nicht an*. Gleichzeitig hat Minister aus Belgrad Meldung erhalten, wonach in betreff Befehl an Truppen Fristbestimmung nicht enthalten. Graf Berchtold hat Herrn Jovanowitsch in ernstester Weise erklärt und in Belgrad nochmals sagen lassen, daß er genaue Einhaltung achttägiger Frist unbedingt verlangt.

Stolberg

Nr. 14193

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky***

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 1507 Berlin, den 22. Oktober 1913

Die Anwesenheit Herrn Sasonows *** gab Gelegenheit zu einer Aussprache über die schwebenden Balkanfragen. Der Minister beklagte

---

* Vgl. dazu das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Athen du Halgouet an Pichon vom 20. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 68): „Le Ministre des Affaires étrangères royal m'a dit confidentiellement qu'il avait l'assurance que les Serbes céderont au désir de l'Autriche mais, pour ne pas paraître s'incliner devant un ultimatum, ils laisseront passer le délai imparti pour donner la réponse."

** Derselbe Erlaß erging unter Nr. 1341 nach Rom.

*** Über die Anwesenheit Sasonows in Berlin am 22. Oktober vgl. auch dessen Immediatbericht vom 6. November 1913. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 328ff. Es heißt dort mit Bezug auf den serbisch-österreichischen Konflikt: „In meinen sehr freundschaftlichen Unterredungen mit ihnen" — gemeint sind Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Unterstaatssekretär Zimmermann — „habe ich nicht verheimlicht, welch schlechten Eindruck sowohl bei uns wie in Frankreich das jüngste Vorgehen Österreich-Ungarns in Belgrad gemacht hätte. Die deutsche Regierung scheint ebenfalls die zwecklose Schroffheit dieses Schrittes nicht zu billigen, aber der Kanzler versuchte, die verbündete Macht zu entschuldigen, indem er auf deren außerordentlich schwierige Lage in ihrer Innenpolitik hinwies."

lebhaft das schroffe Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber Serbien, zu dem ein genügender Anlaß nicht vorgelegen habe. Im Gegensatz zu Bulgarien, für das Herr Sasonow nur Worte des Tadels fand, habe sich die serbische Regierung stets einer so verständigen und maßvollen Haltung befleißigt, daß eine freundschaftliche Erledigung der Angelegenheit sich zweifellos würde haben erzielen lassen, wenn das Wiener Kabinett nur in St. Petersburg seine Wünsche bekanntgegeben hätte *. Wir haben Herrn Sasonow entgegengehalten, daß die serbische Regierung dem Wiener Kabinett durch die ausweichende Antwort, die sie ihm auf seine erste Demarche erteilt, einen berechtigten Anlaß zu energischem Vorgehen gegeben habe. Der Entschließung unseres Verbündeten hätten wir nur beipflichten und uns bedingungslos an seine Seite stellen können. Ein selbständiges Vorgehen Österreich-Ungarns sei in diesem Falle schon aus dem Grunde nicht zu vermeiden gewesen, weil die Londoner Botschafterreunion noch nicht wieder zusammengetreten sei. Anderenfalls hätte Wien wohl zweifellos die Sache zuerst in London zur Sprache gebracht.

Herr Sasonow ist bezüglich der Erledigung der zwischen Griechenland und der Türkei noch schwebenden Fragen optimistisch **. Er glaubt, daß dieselben in absehbarer Zeit einer beide Teile befriedigenden Lösung zugeführt werden würden. Es bleibe dann allerdings noch die Inselfrage. Der Minister schien der Auffassung zuzuneigen, daß, abgesehen von den den Meerengen unmittelbar vorgelagerten Inseln, sämtliche Inseln Griechenland zuzuweisen sein würden.

Herr Sasonow bezeichnete im übrigen im Laufe der Unterhaltungen die Aufrechterhaltung der Integrität der asiatischen Türkei in ihrem gegenwärtigen Besitzstande als eines der Ziele der russischen Politik. Insbesondere lägen irgendwelche Absichten auf die armenischen Gebietsteile des ottomanischen Reiches der russischen Regierung durchaus fern ***. Rußland könne keine Vermehrung des revolutionären armenischen Elementes in seinem Reiche wünschen. Dagegen müsse es allerdings, sowohl mit Rücksicht auf seine armenische Bevölkerung, als im eigenen Interesse der Türkei auf die Durchführung von Reformen in den armenischen Wilajets den größten Wert legen. Das von dem russischen Botschafter im Verein mit seinem deutschen Kollegen ausgearbeitete Reformprogramm † erscheine ihm als eine geeignete Basis. Er stimme unserer Ansicht

---

* Ganz ähnlich ließ sich der russische Ministerpräsident Kokowzow bei seinem Aufenthalt in Rom gegenüber Marquis di San Giuliano aus; vgl. seinen Immediatbericht vom 2. Dezember, Fr. Stieve a. a. O., III, 394 f.

** Vgl. dazu Kap. CCLXXVIII.

*** Vgl dazu Band XXXVIII, Kap. CCLXXXIX.

† Daselbst.

zu, daß man die Pforte zu der Annahme dieses Programms mit möglichster Schonung bewegen müsse. Die französische und englische Regierung teilt nach seiner Information den russischen Standpunkt. Er hoffe, daß auch die anderen Dreibundmächte sich ihm anschließen würden.

Herr Sasonow, der sich gesundheitlich ganz erholt zu haben scheint, hat hier durch die freie und ungezwungene Art seines Auftretens und seiner Erklärungen einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Ew. pp. wollen vorstehendes dem Grafen Berchtold gegenüber vertraulich verwerten.

Zimmermann

Nr. 14194

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 217 Rom, den 21. Oktober 1913
[pr. 23. Oktober]

Am Sonnabend, 18. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, also sechs Stunden nach Bekanntgebung der achttägigen Räumungsfrist in Belgrad, teilte der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei Abwesenheit des Marquis di San Giuliano dem Kabinettschef Garbasso den erfolgten Schritt mit. Graf Ambrózy war nicht beauftragt, bei dieser Gelegenheit die energische Mitwirkung Italiens zu erbitten. Anscheinend hatte die Zurückhaltung Italiens gegenüber der österreichisch-serbischen Differenz Bedenken erweckt, und Wien wollte sich keinem refus aussetzen.

In der Konsulta war man, zumal der Minister sich nichtsahnend auf einem mehrtägigen Automobilausflug befand, peinlich überrascht und bis Sonntag nachmittag ziemlich ratlos. Erst dadurch, daß ich unser energisches Eintreten für Österreich mitteilen konnte, kam Fluß in die Sache. Man sah ein, daß man Farbe bekennen und sich im Interesse des Dreibundes resolut mit Deutschland an Österreichs Seite stellen müsse. Auch der Ministerpräsident scheint eingegriffen zu haben. In der nach kurzem Zögern erfolgten energischen Instruierung der in Frage kommenden italienischen Vertreter in dem dreibundtreuen Montagsartikel des „Popolo Romano", in der Weisung an die italienischen Botschafter in London und St. Petersburg, sofort auf ihre Posten zurückzukehren, sieht man Herrn Giolittis Hand. Da Serbien inzwischen nachgegeben hat, dürften die beiden Botschafter, wie ich höre, ihren Urlaub nicht zu unterbrechen brauchen.

Es ist anzunehmen, daß Italien den Lohn für sein jetziges rück-

haltloses Mitgehen von Österreich verlangen wird, wenn Griechenland sich halsstarrig erweist.

Hindenburg

Nr. 14195

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 218 Rom, den 21. Oktober 1913
[pr. 23. Oktober]

Marquis di San Giuliano empfing mich heute nachmittag und äußerte seine Befriedigung über die Erledigung des serbisch-österreichischen Konflikts. Mit der Art des österreichischen Vorgehens erklärte er sich nicht einverstanden. Seiner Ansicht nach hätte, bei den konzilianten Absichten der serbischen Regierung, auf freundschaftlichem Wege das gleiche Resultat erzielt werden können. Jedenfalls hätte Österreich-Ungarn seine Verbündeten vorher informieren und sich nicht nur auf ihre Treue verlassen sollen, die sich wieder glänzend bewährt habe.

Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber hat der Marquis, wie mir Graf Ambrózy streng vertraulich erzählte, eine schärfere Sprache geführt. Der Minister hat gesagt, daß er die Art, wie Österreich-Ungarn gegen Serbien vorgegangen sei, für schädlich halte. Diese Behandlung werde erbitternd in Serbien wirken. Er warf dann dem Grafen vor, daß Österreich-Ungarn seine Verbündeten im dunkeln gelassen habe. Der Graf erwiderte, Italien habe ja auch seine Verbündeten vor Ausbruch des libyschen Krieges nicht informiert. Der Marquis sagte aber, damals habe kein casus foederis vorgelegen, während es sich bei der serbischen Frage um einen die intimsten Interessen des Dreibundes berührenden Fall handle.

Graf Ambrózy bat mich angesichts des glücklichen Ausgangs des Zwischenfalls diese Bemerkungen nur nebenbei und im strengsten Vertrauen entgegenzunehmen.

Hindenburg

Nr. 14 196

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 196 Belgrad, den 21. Oktober 1913
[pr. 23. Oktober]

Zähneknirschend fügt sich die serbische Regierung dem österreichisch-ungarischen Ultimatum und erklärt, bis Sonntag, den 26. d. Mts., Albanien zu räumen. Unerhört aber sind die Anpöbelungen, welche die serbische Presse gegen die österreichisch-ungarische Politik und deren Leiter verübt. Sie sind zu abstoßend, um sie überhaupt wiederzugeben. Beachtung verdient nur die offiziöse „Samouprawa", die in ihrem gestrigen Leitartikel folgendes ausführt:

„Serbien hat noch nie und niemandem ein Recht gegeben, an der Bereitwilligkeit, die Wünsche der Botschafterreunion anzuerkennen, zu zweifeln. Es hat gemeinsam mit Montenegro sich diesen Beschlüssen hinsichtlich der Räumung Skutaris und des eroberten Albanien gefügt und vor kurzem auch jene strategischen Punkte geräumt, von welchen aus es sich eventueller albanischer Einfälle leichter hätte erwehren können. Dieser letzten Räumung folgte sogleich der bewaffnete Arnauteneinfall. Anläßlich dieses Vorfalls hat sich nicht eine einzige Großmacht gefunden, wenn auch nur der Form halber bei der albanischen Regierung zu protestieren! Als aber Serbien ausdrücklich erklärte, nur im Interesse des Friedens und der Ruhe an seiner Grenze diese strategischen Punkte so lange besetzt halten zu wollen, bis die Grenzen zwischen Serbien und Albanien an Ort und Stelle festgesetzt worden wären, stellte Österreich-Ungarn an Serbien ein Ultimatum, diese Positionen zu räumen, welches eine achttägige Frist gibt. Die österreichische und ungarische Presse aber erhebt — auf die bloße Nachricht hin, daß Serbien den Großmächten über die Notwendigkeit einer Grenzrektifikation Vorstellungen zu machen gedächte — gegen Serbien die Beschuldigung, gegen die Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz handeln zu wollen, und macht von der Räumung der gedachten strategischen Punkte sogar das Beginnen einer auf die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen Serbiens zur Monarchie gerichteten Aktion abhängig!!! . . . Es ist augenscheinlich, daß die österreichisch-ungarische Regierung in diesem konkreten Falle die Straflosigkeit der Angreifer über die legitimsten Rechte Serbiens stellt, und daß das von Italien und Deutschland unterstützte Ultimatum Österreich-Ungarns angesichts der beabsichtigten Wünsche, welche nach den jüngsten Vorfällen gerecht erscheinen, unfaßbar und ungerechtfertigt ist. Ein solches Ignorieren der unstrittigen Rechte Serbiens tritt alles Völkerrecht mit Füßen. Gegenüber einer solchen Ungerechtigkeit hat Ser-

bien das Recht, sich bei der gesamten gebildeten Kulturwelt zu beschweren und diese auf die unausweichlichen Folgen solchen Favorisierens des Angreifers vor dem Angegriffenen aufmerksam zu machen. Serbien wird sich diesmal noch den Mächten des Dreibunds fügen und seinen Truppen das Verlassen der eingenommenen strategischen Punkte befehlen, indem es die Verantwortung für die nun bei den Arnauten gestärkte Überzeugung, daß ihre Einfälle in der Kulturwelt verteidigt werden, jenen Mächten überläßt, welche in den friedlichen Tendenzen Serbiens etwas erblicken, was diesen nicht innewohnt, und wird es bedauern, daß die Großmächte in einer Grenzrektifikation nicht eine im Interesse künftiger friedlicher Nachbarschaft gelegene Tendenz Serbiens erblicken wollten, welche Serbien und Albanien zugute gekommen wäre."

Auch Herr Paschitsch hat sich sehr bitter über die österreichische Demarche geäußert und erklärt: „jetzt könne er mit seinen Absichten wegen Verständigung mit der Donaumonarchie wieder von vorn anfangen." Meines unmaßgeblichen Dafürhaltens ist der Verlust aber nicht groß, denn von irgendeinem Versuch der Verbesserung der österreichisch-serbischen Beziehungen war hier wenigstens nichts zu bemerken. An ein aufrichtiges Bemühen Herrn Paschitschs in dieser Richtung vermag ich nicht zu glauben — das sind meist Redensarten, denen keine Taten folgen. Auch steht er viel zu sehr im Banne meines russischen Kollegen*, der wieder mehr als je an der Verschlechterung der österreichisch-serbischen Beziehungen arbeitet, trotzdem er erst vor wenigen Tagen dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger über seinen Besuch bei Graf Berchtold erzählt hat: „er hat mir eine österreichisch-russische Verständigung angeboten." Auf Einzelheiten wollte Herr von Hartwig sich allerdings nicht einlassen. Über das Ultimatum war Herr von Hartwig geradezu wütend und kritisierte es aufs schärfste. Er vertritt namentlich die Auffassung, daß der Zurückziehung der serbischen Truppen sofort Erhebungen und Aufstände in Albanien folgen werden, und daß dann Österreich-Ungarn dafür verantwortlich zu machen sei, wenn daraus unabsehbare Komplikationen entständen. Diese Sprache erscheint mir um so gefährlicher, als es nicht ausgeschlossen ist, daß die Serben selbst, um die Räumung Albaniens zu verzögern, ihrerseits Putsche der albanischen Bevölkerung provozieren. Ich will damit keinen Verdacht der serbischen Regierung gegenüber aussprechen, aber sie kann auch hier nicht immer wie sie will — und die militärischen Einflüsse und Hemmungen können von Herrn Paschitsch nur mit großer Schwierigkeit überwunden werden, zumal sich der Thronfolger vollständig in die Hände der Militärpartei gegeben hat.

v. Griesinger

* von Hartwig.

Nr. 14197

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Rom von Flotow**

Konzept

Nr. 1356 Berlin, den 25. Oktober 1913
[abgegangen am 27. Oktober]

Zur vertraulichen Verwertung.

Der serbische Geschäftsträger hat mir heute das abschriftlich anliegende Exposé über die albanische Frage** überreicht.

Ich habe Herrn Boghitschewitsch erwidert, daß für den Gedanken der Entsendung eines internationalen Truppenkontingents zum Schutze der serbischen Grenze schwerlich bei den Mächten auf Gegenliebe zu rechnen sein werde. Wir würden uns dafür jedenfalls nicht erwärmen können. Dagegen werde die Kaiserliche Regierung für Einsetzung verantwortlicher Behörden und schleunige Organisierung einer internationalen Gendarmerie*** gern eintreten.

Was endlich die Schadensersatzfrage anlange, so werde sich die serbische Regierung selbst sagen müssen, daß die Großmächte keinesfalls für den Schaden aufkommen würden. Albanien andererseits habe vorläufig keine Mittel und habe sich wohl zweifellos ebenfalls über erhebliche Schädigungen seitens Serbiens zu beklagen. Man ließe diese Frage daher zweckmäßigerweise auf sich beruhen. Jedenfalls vermöge ich ihm keinen anderen gangbaren Weg anzugeben.

Zimmermann

Anlage

Berlin, den 24. Oktober 1913

Infolge des plötzlichen und unerwarteten Verlangens Österreich-Ungarns hat die serbische Regierung noch vor genauer Festsetzung der Grenze seitens der Internationalen Kommission die Truppen auch von den strategischen Positionen in Albanien, von denen aus unser Gebiet am leichtesten vor Bandenüberfällen geschützt werden konnte, zurückgezogen.

Schon der seitens der serbischen Regierung ausgesprochene Wunsch, der noch nicht einmal den Kabinetten amtlich mitgeteilt worden war, bei der Festsetzung der serbisch-albanischen Grenze auch die für eine erhöhte Grenzsicherheit notwendigen strategischen Positionen zu berücksichtigen, war der österreichisch-ungarischen Re-

* Der gleiche Erlaß erging an die Vertretungen in Wien — Nr. 1519 —, London — Nr. 1826 —, Konstantinopel — Nr. 987 —, St. Petersburg — Nr. 1235 —, Paris — Nr. 1748 —, Bukarest — Nr. 671 —, Sofia — Nr. 745 —, Athen — Nr. 711 —, Belgrad — Nr. 620 —, Cettinje — Nr. 562 —.

** Siehe Anlage.

*** Vgl. dazu auch Kap. CCLXXIX, Abschnitt B.

gierung genügender Anlaß, die sofortige Räumung des ganzen albanischen Gebietes zu verlangen.

Trotzdem die serbischen Truppen die Albanesen zurückgedrängt haben, besteht begründete Gefahr, daß sich die Überfälle wiederholen werden, denn es werden auch weiter nach Albanien beständig Waffen und Munition eingeführt, es werden ferner auch weiterhin Banden gebildet, die im gegebenen Augenblicke unter Führung fremder Offiziere neuerdings in serbisches Gebiet eindringen werden.

Mit Rücksicht auf die Sicherheit des Grenzgebietes und seiner Bewohner sieht sich die serbische Regierung genötigt, sich an die Großmächte als Schöpfer und Beschützer des autonomen Albaniens zu wenden mit dem Ersuchen, im Interesse des Friedens zwischen Serbien und Albanien und der Ruhe Europas wirksame Maßnahmen zur Verhinderung neuer Einfälle zu treffen. Dies könnte nach Ansicht der serbischen Regierung dadurch geschehen, daß ein internationales Truppenkontingent nach Albanien geschickt werde, daß verantwortliche Behörden eingesetzt werden, und daß eine internationale Gendarmerie organisiert wird.

Gleichzeitig wünscht auch die serbische Regierung zu wissen, an wen sie sich zu wenden hat wegen des durch die albanesischen Überfälle entstandenen Schadens.

Nr. 14 198

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 200 Belgrad, den 23. Oktober 1913
[pr. 26. Oktober]

Wenn jetzt in der Presse der Versuch gemacht wird, unter Berufung auf ein in Petersburg eingegangenes Telegramm des hiesigen russischen Gesandten die Erteilung des Befehls an die serbischen Truppen zur Räumung Albaniens auf den Rat Englands, Frankreichs und Rußlands zurückzuführen, so ist dies eine Verdrehung des Sachverhalts[1], den ich zur Steuer der Wahrheit klarstellen möchte. Herr von Hartwig hatte die Antwort, welche Herr Paschitsch am 15. d. Mts. nach Wien gegeben hatte, daß die Räumung Albaniens von der tatsächlichen Entwickelung der Verhältnisse abhängig gemacht würde*, als durchaus befriedigend bezeichnet und in dieser Auffassung auch den hiesigen Ministerpräsidenten bestärkt. Wie mir dieser selbst am Montag, den 20. d. Mts., noch bemerkte, hatte er nicht daran gedacht, daß seine Antwort den Grafen Berchtold verletzt haben könnte. Um so betretener war er daher, als am Sonnabend, den 18., die das Ulti-

* Vgl. Nr. 14 160, S. 385, Fußnote **.

matum enthaltende Demarche von dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger ausgeführt wurde. Weder er noch gewiß Herr von Hartwig versahen sich ihrer. Letzterer suchte Herrn von Storck, wohl in der Absicht, sich Gewißheit zu verschaffen, sofort auf und sandte, als er ihn nicht antraf, den französischen Geschäftsträger hinterher. Dieser erklärte ziemlich bestürzt über die Bestätigung der ausgeführten Demarche: „mais c'est trop court; il faut proroger [2] *."

Erst am übernächsten Tage, am Montag, den 20. d. Mts., in der Frühe erschien der englische Geschäftsträger bei mir und las mir die von mir seinerzeit gemeldete Instruktion vor, worin er angewiesen wurde, der serbischen Regierung die Respektierung der Londoner Beschlüsse anzuraten **. Um diesen Zeitpunkt war aber das Ultimatum längst gestellt und, als ich nachmittags bei Herrn Paschitsch vorsprach, um wiederum die österreichische Demarche zu unterstützen, empfing mich dieser bereits mit der Eröffnung, daß Serbien nachgeben und Befehl an die Truppen zur Räumung Albaniens geben werde.

Die Haltung, welche die hiesigen Vertreter Rußlands und Frankreichs in den letzten drei Wochen eingenommen haben, war viel eher geeignet, die serbische Regierung in ihrem Glauben an die stillschweigende Billigung ihrer albanischen Velleitäten zu befestigen als sie zur Achtung der Londoner Beschlüsse anzuhalten [3].

v. Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Stimmt
[2] wie üblich im Orient!
[3] von der Bande nicht anders zu erwarten

Nr. 14 199

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 310 St. Petersburg, den 25. Oktober 1913

Herr Neratow gab dem österreichischen Geschäftsträger gegenüber seiner Befriedigung über die Beilegung des serbischen Zwischenfalls Ausdruck und betonte dabei wiederholt, daß von hier aus keinerlei Druck auf Herrn Paschitsch ausgeübt worden sei ***. Der Ministerpräsident habe ganz aus sich selbst heraus den Beschluß der sofortigen Zurückziehung der serbischen Truppen gefaßt. Herr Nera-

---

* Vgl. dazu das Telegramm des französischen Geschäftsträgers Clément-Simon vom 27. Oktober, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 71 s.
** Vgl. Nr. 14 179.
*** Vgl. jedoch Nr. 14 178, Fußnote ** bezüglich des von Sasonow erteilten Rats.

tow fügte hinzu, daß er Herrn Paschitsch seine besondere Anerkennung „pour cette sage décision" telegraphisch ausgesprochen habe. Über seine langen Konferenzen mit dem plötzlich hierher zurückgekehrten serbischen Gesandten vor der Entscheidung äußerte sich der Ministergehilfe nicht.

Lucius

Nr. 14 200

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 312 St. Petersburg, den 25. Oktober 1913

Hinsichtlich des Rückzuges Serbiens vor dem österreichischen Ultimatum äußern sich die „Birschewyja Wjedomosti" heute erstaunt über die französische offiziöse Presse, die nicht Worte genug finden könne, um dieses Ereignis als einen Akt weitsichtiger und kluger Politik der Belgrader Regierung hinzustellen*. Tatsächlich habe Serbien ernste Schritte gegen die albanischen Umtriebe nur deshalb unternommen, weil man in Paris und Petersburg damit einverstanden gewesen sei[1].

Es bestehe kein Geheimnis darüber, daß das österreichische Ultimatum schon an dem Tage, an welchem es überreicht worden, der politischen Welt bekannt geworden sei. Die Tripelentente habe daher Zeit gehabt, darauf zu reagieren.

„Wir sind also", schreibt das Blatt weiter, „unterrichtet gewesen und haben uns so verhalten, daß Serbien zum Rückzuge gezwungen war . . .

Wir sehen mit Verwunderung, wie man Österreich als den Getäuschten hinzustellen sucht, während der wirklich Getäuschte Serbien ist, und wie man Österreich eine Niederlage zuschreiben will, die wir erlitten haben[2]."

Lucius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Und dazu gehetzt hatte!
[2] richtig

---

* Vgl. auch den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 25. Oktober (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, IV, 161 f.). Es heißt darin unter anderem: „Les plus chauds défenseurs du Cabinet de Belgrade ont été cette fois-ci les journaux français. Le ‚Temps' s'est signalé en particulier par la violence de son langage contre la politique austro-hongroise. Le Gouvernement russe est loin de donner aussi complètement raison aux Serbes, quoiqu'ils soient ses protégés bien plus que ceux de la France."

Nr. 14 201

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 278 St. Petersburg, den 28. Oktober 1913

Herr Sasonow wiederholte mir heute seine im heutigen Interview mitgeteilten Äußerungen *, betreffend den ausgezeichneten Eindruck, den er aus seinen Unterhaltungen mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Unterstaatssekretär erhalten habe. Obgleich er Euerer Exzellenz seine Ansichten über alle Fragen offen dargelegt hätte, bäte er mich doch folgendes zu melden:

Die österreichische Politik der Überraschungen mache ihm fortgesetzt ernste Sorgen. Solange Österreich uns frage, bevor es einen schwerwiegenden Entschluß fasse, sei er vollkommen beruhigt. Hierfür sei aber leider keinerlei Sicherheit vorhanden, wie erst der letzte Vorgang gezeigt habe. Österreich stelle seine Alliierten stets vor ein fait accompli; dieselben seien dann gezwungen „de faire l'honneur à leur signature". Man stände bei der „neurasthenischen Politik" des Grafen Berchtold beständig vor dem „Unbekannten". Darin sehe er eine große Gefahr. Als ich Minister fragte, worin er jetzt nach Erledigung der Räumungsfrage von Albanien noch österreichisch-serbische Schwierigkeiten erblicke, erwiderte er: „in der Eisenbahnfrage" **.

Betreffend die deutsch-russischen Abmachungen über Armenien *** komme es jetzt darauf an, die türkische Zustimmung hierzu möglichst b a l d, und zwar vor dem Frühjahr zu erhalten, sonst würden sicher Unruhen ausbrechen. Rußland denke bekanntlich nicht daran, armenisches Gebiet zu okkupieren, woraus bloß Verlegenheiten entstehen würden.

Über Frankreich, das für Rußland kein unbequemer Alliierter sei, sagte Sasonow, er garantiert uns, und habe sich Euerer Exzellenz gegenüber so ausgesprochen, daß keine der maßgebenden Persönlichkeiten an Krieg mit Deutschland denke †.

---

* Am 28. Oktober hatte „Rußkoe Slowo" ein längeres Interview seines Petersburger Korrespondenten mit Sasonow gebracht, in dem dieser konstatierte, daß ihm die Unterredung mit Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Berlin einen sehr angenehmen Eindruck hinterlassen und ihn überzeugt habe, daß die Politik Deutschlands demselben Ziele zustrebe wie die russische, nämlich der Erhaltung des Friedens in Europa und auf dem Balkan, und ebenso der Bewahrung des territorialen status quo in den asiatischen Besitzungen der Türkei.

** Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 23. Oktober (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 318).

*** Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 23. Oktober (Fr. Stieve, a. a. O., III, 318 f.), der die obige Äußerung Sasonows veranlaßt haben dürfte.

† Nach seinem Immediatbericht vom 6. November (Fr. Stieve, a. a. O., III, 330) will Sasonow dem deutschen Reichskanzler nur gesagt haben,

Herr Delcassé würde vermutlich nicht mehr lange hier bleiben, was Minister bedauerte.

Herr Sasonow hatte mit serbischem Gesandten schon gestern Unterredung und empfing denselben auch heute. Ich fand Minister, der trotz guten Aussehens über seine Gesundheit (Nieren) klagte, wegen Österreich unruhig und überhaupt nervös.

Lucius

Nr. 14 202

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 1604 Berlin, den 11. November 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in St. Petersburg meldet unter dem 5. d. Mts.*:

„in den leitenden französischen Kreisen habe er eine sichere, ruhige, auf dem Bewußtsein der Macht basierende Stimmung gefunden". Der Immediatbericht Sasonows hinterläßt überhaupt den Eindruck, als ob er in Berlin eine wesentlich friedlichere Grundrichtung der Politik gefunden habe als in Paris. Bezüglich des deutschen Reichskanzlers stellt er fest, daß dieser den dringenden Wunsch zu erkennen gegeben habe, zu einem direkten Meinungsaustausch mit Frankreich zu gelangen. Von Poincaré dagegen heißt es, daß er in ihm einen glühenden und überzeugten Anhänger eines engen Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland und eines ununterbrochenen Meinungsaustausches zwischen den beiden Alliierten über alle wichtigen Fragen der internationalen Politik gefunden habe. Auch den Außenminister Pichon fand Sasonow (vgl. Nr. 14 178, Fußnote **) sehr zugänglich für den Gedanken einer Begünstigung Serbiens, da dieses als Feind „des bedeutendsten Verbündeten Deutschlands" im Falle schwerer internationaler Konflikte notgedrungen auf Seiten Frankreichs stehen würde. Gerade dieser eigene Hinweis Sasonows auf Serbiens notwendige Erstarkung läßt darauf schließen, daß er ebenso wie die französischen Staatsmänner schon mit der Möglichkeit der Entfesselung eines europäischen Krieges aus Anlaß eines neuen österreichisch-serbischen Konflikts rechnete. Auch der französische Botschafter in Wien Dumaine, dessen Berichte eine scharf antiösterreichische Tendenz zutage treten lassen, nennt ahnungsvoll in einem Telegramm vom 21. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, III, 69) den eben beigelegten österreichischen Konflikt „le plus récent mais sûrement pas le dernier". Wie stark Dumaine auf den künftigen europäischen Krieg und den in ihm erfolgenden Untergang Österreichs spekulierte, darauf lassen Äußerungen schließen, die er im Dezember 1913 zu dem serbischen Gesandten in Wien Jowanovitsch tat. In einem Berichte Botschafter von Tschirschkys vom 9. Dezember (Nr. 398) heißt es darüber: „Dem serbischen Gesandten, Herrn Jowanovitsch, mit dem Herr Dumaine in engster Fühlung steht, und den er auch mir gegenüber neulich als ‚völlig loyal' bezeichnete, hat der französische Botschafter geraten, Serbien solle sich sobald als möglich mit Bulgarien verständigen. Die Basis einer Verständigung würde leicht gefunden werden können. Serbien solle Bulgarien die Bezirke von Ischtip und Kotschana gegen das Versprechen zusichern, daß Bulgarien Serbien bei der Erwerbung der serbischen Gebietsteile Österreich-Ungarns unterstütze."

* Bericht Freiherrn von Lucius Nr. 318 vom 5. November.

„Graf Czernin erzählte mir, daß Herr Sasonow in seiner vorgestrigen Unterredung mit ihm sich abfällig über das österreichische Ultimatum an Serbien ausgesprochen hätte. Der Minister habe hinzugefügt, daß sämtliche Mächte das österreichische Vorgehen verurteilt hätten, beziehungsweise nicht damit einverstanden gewesen wären, auch Deutschland. Er komme gerade von Berlin, sei also genau über die dortige Auffassung informiert. Graf Czernin hat die Äußerung des Ministers sofort nach Wien gemeldet und als Antwort die Mitteilung erhalten, daß der deutsche Geschäftsträger Prinz Stolberg im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten erschienen wäre, um die allerhöchste Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu dem energischen Vorgehen Österreichs auszusprechen.

Graf Czernin, der offenbar stark von der Bemerkung des Herrn Sasonow beeindruckt war, sagte mir, er werde bei passender Gelegenheit Herrn Sasonow gegenüber die ihm von Wien zugegangene Information verwerten."

Ew. pp. bitte ich, Graf Berchtold auf diese Meldung anzusprechen und dabei zu bemerken, daß die angebliche Äußerung des Herrn Sasonow über die Stellungnahme Deutschlands zum österreichischen Ultimatum an Serbien selbstverständlich auf einem Mißverständnis beruht. Wie wir uns tatsächlich dem russischen Minister gegenüber geäußert haben, ist Euer Exzellenz aus dem Erlaß Nr. 1507 vom 22. v. Mts. bekannt*. Eine Kritik an dem Vorgehen Österreichs, das unserer Zustimmung begegnet war und die uneingeschränkte Billigung Seiner Majestät des Kaisers gefunden hatte, konnte uns natürlich nicht in den Sinn kommen. Da der Minister besonderen Anstoß daran nahm, daß die österreichische Regierung das Petersburger Kabinett nicht zu Rate gezogen hätte, haben wir ihn mit dem Hinweise zu beruhigen versucht, daß Wien auch unsern Rat vorher nicht eingeholt habe. Vielleicht liegt diese Bemerkung den Äußerungen des Herrn Sasonow zugrunde**.

Zimmermann

* Siehe Nr. 14 193.

** Tatsächlich hat Sasonow in seinem Immediatbericht vom 6. November (vgl. Nr. 14 193, Fußnote ***) es auch nur als seinen Eindruck hingestellt, daß die deutsche Regierung die „zwecklose Schroffheit" des österreichischen Vorgehens nicht billige. Irgendwelche Äußerungen des Reichskanzlers oder Unterstaatssekretärs Zimmermann hat er nicht als Beleg angeführt.

